

STATE LIBRARY OF PENNSYLVANIA



3 0144 00379967 3

REFERENCE



COLLECTIONS





Digitized by the Internet Archive
in 2015

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER CARNEGIE-STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALEN FRIEDEN

ABTEILUNG FÜR VOLKSWIRTSCHAFT
UND GESCHICHTE

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELTKRIEGES

DEUTSCHE SERIE

GENERALHERAUSGEBER

PROFESSOR DR. JAMES T. SHOTWELL

DEUTSCHER HERAUSGEBERAUSSCHUSS

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender

Dr. Hermann Bücher

Dr. Carl Duisberg

Dr. A. Mendelssohn Bartholdy

Dr. Max Sering

1932

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT

STUTT GART BERLIN UND LEIPZIG

YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

DIE EINWIRKUNG DES KRIEGES AUF BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG, EINKOMMEN UND LEBENSHALTUNG IN DEUTSCHLAND

VON

Universitätsprofessor Dr.
RUDOLF MEERWARTH

Universitätsprofessor Dr.
ADOLF GÜNTHER

Universitätsprofessor Dr.
WALDEMAR ZIMMERMANN

1932

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT

STUTTGART BERLIN UND LEIPZIG
YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

Printed in Germany
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

INHALT

Vorwort des Generalherausgebers für das Gesamtwerk	IX
Rudolf Meerwarth	
Die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland während der Kriegs- und Nachkriegszeit	1— 97
Adolf Günther	
Die Folgen des Krieges für Einkommen und Lebenshaltung der mitt- leren Volksschichten Deutschlands	99—279
Waldemar Zimmermann	
Die Veränderungen der Einkommens- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter durch den Krieg	281—474

VORWORT DES GENERALHERAUSGEBERS FÜR DAS GESAMTWERK

Als im Herbst 1914 die Aufgabe wissenschaftlicher Erforschung der Wirkungen eines Kriegs auf das heutige Leben mit einem Male vom metaphysischen Theoretiker auf den Geschichtsschreiber überging, beschloß die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte der Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden, den Plan ihrer Untersuchungen den teils neuen, teils veränderten Problemen anzupassen, die der Krieg stellte. Der frühere Plan, das Ergebnis einer Konferenz von Volkswirtschaftlern in Bern im Jahre 1911, beruhte auf dem damals verfügbaren Tatsachenmaterial; eben hatte sich an den ersten Beiträgen zu zeigen begonnen, welche Vorzüge er hatte; indessen konnte man jetzt aus mancherlei Gründen nicht mehr daran denken, ihn bis zum Ende durchzuführen. So wurde auf Verlangen des Leiters der Abteilung ein neuer Plan entworfen; man wollte versuchen, vermittelt einer geschichtlichen Übersicht zu bestimmen, welche Kosten der Krieg für die Wirtschaft und welche Verschiebungen er für die kulturelle Entwicklung mit sich gebracht hat. Solch eine Geschichte könnte, das fühlte man, wenn wissenschaftlich geschulte Männer von richterlichem Gleichmaß des Geistes sie schrieben, zuletzt im wissenschaftlichen Dienst der Wahrheit die Mittel zur Bildung einer gesunden öffentlichen Meinung liefern und auf diese Weise grundlegend beitragen zur Erreichung der Ziele einer der Sache des Weltfriedens gewidmeten Institution.

Das Bedürfnis nach einer solchen im Geist historischer Forschung geplanten und ausgeführten Analyse zeigte sich immer deutlicher, je weiter der Krieg fortschritt, da nun die vielgestaltigen Kräfte des nationalen Lebens nicht nur für den ungeheuren Zerstörungsprozeß entfesselt, sondern auch unter dem Antrieb des Kriegs zu neuen produktiven Leistungen freigemacht wurden. Diese neue wirtschaftliche Aktivität, die im ruhigen Friedens-

zustand einen Gewinn für die Gesellschaft hätte bedeuten können, und die überraschend sich darstellende Fähigkeit der kriegsführenden Nationen zum Ertragen lang fortgesetzter, sich steigender Verluste — oft unter dem äußeren Anschein eines neuen Wohlstandes — nötigten zu einer Überprüfung der gesamten Kriegswirtschaftslehre. Der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte war damit eine doppelte Verpflichtung auferlegt. Sie mußte ihre Arbeit auf dieses sich darbietende Problem konzentrieren, und sie mußte es in seiner Gesamtheit erfassen, mit anderen Worten, die Maßstäbe und Methoden der Geschichtsschreibung auf es anwenden. Wie der Krieg selbst, ein Einzelereignis, dennoch auf Wegen, zwischen denen keine Verbindung zu bestehen schien, bis in die entferntesten Teile der Welt wirkte, so muß die Kriegsforschung nach einem Plan vorgehen, der zu gleicher Zeit allumfassend ist und sich doch in die praktischen Beschränkungen des zugänglichen Materials fügt.

Solange der Krieg dauerte, war es indessen unmöglich, diesen Plan einer wissenschaftlichen und unvoreingenommenen Erforschung der Kriegswirtschaft in großem Maßstab und mit sicherer Hand durchzuführen. Man konnte wohl Gelegenheitsarbeiten und Einzelstudien unternehmen, und das geschah auch unter der Leitung der Abteilung; eine allgemeine Geschichte in Angriff zu nehmen, war aus naheliegenden Gründen unmöglich. Der erste dieser Gründe war, daß eine autoritative Darstellung der Wirtschaftskräfte, über welche die Kriegführenden verfügten, unmittelbar auf die Kriegführung im Feld hätte einwirken müssen; deshalb wurden die Daten über das wirtschaftliche Leben der kriegsführenden Länder, die zu Friedenszeiten der Forschung leicht zugänglich gewesen wären, ihr soweit wie möglich entzogen. Zu dieser Schwierigkeit im Beschaffen der Dokumente kam noch, daß die Mitarbeiter, die für sie sachverständig waren, in den kriegführenden Ländern zum großen Teil in den Dienst der Landesverteidigung gestellt waren und so für die Aufgabe nicht in Betracht kamen. Die Ausführung des Planes einer Kriegsgeschichte wurde deshalb auf eine Zeit verschoben, in der nicht nur der Zugang zu den wesentlichen Urkunden, sondern auch die Mitwirkung von Nationalökonomern, Historikern und Männern der Praxis in allen hauptbeteiligten Ländern möglich sein würde; denn es kam darauf an, sie zu einem gemeinsamen

Werk zu vereinigen, das in seinem Gehalt wie in seinem Ziel über jedes Mißverständnis erhaben wäre.

Bei Kriegsende nahm die Stiftung den ursprünglichen Plan wieder auf, und man fand, daß er mit nur geringer Änderung auf die jetzige Lage anwendbar sei. Die Arbeit begann im Sommer und Herbst 1919. Zunächst trat eine Schlußkonferenz des Wirtschaftsbeirats der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte in Paris zusammen; sie beschränkte sich auf den Entwurf einer Reihe von kurzen vorläufigen Einzelstudien. Da aber die rein vorläufige Art solcher Studien noch deutlicher dadurch wurde, daß sie sich ganz besonders auf die damals für Europa dringlichen Probleme richteten, so hielt man es für das beste, sie nicht als einen Bestandteil des großen Werks zu behandeln, sondern ihnen nur das beschränkte Verdienst von Beiträgen zur Liquidierung des Kriegs zuzuerkennen. Es leuchtete ein, daß es nicht nur unmöglich war, auf dieser Konferenz a priori ein allgemeines Programm für die Gesamtgeschichte aufzustellen, sondern daß man vielmehr eine neue und mehr spezialisierte Forschungsorganisation brauchte, um die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Kriegs in Angriff nehmen zu können, eine Organisation, die fürs erste mehr national eingerichtet sein und noch nicht auf internationaler Zusammenarbeit beruhen sollte. Ehe die Tatsachen der Kriegsgeschichte in den einzelnen Ländern festgestellt waren, würde man nicht zur vergleichenden Nachprüfung schreiten können, und die Geschichte jedes einzelnen Landes war in sich schon von fast schwindelerregender Vielfältigkeit und Verschlungenheit. Infolgedessen löste sich der bisherige Untersuchungsausschuß für Europa auf, und man beschloß, an seiner Stelle in den großen Ländern Herausgeberausschüsse einzusetzen und in den kleineren Staaten einzelne Herausgeber zu ernennen; sie sollten sich jeder, wenigstens fürs erste, in seiner Arbeit auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte seiner Heimat im Krieg konzentrieren.

Die Bildung dieser Ausschüsse durch den Generalherausgeber war der erste Schritt, der überall zum Beginn der Arbeit zu tun war. Und wenn der Plan der Stiftung noch irgendeiner Rechtfertigung bedurfte, so bietet sie sich in den Namen der in Wissenschaft und Politik bewährten Männer dar, die die Verantwortung der Herausgeberschaft auf sich genommen haben.

Diese Verantwortung ist keineswegs eine leichte, schließt sie doch die Aufgabe in sich, den allgemeinen Plan den wechselnden Bedürfnissen nationaler Besonderheiten anzupassen. Der Erfolg wird der hingebenden und ernstgemeinten Arbeitsgemeinschaft der Männer zu danken sein, denen die Schriftenreihe ihres Landes anvertraut ist.

Über den nächsten Schritt, der nach Einrichtung der Organisation zu tun war, konnte kein Zweifel bestehen: ohne Urkunden keine Geschichtschreibung. Alle für die Zentralverwaltungen wie für engere Gebiete wesentlichen Kriegsakten sind daher zu erhalten und der Forschung zugänglich zu machen, soweit es sich mit dem Staatswohle vereinbaren läßt. Aber diese gewaltige archivalische Aufgabe liegt von Rechts wegen den Regierungen und anderen Besitzern der Dokumente ob und nicht dem Geschichtschreiber oder dem Wirtschaftsforscher, der sie zu benützen wünscht. Eigentum verpflichtet: all diese Dokumente sind anvertrautes öffentliches Gut. In diesem Abschnitt unserer Kriegsgeschichte konnten also die Mitarbeiter nur über den Zustand, wie sie ihn auf ihrem besonderen Forschungsgebiet gefunden hatten, in der Form von Führern oder Nachschlagewerken berichten und möglicherweise dadurch, daß sie zu einem Vergleich der hier und dort angewandten Methoden anregten, dazu helfen, daß überall die praktischste Art der archivalischen Ordnung zur Annahme gelangte. Dies also war in jedem Land der Ausgangspunkt der wirklichen Arbeit an der Kriegsgeschichte; freilich sind nicht überall Monographien darüber verfaßt worden.

Dieses erste archivtechnische Stadium der Arbeit schien eine Zeitlang alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Und wenn der Plan der Kriegsgeschichte seine Untersuchungen auf das Zeugnis amtlicher Dokumente beschränkt hätte, so hätte es dabei bleiben müssen, denn sobald ein amtliches Schriftstück einmal als »geheim« bezeichnet ist, findet man selten einen Beamten, der genug Mut oder Entschlußkraft hat, das Siegel zu brechen. So waren große Mengen des dem Historiker notwendigen Quellenmaterials seinem Zugriff tatsächlich entzogen, obgleich vieles davon von jedem Standpunkt aus durchaus harmlos war. Man konnte erwarten, daß die Kriegsverhältnisse, die solcher Art fortwirkend die wissenschaftliche Forschung hinderten, dies noch auf

Jahre hinaus tun würden; deshalb mußte ein anderer Weg gefunden werden.

Glücklicherweise stand ein solcher Weg offen; die auf reichlichen Urkundenbeweis gestützte Geschichtserzählung derer, die an der Staatsleitung während des Kriegs teilgenommen oder als Beobachter in günstiger Stellung die Möglichkeit gehabt hatten, aus eigener Kenntnis oder nach dem Bericht von Augenzeugen die Wirtschaftsgeschichte des Kriegs in ihren verschiedenen Stadien und die Wirkung des Kriegs auf das Gesellschaftsleben aufzuzeichnen. So kamen wir zu dem Plan einer Reihe von Monographien, die zum großen Teil aus nichtamtlichen und doch maßgeblichen Darstellungen, sei es rein beschreibender, sei es kritisch-historischer Art, bestehen und am ehesten als ein Mittelding zwischen Memoiren und Farbbüchern bezeichnet werden können. Diese Monographien bilden den Hauptteil der Arbeit, soweit sie bisher in Angriff genommen ist. Sie sind nicht beschränkt auf Darstellungen aus der Kriegszeit selbst; denn die Wirtschaftsgeschichte muß sich mit einem längerem Zeitraum als dem des eigentlichen Kriegs befassen. Sie muß die Jahre des Abbaus der Kriegswirkungen mit umfassen, zum mindesten so weit, daß die Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfte gerechter beurteilt werden kann, als dies unter den Anschauungen der Kriegszeit möglich war.

In diesem Stadium der Arbeit gewann das Problem der Herausgeberschaft ein ganz neues Gesicht. Der Plan für die Schriftenreihe war in erster Linie durch die verfügbaren Mitarbeiter bestimmt, nicht so sehr, wie bei den meisten anderen Geschichtswerken, durch das Quellenmaterial; es waren ja die Mitarbeiter selbst, denen die Quellen offenstanden. Dies wiederum brachte eine neue Haltung zu den beiden Idealforderungen mit sich, die der Historiker einzuschärfen liebt: Geschlossenheit und Sachlichkeit. Wollte man den Beitrag jedes Mitarbeiters in seinen Vorzügen zur Geltung kommen lassen, so war es unmöglich, sich an enge logische Grenzen zu binden. Dieselben Tatsachen mußten in verschiedenem Zusammenhang wiederholt und von verschiedenen Seiten betrachtet werden; man mußte Fragen behandeln, die nicht im engsten Bereich der Geschichtschreibung liegen und man konnte nicht überall auf unbedingte Unbefangenheit rechnen. Im Drang einer Kontroverse oder im Wunsch einer

Apologie würden wohl hier und da parteiische Ansichten zum Ausdruck kommen. Aber diese Ansichten sind manchmal ein innerer Bestandteil der Geschichte selbst. Das gleichzeitige Urteil über eine Tatsache kann ebenso bedeutsam sein wie die Tatsache selbst. Zudem ist das Geschichtswerk als Ganzes so geplant, daß es sich selbst korrigiert; und wo es das nicht tut, werden andere es tun.

Neben dieser monographischen Behandlung des Quellenmaterials ist eine Anzahl von Studien vorbereitet, in denen sich Spezialforscher mit technischen oder eng umrissenen historischen und statistischen Fragen beschäftigen. Auch diese Monographien sind bis zu einem gewissen Grad als Quellenstudien anzusehen, da sie die geschichtlichen Daten aus solcher Nähe ihres Ursprungs ansehen, daß die Prüfung ihrer Richtigkeit in einer für spätere Zeiten nicht mehr möglichen Weise gewährleistet ist. Aber sie gehören zugleich zu jener konstruktiven geistigen Arbeit, durch welche die Geschichtschreibung von der Analyse zur Synthese fortschreitet. Dieser Fortschritt ist freilich langsam und schwierig, und wir stehen noch in seinem Beginn. Die Anfänge einer Geschichte wie der unserigen sind, um ein treffendes Bild zu gebrauchen, erst das »Wollezupfen«. Später können dann die Fäden der Ereignisse zum Bild der Geschichte verwoben werden; und für diese schöpferische Arbeit werden vielleicht andere Pläne und Organisationen nötig sein.

Bei einem Werk so komplizierter und verschiedenartiger Zusammenarbeit ist es unmöglich, anders als in ganz allgemeinen Zügen die Verantwortlichkeit für den Inhalt der einzelnen Schriften zwischen Herausgebern und Verfassern zu verteilen. Für den Gesamtplan der Geschichte und seine Verwirklichung ist der Generalherausgeber verantwortlich; aber die Anordnung der einzelnen Schriftenreihen ist weithin das Werk der verschiedenen Herausgeberausschüsse und der Einzelherausgeber, die auch die unter ihrer Leitung verfaßten Schriften gelesen haben. Die Aufnahme einer Monographie verpflichtet indessen die Herausgeber nicht auf die Ansichten oder Schlußfolgerungen der Verfasser. Sie müssen, wie jeder Herausgeber, bürgen für die Wissenschaftlichkeit, die Eignung und die Brauchbarkeit jedes aufgenommenen Beitrags. Die Verfasser aber müssen natürlich die Freiheit haben, das Ihre auf ihre eigene Weise zu geben. Ebenso legt die

Veröffentlichung einer Monographie die Carnegie-Stiftung nicht auf die besonderen Schlüsse fest, die der Verfasser darin gezogen hat. Die Stiftung fühlt sich der Geschichte selbst verantwortlich — sie hält es für ihre Pflicht, den Varianten der Erzählung und Auffassung, soweit sie uns den Krieg als Ganzes verstehen lassen, nicht aus dem Weg zu gehen, sondern sie festzuhalten und zu bewahren.

J. T. Shotwell.

RUDOLF MEERWARTH

DIE ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNG IN
DEUTSCHLAND WÄHREND DER KRIEGS- UND
NACHKRIEGSZEIT

INHALT

Einleitung: Die Entwicklung der Bevölkerung während der Vorkriegszeit	5
Die Entwicklung der Bevölkerung während des Krieges und der ersten Nachkriegszeit	26
I. Die Eheschließungen während des Krieges und der ersten Nach- kriegszeit	26
II. Die Geburtenhäufigkeit während des Krieges und der ersten Nach- kriegszeit	39
III. Die Sterbefälle während des Krieges und der ersten Nachkriegszeit .	50
Schluß: Die Entwicklung der Bevölkerung während der Nachkriegszeit .	73

EINLEITUNG

Die Entwicklung der Bevölkerung während der Vorkriegszeit

Der wirtschaftliche Aufstieg des Deutschen Reiches in den letzten vierzig Jahren vor dem Kriege ist im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum Deutschlands oft dargestellt worden. Es wird in diesen Schilderungen einmal darauf hingewiesen, daß die starke Ausweitung der deutschen Produktion und des deutschen Außenhandels vor dem Kriege nur möglich war, weil ein zunehmend wachsender Strom von schaffenden Menschen zur Verfügung stand. Es wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die große Bevölkerungsvermehrung der Vorkriegszeit zu einer immer stärkeren Entwicklung der produktiven Kräfte drängte.

Von einer Kennzeichnung der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands, die gewöhnlich an der Hand der Ergebnisse der großen Berufs- und Betriebszählungen gegeben wird, soll abgesehen werden. Es wird hier lediglich die Tatsache hervorgehoben, daß nach den Ergebnissen der Volkszählungen der Anteil der auf dem Lande (in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern) Lebenden in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg dauernd zurückgeht. 1871 lebten noch 63,9 vH der Einwohner auf dem Lande, 1890: 53,0; 1895 lebte noch die Hälfte (49,8) auf dem Land, 1910 nur noch 40 vH der Einwohner.

Hingegen sollen die wichtigsten Bevölkerungstatsachen der Vorkriegszeit kurz aufgezählt werden. Den 41 Millionen Menschen des Jahres 1871 stehen 64,9 Millionen Ende 1910 gegenüber: die Bevölkerung hat in den vierzig Jahren um 23,9 Millionen Seelen oder um 58 vH zugenommen. Für die Mitte des Jahres 1914 wird die Bevölkerung auf rund 67,8 Millionen angegeben; danach ergibt sich von Ende 1871 bis zum Ausbruch des Krieges eine Zunahme von rund 26,8 Millionen oder von 65 vH.

Um das starke Wachstum der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege besser würdigen zu können, sei zunächst eine auf dem Wege der Schätzung ermittelte Zahl aufgeführt, welche die Bevölkerung für die Zeit um 1800 auf einem Gebiet wiedergibt, das dem Umfang des Deutschen Reiches in der letzten Vorkriegszeit entspricht; man schätzt diese deutsche Bevölkerung zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf rund 23 Millionen Menschen. Also in den ersten 70 Jahren des 19. Jahrhunderts eine Zunahme von rund 18 Millionen, in den letzten 43 Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges eine Zunahme von rund 26,8 Millionen. Weiterhin seien zum Vergleich einige das Wachstum der französischen Bevölkerung kennzeichnende Zahlen mitgeteilt: im Jahre 1800 rund 27,5 Millionen, Ende der 1860er Jahre 38,3 Millionen einschließlich der Bevölkerung Elsaß-Lothringens; also seit Beginn des Jahrhunderts eine Zunahme von rund 11 Millionen. Die Zählung vom April/Mai 1872 ergab für Frankreich (ohne Elsaß-Lothringen) 36,1 Millionen, die Zählung vom März 1911: 39,6 Millionen Menschen, also eine Zunahme von nur 3,5 Millionen oder von 9,7 vH. Für Mitte 1913 wird die französische Bevölkerung auf rund 39,8 Millionen beziffert; gegen Anfang der 70er Jahre also eine Zunahme von 3,7 Millionen oder von nur 10 vH.

Das Bevölkerungswachstum Deutschlands ist im wesentlichen seinen Geburtenüberschüssen, also seiner natürlichen Bevölkerungsvermehrung zu verdanken. Wenn auch zur Ermittlung der Ein- und Auswanderung über die Landesgrenze, also zur Ermittlung der sogenannten mechanischen Bevölkerungsbewegung, genaue Angaben fehlen, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieser Wanderbewegung für die deutsche Bevölkerungsentwicklung keine wesentliche Bedeutung zukommt.

Eine verhältnismäßig rohe Methode zur Erfassung der *Wanderbewegung* geht so vor, daß sie dem auf Grund der Ergebnisse zweier aufeinanderfolgender Volkszählungen ermittelten tatsächlichen Bevölkerungszuwachs den für den gleichen Zeitraum aus den jährlichen Angaben über die Zahl der Geborenen und Gestorbenen ermittelten Geburtenüberschuß, also den natürlichen Bevölkerungszuwachs, gegenüberstellt. Übertagt die natürliche Bevölkerungszunahme die tatsächliche, so kann auf einen Verlust durch Abwanderung, im anderen Fall auf einen Gewinn

durch Zuwanderung geschlossen werden. Auf diese Weise ergeben sich für die sechs Jahrfünft^e seit 1880 folgende Gewinne (+) oder Verluste (—) durch Wanderung:

Jahrfünft	Wanderungsgewinn (+) oder Wanderungsverlust (—)	Auf 1000 der mittleren Bevölkerung entfallen jährlich
1.	2.	3.
1880—1885	— 980 215	— 4,3
1885—1890	— 329 110	— 1,4
1890—1895	— 448 810	— 1,8
1895—1900	+ 94 125	+ 0,35
1900—1905	+ 52 518	+ 0,18
1905—1910	— 159 904	— 0,51

Wie die letzte Spalte zeigt, ist — abgesehen vom ersten Jahrfünft — Wanderungsgewinn und Wanderungsverlust, auf die Gesamtbevölkerung bezogen, recht gering.

Bei dieser Betrachtung ist die zeitweilige Heranziehung von fremden Wanderarbeitern nicht berücksichtigt. Diese fremden Wanderarbeiter, die insbesondere von der deutschen Landwirtschaft, aber auch von der Industrie für einige Monate herangezogen wurden, waren selbstverständlich für die deutsche Wirtschaft von starker Bedeutung; man beziffert ihre Zahl in den letzten Jahren vor dem Krieg jährlich auf mindestens 800 000.

Um den *jährlichen natürlichen Bevölkerungszuwachs* überschauen zu können, sei zunächst der jährliche Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen für die letzten drei Jahrzehnte vor Kriegsausbruch mitgeteilt; er betrug im

Jahrzehnt 1881/1890 im Jahresdurchschnitt 551 308 Seelen

„ 1891/1900 „ „ 730 265 „

„ 1901/1910 „ „ 866 338 „

Um diesen starken Zuwachs in seiner Bedeutung würdigen zu können, ist eine Aufgliederung notwendig; es wird mit anderen Worten die Bewegung der Zahl der Geborenen und der Gestorbenen zunächst getrennt über die drei Jahrzehnte hinweg verfolgt. Dieser Untersuchung dient als Unterlage die Übersicht 1,

welche für die Jahre 1880 bis 1914 die Zahl der Geborenen und Gestorbenen, den Geburtenüberschuß sowie die Zahl der Eheschließungen, ferner einige Verhältniszahlen (Geburtsziffer, Sterbeziffer, sogenannte Überlebensziffer und die Heiratsziffer) wiedergibt. Das Jahr 1914, also bereits ein Jahr, das Kriegszeit umfaßt, ist des Vergleichs halber beigelegt. Auf der anderen Seite ist darauf verzichtet worden, für das Jahrzehnt 1871 bis 1880 Zahlen mitzuteilen. Es ist oft dargelegt worden, daß diese Zeit auf dem Gebiet der Bevölkerungsbewegung anormale Verhältnisse aufweist. Im Zusammenhang mit der Heimkehr der Truppen aus Frankreich nach dem Feldzug 1870/71, ferner im Zusammenhang mit der nach Kriegsende in Deutschland einsetzenden wirtschaftlichen Hochkonjunktur erreichten die Eheschließungen in den Jahren 1872, 1873 und 1874 Höchstzahlen. Auf die verhältnismäßig hohe Zahl von Eheschließungen folgte eine anormal hohe Zahl von Geborenen. Es wirkt daher verwirrend, wenn man diese »zufälligen Gipfelpunkte« zum Ausgangs- und zum Richtpunkt nimmt.

Die Zahl der *Eheschließungen* sowie die Heiratsziffern sind vor allem deshalb der Übersicht beigelegt, um falschen Schlüssen im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Heiratshäufigkeit und Geburtenhäufigkeit vorzubeugen. So bemerkenswert die Bewegung der Heiratsziffern an sich ist, so oft man Einflüsse der wirtschaftlichen Konjunktur auf die Eehäufigkeit beobachten kann, so verläuft doch die Bewegung der Heiratsziffern, wie auch die folgenden Zahlen lehren, nicht derart, daß aus ihr Rückschlüsse auf den Verlauf der Geburtsziffern gezogen werden können; es sei denn der Schluß, daß einer — insbesondere infolge von Konjunkteinflüssen — sich hebenden Heiratsziffer in dem hier betrachteten Zeitraum grundsätzlich keine Zunahme der Geburtenhäufigkeit folgt. Die Heiratsziffer, die sich im Laufe der Jahrzehnte nur wenig ändert, nimmt ihren eigenen Weg. Sie betrug im Jahrzehnt 1881/1890 jährlich im Durchschnitt 7,8 auf 1000 Einwohner, 1891/1900 durchschnittlich 8,7 und im Jahrzehnt 1901/1910: 8,0.

Bei der Betrachtung der *Geborenen* müssen nicht nur die Verhältniszahlen, also die Geburtsziffern, sondern auch die Grundzahlen herangezogen werden. Die Grundzahl der Geborenen (Lebendgeborenen) steigt seit den 1880er Jahren langsam an und

1. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im Deutschen Reich in den Jahren 1880 bis 1914

Jahr	Eheschließungen	Geborene ohne Totgeborene	Gestorbene ohne Totgeborene	Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen	Auf 1000 Einwohner kamen			
					Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	mehr Geborene als Gestorbene
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
1880	337 342	1 696 175	1 173 205	522 970	7,5	37,6	26,0	11,6
1881	338 909	1 682 149	1 156 391	525 758	7,5	37,0	25,5	11,6
1882	350 457	1 702 348	1 176 853	525 495	7,7	37,2	25,7	11,5
1883	352 999	1 683 699	1 190 002	493 697	7,7	36,6	25,9	10,7
1884	362 596	1 725 583	1 203 500	522 083	7,8	37,2	26,0	11,3
1885	368 619	1 729 927	1 199 742	530 185	7,9	37,0	25,7	11,4
1886	372 326	1 746 133	1 233 737	512 396	7,9	37,1	26,2	10,9
1887	370 659	1 757 079	1 151 924	605 155	7,8	36,9	24,2	12,7
1888	376 654	1 761 407	1 142 826	618 581	7,8	36,6	23,7	12,8
1889	389 339	1 772 570	1 153 087	619 483	8,0	36,4	23,7	12,7
1890	395 356	1 759 253	1 199 006	560 247	8,0	35,7	24,4	11,4
1891	399 398	1 840 172	1 164 421	675 751	8,0	37,0	23,4	13,6
1892	398 775	1 795 971	1 211 402	584 569	7,9	35,7	24,1	11,6
1893	401 234	1 865 715	1 248 201	617 514	7,9	36,8	24,6	12,2
1894	408 066	1 841 205	1 144 331	696 874	7,9	35,9	22,3	13,6
1895	414 218	1 877 278	1 151 488	725 790	8,0	36,1	22,1	13,9
1896	432 107	1 914 749	1 098 966	815 783	8,2	36,3	20,8	15,5
1897	447 770	1 926 690	1 142 056	784 634	8,4	36,0	21,3	14,6
1898	458 877	1 964 731	1 117 860	846 871	8,4	36,1	20,5	15,6
1899	471 519	1 980 304	1 185 197	795 107	8,5	35,9	21,5	14,4
1900	476 491	1 996 139	1 236 382	759 757	8,5	35,6	22,1	13,6
1901	468 329	2 032 313	1 174 489	857 824	8,2	35,7	20,7	15,1
1902	457 208	2 024 735	1 122 492	902 243	7,9	35,1	19,4	15,6
1903	463 150	1 983 078	1 170 905	812 173	7,9	33,8	20,0	13,9
1904	477 822	2 025 847	1 163 183	862 664	8,0	34,0	19,6	14,5
1905	485 906	1 987 153	1 194 314	792 839	8,1	33,0	19,8	13,2
1906	498 990	2 022 477	1 112 202	910 275	8,2	33,1	18,2	14,9
1907	503 964	1 999 933	1 117 309	882 624	8,1	32,3	18,0	14,2
1908	500 620	2 015 052	1 135 490	879 562	8,0	32,1	18,1	14,0
1909	494 127	1 978 278	1 094 217	884 061	7,8	31,0	17,2	13,9
1910	496 396	1 924 778	1 045 665	879 113	7,7	29,8	16,2	13,6
1911	512 819	1 870 729	1 130 784	739 945	7,8	28,6	17,3	11,3
1912	523 491	1 869 636	1 029 749	839 887	7,9	28,3	15,6	12,7
1913	513 283	1 838 750	1 004 950	833 800	7,7	27,5	15,0	12,4
1914	460 608	1 818 596	1 291 310	527 286	6,8	26,8	19,0	7,8

erreicht im Jahre 1901 mit 2 032 313 ihren höchsten Stand. In den folgenden Jahren schwankt sie: der letzte Gipfel liegt im Jahre 1908 mit 2 015 052 Geburten. Von hier aus setzt eine nicht mehr unterbrochene rückläufige Bewegung ein.

Die Zahl der *Gestorbenen* ist zunächst starken Schwankungen unterworfen; 1886 (1 233 737 Todesfälle) ist ein an Sterbefällen besonders reiches Jahr; es ist gleichzeitig ein Jahr hoher Säuglingssterblichkeit. Ein zweiter Höhepunkt liegt im Jahr 1893 (1 248 201 Todesfälle). Im Jahre 1900 lag die Zahl der Gestorbenen zum letztenmal über 1,2 Millionen, wiederum ein Jahr großer Säuglingssterblichkeit. Von hier ab treten niedere, also günstigere Zahlen zutage; 1912 und besonders 1913 nähert sich die Sterbehäufigkeit einer Million Todesfälle.

Der *jährliche Neuzuwachs* der Bevölkerung, also der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen, ist bereits gestreift worden. Er hatte Anfang der 1880er Jahre eine halbe Million knapp überschritten, nahm in den folgenden Jahren stark zu, überstieg 1902 und 1906 sogar 900 000 und belief sich 1912 und 1913 immer noch auf über 830 000 Seelen.

Trotz des hohen jährlichen Zuwachses der Bevölkerung waren vor dem Krieg in Deutschland manche Kreise des Volkes von Sorge über die zahlenmäßige Entwicklung der deutschen Bevölkerung erfüllt. Diese Betrachter gingen dabei weniger von den eben behandelten Grundzahlen als von den Verhältniszahlen, insbesondere von der Entwicklung der Geburtsziffern, aus. Wenn man an der Hand der vorhin mitgeteilten Übersicht die Geburtsziffer seit 1880 verfolgt, so zeigt sich bis zum Jahre 1898 nur ein verhältnismäßig geringer Rückgang (1880: 37,6; 1898: 36,1 auf 1000 Einwohner). Vom Jahre 1901 ab setzt jedoch ein wesentlich schnellerer Abstieg ein. Die Geburtsziffer hatte 1901 noch 35,7 betragen; sie sank fast ununterbrochen auf 27,5 im Jahre 1913. Die Furcht vor der »slawischen« Gefahr (slawische Frühheirat und slawische Fruchtbarkeit) trat auf.

Bevor in eine Erörterung der Gründe, die zur Erklärung des Geburtenrückganges beigebracht werden, eingetreten wird, sei noch eine Übersicht 2 mitgeteilt, welche für *Preußen* die Geburtsziffern (Geborene einschließlich der Totgeborenen, bezogen auf 1000 Einwohner) der Jahre 1880 bis 1914, gegliedert nach den Ziffern für die *Städte* und nach denen für das »*platte Land*«,

wiedergibt. Es handelt sich hier um eine unter verwaltungsrechtlichen Gesichtspunkten (ob Stadtgemeinde, ob Landgemeinde) vorgenommene Gliederung der Gemeinden, die einer Auszählung

2. Geburtsziffer in Preußen in den Jahren 1880 bis 1914

Jahr	Geburtsziffer	
	in den Städten	auf dem platten Land
1.	2.	3.
1880	38,6	40,4
1881	38,0	39,0
1882	37,9	40,0
1883	37,2	39,5
1884	37,6	40,1
1885	37,5	40,5
1886	37,3	40,7
1887	37,0	40,8
1888	36,8	40,6
1889	36,9	39,9
1890	36,0	39,5
1891	37,1	40,6
1892	35,8	38,9
1893	35,9	40,9
1894	35,2	39,9
1895	35,1	40,5
1896	35,4	40,5
1897	35,4	39,9
1898	35,6	40,2
1899	35,1	39,8
1900	34,8	39,5
1901	34,1	39,9
1902	33,0	39,4
1903	31,9	38,2
1904	32,3	38,6
1905	31,4	37,1
1906	31,7	37,3
1907	31,0	36,4
1908	30,6	36,4
1909	29,2	35,8
1910	27,8	34,7
1911	26,8	33,4
1912	26,2	33,0
1913	25,6	32,2
1914	24,9	31,8

der Geborenen zugrunde gelegt wird. Wenn sich auch unter den dem platten Land zugerechneten Gemeinden manche Gemeinden städtischer Art und manche industriellen Bevölkerungsagglomerationen finden, so trägt doch die als plattes Land bezeichnete Bevölkerungsmasse einen überwiegend ländlichen, insbesondere landwirtschaftlichen Charakter.

Nach dieser Übersicht ergibt sich für die Städte seit den 1880er Jahren bis zur Jahrhundertwende ein Rückgang, dessen Ausmaß stärker ist als der Rückgang der vorhin für ganz Deutschland mitgeteilten Geburtsziffer. Hingegen weist das »platte Land« wiederum bis in die Zeit um die Jahrhundertwende keinen Rückgang auf. Dann ändert sich der Lauf der Ziffern insofern, als nach der Jahrhundertwende auch auf dem platten Land der Rückgang deutlich zutage tritt.

Schließlich sei zur Vervollständigung des Bildes noch eine Übersicht 3 (S. 14) für die letzte Vorkriegszeit wiedergegeben, welche für die *deutschen Länder* und *preußischen Provinzen* die Geburtsziffern und daneben die »allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern« (Zahl der Geborenen bezogen auf 1000 weibliche Personen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren) der Jahre 1912 und 1913 nachweist. Die »allgemeine Fruchtbarkeitsziffer« erscheint geeigneter als die Geburtsziffer, wenn es gilt, den Grad, die Intensität der weiblichen Fruchtbarkeit erkennen zu lassen: eine Bevölkerung, die viele Kinder und viel alte Leute umfaßt, also etwa ein ländliches Gebiet mit starker Abwanderung gebärfähiger Frauen und zeugungsfähiger Männer, wird bei an sich gleicher Fruchtbarkeit eine geringere Geburtsziffer aufweisen als eine Bevölkerung mit verhältnismäßig wenig Kindern und wenig Alten, wie sie z. B. ein industrielles Zuwanderungsgebiet zeigt.

Die Spalte der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer liefert im allgemeinen keine grundsätzlich neue Erkenntnis: die Reihenfolge der Gebiete bleibt im wesentlichen die gleiche wie die nach der Geburtsziffer durchgeführte Reihenfolge, wenn auch die Abstände der Ziffern, die sich bei der einen oder anderen Reihe ergeben, verschieden groß sind.

Was die Reihenfolge der einzelnen Gebiete angeht, so weisen Gebiete, in denen der Landwirtschaft noch eine starke Bedeutung zukommt, durchweg höhere Geburtsziffern auf als Gebiete mit starkem gewerblichem Einschlag und mit einem hohen An-

teil städtischer Bevölkerung. Die hohe Geburtsziffer der östlichen preußischen Provinzen Ostpreußen, Posen, Schlesien (insbesondere Oberschlesien) sowie der Provinz Westfalen steht in engem Zusammenhang mit der großen Fruchtbarkeit der in diesen Provinzen in der Vorkriegszeit verhältnismäßig stark vertretenen polnischen Bevölkerung.

Der Rückgang der Geburtsziffer in Deutschland im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts rief eine umfangreiche Literatur hervor, welche diesen Rückgang zu erklären suchte. Bereits früher war in Frankreich gleichfalls eine große Literatur entstanden, die sich dem Problem der *dépopulation* widmete. Man war sich frühzeitig darüber klar, daß nicht eine Abnahme der Zeugungs-, Empfängnis- oder Gebärfähigkeit, also physiologische Ursachen, anzunehmen waren; es galt vielmehr die Tatsache eines verringerten Fortpflanzungswillens zu erklären. Der Geburtenrückgang ist, wie man sich ausdrückte, ein gewollter. Das Nachlassen des Zeugungswillens wird mit dem Vordringen der »Zivilisation« in Zusammenhang gebracht, ob es sich um Völker des Altertums oder der modernen Welt handelt.¹ Es wird auf das Vordringen des *esprit d'arrivisme* soit familial, soit individuel hingewiesen. Man will sich und der Familie eine auskömmliche Lebenshaltung erringen, den Kindern die gleiche oder wenn möglich eine bessere Lebenshaltung und soziale Lebensstellung sichern. Es setzt die Vorsorge für die wirtschaftliche Zukunft ein, die Furcht vor dem Elend, das mit einer großen Kinderzahl einziehen könnte. Diese Geistesverfassung, diese Sinnesart drängt zu einer Kleinhaltung der Familie. Dazu kommt — eine Tatsache, die insbesondere in der deutschen und englischen Literatur hervorgehoben worden ist — die starke Zunahme der Erwerbsarbeit der Frau in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg. Es entsteht der Wunsch der erwerbstätigen Frau, sich ihren Erwerb nicht durch Schwangerschaft und Geburt beeinträchtigen zu lassen. Es kommt weiter hinzu eine zunehmende Kenntnis der Mittel und gleichzeitig eine wachsende Zahl der

¹ Par civilisation nous entendons, outre le développement des villes et celui de la classe moyenne, la propagation quasi universelle de l'aisance, de l'instruction, l'extension des loisirs, l'essor des ambitions individuelles et familiales, la perspective ouverte à tous de s'élever sur l'échelle sociale (Paul Leroy-Beaulieu).

Mittel, die Empfängnis zu verhindern oder die Schwangerschaft vorzeitig zu beenden. Es wird durchaus folgerichtig betont, daß die eben geschilderte Geistesverfassung zur Erfindung wirk-

3. Geburtsziffer und Fruchtbarkeitsziffer der letzten Vorkriegszeit in den deutschen Ländern und Landesteilen

Länder und Landesteile	Geburtsziffer		Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer	
	Auf 1000 Einwohner kamen Lebendgeborene		Auf 1000 weibliche Personen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren kamen Lebendgeborene	
	1912	1913	1912	1913
1.	2.	3.	4.	5.
Provinz Ostpreußen.....	31,1	30,5	136,1	133,6
„ Westpreußen ...	35,6	34,4	156,7	151,6
Stadt Berlin	20,3	19,4	68,3	65,0
Provinz Brandenburg ...	22,8	21,9	84,2	80,3
„ Pommern	28,5	27,9	120,4	117,9
„ Posen	34,9	33,4	151,8	145,4
„ Schlesien	32,6	31,8	135,2	131,9
„ Sachsen	26,8	26,0	109,4	106,0
„ Schleswig-Holstein	26,3	25,3	112,4	108,2
„ Hannover	26,8	26,3	112,3	110,3
„ Westfalen	34,1	34,2	149,0	149,8
„ Hessen-Nassau ..	24,6	23,7	94,9	91,6
„ Rheinland	29,3	28,7	120,2	117,8
Hohenzollern	25,8	27,1	112,3	117,6
Preußen	28,9	28,2	118,1	115,2
Bayern r. d. Rheins	29,9	28,6	122,1	117,0
Bayern l. d. Rheins (Pfalz)	29,7	28,4	125,9	120,3
Bayern	29,9	28,6	122,6	117,4
Königreich Sachsen	25,7	24,9	97,6	94,5
Württemberg.....	28,7	27,2	119,4	113,1
Baden.....	27,8	26,4	112,7	106,9
Hessen	24,8	24,5	101,1	99,7
Mecklenburg-Schwerin ..	24,8	24,3	103,6	101,4
Großherzogtum Sachsen	27,7	26,5	111,5	107,0

Länder und Landesteile	Geburtsziffer		Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer	
	Auf 1000 Einwohner kamen Lebendgeborene		Auf 1000 weibliche Personen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren kamen Lebendgeborene	
	1912	1913	1912	1913
1.	2.	3.	4.	5.
Mecklenburg-Strelitz....	26,0	25,0	113,5	108,3
Oldenburg	30,9	30,5	134,4	133,0
Braunschweig	23,7	22,7	93,4	89,2
Sachsen-Meiningen	27,7	27,6	114,5	114,1
Sachsen-Altenburg.....	29,5	26,4	125,2	111,9
Sachsen-Coburg-Gotha..	27,5	26,7	113,5	109,9
Anhalt	24,9	24,3	97,8	95,4
Schwarzburg-Sondershausen	28,4	28,3	120,5	121,8
Schwarzburg-Rudolstadt	27,6	25,5	118,5	109,2
Waldeck	24,0	24,2	101,5	101,4
Reuß ältere Linie	24,5	23,0	94,3	88,5
Reuß jüngere Linie	26,9	25,4	106,7	100,6
Schaumburg-Lippe	24,0	22,8	99,2	93,6
Lippe	29,1	27,3	122,2	115,0
Lübeck.....	23,2	22,8	89,9	88,0
Bremen	24,6	24,8	90,4	91,2
Hamburg.....	22,0	21,8	79,3	78,6
Elsaß-Lothringen	24,2	23,3	103,1	99,0
Deutsches Reich ...	28,3	27,5	114,7	111,3

samer Präventivmittel drängt.² Der besonders in Deutschland seit der Jahrhundertwende gegen die beiden vorangehenden Jahrzehnte zutage tretende Rückgang der Geburtsziffer steht aller Wahrscheinlichkeit nach in starkem Zusammenhang mit

² Jedoch geht Sir William Beveridge (vgl. *Economica*, März 1925. *The Fall of Fertility among European Races*) zweifellos von falschen Voraussetzungen aus und kommt zu einer falschen, allerdings weit verbreiteten Schlußfolgerung, wenn er ausführt: »die plötzliche Ausbreitung der Anwendung der Prävention nach 1880 kann nicht mit einer Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen, welche das Bedürfnis für die Kleinhaltung der Familien entstehen läßt, in Verbindung gebracht werden, sondern muß der Erfindung wirksamerer Mittel der Prävention zugerechnet werden.«

der zunehmenden Teuerung; auf eine weitere Ursachenreihe wird noch hinzuweisen sein.

Bei den wissenschaftlichen Erörterungen, die sich an die vorhin gekennzeichnete rückläufige Bewegung der Geburtsziffer anschlossen, wurde mit Recht die Auffassung vertreten, daß die Bewegung der Geburtsziffern nicht isoliert betrachtet werden dürfe, sondern im Zusammenhang mit der Bewegung der *Sterbeziffern* zu betrachten sei. Während der Zeit von 1880 bis 1899 — eine Zeit, die durch ein nur mäßiges Sinken der Geburtsziffer gekennzeichnet ist — macht sich bereits ein beträchtlicher Rückgang der Sterbeziffer geltend; sie stand 1880 auf 26,0 und erreichte 1899 den Stand von 21,5. Dieser Rückgang der Sterbeziffer wird vor allem auf die allgemeine Verbesserung der sozialen und hygienischen Verhältnisse der Bevölkerung zurückgeführt; eine Verbesserung, auf welche die Einführung der Arbeiterversicherung nicht ohne Einfluß war. Der Rückgang der Sterblichkeit trifft in diesem Zeitraum alle Altersklassen. Die *Säuglingssterblichkeit* im besonderen zeigt gleichfalls einen Rückgang, der aber nicht aus dem Rahmen fällt; er tritt vor allem in den Städten und in manchen ländlichen Bezirken zutage. In Preußen — als Ganzes genommen — kann (im Gegensatz etwa zu Bayern) von einem Rückgang der Säuglingssterblichkeit in dieser Zeit kaum gesprochen werden.

Auf 100 Lebendgeborene entfielen in Preußen Sterbefälle von Kindern im ersten Lebensjahr

1880: 21,7	1896: 19,1
1881: 19,9	1897: 20,5
1882: 20,8	1898: 19,3
1883: 21,1	1899: 20,4
1884: 21,3	1900: 21,3

Vom Beginn des 20. Jahrhunderts ab tritt ein starker und anhaltender Rückgang der Sterblichkeit zutage, der vorwiegend der verminderten Säuglingssterblichkeit zu verdanken ist. Die planmäßige Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, welche von zahlreichen Stellen unternommen wurde und noch unternommen wird, tat ihre Wirkung. Die Sterbeziffer, die 1901 noch auf 20,7 stand, sank stark in den folgenden Jahren; 1910: 16,2; 1913: 15,0.

Die Ziffer der *Säuglingssterblichkeit* (auf 100 Lebendgeborene entfallen Sterbefälle von Kindern im ersten Lebensjahr), die für das Reich im ganzen erst seit 1901 genau festgestellt wird, nahm folgenden Verlauf

1901: 20,7	1908: 17,8
1902: 18,3	1909: 17,0
1903: 20,4	1910: 16,2
1904: 19,6	1911: 19,2
1905: 20,5	1912: 14,7
1906: 18,5	1913: 15,1
1907: 17,6	

Diesen Ausführungen über den Rückgang der Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahrzehnten seien die Ergebnisse beigefügt, die sich aus den für die letzten Jahrzehnte berechneten Sterbetafeln gewinnen lassen. Danach war die Säuglingssterblichkeit im Durchschnitt der 1880er Jahre (1881—1890) 22,4, im Durchschnitt der 1890er Jahre (1891—1900) 21,6; im Durchschnitt des Jahrzehnts 1901—1910 jedoch 18,6.

Der deutsche Statistiker Eugen Würzburger hat in bemerkenswerten Ausführungen einen Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit und dem der Geburtenhäufigkeit zunächst dahin festzustellen versucht, daß der auf die Verbesserung der Hygiene zurückzuführende Rückgang der Kindersterblichkeit die primäre Erscheinung sei. Die Eltern hätten im allgemeinen den Wunsch, nicht mehr als eine bestimmte Anzahl von Kindern aufzuziehen. Bleiben nun die Erstgeborenen am Leben, so schwinde bei den Eltern der Wunsch nach »Ersatzkindern«, die früher an die Stelle der Gestorbenen traten. Diese Auffassung erscheint nur unter bestimmten Einschränkungen als richtig. Eltern, welche den Wunsch haben, nur eine bestimmte Anzahl Kinder oder — was durchaus häufig ist — überhaupt keine Kinder großzuziehen, stehen bereits unter dem Einfluß einer Strömung, die vorhin mit dem Sammelwort »Zivilisation« in Zusammenhang gebracht worden ist. Sie »rationalisieren« bereits die Folgen des Sexuallebens. Unter der »bestimmten Anzahl« Kinder werden dann in der Regel ein oder zwei Kinder, gelegentlich auch drei Kinder verstanden werden. Ruft der Tod eines aus dieser Zahl hinweg, so wird dann oft der

Wunsch nach einem Ersatzkind rege werden, so daß damit ein Zusammenhang zwischen Kindersterblichkeit und Geburtenzahl gegeben ist. Würzburger hat in späteren Untersuchungen, die er dem Parallelismus zwischen der Geburtenhäufigkeit und der Säuglingssterblichkeit widmete, seine Auffassung abgeschwächt: »es ist zweifellos, daß dieser Parallelismus kein zufälliger ist, sondern auf einem kausalen Zusammenhange beruht, bei dessen Konstruktion man sowohl die Geburtenhäufigkeit als auch die Säuglingssterblichkeit als das Primäre auffassen kann.« Damit ist auch der andere Zusammenhang hervorgehoben: die gegen früher verminderte Zahl der Geburten führt zu einer größeren Sorgfalt und Pflege für die Geborenen, so daß diese in höherem Maße als früher dem Leben erhalten bleiben.

Im Anschluß daran sei eine andere fruchtbare Anregung behandelt, die Würzburger zu dem Problem Kindersterblichkeit und Geburtenhäufigkeit gebracht hat. Oder besser, er hat eine alte Anregung mit Nachdruck wieder aufgenommen und hat ihr gleichzeitig zur Durchführung verholfen. Würzburger wies im besonderen darauf hin, daß es bei der Betrachtung des Geburtenproblems nicht allein darauf ankomme, die Geburtsziffer ins Auge zu fassen; man müsse vielmehr die Geborenen auch auf ihrem weiteren Lebensweg von Jahr zu Jahr verfolgen. Man müsse für die einzelnen Jahrgänge sogenannte *Aufwuchszahlen* berechnen.

Die folgende Übersicht 4 gibt für die Jahre 1900 bis 1925 die Zahl der Lebendgeborenen wieder und weist im Anschluß daran nach, wieviel Kinder eines jeden Jahrganges das erste, zweite, ... sechste Lebensjahr überlebt haben. In diese Betrachtung ist also nicht nur die Vorkriegszeit, sondern auch die Kriegs- und Nachkriegszeit einbezogen worden; ein Auseinanderreißen der in der folgenden Übersicht mitgeteilten Zahlen wäre untunlich gewesen.

Die Übersicht erleidet für die letzten Jahre eine Störung dadurch, daß sich vom Jahre 1917 ab die Lebendgeborenen nicht mehr auf das alte Reichsgebiet beziehen. Die Lebendgeborenen der Jahre 1917 und 1918 enthalten nicht mehr die Zahlen für Elsaß-Lothringen; 1919 enthält außerdem nicht mehr den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen. 1920 enthält gegen das Vorjahr nicht mehr das Memel-Gebiet, die Freie Stadt Dan-

zig, sowie die in diesem Jahr an Polen, die Tschechoslowakei, Dänemark und Belgien abgetretenen Gebiete; 1921 außerdem nicht mehr das Saargebiet. Die folgenden Jahre enthalten schließlich nicht mehr den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Oberschlesien: sie beziehen sich also auf das Reichsgebiet der Gegenwart.

Die Zahlen der das erste, zweite, ... sechste Lebensjahr Überlebenden sind jeweils aus den Zahlen der Lebendgeborenen da-

4. Aufwuchszahlen der Jahrgänge 1900 bis 1925

Geburts- jahr	Lebend- geborene	Davon überlebten das Lebensjahr					
		erste	zweite	dritte	vierte	fünfte	sechste
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1900	1 996 139	1 545 636	1 476 572	1 451 469	1 436 199	1 425 731	1 418 209
1901	2 032 313	1 626 481	1 557 708	1 532 673	1 517 798	1 507 677	1 500 283
1902	2 024 735	1 644 110	1 573 446	1 549 433	1 535 275	1 525 559	1 518 211
1903	1 983 078	1 580 514	1 513 611	1 491 070	1 477 922	1 468 460	1 461 200
1904	2 025 847	1 625 096	1 569 850	1 538 820	1 526 029	1 516 726	1 509 770
1905	1 987 153	1 588 866	1 528 554	1 507 935	1 495 033	1 486 153	1 479 702
1906	2 022 477	1 654 705	1 596 502	1 575 728	1 563 269	1 554 485	1 547 711
1907	1 999 933	1 646 566	1 587 426	1 567 668	1 555 905	1 547 073	1 540 856
1908	2 015 052	1 662 825	1 607 047	1 588 194	1 576 196	1 568 045	1 562 060
1909	1 978 278	1 652 051	1 599 854	1 580 843	1 570 119	1 562 506	1 555 173
1910	1 924 778	1 602 321	1 549 412	1 532 483	1 522 380	1 513 016	1 504 256
1911	1 870 724	1 531 505	1 489 044	1 473 767	1 461 478	1 450 720	1 443 184
1912	1 869 636	1 595 771	1 551 200	1 531 252	1 516 300	1 506 105	1 496 962
1913	1 833 750	1 557 202	1 507 518	1 485 423	1 471 954	1 460 536	1 449 386
1914	1 818 596	1 513 264	1 462 641	1 441 929	1 426 121	1 411 549	1 404 790
1915	1 382 546	1 183 560	1 141 276	1 121 721	1 105 503	1 098 550	1 094 562
1916	1 029 484	884 227	849 976	828 960	821 631	817 812	815 243
1917	912 109	776 522	736 770	725 952	721 264	718 273	716 148
1918	926 813	778 334	751 085	743 279	739 055	736 233	734 264
1919	1 260 500	1 095 537	1 071 311	1 062 170	1 056 626	1 053 029	1 050 740
1920	1 599 287	1 389 489	1 361 555	1 350 522	1 344 225	1 340 217	1 337 308
1921	1 560 447	1 349 461	1 322 127	1 312 225	1 307 274	1 303 708	
1922	1 404 215	1 222 749	1 208 927	1 201 645	1 197 060		
1923	1 297 449	1 141 831	1 123 962	1 117 034			
1924	1 270 820	1 132 712	1 114 503				
1925	1 292 499	1 158 973					

durch gewonnen worden, daß nacheinander die Zahlen der in jedem Lebensjahr Gestorbenen abgezogen worden sind. Bei den Jahrgängen 1911 bis 1921 ergeben sich durch die Abtretungen zunächst für einzelne Lebensjahre (z. B. bei dem Jahrgang 1911 für das sechste Lebensjahr, bei dem Jahrgang 1912 für das fünfte und sechste, bei dem Jahrgang 1913 für das vierte, fünfte und sechste Lebensjahr usw.), dann für alle Lebensjahre (bei den Jahrgängen 1916 bis 1921) im Verhältnis zu der Geborenenzahl zu niedrige Gestorbenenanzahlen, demnach zu hohe Überlebendenanzahlen. Die Gestorbenenanzahlen eines jeden Jahres sind daher um einen bestimmten, dem Umfang der Gebietsabtretung entsprechenden Prozentsatz³ erhöht worden. Dadurch ist die Mög-

³ Die Berechnung dieser Prozentsätze erfolgt auf Grund des Bevölkerungsstandes vom 1. Dezember 1910. In dem Reichsgebiet (1910: 64 925 118 Einwohner) sind in den folgenden Jahren nicht mehr enthalten:

1917 und 1918	Elsaß-Lothringen mit	1 874 014	Einwohnern
1919	außerdem Posen	„ 1 946 461	„
1920	„ Ostpreußen	„ 166 025	„
	„ Westpreußen	„ 1 295 334	„
	„ Niederschlesien	„ 26 248	„
	„ Oberschlesien	„ 48 469	„
	„ Schleswig-Holstein	„ 166 348	„
	„ Rheinland	„ 60 003	„
1921	„ Saargebiet	„ 650 996	„
1922	„ Oberschlesien	„ 892 851	„
		<hr/>	
		7 126 749	Einwohnern

Der Bevölkerungsstand würde sich also, wenn man von der Einwohnerzahl von 1910 ausgeht und nur den Einfluß der Abtretungen berücksichtigt, für die einzelnen Jahre folgendermaßen gestalten:

1916	64 925 118
	— 1 874 014
1917 und 1918	<hr/> 63 051 104
	— 1 946 461
1919	<hr/> 61 104 643
	— 1 762 427
1920	<hr/> 59 342 216
	— 650 996
1921	<hr/> 58 691 220
	— 892 851
1922	<hr/> 57 798 369

lichkeit geschaffen, den Lebendgeborenen eines jeden Jahres (vgl. Spalte 2 der Übersicht 4), die sich — wie erwähnt — auf das jeweilige Reichsgebiet beziehen, wenigstens entsprechende Überlebendenzahlen für sechs Jahre anzureihen.

Um aus dieser Übersicht Schlüsse ziehen zu können, erscheint es zweckmäßig, sie nach zwei Gesichtspunkten hin weiter auszuwerten. Zunächst wird die Zahl der Lebendgeborenen jeden Jahres gleich 100 gesetzt, die Überlebenden werden darauf umgerechnet. Eine jede Zeile der nächsten Tabelle 5 stellt also für einen Jahrgang die Entwicklung der Überlebendenzahlen während der nächsten sechs Jahre dar.

Dividiert man nacheinander jeden Bevölkerungsstand durch alle nachfolgenden, so ergeben sich die folgenden Prozentzahlen, um die die Zahl der Gestorbenen jeweils zu erhöhen ist, damit die so gewonnenen Gestorbenen Zahlen der Geborenenzahl des jeweiligen Gebiets entsprechen. Verfolgt man also die Jahrgänge 1911 bis 1916, so ist die Zahl der in den Jahren

1917 und 1918 Gestorbenen um 2,97 vH				
im Jahr	1919	„	„	6,25 „
„	1920	„	„	9,41 „
„	1921	„	„	10,62 „
„	1922	„	„	12,33 „

erhöht worden.

Verfolgt man die Jahrgänge 1917 und 1918, so ist die Zahl der

im Jahr	1919	Gestorbenen um 3,19 vH
„	1920	„ 6,25 „
„	1921	„ 7,43 „
„	1922	„ 9,09 „

erhöht worden.

Beim Jahrgang 1919 ist die Zahl der

im Jahr	1920	Gestorbenen um 2,97 vH
„	1921	„ 4,11 „
„	1922	„ 5,72 „

erhöht worden.

Beim Jahrgang 1920 ist die Zahl der

im Jahr	1921	Gestorbenen um 1,70 vH
„	1922	„ 2,67 „

erhöht worden.

Schließlich ist beim Jahrgang 1921 die Zahl der

im Jahr 1922 Gestorbenen um 1,54 vH erhöht worden.

Vom Jahrgang 1922 ab können die Geborenenzahlen und die ihnen entsprechenden Zahlen der Gestorbenen für die einzelnen Lebensjahre wieder unmittelbar in Beziehung gesetzt werden.

5. Aufwuchsziffern der Jahrgänge 1900 bis 1925

Geburtsjahr	Lebendgeborene	Davon überlebten das Lebensjahr					
		erste	zweite	dritte	vierte	fünfte	sechste
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1900	100,0	77,4	74,0	72,7	72,0	71,4	71,1
1901	100,0	80,0	76,7	75,4	74,7	74,2	73,8
1902	100,0	81,2	77,7	76,5	75,8	75,4	75,0
1903	100,0	79,7	76,3	75,2	74,5	74,1	73,7
1904	100,0	80,2	77,5	76,0	75,3	74,9	74,5
1905	100,0	80,0	76,9	75,9	75,2	74,8	74,5
1906	100,0	81,8	78,9	77,9	77,3	76,9	76,5
1907	100,0	82,3	79,4	78,4	77,8	77,4	77,1
1908	100,0	82,5	79,8	78,8	78,2	77,8	77,5
1909	100,0	83,5	80,9	79,9	79,4	79,0	78,6
1910	100,0	83,2	80,5	79,6	79,1	78,6	78,2
1911	100,0	81,9	79,6	78,8	78,1	77,5	77,1
1912	100,0	85,3	83,0	81,9	81,1	80,6	80,1
1913	100,0	84,9	82,2	81,0	80,3	79,6	79,0
1914	100,0	83,2	80,4	79,3	78,4	77,6	77,2
1915	100,0	85,6	82,5	81,1	80,0	79,5	79,2
1916	100,0	85,9	82,6	80,6	79,8	79,4	79,2
1917	100,0	85,1	80,8	79,6	79,1	78,7	78,5
1918	100,0	84,0	81,0	80,2	79,7	79,4	79,2
1919	100,0	86,9	85,0	84,3	83,8	83,5	83,4
1920	100,0	86,9	85,1	84,4	84,1	83,8	83,6
1921	100,0	86,5	84,7	84,1	83,8	83,5	
1922	100,0	87,1	86,1	85,6	85,2		
1923	100,0	88,0	86,6	86,1			
1924	100,0	89,1	87,7				
1925	100,0	89,7					

Verfolgt man nach dieser Übersicht die Zahl der Kinder, die von 100 Lebendgeborenen eines jeden Jahrganges etwa das sechste Lebensjahr überlebt haben, so zeigt sich, daß diese Zahl im allgemeinen um so größer ist, je später der Jahrgang fällt. Aus dem Jahrgang 1900 haben 71,1 das sechste Lebensjahr überlebt, aus dem Jahrgang 1920 jedoch 83,6. Aus dem Jahrgang 1900 haben 72 das vierte Lebensjahr überlebt, aus dem Jahrgang 1922 jedoch 85,2. Aus dem Jahrgang 1900 haben ferner 72,7 das dritte

Lebensjahr überlebt, aus dem Jahrgang 1923 86,1. Diese Übersicht bringt im besonderen die zurückgehende Kindersterblichkeit — also über die Säuglingssterblichkeit hinaus — in den 25 Jahren seit der Jahrhundertwende zum Ausdruck. Es zeigt sich im besonderen auch, daß die Kriegsjahrgänge (1915, 1916, 1917 und 1918) gegenüber den meisten Jahrgängen der Vorkriegszeit günstigere Überlebendenziffern aufweisen.

Bei dieser Betrachtung ist bewußt die Tatsache des Geburten-

6. Aufwuchsziffern der Jahrgänge 1901 bis 1925

Geburts-jahr	Lebend-geborene	Davon überlebten das Lebensjahr					
		erste	zweite	dritte	vierte	fünfte	sechste
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1901	100,0	80,0	76,7	75,4	74,7	74,2	73,8
1902	99,6	80,9	77,4	76,2	75,5	75,0	74,7
1903	97,6	77,7	74,5	73,4	72,7	72,3	71,9
1904	99,7	80,0	77,2	75,7	75,1	74,6	74,3
1905	97,8	78,2	75,2	74,2	73,6	73,1	72,8
1906	99,5	81,4	78,6	77,5	76,9	76,5	76,2
1907	98,4	81,0	78,1	77,1	76,6	76,1	75,8
1908	99,2	81,8	79,0	78,2	77,6	77,2	76,9
1909	97,3	81,3	78,7	77,8	77,3	76,9	76,5
1910	94,7	78,8	76,2	75,4	74,9	74,4	74,0
1911	92,1	75,4	73,3	72,5	71,9	71,4	71,0
1912	92,0	78,5	76,3	75,4	74,6	73,6	73,7
1913	90,2	76,6	74,2	73,1	72,4	71,9	71,4
1914	89,5	74,5	72,0	71,0	70,2	69,5	69,2
1915	68,0	58,2	56,3	55,3	54,6	54,3	54,1
1916	50,7	43,6	41,9	40,9	40,6	40,5	40,4
1917	46,2	39,3	37,3	36,8	36,5	36,4	36,3
1918	47,0	39,4	38,1	37,7	37,5	37,3	37,2
1919	65,9	57,3	56,0	55,5	55,2	55,1	54,9
1920	86,1	74,8	73,3	72,7	72,4	72,2	72,0
1921	84,9	73,5	72,0	71,4	71,2	71,0	
1922	77,6	67,6	66,8	66,4	66,2		
1923	71,7	63,1	62,1	61,7			
1924	62,5	55,7	61,5				
1925	71,4	64,1					

rückganges außer Betracht gelassen worden: die Lebendgeborenen eines jeden Jahrganges sind gleich 100 gesetzt worden. Nun soll eine zweite Auswertung und gleichzeitig eine Umrechnung der ersten Übersicht vorgenommen werden, derart, daß der Geburtenrückgang, also die zurückgehende Zahl der Lebendgeborenen, Berücksichtigung findet.

In der Übersicht 6 wird die Zahl der Lebendgeborenen des Jahres 1901 gleich 100 gesetzt; alle Geborenen- und Überlebendenzahlen werden darauf umgerechnet. Die Tabelle will zeigen, wie weit der Geburtenrückgang durch die Steigerung der Überlebendenzahlen ausgeglichen wird. Damit diese Übersicht Beweiskraft hat, muß allerdings der Einfluß der Gebietsabtretungen auch für die Zahl der Lebendgeborenen ausgeschaltet werden; es müssen, mit anderen Worten, Zahlen der Lebendgeborenen und der Überlebenden berechnet werden, unter der Annahme, daß das Reichsgebiet im Lauf der Jahre keine Änderungen erfahren hätte.⁴

Die Übersicht zeigt, daß die dem Jahrgang 1901 folgenden Jahrgänge bis zum Jahrgang 1910 mit zwei Ausnahmen (Jahrgang 1903 und 1905) jeweils nach sechs Jahren höhere Überlebendenziffern aufweisen, als die Überlebendenziffer des Jahrgangs 1901 nach sechs Jahren beträgt. Mit anderen Worten: der in der Spalte 2 der Übersicht 6 zutage tretende Geburtenrückgang ist durch eine immer günstigere Kindersterblichkeit überkompensiert worden. Die Jahrgänge 1912 und 1913 weisen nach sechs Jahren Überlebendenziffern auf, die zwar niedriger sind als die entsprechende Überlebendenziffer des Jahrgangs 1901, aber doch noch in der Nähe dieser Überlebendenziffer liegen. Die Kriegs-

⁴ Dieser Übersicht liegen also andere absolute Zahlen zugrunde als der ersten Übersicht. Um den Einfluß der Gebietsabtretung auszuschalten, müssen die Geborenen- und Gestorbenenzahlen für die Jahrgänge 1917 bis 1925 erhöht werden, und zwar die Zahlen für den Jahrgang 1917 und 1918 um 2,97 vH, die Zahlen für den Jahrgang 1920 um 9,41 vH, die Zahlen für den Jahrgang 1921 um 10,62 vH, und schließlich die Zahlen für die Jahrgänge 1922 bis 1925 um 12,33 vH. Mit anderen Worten, die ganze Übersicht ist auf das ursprüngliche Reichsgebiet umgerechnet worden. Die absoluten Zahlen werden hier nicht wiedergegeben, lediglich die Verhältniszahlen. Wäre man anders vorgegangen und hätte man versucht, absolute Zahlen unter Zugrundelegung des heutigen Reichsgebiets zu berechnen, so würde sich bei den Verhältniszahlen keine Änderung ergeben haben.

jahrgänge, insbesondere die Jahrgänge 1915, 1916, 1917, 1918 und 1919, zeigen im Zusammenhang mit dem großen Geburtenrückgang während des Krieges naturgemäß außerordentlich niedrige Überlebendenziffern; die Jahrgänge 1917 und 1918 ergeben die Tiefpunkte. Der Jahrgang 1920 mit einer Geburtenziffer, die unter derjenigen der Vorkriegszeit und ganz erheblich unter den Geburtenziffern der ersten Jahre des Jahrhunderts liegt, liefert nach sechs Jahren eine Überlebendenziffer, die recht nahe an die entsprechende Überlebendenziffer des Jahrgangs 1901 herankommt. Die auf den Jahrgang 1920 folgenden Jahrgänge, insbesondere 1922, 1923, 1924 und 1925, liefern wiederum sinkende Überlebendenziffern. Die Untersuchung kann bei diesen Jahrgängen nicht für alle sechs Lebensjahre durchgeführt werden; dennoch lassen die für das vierte und dritte Lebensjahr berechneten Überlebendenziffern der einzelnen Jahrgänge die sinkende Tendenz deutlich erkennen. Der nach 1921 mit großer Stärke einsetzende Geburtenrückgang kann auch nicht annähernd mehr durch eine günstigere Kindersterblichkeit kompensiert werden. Eine nähere Würdigung des Geburtenrückganges während der Kriegs- und Nachkriegszeit wird in den folgenden Abschnitten gegeben.

DIE ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNG WÄHREND DES KRIEGES UND DER ERSTEN NACHKRIEGSZEIT

Wer etwa in der Kriegszeit selbst die Bevölkerungsentwicklung in einem kriegführenden Land beobachtet hat, hat wohl den Nachdruck auf eine Untersuchung der Sterblichkeit gelegt, hat insbesondere die Zahl der Todesfälle der Militär- und Zivilpersonen einer Betrachtung unterzogen. Der Betrachter der Nachkriegszeit, der rückläufig die Bevölkerungsbewegung während der Kriegsjahre zu erforschen trachtet, sieht die Vorgänge in etwas anderem Licht. In der Nachkriegszeit sind die besonders stark besetzten Geburtenjahrgänge der ersten Jahre des Jahrhunderts, die — wie gezeigt worden ist — eine zunehmend günstigere Kindersterblichkeit aufweisen, in das erwerbsfähige Alter getreten und beeinflussen, wie noch näher zu zeigen sein wird, den Altersaufbau der Bevölkerung entscheidend. Daneben ist ein anderer demographisch wichtiger Vorgang der Kriegszeit in den Vordergrund getreten; es ist die außerordentlich schwache Besetzung der Geburtenjahrgänge 1915 bis 1919. Diese Kriegsjahrgänge werden sich noch viele Jahre hindurch infolge ihrer schwachen Besetzung auswirken. Es erscheint also heute bei einer Betrachtung der Bevölkerungsbewegung während des Krieges geboten, den Nachdruck auf die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit zu legen. In diesem Zusammenhang entsteht die Notwendigkeit, auch die Heiratshäufigkeit während des Krieges näher zu verfolgen. Während in der Vorkriegszeit und auch in den Nachkriegsjahren Geburtsziffer und Heiratsziffer jeweils ihren eigenen Weg gehen, steht in der Kriegszeit die Geburtenhäufigkeit mit der Heiratshäufigkeit in engem Zusammenhang.

I. Die Eheschließungen während des Krieges und der ersten Nachkriegszeit

Um die Eheschließungen während des Krieges und während der ersten Nachkriegsjahre zahlenmäßig verfolgen zu können,

sei zunächst die Zahl der Eheschließungen und die Heiratsziffer für die Jahre 1912 bis 1922 mitgeteilt:

Jahr	Eheschließungen	Auf 1000 Einwohner kamen Eheschließungen
1.	2.	3.
1912	523 491	7,9
1913	513 283	7,7
1914	460 608	6,8
1915	278 208	4,1
1916	279 076	4,1
1917 ¹	308 446	4,7
1918 ¹	352 546	5,4
1919 ²	844 339	13,4
1920 ³	894 978	14,5
1921 ⁴	731 157	11,8
1922 ⁵	681 891	11,1

¹ Ohne Elsaß-Lothringen.

² Ohne Elsaß-Lothringen und den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen.

³ S. Anm. 2, ferner ohne Memelgebiet, ohne die Freie Stadt Danzig, ohne das an Polen (ohne Abstimmung), die Tschechoslowakei, Dänemark und Belgien abgetretene Gebiet.

⁴ S. Anm. 2 und 3, ferner ohne Saargebiet.

⁵ S. Anm. 2 bis 4, ferner ohne den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Oberschlesien.

Demnach ergibt sich — trotz der Hochflut an Kriegstraungen im August 1914 — infolge der geringen Zahl der Eheschließungen in den folgenden Monaten bereits für das Jahr 1914 ein Rückgang der Heiratsziffer (6,8) gegen die Vorkriegszeit. Der Tiefstand liegt in den Jahren 1915 und 1916 mit einer Heiratsziffer von 4,1. Die Ziffer steigt dann langsam an auf 4,7 im Jahre 1917 und auf 5,4 im Jahre 1918. Die erste Nachkriegszeit bringt die nach jedem Krieg zu erwartenden hohen Ziffern.

In Band 307 der Statistik des Deutschen Reiches (Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1920 und 1921. Berlin 1924. Seite 1 *) ist versucht worden, für das Gebiet des alten Reiches die Zahl der Eheschließungen in der Kriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren unter Zuhilfenahme von Schätzungen wiederzugeben. Bezieht man alle Eheschließungen auf eine Einwohnerzahl von 67 Millionen Menschen, das ist ungefähr die Einwohnerzahl des Reiches im Jahre 1913, so erhält man für die Zeit von 1912 bis 1921 folgende Zahlen:

Jahr	Zahl der Eheschließungen, bezogen auf 67 Millionen Einwohner
1.	2.
1912	530 249
1913	513 452
1914	455 241
1915	274 588
1916	276 128
1917	315 691
1918	363 923
1919	899 415
1920	985 629
1921	814 261

Darnach war vor dem Krieg die durchschnittliche jährliche Zahl der Heiraten 521 850; während der fünf Kriegsjahre betrug die Gesamtzahl der Heiraten 1 685 571, sie war also um 923 679 geringer als nach dem Friedensdurchschnitt zu erwarten war. In den drei auf den Krieg folgenden Jahren betrug die Zahl der Heiraten insgesamt 2 699 305; sie war also um 1 133 755 größer, als nach dem Friedensdurchschnitt zu erwarten war. Der durch den Krieg verursachte Ausfall von 923 679 Heiraten ist demnach in den drei auf den Krieg folgenden Jahren vollständig gedeckt worden. Hierbei ist, wie erwähnt, an der gleichen Einwohnerzahl (1913: 67 Millionen) festgehalten worden. Bei anderer Problemstellung kann man auch die erwartungsmäßige (für den Fall, daß kein Krieg gekommen wäre) Zunahme der Bevölkerung und damit der Eheschließungen berücksichtigen; dann würde sich ein höherer Ausfall an Heiraten durch den Krieg während der Jahre 1914 bis 1918 und eine geringere zusätzliche Heiratshäufigkeit in den Jahren 1919 bis 1921 ergeben. Vgl. dazu auch die nach Abschluß der Arbeit erschienene Diskussion zwischen Würzburger und Burgdörfer in Schmollers Jahrbuch, 55. Jahrg., S. 109 ff. und S. 697 ff.

Damit ist jedoch kein erschöpfendes Bild über die Bedeutung des Krieges für die »Ehehäufigkeit« gewonnen worden. Während des Krieges ist, wie eben dargelegt, die Zahl der neuen Eheschließungen weit unter den Durchschnitt gesunken, gleichzeitig

die Zahl der Ehelösungen, insbesondere durch den Tod des Ehemannes, weit über die im Frieden übliche Zahl hinaus gestiegen.

Die folgende Übersicht 7 (vgl. den bereits genannten Band 307 der Statistik des Deutschen Reiches, Seite 3*) gibt neben der Zahl der Eheschließungen auch die Zahl der Ehelösungen für die Jahre 1912 bis 1921 wieder und stellt für jedes Jahr den Überschuß der neuen Eheschließungen über die Ehelösungen bzw. den Überschuß der Ehelösungen über die neuen Eheschließungen dar.

7. Eheschließungen und Ehelösungen in den Jahren 1912 bis 1921

Jahr	Eheschließungen	Ehelösungen		Ehelösungen insgesamt	Ehelösungen, bezogen auf eine Einwohnerzahl von 67 Millionen	Mehr an Eheschließungen (+), mehr an Ehelösungen (—)
		durch Tod	dch. Scheidung			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1912	530 249	304 675	16 911	321 586	325 737	+ 204 512
1913	513 452	294 727	17 835	312 562	312 665	+ 200 787
1914	455 241	389 248	17 740	406 988	402 247	+ 52 994
1915	274 588	440 864	10 791	451 655	445 778	— 171 190
1916	276 128	413 391	10 494	423 855	419 409	— 143 281
1917	315 691	431 248	11 603	442 851	453 253	— 137 562
1918	363 923	516 188	13 344	529 532	546 625	— 182 702
1919	899 415	322 764	22 022	344 786	367 276	+ 532 139
1920	985 629	297 218	36 542	333 760	367 567	+ 618 062
1921	814 261	277 050	39 216	316 266	352 214	+ 462 047

Vor dem Krieg überwog in jedem Jahr die Zahl der neuen Eheschließungen diejenige der Ehelösungen um rund 200 000; die Zahl der sogenannten stehenden Ehen erhöhte sich also jährlich um 200 000. Während der Jahre 1914 bis 1918 ist dagegen die Zahl der Ehelösungen insgesamt um 581 741 größer gewesen als diejenige der Eheschließungen. Die Zahl der stehenden Ehen hat also während der fünf Kriegsjahre statt einer Zunahme um ungefähr 1 Million eine Abnahme von rund 580 000 erfahren.

In Band 316 der Statistik des Deutschen Reichs (Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1922 und 1923. Berlin 1926. S. 18*) ist eine Zusammenstellung über die Eheschließungen und Ehelösungen in den Jahren 1914 bis 1923 wiedergegeben, die grundsätzlich nach den gleichen Gesichtspunkten wie die eben wiedergegebene Übersicht 7 aufgenommen ist; sie legt jedoch den *heutigen* Gebietsstand des Deutschen Reiches zugrunde.

8. Eheschließungen und Ehelösungen in den Jahren 1913 bis 1924

Jahr	Auf das jetzige Reichsgebiet bezogene Zahl der				Mehr an Eheschließungen (+), mehr an Ehelösungen(-)
	Eheschließungen	Ehelösungen		Ehelösungen insgesamt	
		durch Tod	dch. Scheidung		
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1913	462 744	263 141	16 657	279 798	+ 182 946
1914	415 200	348 112	16 596	364 708	+ 50 492
1915	250 800	395 362	10 184	405 546	— 154 746
1916	251 600	373 135	9 793	382 928	— 131 328
1917	285 400	397 609	11 047	408 656	— 123 256
1918	326 200	475 082	12 709	487 791	— 161 591
1919	798 657	305 495	21 308	326 803	+ 471 854
1920	871 973	289 210	36 107	325 317	+ 546 656
1921	720 208	272 376	38 726	311 102	+ 409 106
1922	681 891	298 335	36 587	334 922	+ 346 969
1923	581 277	287 756	33 939	321 695	+ 259 582
1924	440 039	275 001	35 936	310 937	+ 129 102

Diese Zahlen liegen naturgemäß tiefer als die Zahlen der früheren Übersicht. Nach der Übersicht 8 überwog in dem Jahre 1913 die Zahl der Eheschließungen die der Ehelösungen um rund 183 000; etwa um das Fünffache dieses Betrages, also um 915 000, hätte sich die Zahl der stehenden Ehen unter normalen Verhältnissen in den Jahren 1914 bis 1918 erhöht. In dieser Zeit ist die Zahl der Ehelösungen um rund 520 000 größer geworden als die der Eheschließungen, so daß der durch den Krieg hervorgerufene Verlust an Ehen auf dem heutigen Reichsgebiet insgesamt 1 435 000 betrug. In den fünf auf den Krieg folgenden Jahren betrug infolge der überaus hohen Heiratshäufigkeit der Überschuß der Eheschließungen über die Ehelösungen rund 2 035 000; er war also um 1 120 000 größer, als er unter den normalen Verhältnissen des Jahres 1913 gewesen wäre. Um diese Zahl vermindert sich der Verlust an Ehen während des Krieges, so daß nach Abschluß der 10jährigen Periode ein Ausfall an stehenden Ehen von 315 000 verbleibt. Auch bei diesen Betrachtungen sind immer die Verhältnisse des Jahres 1913 zugrunde gelegt worden. Der Einfluß einer »normalen« (ohne Krieg) Bevölkerungszunahme ist dabei nicht berücksichtigt worden. Vgl.

wiederum für andere Problemstellungen die bereits erwähnte Diskussion zwischen Würzburger und Burgdörfer.

Die hohen Heiratszahlen der ersten Nachkriegsjahre bedürfen einer kurzen Erläuterung. Nicht weiter verwunderlich sind zunächst die hohen Zahlen der Jahre 1919 und 1920. Es wurden zahlreiche, während des Krieges aufgeschobene Eheschließungen nach dem Kriege nachgeholt; ferner schloß eine große Anzahl von Kriegerwitwen eine neue Ehe. Einer Erklärung hingegen bedürfen die immer noch hohen Zahlen der Jahre 1921 und 1922. Der gelegentlich durchgeführte Versuch, diese Zahlen auf eine für die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft günstige Wirtschaftskonjunktur zurückzuführen, liefert keine brauchbaren Ergebnisse; die Reallöhne dieser Jahre liegen erheblich unter den Friedenslöhnen. Allerdings brachten die verschiedenen Inflationskonjunkturen, welche in die Jahre 1921 und 1922 fielen, in großem Umfange Beschäftigungsgelegenheit. Während der Einzelstehende in diesen Jahren schwer durchhalten konnte, brachte der Abschluß einer Ehe eine starke Erleichterung, wenn beide Teile — wie bisher — ihrem Erwerb nachgingen. Der Zusammenbruch der Mark im Jahre 1923 führte dahin, daß die Heiratshäufigkeit, im besonderen in den letzten drei Vierteljahren des Jahres 1923, gegen die Vorjahre erheblich abnahm; die wirtschaftliche Unsicherheit, die Wohnungsnot usw. beeinflusste die Heiratshäufigkeit ungünstig. Die Heiratsziffer des Jahres 1923 (9,4) steht immer noch erheblich über der Ziffer des Jahres 1913 (7,7); der Gedanke, mit Hilfe der Erwerbstätigkeit der Frau besser durchs Leben zu kommen als ohne diese Mithilfe, hat offensichtlich auch noch 1923 die Eheschließenden beeinflusst. Die einzelnen Phasen der Stabilisierung im Jahre 1924 brachten zahlreiche Entlassungen von Arbeitern und Angestellten; insbesondere wurden bei diesen Entlassungen die »Doppelverdiener«, also vor allem Ehefrauen, deren Mann bereits erwerbstätig war, getroffen. Es ergab sich für 1924 eine, auch gegenüber der Friedenszeit, außerordentlich niedrige Ziffer (7,1). Bei der vergleichenden Untersuchung der Heiratsziffern der Nachkriegszeit und derjenigen der Vorkriegszeit darf im übrigen ein — noch näher zu behandelnder — wichtiger Tatbestand nicht außer Betracht bleiben; das ist der gegen die Vorkriegszeit *veränderte Altersaufbau* der Bevölkerung. Es

stehen, wie noch zu zeigen sein wird, in der Nachkriegszeit verhältnismäßig mehr Menschen im heiratsfähigen Alter als in der Vorkriegszeit. Dazu kommt schließlich noch eine erhöhte »Heiratsfreudigkeit« der Männer in der Nachkriegszeit.

Eine Statistik der *Kriegstrauungen*, also derjenigen Eheschließungen, die infolge der durch den Krieg geschaffenen Umstände unter Befreiung von Aufgebot oder wenigstens unter Verkürzung der Aufgebotszeit erfolgten, besteht für das Reich im ganzen oder für ein größeres Land nicht. Hingegen hat neben einigen Großstädten der *Staat Hamburg* die Kriegstrauungen von den gewöhnlichen Eheschließungen getrennt: aus dieser Statistik ergibt sich, daß im August 1914 unter 100 Eheschließungen 77 Kriegstrauungen waren. Bereits im September sank diese Ziffer auf 43, im Oktober auf 40, sie stieg im November auf 44 und im Dezember auf 49,5. Während fast des ganzen Jahres 1915 machten die Kriegstrauungen über die Hälfte der Eheschließungen aus: im Jahre 1915 waren unter 100 Eheschließungen im ganzen 55 Kriegstrauungen. Vom Frühjahr 1916 ab sank der Anteil der Kriegstrauungen wieder unter die Hälfte; er betrug im Jahre 1916 im ganzen 46 vH., 1917 ging er auf 39 und 1918 auf 34 herunter. Der hohe Anteilsatz der Kriegstrauungen im Jahre 1915 findet darin seine Erklärung, daß sich zu Anfang des Krieges viele aktive Militärpersonen sowie auch ein großer Teil der Angehörigen der Reserve verhehelichten.

Das *durchschnittliche Heiratsalter* der heiratenden Männer und Frauen hat sich während des Krieges erhöht. Vor dem Kriege war das durchschnittliche Heiratsalter beider Geschlechter verhältnismäßig beständig. Im Jahre 1901 war das durchschnittliche Heiratsalter der Männer 28,9, im Jahr 1913: 29,0 Jahre. Das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen war im Jahr 1901: 25,8, im Jahr 1913: 25,7 Jahre. Innerhalb der einzelnen deutschen Länder ergaben sich regelmäßig bemerkenswerte Abweichungen im durchschnittlichen Heiratsalter. Vor allem wiesen industrielle Gebiete, wie Provinz und Freistaat Sachsen, Thüringen, Anhalt, »frühe Heiraten« auf, Bayern, Württemberg, Baden, also Gebiete mit landwirtschaftlichem Mittel- und Kleinbetrieb, verhältnismäßig späte Heiraten.

Wie erwähnt, stieg das durchschnittliche Heiratsalter der Männer und Frauen während des Krieges.

Es betrug für die Männer

im Jahre	1914:	28,9	Jahre
„ „	1915:	29,3	„
„ „	1916:	30,0	„
„ „	1917:	30,3	„
„ „	1918:	31,2	„
„ „	1919:	30,8	„

Für Frauen betrug das durchschnittliche Heiratsalter

im Jahre	1914:	25,7	Jahre
„ „	1915:	26,1	„
„ „	1916:	26,4	„
„ „	1917:	26,1	„
„ „	1918:	27,1	„
„ „	1919:	27,3	„

Von 1914 bis 1918 ist demnach das Heiratsalter der Männer um 2,3 und das der Frauen um 1,4 Jahre gestiegen. Das Heiratsalter der Frauen hat weniger zugenommen als das der Männer; der Altersunterschied zwischen Mann und Frau, der früher im Durchschnitt 3,3 Jahre betrug, betrug im Jahre 1918: 4,1 Jahr. Die Erhöhung des durchschnittlichen Heiratsalters der Männer und Frauen deutet auf ein Hinausschieben der Ehen hin; die stärkere Erhöhung bei den Männern erklärt sich daraus, daß im Krieg eine große Anzahl jüngerer unverheirateter Männer gefallen ist und daß ältere Altersklassen für sie eingetreten sind.

In der folgenden Übersicht 9 ist zur näheren Beleuchtung des zunehmenden Heiratsalters eine Gliederung der aus dem *ledigen* Stand heiratenden Männer und Frauen nach drei Altersklassen gegeben. Gleichzeitig ist in den beiden ersten Spalten der Übersicht das durchschnittliche Heiratsalter der aus dem ledigen Stand heiratenden Männer und Frauen beigefügt.

Nach dieser Übersicht waren im Jahre 1913 von 1000 aus dem ledigen Stand heiratenden Männern 213, also über ein Fünftel, 30 und mehr Jahre alt; im Jahre 1919 dagegen 343, also über ein Drittel. Von 1000 aus dem ledigen Stand heiratenden Frauen waren im Jahre 1913: 376 über 25 Jahr alt, im Jahre 1919 dagegen 517. Das Jahr 1915 zeichnete sich in besonderem Maße durch »Frühehen« aus: fast zwei Fünftel (368) aller aus dem ledigen

Stand heiratenden Männer und fast zwei Drittel (638) aller aus dem ledigen Stand heiratenden Frauen waren unter 25 Jahre alt.

9. Alter der aus dem ledigen Stand Heiratenden

Jahr	Durchschnittliches Heiratsalter der aus dem ledigen Stand heiratenden		Von 1000 aus dem ledigen Stand heiratenden					
			Männern standen im Alter von			Frauen standen im Alter von		
	Männer	Frauen	unter 25	25 bis unter 30	30 u. mehr Jahren	unter 20	20 bis unter 25	25 u. mehr Jahren
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
1913	27,48	24,73	326	461	213	95	529	376
1914	27,42	24,70	339	450	211	97	534	369
1915	27,24	24,74	380	416	204	101	537	362
1916	27,70	25,14	338	434	228	80	519	401
1917	28,11	25,43	298	446	256	61	503	436
1918	28,67	25,81	265	437	298	51	474	475
1919	29,03	26,05	242	415	343	43	440	517
1920	28,57	25,69	289	397	314	61	458	481
1921	28,26	25,45	325	383	292	75	474	451
1922	27,87	25,25	356	383	261	79	493	428
1923	27,57	25,10	381	381	238	87	506	407
1924	27,58	25,25	380	385	235	84	497	419
1925	27,50	25,30	368	408	224	78	494	428
1926	27,44	25,30	358	427	215	80	490	430

Die Übersicht bringt im übrigen deutlich zum Ausdruck, daß der Anteilsatz der Männer, die im Alter von unter 25 Jahren heiraten, in den Nachkriegsjahren außerordentlich stark zunimmt, seit 1922 ganz erheblich über dem Anteilsatz der Vorkriegszeit liegt. Bei den Frauen nimmt der Anteilsatz derer, die im Alter von unter 20 Jahren und im Alter von 20 bis unter 25 Jahren heiraten, zwar seit dem Jahr 1919 langsam zu, erreicht aber bei weitem nicht mehr den im Frieden beobachteten Anteilsatz; der Anteilsatz derjenigen Frauen, die im Alter von 25 und mehr Jahren heiraten, nimmt seit dem Jahre 1919 ab, steht aber immer noch erheblich über dem Anteilsatz des Friedens. Es ist bei dieser Übersicht, wie bereits erwähnt, im Auge zu behalten, daß sie für Männer und Frauen gilt, die aus dem ledigen Stand heiraten.

Im Zusammenhang damit seien kurz die Eheschließungen

nach dem *bisherigen Familienstand* der Heiratenden behandelt. Im Jahre 1913 waren unter je 100 Eheschließungen 86,6, die von ledigen Männern mit ledigen Frauen eingegangen wurden; dieser Anteilsatz sank in den folgenden Jahren (1914: 86,3; 1915: 83,5; 1916: 82,4; 1917: 81,5; 1918: 77,8; 1919: 77,2). In den nächsten Jahren steigt dieser Anteilsatz wieder, ohne jedoch die Vorkriegshöhe zu erreichen (1920: 80,5; 1921: 80,6; 1922: 82,0; 1923: 82,1; 1924: 80,9). Auf der anderen Seite ergibt sich insbesondere in der zweiten Kriegshälfte und in den ersten Nachkriegsjahren eine Zunahme der Eheschließungen lediger Männer mit Witwen und der Eheschließungen von Witwern mit ledigen Frauen. Unter je 100 Eheschließungen waren im Jahre 1913: 2,4, die von ledigen Männern mit Witwen eingegangen wurden. (1914: 2,3; 1915: 2,6; 1916: 3,1; 1917: 4,3; 1918: 5,8; 1919: 8,4; 1920: 7,0; 1921: 5,7; 1922: 4,3; 1923: 3,5; 1924: 3,2.)

Unter je 100 Eheschließungen waren 1913 solche von Witwern mit ledigen Frauen: 5,8 (1914: 5,4; 1915: 6,1; 1916: 7,1; 1917: 7,2; 1918: 8,4; 1919: 7,8; 1920: 5,8; 1921: 5,6; 1922: 5,4; 1923: 5,8; 1924: 6,7). Auf die Eheschließungen der geschiedenen Männer auf der einen Seite und der geschiedenen Frauen auf der anderen Seite soll hier mit Rücksicht auf ihren geringen Anteil nicht näher eingegangen werden.

Hingegen soll noch versucht werden, einen Überblick über das *gegenseitige Alter der Heiratenden* zu geben. Mit Rücksicht auf die außerordentlich große Zahl der möglichen Kombinationen sind diese umfangreichen Übersichten in den statistischen Quellenwerken nur schwer lesbar. Es trägt auch zur Klärung wenig bei, wenn eine bestimmte Kombination, die besonders häufig vorkommt, herausgegriffen und für die einzelnen Jahre verfolgt wird. So ergibt sich beispielsweise, daß in den Jahren 1914, 1915 und 1916 ebenso wie vor dem Krieg die meisten Ehen von 22 Jahre alten Frauen mit 24 Jahre alten Männern geschlossen worden sind; in den Jahren 1917, 1918 und 1919 rückte dieser Satz um je ein Jahr hinauf; d. h., die meisten Ehen wurden zwischen 23 Jahre alten Frauen und 25 Jahre alten Männern geschlossen. Eine Klarheit über die Gesamtentwicklung ist damit kaum gewonnen.

In der folgenden, allerdings noch immer recht umfangreichen Übersicht 10, in der die heiratenden Männer — diesmal die Ge-

10. Der Altersunterschied der Eheschließenden in den Jahren 1913 bis 1920 nach Altersklassen des Mannes

Die eheschließenden Frauen nach ihrem Alter gegenüber dem Alter des Ehemannes																	
Alter des Ehe- mannes	1913					1914					1915					1916	
	mehr als 2 Jahre jünger	gleich- altrig und bis zu 2 Jahren jünger	4.	5.	6.	mehr als 2 Jahre jünger	gleich- altrig und bis zu 2 Jahren jünger	älter	Ges- samt- summe	mehr als 2 Jahre jünger	gleich- altrig und bis zu 2 Jahren jünger	älter	Ges- samt- summe	mehr als 2 Jahre jünger	gleich- altrig und bis zu 2 Jahren jünger	älter	Ges- samt- summe
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	
Grundzahlen																	
Bis 25	40 363	67 776	42 970	151 109	37 130	64 621	39 338	141 089	22 248	44 233	26 638	93 119	17 208	39 072	25 667	81 947	
25 „ 30	122 580	60 348	34 258	217 186	107 478	52 460	30 540	190 478	56 963	29 825	16 940	103 728	57 144	32 539	17 407	107 090	
30 „ 35	57 425	9 703	8 908	76 036	49 174	8 740	8 515	66 429	25 594	4 698	5 322	35 614	28 539	5 302	4 714	38 555	
35 „ 40	24 432	3 083	3 619	31 134	21 590	2 817	3 701	28 108	13 189	1 777	2 831	17 797	14 057	1 674	2 449	18 180	
Ins- gesamt	244 800	140 910	89 755	475 465	215 372	128 638	82 094	426 104	117 994	80 533	51 731	250 258	116 948	78 587	50 237	245 772	
Verhältniszahlen																	
Bis 25	26,7	44,9	28,4	100,0	26,3	45,8	27,9	100,0	23,9	47,5	28,6	100,0	21,0	47,7	31,3	100,0	
25 „ 30	56,4	27,8	15,8	100,0	56,4	27,5	16,1	100,0	54,9	28,8	16,3	100,0	53,4	30,4	16,2	100,0	
30 „ 35	75,5	12,8	11,7	100,0	70,0	13,2	12,8	100,0	71,9	13,2	14,9	100,0	74,0	13,8	12,2	100,0	
35 „ 40	78,5	9,9	11,6	100,0	76,8	10,0	13,2	100,0	74,1	10,0	15,9	100,0	77,3	9,2	13,5	100,0	
Ins- gesamt	51,5	29,6	18,9	100,0	50,5	30,2	19,3	100,0	47,1	32,2	20,7	100,0	47,6	32,0	20,4	100,0	

Die eheschließenden Frauen nach ihrem Alter gegenüber dem Alter des Ehemannes

Alter des Ehe- mannes	1917					1918					1919					1920				
	mehr als 2 Jahre jünger	gleichs- altrig und bis zu 2 Jahren jünger	älter	Ge- samts- summe	mehr als 2 Jahre jünger	gleichs- altrig und bis zu 2 Jahren jünger	älter	Ge- samts- summe	mehr als 2 Jahre jünger	gleichs- altrig und bis zu 2 Jahren jünger	älter	Ge- samts- summe	mehr als 2 Jahre jünger	gleichs- altrig und bis zu 2 Jahren jünger	älter	Ge- samts- summe				
	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.				
Grundzahlen																				
Bis 25	15 444	37 689	26 851	79 984	14 488	36 201	28 410	79 099	29 467	80 082	67 719	177 268	41 647	103 162	85 001	229 810				
25 „ 30	62 219	39 439	20 153	121 811	65 923	43 866	23 295	133 084	143 378	105 442	61 218	310 038	151 577	106 531	63 197	321 305				
30 „ 35	35 603	7 181	5 444	48 228	45 527	9 632	6 666	61 825	121 970	31 603	21 084	174 657	118 611	30 559	20 600	169 770				
35 „ 40	17 227	1 893	2 246	21 366	23 172	2 481	2 538	28 191	67 047	8 232	6 904	82 183	62 022	7 971	6 486	76 479				
Insgesamt	130 493	86 202	54 694	271 389	149 110	92 180	60 909	302 199	361 862	225 359	156 925	744 146	373 857	248 223	175 284	797 364				

Grundzahlen

Verhältniszahlen

Bis 25	19,3	47,1	33,6	100,0	18,3	45,8	35,9	100,0	16,6	45,2	38,2	100,0	18,1	44,9	37,0	100,0
25 „ 30	51,1	32,4	16,5	100,0	49,5	33,0	17,5	100,0	46,2	34,0	19,8	100,0	47,2	33,2	19,6	100,0
30 „ 35	73,8	14,9	11,3	100,0	73,6	15,6	10,8	100,0	69,8	18,1	12,1	100,0	69,9	18,0	12,1	100,0
35 „ 40	80,6	8,9	10,5	100,0	82,2	8,8	9,0	100,0	81,6	10,0	8,4	100,0	81,2	10,4	8,4	100,0
Insgesamt	48,1	31,8	20,1	100,0	49,3	30,5	20,2	100,0	48,6	30,3	21,1	100,0	46,9	31,1	22,0	100,0

samtzahl der heiratenden Männer — zu wenigen Altersklassen zusammengefaßt sind, wird dargelegt, wieviele der — nach Altersklassen gegliederten — Männer Frauen heiraten, die 1. mehr als 2 Jahre jünger sind, 2. gleichaltrig und bis zu 2 Jahren jünger sind, 3. älter sind als ihre Männer. Die Altersklassen der Männer schließen mit 40 Jahren ab; zur Klarlegung der Eheschließungen der höheren Altersklassen, in die jedoch nur ein kleiner Teil der Eheschließungen fällt, fehlen die Unterlagen.

Die Übersicht erstreckt sich auf die Jahre 1913 bis 1920, umfaßt also die Kriegsjahre und die ersten beiden Nachkriegsjahre, die — wie erwähnt — eine außerordentlich hohe Heiratsziffer aufweisen (1919: 13,4; 1920: 14,5 gegen 7,7 im Jahre 1913).

Zunächst ist daran zu erinnern, daß gegenüber dem Friedensjahr 1913 in den Jahren 1914 und 1915 bei einer sinkenden Gesamtzahl der Eheschließungen die Zahl der eheschließenden Männer im Alter von unter 25 Jahren verhältnismäßig stark zugenommen hat; im Jahre 1915 lag die Zahl der eheschließenden Männer unter 25 Jahren nicht wesentlich tiefer als die Zahl der eheschließenden Männer von 25 bis unter 30 Jahren, die zahlenmäßig wichtigste Gruppe, wenn man die eheschließenden Männer nach ihrem Alter nach Jahrfünften aufgliedert. Gleichzeitig nimmt in beiden Gruppen (eheschließende Männer bis zu 25 Jahren, von 25 bis zu 30 Jahren) der Anteil derjenigen Männer, die Frauen heiraten, welche mehr als zwei Jahre jünger sind, insbesondere zugunsten derjenigen Gruppe von Männern, welche Frauen heiraten, die gleichaltrig und bis zu 2 Jahren jünger sind, bereits leicht ab. In den Jahren 1916, 1917, 1918, von denen insbesondere die Jahre 1916 und 1917 eine außerordentlich niedrige Heiratshäufigkeit aufweisen, nahm der Anteil der eheschließenden Männer unter 25 Jahren stark ab, vor allem zugunsten des Anteils der Männer, die im Alter von über 30 Jahren heirateten. Gleichzeitig heirateten in diesen drei Jahren die eheschließenden Männer unter 25 Jahren und im Alter von 25 bis 30 Jahren in zunehmend geringerem Maße Frauen, die mehr als 2 Jahre jünger waren. Das Jahr 1919, also ein Jahr außerordentlich starker Heiratshäufigkeit mit zunehmenden Heiratszahlen in allen Altersklassen, brachte bei denjenigen Männern die höchste Zunahme, die im Alter von 30 und mehr Jahren heirateten. Innerhalb der ersten Altersgruppe, also unter den heiratenden Männern im Alter bis zu 25 Jahren, ging von neuem der Anteil derer, die mehr als 2 Jahre jüngere Frauen heirateten, stark zurück, insbesondere zugunsten derjenigen Männer dieser Altersgruppe, die ältere Frauen heirateten: von 100 heiratenden Männern der ersten Altersgruppe heirateten nur 16,6 (1913: 26,7) Frauen, die mehr als 2 Jahre jünger waren; 45,2 (1913: 44,9) heirateten Frauen, die gleichaltrig und bis zu 2 Jahren jünger waren; 38,2 jedoch (1913: 28,4) heirateten Frauen, die älter waren. Ähnliche Tendenzen zeigen sich im Jahre 1919 bei den heiratenden Männern der zweiten Altersgruppe (25 bis 30 Jahre); 46,2 vH dieser Männer (1913: 56,4 vH) heirateten Frauen, die mehr als 2 Jahre jünger waren; 34 vH dieser Männer (1913: 27,8 vH) heirateten

Frauen, die gleichaltrig und bis zu 2 Jahren jünger waren; 19,8 vH (1913: 15,8 vH) heirateten Frauen, die älter waren. Noch in der nächsten, im Jahre 1919 sehr stark besetzten Altersgruppe der heiratenden Männer im Alter von 30 bis 35 Jahren trat mit aller Deutlichkeit die gleiche Tendenz zutage: Rückgang des Anteils der Männer, die Frauen heiraten, welche gleichaltrig und bis zu 2 Jahren jünger sind. Das Jahr 1920 bringt die stärkste Heiratshäufigkeit, die in der Nachkriegszeit beobachtet worden ist; gegen das Jahr 1919 nimmt vor allem der Anteil der heiratenden jungen Männer unter 25 Jahren zu. Verfolgt man auch hier das gegenseitige Alter der Eheschließenden, so bleibt die eben angedeutete Tendenz gegenüber der Vorkriegszeit bestehen.

Zur Erklärung der auch in den nächsten Jahren zu beobachtenden Erscheinung, daß das gegenseitige Alter der Heiratenden sich nähert, daß die jungen Männer in zunehmendem Maße gleichaltrige und nur bis zu 2 Jahren jüngere Frauen und insbesondere auch ältere Frauen heiraten, können folgende Gründe angeführt werden. Man kann daran denken, daß junge Männer, die in den Nachkriegsjahren, insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen, um vereint den Lebensunterhalt zu erwerben, geheiratet haben, sich eine gleichaltrige oder nur wenig jüngere, oder selbst ältere Gefährtin gesucht haben. Von großer Bedeutung für dieses Problem scheint jedoch der nachher zu berührende Umstand zu sein, daß in der Nachkriegszeit infolge der Kriegsverluste in zahlreichen, gerade heiratsfähigen Altersklassen ein starker Frauenüberschuß eingetreten ist; ein Teil dieser Frauen wird, um noch zur Ehe zu gelangen, das Augenmerk vielfach auf einen gleichaltrigen oder selbst jüngeren Gefährten gerichtet haben. Insbesondere die Tatsache des Frauenüberschusses in den heiratsfähigen Altersklassen während der Nachkriegsjahre soll in dem Schlußabschnitt noch berührt werden.

II. Die Geburtenhäufigkeit während des Krieges und der ersten Nachkriegszeit

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß während der Kriegszeit ein enger Zusammenhang zwischen Heiratshäufigkeit und Geburtenhäufigkeit besteht. Die außerordentlich stark rückgehende Heiratsziffer während der Kriegsjahre hat einen großen Einfluß auf die Geburtsziffer ausgeübt. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß etwa ein Viertel aller Geborenen »Erst-

geburten« sind, daß ferner immer noch in überaus zahlreichen Fällen einer Eheschließung im nächsten Jahr ein Kind folgt. Selbstverständlich wirkten während des Krieges auch andere Gründe mit, die Geburtsziffer klein zu halten. Für den Freistaat Sachsen hat Dr. F. Burkhardt⁵ berechnet, daß der Ausfall an ehelichen Geburten während des Weltkriegs zurückzuführen ist zu 23 vH auf die Verhinderung von Eheschließungen, zu 7 vH auf den Kriegstod verheirateter Männer, zu 3 vH auf den Kriegstod lediger Männer, die wahrscheinlich in den Jahren 1914 bis 1918 unter normalen Verhältnissen geheiratet haben würden, und schließlich zu 67 vH auf die vorübergehende Trennung von Ehen. Das Steigen der Geburtsziffer vom Jahre 1918 auf das Jahr 1919 ist weniger der Tatsache einer vorausgegangenen Erhöhung der Zahl der Eheschließungen als vor allem dem Umstand zu verdanken, daß im letzten Vierteljahr 1918 zahlreiche »aufgeschobene Zeugungen« nachgeholt worden sind.

11. Geburten und Geburtsziffern in den Jahren 1913 bis 1922

Jahr	Lebendgeborene	Auf 1000 Einwohner kamen Lebendgeborene
1.	2.	3.
1913	1 838 750	27,5
1914	1 818 596	26,8
1915	1 382 546	20,4
1916	1 029 484	15,2
1917 ¹	912 109	13,9
1918 ¹	926 813	14,3
1919 ²	1 260 500	20,0
1920 ³	1 599 287	25,9
1921 ⁴	1 560 447	25,3
1922 ⁵	1 404 215	22,9

¹ Ohne Elsaß-Lothringen.

² Ohne Elsaß-Lothringen und den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen.

³ S. Anm. 2, ferner ohne Memelgebiet, ohne die Freie Stadt Danzig, ohne das an Polen (ohne Abstimmung), die Tschechoslowakei, Dänemark und Belgien abgetretene Gebiet.

⁴ S. Anm. 2 und 3, ferner ohne Saargebiet.

⁵ S. Anm. 2 bis 4, ferner ohne den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Oberschlesien.

⁵ Vgl. Dr. F. Burkhardt: Zum Problem der »Wiedergutmachung« von Kriegsstörungen der Bevölkerungsentwicklung; erschienen im Archiv für soziale Hygiene und Demographie, 15. Band, 1924, S. 20.

Die Übersicht 11 gibt die Zahlen der Lebendgeborenen und die Geburtsziffern der Jahre 1913 bis 1922 wieder.

Der Tiefstand der Geburtsziffer liegt demnach in den Jahren 1916, 1917 und 1918. Bemerkenswert ist, daß die Jahre 1915, 1916 und 1917 die niedrigste Heiratsziffer aufweisen.

Um die Wirkungen des Krieges auf die Geburtenhäufigkeit im besonderen klarlegen zu können, sollen im Anschluß an Band 276 der Statistik des Deutschen Reiches (Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1914 bis 1919. Berlin 1922. Seite XXXIII) für Elsaß-Lothringen, soweit die Jahre 1917, 1918 und 1919 in Betracht kommen, außerdem für den größten Teil der Provinz Posen, soweit das Jahr 1919 in Betracht kommt, schätzungsweise gewonnene Angaben eingesetzt werden. Dann ergibt sich, bezogen auf das Gebiet Deutschlands bei Ausbruch des Krieges, folgende Gesamtzahl der Geborenen (einschließlich der Totgeborenen) in den Jahren 1913 bis 1919:

Jahr	Geborene einschließlich der Totgeborenen	Abnahme (—) oder Zunahme (+) gegenüber dem Vorjahr	Auf 1000 Einwohner kamen Geborene
1.	2.	3.	4.
1913	1 894 598	—	28,3
1914	1 874 389	— 20 209	27,6
1915	1 425 596	— 448 793	21,0
1916	1 062 287	— 363 309	15,7
1917	963 436	— 98 851	14,4
1918	980 157	+ 16 721	14,7
1919	1 382 450	+ 402 293	20,7

In dem bereits genannten Band 276 wird die Annahme zugrunde gelegt, daß in normalen Jahren infolge des »normalen« Geburtenrückganges in jedem Jahr etwa 20 000 Kinder weniger geboren worden wären als in dem vorhergehenden Jahr. Es wären also in den vier Jahren 1915 bis 1918 etwa 7,3 Millionen Geburten zu erwarten gewesen; tatsächlich sind in diesen Jahren aber nur 4,4 Millionen Kinder geboren worden. Es ergibt sich zunächst ein Geburtenausfall von 2,9 Millionen. Nimmt man an, daß auch im Jahre 1919 infolge des Krieges noch etwa 0,4 Millionen Kinder zu wenig geboren sind, so beläuft sich der gesamte auf den Krieg zurückzuführende *Geburtenausfall* auf etwa

3,3 Millionen. Es ist bei dieser Berechnung des Geburtenausfalls durch das Statistische Reichsamt wiederum hervorzuheben, daß von einer fiktiven Annahme (normaler jährlicher Geburtenrückgang von 20 000) ausgegangen worden ist. In den Jahren 1920 und 1921 steigt zwar die Geburtsziffer, liegt aber unterhalb des Standes von 1913. Seit dem Jahre 1921 setzt dann wieder ein Sinken der Geburtsziffer ein.

In der folgenden Übersicht 12 sind für die *deutschen Länder und Landesteile* die Geburtsziffern der Jahre 1913 bis 1919 wiedergegeben.

Die Übersicht weist auf einige bemerkenswerte Abweichungen gegenüber den Reichszahlen hin. Während bei den Reichszahlen und bei den Zahlen für ganz Preußen der Tiefstand der Geburtsziffer in den Jahren 1917 und 1918 liegt, ist im besonderen bei den großen süddeutschen Staaten bereits das Jahr 1916 ein Jahr des Tiefstandes.

In den beiden letzten Spalten der Übersicht (12 und 13) sind, um die Entwicklung besser verstehen zu können, Meßziffern mitgeteilt; die Geburtsziffern des Jahres 1913 sind jeweils gleich 100 gesetzt, danach sind die Geburtsziffern des Jahres 1917, also des Jahres mit dem tiefsten Stand, und diejenigen des Jahres 1921, also eines Jahres, das den Höhepunkt der Erholung bereits wieder hinter sich hatte, umgerechnet worden. Im Reichsdurchschnitt ist danach im Jahre 1917 gegen die Vorkriegszeit die Geburtsziffer um die Hälfte gesunken. Eine günstigere Entwicklung, also ein Sinken um weniger als die Hälfte, weisen von den preußischen Gebieten insbesondere Ostpreußen, Westpreußen und Oberschlesien auf; von den außerpreußischen Gebieten insbesondere Bayern und die beiden Mecklenburg, in geringerem Grade Anhalt und Württemberg. Besonders stark, also um über die Hälfte, war der Rückgang einmal in den Städten Berlin, Hamburg, Bremen, dann aber auch in den Provinzen Brandenburg, Hannover und Westfalen; von den außerpreußischen Gebieten kom-

Note 1—5 zur Tabelle auf Seite 43.

¹ Für die Jahre 1920 und 1921 Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen.

² Für das Jahr 1921 Stadtgemeinde Groß-Berlin.

³ Für das Jahr 1921 ohne Saargebiet.

⁴ Für die Jahre 1918 bis 1921 einschließlich Coburg.

⁵ Für die Jahre 1912 bis 1917 einschließlich Coburg.

12. Geburtsziffern in den deutschen Ländern und Landesteilen in den Jahren 1912 bis 1921

Länder und Landesteile	Auf 1000 Einwohner kamen Geborene (ohne Totgeborene)										1913=100	
	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1917	1921
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
Provinz Ostpreußen	31,1	30,5	28,5	19,8	20,0	18,3	17,2	24,1	30,8	29,6	60,0	97,1
„ Westpreußen ¹	35,6	34,4	34,9	25,9	21,4	19,0	17,8	26,1	27,6	27,1	55,2	78,8
Stadt Berlin ²	20,3	19,4	17,6	14,6	10,8	9,0	9,8	14,5	17,5	14,0	46,4	72,2
Provinz Brandenbg.	22,8	21,9	20,8	16,2	11,5	10,3	10,9	15,2	20,4	23,0	47,0	105,0
„ Pommern	28,5	27,9	27,8	21,7	16,1	14,7	14,5	20,5	28,3	27,6	52,7	98,9
„ Posen	34,9	33,4	32,8	24,4	18,4	17,1	16,1	20,2	.	.	51,2	.
„ Niederschlesien .	28,8	28,1	27,5	20,5	15,4	14,1	14,3	21,6	28,9	28,3	50,2	100,7
„ Oberschlesien	37,8	36,7	36,3	27,6	21,4	20,2	20,1	26,0	32,2	34,6	55,0	94,3
„ Sachsen	26,8	26,0	25,8	19,4	13,9	13,4	14,5	20,4	27,9	27,1	51,5	104,2
„ Schlesw.-Holst.	26,3	25,3	25,0	19,8	14,1	12,8	13,0	18,3	23,6	22,7	50,6	89,7
„ Hannover	26,8	26,3	26,0	20,2	14,4	12,7	12,9	18,8	24,2	24,0	48,3	91,3
„ Westfalen	34,1	34,2	34,1	25,3	19,1	16,6	17,3	21,9	27,6	28,6	48,5	83,6
„ Hessen-Nassau	24,6	23,7	23,5	18,0	13,2	11,9	12,6	18,6	24,3	23,0	50,2	97,1
Rheinprovinz ³	29,3	28,7	28,3	22,1	16,8	14,7	15,2	20,3	25,6	25,5	51,2	88,9
Hohenzollern	25,8	27,1	25,5	17,5	11,5	11,0	10,6	16,9	23,2	23,6	40,6	87,1
Preußen	28,9	28,2	27,7	21,1	16,1	14,4	14,7	20,2	25,9	25,5	51,1	90,4
Bayern r. d. Rheins ⁴	29,9	28,6	27,9	21,2	15,9	15,5	15,9	21,8	27,6	27,0	54,2	94,4
Bayern l. d. Rh. (Pfalz)	29,7	28,4	28,1	21,3	16,0	14,9	15,7	21,5	26,2	26,5	52,5	93,3
Bayern ⁴ . . .	29,9	28,6	28,0	21,3	15,9	15,5	15,8	21,7	27,4	27,0	54,2	94,4
Sachsen	25,7	24,9	23,6	17,4	11,9	10,3	10,9	17,8	25,1	23,4	41,4	94,0
Württemberg	28,7	27,2	26,5	19,8	14,9	14,3	14,9	19,7	24,7	23,6	52,6	86,8
Baden	27,8	26,4	26,0	19,8	13,9	12,9	13,3	20,2	26,1	26,0	48,9	98,5
Thüringen ⁵	27,7	26,5	25,8	19,0	12,8	12,0	12,3	19,9	27,2	26,6	45,3	100,4
Hessen	24,8	24,5	23,5	18,2	13,0	11,7	12,2	18,5	24,8	23,4	47,8	95,5
Hamburg	22,0	21,8	20,8	15,9	11,1	9,3	9,8	15,4	20,3	18,3	42,7	83,9
Mecklenb.-Schwerin	24,8	24,3	25,6	21,1	15,6	15,2	16,4	19,4	28,1	27,5	62,6	113,2
Oldenburg	30,9	30,5	30,1	23,2	17,4	15,3	15,0	21,6	26,4	26,8	50,2	87,9
Braunschweig	23,7	22,7	22,9	18,3	13,0	11,4	11,6	18,2	24,9	23,2	50,2	102,2
Anhalt	24,9	24,3	23,6	18,0	12,5	13,0	13,7	19,1	27,7	25,9	53,5	106,6
Bremen	24,6	24,8	23,1	17,8	12,8	11,8	12,3	18,4	23,8	22,3	47,6	89,9
Lippe	29,1	27,3	27,6	20,4	14,4	13,6	13,7	21,0	25,1	23,7	49,8	86,8
Lübeck	23,2	22,8	22,1	17,3	12,5	11,6	13,2	16,3	23,2	21,3	50,9	93,4
Mecklenbg.-Strelitz	26,0	25,0	25,0	21,1	14,4	14,4	14,4	18,6	28,4	27,5	57,6	110,0
Waldeck	24,0	24,2	22,9	18,1	13,0	12,2	12,7	16,8	22,0	20,7	50,4	85,5
Schaumburg-Lippe.	24,0	22,8	23,2	16,7	11,6	11,0	11,3	16,1	22,6	21,2	48,2	93,0
Elsaß-Lothringen ..	24,2	23,3	22,0	15,1	11,3
Deutsches Reich	28,3	27,5	26,8	20,4	15,2	13,9	14,3	20,0	25,9	25,3	50,5	92,0

men vor allem Sachsen, Thüringen, Hessen, Baden, Schaumburg-Lippe in Betracht. Man kann sagen, daß die industriereichen Gebiete stärker vom Rückgang erfaßt worden sind als die stark mit Landwirtschaft durchsetzten Gebiete. Die Erholung der Jahre 1920 und 1921 brachte im ganzen nicht mehr den Stand des Jahres 1913 hervor. Im Jahr 1921 lagen über dem Vorkriegsstand von den preußischen Gebieten nur die Provinzen Brandenburg und Sachsen, die Provinz Niederschlesien erreichte gerade diesen Stand; von den außerpreußischen Gebieten lagen insbesondere die beiden Mecklenburg, dann Anhalt und Braunschweig über dem Vorkriegsstand, Thüringen erreichte ihn wenigstens.

Die Reihenfolge der preußischen Gebiete mit einer hohen Geburtsziffer war vor dem Krieg (1913): Oberschlesien, Westpreußen, Westfalen, Posen, Ostpreußen, die Rheinprovinz und Niederschlesien. 1921 ist die Reihenfolge, nachdem Westpreußen und Posen ausgeschieden sind: Oberschlesien, Ostpreußen, Westfalen, Niederschlesien, Pommern, Sachsen. Die nichtpreußischen Gebiete, die in der Vorkriegszeit eine im ganzen niedrigere Geburtsziffer als die preußischen Gebiete hatten, wiesen 1913 folgende Reihenfolge auf: Oldenburg, Bayern, Lippe, Württemberg; in der Nachkriegszeit (1921) stehen an der Spitze: die beiden Mecklenburg, Bayern, Oldenburg, Thüringen.

Von Wichtigkeit ist eine Betrachtung der *ehelichen* und *unehelichen Geburten* während der Kriegsjahre; gerade hier haben sich oft Mißverständnisse eingeschlichen. Die nachfolgende Übersicht 13 gibt die Zahl der ehelich und unehelich Geborenen (einschließlich der Totgeborenen) sowie die Geburtsziffern für die ehelich und unehelich Geborenen wieder.

Aus der Übersicht geht hervor, daß die ehelichen Geburten etwas stärker abgenommen haben als die unehelichen. Die Geburtsziffer der ehelich Geborenen sinkt von 25,54 im Jahre 1913 auf den Stand von 12,70 im Jahre 1917; die Geburtsziffer der unehelich Geborenen sinkt in der gleichen Zeit von 2,75 auf 1,66. Gewöhnlich wird bei der Betrachtung der Nachdruck auf die letzte Spalte (7) der Übersicht gelegt, welche den Anteil der unehelichen Geburten an der Gesamtzahl der Geburten nachweist. Nach dieser Spalte wäre der Anteil der ehelichen Geburten gegenüber dem Frieden in den Kriegsjahren erheblich gestiegen: im Jahre 1918 kamen auf 100 Geborene 13,10 unehelich Geborene

13. Ehelich und unehelich Geborene in den Jahren 1913 bis 1919

Jahr	Ehelich Geborene	Unehelich Geborene	Auf 1000 Einwohner kamen			Auf 100 Geborene kamen unehelich Geborene
			ehelich Geborene	unehelich Geborene	Geborene überhaupt	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1913	1 710 621	183 977	25,54	2,75	28,29	9,71
1914	1 690 475	183 914	24,94	2,71	27,65	9,81
1915	1 266 174	159 422	18,65	2,35	21,00	11,18
1916	944 610	117 677	13,95	1,74	15,69	11,08
1917 ¹	831 605	108 333	12,70	1,66	14,36	11,53
1918 ¹	830 998	125 253	12,80	1,93	14,73	13,10
1919 ²	1 154 101	145 303	18,35	2,31	20,66	11,18

¹ Ohne Elsaß-Lothringen.

² Ohne Elsaß-Lothringen und den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen.

gegen 9,71 im Jahre 1913. Der Rückschluß, der aus diesen Zahlen gelegentlich dahin gezogen worden ist, daß während des Krieges die unehelichen Geburten im Vergleich zu den ehelichen Geburten stark zugenommen hätten, ist falsch. In den Kriegsjahren hat sich infolge des starken Rückganges der Eheschließungen und infolge der Auflösung zahlreicher bestehender Ehen durch den Tod des Mannes die Zahl der verheirateten Frauen, von denen die ehelichen Geburten stammen, beträchtlich vermindert, während die Zahl der unverheirateten Frauen, von denen die unehelichen Geburten stammen, beträchtlich zugenommen hat. In dem bereits genannten Band 276 der Statistik des Deutschen Reiches (vgl. Seite XXXV) sind, um dieses Problem zu klären, eheliche und uneheliche Fruchtbarkeitsziffern berechnet; es sind einmal den verheirateten Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren die ehelich Geborenen, ferner den unverheirateten Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren die unehelich Geborenen und schließlich der Gesamtzahl der Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren die Gesamtzahl der Geborenen gegenübergestellt. Für das Jahr 1919 konnte diese Gegenüberstellung nicht vorgenommen werden, weil die Fortschreibung der Bevölkerung nach Alter und Familienstand wegen der Gebietsänderung im Jahre 1919 nicht mehr möglich war.

14. Fruchtbarkeitsziffern in den Jahren 1913 bis 1918*1. Eheliche Fruchtbarkeitsziffern in den Jahren 1913 bis 1918*

Jahr	Verheiratete Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren	Ehelich Geborene	Eheliche Fruchtbar- keitsziffer	Meß- ziffer
1.	2.	3.	4.	5.
1913	9 265 913	1 710 621	184,61	100,0
1914	9 340 953	1 690 475	180,97	98,0
1915	9 231 342	1 266 174	137,16	74,3
1916	9 024 061	944 610	104,68	56,7
1917 ¹	8 600 876	831 605	96,69	52,4
1918 ¹	8 427 125	830 998	98,61	53,4

2. Uneheliche Fruchtbarkeitsziffern in den Jahren 1913 bis 1918

Jahr	Unverheiratete Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren	Unehelich Geborene	Uneheliche Fruchtbar- keitsziffer	Meß- ziffer
1.	2.	3.	4.	5.
1913	7 877 132	183 977	23,36	100,0
1914	8 070 327	183 914	22,79	97,6
1915	8 452 884	159 422	18,86	80,7
1916	8 938 523	117 677	13,17	56,4
1917 ¹	9 121 757	108 333	11,88	50,9
1918 ¹	9 510 015	125 253	13,17	56,4

3. Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern in den Jahren 1913 bis 1918

Jahr	Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren	Geborene überhaupt	Allgemeine Fruchtbar- keitsziffer	Meß- ziffer
1.	2.	3.	4.	5.
1913	17 143 045	1 894 598	110,52	100,0
1914	17 411 280	1 874 389	107,65	97,4
1915	17 684 226	1 425 596	80,61	72,9
1916	17 962 584	1 062 287	59,14	53,5
1917 ¹	17 722 633	939 938	53,04	48,0
1918 ¹	17 937 140	956 251	53,31	48,2

¹ Ohne Elsaß-Lothringen.

Setzt man das Jahr des Tiefstandes, also das Jahr 1917, in Vergleich zum letzten Friedensjahr, so ist, wie die Meßziffern der letzten Spalte (5) ausweisen, die eheliche Fruchtbarkeitsziffer von 100 auf 52,4, die uneheliche Fruchtbarkeitsziffer jedoch stärker von 100 auf 50,9 gesunken. Wie bereits angedeutet worden ist, hat sich das zahlenmäßige Verhältnis der verheirateten zu den unverheirateten Frauen während der Kriegsjahre stark geändert. Im Jahre 1913 war die Zahl der unverheirateten Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren geringer als die Zahl der verheirateten Frauen; das Verhältnis war 100:85. Im Jahre 1917, und das gleiche gilt für das Jahr 1918, war die Zahl der verheirateten Frauen geringer als die der unverheirateten; das Verhältnis war im Jahre 1917 wie 100:106 und im Jahre 1918 wie 100:113.

Die Zahl der *Totgeborenen* ging während des Krieges im allgemeinen zurück, allerdings in geringerem Maße als die Gesamtzahl der Geborenen; der Anteilsatz der Totgeborenen an den Geborenen war also während der Kriegsjahre höher als in der letzten Friedenszeit:

15. Totgeborene in den Jahren 1912 bis 1920

Jahr	Totgeborene	Auf 100 Geborene entfielen Totgeborene
1.	2.	3.
1912	56 247	2,92
1913	55 848	2,95
1914	55 793	2,98
1915	43 050	3,02
1916	32 803	3,09
1917	27 829	2,96
1918	29 438	3,08
1919	38 904	2,99
1920	52 306	3,17

Man hat sich oft gewundert, daß im Kriege die Ziffer der Totgeborenen nicht stärker zugenommen hat. Man kann darauf hinweisen, daß bald nach Kriegsausbruch eine starke Fürsorgestätigkeit für Schwangere und Wöchnerinnen eingesetzt hat, daß

überhaupt der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit während des Krieges mit großem Nachdruck geführt worden ist.

Schließlich soll noch eine Erscheinung kurz berührt werden, die insbesondere in der wissenschaftlichen demographischen Literatur oft behandelt worden ist; das *Geschlechtsverhältnis der Geborenen* hat in der zweiten Hälfte des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren gegen die Vorkriegszeit eine Änderung erfahren. Wie in Band 266 der Statistik des Deutschen Reiches (Bewegung der Bevölkerung im Jahre 1912. Berlin 1916. Seite 30*) näher ausgeführt ist, war das Verhältnis der Knabengeburten zu den Mädchengeburten im Deutschen Reich in den vier Jahrzehnten vor Kriegsausbruch außerordentlich beständig.

Auf je 100 geborene Mädchen kamen

im Jahrzehnt	1873/1882	106,16	Knaben
„	„	1883/1892	106,08 „
„	„	1893/1902	105,96 „
„	„	1903/1912	106,08 „
			<hr/>	
		1873/1912	106,07 Knaben

Auf je 100 lebendgeborene Mädchen kamen

im Jahrzehnt	1873/1882	105,34	lebendgeborene	Knaben
„	„	1883/1892	105,34	„ „
„	„	1893/1902	105,30	„ „
„	„	1903/1912	105,48	„ „
			<hr/>		
		1873/1912	105,37	lebendgeborene Knaben

Auf je 100 totgeborene Mädchen kamen

im Jahrzehnt	1873/1882	128,56	totgeborene	Knaben
„	„	1883/1892	127,94	„ „
„	„	1893/1902	128,38	„ „
„	„	1903/1912	127,81	„ „
			<hr/>		
		1873/1912	128,18	totgeborene Knaben

In den Jahren der Vorkriegszeit kamen mit einer außerordentlich großen Regelmäßigkeit auf je 100 Mädchen fast genau 106 Knaben; bei den Lebendgeborenen im besonderen war das Verhältnis 105,4 Knaben zu 100 Mädchen.

Während des Krieges und der Nachkriegszeit ergab sich jedoch folgende »Sexualproportion«:

Jahr	Auf 100 Mädchengeburten kamen Knabengeburten bei den		
	Geborenen überhaupt	Lebendgeborenen	Totgeborenen
1.	2.	3.	4.
1913	106,0	105,4	126,3
1914	106,2	105,6	126,9
1915	106,0	105,5	123,9
1916	107,1	106,5	126,7
1917	107,3	106,9	121,7
1918	107,7	107,3	124,1
1919	108,5	108,0	126,5
1920	107,7	107,2	126,0
1921	107,8	107,3	124,6
1922	107,5	107,0	126,3
1923	107,3	106,8	125,6
1924	107,3	106,8	123,6
1925	107,1	106,5	126,1
1926	106,8	106,2	128,0
1927	106,6	106,0	127,3

Bei den Totgeborenen ist demnach keine merkliche Änderung des Verhältnisses eingetreten. Dagegen hat sich bei den Lebendgeborenen und damit auch bei der Gesamtzahl der Geborenen vom Jahre 1916 ab eine Erhöhung der Zahl der Knabengeburten herausgestellt. Der Gipfel liegt in dem Jahr 1919; von dort tritt wieder eine langsame Senkung zutage; allerdings ist auch im Jahr 1927 der Stand der Vorkriegszeit noch nicht erreicht. Eine ausreichende Erklärung für diese Erscheinung ist noch nicht gegeben worden. Man hat die Zunahme der Knabengeburten auf die ungünstigen Ernährungsverhältnisse während des Krieges und während der Nachkriegsjahre zurückgeführt; nach einer Hypothese, die von Ploß aufgestellt worden ist, begünstigt die ungünstige Ernährung der Mutter die Erzeugung von Knaben (vgl. insbesondere die Arbeit von Dr. Lucht über »Das Geschlechtsverhältnis der Geborenen in Preußen während des Krieges«; erschienen in der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes, 60. Jahrgang, 1920. Berlin 1921, Seite 66 bis 84). Andere wollen die Ursache in der Abnahme der Fehlgeburten während des Krieges und der Nachkriegszeit sehen;

sie glauben, daß die seit dem Krieg verstärkte Säuglingsfürsorge dazu beigetragen hat, daß die Zahl der Fehlgeburten abnahm und daher manche Kinder, die sonst durch Fehlgeburten verloren gingen, unter den Lebendgeborenen mitgezählt werden konnten (vgl. Band 307 der Statistik des Deutschen Reiches, Seite 3). »Da nun bei Fehlgeburten der Anteil der Knaben sehr viel größer als bei Lebendgeburten ist — 140 bis 150 Knaben zu 100 Mädchen statt 105,4 zu 100 —, so konnte durch solche vermehrte Fürsorge wohl der Anteil der Knabengeburten erhöht werden. Wohlgemerkt handelt es sich hier nur um eine Herabminderung der natürlichen Fehlgeburten; bei künstlich hervorgerufenen Fehlgeburten ist das Verhältnis der Knaben zu den Mädchen dasselbe wie bei Lebendgeburten, ihre Vermehrung oder Verminderung hat also keinen Einfluß auf dieses Verhältnis.« Es wird abschließend in dem erwähnten Band 307 darauf hingewiesen, daß dieser Hinweis nur als ein Versuch zur Erklärung der merkwürdigen Erscheinung anzusehen sei. Die gelegentlich zutage getretene Andeutung, daß diese Zunahme der Knabengeburten wenn auch nur zu einem Teil den Verlust an Gefallenen ausgleichen könne, ist, wie Heinel⁶ mit Recht betont, verfehlt. Die rund 2 Millionen gefallenen und an Wunden und Krankheiten gestorbenen Militärpersonen können nicht ersetzt werden durch die — gegenüber einer normalen Entwicklung — mehr geborenen 40 000 Knaben.

III. Die Sterbefälle während des Krieges und der ersten Nachkriegszeit

Es soll zunächst versucht werden, die Opfer des Krieges, und zwar sowohl die Verluste bei der Zivilbevölkerung als auch die Verluste bei den Militärpersonen, festzustellen.

In der folgenden Übersicht sind für die Jahre 1913 bis 1919 die Gestorbenen (ohne die Totgeborenen) und die Sterbeziffern mitgeteilt. Wie bei den früheren Übersichten liegen für die Jahre 1917, 1918 und 1919 Angaben aus Elsaß-Lothringen nicht

⁶ Vgl. E. Heinel in seiner gründlichen und sorgfältig aufgebauten Dissertation: Die Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Berlin 1927. Seite 123.

vor; für 1919 fehlen außerdem noch die Angaben für den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen, also für den größten Teil der Provinz.

16. Sterbefälle und Sterbeziffern in den Jahren 1913 bis 1919

Jahr	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Auf 1000 Einwohner kamen Gestorbene (ohne Totgeborene)
1.	2.	3.
1913	1 004 950	15,0
1914	1 291 310	19,0
1915	1 450 420	21,4
1916	1 298 054	19,2
1917 ¹	1 345 424	20,5
1918 ¹	1 606 475	24,7
1919 ²	978 380	15,6

¹ Ohne Elsaß-Lothringen.

² Ohne Elsaß-Lothringen und den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen.

Die Höhepunkte liegen in den Jahren 1915 und 1918. Die hohe Zahl von Sterbefällen, welche das Jahr 1915 aufweist, ist vor allem eine Folge der unmittelbaren Kriegsverluste. Der zweite Gipfel, der in das Jahr 1918 fällt, liegt zunächst wesentlich höher als der erste Gipfel; die große Zahl von Todesfällen ist in diesem Jahr einmal auf die Kriegsverluste, dann aber in hohem Maße auf die in diesem Jahr epidemisch auftretende Grippe zurückzuführen.

Die Militärsterbefälle werden noch im besonderen behandelt; hier soll lediglich die Gesamtzahl der für die Jahre 1914 bis 1918 gemeldeten Militärsterbefälle wiedergegeben werden:

Jahr	Gestorbene Militärpersonen	Auf 100 Sterbefälle kamen Militärsterbefälle
1.	2.	3.
1914	241 343	18,69
1915	434 034	29,92
1916	340 468	26,23
1917	281 905	20,95
1918	379 777	23,64

Nimmt man mit dem Statistischen Reichsamt (vgl. Band 276 der Statistik des Deutschen Reiches. Seite XLV) an, daß in normalen Zeiten die Zahl der Sterbefälle in den auf 1913 folgenden Jahren ebensogroß geblieben wäre wie im Jahre 1913, so würden in den fünf Jahren 1914 bis 1918 ungefähr 5 Millionen Menschen gestorben sein. In Wirklichkeit sind jedoch über 7,1 Millionen Menschen gestorben, wenn man für die nicht gemeldeten Sterbefälle aus Elsaß-Lothringen einen Zuschlag von 3 vH macht. Es sind also durch die unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Krieges mindestens 2 Millionen Menschen mehr gestorben. Der Geburtenausfall während der Kriegsjahre wurde vorhin auf 2,9 Millionen beziffert; demnach beläuft sich der Verlust an Menschen während der Kriegsjahre auf mindestens 4,9 Millionen. Ferner wurde bereits ausgeführt, daß im Jahre 1919 noch etwa 0,4 Millionen Kinder weniger geboren worden sind als in normalen Zeiten; die Sterbefälle weisen in diesem Jahr hingegen wieder den früher üblichen Umfang auf. Zieht man danach den Verlust an Geborenen des Jahres 1919 in die Rechnung ein, so stellt sich der durch den Krieg veranlaßte Verlust an Menschenleben im ganzen auf ungefähr 5,3 Millionen.

Die nächste Übersicht 17 gibt für die Jahre 1913 bis 1919 eine Art *Bevölkerungsbilanz*; sie stellt den Sterbefällen die Geburten

17. Bevölkerungsbilanz in den Jahren 1913 bis 1919

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Mehr (+) oder weniger (—) Geborene als Gestorbene
1.	2.	3.	4.
1913	1 838 750	1 004 950	+ 833 800
1914	1 818 596	1 291 310	+ 527 286
1915	1 382 546	1 450 420	— 67 874
1916	1 029 484	1 298 054	— 268 570
1917 ¹	912 109	1 345 424	— 433 315
1918 ¹	926 813	1 606 475	— 679 662
1919 ²	1 260 500	978 380	+ 282 120

¹ Ohne Elsaß-Lothringen.

² Ohne Elsaß-Lothringen und den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen.

gegenüber und weist für jedes Jahr den Neuzuwachs oder den Verlust nach.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß der erste Gipfel in der Zahl der Sterbefälle, der in das Jahr 1915 fällt, mit einer an sich stark zurückgegangenen, aber immer noch verhältnismäßig hohen Zahl von Geborenen zusammenfällt; eine Unterbilanz ist zwar vorhanden, jedoch nicht in dem Ausmaß, das die folgenden Jahre mit stark zurückgehender Geborenenzahl zeigen. Die fünf Kriegsjahre 1914 bis 1918 weisen — als Ganzes betrachtet — an Stelle eines Bevölkerungszuwachses einen Bevölkerungsverlust auf: der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen beträgt insgesamt gegen 900 000. Nimmt man an, daß in normalen Zeiten der Geburtenüberschuß jährlich 800 000 betragen hätte, so wären in diesen Jahren 4 Millionen Menschen mehr geboren als gestorben; der Gesamtverlust während der Kriegsjahre im besonderen beträgt also auch nach dieser Rechnung etwa 4,9 Millionen.

Die nachfolgende Übersicht 18 bringt in ähnlicher Weise, wie es bei den Geburtsziffern geschah, die *Sterbeziffern für die deutschen Länder und Landesteile* während der Jahre 1912 bis 1921 zur Darstellung.

Die beiden letzten Spalten (12 und 13) der Übersicht 18 wollen das Ausmaß in der Bewegung der Sterbeziffer wiedergeben, sofern man das Jahr 1913 mit dem Jahr 1918, also dem Jahr der höchsten Sterbeziffer, und mit dem Jahr 1921, einem Jahr rückgehender Sterbeziffer, vergleicht. Danach ist die Sterbeziffer im Jahr 1918 im Reich um rund 65 vH gegen die Vorkriegszeit gestiegen. Bei der Betrachtung der deutschen Länder und Landesteile ergeben sich ganz wesentliche Abweichungen von dieser durchschnittlichen Steigerung. So ist, wenn man die preußischen Provinzen betrachtet, die Sterbeziffer in Hessen-Nassau um 86 vH, in Hannover um 81 vH, in der Rheinprovinz um 79 vH, in Sachsen um 77 vH gestiegen. Dagegen beträgt die Zunahme in Posen nur 45vH, in Niederschlesien 51vH, in Westpreußen 53vH, in Ostpreußen gleichfalls 53 vH, in Oberschlesien 57 vH. In den außerpreußischen Gebieten ist die Steigerung besonders hoch in Waldeck 102 vH, in Lippe 93 vH, in Braunschweig 87 vH, in Anhalt, Schaumburg-Lippe, Mecklenburg-Schwerin und Lübeck 86 vH. Eine verhältnismäßig niedrige Zunahme zeigt insbeson-

dere Bayern mit 44 vH. Untersucht man jedoch die eben herausgehobenen Landesteile und Länder gleichzeitig auf die tatsächliche Höhe der Sterbeziffer im Jahr 1918 und in der Vorkriegszeit, so zeigt sich häufig, daß diejenigen Gebiete, die eine verhältnismäßig geringe Steigerung aufweisen, Gebiete sind, die eine an sich hohe Sterbeziffer haben, also insbesondere Gebiete mit starker landwirtschaftlicher Bevölkerung. Trotz einer verhältnismäßig geringen Steigerung von 1913 auf 1918 liegt die tatsächliche Sterbeziffer dieser Gebiete im Jahr 1918 immer noch bei dem oder oft über dem Reichsdurchschnitt (Oberschlesien, Ostpreußen, Westpreußen, Bayern). Umgekehrt liegen in anderen Gebieten mit einer hohen Zunahme der Sterbeziffer von 1913 auf 1918 die tatsächlichen Sterbeziffern des Jahres 1918 oft unter dem Reichsdurchschnitt (Hessen-Nassau, Hannover, Rheinprovinz, Schaumburg-Lippe).

Die Sterbeziffern des Jahres 1921 sind, wie die Spalte 13 ausweist, fast durchweg günstiger als die Sterbeziffern des Jahres 1913; sie liegen in den großen Gebieten 5 bis 10 vH unter der Ziffer von 1913. Eine höhere Sterbeziffer weisen lediglich Brandenburg, Oberschlesien und Schaumburg-Lippe auf.

Die allgemeine Sterbeziffer, die bisher als Grundlage der Betrachtungen eingesetzt worden ist, sagt lediglich aus, wieviel Sterbefälle auf 1000 Einwohner in dem einen und in dem anderen Jahr entfallen sind. Sie läßt sich für eine rohe Darstellung verwenden, im besonderen dann, wenn das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter oder der Altersaufbau im wesentlichen der gleiche geblieben ist. Ändert sich jedoch, wie es in den Kriegsjahren der Fall war, das Verhältnis der Geschlechter und der Altersaufbau stark, so ist außerdem noch eine genauere Analyse der Sterblichkeit notwendig. Es kann in solchen Jahren vorkommen, daß die auf die rohe Weise berechnete Sterbeziffer sich nicht ändert oder gar eine Erhöhung aufweist, während die Sterbeintensität der einzelnen männlichen und weiblichen

Note 1—5 zu Tabelle 18 auf Seite 55.

¹ Für die Jahre 1920 und 1921 Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen.

² Für das Jahr 1921 Stadtgemeinde Groß-Berlin.

³ Für das Jahr 1921 ohne Saargebiet.

⁴ Für die Jahre 1918 bis 1921 einschließlich Coburg.

⁵ Für die Jahre 1912 bis 1917 einschließlich Coburg.

18. Sterbeziffern in den deutschen Ländern und Landesteilen in den Jahren 1912 bis 1921

Länder und Landesteile	Auf 1000 Einwohner kamen Gestorbene (ohne Totgeborene)										1913=100	
	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1918	1921
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
Provinz Ostpreußen	18,4	17,6	23,7	26,7	18,9	22,3	27,0	16,9	16,5	14,6	153,4	83,0
„ Westpreußen ¹	18,5	17,5	22,9	25,7	18,8	21,7	26,7	16,9	15,6	14,5	152,6	82,9
Stadt Berlin ²	14,3	13,3	16,6	20,5	17,8	20,4	22,7	16,5	16,2	12,2	170,7	91,7
Provinz Brandenbg.	14,8	14,0	18,1	21,5	18,4	21,3	24,2	15,0	14,9	14,7	172,9	105,0
„ Pommern	17,2	16,3	21,8	25,3	20,0	23,3	27,9	15,8	16,8	14,6	171,1	89,6
„ Posen	16,7	16,3	19,8	22,1	18,6	19,9	23,7	16,2	.	.	145,4	.
„ Niederschlesien .	18,9	18,5	22,3	25,3	22,1	23,0	27,9	18,6	18,0	17,3	150,8	97,3
„ Oberschlesien	18,6	19,0	21,9	26,3	22,9	22,9	29,9	19,2	18,8	19,8	157,4	104,2
„ Sachsen	15,8	15,0	18,8	22,1	19,5	21,8	26,5	16,0	15,8	14,3	176,7	95,3
„ Schlesw.-Holst.	13,8	12,6	16,1	20,0	18,2	19,3	21,3	13,6	13,2	11,6	169,0	92,1
„ Hannover	13,8	13,0	17,4	21,0	18,7	20,2	23,5	14,4	13,9	12,1	180,8	93,1
„ Westfalen	14,4	14,0	18,3	20,3	17,9	18,1	23,1	14,6	14,6	12,5	165,0	89,3
„ Hessen-Nassau	13,3	12,7	16,1	18,9	17,9	18,8	23,6	14,9	14,1	12,5	185,8	98,4
Rheinprovinz ³	14,0	13,6	17,5	19,8	18,3	19,7	24,3	15,1	14,5	13,3	178,6	97,8
Hohenzollern	16,8	16,7	20,7	23,7	21,3	21,2	25,8	14,3	14,8	13,1	154,5	78,4
Preußen	15,5	14,9	19,0	22,0	19,0	20,6	25,0	15,8	15,4	13,9	168,0	93,3
Bayern r. d. Rheins ⁴	18,1	17,5	21,5	21,8	21,9	20,6	25,0	16,4	15,7	16,0	142,9	91,4
Bayern l. d. Rh. (Pfalz)	14,6	14,5	19,0	19,0	19,4	19,2	22,7	14,2	13,5	13,6	158,0	93,8
Bayern ⁴	17,6	17,1	21,2	21,5	21,6	20,4	24,7	16,1	15,4	15,7	144,4	91,8
Sachsen	14,2	13,9	17,9	18,2	18,0	19,6	23,2	14,5	13,5	12,6	167,1	90,6
Württemberg	15,8	15,5	20,7	20,8	20,6	20,0	24,9	14,2	13,9	13,5	160,6	87,1
Baden	15,6	15,1	18,4	21,2	19,2	21,0	25,3	15,1	14,6	13,9	167,5	92,1
Thüringen ⁵	15,3	14,5	18,1	21,3	18,9	20,3	24,7	14,9	14,7	13,5	170,3	93,1
Hessen	13,6	12,8	16,9	18,8	17,5	18,8	22,5	14,5	13,7	12,4	175,8	96,9
Hamburg	13,6	12,9	16,2	19,8	19,0	20,9	22,7	14,4	13,8	12,3	176,0	95,3
Mecklenb.-Schwerin	17,1	15,7	20,5	23,2	22,3	25,3	29,2	16,8	17,8	15,7	185,9	100,0
Oldenburg	13,6	12,5	16,6	20,0	17,6	19,0	22,6	13,8	13,2	11,5	180,8	92,0
Braunschweig	14,8	14,2	18,1	23,2	19,1	22,6	26,6	16,1	15,3	13,5	187,3	95,1
Anhalt	15,2	14,6	18,7	21,9	19,1	22,2	27,2	16,7	15,9	14,4	186,3	98,6
Bremen	14,6	13,5	17,2	19,2	18,8	20,4	22,7	15,5	15,0	12,5	168,1	92,6
Lippe	13,5	12,5	17,7	21,8	18,8	21,4	24,1	13,8	13,3	11,8	192,8	94,4
Lübeck	14,4	14,0	16,5	20,6	20,9	22,1	26,0	15,4	15,2	13,6	185,7	97,1
Mecklenb.-Strelitz .	17,7	17,0	21,6	22,4	21,6	23,8	27,3	16,4	18,6	16,1	160,6	94,7
Waldeck	13,1	13,1	17,3	21,5	19,0	19,3	26,9	14,4	12,8	12,0	201,5	91,6
Schaumburg-Lippe.	12,8	11,4	15,5	17,6	17,3	18,1	21,2	13,7	12,6	12,5	186,0	109,6
Elsaß-Lothringen ..	15,3	15,3	18,9	18,9	15,9
Deutsches Reich	15,6	15,0	19,0	21,4	19,2	20,5	24,7	15,6	15,1	13,9	164,7	92,7

Altersklassen abgenommen hat, und umgekehrt. Das Statistische Reichsamt hat deshalb für die einzelnen männlichen und weiblichen Altersklassen *besondere Sterbeziffern* berechnet. Um die Lebenden der Altersklassen für die Jahre 1913 bis 1918 zu erhalten, mußte diese Berechnung von den nach Alter und Geschlecht gegliederten Ergebnissen der Volkszählung vom Dezember 1910 ausgehen und von hier aus nach Geschlecht und Alter fortschreiben. Über den 1. Januar 1919 hinaus konnte die auf der Volkszählung von 1910 fußende Berechnung nicht fortgeführt werden, nachdem Deutschland durch Abtretungen verkleinert war und die Gliederung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in den abgetretenen Gebieten nicht bekannt war. Man zog für die folgenden Jahre die nach Geschlecht und Alter gegliederten Ergebnisse der Volkszählung vom Jahr 1919 heran und schrieb von hier aus fort, um für die Jahre 1919, 1920, 1921, 1922 und 1923 Unterlagen zu gewinnen. Man erhielt also für die Zeit vor und nach 1919 die Zahl der Lebenden einer jeden Altersklasse, stellte ihnen die entsprechend gegliederten Sterbefälle gegenüber und berechnete für jede Altersklasse und für fünfjährige Altersstufen Sterbeziffern. Nur die erste Stufe, 0 bis 1 Jahr, wurde ausgelassen, weil die Säuglingssterblichkeit besser unmittelbar aus der Zahl der Geborenen abgeleitet werden kann. Auf die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit wird im besonderen noch einzugehen sein.

Die erste der drei folgenden Zusammenstellungen [19] behandelt die nach Altersklassen gegliederten Sterbefälle und Sterbeziffern der Kriegsjahre, die zweite [20] die Sterbefälle und Sterbeziffern der ersten Nachkriegszeit. Die dritte Zusammenstellung [21] sucht den Überblick über die gewonnenen Ergebnisse dadurch zu erleichtern, daß sie die Sterbeziffern der einzelnen Altersklassen zu den entsprechenden Sterbeziffern des Jahres 1913 in rechnerische Beziehung setzt.

Bei der Betrachtung der für das männliche Geschlecht angegebenen Sterbefälle und Sterbeziffern ist im Auge zu behalten, daß in diesen Zahlen die Verluste auf dem Schlachtfeld mitenthalten sind. Diese Kriegsverluste (genauer Militärsterbefälle während des Krieges) sind, wie bereits angedeutet worden ist, im Jahr 1915 mit 434 034 Toten besonders hoch; an zweiter Stelle steht das Jahr 1918 mit 379 777 Toten. Das Jahr 1917 lag mit

281 905 Toten verhältnismäßig »günstig«. Das Jahr 1914 steht für das hier behandelte Problem — Zusammenhang zwischen der Zahl der Kriegstoten und der Sterbeziffer — gleichfalls unten. Von dem Standpunkt der »Kriegsverlustintensität« aus betrachtet, steht das Jahr 1914 mit seinen 241 343 Kriegstoten, die sich auf nur fünf Monate verteilen, natürlich oben.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn die Sterbeziffern der kriegstauglichen Altersklassen mit der Kurve der Kriegsverluste auf dem Schlachtfeld parallel gehen. Also von 1913 auf 1914 ein Ansteigen der Sterbeziffer, naturgemäß besonders stark für die Jahrgänge zwischen 20 und 30 Jahren. Das Jahr 1915 bringt eine überaus hohe Sterbeziffer für alle kriegstauglichen Jahrgänge. Im Jahr 1916 sinkt die Sterbeziffer bei diesen Jahrgängen, abgesehen von der Altersklasse 35 bis 40 Jahre. Bei den Jahrgängen zwischen 20 und 40 Jahren ergibt sich im Jahr 1917 ein weiteres Sinken. Hingegen schwillt die Sterbeziffer im Jahr 1918 bei den Kriegsjahrgängen wieder stark an; zu den hohen Verlusten auf dem Schlachtfeld kommen im Jahr 1918 noch einige tausend Verluste an Militärpersonen infolge der Grippeepidemie.

Es erscheint wenig sinnvoll, etwa Sterbeziffern lediglich für die männliche Zivilbevölkerung zu berechnen und mit Hilfe dieser Ziffern den mittelbaren Einflüssen des Krieges nachzugehen. Diese mittelbaren Folgen können einmal an der Sterblichkeit der gesamten weiblichen Bevölkerung, ferner an der Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung unter 20 bzw. unter 18 Jahren und über 45 bzw. über 50 Jahren abgelesen werden.

Was die männliche Bevölkerung überhaupt im Alter von 18 bis 45 Jahren angeht, so kann man sie für das Jahr 1918 etwa auf 12,6 Millionen Menschen schätzen. Gegen Ende des Krieges standen rund 8 Millionen Menschen im Heeresdienst; macht man die — nicht ganz richtige — Annahme, daß die Eingezogenen sämtlich im Alter von 18 bis 45 Jahren standen, so wären rund 63 vH der Bevölkerung im Alter von 18 bis 45 Jahren eingezogen gewesen. Unter den 4,6 Millionen Männern, die nicht eingezogen waren, waren rund 3 Millionen Wehrpflichtige, die reklamiert waren bzw. zum Eisenbahnpersonal gehörten. Der Rest von 1,6 Millionen Menschen stellt in demographischer Hinsicht eine Auslese derart dar, daß sich unter ihnen eine große Anzahl

19. Sterbefälle und Sterbeziffern in Gliederung nach Altersklassen für die Jahre 1913 bis 1918

Altersklassen	1913			1914			1915			1916			1917			1918		
	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.
Männliches Geschlecht																		
1—5	3 051	41 124	13,5	3 039	40 850	13,4	3 027	52 187	17,2	2 928	45 681	15,6	2 584	40 732	15,8	2 229	48 280	21,7
5—10	3 787	11 040	2,9	3 809	11 811	3,1	3 797	15 814	4,2	3 767	14 205	3,8	3 625	15 885	4,4	3 589	19 797	5,5
10—15	3 586	6 889	1,9	3 625	7 448	2,1	3 661	8 559	2,3	3 683	9 099	2,5	3 595	10 650	3,0	3 621	14 952	4,1
15—20	3 300	11 285	3,4	3 339	23 271	7,0	3 375	38 865	11,5	3 420	39 138	11,4	3 362	56 180	18,3	3 384	81 731	24,2
20—25	2 938	12 984	4,4	2 955	111 801	37,8	2 890	193 267	66,9	2 821	149 103	52,9	2 721	119 889	44,1	2 702	158 820	58,8
25—30	2 621	11 999	4,6	2 632	85 598	32,5	2 577	117 818	45,7	2 522	83 034	32,9	2 410	66 985	27,8	2 361	95 454	40,4
30—35	2 399	12 281	5,1	2 389	48 524	20,3	2 356	77 582	32,9	2 322	59 510	25,6	2 232	50 669	22,7	2 207	72 866	33,0
35—40	2 279	14 619	6,4	2 305	29 631	12,9	2 295	46 779	20,4	2 253	46 930	20,8	2 143	41 756	19,5	2 098	52 454	25,0
40—45	1 880	16 082	8,6	1 931	19 226	10,0	1 979	25 039	12,7	2 053	25 671	12,5	2 047	33 669	16,4	2 055	37 689	18,3
45—50	1 628	18 837	11,6	1 657	19 984	12,1	1 696	21 651	12,8	1 707	21 118	12,4	1 670	26 499	15,9	1 712	28 978	16,9
50—55	1 373	22 807	16,6	1 399	24 195	17,3	1 419	23 543	16,6	1 452	24 245	16,7	1 444	29 369	20,3	1 463	31 060	21,2
55—60	1 080	26 026	24,1	1 114	26 894	24,1	1 157	27 963	24,2	1 194	29 063	24,3	1 177	34 473	29,3	1 195	34 800	29,1
60—65	882	31 547	35,8	892	32 645	36,6	891	32 065	36,0	892	32 635	36,6	877	38 365	43,8	894	38 351	42,9
65—70	634	33 481	52,8	645	35 346	54,8	660	35 969	54,5	674	38 033	56,5	665	45 527	68,5	671	45 233	67,4
70—75	444	35 612	80,2	450	37 296	82,8	454	38 253	84,2	456	40 199	88,1	434	45 999	106,0	423	42 969	101,5
75—80	240	29 716	123,9	243	31 533	129,6	249	32 306	129,7	252	35 212	139,5	244	40 786	167,0	243	36 904	151,7
80—85	96	18 119	189,2	100	19 363	194,3	102	20 471	200,3	103	22 096	214,1	98	25 747	262,5	95	22 305	234,6
85—90	28	7 530	273,6	27	8 078	299,3	27	8 560	316,4	27	8 929	332,0	24	9 902	406,0	23	8 226	352,0
über 90	5	2 024	386,6	5	2 312	426,4	5	2 422	450,1	5	2 528	493,0	4	2 517	577,7	4	2 024	532,9

Weibliches Geschlecht

1—5	3 009	38 645	12,8	2 989	38 045	12,7	2 970	48 445	16,3	2 868	43 063	15,0	2 534	38 607	15,2	2 179	48 586	22,3
5—10	3 750	11 086	3,0	3 769	11 293	3,0	3 757	15 683	4,2	3 724	14 640	3,9	3 587	15 248	4,3	3 544	21 722	6,1
10—15	3 560	7 204	2,0	3 597	7 575	2,1	3 631	9 095	2,5	3 654	9 687	2,7	3 574	11 056	3,1	3 594	17 396	4,8
15—20	3 287	10 060	3,1	3 328	10 448	3,1	3 373	11 596	3,4	3 420	12 713	3,7	3 373	16 105	4,8	3 402	30 443	8,9
20—25	2 926	11 668	4,0	2 990	12 116	4,1	3 052	12 481	4,1	3 113	13 625	4,4	3 085	16 623	5,4	3 123	36 090	11,6
25—30	2 633	12 332	4,7	2 680	13 005	4,9	2 718	12 897	4,7	2 763	13 698	5,0	2 734	16 074	5,9	2 770	35 278	12,7
30—35	2 403	12 695	5,3	2 410	13 048	5,4	2 435	13 060	5,4	2 475	14 089	5,7	2 449	16 095	6,6	2 485	30 748	12,4
35—40	2 291	14 039	6,1	2 327	14 537	6,2	2 343	14 661	6,3	2 335	15 345	6,6	2 266	17 488	7,7	2 261	26 442	11,7
40—45	1 904	13 233	6,9	1 952	13 842	7,1	2 005	14 347	7,2	2 094	15 664	7,5	2 113	18 893	8,9	2 146	24 588	11,5
45—50	1 700	14 529	8,5	1 724	14 868	8,6	1 760	15 426	8,8	1 763	16 375	9,3	1 727	18 559	10,7	1 774	23 565	13,3
50—55	1 478	17 443	11,8	1 501	18 078	12,0	1 518	17 985	11,9	1 553	19 278	12,4	1 548	22 382	14,5	1 563	27 610	17,7
55—60	1 224	21 340	17,4	1 259	21 879	17,4	1 303	22 624	17,4	1 336	24 213	18,1	1 313	28 025	21,3	1 328	31 309	23,6
60—65	1 048	29 227	27,9	1 058	29 862	28,2	1 056	29 266	27,7	1 055	30 292	28,7	1 041	34 310	33,0	1 057	37 433	35,4
65—70	796	35 419	44,5	811	37 072	45,7	829	37 382	45,1	842	40 016	47,5	832	45 460	54,6	839	48 571	57,9
70—75	567	40 822	72,0	578	42 491	73,5	587	43 003	73,3	594	46 840	78,8	571	51 857	90,8	561	53 374	95,2
75—80	320	36 157	113,1	324	38 689	119,6	332	39 347	118,4	335	43 004	128,5	326	48 974	150,3	328	49 137	149,9
80—85	133	23 394	176,1	138	25 234	182,8	143	26 223	184,0	147	28 923	197,2	141	33 734	238,4	136	31 722	233,6
85—90	42	10 775	258,0	40	11 476	284,7	41	11 602	285,6	40	12 855	320,6	36	14 415	397,8	35	12 655	363,4
über 90	9	3 408	373,1	9	3 749	396,7	9	3 829	406,0	9	4 164	460,7	8	4 324	559,3	7	3 582	541,7

20. Sterbefälle und Sterbeziffern in Gliederung nach Altersklassen für die Jahre 1913, 1919 bis 1923

Altersklassen	1913			1919			1920			1921			1922			1923		
	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer	Lebende in der Mitte des Jahres	Sterbefälle	Sterbeziffer
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.
Männliches Geschlecht																		
1—5	3 051	41 124	13,5	1 563	28 679	18,3	1 561	22 374	14,3	1 725	21 024	12,2	2 012	22 423	11,1	2 312	26 322	11,4
5—10	3 787	11 040	2,9	3 294	12 456	3,8	3 187	10 302	3,2	2 949	7 618	2,6	2 592	5 450	2,1	2 265	5 163	2,3
10—15	3 586	6 889	1,9	3 434	8 994	2,6	3 424	7 801	2,3	3 396	6 469	2,9	3 303	5 644	1,7	3 265	5 658	1,7
15—20	3 300	11 285	3,4	3 254	20 714	6,4	3 256	17 258	5,3	3 281	13 015	4,0	3 251	12 035	3,7	3 275	12 395	3,8
20—25	2 938	12 984	4,4	2 390	19 247	8,1	2 597	18 450	7,1	2 736	16 044	5,9	2 826	16 031	5,7	2 933	17 450	5,9
25—30	2 621	11 999	4,6	2 004	15 360	7,7	2 119	14 197	6,7	2 153	11 325	5,3	2 177	11 344	5,2	2 251	12 008	5,3
30—35	2 399	12 281	5,1	1 982	14 462	7,3	2 046	12 945	6,3	2 046	10 146	5,0	2 008	10 124	5,0	2 001	9 798	4,9
35—40	2 279	14 619	6,4	1 907	14 235	7,5	1 943	12 623	6,5	1 945	10 972	5,6	1 923	11 106	5,8	1 936	10 652	5,5
40—45	1 880	16 082	8,6	1 948	16 585	8,5	1 954	14 532	7,4	1 932	13 478	7,0	1 880	13 498	7,2	1 862	12 695	6,8
45—50	1 628	18 837	11,6	1 689	18 280	10,8	1 706	16 397	9,6	1 774	15 917	9,0	1 799	17 394	9,7	1 820	16 515	9,1
50—55	1 373	22 807	16,6	1 441	22 140	15,4	1 454	20 229	13,9	1 468	19 027	13,0	1 462	20 373	13,9	1 507	19 742	13,1
55—60	1 080	26 026	24,1	1 168	26 590	22,8	1 170	24 121	20,6	1 201	23 507	19,6	1 218	26 393	21,7	1 243	24 747	19,9
60—65	882	31 547	35,8	899	30 795	34,2	912	29 161	32,0	943	28 428	30,2	946	31 760	33,6	969	30 615	31,6
65—70	634	33 481	52,8	654	35 562	54,4	645	32 723	50,8	650	30 668	47,2	654	34 776	53,1	674	33 414	49,6
70—75	444	35 612	80,2	415	35 505	85,6	414	32 977	79,6	429	32 529	75,9	435	37 858	87,1	445	36 316	82,7
75—80	240	29 716	123,9	233	31 478	135,1	228	28 812	126,5	231	28 054	121,2	227	32 156	141,8	226	30 206	133,9
80—85	96	18 119	189,6	92	19 195	208,0	90	17 700	195,6	93	17 341	185,5	94	20 838	222,1	95	20 386	213,9
85—90	28	7 530	273,6	25	7 216	288,2	24	6 754	285,0	25	6 651	269,9	24	7 980	328,3	24	7 717	326,6
über 90	5	2 024	386,6	4	1 728	415,9	4	1 482	376,0	4	1 518	355,3	4	1 765	403,7	4	1 653	371,1

Weibliches Geschlecht

1—5	3 009	38 645	12,8	1 524	26 897	17,7	1 516	20 265	13,4	1 666	18 419	11,1	1 942	19 829	10,2	2 228	23 866	10,7
5—10	3 750	11 086	3,0	3 250	12 759	3,9	3 142	10 010	3,2	2 903	6 968	2,4	2 550	5 101	2,0	2 224	4 747	2,1
10—15	3 560	7 204	2,0	3 397	10 052	3,0	3 386	7 891	2,3	3 358	6 044	1,8	3 269	5 593	1,7	3 230	5 735	1,8
15—20	3 287	10 060	3,1	3 283	16 843	5,1	3 274	13 579	4,1	3 281	10 473	3,2	3 240	10 236	3,2	3 254	10 549	3,2
20—25	2 926	11 668	4,0	3 018	18 729	6,2	3 030	17 679	5,8	3 068	13 580	4,4	3 065	14 010	4,6	3 095	13 989	4,5
25—30	2 633	12 332	4,7	2 693	18 046	6,7	2 706	18 334	6,8	2 754	13 969	5,1	2 763	14 179	5,1	2 808	14 063	5,0
30—35	2 403	12 695	5,3	2 433	67 439	7,2	2 437	17 001	7,0	2 469	13 611	5,5	2 463	13 438	5,5	2 495	12 755	5,1
35—40	2 291	14 039	6,1	2 159	16 512	7,6	2 165	15 680	7,2	2 198	13 451	6,1	2 202	13 374	6,1	2 244	12 889	5,7
40—45	1 904	13 233	6,9	2 089	17 366	8,3	2 081	15 721	7,6	2 071	13 929	6,7	2 034	13 806	6,8	2 036	13 040	6,4
45—50	1 700	14 529	8,5	1 741	17 318	9,9	1 759	15 958	9,1	1 837	15 205	8,3	1 877	15 867	8,5	1 914	15 667	8,2
50—55	1 478	17 443	11,8	1 513	20 425	13,5	1 523	19 066	12,5	1 527	17 348	11,4	1 518	17 709	11,7	1 565	17 482	11,2
55—60	1 224	21 340	17,4	1 274	24 857	19,5	1 273	22 969	18,0	1 303	21 592	16,6	1 317	22 931	17,4	1 336	21 898	16,4
60—65	1 048	29 227	27,9	1 044	31 237	29,9	1 057	29 221	27,7	1 082	28 518	26,4	1 076	30 034	27,9	1 095	28 656	26,2
65—70	796	35 419	44,5	808	39 889	49,4	791	36 336	45,9	793	33 282	42,0	795	36 415	45,8	813	35 019	43,1
70—75	567	40 822	72,0	549	44 360	80,8	547	41 229	75,4	559	39 188	70,2	564	44 120	78,3	574	42 508	74,0
75—80	320	36 157	113,1	320	42 092	131,6	312	37 942	121,5	318	35 920	112,8	312	40 797	130,6	312	38 717	124,3
80—85	133	23 394	176,1	132	27 735	209,4	129	24 581	190,5	132	23 445	178,1	133	27 112	204,3	137	26 852	196,1
85—90	42	10 775	258,0	39	11 279	289,4	37	9 808	267,0	38	9 762	255,1	38	11 739	310,4	37	11 218	306,6
über 90	9	3 408	373,1	7	2 970	414,6	7	2 651	395,4	7	2 314	321,3	7	2 857	381,7	8	2 933	389,1

21. Sterbeziffern in Gliederung nach Altersklassen für die Jahre 1913 bis 1923,
wenn die Sterbeziffer für 1913 gleich 100 gesetzt wird

Alters- klassen	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Männliches Geschlecht											
1—5	100	100	128	116	117	161	136	106	90	83	84
5—10	100	106	143	129	150	189	130	111	89	72	78
10—15	100	107	122	129	154	215	136	119	99	89	90
15—20	100	204	337	315	535	706	186	155	116	108	111
20—25	100	856	1513	1196	997	1330	182	161	133	128	135
25—30	100	710	999	719	607	883	167	146	115	114	116
30—35	100	397	643	501	443	645	143	123	97	98	96
35—40	100	200	318	325	304	390	116	101	88	90	86
40—45	100	116	148	146	192	214	99	87	82	84	80
45—50	100	104	110	107	137	146	93	83	78	84	78
50—55	100	104	100	101	122	128	93	84	78	84	79
55—60	100	100	100	101	122	121	95	86	81	90	83
60—65	100	102	101	102	122	120	96	89	84	94	88
65—70	100	104	103	107	130	128	103	96	89	101	94
70—75	100	103	105	110	132	127	107	99	95	109	103
75—80	100	105	105	113	135	123	109	102	98	114	108
80—85	100	103	106	113	139	124	110	103	98	117	113
85—90	100	109	116	121	148	129	105	104	99	120	119
über 90	100	110	116	128	149	138	108	97	92	104	96

Weibliches Geschlecht

1—5	100	99	127	117	119	174	137	104	86	80	83
5—10	100	101	141	133	144	207	133	108	81	68	72
10—15	100	104	124	131	153	239	146	115	89	85	88
15—20	100	103	112	122	156	292	168	136	104	103	106
20—25	100	102	103	110	135	290	156	146	111	115	113
25—30	100	104	101	106	126	272	143	145	108	110	107
30—35	100	103	102	108	124	234	136	132	104	103	97
35—40	100	102	102	107	126	191	125	118	100	99	94
40—45	100	102	103	108	129	165	120	109	97	98	92
45—50	100	101	103	109	126	155	116	106	97	99	96
50—55	100	102	100	105	123	150	114	106	96	99	95
55—60	100	100	100	104	122	135	112	104	95	100	94
60—65	100	101	99	103	118	127	107	99	95	100	94
65—70	100	103	101	107	123	130	111	103	94	103	97
70—75	100	102	102	110	126	132	112	105	97	109	103
75—80	100	106	105	114	133	133	116	107	100	115	110
80—85	100	104	105	112	135	133	119	108	101	116	111
85—90	100	110	111	124	154	141	112	104	99	120	119
über 90	100	106	109	124	150	145	111	106	86	102	104

Schwacher, Kranker befanden, die immer, nicht nur in Kriegzeiten, in hohem Maße dem Tod ausgesetzt sind.

Während für die zum Heer eingezogene männliche Bevölkerung das Jahr 1917 eine Art »Ruhepause« in demographischer Hinsicht bedeutet, war es für die *Zivilbevölkerung* ein besonders schlimmes Jahr; ein Jahr großer Nahrungsnöte mit hohen Sterbeziffern. Es riß besonders in die ältere männliche und weibliche Bevölkerung starke Lücken; es bildete den Übergang zu dem Sterbejahr 1918. Auf die großen Verluste der Kriegsjahrgänge in diesem Jahr ist bereits hingewiesen worden. Aber auch bei den jungen männlichen Altersklassen steigen infolge der Grippeepidemie die Sterbeziffern hoch an; beim weiblichen Geschlecht weisen die mittleren und jungen Altersklassen beträchtliche Erhöhungen der Sterbeziffern auf.

In der Nachkriegszeit, bereits im Jahr 1919, gehen die Sterbeziffern erheblich zurück. Der starke Rückgang der Ziffern bei den männlichen Altersklassen zwischen 30 und 60 Jahren scheint darauf hinzudeuten, daß nach der überaus gründlichen »Auslese«, welche die Kriegsjahre verursacht haben, ein widerstandsfähiger Stamm zurückgeblieben ist. Die noch im Jahr 1922 und 1923 gegen 1913 hohen Sterbeziffern der Altersklassen von 15 bis 30 Jahren, insbesondere von 20 bis 25 Jahren, sowohl beim männlichen wie beim weiblichen Geschlecht, deuten darauf hin, daß das heranwachsende junge Geschlecht in den entscheidenden Entwicklungsjahren vor allem infolge der ungenügenden Ernährung schwere gesundheitliche Schäden erlitten hat. Das trifft nach den zahlenmäßigen Unterlagen offenbar nicht in diesem Maße zu bei den jüngsten Jahrgängen, denen die Ernährungswirtschaft während des Krieges und noch in der ersten Nachkriegszeit ihre ganze, fast alleinige Sorge zugewendet hat.

Im Gegensatz zu der allgemeinen Sterblichkeit nahm die *Säuglingssterblichkeit* während des Krieges, insbesondere während der Jahre 1915, 1916 und 1917, einen recht günstigen Verlauf. Als Begründung für diese Tatsache ist zunächst der Geburtenausfall während der Kriegsjahre anzuführen: mit verminderter Geburtenzahl stellt sich eine größere Sorgfalt und Pflege für das einzelne Kind ein. Dazu kommt die bald nach Kriegsausbruch einsetzende »Reichswochenhilfe«, welche den Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen und deren Unter-

stützung durch Gewährung von Wochen- und Stillgeldern bezweckte. Die Reichswochenhilfe zählt nach einem Ausspruch von Dr. Kaufmann, dem früheren Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, »vielleicht zu dem Wertvollsten, was der Krieg an gesetzlichen Neuerungen auf sozialem Gebiet uns geschenkt hat«. Die im Krieg entstandenen Ernährungsbehörden berücksichtigten, wie bereits erwähnt, bei der Zuteilung von Lebensmitteln vor allem die Kinder und die stillenden Mütter. Auf die gute Lebenskraft der Kriegssäuglinge in den folgenden Lebensjahren ist bereits im einleitenden Abschnitt bei der Betrachtung der Aufwuchszahlen hingewiesen worden.

Die nachfolgende Übersicht 22 gibt für die Jahre 1912 bis 1919 die Zahl der Lebendgeborenen sowie die Geburtsziffer, die Zahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen (ohne Totgeborene), ferner die Verhältniszahl, welche die Zahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen, bezogen auf 100 Lebendgeborene, wiedergibt.

22. Säuglingssterblichkeit in den Jahren 1912 bis 1919

Jahr	Lebendgeborene	Auf 1000 Einwohner kamen Geborene (ohne Totgeborene)	Im 1. Lebensjahr Gestorbene (ohne Totgeborene)	Auf 100 Lebendgeborene kamen im 1. Lebensjahr Gestorbene
1.	2.	3.	4.	5.
1912	1 869 636	28,3	275 571	14,7
1913	1 838 750	27,5	277 196	15,1
1914	1 818 596	26,8	297 382	16,4
1915	1 382 546	20,4	231 804	14,8
1916	1 029 484	15,2	152 862	14,0
1917 ¹	912 109	13,9	141 244	14,9
1918 ¹	926 813	14,3	142 694	15,8
1919 ²	1 260 500	20,0	152 242	14,5

¹ Ohne Elsaß-Lothringen.

² Ohne Elsaß-Lothringen und den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen.

Die verhältnismäßig hohe Säuglingssterblichkeit des Jahres 1914 ist vor allem auf die große Sommerhitze im Juli und August 1914 zurückzuführen. Das Jahr 1918 brachte im Zusammenhang mit der bereits mehrfach erwähnten Grippeepidemie wiederum eine Steigerung der Säuglingssterblichkeit.

23. Säuglingssterblichkeit in den deutschen Ländern u. Landesteilen

Länder und Landesteile	Auf 100 Lebendgeborene kamen im 1. Lebensjahr Gestorbene							
	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Provinz Ostpreußen	17,8	18,5	22,5	19,7	14,8	16,8	15,7	15,4
„ Westpreußen	19,1	19,1	21,9	21,0	16,4	18,1	18,4	16,5
Stadt Berlin	14,2	13,7	15,6	12,8	12,0	14,6	14,7	15,7
Provinz Brandenburg	16,1	16,2	18,3	15,7	14,6	16,5	16,1	14,6
„ Pommern	17,0	17,6	19,8	16,8	15,1	16,6	16,5	14,6
„ Posen	16,8	17,7	18,5	17,8	16,3	16,0	17,4	15,3
„ Niederschlesien	17,8	19,4	19,9	18,8	18,4	18,0	20,5	17,7
„ Oberschlesien	17,8	19,4	19,9	18,8	18,4	18,0	20,5	19,2
„ Sachsen	15,7	15,9	17,2	15,5	13,7	16,4	15,9	14,8
„ Schleswig-Holstein....	13,0	12,2	13,8	11,8	11,3	12,2	12,3	12,4
„ Hannover	10,7	10,8	12,0	11,1	10,4	11,2	11,9	11,0
„ Westfalen.....	12,1	12,4	13,7	11,3	11,6	11,1	12,5	12,5
„ Hessen-Nassau	8,9	9,1	9,9	9,7	9,7	10,4	11,5	11,5
Rheinprovinz.....	12,2	12,7	13,7	12,1	12,8	13,0	13,8	13,5
Hohenzollern.....	16,4	12,2	15,2	16,4	13,2	16,8	18,1	16,2
Preußen	14,6	15,0	16,4	14,7	13,8	14,6	15,4	14,4
Bayern rechts des Rheins	18,5	19,0	20,1	19,4	19,0	19,0	21,9	19,1
Bayern links des Rheins (Pfalz)	12,9	13,3	14,1	13,4	12,5	13,0	14,1	12,9
Bayern	17,7	18,2	19,3	18,6	18,1	18,2	20,8	18,2
Sachsen	15,6	15,7	17,1	14,1	12,6	14,5	13,8	12,7
Württemberg.....	13,8	14,0	14,5	13,9	13,7	14,5	15,5	13,4
Baden	13,8	13,8	13,9	13,9	13,3	14,0	14,9	13,4
Hessen.....	10,0	9,3	10,3	10,7	9,7	11,2	11,2	10,9
Mecklenburg-Schwerin	16,3	16,3	18,9	15,8	15,9	17,6	18,1	14,3
Sachsen-Weimar-Eisenach....	13,1	13,7	15,1	13,6	12,1	13,6	15,3	12,7
Mecklenburg-Strelitz	16,8	17,8	21,2	16,8	14,8	19,0	19,4	14,8
Oldenburg	10,8	10,3	11,9	11,2	10,7	10,9	11,0	11,7
Braunschweig	13,2	13,8	15,9	12,7	11,1	13,7	14,3	12,3
Sachsen-Meiningen	12,6	13,0	12,2	12,8	13,2	13,5	13,0	12,5
Sachsen-Altenburg.....	17,1	18,1	20,9	17,0	14,7	17,5	16,9	14,2
Sachsen-Coburg-Gotha.....	12,0	12,7	14,2	13,1	14,2	14,6	15,6	12,6
Anhalt	14,5	15,7	16,4	13,8	12,7	16,5	15,4	14,7
Schwarzburg-Sondershausen...	12,5	14,5	15,7	14,7	13,6	15,1	15,6	14,4
Schwarzburg-Rudolstadt	15,1	12,8	14,7	13,3	13,7	15,9	15,0	9,4
Waldeck	6,6	6,9	10,1	8,1	8,6	12,0	11,1	9,7
Reuß ältere Linie	15,4	17,7	15,2	13,0	13,3	11,8	13,2	12,1
Reuß jüngere Linie	17,2	16,5	15,9	14,0	13,2	12,7	16,8	12,1
Schaumburg-Lippe	10,2	7,6	8,6	9,2	9,5	10,5	10,5	9,3
Lippe	9,7	9,5	10,7	10,7	9,5	10,9	11,4	8,3
Lübeck	12,9	13,4	13,8	12,7	14,4	12,7	14,6	13,4
Bremen	12,1	10,7	12,1	9,8	11,1	10,1	12,0	11,8
Hamburg	12,7	11,3	12,4	9,8	10,5	10,5	11,8	11,5
Elsaß-Lothringen	13,1	14,1	15,1	13,7	12,8	.	.	.
Deutsches Reich ..	14,7	15,1	16,4	14,8	14,0	14,9	15,8	14,5

Die auf S. 66 wiedergegebene Übersicht 23 gibt für die Jahre 1912 bis 1919 die *Säuglingssterblichkeit* (Verhältniszahlen) in den deutschen Ländern und Landesteilen wieder. Deutlich treten die beiden Gipfel, die Jahre 1914 und 1918, hervor. Während in Norddeutschland die Ziffer des Jahres 1918 unter derjenigen des Jahres 1914 liegt, ist das Verhältnis in den süddeutschen Staaten umgekehrt.

Die starken Unterschiede in der Sterblichkeit der *ehelichen* und der *unehelichen Säuglinge*, die bereits im Frieden die Aufmerksamkeit erweckt hatten, hielten auch während der Kriegsjahre an; ja, man kann sogar eine Verstärkung dieses Unterschiedes, also eine erhöhte Sterblichkeit der unehelich Geborenen, feststellen.

Jahr	Auf 100 ehelich Lebendgeborene kamen im 1. Lebensjahr Gestorbene ehelicher Geburt	Auf 100 unehelich Lebendgeborene kamen im 1. Lebensjahr Gestorbene unehelicher Geburt
1.	2.	3.
1912	13,9	23,2
1913	14,2	23,7
1914	15,4	25,3
1915	13,9	22,1
1916	13,1	21,8
1917	13,6	25,0
1918	14,4	25,3
1919	13,0	26,0

Bei den unehelich Geborenen war die Sterblichkeit bereits im Jahre 1917, dann 1918 und 1919 erheblich über dem Friedensstand. Als Erklärung wird die in der zweiten Hälfte des Krieges erhöhte Berufstätigkeit der Frauen angeführt. Für *Preußen* liegt eine Gliederung der Sterblichkeit der Säuglinge unehelicher Geburt nach *Stadt* und *Land* vor. Daraus ergibt sich, daß auf dem Land die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge in der Vorkriegszeit wesentlich höher war als in den Städten; in den Jahren 1918 und 1919 und erst recht in den folgenden Jahren war hingegen in den Städten die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge größer. Es ist wahrscheinlich, daß die bessere Ernährung auf dem Land diese Änderung hervorgerufen hat. Grundsätzlich ist allerdings bei dieser Gliederung nach Stadt und Land

zu berücksichtigen, daß ein Teil der unehelichen schwangeren Frauen des Landes sich für die Zeit der Geburt in die Krankenhäuser der Städte begibt.

Jahr	Auf 100 unehelich Lebendgeborene kamen im 1. Lebensjahr Gestorbene unehelicher Geburt	
	in den Städten	auf dem Land
1.	2.	3.
1912	23,6	26,5
1913	24,3	27,2
1914	26,1	28,9
1915	22,8	27,4
1916	21,4	24,1
1917	26,4	26,6
1918	25,2	24,9
1919	24,4	23,7

Aus der Gesamtzahl der Sterbefälle seien schließlich noch die gestorbenen *Militärpersonen* ausgeschieden und getrennt dargestellt. In Band 276 der Statistik des Deutschen Reiches sind im ganzen 1 691 841 Militärsterbefälle aufgezählt. Dazu kommen noch, wie in dieser Veröffentlichung betont wird, 19 313 Fälle, die erst nach Abschluß der Übersicht gemeldet worden sind. Insgesamt sind also nach dieser Veröffentlichung 1 711 154 Militärsterbefälle gemeldet worden. Nach der Veröffentlichung des Bandes 276 sind noch zahlreiche Nachträge eingegangen; ferner sind in den angeführten Zahlen nicht enthalten die zunächst als »vermißt« gemeldeten, aber nachträglich als tot erklärten Personen. Heinel bringt in seiner bereits erwähnten Arbeit eine Angabe, die ihm vom Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegergräber in Spandau zur Verfügung gestellt worden ist. Dieser Angabe sind die amtlichen Verlustlisten bis zum 30. April 1923 zugrunde gelegt. Danach stellen sich allein die Verluste des deutschen Heeres auf 1 830 669 Gefallene, zu denen dann noch 34 237 Angehörige der Flotte und des Marinekorps hinzutreten. Insgesamt sind also 1 864 906 Kriegstote beglaubigt festgestellt worden. Dazu kommen immer noch rund 180 000 Vermißte und Unermittelte, mit deren Ableben gerechnet werden muß.

Legt man nur die Zahl von 1 864 906 Kriegstoten zugrunde und bezieht diese Zahl auf Deutschlands Einwohner bei Kriegsaus-

bruch (67 790 000), so ergibt sich ein Bevölkerungsverlust von 27,5 pro Tausend. Im Kriege 1870/71 machten die Verluste nur 1,1 pro Tausend der Einwohner aus. Im Weltkrieg hatten lediglich die Franzosen einen noch größeren Bevölkerungsverlust: 34,2 pro Tausend. Bezieht man die deutschen Kriegstoten des Weltkrieges auf die männliche Bevölkerung im Alter von 18 bis 45 Jahren (1914 rund 13,36 Millionen), so fielen 13,96 vH, also fast ein Siebentel, dem Krieg zum Opfer. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Kriegstoten (etwas mehr als 10 vH) hat das Leben durch Krankheiten (einschließlich Mord und Selbstmord) eingebüßt. Damit sind im übrigen die Wunden des Krieges nicht erschöpfend aufgezählt. Das Reichsarbeitsministerium hat in einer Denkschrift über das Versorgungswesen die Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten nach dem Stand vom 1. April 1923 auf 1 537 000 Mann beziffert.

Heinel hat in seiner Arbeit (Seite 174) den Versuch gemacht, die *Kriegsopfer* auf die *Länder* und *Landesteile* zu verteilen; die im Kriege gefallenen oder ihren Wunden erlegenen oder an anderen Krankheiten gestorbenen Militärpersonen wurden den Standesämtern ihres letzten Wohnortes gemeldet. Er hat die auf die Länder und Landesteile verteilten 1 670 193 gestorbenen Militärpersonen auf die männliche Bevölkerung, die zu Beginn des Weltkrieges im Alter von 18 bis 45 Jahren stand, bezogen. Es ergeben sich dann folgende (auf S. 70 in Tabelle 24 wiedergegebene) Sterbeziffern.

Für den Durchschnitt des Reiches ergibt sich eine Sterbeziffer von 12,9 vH. Erheblich über diesem Durchschnitt steht Lippe (19,5), Waldeck (16,7), Hohenzollern (16,7), Pommern (16,4), Mecklenburg-Schwerin (15,8), Braunschweig (15,5), Ostpreußen (15,3), Württemberg (15,1). Im allgemeinen überwiegen unter den Landesteilen mit einer hohen Gefallenenziffer die ländlichen Gebiete, die bereits im Frieden eine hohe Militärtauglichkeit aufwiesen. Bei den mehr städtischen Gebieten ist außerdem zu berücksichtigen, daß im Krieg viele jüngere Personen für die kriegswichtigen Betriebe rekrutiert worden sind. Was die hohen Gefallenenziffern im besonderen angeht, so ist auch zu berücksichtigen, daß manche Regimenter, deren Angehörige in bestimmten Gebieten wohnten, im Lauf des Krieges an besonders verlustreichen Schlachten beteiligt waren.

24. Die in den Jahren 1914 bis 1919 gestorbenen Militärpersonen nach dem letzten Wohnort

Länder und Landesteile	Zahl der gestorbenen Militär- personen	Sterbefälle auf je 100 männliche Einwohner von 18—45 Jahren	Länder und Landesteile	Zahl der gestorbenen Militär- personen	Sterbefälle auf je 100 männliche Einwohner von 18—45 Jahren
1.	2.	3.	1.	2.	3.
Reg.-Bez. Königsberg.	24 569	15,0	Reg.-Bez. Münster ...	27 125	12,0
„ „ Gumbinnen	16 118	15,4	„ „ Minden	19 881	13,8
„ „ Allenstein ..	14 193	15,7	„ „ Arnberg...	64 676	11,7
Provinz Ostpreußen..	54 880	15,3	Provinz Westfalen ...	111 682	12,1
Reg.-Bez. Danzig	18 316	13,7	Reg.-Bez. Kassel	24 017	12,4
„ „ Marienwerder	24 027	14,3	„ „ Wiesbaden .	29 267	11,0
Provinz Westpreußen	42 343	14,0	Prov. Hessen-Nassau.	53 284	11,6
Stadt Berlin	53 605	10,1	Reg.-Bez. Koblenz....	17 049	12,0
Reg.-Bez. Potsdam ...	75 989	10,7	„ „ Düsseldorf .	86 327	10,8
„ „ Frankfurt ..	33 683	14,6	„ „ Köln	29 499	10,7
Provinz Brandenburg.	109 672	11,7	„ „ Trier	23 153	11,2
Reg.-Bez. Stettin	25 482	15,3	„ „ Aachen	15 814	11,8
„ „ Köslin	19 439	18,6	Rheinprovinz	171 842	11,0
„ „ Stralsund ..	6 446	15,5	Reg.-Bez. Sigmaringen	2 021	16,0
Provinz Pommern ...	51 367	16,4	Staat Preußen ...	1 052 809	12,7
Reg.-Bez. Posen	27 151	13,1	Staat Bayern	173 013	12,7
„ „ Bromberg ..	18 534	13,8	„ Sachsen	119 099	11,9
Provinz Posen	45 685	13,4	„ Württemberg...	72 916	15,1
Reg.-Bez. Breslau	50 267	14,5	„ Baden	61 184	13,7
„ „ Liegnitz	31 785	14,4	„ Thüringen	44 279	14,5
„ „ Oppeln	55 727	13,9	„ Hessen	31 957	11,8
Provinz Schlesien	137 779	14,2	„ Hamburg	33 955	12,9
Reg.-Bez. Magdeburg.	33 654	13,6	„ Meckl.-Schwerin	19 147	15,8
„ „ Merseburg .	35 639	14,4	„ Oldenburg	14 452	14,4
„ „ Erfurt	13 522	13,9	„ Braunschweig ..	14 650	15,5
Provinz Sachsen	82 815	14,0	„ Anhalt	8 953	14,4
„ Schleswig-Holst.	48 555	13,3	„ Bremen	9 501	12,3
Reg.-Bez. Hannover ..	22 031	13,3	„ Lippe	4 822	19,5
„ „ Hildesheim.	15 746	14,5	„ Lübeck	3 516	14,0
„ „ Lüneburg ..	16 774	14,2	„ Meckl.-Strelitz..	2 828	13,8
„ „ Stade	12 896	15,0	„ Waldeck	1 895	16,7
„ „ Osnabrück .	11 176	15,3	„ Schaumb.-Lippe	1 217	13,4
„ „ Aurich	8 656	13,9	Deutsches Reich	1 670 193	12,9
Provinz Hannover ...	87 279	14,2			

Die amtliche Statistik gliedert die in den Jahren 1914 bis 1919 gestorbenen Militärpersonen auch nach dem *Alter*. In der folgenden Übersicht 25 ist eine Zusammenstellung nach Altersjahrfünften wiedergegeben.

25. Die 1914 bis 1919 gestorbenen Militärpersonen in Gliederung nach dem Alter

Altersklassen	1914	1915	1916	1917	1918	1919	Summe	vH
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
15 bis 20	10 866	26 105	24 920	38 474	54 052	1 626	155 953	9,22
20 „ 25	99 782	184 512	141 069	104 390	140 126	4 452	674 331	39,86
25 „ 30	74 617	108 927	74 903	53 392	75 491	2 574	389 904	23,05
30 „ 35	36 953	68 018	50 712	37 348	52 748	1 981	247 760	14,64
35 „ 40	14 965	34 359	35 887	27 220	33 579	1 557	147 657	8,72
40 „ 45	2 702	9 700	10 891	16 287	17 744	1 276	58 600	3,46
über 45	1 109	2 385	2 044	4 739	5 920	839	17 036	1,01
unbekannt	349	118	42	55	117	9	690	0,41
zusammen:	241 343	434 034	340 468	281 905	379 777	14 314	1 691 841	100

Danach entfallen rund 40 vH der Sterbefälle auf die Altersklassen 20 bis 25 Jahre, fast ein Viertel (23 vH) auf die Altersklassen 25 bis 30 Jahre, 15 vH auf die Altersklassen 30 bis 35 Jahre. Diese drei Jahrfünftel umfassen allein vier Fünftel (78 vH) aller Gestorbenen.

Die folgende, der amtlichen Quelle entnommene Übersicht 26 gibt die Sterbefälle der *19 bis unter 25 Jahre* alten deutschen Militärpersonen in den Jahren 1914—1919 wieder.

Der Anteil der 19 bis 25 Jahre alten Gestorbenen an der Gesamtzahl der gestorbenen Militärpersonen steigt demnach bis zum Jahre 1917: es mußten immer mehr junge Personen zum Ersatz der Gefallenen herangezogen werden. Im Jahre 1918 ist dieser Anteil ein wenig zurückgegangen; die Ursache mag darin liegen, daß im letzten Kriegsjahr auch zahlreiche ältere Personen zum Kriegsdienst herangezogen werden mußten.

Im Zusammenhang damit steht die Tatsache, daß der Anteil der *Ledigen* an der Gesamtzahl der gestorbenen Militärpersonen

26. Die 1914 bis 1919 gestorbenen Militärpersonen im Alter von 19 bis unter 25 Jahren

Altersjahre	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
19 bis unter 20	5 201	13 931	20 003	30 216	38 831	1 112
20 „ „ 21	9 632	39 762	38 662	30 685	38 276	1 248
21 „ „ 22	19 019	44 887	33 591	24 723	32 491	1 006
22 „ „ 23	24 117	38 934	27 452	19 546	27 056	890
23 „ „ 24	25 828	32 231	22 433	15 902	22 559	663
24 „ „ 25	21 186	28 698	18 931	13 534	19 744	645
19 bis unter 25	104 983	198 443	161 072	134 606	178 957	5 564
vH der Gesamtzahl	43,50	45,72	47,31	47,75	47,12	38,87

verhältnismäßig groß ist. Nach den Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1910 waren unter den 15 bis 45 Jahre alten Männern des Deutschen Reiches 59,6 vH ledig, 39,6 vH verheiratet und 0,8 vH verwitwet oder geschieden. Unter den gestorbenen Militärpersonen befanden sich hingegen 68,75 vH Ledige und 30,64 vH Verheiratete.

SCHLUSS

Die Entwicklung der Bevölkerung während der Nachkriegszeit

Zunächst soll die natürliche Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich in den Jahren 1913, 1919 bis 1928 dargestellt werden. In den folgenden Übersichten 27a und b sind die Angaben der Jahre 1913, 1919, 1920 und 1921 auf den heutigen Gebietsstand des Deutschen Reiches umgerechnet. In die Übersicht über die natürliche Bevölkerungsbewegung sind auch die Eheschließungen aufgenommen worden.

27 a. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene in den Jahren 1913, 1919 bis 1928

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburtenüberschuß
1.	2.	3.	4.	5.
1913	462 744	1 605 954	884 755	721 199
1919	798 657	1 172 707	919 251	253 456
1920	871 973	1 545 890	904 870	641 020
1921	720 208	1 523 589	840 601	682 988
1922	681 891	1 404 215	880 626	523 589
1923	581 277	1 297 449	857 898	439 551
1924	440 039	1 270 820	759 075	511 745
1925	482 792	1 292 499	744 691	547 808
1926	483 198	1 227 900	734 359	493 541
1927	538 463	1 161 719	757 020	404 699
1928	586 971	1 182 477	739 588	442 889

Eine Betrachtung der Eheschließungen ergibt, daß in der Nachkriegszeit — wie früher bereits erwähnt — eine außerordentlich starke Vermehrung der Eheschließungen eingetreten ist. Noch im Jahre 1923 lag die Zahl der Heiraten und die Heiratsziffer er

27b. Verhältniszahlen

Jahr	Auf 1000 Einwohner kamen			
	Ehe= schließungen	Lebend= geborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburten= überschuß
1.	2.	3.	4.	5.
1913	7,8	26,9	14,8	12,1
1919	13,4	19,7	15,5	4,3
1920	14,5	25,8	15,1	10,7
1921	11,9	25,1	13,9	11,3
1922	11,1	23,0	14,4	8,6
1923	9,4	21,1	13,9	7,1
1924	7,1	20,5	12,3	8,2
1925	7,7	20,7	11,9	8,8
1926	7,7	19,5	11,7	7,9
1927	8,5	18,4	12,0	6,4
1928	9,2	18,6	11,6	7,0

heblich über derjenigen des Jahres 1913. Das Jahr 1924, also das Jahr der Stabilisierung, senkte hingegen die Heiratsziffer merklich. Die Jahre 1925 und 1926 weisen eine der Friedensziffer ungefähr entsprechende Ziffer auf. Bemerkenswert sind wiederum die hohen Ziffern der Jahre 1927 und 1928.

Die *Geburtsziffer* geht wie in der Vorkriegszeit gegenüber der Heiratsziffer ihren eigenen Weg; die *sinkende* Tendenz, die seit dem Jahre 1921 eingesetzt hat, tritt aus der Übersicht mit großer Deutlichkeit zutage. Die früher gekennzeichnete »Rationalisierungstendenz« macht in der Nachkriegszeit weitere Fortschritte. Offenbar gehen in der Nachkriegszeit viele Industriearbeiter- und auch Landarbeiterfamilien dazu über, ihre Kinderzahl einzuschränken; also Schichten, die sich in der Vorkriegszeit häufig durch eine hohe Kinderzahl, aber gleichzeitig auch durch eine hohe Kindersterblichkeit ausgezeichnet hatten. Diese Schichten der Vorkriegszeit hatte der Mediziner Ernst Bumm vor Augen, als er in seiner Berliner Rektoratsrede »über das deutsche Bevölkerungsproblem« (Oktober 1916) ausrief: »Man muß sich allen Ernstes fragen, wozu all die Mühe und der Aufwand dieser sinnlosen Prokreation, der das Nötigste zum Weiterleben fehlt und von der noch vor Jahresfrist ein Drittel wegen Mangel an Luft,

Licht und geeigneter Nahrung wieder verschwindet.« Auf der anderen Seite ist jedoch in diesem Zusammenhang mit Nachdruck die Tatsache der wirtschaftlichen Not, die in der Nachkriegszeit auf Deutschland lastet, hervorzuheben. Sie hat — in Verbindung mit den ungünstigen Wohnungsverhältnissen — in allen Schichten des deutschen Volkes eine Kleinhaltung der Familie erzwungen. Sie hat zwar die Eheschließungen nicht verringert, sie hat aber vor allem bei dem Rückgang der Geburtsziffer von 26,9 im Jahr 1913 auf 18,6 im Jahr 1928 mitgewirkt.

Würzburger behauptet in der bereits erwähnten Diskussion mit Burgdörfer, daß die Geburtenfehlbeträge der Jetztzeit (1924 bis 1928) gegenüber der Vorkriegszeit nicht auf eine veränderte »Einstellung zum Kinde«, sondern zum größten Teil auf demographische Ursachen zurückzuführen seien. Als solche Ursachen sieht er hauptsächlich den durch die Kriegsverluste entstandenen Ausfall an stehenden Ehen, die veränderte Altersgliederung der gebärfähigen Frauen, das höhere Heiratsalter, den Wegfall der »Ersatzkinder« infolge der günstigeren Säuglingssterblichkeit an. Ich vertrete die Auffassung, daß vor allem die wirtschaftliche Not die Beschränkung der Kinderzahl erzwungen hat. Würzburgers Argumente sind in jedem Fall beachtlich; leider ist es bei der nur ungenügend ausgebauten Bevölkerungsstatistik nicht möglich, den Einfluß der »demographischen« Veränderungen klar und einwandfrei darzustellen.

Die *Sterbeziffer* geht seit dem Jahr 1923 mit einer Unterbrechung (1927) zurück. Der Geburtenüberschuß hat in der Nachkriegszeit im Jahr 1921 seinen Höchststand erreicht. Das Jahr 1923 brachte vor allem infolge der verhältnismäßig niedrigen Zahl der Lebendgeborenen einen Geburtenüberschuß, der unter 450 000 lag. In den drei nächsten Jahren liegt der Geburtenüberschuß erheblich über dieser Zahl infolge der stark zurückgehenden Sterblichkeit. Für 1927 ergibt sich ein Geburtenüberschuß, der bereits in der Nähe von 400 000 liegt, eine Folge des Rückganges der Geburtenhäufigkeit und einer Zunahme der Sterblichkeit gegenüber dem Vorjahr. Erheblich größer war dagegen der Geburtenüberschuß im Jahr 1928 (rund 443 000); ein Ergebnis, das einer gegen 1927 größeren Geburtenhäufigkeit und geringeren Sterblichkeit zuzuschreiben ist.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß den Schlußfolgerungen

aus den Geburtsziffern vor allem dann gewisse Bedenken anhaften, wenn es gilt, aus dem Vergleich zweier Zeiträume, die eine veränderte Alters- und Geschlechtsgliederung aufweisen, Rückschlüsse auf die Fruchtbarkeitsintensität zu ziehen. Der bereits mehrfach angeführte Hinweis, daß die Gliederung der deutschen Bevölkerung nach dem Alter und dem Geschlecht vor dem Krieg ein anderes Bild ergibt als nach dem Krieg, ist richtig; diese veränderte Gliederung wird nachher noch näher behandelt.

Man kann dem Einwand dadurch aus dem Weg gehen, daß man neben den Geburtsziffern noch »*eheliche Fruchtbarkeitsziffern*« berechnet; daß man also die Zahl der ehelich Geborenen auf 1000 der unter 45 Jahre alten Ehefrauen bezieht.

Für die letzte Vorkriegszeit (1913) und für die letzten Nachkriegsjahre (1924 bis 1927) ergibt sich dann folgendes Bild.

28. Eheliche Fruchtbarkeit in den Jahren 1913, 1924 bis 1927

Jahr	Zahl der unter 45 Jahre alten verheirateten Frauen	Jährliche Zahl der ehelich Lebendgeborenen	Auf 1000 unter 45 jährige Ehefrauen kamen ehelich Lebendgeborene	Meßziffer der ehelichen Fruchtbarkeit, wenn 1913 = 100	Auf 1000 Einwohner kamen Lebendgeborene	Meßziffer der allgemeinen Geburtenhäufigkeit, wenn 1913 = 100
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1913	7 130 000	1 442 736	202,3	100,0	26,9	100
1924	7 750 000	1 138 488	146,9	72,6	20,5	76,2
1925	7 791 000	1 139 832	146,3	72,3	20,7	76,9
1926	7 870 000	1 075 972	136,7	67,6	19,5	72,5
1927	7 950 000	1 018 974	128,2	63,4	18,4	68,4

Ein Vergleich der Spalten 5 und 7 der Übersicht zeigt, daß in der Tat die eheliche Fruchtbarkeitsziffer gegen die Vorkriegszeit stärker gesunken ist als die allgemeine Geburtsziffer. Wer also im besonderen das Problem des Rückganges der Fruchtbarkeitsintensität der weiblichen Bevölkerung gegen die Vorkriegszeit untersuchen will, wird sich bewußt bleiben müssen, daß er aus der üblichen Betrachtung der Bewegung der allgemeinen Geburtsziffer diesen Rückgang nicht in seinem vollen Umfang ersieht. Auf der anderen Seite darf man auch nicht — wie es jetzt gelegentlich geschieht — die Bedeutung der allgemeinen Geburtsziffer verkennen; sie bringt in jedem Fall die für viele Pro-

bleme wichtige zahlenmäßige Beziehung der Neugeborenen zur Gesamtbevölkerung zum Ausdruck.

Die Übersicht 29 auf S. 78 soll die *Geburtsziffern der deutschen Länder und Landesteile* in den letzten Jahren wiedergeben. Dabei sind den Geburtsziffern der Jahre 1926 und 1927 die Vorkriegsziffern des Jahres 1913 beigelegt; die Angaben für 1913 sind auf den heutigen Gebietsstand umgerechnet.

Nach wie vor stehen die Gebiete mit einer starken landwirtschaftlichen Bevölkerung mit hohen Geburtsziffern an der Spitze. Nach wie vor fällt die hohe Geburtsziffer der oberschlesischen Bevölkerung (vor allem Einfluß des polnischen Einschlags) in die Augen. Die Gebiete mit starker industrieller Bevölkerung folgen weit hinten mit einer niedrigen Geburtsziffer. Ferner haben, von Ausnahmen abgesehen, die industriell stark durchsetzten Gebiete gegen 1913 einen stärkeren Rückgang der Geburtsziffer aufzuweisen als die agrarischen Gebiete.

Man hat, um dem Problem der abnehmenden Fruchtbarkeitsintensität nachzugehen, auch für die deutschen Länder und Landesteile eheliche Fruchtbarkeitsziffern der Vor- und Nachkriegszeit berechnet (vgl. Nr. 5 der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Sonderhefte zu Wirtschaft und Statistik. Beiträge zum deutschen Bevölkerungsproblem. Berlin 1929, Seite 14 ff.). Aus diesen Berechnungen seien lediglich für *einige demographisch charakteristische Gebiete* (die Regierungsbezirke der Provinzen Pommern, Westfalen und Rheinland, Freistaat Sachsen) die Fruchtbarkeitsziffern der letzten Vorkriegszeit und der Nachkriegszeit in der Übersicht 30 wiedergegeben; die entsprechenden Geburtsziffern sind beigelegt.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß ebenso wie im ganzen Reich so auch in den einzelnen Ländern und Landesteilen die eheliche Fruchtbarkeitsziffer, welche der gegen die Vorkriegszeit veränderten Alters- und Geschlechtsgliederung besser Rechnung trägt, stärker gesunken ist als die allgemeine Geburtsziffer. Eine Ausnahme macht vor allem der Regierungsbezirk Trier; hier ist gegen die Vorkriegszeit infolge der Abtretung des Saargebiets, das in den Vorkriegszahlen enthalten ist, in der Nachkriegszeit ein ganz eigenartiger Alters- und Geschlechtsaufbau entstanden. Ferner erhärten die herausgegriffenen Zahlen die bereits erwähnte Tatsache, daß der Rückgang der Fruchtbarkeit

29. Geburtsziffern in den deutschen Ländern und Landesteilen in den Jahren 1913, 1926 und 1927

Länder und Landesteile	Auf 1000 Einwohner kamen Lebendgeborene			Meßziffer, wenn 1913 = 100	
	1913	1926	1927	1926	1927
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Ostpreußen	30,5	24,2	23,0	79,3	75,4
Berlin	19,4	11,3	10,3	58,2	53,0
Brandenburg	21,9	18,0	16,8	82,2	76,7
Pommern	27,9	21,6	20,5	77,4	73,5
Grenzmark Posen=Westpreußen	—	23,4	21,5	—	—
Niederschlesien	28,1	21,3	19,7	75,8	70,1
Oberschlesien	36,6	27,2	25,7	74,3	70,2
Sachsen	26,0	20,0	18,7	76,9	71,9
Schleswig=Holstein	25,3	17,8	17,1	70,4	67,6
Hannover	26,3	19,4	18,6	73,8	70,7
Westfalen	34,2	22,2	21,0	64,9	61,4
Hessen=Nassau	23,7	18,3	17,1	77,2	72,2
Rheinprovinz	28,7	19,5	18,5	67,9	64,5
Hohenzollern	27,1	19,7	18,1	72,7	66,9
Preußen	27,7	19,6	18,4	70,8	66,4
Bayern rechts des Rheins	28,6	21,5	20,2	75,2	70,6
Bayern links des Rheins	28,4	21,8	20,9	76,8	73,6
Bayern	28,6	21,5	20,2	75,2	70,6
Sachsen	24,9	16,9	15,7	67,9	63,0
Württemberg	27,2	18,9	17,9	69,5	65,8
Baden	26,4	20,4	19,4	77,3	73,5
Thüringen	26,5	19,9	18,7	75,1	70,6
Hessen	24,5	19,3	18,1	78,8	73,9
Hamburg	21,8	13,9	13,3	63,8	61,0
Mecklenburg=Schwerin	24,3	20,6	19,2	84,8	79,0
Oldenburg	30,5	22,9	22,3	75,1	73,1
Braunschweig	22,7	18,0	16,7	79,3	73,6
Anhalt	24,3	19,7	17,9	81,1	73,7
Bremen	24,8	15,9	16,6	64,1	66,9
Lippe	27,3	20,3	18,8	74,4	68,9
Lübeck	22,8	17,0	15,5	74,6	68,0
Mecklenburg=Strelitz	25,0	21,9	19,7	87,6	78,8
Waldeck	24,2	18,8	17,7	77,7	73,1
Schaumburg=Lippe	22,8	16,8	16,6	73,7	72,8
Deutsches Reich ..	26,9	19,5	18,4	72,5	68,4

30. Geburtsziffern und eheliche Fruchtbarkeitsziffern der Vor- und Nachkriegszeit in einigen deutschen Landesteilen

Landesteil	Geburtsziffer			Eheliche Fruchtbarkeitsziffer		
	Jahresdurchschnitt 1909/11	Jahresdurchschnitt 1924/26	Meßziffer für 1924/26, wenn 1909/11 = 100	Jahresdurchschnitt 1909/11	Jahresdurchschnitt 1924/26	Meßziffer für 1924/26, wenn 1910/11 = 100
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
Reg.-Bez. Stettin ..	27,7	21,2	77	207,9	143,1	69
„ Köslin ..	31,5	23,9	76	282,9	192,7	68
„ Stralsund	30,1	25,0	83	223,0	160,6	72
Reg.-Bez. Münster.	42,2	27,3	65	349,7	227,1	65
„ Minden .	30,4	21,9	72	263,2	188,4	72
„ Arnsberg	36,9	22,1	60	277,4	157,7	57
Reg.-Bez. Düsseldorf	32,4	19,2	59	243,2	134,6	55
Reg.-Bez. Köln ...	30,3	20,1	66	234,3	142,1	61
„ Koblenz.	28,2	22,5	80	263,1	188,7	72
„ Trier....	34,1	26,4	77	306,0	255,2	83
„ Aachen .	30,8	22,7	74	307,1	194,3	63
Freistaat Sachsen .	27,3	17,6	64	179,4	104,0	58

in den mehr agrarischen Gebieten nicht so stark in die Erscheinung getreten ist als in den industriellen Gebieten (vgl. Spalte 7): Minden gegenüber Arnsberg, Stralsund gegenüber Köslin, Stettin, Trier und Koblenz gegenüber Düsseldorf.

Die Bedeutung und Brauchbarkeit der allgemeinen *Sterbeziffern* bei verändertem Altersaufbau wird später noch näher gewürdigt. Vorerst soll aus den Ergebnissen der Sterbetafel der letzten Vorkriegszeit und derjenigen der Nachkriegszeit ein Einblick in den Rückgang der Sterbenswahrscheinlichkeit der einzelnen Altersjahrgänge gewonnen werden. In den folgenden Übersichten 31a und b sind die *Sterbenswahrscheinlichkeiten* (genauer der tausendfache Wert der Sterbenswahrscheinlich-

keit) einzelner wichtiger Jahrgänge nach der Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926 den entsprechenden Sterbenswahrscheinlichkeiten, die nach der Sterbetafel für die Jahre 1910 und 1911 errechnet worden sind, gegenübergestellt.

Aus den Übersichten ergibt sich, daß die Sterbenswahrscheinlichkeit aller Altersstufen in der Nachkriegszeit gegen die letzte Vorkriegszeit erheblich gesunken ist. Die Sterbenswahrscheinlichkeit der Säuglinge männlichen Geschlechts hat gegen die

31 a. Abgekürzte deutsche Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926 im Vergleich zu der Sterbetafel für die Jahre 1910 und 1911

Alter	Von je 1000 das vorstehende Altersjahr vollendenden Personen starben im nächsten Altersjahr nach der Sterbetafel für die Jahre		Meßziffern für 1924/26, wenn 1910/11 = 100
	1910/11	1924/26	
1.	2.	3.	4.
Männliches Geschlecht			
0	181,45	115,38	64
1	32,30	16,19	50
2	12,06	6,36	53
3	7,58	4,04	53
4	5,78	3,16	55
5	4,40	2,42	55
10	2,18	1,42	65
15	2,70	1,94	72
20	4,66	4,27	92
25	4,72	4,39	93
30	5,05	4,05	80
35	6,14	4,25	69
40	8,23	5,35	65
45	11,01	7,23	66
50	15,40	10,30	67
55	21,65	15,48	72
60	31,20	23,62	76
65	46,33	36,92	80
70	68,75	53,08	84
75	109,23	93,91	86
80	160,57	141,96	88
85	235,89	212,85	90
90	327,21	284,69	87

**31 b. Abgekürzte deutsche Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926
im Vergleich zu der Sterbetafel für die Jahre 1910 und 1911**

Alter	Von je 1000 das vorstehende Altersjahr vollendenden Personen starben im nächsten Altersjahr nach der Sterbetafel für die Jahre		Meßziffern für 1924/26, wenn 1910/11 = 100
	1910/11	1924/26	
1.	2.	3.	4.
Weibliches Geschlecht			
0	153,05	93,92	61
1	30,99	14,93	48
2	11,51	5,74	50
3	7,42	3,62	49
4	5,55	2,86	52
5	4,33	2,19	51
10	2,20	1,20	55
15	2,82	1,81	64
20	3,87	3,32	86
25	4,99	3,94	79
30	5,64	4,14	73
35	6,75	4,52	67
40	7,08	5,31	75
45	7,94	6,44	81
50	10,81	8,86	82
55	15,32	12,73	83
60	24,11	19,47	81
65	38,54	31,55	82
70	61,93	51,98	84
75	98,34	85,29	87
80	151,41	133,71	88
85	218,62	198,37	91
90	302,38	263,08	87

Vorkriegszeit um 36 vH, die Sterbenswahrscheinlichkeit der Säuglinge weiblichen Geschlechts um 39 vH abgenommen. Bei den nächstfolgenden Altersjahrgängen hat die Sterbenswahrscheinlichkeit einen noch größeren Rückgang erfahren, sowohl beim männlichen als auch beim weiblichen Geschlecht. Hingegen hat die Sterbenswahrscheinlichkeit bei den 15jährigen und besonders bei den 20-, 25- und 30jährigen männlichen Geschlechts einen wesentlich geringeren Rückgang erfahren; auch

beim weiblichen Geschlecht heben sich die 20-, 25- und 30jährigen durch einen minder starken Rückgang heraus. Man kann zur Erklärung auch hier darauf verweisen, daß die junge Generation, die während des Krieges herangewachsen ist, noch immer unter den Nachwirkungen der schweren Gesundheitsschäden, die der Krieg geschlagen hat, leidet.

Die nächste Übersicht 32 gibt die *Sterbeziffern in den deutschen Ländern und Landesteilen* in den Jahren 1926 und 1927 wieder; die Vorkriegsziffern des Jahres 1913 sind auch hier beigefügt.

Es zeigt sich, daß die Gebiete, die heute noch über eine hohe Geburtsziffer verfügen, auch eine hohe Sterbeziffer aufweisen, also vor allem die agrarischen Länder und Landesteile sowie Oberschlesien. Im allgemeinen ist der Rückgang der Sterbeziffer gegen die Vorkriegszeit gerade in diesen Gebieten mit hoher Sterbeziffer groß.

Eine Gegenüberstellung der Zahl der Geborenen und der Zahl der Gestorbenen liefert den Geburtenüberschuß, also den Neuzuwachs der Bevölkerung. Er ist, wie bereits dargelegt worden ist, in der Nachkriegszeit in Deutschland ständig zurückgegangen, betrug im Jahr 1927 nur noch 400 000, im Jahr 1928 allerdings wieder 443 000. In der Übersicht 33 ist der *Geburtenüberschuß für die deutschen Länder und Landesteile* im einzelnen wiedergegeben. Wie die in der Spalte 5 aufgeführten Ziffern des Geburtenüberschusses (Überlebensziffern) des Jahres 1927 zeigen, ist er in den agrarischen Gebieten und in den Gebieten mit »polnischem Einschlag« (vor allem in Oberschlesien) immer noch hoch, in den Hansestädten recht niedrig; in Berlin ist die Zahl der Gestorbenen höher als die Zahl der Geborenen.

Bevor die Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsbewegung eine letzte Würdigung durch eine Betrachtung des Altersaufbaus der deutschen Bevölkerung in der Vor- und Nachkriegszeit erfahren, müssen noch einige Darlegungen über die *mechanische Bevölkerungsbewegung*, die sich insbesondere in der ersten Nachkriegszeit in Deutschland vollzogen hat, eingeschaltet werden. Diese Betrachtungen sind unter anderem auch für das Verständnis der Altersgliederung der deutschen Bevölkerung in der Nachkriegszeit wichtig. Leider liegen diesen Betrachtungen zum großen Teil nur grobe Schätzungen und Berechnungen zugrunde;

32. Sterbeziffern in den deutschen Ländern und Landesteilen in den Jahren 1913, 1926 und 1927

Länder und Landesteile	Auf 1000 Einwohner kamen Gestorbene (ohne Totgeborene)			Meßziffer, wenn 1913 = 100	
	1913	1926	1927	1926	1927
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Ostpreußen	17,6	13,4	14,0	76,1	79,5
Berlin	13,3	11,3	11,7	85,0	88,0
Brandenburg	14,0	12,5	13,3	89,3	95,0
Pommern	16,3	12,7	12,9	77,9	79,1
Grenzmark Posen-Westpreußen	—	12,5	12,8	—	—
Niederschlesien	18,5	13,4	13,5	72,4	73,0
Oberschlesien	19,0	13,7	13,2	72,1	69,0
Sachsen	15,0	12,0	12,2	80,0	81,3
Schleswig-Holstein	12,6	10,7	11,5	84,9	91,3
Hannover	13,0	11,2	11,2	86,2	86,2
Westfalen	14,0	10,2	10,6	72,9	75,7
Hessen-Nassau	12,7	10,8	11,2	85,0	88,2
Rheinprovinz	13,6	10,8	11,1	79,4	81,6
Hohenzollern	16,7	13,1	12,9	78,4	77,2
Preußen	14,7	11,6	11,9	78,9	81,0
Bayern rechts des Rheins	17,5	13,3	13,3	76,0	76,0
Bayern links des Rheins	14,5	10,8	10,9	74,5	75,2
Bayern	17,1	13,0	13,0	76,0	76,0
Sachsen	13,9	10,5	11,0	75,5	79,1
Württemberg	15,5	11,5	12,1	74,2	77,4
Baden	15,1	12,1	12,1	80,1	80,1
Thüringen	14,5	11,4	11,5	78,6	79,3
Hessen	12,8	10,8	11,2	84,4	87,5
Hamburg	12,9	11,2	11,6	86,8	89,9
Mecklenburg-Schwerin	15,7	13,6	13,3	86,6	84,7
Oldenburg	12,5	10,2	10,3	81,6	82,4
Braunschweig	14,2	12,1	12,6	85,2	88,7
Anhalt	14,6	12,4	12,1	84,9	82,9
Bremen	13,5	10,8	11,7	80,0	86,7
Lippe	12,5	10,8	10,7	86,4	85,6
Lübeck	14,0	12,8	12,3	91,4	87,9
Mecklenburg-Strelitz	17,0	13,9	13,7	81,8	80,6
Waldeck	13,1	11,8	12,0	90,1	91,0
Schaumburg-Lippe	11,4	11,1	10,4	97,4	91,2
Deutsches Reich ..	14,8	11,7	12,0	79,1	81,1

33. Ziffern des Geburtenüberschusses in den deutschen Ländern und Landesteilen in den Jahren 1913, 1926 und 1927

Länder und Landesteile	Geburten- über- schuß	Auf 1000 Einwohner kam ein Geburtenüber- schuß (Überlebensziffer)			Meßziffer, wenn 1913 = 100	
	1927	1913	1926	1927	1926	1927
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
Ostpreußen	20 472	12,9	10,8	9,0	83,7	69,8
Berlin	5 897	6,1	—0,03	—1,4	—	—
Brandenburg	8 905	7,8	5,5	3,5	70,5	44,9
Pommern	14 429	11,6	8,9	7,5	76,7	64,7
Grenzmark Posen-Westpreußen	2 911	—	10,9	8,7	—	—
Niederschlesien	19 522	9,6	7,9	6,2	82,3	64,6
Oberschlesien	17 601	17,6	13,5	12,5	76,7	71,0
Sachsen	21 418	11,0	8,0	6,5	72,7	59,1
Schleswig-Holstein	8 610	12,7	7,1	5,6	55,9	44,1
Hannover	23 797	13,3	8,2	7,4	61,7	55,6
Westfalen	51 263	20,2	12,0	10,4	59,4	51,5
Hessen-Nassau	14 279	11,0	7,5	5,9	68,2	53,6
Rheinprovinz	54 641	15,1	8,8	7,4	58,3	49,0
Hohenzollern	377	10,4	6,6	5,2	63,5	50,0
Preußen	252 328	13,0	8,0	6,5	61,5	50,0
Bayern rechts des Rheins	44 366	11,1	8,2	6,8	73,9	61,3
Bayern links des Rheins	9 427	13,9	11,0	10,0	79,1	71,9
Bayern	53 793	11,5	8,6	7,2	74,8	62,6
Sachsen	23 330	11,0	6,4	4,6	58,2	41,8
Württemberg	15 391	11,7	7,4	5,9	63,2	50,4
Baden	17 259	11,2	8,3	7,4	74,1	66,1
Thüringen	11 698	12,0	8,4	7,2	70,0	60,0
Hessen	9 368	11,7	8,5	6,9	72,6	59,0
Hamburg	2 044	9,0	2,7	1,7	30,0	18,9
Mecklenburg-Schwerin	4 023	8,6	7,0	5,9	81,4	68,6
Oldenburg	6 628	18,0	12,8	12,0	71,1	66,7
Braunschweig	2 052	8,5	5,8	14,1	68,2	48,2
Anhalt	2 070	9,7	7,3	5,8	75,3	59,8
Bremen	1 664	11,4	5,1	4,9	44,7	43,0
Lippe	1 337	14,8	9,4	8,1	63,5	54,7
Lübeck	416	8,8	4,3	3,2	48,9	36,4
Mecklenburg-Strelitz	679	8,0	8,0	6,1	100,0	76,3
Waldeck	321	11,1	7,0	5,7	63,1	55,9
Schaumburg-Lippe	298	11,4	5,6	6,2	49,1	54,4
Deutsches Reich ..	404 699	12,1	7,9	6,4	65,3	52,9

ein exaktes Zahlenmaterial über die Aus- und Einwanderung während des Krieges und insbesondere während der ersten Nachkriegsjahre ist nicht vorhanden.

Zunächst hat Deutschland infolge des Kriegsausganges Gebiete abtreten müssen, die nach dem Stande vom 1. Dezember 1910 (Volkszählung) rund 6,5 Millionen Menschen zählten. In diesen Verlust ist das Saargebiet, das Ende 1910 rund 650 000 Menschen zählte, nicht einbezogen. Auf der anderen Seite wurde Deutschland in den Jahren nach dem Krieg ein *Einwanderungsland*. Es wanderten zahlreiche Deutsche aus Elsaß-Lothringen, aus Westpreußen, aus Posen, aus dem abgetretenen Teil Oberschlesiens usw., aus den ehemals deutschen Kolonien und auch aus Übersee nach Deutschland ein. Man hat diese Zuwanderung, allerdings auf Grund nicht einwandfreier Unterlagen, auf rund 1,3 Millionen Menschen geschätzt; man schätzte weiter, daß von dieser Zahl allein 850 000 Personen aus den ehemals deutschen Ostmarken eingewandert sind. Dieser Einwanderung steht auf der anderen Seite auch eine starke Auswanderung gegenüber. Es liegen allerdings genauere Angaben nur über den Umfang der deutschen überseeischen Auswanderung vor; also keine Angaben bezüglich der Auswanderung über die »trockenen« Landesgrenzen. Nach Übersee sind in dem Zeitraum 1910 bis 1925 rund 350 000 Reichsdeutsche ausgewandert. Rund 200 000 bis 220 000 ehemalige Reichsangehörige polnischer Muttersprache sind nach Kriegsende in den polnischen Staat oder in den französischen Bergbau (etwa 50 000 aus dem Ruhrgebiet) abgewandert. Die Abwanderung bzw. Wiederabwanderung Deutscher nach dem übrigen Ausland wird für den Zeitraum 1910 bis 1925 auf rund 200 000 geschätzt; schließlich hat die Zahl der im Deutschen Reich lebenden Ausländer gegenüber dem Stand von 1910 eine Abnahme von rund 200 000 erfahren. Es steht also der Zuwanderung von rund 1,3 Millionen eine Abwanderung von fast einer Million gegenüber, so daß sich insgesamt für das Reich ein Wanderungsgewinn von über 300 000 Menschen ergibt (vgl. dazu Dr. Fr. Burgdörfer in dem Artikel »Bevölkerungsstatistik« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Vierte Auflage. Ergänzungsband).

Zu diesem Wanderungsgewinn führt auch eine auf anderer Grundlage vorgenommene Berechnung. Die Volkszählung des

Jahres 1925 ergab gegenüber der Zählung von 1910 auf dem gleichen Gebiet eine Bevölkerungszunahme von 4,612 Millionen Menschen (+ 1,7 Millionen männlich, + 2,9 Millionen weiblich). Für den Zeitraum 1910 bis 1925 wird die natürliche Bevölkerungszunahme, also der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen, auf 4,272 Millionen (1,5 Millionen männlich, 2,7 Millionen weiblich) beziffert. Der Unterschied zwischen der natürlichen Bevölkerungszunahme und der tatsächlichen Bevölkerungszunahme muß auf einen Wanderungsgewinn zurückzuführen sein, der sich auf rund 340 000 Menschen belief.

Man hat in durchaus ähnlicher Weise, wie es eben für das ganze Deutsche Reich geschehen ist, für die deutschen Länder und Landesteile die natürliche Bevölkerungszunahme für den Zeitraum 1910 bis 1925 berechnet; die Gegenüberstellung der beiden Zahlen ergab entweder einen Wanderungsgewinn oder einen Wanderungsverlust.

Die Ergebnisse dieser Berechnung sollen hier nicht mitgeteilt werden; es wird auf den Band 401 der Statistik des Deutschen Reiches, Berlin 1928, S. 43 ff., und auf den in »Wirtschaft und Statistik«, Jahrgang 1927, S. 306 ff., erschienenen Aufsatz über »Deutschlands Wanderungsbilanz 1910 bis 1925« verwiesen. Einen starken Wanderungsgewinn weisen nach diesen Berechnungen insbesondere die Industriezentren auf, starke Wanderungsverluste vor allem die Provinzen Ostpreußen, Oberschlesien, Schleswig-Holstein, der Regierungsbezirk Arnberg, die bayerischen Regierungsbezirke Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken, der Freistaat Sachsen, Hessen und Württemberg.

Gelegentlich der Betrachtungen über die Heirats-, Geburts- und Sterbeziffer wurde bereits darauf verwiesen, daß eine Würdigung dieser Ziffern im Hinblick auf bestimmte Probleme noch einer Ergänzung durch Einblicke in die Alters- und Geschlechtergliederung der Bevölkerung bedarf. Es ist mehrfach angedeutet worden, daß sich der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung und ebenso die Gliederung nach dem Geschlecht gegen die Vorkriegszeit stark geändert haben.

Die folgende Übersicht 34 gibt den *Altersaufbau* der deutschen Bevölkerung unter Berücksichtigung der Gliederung nach dem *Geschlecht* zur Zeit der ersten großen Nachkriegszählung, also

34. Der Altersaufbau der Bevölkerung 1925 und 1910 unter Berücksichtigung der Gliederung nach dem Geschlecht

Altersklassen in Jahren	Grundzahlen			vom Tausend		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1925						
unter 5	5 871 517	2 984 291	2 887 226	94	99	90
5 bis „ 10	3 986 512	2 023 170	1 963 342	64	67	61
10 „ „ 15	6 214 074	3 134 743	3 079 331	99	104	96
15 „ „ 20	6 543 941	3 286 042	3 257 899	105	109	101
20 „ „ 25	6 150 043	3 064 136	3 085 907	98	101	96
25 „ „ 30	5 307 198	2 467 856	2 839 342	85	82	88
30 „ „ 35	4 579 452	2 026 739	2 552 713	73	67	79
35 „ „ 40	4 283 250	1 964 537	2 318 713	69	65	72
40 „ „ 45	3 907 556	1 853 466	2 054 090	63	61	64
45 „ „ 50	3 846 710	1 860 219	1 986 491	62	62	62
50 „ „ 55	3 233 036	1 587 634	1 645 402	52	53	51
55 „ „ 60	2 727 414	1 326 657	1 400 757	44	44	44
60 „ „ 65	2 165 709	1 028 744	1 136 965	35	34	35
65 „ „ 70	1 616 673	740 238	876 435	26	24	27
70 „ „ 75	1 057 711	466 764	590 947	17	15	18
75 „ „ 80	584 208	246 246	337 962	9	8	10
80 und darüber	335 615	135 341	200 274	5	5	6
Zusammen	62 410 61	30 196 823	32 213 796	1000	1000	1000
1910						
unter 5	6 698 883	3 506 410	3 462 473	121	123	118
5 bis „ 10	6 519 152	3 268 956	3 250 196	113	115	111
10 „ „ 15	6 095 694	3 054 666	3 041 028	106	107	104
15 „ „ 20	5 576 630	2 789 284	2 787 346	96	98	95
20 „ „ 25	4 966 691	2 461 054	2 505 637	86	86	86
25 „ „ 30	4 530 980	2 263 376	2 267 604	78	80	77
30 „ „ 35	4 349 884	2 174 127	2 175 757	75	76	74
35 „ „ 40	3 770 825	1 882 520	1 888 305	65	66	64
40 „ „ 45	3 287 205	1 626 088	1 661 117	57	57	57
45 „ „ 50	2 807 109	1 373 010	1 434 099	49	48	49
50 „ „ 55	2 442 470	1 166 803	1 275 667	42	41	44
55 „ „ 60	1 979 815	928 334	1 051 481	34	33	36
60 „ „ 65	1 641 322	743 474	897 848	28	26	31
65 „ „ 70	1 226 012	564 305	701 707	22	20	24
70 „ „ 75	857 876	375 289	482 587	15	13	16
75 „ „ 80	467 227	201 114	266 113	8	7	9
80 und darüber	270 652	111 036	159 616	5	4	5
Zusammen	57 798 427	28 489 846	29 308 581	1000	1000	1000

für Mitte 1925, und zur Zeit der letzten Vorkriegszählung, also für Ende 1910, wieder; dabei ist für 1910 die Bevölkerung auf dem heutigen Reichsgebiet zugrunde gelegt.

Die nächste Übersicht 35 legt die Zu- oder Abnahme der Besetzung dar, wie sie sich innerhalb der einzelnen Altersklassen im Jahr 1925 gegenüber 1910 ergeben hat.

35. Zu- (+) oder Abnahme (-) der Besetzung der einzelnen Altersklassen 1925 gegenüber 1910

Altersklassen in Jahren	Grundzahlen			vH		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
unter 5	— 1 097 366	— 522 119	— 575 247	— 15,7	— 14,9	— 16,6
5 bis unter 10	— 2 532 640	— 1 245 786	— 1 286 854	— 38,8	— 38,1	— 39,6
10 „ „ 15	+ 118 380	+ 80 077	+ 38 303	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,3
15 „ „ 20	+ 967 311	+ 496 758	+ 470 553	+ 17,3	+ 17,8	+ 16,9
20 „ „ 25	+ 1 183 352	+ 603 082	+ 580 270	+ 23,8	+ 24,5	+ 23,2
25 „ „ 30	+ 776 218	+ 204 480	+ 571 738	+ 17,1	+ 9,0	+ 25,2
30 „ „ 35	+ 229 568	— 147 388	+ 376 956	+ 5,3	— 6,8	+ 17,3
35 „ „ 40	+ 512 425	+ 82 017	+ 430 408	+ 13,6	+ 4,4	+ 22,8
40 „ „ 45	+ 620 351	+ 227 378	+ 392 973	+ 18,9	+ 14,0	+ 23,7
45 „ „ 50	+ 1 039 601	+ 487 209	+ 552 392	+ 37,0	+ 35,5	+ 38,5
50 „ „ 55	+ 790 566	+ 420 831	+ 369 735	+ 32,4	+ 36,1	+ 29,0
55 „ „ 60	+ 747 699	+ 398 323	+ 349 276	+ 37,8	+ 42,9	+ 33,2
60 „ „ 65	+ 524 387	+ 285 270	+ 239 117	+ 31,9	+ 38,4	+ 26,6
65 „ „ 70	+ 350 661	+ 175 933	+ 174 728	+ 27,7	+ 31,2	+ 24,9
70 „ „ 75	+ 199 835	+ 91 475	+ 108 360	+ 23,3	+ 24,4	+ 22,5
75 „ „ 80	+ 116 981	+ 45 132	+ 71 849	+ 25,0	+ 22,4	+ 27,0
80 u. darüber	+ 64 963	+ 24 305	+ 40 658	+ 24,0	+ 21,9	+ 25,5
Zusammen	+ 4 612 192	+ 1 706 977	+ 2 905 205	+ 8,0	+ 6,0	+ 9,9

Faßt man für eine erste rohe Orientierung die Altersklassen zu drei Gruppen zusammen, berechnet man außerdem die entsprechenden Anteile für das Jahr 1919 nach der nicht ganz gelungenen Zählung vom Oktober 1919, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Von 1000 Einwohnern standen im Alter von		
	unter 15 Jahren	15 bis unter 50 Jahren	50 und mehr Jahren
1.	2.	3.	4.
1925	257	555	188
1919	284	540	176
1910	339	506	155

Danach hat der große Geburtenausfall der Kriegsjahre und der starke Rückgang der Geburtsziffer in der Nachkriegszeit die Folge gehabt, daß der Anteilsatz der jungen Altersjahrgänge gegen die Vorkriegszeit außerordentlich stark zurückgegangen ist. Der Anteilsatz der jungen Jahrgänge ähnelt dem Anteilsatz, den die entsprechenden Jahrgänge bereits in der Vorkriegszeit in *Frankreich* aufwiesen. In Frankreich ergibt sich für die Vor- und Nachkriegszeit folgende Altersgliederung:

Jahr	Von 1000 Einwohnern standen im Alter von		
	unter 15 Jahren	15 bis unter 50 Jahren	50 und mehr Jahren
1.	2.	3.	4.
1921	227	511	252
1911	258	513	229

Der hohe Anteilsatz der Erwachsenen in Deutschland weist darauf hin, daß im Jahr 1925 die stark besetzten Geburtenjahrgänge der Jahre 1880 bis 1910 in der Reihe der Erwachsenen stehen und die starken Kriegsverluste an Erwachsenen überkompensiert haben.

Die nächste Übersicht 36 faßt nach dem Vorgang der amtlichen deutschen Statistik die einzelnen Altersklassen gleichfalls nach drei Gruppen zusammen, legt aber die zweite Grenze nicht bei 50, sondern bei 65 Jahren; außerdem ist in dieser Übersicht die Altersgliederung für beide Geschlechter mitgeteilt.

36 a. Der Altersaufbau der Bevölkerung 1925 und 1910 nach Altersgruppen

Altersklassen in Jahren	Grundzahlen			vom Tausend		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1925						
unter 15 Jahren	16 072 103	8 142 204	7 929 899	257	269	246
15 bis unter 65 Jahren	42 744 309	20 466 030	22 278 279	685	678	692
65 und mehr Jahre . . .	3 594 207	1 588 589	2 005 618	58	53	62
Zusammen	62 410 619	30 196 823	32 213 796	1000	1000	1000
1910						
unter 15 Jahren	19 583 729	9 830 032	9 753 697	339	345	333
15 bis unter 65 Jahren	35 352 931	17 408 070	17 944 861	612	611	612
65 und mehr Jahre . . .	2 861 767	1 251 744	1 610 023	49	44	55
Zusammen	57 798 427	28 489 846	29 308 581	1000	1000	1000

36b. Zu⁺ (+) bzw. Abnahme (–) 1925 gegenüber 1910

Altersklassen in Jahren	Grundzahlen			v. H.		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
unter 15 Jahren	– 3 511 626	– 1 687 828	– 1 823 798	– 17,9	– 17,2	– 18,7
15 bis unter 65 Jahren	+ 7 391 378	+ 3 057 960	+ 4 333 418	+ 20,9	+ 17,6	+ 24,1
65 und mehr Jahre . . .	+ 732 440	+ 336 845	+ 395 955	+ 25,6	+ 26,9	+ 24,6
Zusammen	+ 4 612 192	+ 1 706 977	+ 2 905 215	+ 8,0	+ 6,0	+ 9,9

Auch diese Übersichten bringen die gegen die Vorkriegszeit grundsätzlich veränderte Altersgliederung zum Ausdruck. Der Anteil der im produktiven Alter stehenden Bevölkerung, unter der in dieser Übersicht alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren verstanden sind, ist von 612 auf 685 gestiegen; von 35,35 Millionen auf 42,74 Millionen, also um 7,39 Millionen oder um rund 21 vH. Der Anteil der Jungen ist von 339 auf 257 gesunken; von 19,58 Millionen auf 16,07 Millionen, also um 3,51 Millionen oder um rund 18 vH. Der Anteil der Alten ist von 49 auf 58 gestiegen, von 2,86 Millionen auf 3,59 Millionen, also um 0,73 Millionen oder um 25,6 vH.

Verfolgt man an der Hand der mitgeteilten großen Übersichten die einzelnen Altersklassen, so ergibt sich zunächst, daß die Zahl der Kinder unter 5 Jahren innerhalb des heutigen Reichsgebiets um 1,1 Millionen oder um 16 vH kleiner ist als 1910; eine Folge der niedrigen Geburtsziffern der Nachkriegsjahre. Die Zahl der Kinder im Alter von 5 bis 10 Jahren ist um über 2,5 Millionen oder um fast 40 vH kleiner als im Jahre 1910; vor allem eine Folge der außerordentlich niedrigen Geburtsziffer der Kriegsjahre. Die im Vergleich zum Jahre 1910 verhältnismäßig geringe Besetzung der Altersklassen 10 bis 15 Jahre ist auf die Wirkungen des bereits in den letzten Jahren vor dem Krieg einsetzenden Geburtenrückganges zurückzuführen. Bei den 15- bis 20jährigen und bei den 20- bis 25jährigen tritt die bereits erwähnte Tatsache in die Erscheinung, daß die stark besetzten Geburtenjahrgänge des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts nunmehr in die Reihe der Erwachsenen eingerückt sind. Gerade diese Tatsache wird auf viele Jahre hinaus für den Altersaufbau

der deutschen Bevölkerung, insbesondere also für die starke Besetzung der mittleren Jahrgänge, von großer Bedeutung sein. Man muß dabei außerdem in Betracht ziehen, daß fast jeder dieser Jahrgänge in stärkerer Besetzung als der nächstvorhergehende ins Leben getreten ist.

Bei den 25- bis 30jährigen — es sind die Geburtenjahrgänge 1895 bis 1900 — ergibt sich gleichfalls gegen die Vorkriegszeit noch eine erhebliche Zunahme; sie ist beim männlichen Geschlecht infolge der Kriegsverluste allerdings wesentlich geringer als beim weiblichen Geschlecht. In den Altersklassen 30 bis 40 Jahre machen sich bei den Männern die starken Kriegsverluste geltend; bei den 30- bis 35jährigen Männern ergibt sich sogar ein absoluter Rückgang gegen die Vorkriegszeit. Bei den höheren Jahrgängen, die starke Zunahme in der Besetzung gegen die Vorkriegszeit aufweisen, tritt insbesondere auch der Rückgang der Sterblichkeit, auf den bereits mehrfach hingewiesen worden ist, in die Erscheinung.

Die hohen Kriegsverluste der Männer haben für eine Reihe von Altersklassen einen starken *Frauenüberschuß* ergeben. Ende 1910 kamen auf 1000 männliche 1026, Mitte 1925 auf 1000 männliche hingegen 1068 weibliche Personen. Insbesondere in den Altersklassen 25 bis 45 Jahre ist der Frauenüberschuß besonders hoch.

Auf 1000 Männer kamen Frauen gleichen Alters in den

Altersklassen	1925	1910
25—30 Jahre	1151	1002
30—35 „	1260	1001
35—40 „	1180	1003
40—45 „	1108	1022

Dieser starke Frauenüberschuß in den mittleren Altersklassen erklärt auch die Tatsache, daß die Heiratsmöglichkeit der Frauen in der Nachkriegszeit gegen die Vorkriegszeit geringer geworden ist.

Von je 1000 Personen der einzelnen Altersklassen waren verheiratet:

im Alter von	Männer		Frauen	
	1925	1910	1925	1910
1.	2.	3.	4.	5.
20 bis 25 Jahren	107	90	244	287
25 „ 30 Jahren	539	509	612	663
30 „ 35 Jahren	796	773	739	798
35 „ 40 Jahren	876	854	769	819
40 „ 45 Jahren	901	878	776	804
45 „ 50 Jahren	902	880	767	765

Es waren also in den mittleren Altersklassen im Jahr 1925 durchweg verhältnismäßig weniger Frauen verheiratet als im Jahr 1910. Die den Männern gewidmeten Spalten zeigen die umgekehrte Erscheinung: es waren 1925 verhältnismäßig mehr Männer verheiratet als 1910. Die »Heiratslust« der Männer, in jedem Fall die Neigung der Männer zu heiraten, ist in der Nachkriegszeit größer geworden; eine Tatsache, die bereits früher mit dem veränderten Altersaufbau zur Erklärung der hohen Heiratsziffern der Nachkriegszeit herangezogen worden ist.

Die starke Wandlung im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung, die sich in der Nachkriegszeit gegenüber der Vorkriegszeit ergeben hat, hat dazu geführt, daß man insbesondere für die Zwecke des Vergleichs mit der Vorkriegszeit versucht, die rohen Geburts- und Sterbeziffern durch zweckmäßigere Ziffern zu ersetzen. So ist hier bereits früher an Stelle der allgemeinen Geburtsziffer die eheliche Fruchtbarkeitsziffer herangezogen worden; die eheliche Fruchtbarkeitsziffer wies in der Tat gegen die Vorkriegszeit einen stärkeren Rückgang auf als die Geburtsziffer. Man stellt nun auch gelegentlich der allgemeinen oder rohen Sterbeziffer (z. B. 1925: 11,9) eine sogenannte »bereinigte« Sterbeziffer gegenüber und behauptet, diese bereinigte Sterbeziffer sei der wahre Ausdruck unserer heutigen Sterblichkeitsverhältnisse. Die »bereinigte« Sterbeziffer ist dann dadurch gewonnen worden, daß man von der nach der deutschen Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926 errechneten mittleren Lebensdauer ausgeht und die in Jahren ausgedrückte mittlere Lebensdauer in 1000 dividiert. Diese »ideelle Sterbeziffer« oder »Sterbeziffer einer stationär gedachten Bevölkerung« ist demnach der

reziproke Wert der mittleren Lebensdauer: 17,4. Diese manchmal als heuristisches Mittel wertvolle Größe (vgl. L. v. Bortkiewicz, Bevölkerungswesen, Leipzig und Berlin 1919, S. 36 ff.) kann in keinem Fall zur Zeit als der »wahre Ausdruck unserer heutigen Sterblichkeitsverhältnisse« angesehen werden, als eine Sterbeziffer, die sozusagen vom Einfluß der gegenwärtigen Altersgliederung (verhältnismäßig schwache Besetzung der jungen, der Sterblichkeit in besonderem Maß ausgesetzten Altersklassen und verhältnismäßig starke Besetzung der mittleren, einer geringeren Sterblichkeit ausgesetzten Altersklassen, aber auch stärkere Besetzung der wieder höherer Sterblichkeit ausgesetzten höheren Altersklassen) befreit ist. Damit wäre die logische Bedeutung und der fiktive Charakter der Sterbetafel und erst recht der Größe, welche die mittlere Lebensdauer und damit auch die »ideelle Sterbeziffer« wiedergibt, verkannt.

Man hat aber auch einen *anderen Weg* betreten, um für einen Vergleich der Sterblichkeit mit der Vorkriegszeit den Einfluß der Altersgliederung auszuschneiden. Den folgenden Betrachtungen, die teilweise einen methodologischen Charakter tragen, liegen nicht die Bevölkerungszahlen für das Deutsche Reich, sondern für den *Freistaat Preußen* (vgl. insbesondere Medizinalstatistische Nachrichten, herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamt, 16. Jahrgang 1929, Seite 83 ff.) zugrunde.⁷ Diese Zahlen unterscheiden sich nicht wesentlich von den Zahlen des Reichs: allgemeine Sterbeziffer 1910 in Preußen 16,138 (im Reich 16,2), allgemeine Sterbeziffer 1925 in Preußen 11,840 (im Reich 11,9). Von 1910 auf 1925 ist demnach die allgemeine Sterbeziffer in Preußen um 26,6 vH gesunken (im Reich um 26,5 vH). Um nun zu erkennen, ob und in welchem Umfang dieser Rückgang der gegen die Vorkriegszeit veränderten Altersgliederung zuzuschreiben ist, werden für die Vorkriegszeit (1910) und für die Nachkriegszeit (1925) Sterbeziffern berechnet, denen *jeweils die gleiche Altersgliederung* zugrunde liegt. Es werden also einmal Sterbeziffern für 1910 und 1925 errechnet auf der Grundlage der Altersgliederung von 1910, zweitens Sterbeziffern für die beiden Jahre auf der Grundlage der Altersgliederung

⁷ Bei zahlreichen Darlegungen dieser Arbeit, insbesondere auch bei den folgenden Untersuchungen, ist mir mein alter Mitarbeiter Dr. Johannes Lucht mit seinem bewährten Rat zur Seite gestanden.

von 1925. Bei beiden Berechnungen stellt man also der »rohen« Sterbeziffer des Jahres, dessen Altersgliederung zugrunde gelegt ist, eine »standardisierte« Sterbeziffer des anderen Jahres gegenüber. Die beiden »standardisierten« oder »geeichten« Sterbeziffern sind — das ist immer im Auge zu behalten — fiktive Ziffern; tatsächlich war die Altersgliederung in beiden Jahren nicht dieselbe. Sie können aber dazu dienen festzustellen, welchen Einfluß die Altersgliederung auf die Entwicklung der Sterbeziffern ausübt. Ist etwa der Rückgang, der sich bei der Verwendung einer standardisierten Sterbeziffer ergibt, gleich oder annähernd gleich dem Rückgang, der für die beiden rohen Sterbeziffern festgestellt worden ist, so kann vermutet werden, daß die vorhin angedeuteten Einflüsse der gegen früher veränderten Altersgliederung durch ihre entgegengesetzte Richtung sich gegenseitig aufheben.

Legt man der Berechnung der Sterbeziffern für 1910 und 1925 jeweils die Altersgliederung der Bevölkerung des Jahres 1910 zugrunde, so tritt der bereits für 1910 mitgeteilten (rohen) Sterbeziffer in Höhe von 16,138 eine geeichte Sterbeziffer für das Jahr 1925 in Höhe von 11,659 gegenüber; der Rückgang der Sterbeziffern von 1910 auf 1925 beträgt 27,7 vH. Legt man nunmehr der Berechnung beider Sterbeziffern jeweils die Altersgliederung von 1925 zugrunde, so beträgt die neue (geeichte) Sterbeziffer für 1910: 15,706, der für 1925 die bereits wieder gegebene Sterbeziffer von 11,840 gegenübertritt; der Rückgang der Sterbeziffer von 1910 auf 1925 beträgt jetzt 24,6 vH. Demnach weicht der Rückgang, der sich unter Heranziehung der rohen Sterbeziffern ergibt (— 26,6 vH), nicht wesentlich von den beiden anderen Sätzen ab; er liegt etwa in der Mitte zwischen dem Ausmaß des Rückgangs, der sich unter Heranziehung der auf 1910 geeichten Sterbeziffern (— 27,7 vH bzw. — 24,6 vH) herausstellt. Es kann also für den Vergleich der Jahre 1910 und 1925 der Schluß gezogen werden, daß die rohen Sterbeziffern ein durchaus brauchbares Maß des Rückgangs liefern. Weiter bestärken die Ergebnisse der neu eingeführten, auf den standardisierten Sterbeziffern ruhenden Berechnungen die Vermutung, daß die vorhin angedeuteten Einflüsse auf die Sterbeziffer, die von der in der Nachkriegszeit veränderten Altersgliederung ausgehen, sich im wesentlichen kompensieren.

Um diese Zusammenhänge zu durchschauen, seien zwei Übersichten eingefügt, deren erste [37] den Altersaufbau der Bevölkerung Preußens 1910 und 1925, deren zweite [38] die Gestorbenen und die Sterbeintensität 1910 und 1925 für vier Altersgruppen wiedergibt.

37. Altersaufbau der Bevölkerung Preußens 1910 und 1925

Altersgruppen	Bevölkerung		v. H. der Bevölkerung entfallen auf die einzelnen Altersgruppen		Meßziffer (1910 = 100)
	1910	1925	1910	1925	
1.	2.	3.	4.	5.	6.
0— 2 Jahre	2 037 525	1 403 078	5,08	3,68	72,44
2—15 „	11 913 062	8 475 152	29,66	22,24	74,98
15—50 „	20 149 769	21 184 267	50,16	55,57	110,76
über 50 „	6 063 781	7 057 676	15,10	18,51	122,58
zusammen	40 165 219 ¹	38 120 173	100,00	100,00	

¹ Einschließlich 1082 unbekannten Alters.

38. Zahl der Gestorbenen und Sterbeintensität nach Altersgruppen 1910 und 1925

Altersgruppen	Gestorbene		Auf 10 000 Lebende der einzelnen Altersgruppen kamen Gestorbene		Meßziffern (1910 = 100)
	1910	1925	1910	1925	
1.	2.	3.	4.	5.	6.
0— 2 Jahre	226 710	94 700	1 112,67	674,94	60,66
2—15 „	52 054	20 101	43,69	23,72	54,29
15—50 „	114 531	97 846	56,84	44,71	78,66
über 50 „	244 412	238 204	403,07	337,52	83,74
zusammen	637 982 ¹	450,973 ²	161,30	118,30	73,34

¹ Einschließlich 275 unbekannten Alters.

² Einschließlich 122 unbekannten Alters.

Nach der zweiten Übersicht liegt demnach die Sterblichkeit der 0—2jährigen über dem Durchschnitt (der allgemeinen Sterbeziffer), der Anteil dieser Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung ist jedoch nach der ersten Übersicht im Jahr 1925 gegen 1910 kleiner geworden; die Gesamtsterbeziffer erfährt also — wenn man einmal von den Veränderungen der Eigensterblichkeit absieht — im ganzen durch den Einfluß dieser Altersgruppe eine Senkung. Die Sterblichkeit der 2—15jährigen liegt unter dem Durchschnitt, der Anteil dieser Altersgruppe ist gegen 1910

erheblich kleiner geworden; die Gesamtsterbeziffer erfährt durch den Einfluß dieser Altersgruppe also eine Zunahme. Die Sterblichkeit der 15—50jährigen liegt gleichfalls unter dem Durchschnitt, der Anteil dieser Altersgruppe ist jedoch größer geworden, also wird die Gesamtsterbeziffer kleiner. Die Sterblichkeit der letzten Altersgruppe, der über 50jährigen, liegt wieder über dem Durchschnitt, der Anteil dieser Altersgruppen ist außerdem größer geworden, also wird die Gesamtsterbeziffer durch den Einfluß dieser Altersgruppe wieder größer. Dem die Gesamtsterbeziffer »senkenden« Einfluß der Altersgruppen der 0—2jährigen und der 15—50jährigen steht also ein die Gesamtziffer »hebender« Einfluß der Altersgruppen der 2—15jährigen und der über 50jährigen gegenüber.

Der »senkende« und gleichzeitig auch »hebende« Einfluß der veränderten Altersgliederung auf die Sterbeziffer geht auch aus der Übersicht 40 hervor, die aus den vorhin mitgeteilten Angaben über den Altersaufbau der Bevölkerung und über die Sterbeintensität der einzelnen Altersgruppen gewonnen worden ist. Die Sterbeintensitäten der vier Altersgruppen im Jahr 1925 sind einmal multipliziert mit den Sätzen, welche den Anteil der vier Altersgruppen an der Bevölkerung 1925 darstellen; Ergebnis: rohe Sterbezifferanteile 1925. Zum anderen sind die Sterbeintensitäten multipliziert mit den Sätzen, welche den Anteil der vier Altersgruppen an der Bevölkerung 1910 darstellen; Ergebnis: geeichte Sterbezifferanteile. Beiden Reihen von Sterbezifferanteilen liegen also jeweils die gleichen Sterbeintensitäten zugrunde; die Differenz zwischen rohem und geeichtem Sterbezifferanteil bringt demnach lediglich den Einfluß der verschiedenen Anteile der Altersgruppen zum Ausdruck.

40. Sterbezifferanteile der Altersgruppen

Altersgruppen	Sterbezifferanteile 1925		Unterschied zwischen rohen und geeichten Sterbezifferanteilen
	rohe	geeichte	
1.	2.	3.	4.
0— 2 Jahre	24,88	33,91	+ 9,03
2—15 „	5,29	7,14	+ 1,85
15—50 „	25,78	22,96	— 2,82
über 50 „	62,45	52,58	— 9,87
Zusammen	118,40	116,59	— 1,81

Da den geeichten Sterbezifferanteilen die Altersgliederung 1910, den rohen Sterbezifferanteilen die Altersgliederung 1925 zugrunde liegt, so liegen naturgemäß die geeichten Sterbezifferanteile der beiden ersten Altersgruppen über den entsprechenden rohen Sterbezifferanteilen; der umgekehrte Fall trifft für die Sterbezifferanteile der beiden letzten Altersgruppen zu. Aus der Spalte 4 geht jedoch das für unsere Beweisführung wichtige Ergebnis hervor, daß sich die Unterschiede in den Sterbezifferanteilen bei den beiden äußeren Altersgruppen ebenso wie bei den beiden mittleren Altersgruppen nahezu aufheben.

Es ist also der Rückgang der allgemeinen Sterbeziffer von 16,138 im Jahre 1910 auf 11,840 im Jahre 1925 im wesentlichen auf eine Verbesserung der Sterbeintensität, auf eine Verbesserung der Eigensterblichkeit der einzelnen Altersklassen zurückzuführen und nicht auf die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung. Es ist allerdings durchaus wahrscheinlich, daß in kommenden Jahren zeitweise eine Zunahme der allgemeinen Sterbeziffer trotz gleichbleibender oder sogar abnehmender Eigensterblichkeit der einzelnen Altersklassen eintritt, wenn nämlich die stark besetzten mittleren Altersjahrgänge in das Greisenalter aufrücken.

Abgeschlossen im Frühjahr 1930.

ADOLF GÜNTHER

DIE FOLGEN DES KRIEGES FÜR EINKOMMEN
UND LEBENSHALTUNG DER MITTLEREN
VOLKSSCHICHTEN DEUTSCHLANDS

INHALT

Einleitung	103
I. Problems und Begriffsbestimmungen	108
1. Strukturen und Strukturverschiebungen	108
(Mittelstand, Begriffsbestimmung; Der deutsche Mittelstand im Vergleich zum Mittelstand anderer Länder; Alter des Mittelstandes; Unterscheidung der Kriegswirkungen von anderen, parallel gehenden Wirkungen; »Neuer Mittelstand«; Organisation des Mittelstandes vor dem Kriege; Beamtentum und Berufsmilitär; Religiöse, völkische und politische Einflüsse auf den Mittelstand.)	
2. Das Einkommen	121
(Volks-, National-, öffentliches, Privateinkommen; Quellen des Einkommens; Besitz- und Arbeitseinkommen; die Rente; Verbindung von Einkommen und Machtstellung; Einkommens- als Machtkämpfe; Zunahme von Besitz- und Arbeitseinkommen vor dem Kriege.)	
3. Die Lebenshaltung	127
(Ergebnisse und Mängel der Lebenshaltungsstatistik; Besonderheiten in der Lebenshaltung einzelner Mittelstandsgruppen.)	
II. Geschichtliche Überblicke	134
1. Im Kriege	135
2. Während des Umsturzes	144
3. Während der Inflation	148
4. Nach der Stabilisierung	155
5. Nach Aufnahme der Reparationszahlungen gemäß Dawes- u. Youngplan	163
III. Statistisch-demographische Darlegungen	168
1. Geldkapital, Vermögen und Einkommen	168
2. Die absolute Minderung der Lebenshaltung	200
3. Die relative Verschiebung in der Lebenshaltung wichtiger Gruppen, zumal des Mittelstandes	210
4. Die verschiedenen Gruppen des Mittelstandes, insbesondere konservierte, sinkende und aufsteigende Schichten	224
a) »Alter« Mittelstand im allgemeinen	224
b) Der Hausbesitz	232
c) Die selbständigen Gewerbetreibenden	235
d) Die »Deklassierten«	239
e) »Neuer« Mittelstand: Privatangestellte und Beamte	245
f) Die freien Berufe	252
g) Aufsteigende Schichten	253
h) Die »Selbstversorger«	259
5. Begleiterscheinungen	265
a) Bevölkerungspolitische Reaktionen	265
b) Organisationsfragen	271
c) Über die steuerliche Belastung des Mittelstandes	276
Schluß. Kulturpolitischer Ausblick	278

EINLEITUNG

Diese Studie zerfällt in drei Teile: Ein kürzerer, vorwiegend theoretischer Teil gibt eine allgemeine Orientierung über das Problem und legt die bei seiner Klarlegung unumgänglichen Begriffe fest. Eine gleichfalls knappe geschichtliche Darlegung umreißt den äußeren Rahmen, innerhalb dessen sich die Einkommens- und Lebenshaltungsänderungen zumal der mittleren Volksgruppen Deutschlands vollzogen haben; in allgemeinen Richtlinien werden hierbei diese Strukturveränderungen selbst schon gewürdigt. An dritter und letzter Stelle sind, soweit sie erhältlich waren, zahlenmäßige Belege für diese Vorgänge zusammengestellt. Statistik und demographische Forschung wirken hierbei zusammen. Selbstverständlich kann die Scheidung in theoretische, historische und statistisch-demographische Betrachtung nicht in jedem einzelnen Punkte durchgeführt werden. Doch erscheint das Prinzip dieser Einteilung geeignet, um sehr komplizierte, den ganzen Volkskörper aufwühlende Ereignisse, die Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik gleichmäßig berühren, zu ordnen und einer vergleichenden Darstellung zugänglich zu machen.

Die Arbeit wurde in erster Fassung, entsprechend dem ursprünglich ins Auge gefaßten Termin, Ende 1926 abgeschlossen, konnte also in der Hauptsache nur die Erscheinungen bis Mitte 1926 umfassen; als Verfasser Anfang 1930 die Korrektur erhielt, stand er vor der schwierigen Entscheidung, ob eine völlige Neubearbeitung oder aber wenigstens eine Ergänzung des Manuskripts vorzunehmen sei; so sehr das erste sachlich erwünscht gewesen wäre, erwies es sich doch wegen der vorgerückten Zeit und auch der Kosten wegen als ausgeschlossen. Die nunmehr allein mögliche Ergänzung mußte aber folgendes beachten:

1. Viele Quellen begannen erst nach Fertigstellung des ursprünglichen Manuskripts zu fließen; zumal standen erst jetzt

die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1925 zur Verfügung, auch die Steuerstatistiken boten nunmehr weit greifbarere Ergebnisse.

2. Die hiermit möglich gewordene Ergänzung bezieht sich aber nicht nur auf die Zeit von 1926 ab; vielmehr ergaben die neueren Feststellungen auch Korrekturen des älteren Materials, das zum Teil auch schon — jedoch in weit geringerem Maß, als zunächst erwartet wurde — veraltet war.

3. Seit Abschluß des ersten Manuskripts hat aber auch eine umfangreichere literarische Durcharbeitung des Materials stattgefunden; Zusammenhänge, die 1925/26 erst undeutlich hervortraten, liegen heute ziemlich offen. Mit der Zahlenproduktion wuchs die Zahlenkritik.

Die Aufgabe war nunmehr nicht immer dankbar; manches wurde gestrichen, ohne doch immer im erwünschten Maße durch Neues ersetzt werden zu können. Immerhin ist zu hoffen, daß dem Leser die gelegentliche Ungleichartigkeit und Unvollständigkeit des Materials nicht in dem Maße zum Bewußtsein kommt wie dem Verfasser. Dieser verweist noch darauf, daß die Jahre seit 1926 nur insoweit einbezogen wurden, als bei ihnen von »Kriegswirkungen« gesprochen werden kann; augenscheinlich ist zwar der Krieg Ausgangspunkt fast aller Erscheinungen seit seinem Beginn; es sind aber doch, und zwar in immer steigendem Maße, auch Entwicklungen zu verzeichnen, für die der Krieg mehr mitwirkende »Bedingung« als eigentliche »Ursache« war. Die Reparationen insbesondere wirken sich in unserer Darstellung noch nicht ihrer ganzen Bedeutung nach aus; nur das, was vor Dawes- und Young-Plan aus der Substanz der deutschen Wirtschaft geleistet wurde, muß in vollem Umfang in Rechnung gestellt werden.

Der Umstand, daß unser Zahlenmaterial teilweise mit 1925/26 abschließt, stellt sich übrigens, von der *neuesten Zeitgeschichte* aus gesehen, als weniger ungünstig dar, als zunächst vermutet werden möchte: denn *Ende 1931*, in welchem Zeitpunkt die Korrektur abgeschlossen wurde, ergibt sich gegenüber dem letztverflossenen Jahrfünft eine *Rückwärtsrevidierung der gesamten deutschen Wirtschaft*, die sehr viele »Errungenschaften« dieser fünf Jahre verschwinden läßt, die die Wirtschaft auf den Stand vor 1925, ja vielleicht um 1923 zurückgeworfen zeigt. Eine zuerst

durch Inflation, dann durch Auslandskredite ermöglichte Scheinblüte der Produktion ist als solche klar zu erkennen; die Weltwirtschaftskrise und besondere nationale krisenverschärfende Umstände wirken hierbei zusammen. Wenig klar liegen einstweilen noch die Rückwirkungen auf die hier zu behandelnden mittleren Schichten des deutschen Volks; diese Rückwirkungen können, so gewiß sie sind, doch oft erst gefühlsmäßig gewürdigt werden.

Unsere Arbeit erscheint aber nun, *eben deshalb*, auch in ihren nicht über 1925/26 hinausreichenden Teilen noch aktuell. Es wäre nun sogar nicht ohne Bedenken, wenn wir allgemein den *Ab-schluß von 1929* zugrunde gelegt hätten, weil alsdann als Dauerzustand erscheinen könnte, was sich nunmehr mit großer Wahrscheinlichkeit als Übergangszustand herausgestellt hat. Für Folgerungen, die aus unserer Arbeit im In- und vor allem im Ausland gezogen werden können und sollen, wäre es aber bedenklich, wenn Besserungen in Einkommen und Lebenshaltung des deutschen Mittelstandes, die zwischen 1925 und 1929 fraglos eingetreten sind, als endgültig angesehen würden. Wobei freilich noch darauf hinzuweisen bleibt, daß an solchen Besserungen der Lage der unselbständige, »neue« Mittelstand mehr wie der »alte«, selbständige, teilgenommen hat, da ja allgemein — neben gewissen Unternehmungsgewinnen — der Arbeitslohn einen großen Anteil an der Einkommensteigerung im letzten Jahrfünft hatte. Es ist übrigens so gut wie ausgeschlossen, daß größere Teile des Mittelstandes an der Kapitalflucht teilgenommen haben, die, zumal in jüngster Zeit, beobachtet wurde; nur größere Einkommensbezieher sind hierzu in der Lage gewesen; immerhin resultiert aus der zeitweiligen Besserung der Lebenshaltung auch in weiteren Kreisen des Mittelstandes eine Wiederherstellung der körperlichen und geistigen Kräfte; ein nicht zu unterschätzendes Aktivum, das freilich in der Gegenwart zu schwinden droht!

Die Arbeitslosigkeit aber, die grandiose Krisenerscheinung dieser Tage, mußte sich auch für den Mittelstand auswirken, soweit dieser — wie zu zeigen bleibt — in steigendem Maße auf Arbeitsgelegenheit angewiesen war; die *Rationalisierung* traf den Handarbeiter allerdings noch mehr wie den Geistesarbeiter, doch wurde auch er von ihr betroffen. In der *Landwirtschaft* und in dem dort befindlichen Mittelstand hat sich aber jene Sonder-

krise ausgewirkt, welche, schon lange und eigentlich schon im Kriege vorbereitet, zur allgemeinen Krise sich gesellte und deren Erscheinungen noch verschärfte.

So stellt sich die Arbeit als *mehr zeitgemäß* heraus, als wir selbst gewünscht hätten! Aber nur vertiefte Erkenntnis davon, *daß die Kriegswirkungen auf den deutschen Mittelstand nach wie vor wirken*, daß die erzielten Verbesserungen oft nur vorübergehende waren, wird dem Auslande, zumal auch den verwandten Mittelschichten des Auslandes, zeigen, wieviel der Gedanke zwischenstaatlicher Solidarität noch zu leisten hat.

Eine Berücksichtigung der seit dem ersten Abschluß der Arbeit erschienenen größeren literarischen Werke war nur mehr ganz gelegentlich möglich und, da diese Werke leicht zugänglich sind, wohl auch nicht unbedingt erforderlich. Verwiesen sei vor allem auf folgende Arbeiten: Brauer und Briefs im »Grundriß der Sozialökonomik« über den Mittelstand und das Proletariat; Harms »Strukturwandlungen« (welchem Werk sich für österreichische Verhältnisse eine Schrift von Privatdozent Dr. Hans Bayer zur Seite stellt); genannt seien an dieser Stelle auch die für die Vorkriegszeit grundlegenden und auch heute für Vergleichszwecke oft wichtigen Abhandlungen in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik über Berufsauslese und ähnliches. An neueren Arbeiten über Spezialgebiete seien wenigstens erwähnt: Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Heft 77: »Klassenverschiebung nach dem Kriege« (Eulenburg); Zahn, »Das Problem des Mittelstandsindex«, Ärztliche Mitteilungen 1928; derselbe »Mittelstandspolitik und Mittelstandsindex«, Volkswirtschaftliche Blätter 1926; Achner im Allgemeinen Statistischen Archiv, 18. Band. Ausdrücklich sei betont, daß diese Arbeiten nur wichtige Einzelercheinungen aus der den Mittelstand heute mehr wie früher berücksichtigenden Literatur darstellen.

Für viele statistische Angaben bleibt das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, das zumal in konsum- und finanzstatistischer Hinsicht in jüngster Zeit wesentliche Bereicherung erfuhr, wichtigste Quelle.

Verfasser hat die Arbeit in einem Zeitpunkt übernommen, in dem er noch an reichsdeutschen Hochschulen tätig war; die Übersiedlung nach Österreich brachte bedeutende Erschwerungen mit sich. Dies vor allem hinsichtlich der Materialbeschaf-

fung. Vielleicht steht dem gelegentlich der Vorzug gegenüber, den die Betrachtung eines Zustands von *außen* her bietet.

Dem jetzigen Deutsch-Österreicher sei gestattet, auf weitgehende Übereinstimmungen in der Lage des reichsdeutschen wie des österreichischen Mittelstandes kurz hinzuweisen; wobei allerdings, schon infolge des Fehlens jeder »Aufwertung«, die österreichische Situation eher noch ungünstiger ist; freilich konnte auch, gerade weil sie keine gleiche Angriffsbasis fand, die jüngste Krise bisher nicht so einschneidend wirken wie im Reiche. Daß die Ausführung der Zollunions-Idee zwischen beiden Ländern ausgleichend und anregend gerade für den Mittelstand gewirkt haben würde, hat man anzunehmen. Der Glaube an Wiederherstellung der durch Reparationen und einseitige Goldhäufung pervertierten Lage ausschließlich durch Kredit-hilfe erscheint heute trügerisch, nur wirtschaftliche und gesellschaftliche Kooperationen großen Stils werden retten, was noch zu retten ist. Die u. a. von der Autorität der angelsächsischen Mitglieder des Haager Gerichtshofs getragene juristische Auffassung des Minderheitsgutachtens über das Zollunionsproblem hätte, in die Praxis umgesetzt, zweifellos überwiegend günstige Lösungen für die mittleren Volksgruppen der deutschen Nation erwarten lassen.

Für Hilfe bei der Korrektur dankt Verf. seinem Assistenten Dr. F. Ulmer in Innsbruck.

A. Günther

I.

PROBLEM: UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

1. Strukturen und Strukturverschiebungen

Es sollen hier Vorgänge untersucht werden, welche ein sehr verschiedenes Urteil herausfordern, je nachdem man ihre soziale oder ihre wirtschaftliche Seite in den Vordergrund stellt. Sie werden in beiden Fällen von ungleichen Massenerscheinungen getragen. Was auf der einen Seite zunächst Angelegenheit von Einzelnen und von bestimmten Gruppen ist — Lebenshaltung, Einkommen usw. —, sind auf der anderen Seite folgenschwere, die Gesamtheit des Volkes in Mitleidenschaft ziehende und auch außerhalb der Nation sich auswirkende Kapitals-, Kredit- und Produktionsfragen. Darüber hinaus eignet den im Krieg eingetretenen oder wenigstens vorbereiteten Strukturverschiebungen eine große politische und kulturelle Bedeutung: denn wenn im Verlauf dieser Entwicklung Volksschichten untergegangen oder umgebildet worden sind, die Träger kultureller und politischer Institutionen, Anhänger bestimmter sozialer und politischer Anschauungen und demgemäß oft Parteigänger gewesen waren, so muß sich das Deutschland von heute auch in vielen Angelegenheiten der Zivilisation und der Außenpolitik dem Fernestehenden anders präsentieren, als es seitens des sogenannten »wilhelminischen Deutschlands« der Fall gewesen war. Ein erheblicher Teil der revolutionären Ereignisse, denen Deutschland nach dem Kriege ausgesetzt gewesen war und die erst sehr allmählich verzucken, ist unmittelbar oder wenigstens mittelbar auf diese Verschiebung in den Ständen und Berufsgruppen zurückzuführen. Ein bestimmtes Ressentiment, eine besonders deutliche und wichtige seelische Einstellung zur Gegenwart, ist bei den Mitgliedern einer absterbenden Schicht gewiß leicht verständlich, mag sogar als ein letztes Aufflackern des Willens zur Selbstbehauptung gelten; wobei freilich zwischen Verzweiflung und Empörung kein weiter Weg mehr liegt. Umgekehrt ist das Ein-

strömen neuer Elemente, junger Schichten in die mittleren und oberen Gesellschaftsgruppen zu bewerten. Daß und in welchem Umfang ein solches stattfand und noch stattfindet, ist Gegenstand späterer Untersuchungen, die Tatsache als solche muß aber schon aus soziologischen und allgemein-ökonomischen Gründen heraus vermutet werden. Denn in zahlreichen Fällen brachten Krieg, Revolution und Inflation doch eher eine Verschiebung als eine endgültige Zerstörung von Werten mit sich. Man braucht dabei nur an das Gläubiger-Schuldnerverhältnis zu denken, an jene Kapital- und Kreditbeziehungen, auf denen ein erheblicher Teil der älteren Einkommen und der Vorkriegslebenshaltung beruhte, und von denen wir wissen, daß sie katastrophal umgebildet worden sind. Eulenburg nahm (auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1924) an, daß etwa die Hälfte von dem, was wir als Kapitalsverlust zu buchen haben, zum Gewinn der Schuldner wurde. Wo ferner mit Besitz, erhöhtem Einkommen und gehobener Lebenshaltung Anteil an der politischen Führung des deutschen Volkes verbunden war, da ging dieser Anteil doch nur zum Teil verloren; zum Teil konzentrierte er sich bei den früheren Oppositionsgruppen. Denn selbstverständlich mußten die Lücken ausgefüllt werden, und als Ersatz bot sich der in Einkommen und Lebenshaltung verbesserte Volksteil ohne weiteres an. Wir müssen dabei den Begriff »Verbesserung des Einkommens und der Lebenshaltung« durchaus »relativ« nehmen; im absoluten Sinn, am Vorkriegsstande gemessen, haben sicher nur Einzelne, nicht aber Gruppen ein höheres Einkommen erlangt oder ihre Lebenshaltung verbessert. Aber schon das Festhalten der Arbeitsgelegenheit, die Sicherung des Existenzminimums bedeutete einen oft beträchtlichen relativen Vorsprung großer Teile der Arbeiter- und Beamtschaft gegenüber den Schichten des alten Besitzes. Auf Grund dieser verschiedenen Lage änderte sich die gesamte kulturelle und politische Struktur des Volkes, wobei natürlich noch viele andere Momente mitsprachen. Sie werden, soweit sie das engere Thema flankieren und auf die soziale und wirtschaftliche Umschichtung rückwirken, noch gewürdigt werden.

Da die eigentlichen Arbeiterangelegenheiten von anderer Seite behandelt werden, steht für uns die Frage der gehobenen und mittleren Volksgruppen im Vordergrund; allen voran die

des sogenannten »Mittelstandes«, dem wir ebenfalls eine kurze soziologische Würdigung zuteil werden lassen müssen.

»Mittelstand« ist eine allgemeine, wohl keiner Kultursprache ganz fremde Bezeichnung für Bevölkerungsgruppen, die, auch wenn sie den Extremen des Reichtums und der Armut gleich fern stehen, doch in den einzelnen Volkskörpern etwas Ungleiches darstellen. Augenscheinlich hat schon der größere oder geringere Umfang eines Volkes zur Folge, daß sein »Mittelstand« ein besonderes Aussehen gewinnt: in einem großen Volke wird er unter sonst gleichen Umständen umfangreicher sein, und es werden sich in ihm erheblich mehr Unterschiede und Abstufungen zeigen als in einem kleinen Volke. Viel mehr Berufstätigkeiten und -stellungen werden dann als solche des Mittelstands charakterisiert sein, wird Einkommen und Lebenshaltung in ihm variieren, wird die Beteiligung der Mittelgruppen an den kulturellen und politischen Funktionen wechseln. Weiter wird der Mittelstand je nach dem Umfang des Gesamtkapitals und der Gesamtproduktion eine verschiedene Größe sein. Gewiß ist der Fall denkbar, daß die mittleren Gruppen in reichen und in ärmeren Völkern sich doch nach Umfang und volklicher Bedeutung ähneln; dann nämlich, wenn im reichen Volke der Mittelstand von der Masse der Reichtümer ausgeschlossen ist, während er innerhalb der ärmeren Nation einen erheblichen Anteil an diesen Reichtümern hat. Zweifellos war nun der deutsche Mittelstand der Vorkriegszeit an der Gesamtwohlhabenheit der deutschen Nation verhältnismäßig stärker beteiligt als der amerikanische Mittelstand an Kapital und Einkommen Amerikas. Noch stärker traf diese relative Anteilnahme der Mittelschicht an Einkommen und Kapitalbildung der ganzen Volkswirtschaft für Frankreich zu, während England wiederum eher an das amerikanische Beispiel erinnerte, ohne es zu erreichen. Schon deshalb kann deutscher, französischer, amerikanischer und englischer Mittelstand nicht ohne weiteres verglichen werden, selbst zwischen den immerhin einander angenäherten Mittelgruppen Frankreichs und Deutschlands auf der einen, Amerikas und Englands auf der andern Seite bestanden augenfällige Unterschiede. So machte es viel aus, ob der Mittelstand auf industrieller oder agrarischer Basis stand, ob nur die oberen Spitzen der Arbeitnehmer, als »neuer Mittelstand«, ihm angehörten, oder ob er

seine Wurzeln sogar tief in die Arbeitnehmerschicht hinein senkte; dies trifft in Deutschland heute zu; gewisse Gruppen des »neuen« sind heute geradezu an Stelle des »alten« Mittelstandes getreten. Der kinderarme Mittelstand Frankreichs ließ wiederum eine andere Beurteilung zu wie der noch etwas kinderreichere Deutschlands, wobei freilich grundsätzlich von der relativen Kinderarmut eines jeden Mittelstands als einem soziologisch-statistischen Datum ausgegangen werden muß und wiederum nur relative Unterschiede anzutreffen sind (s. a. S. 265 ff.). Auch das Alter der als Mittelstand konstituierten, im übrigen stets fluktuierenden Gruppen kann wichtig sein: es wird vom Alter der wirtschaftlichen Kultur eines Landes abhängen, und dies ist in Deutschland geringer gewesen als in Frankreich und England und war in unserem Lande niemals eine eindeutig bestimmbare Tatsache. Denn bei genauerem Hinsehen war schon vor dem Kriege der deutsche Mittelstand eine sich umbildende Größe. Ursprünglich bestand, wie wohl in den meisten Ländern, seine Unterlage in der Landwirtschaft und im Handwerk, erst später traten Handel, Gewerbe und Industrie hinzu. Ein Zusammenhang freilich zwischen den Schichten, die in der Blütezeit der deutschen Städte im Mittelalter als städtischer Mittelstand gelten konnten, mit den Volksgruppen, die bei Kriegsausbruch den oberen Mittelstand darstellten, wird im allgemeinen nicht wahrzunehmen sein. Finden sich in diesem Zeitpunkt noch Träger bedeutender Namen der Handelswelt unserer alten Reichsstädte, so ist doch deutlich, daß sich hier kein »Mittelstand« erhalten hat: denn jene Namen wären uns schwerlich überliefert worden, wenn ihre Träger seinerzeit dem städtischen *Mittelstand* angehört hätten; vielmehr waren es offenbar führende Persönlichkeiten des Handels oder der Politik, deren Namen eben deshalb auf unsere Tage kamen; ihre Nachkommen aber sanken meist zum Mittelstand oder zum namenlosen Volk herab.

Wir haben uns in diesem Zusammenhang an den Umstand zu erinnern, daß der Aufstieg Deutschlands zu einer wirtschaftlichen Großmacht sich in den Rahmen höchstens eines Jahrhunderts, eigentlich nur eines halben Jahrhunderts zusammendrängte. Wiederum springt der Unterschied gegen England und Frankreich in die Augen, und die Vereinigten Staaten von Ame-

rika, deren Entwicklung in ähnlich kurze Zeit fiel, können aus anderen Gründen (wegen der ganz verschiedenen geo- und wirtschaftspolitischen Bedingungen des Aufstieges) nicht zum Vergleich herangezogen werden. Jedenfalls ist das Gebilde, das wir den deutschen Mittelstand zu nennen pflegen, über dessen Vernichtung oder Veränderung wir ein Urteil gewinnen wollen, nur wenige Generationen alt. Damit ist bereits gegeben, daß dieser Mittelstand im ganzen genommen — und mit wichtigen, noch zu würdigenden Ausnahmen — nicht über die *alten Zivilisations*-maßstäbe verfügen konnte, die dem früh aus reichem Boden erwachsenen Mittelstand Frankreichs und dem kommerziell-industriellen Mittelstand Englands in die Hand gelegt waren. Die deutsche *Kultur* war deshalb nicht geringer. Unterschiede zeigen sich hier übrigens auch zwischen den mittleren Gruppen Süd- und Norddeutschlands. Für uns ist diese ganze Überlegung deshalb sehr wichtig, weil sie die Frage nach sich zieht: in welchem Umfang sind die Erschütterungen in den deutschen oberen und mittleren Volksgruppen *Folgen des Krieges*, in welchem Umfang sind sie eine — wenn auch vielfach beschleunigte oder abgelenkte — Auswirkung von Beweggründen, die *auch ohne Krieg* sich geltend gemacht hätten? Offenbar müssen wir hier Urteile fällen und mögliche Entwicklungen zu den tatsächlichen hinzudenken; und somit bedarf die Aufgabe unausgesetzter historisch-soziologischer Überprüfungen, die bloße Reproduktion von Zahlen der Vor- und Nachkriegszeit kann oft nur das post hoc, nicht das propter hoc klären. Gewiß dürfen wir jene außerkriegsmäßigen Beeinflussungen auch nicht überschätzen; denn wenn die zahlenmäßigen Vergleiche etwa zwischen dem Jahrzehnt 1918—1927 und dem Jahrzehnt 1904—1913 völlige Verschiebungen des früheren Zustandes zeigen, während die weiter zurückliegenden Jahrzehnte sich stärker gleichen, dann dürfen wir voraussetzen, daß industriell-soziale Antriebe, wie sie auch in der Friedenszeit erfolgen konnten, nicht in erster Linie die Ursache der Umwälzung waren, sondern daß in der Tat echte Folgen der durch den Krieg geschaffenen Lage vorliegen. Es kann gezeigt werden, daß gewisse *Konstanten* der Vorkriegszeit, die sich nicht selten durch die ganze Vorkriegsgeschichte des deutschen Mittelstandes nachweisen lassen, seit dem Kriege beeinträchtigt oder aufgelöst worden sind. Eine besondere, hier nur

gelegentlich zu verfolgende Aufgabe würde sein, solche Konstanten zu ermitteln; um sie sind dann gewisse variable Größen zu gruppieren, bei denen der Krieg eine an sich schon vorhandene Mobilisierung lediglich beschleunigte oder in andere Bahnen lenkte. Nur was ganz unabhängig von solchen auch im Frieden möglichen Einflüssen war, kann als »reine Kriegswirkung« gelten, soweit nicht die *Nachkriegszeit* völlig neue Situationen schuf.

Zu den ursprünglich variablen, allmählich aber konstant gewordenen Erscheinungen innerhalb und an der Grenze des deutschen Mittelstandes gehörten auch die an Zahl und Bedeutung wachsenden Volksschichten, die von Schmoller als »neuer Mittelstand« angesprochen wurden: in der Hauptsache dachte er dabei an die Gruppe der Privatangestellten — sogenannten »Privatbeamten« —, die im alten Deutschland nahezu zwei Millionen Berufstätige zählten und mit ihren Angehörigen eine Schicht von mindestens fünf Millionen Menschen — etwa ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung — darstellten.

Diese Ansicht Schmollers wurde scharf bekämpft, ihm opponierte unter anderen Adolph Wagner, sein Berliner Kollege. Bis zu einem gewissen Grade hängt die Einreihung der Angestellten in den Mittelstand auch davon ab, ob man dem Begriff »Stand« den Vorzug vor »Klasse« gibt (was für uns der Fall ist, da wir ganz allgemein dem Klassenbegriff zweifelnd gegenüberstehen). Da wir uns entscheiden müssen, wieweit wir den Begriff des Mittel-»Standes« in der statistischen Untersuchung fassen wollen, so können wir an dem genannten Streitpunkt nicht vorbeigehen, zumal auch Angelegenheiten der Lebenshaltung, der kulturellen und politischen Stellung und ihrer Verschiebung durch den Krieg damit verbunden sind. Wer die Masse der Angestellten nicht zum Mittelstand, sondern zu den Arbeitern, ja zum Proletariat rechnet, der konnte vor dem Kriege auf die recht mäßigen Einkommen vieler Angehörigen dieser Gruppen hinweisen, die nicht einmal in allen Fällen so viel verdienten wie die gelernten Handarbeiter. Ebenso mochte man die zum Teil zur Gewerkschaft hinzielende Einstellung von Angestelltenverbänden betonen, und bei nicht wenigen Angestellten war auch noch die Herkunft aus dem Arbeiterberuf her deutlich (zumal bei den Werkmeistern, aber auch bei vielen Technikern und

Handlungsgehilfen). — Die entgegengesetzte Auffassung gründete sich in der Hauptsache auf die verhältnismäßige Übereinstimmung des »alten« und »neuen« Mittelstandes in der durchschnittlichen Bildung, in der Lebenshaltung und in den Lebensgewohnheiten, auf nicht seltene politische Übereinstimmung, auf das zwischen beiden Gruppen noch mehr als zwischen Arbeitern und Angestellten verbreitete Connubium u. dgl. mehr. Nicht wenige Angestellte machten sich ferner, wenigstens zeitweilig, selbständig, wurden damit Glieder des »alten« Mittelstandes. Hinsichtlich des Arbeitsverhältnisses obwalteten auch hinlänglich viel (freilich zum Teil künstlich geschaffene) Gegensätze zwischen Arbeitern und Angestellten. Anders war das Arbeitsrecht, anders die Stellung im Betriebe — vor allem fluktuieren die Angestellten in viel geringerem Maße als die Arbeiter —, anders manchmal das Berufsethos; und wenn von der Hinneigung großer Angestelltenorganisationen zu den gewerkschaftlichen Grundsätzen der Arbeiterbewegung die Rede war, so durfte man doch auch nicht übersehen, daß sehr starke Verbände aller Berufsgruppen des Angestelltenstandes (mehr aber die Kaufleute als die Techniker) am Charakter der Standesverbände streng festhielten, sich in sozialem und politischem Gegensatz zu den Arbeiterverbänden befanden und nichts von Streiks oder Tarifverträgen wissen wollten. Angestelltenstreiks dürften in Deutschland vor dem Kriege nur in zwei Fällen vorgekommen sein, Angestellentarifverträge waren überhaupt so gut wie unbekannt. Ja selbst die gemeinsame Organisation von Selbständigen und Angestellten fand sich bei großen Verbänden, beim Verein der Handlungskommiss von 1858, beim Techniker- und beim Werkmeisterverband; erst nach dem Kriege ist, bezeichnenderweise, der zuletzt genannte Verband, der doch angesichts der Herkunft seiner Mitglieder den Arbeitern am nächsten stehen mußte, ins radikalere Lager abgeschwenkt. Gründe genug also, um die Zugehörigkeit der Angestellten nicht zu den Arbeiterschichten, sondern zu denen der gehobenen Handwerker, der kleineren und mittleren selbständigen Kaufleute und Fabrikanten, der Besitzer klein- und mittelbäuerlicher Betriebe usw., kurz, des eigentlichen Mittelstandes zu rechtfertigen.

In und nach dem Kriege radikalisierte sich, wie erwähnt, die Angestelltenbewegung. Ferner vermehrte sich im ganzen die

Angestelltenschicht gegenüber der Arbeiterschicht um ein Bedeutendes: die den Unternehmungen vom Staat überwiesenen oder ihnen aus der Eigenart der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft heraus zufallenden Aufgaben organisatorischer, bureaukratischer, steuerlicher, wirtschafts- und sozialpolitischer Natur erzwangen vielfach eine Erhöhung der Zahl der Handlungsgehilfen, Techniker, Bureaubeamten. Nach dem Kriege drängte die Sozialgesetzgebung in die gleiche Richtung. Auch die Aufsicht über die Arbeiter wurde wohl schwieriger, erforderte (vor allem als die »Rationalisierung« um sich griff) ein Plus an Aufsichtspersonen. Diese Zunahme der Zahl der Angestellten fast aller Berufe mußte die hier an sich schon gegebene Tendenz zur Nivellierung weiterhin steigern — ein Fall also der oben erwähnten Kumulierung von Kriegswirkungen mit solchen, die aus anderer Quelle flossen, von mehr »konstanten« und mehr »variablen« Antrieben. Das konnte einer Einbürgerung der Angestellten im Mittelstand nicht günstig sein. Zudem vermochte die Arbeiterschaft, auf ältere und stärkere Organisationen gestützt und gewerkschaftliche Disziplin einstweilen noch als Erbgut hochhaltend, nicht selten bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen als die Angestellten. Es ist hierfür bezeichnend, daß die letzteren von dem gesetzlichen Mittel, die Arbeitstarifverträge für allgemeinverbindlich erklären zu lassen und damit einheitliche Arbeits- und Lohnbedingungen in ganzen Gewerbegruppen zu erzielen, in größerem Maße Gebrauch machten als die Arbeiter; sie mißtrauten der eigenen Kraft, litten nicht selten unter Zurücksetzung und drückten um so eifriger auf die Klinke der Gesetzgebung. Dabei vermochten sie sich denn auch besser zu behaupten als große Teile der Selbständigen, denen Tarifverträge und Indexlöhne usw. abgingen. Verglichen an Einkommen und Lebenshaltung des alten Mittelstandes war die Lage des neuen vielfach doch noch erträglich. Das ist aber natürlich an sich kein Grund, die Angestellten nach dem Krieg vorbehaltlos dem Mittelstand (so wie der Begriff vor dem Kriege galt) zuzurechnen, vielmehr ergaben sich jetzt eher größere Spaltungen und Gegensätze als früher: der Anreiz, den *Commercium* und *Connubium* mit dem alten Mittelstand früher bot, minderte sich mit der Verschlechterung dessen Lage. Die Annäherung an die Handarbeiter erfolgte aus denselben Gründen. Angesichts all dieser Um-

stände würden die Angestellten für uns nur mit Vorbehalt in Betracht kommen können; aber es fragt sich doch auch, ob sie jetzt nicht als eigentlicher *Kern* des Mittelstandes zu gelten haben, nachdem vom sogenannten »alten« Mittelstand ein großer Teil untergegangen ist! Jene Gruppen ferner, deren Mitglieder als »leitende Angestellte« einen besonderen Rang in der Hierarchie der Betriebe erlangten, gehören, soweit sie nach Lebenshaltung und Einkommen nicht schon darüber hinausragen, ausgesprochen und in jeder Hinsicht zum »Mittelstand«.

Die Zusammensetzung des Mittelstandes aus landwirtschaftlichen, kaufmännischen, handwerksmäßigen, industriellen Gruppen kann für die Beantwortung der Frage wichtig werden, wie die ersparten Einkommensbestandteile für die Kapitalbildung verwendet wurden. Es ist zu vermuten, daß Überschüsse aus mittel- und groß-, noch mehr aus kleinbäuerlichen Betrieben in einem gewissen Umfange dem landwirtschaftlichen, zumal dem eigenen Kapitalsbedürfnis dienen, daß Ersparnisse des gewerblichen Unternehmers dem Gewerbebezweige, in dem er arbeitet, zugute kommen usw. Ist das Kreditsystem durch Genossenschaften in einer Branche weit verzweigt und gut durchgebildet, dann wird dies Verbleiben ersparten Einkommens in der Branche wahrscheinlicher sein als da, wo der Kredit vorwiegend in den Händen der Großbanken liegt und durch ein dezentralisiertes Depositenkassensystem auch die kleineren Sparer erfaßt werden. Soll also die Aufgabe auch darin gesehen werden, die Bedeutung der Kapitalbildung durch die mittleren und oberen Volksschichten darzulegen, so sind auch die genannten Nebenfragen einzubeziehen; auf Veränderungen in den Kapitalanlagegepflogenheiten ist zurückzukommen.

Noch ein Wort über die sogenannten »gehobenen« Volksschichten! Daß sie in Deutschland an Umfang und Bedeutung gegenüber den angelsächsischen Ländern zurücktraten, ist schon erwähnt worden. Immerhin hatte die Reichtumsvermehrung seit dem Beginn der Industrialisierung eine nicht unbeträchtliche Oberschicht auch in Deutschland geschaffen, vor allem die rheinisch-westfälische Industrie wußte ihren verhältnismäßig alten und bodenständigen, seit jeher gehobenen industriellen und kommerziellen Mittelstand vielfach zur Oberschicht zu entwickeln. Süd- und Mitteldeutschland blieben — von wichtigen Aus-

nahmen abgesehen — in der Reichtumskonzentrierung zurück;¹ wo aber die begünstigte Lage einzelner Städte — Frankfurt a. M., München — Pensionisten und Rentner heranzog, bildete sich auch hier eine, nun kulturell ganz besonders wirksame, gehobene Schicht.

Die Bedeutung von Oberschichten für die Kapitalsverteilung wird im allgemeinen nicht so sehr von der Zusammensetzung der Oberschicht abhängig sein, wie wir das beim Mittelstand antrafen; das Kapital ist in jenen Höhen beweglicher, flüssiger, weniger an die Herkunft der Sparenden und der Ersparnisse gebunden. Immerhin werden Überschüsse der Großgrundherrschaften wohl auch hier vielfach innerhalb der agrarischen Sphäre, Ersparnisse und Gewinne aus industriell-kommerziellen Unternehmungen vielfach bei Industrie und Handel investiert werden. Soweit schließlich die Gewinne aus vertrusteten, vertikal aufgebauten Gewerbebetrieben oder aus rein kommerziell-spekulativer Betätigung flossen, werden sie sich von ihrer Herkunft häufig emanzipiert haben und in ihrer Verwendung völlig frei und beweglich gewesen sein. Die Ansicht Eulenburgs, daß die »Industrokratie« gegenüber der »Bankokratie« gestärkt aus der Inflation hervorgehen werde, hat sich in dem gemutmaßten Umfang wohl nicht bestätigt; um so zutreffender war die Ansicht des genannten Autors, daß die Besitzentwicklung in Deutschland vor dem Kriege demokratische Züge trug.

Mittel- und Oberschichten standen im früheren Deutschland in recht engen Beziehungen zum Berufsbeamtentum und zur bewaffneten Macht; während für den kleineren Mittelstand der untere und zum Teil mittlere Beamte und der berufsmäßige Unteroffizier nach Vorbildung, Lebenshaltung und sozialer Auffassung als Genosse in Betracht kam, standen die oberen Beamten und die Offiziere in mannigfachsten Verhältnissen zum gehobenen Mittelstand, dessen Grenzen gegen die eigentlichen

¹ Dasselbe gilt auch heute noch und ist auch in der Einkommensgestaltung deutlich: 1913 entfiel auf den Kopf der Bevölkerung im Reiche ein Betrag von 750 M, der, nach der Kaufkraft von 1926 umgerechnet, 1045 RM entsprach; ihm stand 1926 ein tatsächliches Pro-Kopf-Einkommen von 795 RM gegenüber. Während aber diese drei Werte für Preußen 740, 1035 und 890 waren, betrugen sie für Bayern nur 630, 860 und 760, für Württemberg 670, 940 und 865; für Hamburg aber 1315, 1845 und 1485, für die Rheinprovinz 825, 1155 und 930 (Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 533).

Oberschichten hierbei ziemlich offene waren. Die fraglichen Beziehungen waren die zwischen Volksgruppen überhaupt: Provenienz der Mitglieder der einen aus Beständen der anderen Gruppe, Connubium und commercium (was im Zeichen der bürgerlichen Freizügigkeit natürlich keinen ausschließlichen, sondern nur einen bevorzugten Verkehr in sich schließen kann), soziale und politische Übereinstimmung, ähnliche Vorbildung, angenäherte Lebenshaltung — nicht aber stets gleiches Einkommen. Die Gruppen der Bürger und der Beamten bzw. Offiziere berührten und ergänzten sich hierbei wechselweise: von den hochgespannten Auffassungen der Beamten- und Offizierschre drang manches in die bürgerlichen Kreise, umgekehrt berührte das leichtere Geldverdienen, die kommerziellere Auffassung und die gehobenere Lebenshaltung der oberen Bürgerschichten das Beamten- und Offizierskorps, nicht immer zu seinem Vorteil. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß die altpreußische, vom Deutschen Reich übernommene Tradition den Beamten und Offizier zu Einfachheit, unbedingter Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit und selbst zu einer gewissen Bürgerlichkeit der Auffassung erzogen und verpflichtet hatte, und erst gegen Ende der »wilhelminischen Epoche« setzten sich die Sitten und Lebensgewohnheiten reich gewordener Bürger auch in manchen Beamtenressorts und Offizierskasinos durch. Wägt man die beiderseitigen Einflüsse, so muß man wohl die von den diszipliniertesten Volksteilen, den Beamten- und Soldatenfamilien, auf das Bürgertum ausgehenden Wirkungen höher stellen als die vor allem über die Lebenshaltung geleiteten Einflüsse des aufgestiegenen Bürgertums auf die Träger und Organe der Staatsidee. Man wird auch nicht an der Tatsache vorbeigehen können, daß die wohlhabenderen Volksteile vorwiegend dem Protestantismus zugehört hatten und mit dem evangelischen, meist kindergesegneten und zumal in Norddeutschland sozial hochstehenden Pfarrhaus in ziemlich enger Fühlung standen; der weitaus größere Teil der höheren Beamten und der Offiziere war aus protestantischen Schichten hervorgegangen. So entstand auch eine Verbindung zwischen dem geistlichen und dem Wehrstand, die nicht selten eine sehr honette Gesinnung zeitigte, aber auch zu Einseitigkeiten in der Weltanschauung, in der politischen und sozialen Auffassung führte. All dies war mehr im

Norden und Osten als im Süden und Westen Deutschlands zu Hause, wo der Katholizismus ja immer eine stärkere Stellung hatte und weit in die Kreise des gehobenen Beamtentums und Offizierskorps hineinreichte. Diese weltanschauungsmäßige Bindung und Beeinflussung führender bürgerlicher Schichten durch Beamtentum, Offizierkorps und protestantische Geistlichkeit hat sich nun seit Krieg, Revolution und Inflation fast völlig verloren. Einmal dadurch, daß jene drei Gruppen nicht mehr so wie früher beanspruchen, im sozialen Sinne »führend« zu sein; dann auch, was die konfessionelle Schichtung anlangt, infolge der stärkeren Stellung, welche der Katholizismus im heutigen Deutschland einnimmt. Seine Rückenstärkung erfolgte, obwohl infolge der Friedensverträge der prozentuale Anteil der Katholiken an der deutschen Bevölkerung nicht unerheblich zurückgegangen ist (die abgetrennten Gebiete des Ostens und Westens waren vorwiegend von Katholiken bewohnt gewesen). Ferner scheint die katholische Kirche der Gegenwart die wirtschaftlichen Belange stärker zu betonen, als das früher der Fall war; den neuen Staat hat der politische Katholizismus im Verein mit den Sozialisten aufgebaut, sodaß er sich unmöglich ihm gegenüber in der Oppositionsstellung befinden kann, die früher dem »protestantischen Kaisertum« gelten mochte. Das neue Reich hat mehr Katholiken unter seinen höheren Beamten als das alte und auch die führenden Stellen im Wirtschaftsleben dürften ihrer eine größere Zahl aufweisen, als es früher der Fall war. Ob das Kapital im ganzen aus protestantischen in katholische Hände übergegangen ist, läßt sich nicht feststellen; da aber das Kapital früher in viel größerem Umfang bei Protestanten anzutreffen war, ist anzunehmen, daß die Kapitalszerstörung den protestantischen Volksteil härter getroffen hat als den katholischen. Die katholische Kirche als solche scheint, zum Teil auf Grund günstiger Konkordate, eher Vorteil als Nachteil aus der Sachlage gezogen zu haben; nach dem Kriege setzten jedenfalls Anstaltsgründungen in erheblichem Umfange ein, sie wären immerhin ohne gewisse ökonomische Bedingungen nicht möglich gewesen. Allerdings ist hier auch ein Zustrom ausländischen (zumal amerikanischen) Kapitals zu vermuten. Dagegen war die Lage des protestantischen Pfarrers oft sehr beengt, in Sachsen z. B. geradezu gedrückt. Staatsverträge haben indes in

neuester Zeit die wirtschaftliche Lage auch der protestantischen Kirchen gesichert.

Wir müssen von einem Prozeß ausgehen, der als Atomisierung und Desorganisierung des Volks nicht zu scharf gekennzeichnet ist; er ist von anderen Vorgängen begleitet und zum Teil durchkreuzt, die wir als Neuorganisierung und selbst als Überorganisation (was eigentlich nur ein Sonderfall von Desorganisierung ist) bezeichnen müssen. Diese Prozesse können in einem immer noch großen Volkskörper sehr wohl eine Zeitlang nebeneinander her gehen, es handelt sich dann eben bei den Gruppenauflösungen um andere Schichten als bei den Gruppenneubildungen. Die Vorgänge können sich aber auch vermischen, dann handelt es sich um die (von Simmel in der »Soziologie« näher erläuterte) »Kreuzung sozialer Kreise«. Dabei können ältere Gruppen durch neuere in weitem Umfang ersetzt werden. Bekanntlich ist die Fluktuation auf politischem Gebiete eine besonders große; nicht nur, daß das deutsche Volk sich vor neue innen- und außenpolitische Sachlagen gestellt sah: auch die politischen Methoden der Demokratie und der Republik wurden vielfach als neue empfunden, wenn schon die alten konservativen Parteien sich sehr bald ihrer zu bedienen und sich zu Volksparteien zu entwickeln wußten. Eine parteipolitische Konsolidierung, die gar auf das frühere angelsächsische Zweiparteiensystem hinzielen würde, kann noch nicht abgesehen werden; das alles ist für uns wichtig, weil alle Parteien ihren Anhängern auch wirtschaftliche Vorteile in Aussicht zu stellen pflegen und eine Festlegung der Parteibestände die Einkommensbildung zwar noch nicht von den störenden Einflüssen der Politik befreien würde, aber doch mit gewissen Konstanten innerhalb dieser politischen Einflüsse rechnen lassen würde. Wir erlebten demgegenüber z. B., daß die Aufwertung zuerst von den Rechtsparteien programmatisch gehandhabt worden war, daß aber, als die Frage im Reichstag akut wurde, die in diesem Falle unverantwortlichen Parteien der Linken wie der äußersten Rechten sich dieser Agitationsgelegenheit bemächtigten: der Antrag, die Aufwertungssätze sehr beträchtlich zu steigern, ging von den äußeren Rechts- und Linksparteien aus, und zumal von der Rechten wurde auch ein Volksbegehren unterstützt, das die Aufwertung ganz neu ordnen sollte. In dieser Hinsicht ist also solange Unsicherheit auch in wirtschaftlicher Beziehung, als nicht eine

gewisse politische Beruhigung eingetreten ist. Es bedarf keines näheren Hinweises darauf, daß diese Beruhigung nicht nur durch Maßnahmen der inneren, sondern ganz besonders durch solche der *äußeren Politik* erfolgt. Die Verantwortung des dem heutigen Deutschland freundlich oder wenigstens neutral gegenüberstehenden und an ihm interessierten Auslands ist eine gewaltige.

2. Das Einkommen

Für unsere Darstellung steht das *Volkseinkommen*, nach Volksgruppen möglichst gegliedert und isoliert, im Vordergrund; das öffentliche Einkommen kann freilich nicht ausgeschaltet werden: denn zu einem erheblichen Teil wird es doch wieder, in irgendeiner Form, den privaten Haushalten und Wirtschaften zugeleitet, und es verdient volle Beachtung, daß gerade in Deutschland der mittelbare private Anteil am öffentlichen Einkommen von jeher ein großer, größer als in anderen Ländern, war. Wir können davon absehen, daß die Sicherheit, die der Staat als Obrigkeit dem Eigentum und dem Forderungsrecht gewährt (bzw. bis zur Inflation gewährte), wofür er öffentliche Einkommensbestandteile in mannigfacher Form (Gehälter der Justizbeamten usw.) zur Verfügung stellte, mittelbar als Einkommensmehrung bei den geschützten Eigentümern und Gläubigern in Rechnung gestellt werden könnte. Deutlicher ist die Bezugnahme auf Güter, die z. B. die Gemeinde in Wohlfahrtseinrichtungen und Armenpflege, die der Staat in Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus usw. zur Verfügung hält. Kostenloser oder doch sehr billiger Elementarunterricht, vielleicht verstärkt durch kostenlose Lieferung der Unterrichtsmittel, gehört nicht weniger hierher. Es sind das alles sozialpolitische Maßnahmen, die manchmal schon in Staatssozialismus hineinführen, in England und Amerika wohl offen als solcher gebucht werden würden. Nach dem Kriege ist diese Sozialpolitik stark erweitert worden, was für die spätere Würdigung der Verschiebungen im privaten Einkommen wichtig ist. Denken wir auch an die Versorgung der städtischen und nicht selten auch der ländlichen Bevölkerung mit elektrischem Licht, Gas, Kraft, Wasser, an öffentliche Müllabfuhr, an das

Feuerlösch- und öffentliche Versicherungswesen und vieles Einschlägige, was in Deutschland schon vor dem Kriege allgemein verbreitet war und was gewiß bei der Beurteilung der privaten Einkommen in Rechnung zu stellen ist; eine bare Anrechnung ist freilich nicht leicht möglich, schon deshalb nicht, weil die Gebühren für die Benützung eines Teiles jener Einrichtungen sehr abgestuft sind.

Inländische Rechte auf Inlandsgüter — Forderungsrechte und gewisse dingliche Rechte, abgesehen vom Eigentum — sind zwar Teile der *privaten* Einkommen und — insoweit wir den Fiskus hier als Privatperson betrachten dürfen — auch des öffentlichen Einkommens, nicht aber des *Nationaleinkommens*; vielmehr steht jeder inländischen Forderung eine inländische Schuld gegenüber, und nur dann wäre die Einrechnung dieser privaten Forderungen in das Nationaleinkommen zulässig, wenn im gleichen Maße die privaten Schulden von ihm abgezogen würden. Anders die auswärtigen Schulden und Forderungen; sie sind im allgemeinen Passiv- und Aktivbestände jeder Art von Einkommensberechnung (vgl. Böhm-Bawerk's bekannte Arbeiten).

Das öffentliche Einkommen von Staat und Gemeinde ist aber auch insofern wichtig, als sehr zahlreiche private Einkommen zumal des Mittelstands direkt von ihm abgeleitet werden. Ein nicht unerheblicher Teil des deutschen Volkes lebte entweder von öffentlichen Aufträgen oder konnte doch gelegentlich auf solche rechnen. Unternehmungsgewinn und Arbeitslohn, manchmal auch Monopolgewinn ergaben sich hieraus. Noch unmittelbarer sieht sich der Beamte und der öffentliche, meist nach Arbeitstarifverträgen entlohnte Arbeiter auf das Einkommen des Staates und der Kommunen angewiesen. Der deutsche Beamte ist in den meisten Fällen Berufsbeamter, die ehrenamtliche Tätigkeit für Staat und Gemeinde war zwar vor dem Kriege erheblich vertreten, aber doch wohl nicht in dem Ausmaß wie in England oder Amerika (in größerem Umfang dagegen als in Frankreich). Insoweit der Beamte nun zum Mittelstand rechnet (siehe oben), war also ein beträchtlicher Teil des deutschen Mittelstandes auf den Staat als Arbeitgeber angewiesen, sein *privates* Einkommen war zunächst öffentliches Einkommen gewesen, leitete sich von diesem ab, konnte ebendeshalb aber nicht als Zuwachs des Nationaleinkommens gelten. Es mag gleich

hier erwähnt werden: dieses Angewiesensein des Beamten und des sonstigen öffentlichen Arbeitnehmers auf Staat oder Gemeinde trug während der Inflation dazu bei, einen Keil zwischen früher eng verbundene Gliedgruppen des Mittelstandes zu treiben. Um so mehr, wenn in zwangswirtschaftlichen Einrichtungen (Höchstpreisen usw.) unmittelbar eine Kürzung privater Einkommen, zumal in der Landwirtschaft, durch die Staatsgewalt vorlag.

Wir gehen daran, die privaten Einkommen, wie sie vor dem Kriege bezogen wurden, im allgemeinen zu charakterisieren. Einkommen bildete sich in Deutschland wie in jeder modernen, arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft. Je nachdem können wir Besitz- und Arbeitseinkommen, landwirtschaftliches, gewerbliches (industrielles und handwerkliches) sowie kommerzielles Einkommen, oder auch Arbeitslohn, Grund- und andere Rente, Zinseinkommen unterscheiden. Wählen wir die letztgenannte, der politischen Ökonomie am meisten geläufige Unterscheidung, so muß in diese allerdings nach deutscher Auffassung, von französischer und englischer abweichend, das Unternehmereinkommen als besonderer Fall einbezogen werden. Es ist uns weder im Sinn der angelsächsischen Auffassung mit kapitalistischem »Profit« identisch, noch zählt es einfach im Sinn der französischen Nationalökonomie als erweitertes Arbeitseinkommen. Auch die Grundrente möchten wir nicht unbesehen hinnehmen, sondern als einen — freilich sehr wichtigen — Fall der allgemeinen Rente bezeichnen. Solche mußte sich angesichts des deutschen Schutzzolls und angesichts der in Deutschland weitverbreiteten Kartellierung auch außerhalb von Landwirtschaft und Bergbau in großem Umfang ergeben. Ja, Rente ist auch als sogenannte Lohnrente denkbar.

Der Zweck der Abhandlung verbietet freilich, im einzelnen nachzuweisen, ob etwa das kleinbäuerliche Einkommen außer dem Arbeitslohn noch Unternehmergeinn enthielt und was von ihm auf Grundrente entfiel. Erst in größeren Verhältnissen, wo reines Besitzeinkommen erzielt wurde, wird die Ausscheidung nach Zins, Rente usw. wichtig, ohne daß wir übrigens auch hier eindeutiges Material zur Verfügung hätten. Wichtiger ist, die Masse der Besitz- der Masse der Arbeitseinkommen gegenüberzustellen; und da sich die Umstellung der Einkommen durch Krieg, Umsturz, Inflation bei diesen beiden Haupttypen in der

Tat ganz ungleich vollzog, so ist die genannte Unterscheidung allerdings eine grundlegende.

Konnte im Deutschland vor dem Kriege von Tendenzen gesprochen werden, denen zufolge die Besitz- oder die Arbeitseinkommen in stärkerem oder schwächerem Maße wuchsen? Wir sehen von Theorien ab, welche entweder das eine oder das andere deduktiv nachweisen zu können glaubten (Rodbertus u. A.), und befragen die Praxis; da dürfte denn zweierlei festgestanden haben: die Arbeitseinkommen wuchsen, sie wuchsen nicht nur dem absoluten Betrag und dem Geldwerte nach, sondern auch an den Bedürfnissen gemessen. Beim Kapitel der Lebenshaltung und des Realeinkommens ist hierauf noch einzugehen. Dabei halten wir fest, daß nicht nur die deutsche Bevölkerung als Ganzes in einem ungeahnten Maße während der letzten fünfzig Jahre gewachsen ist, sondern daß der deutsche Arbeitsmarkt sich auch für Hunderttausende fremder Wanderarbeiter als aufnahmefähig erwies.

Es wäre in hohem Maße überraschend, wenn diese stark vermehrte Nachfrage nach Arbeitskraft nicht dem Arbeitslohn zugute gekommen wäre! Dabei waren die deutschen Arbeitnehmer gut organisiert und sehr wohl in der Lage, die wirtschaftliche Konjunktur auszunützen. In der Tat ist denn auch der Reallohn im ganzen im Steigen begriffen gewesen und die sozialistische Theorie von der Verelendung des Proletariats fand im absoluten Sinn gewiß keine Bestätigung. Die Frage ist nur, ob sie in einem relativen Sprachgebrauch mehr zu Recht bestand, und diese Frage führt uns zum Vergleich zwischen der Entwicklung des Besitz- und des Arbeitseinkommens zurück. Ist das als Zins, Rente, zum Teil auch als Unternehmereinkommen zu buchende Einkommen stärker und rascher gewachsen als das eigentliche Arbeitseinkommen, so war es vielleicht nicht ganz unrichtig, von einer Verelendung im relativen Sinn zu sprechen: zwar konnte dann der Arbeiter seinen auskömmlichen Lebensunterhalt finden, ja selbst Ersparnisse machen; als sozialer Faktor sah er sich dennoch zurückgesetzt, denn mit dem Besitzeinkommen wuchs der soziale und schließlich der politische Einfluß des Besitzes, und wer will, mag die Verelendungstheorie durch diesen Hinweis in etwas zu retten versuchen.

Daß das Besitzeinkommen als Ganzes stärker wuchs als das

Arbeitseinkommen, muß ohne weiteres anerkannt werden: wie wäre es sonst möglich gewesen, die Kapitalsdecke in dem für das Deutschland vor dem Krieg erforderlichen Ausmaß zu verbreitern, neue Techniken einzuführen, die Arbeitsteilung zu verbessern — daneben aber noch fremden Ländern Geld zu leihen und die großen Ansprüche von Staat und Gemeinden zu befriedigen? Daß all das aus erspartem Arbeitslohn heraus möglich gewesen wäre, ist auch dann nicht anzunehmen, wenn man die Spartätigkeit des deutschen Arbeiters in dieser Zeit für beträchtlich hält.

Nun zeigt sich aber, daß die einfache Gegenüberstellung von Arbeits- und Besitzeinkommen den Zwecken dieser Untersuchung nicht mehr genügt: denn es wurde schon gesagt, daß wir die Einkommensbildung vor allem auch nach ihrer sozialen Seite hin, mit Beziehung auf die *Lebenshaltung*, betrachten müssen. Offenbar ist nun ein Besitzeinkommen, das nicht für Zwecke des eigenen Konsums verwendet wird, sondern als Kapital in die Wirtschaft zurückfließt, etwas ganz anderes als ein vorwiegend oder ausschließlich dem Eigenkonsum dienendes Arbeitseinkommen. Diesem kann *insofern* nur derjenige Teil des Besitzeinkommens gegenübergestellt werden, der dem Verbräuche des Privathaushalts dient.^{1a} Wir sind aber außerstande, diesen Teil auszusondern. Haushaltsbücher, die man sonst befragen kann und die wir noch heranziehen werden, sind im allgemeinen aus Kreisen nicht bekannt, für die eine Trennung des Besitzeinkommens in solches, welches kapitalisiert, und solches, welches konsumiert wird, in Frage kommt. Nur mittelbar und gewissermaßen gefühlsmäßig können wir uns eine Vorstellung von der Lebenshaltung des über dem Durchschnitt besitzenden und Besitzeinkommen beziehenden Volksteils vor dem Kriege machen. Davon hat denn auch ein späterer Abschnitt zu handeln.

Doch mag schon an dieser Stelle der Hinweis auf eine wichtige, auch von sozialpolitischen Gegnern zugegebene Eigenschaft des deutschen Unternehmers vor dem Kriege gegeben werden: er pflegte einfach zu leben, standesgemäßen Aufwand trieb er

^{1a} Es soll hierbei nicht verkannt werden, daß für das Maß der Lebenshaltung auch der nicht dem Konsum zugeführte Einkommensteil eine Rolle spielt; er macht die Lebenshaltung gleichmäßiger, unabhängig von sprunghaften Einflüssen, rationeller. Es dürfte dies vor allem für mittlere Einkommenslagen zutreffen.

am ehesten in Ausmaß und Ausstattung seiner Wohnung und er hielt sich damit an das Wort: Über seinem Stande wohnen, gemäß seinem Stande sich kleiden, unter seinem Stande sich nähren. Dagegen strebte derselbe Unternehmer soziale und manchmal auch politische Geltung an, diesem Streben entsprach es geradezu, wenn er sein Einkommen für Kapital- statt für Konsumzwecke bereitstellte. In nicht wenigen Fällen wird die Vergrößerung eines an sich schon gutgehenden und das Auskommen verbürgenden Unternehmens dem bewußten oder unbewußten Wunsche nach vermehrter Geltung entsprungen sein, häufiger wird es einfach aus dem Selbstbewußtsein, dem Willen zu erhöhter Leistung erklärt werden können (der deutsche Fabrikant stand hierbei in ausgesprochenem Gegensatz zu seinem französischen Kollegen, für den es oft Ziel war, sich mit vierzig Jahren zur Ruhe zu setzen). Verständlich bleibt, daß die Arbeiter dieses Streben beargwöhnten, manchmal auch mißverstanden. Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren: der soziale Boden des kaiserlichen Deutschlands war heiß, auf ihm wurde oft noch mehr um Rechte als um materielle Angelegenheiten gestritten, soziale und selbst politische Übergriffe der Unternehmer unterliefen auch in Gestalt an sich wohlgemeinter, technisch meist mustergültiger Wohlfahrtseinrichtungen, der deutsche Arbeiter hatte nicht selten auch noch um sein Koalitionsrecht zu kämpfen. Auf der anderen Seite war der Verzicht des Unternehmers auf eine ihm leicht mögliche Konsumtion gleichbedeutend mit vermehrter Arbeitsgelegenheit, zwar nicht für die Lieferanten des Luxuskonsums, aber für um so produktivere Zwecke; mit Stärkung des darauf entfallenden Lohnfonds, mit Hebung des Wirkungsgrades der nationalen Arbeit, mit Zurückdrängung fremder Krediteinflüsse, mit Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanz, mit vermehrter Steuerleistung und Erhöhung des öffentlichen Einkommens und staatlichen Prestiges. Die deutsche Volkswirtschaft, ursprünglich auf recht schmaler Grundlage, stellte sich mehr und mehr auf eigene Füße, wenn sie ihren kapitalistischen Apparat aus eigenen Ersparnissen nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar unausgesetzt vermehren und verbessern konnte. Es fehlen also bei dieser Steigerung des Besitzeinkommens die gesunden nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkte durchaus nicht; das wird zumal deutlich, wenn

man sich die spätere Entwicklung vor Augen hält: Ein großer Teil von ihr ist geradezu durch das Fehlen dessen bezeichnet, was eben aus der Zunahme des Besitzeinkommens in der Vorkriegszeit abgeleitet werden konnte.

3. Die Lebenshaltung

»Lebenshaltung« ist ein Gradmesser für soziale Gliederung, kulturelle Differenzierung und die Selbstbehauptung der Individuen wie der Gruppen, von denen hier wiederum vor allem die mittleren Volksschichten, die Gruppen des Mittelstandes interessieren. Kriegswirkungen, vermehrt um die Einwirkungen der Nachkriegszeit, des Umsturzes, der In- und Deflation, werden auf diesem Gebiete zweckmäßig nach folgendem Schema unterschieden werden:

1. handelt es sich um die absolute Minderung der Lebensansprüche im Rahmen einer geschwächten Volkswirtschaft und unter außenpolitischem Drucke;
2. steht die relative Verschiebung in der Lebenshaltung der einzelnen Gruppen, etwa zugunsten der oberen und unteren Schichten und zuungunsten des Mittelstandes, zur Behandlung; hierbei ist
3. die Lebenshaltung derer gesondert zu betrachten, denen es gelang, sich von den sinkenden Gruppen abzulösen und an der relativ günstigeren Lage anderer teilzunehmen; in Zusammenhang damit stehen gewisse auf Kriegswirkungen zurückzuführende Spaltungerscheinungen im Mittelstande;
4. sind die sinkenden Mittelstandsgruppen für sich zu behandeln;
5. interessiert es uns, zu erfahren, ob und in welchem Umfang auf die ungünstigen Einflüsse in einer anderen Weise als durch Herabdrückung des Lebensstandards reagiert wurde, etwa durch Herabsetzung der durchschnittlichen Familiengröße oder durch Enthaltung von der Ehe: also vor allem durch bevölkerungspolitische Mittel;
6. ist zu prüfen, ob es auf organisatorischem Wege gelang, gewisse Kriegswirkungen zu mildern oder auch zu beseitigen;

7. eine gesonderte Behandlung hat neben dem »alten« der »neue« Mittelstand, haben neben den auf Geldeinkommen Angewiesenen die »Selbstversorger« zu erfahren.

Für die Besonderheit der Darlegungsweise gilt erstens, daß die Lebenshaltungsverschiebungen gegenüber den Einkommensänderungen einen mehr kontinuierlichen Prozeß darstellen, etwas mehr Fließendes sind, so daß zeitliche Abgrenzungen in geringerem Maße zweckmäßig erscheinen als bei der Entwicklung von Einkommen und Besitz. Legen wir diese, vorzugsweise chronologisch, im II. Teile, die Veränderung der Lebenshaltung aber hauptsächlich im III. Teile dar, so dürfen wir bei Wahl des obigen siebengliedrigen Schemas zweitens hoffen, Wiederholungen, die sonst fast unvermeidlich wären, zu vermeiden, dem Gesamtproblem aber neue und bisher noch weniger beachtete Seiten abzugewinnen. Indem wir die Chronologie der Ereignisse zum Einteilungsmaßstab mehr der Einkommens- als der Lebenshaltungsänderungen wählen, werden wir freilich den Zeitablauf auch bei den letzteren nicht ganz außer acht lassen, und an geeigneter Stelle wird der Kumulierung von Wirkungen des Krieges, der Revolution, der Inflation und schließlich der Stabilisierung und Reparation Rechnung zu tragen sein; wobei im Einzelfall auch eine Abschwächung oder Ablenkung primärer Kriegswirkungen vorliegt und auch sogenannte »konstante« Lebenshaltungsfaktoren, die vom Kriege einigermaßen unabhängig blieben, zu berücksichtigen sind.

Anschließend einige Bemerkungen über den Stand der Lebenshaltungsforschung.

Die Statistik der Lebenshaltung ist in Deutschland vor dem Kriege weniger ausgebildet gewesen als in angelsächsischen Ländern. Allerdings gilt dies vor allem, was den Umfang der Lebenshaltungsforschung angeht; ihre methodische Durchbildung dagegen war jener im Ausland mindestens gleichwertig, manchmal wohl überlegen, und gerade der Umstand, daß die Deutschen (und Österreicher) auf diesem schwierigen Gebiet nur methodisch Einwandfreies schaffen wollten, ließ sie Zurückhaltung gegen die mehr extensiven Methoden Englands und Amerikas üben. So kam es, daß das technisch beste Mittel der Lebenshaltungsforschung, die Haushaltungsstatistik, nur in verhältnismäßig wenigen Fällen angewendet worden war; man konnte in Deutsch-

land den auf ungezählte Tausende von Haushalten erstreckten englisch-amerikanischen Erhebungen nur kleinere, die insgesamt nur wenige Tausend Budgets umfaßten, gegenüberstellen.

Soweit nun deutsches, zumal amtliches Material vorlag, war es im allgemeinen noch nicht bis zu den letzten wünschenswerten Ergebnissen hin durchgerechnet gewesen; man begnügte sich zwar natürlich nicht mit Feststellung der Geldausgaben und ihrer Verteilung auf die einzelnen Bedarfsgruppen, drang vielmehr zur Mengenermittlung vor, bediente sich auch der »Quets« bzw. besonders berechneter Verbrauchseinheiten und lieferte auf diesem Gebiete durchaus Hinreichendes, zum Teil Ausgezeichnetes;² die Umrechnung aber der Ernährung in Kalorien und in ihre Komponenten — Fett, Eiweiß, Kohlenhydrate — unterblieb zumeist. Gerade für den Mittelstand liegt nun eine Erhebung des Verfassers vor — veröffentlicht in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik (1921) —, die zwar nur ein begrenztes Material von Haushalten bearbeitet, hierbei aber letzte Folgerungen gezogen hatte. Professor v. Tyszka in Hamburg hat dann in »Ernährungslage und Lebenshaltung des deutschen Volkes in den Jahren 1924—26« die zuletzt genannte Erhebung als die »relativ zum Vergleich geeignetste« erklärt, wenngleich er zweifelte, ob ihre Feststellungen unbedingt typisch für die Gesamtbevölkerung seien. Gestützt auf diese Anerkennung wird Teil III auf die Ergebnisse der Arbeit des Verfassers zurückgreifen, die hier ja um so unbedenklicher verwertbar sind, als vorwiegend die Lage des Mittelstandes in Betracht kommt.

Es erhellt, daß wir, nachdem hinsichtlich des *gesamten* Mittelstandes nur eine schmale Untersuchungsbasis besteht, Unterschiede in der Lebenshaltung der *einzelnen* Mittelstandsgruppen nur ausnahmsweise unmittelbar und empirisch festzustellen vermögen. Wie die absterbende, wie die aufstrebende Schicht lebt, erfahren wir nur selten durch Beobachtung, die über persönliche Eindrücke hinaus auf wissenschaftlichen Wert An-

² In Betracht kommen vor allem die »Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien«, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt 1907 (Bearbeiter: Dr. Feig). Hinsichtlich aller Methodenfragen vgl. den vom Verfasser dieser Zeilen verfaßten Abschnitt »Lebenshaltung« in »Gebiete und Methoden der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Industriestaaten«, Kaiserliches Statistisches Amt 1913, sowie des Verfassers »Problem der Lebenshaltung«, Vortrag der Gehe-Stiftung, 1914.

spruch erheben kann; am ehesten können wir uns noch ein Bild von den ihren Mittelstandscharakter aufrechterhaltenden Gruppen machen, ihnen werden denn auch die statistischen Beispiele meist entnommen; bei ihnen, deren Lebensansprüche und Gewohnheiten sich nicht so stark veränderten, wie das von den Deklassierten und den Emporkömmlingen gilt, konnte auch am ehesten an die Ergebnisse der Friedensstatistik angeknüpft werden.

In Ermangelung einer direkten Methode der Ermittlung der Lebenshaltung ist der geeignetste Weg manchmal der, daß wir vom Einkommen bzw. dem, was an seine Stelle getreten ist und was oft unter Armenunterstützung herabsank, ausgehen. Ein gewisses Dauerverhältnis zwischen Einkommen und Lebenshaltung darf ja immer vermutet werden. Freilich ist dabei nicht nur die absolute Höhe des Einkommens, sondern auch die Quelle, aus der es floß und fließt, wichtig. So war es weitverbreitete Übung solcher, welche entweder von Zinsen und Renten lebten oder diesen doch eine erhebliche Existenzsicherung verdankten, sparsam zu sein, um tunlichst den Kapitalstock nicht zu vernichten, sondern zu stärken oder wenigstens zu erhalten. In einem gewissen Gegensatz zu dieser Gruppe standen oft jene, deren Einkommen zwar mit dem Besitzeinkommen die Eigenschaft teilte, wenn nicht dauernd, so doch während längerer Zeit (Lebenszeit) zu fließen, welche aber Rücksicht auf einen Kapitalstock nicht zu üben brauchten: das waren vor allem, bei dem in Deutschland geltenden Beamtenrecht, die fest angestellten Hilfskräfte des Reichs, der Bundesstaaten (Länder), der Gemeinden und halböffentlichen Gebilde (Krankenkassen, Versicherungsanstalten, Handelskammern usw.). In diesen Kreisen wußte man, daß man sich im allgemeinen nach einem bestimmten, zumeist langsam mit dem Dienstalter steigenden Einkommen richten müsse. Hatten diese beiden ersten Mittelstandsgruppen vor dem Kriege ihrer Lebenshaltung nach sich immerhin nahestanden — wobei Unterschiede, die weniger durch materielle Lage als durch Bildung und sozialen Rang hervorgerufen waren, zu berücksichtigen sind —, so trieb die Nachkriegsentwicklung einen starken Keil durch die bis zum Umsturz vorherrschende Solidarität: manche der von inflatorischen Maßnahmen Betroffenen waren geneigt, diese Maßnahmen unmittelbar auf die Lohn- und Gehaltspolitik des Staates zurückzuführen.

Eine andere, dem Mittelstand angehörige Schicht bestand aus Privatangestellten (s. o. I, 1); war deren Lage vor dem Kriege viel weniger sicher als die der festangestellten öffentlichen Beamten gewesen, so sorgte nachher die gewerkschaftliche Organisation und eine Verschiebung auf dem Arbeitsmarkte dafür, den Privatangestellten fürs erste dem Beamten anzugleichen, ihn im selben Maß dem auf Zins- und Rentengenuß angewiesenen Angehörigen des Mittelstandes zu entfremden. Der Privatangestellte hatte vor dem Kriege eine oft gedrückte Existenz, trotzdem oder gerade deshalb wird seine Lebenshaltung nicht in dem Maße gleichmäßig und haushälterisch gewesen sein wie die des durchschnittlichen Rentners und Beamten; ein Unterschied gegenüber diesem ergab sich auch daraus, daß der Privatangestellte mit steigenden Gehaltsbezügen nur bis zu einer gewissen, bald erreichten Altersgrenze, von da ab mit oft sehr stark fallenden Bezügen rechnen mußte.

Eine weitere, hinsichtlich ihrer Lebenshaltung differierende Gruppe stellten jene Geschäftsleute dar, deren Einkommenshöhe sie in den Mittelstand verwies. In diesen Kreisen wird eine etwas größere Beweglichkeit der Vorkriegslebenshaltung vorausgesetzt werden dürfen. Handelte es sich zumal um Wirte, Lebensmittelhändler und ähnliche Berufe, dann grenzte die Konsumlage eher an jene der (aus diesem Zusammenhang noch auszuschließenden) Selbstversorger an. Die Einnahmen waren wechselnder Natur, der Gelegenheiten zu Ausgaben fanden sich wohl viele, die größere Gewöhnung an Selbständigkeit und Selbsthilfe mußte die Lebenshaltung beeinflussen. Diese Gruppe wußte Einkommen und Lebenshaltung nach dem Kriege bis zur Gegenwart oft zu erhalten oder gar zu steigern, wenn sie nur im Besitz des Geschäftes und damit realer, vom Geldwert weniger abhängiger Werte blieb. Vermutlich blühte auch der Tauschverkehr zwischen den Geschäftsinhabern, der sie von einem Wechsel des Geldwerts oft unabhängig machte. *Ein* Sachbesitz blieb freilich unsicher und begann erst neuerdings wieder knappe Zinsen zu tragen: der Hausbesitz, der eben aus diesem Grunde sehr beweglich geworden war.

Eine besondere Gruppe — immer noch von den mittelständigen Selbstversorgern abgesehen — stellten die sogenannten »freien« Berufe dar, als deren wichtigste Repräsentanten Ärzte

und Rechtsanwälte erscheinen, denen aber auch Schriftsteller, Musiker, nicht festangestellte Redakteure, Artisten usw. zuzurechnen waren, während z. B. die Notare mehr den Beamten angenähert erschienen. Die Mitglieder dieser Gruppen rechneten teils zum gehobenen Mittelstand, dessen Spitzen sie manchmal waren, teils hielten sie sich mehr zu dessen unteren Gruppen; zwischen dem vielgesuchten Arzte oder Rechtsanwalt und dem großen Künstler hier, den Anfängern der betreffenden Metiers dort waren und sind ja größte Unterschiede. Hinsichtlich der Lebenshaltung aber dürften diese Gruppen manches gemein gehabt haben, freilich weniger was die Höhe der tatsächlichen Lebensansprüche, als was eine gewisse Ungeordnetheit und Systemlosigkeit der Lebensfristung anging; jedenfalls bestand ein Unterschied gegenüber dem Festbesoldeten und dem Rentner, Sparsamkeit war bei diesen mehr zu Hause. Im Einzelfall ergaben sich Gruppenüberschneidungen, denn ein vielverdienender Arzt, Rechtsanwalt oder Künstler konnte auch durch eigenes Kapital oder durch das seiner Frau zu den gehobenen Schichten zählen; die Spitzen all dieser Gruppen gehörten und gehören überhaupt dem Mittelstand nur mehr bedingt an. Dieser und seine Lebenshaltung erscheint durch Hervorhebung der genannten Unterscheidungen wohl hinreichend charakterisiert.

Statistisch-demographisches Material findet sich über Einkommen und Lebenshaltung dieser Gruppen in ungleichem Maße. Vieles ist in Heft 106 der Beiträge zur Statistik Bayerns zusammengetragen; hier hat, auf Anregung des Präsidenten des genannten Amtes, Professor Dr. Zahn, Dr. Hans Heiler »Die Verelendung des Mittelstandes« darzustellen unternommen. Für die Zeit der Inflation ist Wichtiges gesammelt in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, denen sich eine Monographie von Dr. Feuchtwanger: »Die freien Berufe, Versuch einer allgemeinen Kulturwirtschaftslehre« anschließt. Hinsichtlich der Friedenszeit und der eigentlichen Kriegszeit wird man an Abhandlungen in den Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, die zum Teil vom Verfasser bearbeitet wurden,³ anknüpfen können und mancherlei aus der Literatur der sozialen Verbände gewinnen.

³ Bd. 66: »Kriegslöhne und -preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenskosten«.

Für die deutschen Techniker und Werkmeister hat Verfasser wiederum Material zusammengetragen.⁴ Leider sind alle diese Quellen sehr zerstreut und fließen nur selten bis zur Gegenwart weiter.^{4a}

⁴ Vor allem: »Die deutschen Techniker«, 2 Bände, Leipzig 1911. Die für die Werkmeister gemachten Feststellungen sind als Manuskript im Besitz der Leitung des Deutschen Werkmeister-Verbandes; einzelnes ist in dessen Schriften erschienen.

^{4a} Einschlägige Zahlen finden sich auch in dem jüngst erschienenen Buche von *Fried*: »Das Ende des Kapitalismus«. Wenn hier, S. 50, der Anteil der englischen Mittelschichten mit 25 % (der deutschen mit 26 %) des Volkseinkommens angegeben ist, so steht das mit unserer Mitteilung S. 110 nicht in Widerspruch, denn es sind in England zweifellos viele reiche Leute seit Kriegsende in den Mittelstand zurückgeworfen worden. Die Angaben *Fried*'s S. 51 ff. über die deutschen Mittelschichten sind bemerkenswert, ohne daß man deshalb in den Schlüssen mit dem Verfasser übereinstimmen müßte.

In vielen Hinsichten wird gegenwärtige Darlegung ergänzt durch die Innsbrucker Dissertation von *J. Galluschke*: »Die Alt- und Neuverschuldung des Deutschen Reichs, der Länder und Gemeinden«, im Selbstverlag des Verfassers 1931 erschienen.

II.

GESCHICHTLICHE ÜBERBLICKE

Für die historische Beurteilung der in Frage kommenden Einkommens-, Besitz- und Lebenshaltungsverschiebungen samt ihren sozialpolitischen Folgen sind fünf Etappen zu unterscheiden, wobei wir von dem Zustand unmittelbar vor dem Kriege ausgehen: Es ergibt sich also dieses Schema:

1. Krieg (1914—1918);
2. Umsturz (1918—1920);
3. Inflation (1920—1923);
4. Stabilisierung (1924—1925);
5. Nach Aufnahme der Reparationszahlungen gemäß Dawes- und Youngplan (seit 1926).

Von den zu überprüfenden reichlichen 1½ Jahrzehnten gehören der Kriegszeit über vier Jahre an, als Umsturzjahre wird man jene beiden zu bezeichnen haben, innerhalb deren die Revolution bei Kriegsende und die Abwehr des sogenannten Kapp-Putsches lagen — also Ende 1918 bis Mitte 1920. — Es reihen sich die drei eigentlichen Inflationsjahre — bis Ende 1923 — an, ohne daß man selbstverständlich den Beginn der Inflation auf 1920 festlegen könnte; immerhin nahm die zusätzliche Geldschöpfung seit dieser Zeit ein beschleunigtes Tempo an, außerdem sind die vorhergehenden Jahre durch den Hinweis auf den Umsturz und seine Abwehr auch in wirtschaftlicher Hinsicht noch mehr charakterisiert, als wenn man sie lediglich der Inflationszeit zu rechnen wollte. Die Stabilisierung weiter ist zwar zunächst nur der einmalige Akt der Rentenbankgründung Ende 1923; die dadurch heraufbeschworenen Verhältnisse der folgenden Jahre aber konnten sich erst allmählich auswirken, sind heute noch nicht abgeschlossen, umfassen in jedem Falle krisenhafte Zustände erster Ordnung und sind für uns vor allem auch deshalb wichtig, weil sie die ersten Auswirkungen der Reparations-

zahlungen zeigen. Es ist nicht Sache dieser Untersuchung, auf die Begleiterscheinungen innerer und äußerer Politik hinzuweisen, gemäß deren unsere fünf Etappen auch anders unterschieden werden könnten. Für unsere Unterscheidung konnten nur die wichtigsten, unmittelbar nahegelegten ökonomisch-politischen Gesichtspunkte Maß geben, die, indem sie in jedem Fall auf den Krieg zurückweisen, doch auch schon spätere Folgeerscheinungen des Krieges heranziehen.

1. Im Kriege

Daß das Nationaleinkommen durch den Krieg und die sehr bald eingetretene Abschnürung vom Weltverkehr beeinträchtigt werden mußte, liegt auf der Hand; daß das in Deutschland nicht immer erkannt und zugegeben wurde, hatte entweder taktisch-politische Ursachen, oder aber man verwechselte National-, öffentliches und Privateinkommen. Das öffentliche Einkommen war zwar unmittelbar den finanziellen Anforderungen der Kriegsführung ausgesetzt, konnte aber durch innere Anleihen lange Zeit in einem flüssigen Zustand erhalten bleiben, schien auch durch die Besetzung westlicher und östlicher Etappengebiete zu gewinnen. Dennoch mußte mit andauernden Substanzverlusten gerechnet werden, in um so höherem Maße, je länger der zum Stellungskrieg erstarrte Waffengang der Welt dauerte. Dagegen vollzogen sich sehr bald Umschichtungen der Privateinkommen, der Typ des Kriegsgewinners — dem später Inflations- und Reparationsgewinnler folgten — tauchte erstmalig auf; diese Verschiebungen wurden aus naheliegenden Gründen zunächst stärker empfunden wie der Schwund des Volkseinkommens als Gesamtheit oder als die Reduktion des einzelnen Privateinkommens. Hierfür war folgender Umstand wichtig: Gewöhnlich merkt man einen Rückgang seines Einkommens daran, daß man nicht mehr im Besitz der Barmittel ist, um Güter zu kaufen; diese gewissermaßen reguläre Erscheinung hat sich aber in Deutschland erst viel später, in vollem Umfang noch nicht einmal während der Inflationszeit — die ja gerade durch Schaffung zusätzlicher Kaufkraft ausgezeichnet war — ausgeprägt, sondern mit ganzer Schwere erst nach der Stabilisierung, als sich

mit dieser die Kapital- und Kreditkrise zwangsläufig verband. Während des Krieges und zumal während seiner zweiten Hälfte zeigte sich das Schwinden des (Real-) Einkommens mehr darin, daß auf dem regelmäßigen Wege die zum Lebensunterhalt notwendigen Güter für die Masse der Bevölkerung — und zumal auch des Mittelstands — überhaupt nicht mehr in hinreichender Menge und Qualität zu erstehen waren, während bare Mittel, manchmal sogar in erhöhtem Umfang, zum Kaufe vorhanden sein konnten. Weniger also, trotz aller Strukturverschiebungen, ein Distributions- als ein Produktionsvorgang! Alle Anstrengungen, die Güterverteilung sozialpolitisch zu regeln, mußten versagen, wenn nicht mehr hinreichend Güter produziert wurden, und wahrscheinlich hinderte die zu sehr auf Konsuminteressen zugeschnittene sozialpolitische Regelung die volle Entwicklung der Wirtschaftskraft. Zwar hatte ein erheblicher Teil des Volkes nach wie vor die Geldmittel in der Hand, aber sie versagten in der Hand der Hausfrau, die nicht genug dafür zu kaufen vorfand, der sogar gesetzlich verboten war, mehr als einen bestimmten Höchstpreis (zu dem aber oft überhaupt nichts zu haben war) für eine Ware zu zahlen. Volks- und Privateinkommen mußte sich eben in dem Maße mindern, in dem die Produktion zurückging, nur der »Geldschleier« hinderte, das zu sehen. Die Produktion selbst aber war, zumal in der Landwirtschaft, bald im Begriff, von intensiver zu extensiver Wirtschaft zurückzukehren.

Dieser Rückgang wirkte sich aber nicht nur auf den Äckern und Wiesen, sondern auch dadurch aus, daß das an Auslandsabsatz gewohnte und darauf eingerichtete Deutschland sich daran gewöhnen mußte, ohne ihn auszukommen. Unmittelbar verloren waren die erheblichen Zinseinkommen aus annähernd 30 Milliarden Goldmark auswärtiger Anlagen. Schwerer noch traf uns der Verlust der Kolonien, die durch aufopferungs- und verständnisvolle Arbeit allmählich so weit gefördert worden waren, daß sie sich selbst erhielten (Togo, Ostafrika, Kamerun!) und selbst Überschüsse für eine nahe Zukunft verhiessen, ohne daß die Eingeborenen bedrückt worden wären. Am allerfühlbarsten aber war die Unmöglichkeit, Fertigwaren aus-, Nahrungsmittel- und Rohstoffe einzuführen. Fast jedes ursprünglich neutrale Land, das in den Krieg eintrat, ging dazu über, die deut-

schen Faktoreien und Handelshäuser zu schließen oder zu nationalisieren, und manchmal war der Wunsch, dies zu tun, mit einer Veranlassung für die Kriegserklärung gewesen.

Nun zeigt sich ein Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Einkommen: durch Umstellung der Industrie auf Kriegslieferungen konnten die privaten Einkommen zu einem erheblichen Teil aufrechterhalten, manchmal sogar gesteigert werden. (Genau besehen war es freilich nicht regelrecht »Einkommen«, wenn man hierunter die »Güter« versteht, die zu fehlen begannen, sondern der ungewisse Geldhintergrund des Einkommens.) Der innere Markt trat an Stelle des auswärtigen. Eine gewisse Zeit konnte bei der starken Position der deutschen Industrie, ihrer damals durchaus hinreichenden geldlichen und technischen Ausstattung, dieser Zustand durchgehalten werden. Auch wäre es verfehlt, die Produktion von Gewehren, Kanonen oder Geschossen ohne weiteres als unproduktiv zu bezeichnen: sie wurde unproduktiv durch den Kriegsausgang, vielleicht schon durch die Länge des Kriegs, konnte sich aber nach einem günstigen Friedensschluß als produktiv im nationalwirtschaftlichen Sinn erweisen. So, wie der Krieg zu Ende ging, blieb der Vorteil auf die oft vorübergehende und nominale Bildung privater Einkommen beschränkt, von denen hernach ein Teil durch Steuern, ein anderer durch Inflation, ein weiterer Teil durch die Sanierungskrisis am Ausgang der Inflation wieder abgeschöpft wurde.

Gewisse Kriegswirkungen auf das private Einkommen zumal der Industrie sind in der Tat erst in der Gegenwart ganz deutlich geworden: schon im Kriege nämlich begann der Prozeß, den man als »Immobilisierung« der deutschen Industrie bezeichnen kann: schon damals vergrößerte man die Betriebe, oft über das wirtschaftlich zulässige Maß hinaus; man rechnete auf dauernde, ja sich steigernde Kriegslieferungen, verließ sich auf einen guten Frieden, der angesichts der Erschöpfung des Weltmarktes und der Ausschaltung wichtiger Industriegebiete der deutschen Industrie große Absatzmöglichkeiten zu verheißen schien. Mindestens glaubte man des inneren Marktes dauernd sicher zu sein. Auch ein gewisses Mißtrauen gegen das allzu reichlich strömende Papiergeld wird sich schon damals bei weiterblickenden Geschäftsleuten eingenistet haben, es mußte dazu führen, daß man sein Einkommen in Land und Häusern festlegte, die

Fabriken vergrößerte und auch neu — zumal außerhalb der Fliegergefahrzone — aufbaute, oder es in anderer Weise immobilisierte. Auch für den Reichen waren ja die Genußmöglichkeiten beschränkt, und wir sahen, daß die besten deutschen Unternehmer überhaupt nicht auf luxuriöse Lebenshaltung zu achten gewohnt gewesen waren. Auslandsanlagen waren nur in sehr beschränkter Weise an einigen neutralen Plätzen möglich, sehr bald wurden sie auch durch Goldausfuhrverbote und Devisenvorschriften erschwert. Gegenüber der späteren Inflationszeit obwaltete allerdings der Unterschied, daß man meist noch unbedenklich Schuldverhältnisse einging, Hypotheken auch ohne Goldklausel begab und gewissermaßen mehr dem baren Geld als den in Geld ausgedrückten Schuldtiteln mißtraute. Immerhin, ein erheblicher Teil der heute durch die Unbeweglichkeit des Kapitals und den Mangel an flüssigen Betriebsmitteln gegebenen Schwierigkeiten in Produktion und Einkommensbildung ist damals schon begründet worden.

Auch das Schicksal des deutschen Mittelstandes wurde in jener Zeit bereits in Umrissen festgelegt. Ihn traf die Mobilisierung der Männer bis zum 45., ja 49. Jahre mit unvermittelter Schärfe. Zwar der Beamte bezog seinen Gehalt weiter. Der Geschäftsinhaber aber wie jeder Nichtfestbesoldete empfand den Unterschied zwischen seinem Friedenseinkommen und den Bezügen des Soldaten plus Familienunterstützung sehr kraß. War er Offizier oder Militärbeamter oder konnte sein Geschäft von Zurückbleibenden versehen werden, so bot sich ja wohl ein Ausgleich. In anderen Fällen aber sah man seinen von der Aushebung aus irgendeinem Grund befreiten Konkurrenten oder Kollegen in der Lage des beatus possidens, häufig im Genuß von Kriegsaufträgen. Sehr bittere Erlebnisse sind gemacht, sehr große Ungleichheiten schwer empfunden worden. Die in sich geschlossene Gruppe des Mittelstandes begann bereits sich aufzulösen. Zahlreiche Existenzen gingen damals zugrunde; wenn nun auch nicht in allen Fällen der Wegfall eines den Preis vertuernden Zwischenhändlers oder Agenten ein Verlust an Volkseinkommen war, so traf das in anderen Fällen doch zu, und zwar sah sich der Mittelstand auch gegenüber der Arbeiterschaft benachteiligt: Freie Verpflegung des Mannes, Sold und Familienunterstützung erreichten beim Arbeiter doch nicht selten an-

nähernd den Betrag seines Arbeitseinkommens, konnten diesen wohl auch überschreiten, wenn Frau und ältere Kinder angesichts der starken Nachfrage nach Handarbeit lohnenden Nebenverdienst fanden. Das lag im Mittelstand alles anders, er war nicht auf körperliche Arbeitsleistung, am wenigsten der Familienangehörigen, abgestellt, und wo man zu solcher geneigt war (und dies traf vielfach zu!), da zeigte sich, daß der Arbeitsmarkt für den Handarbeiter viel günstiger lag als für Mitglieder des Mittelstandes. Gewisse Monopolstellungen, die sich allmählich verstärkten, von denen mit der Zeit Arbeitsrenteneinkommen ausgingen, zeichneten sich in der von ihrer Männerblüte entblößten Volkswirtschaft ab: wer untauglich zum Heeresdienst oder auf Grund besonderer Eignung von der kriegswichtigen Industrie angefordert war, konnte, war ihm Kraft und Geschicklichkeit geblieben, nicht nur auf das gewöhnliche, sondern auf erhöhtes Einkommen rechnen. Der Jugendliche wie der Mann von mehr als 45 Jahren waren gesucht, erst später legte auch ihnen und den Frauen der durch Gesetz erzwungene oder nahegelegte Hilfsdienst gewisse Beschränkungen in der freien Verfügung über ihre Arbeitskraft auf. Selbst der Zuchthäusler, den das geltende Gesetz die längste Zeit vom Heeresdienst ausschloß, genoß eine Art Vorzugsstellung auf dem Arbeitsmarkte. Da das erwähnte Hilfsdienstgesetz nicht ohne Erfolg bemüht war, den bei erzwungener Arbeitsleistung an sich drohenden Lohndruck auszuschließen — die dafür geschaffenen Arbeiter-, Angestellten- und Schlichtungsausschüsse sind für die spätere soziale Entwicklung nicht nur in Deutschland grundlegend geworden —, so mußten zahlreiche Arbeitseinkommen, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend, eine steigende Richtung einnehmen, zumal ja auch trotz aller Gegenmaßregeln die Preise stiegen. Es handelte sich also um relative und oft nur nominelle, nicht absolute Steigerung des Arbeitseinkommens! Wichtige Einkommensverschiebungen sind so immerhin eingeleitet worden, die spätere Inflation der Geldlöhne und Geldpreise fand einen im Krieg wohl vorbereiteten Boden vor. Schon zeigten sich Tendenzen, den Lohn nach den Lebenshaltungskosten, ohne allzuviel Rücksicht auf die Leistung, zu bemessen. Gerechterweise muß dabei anerkannt werden, daß die Anstrengungen, an der kärglichen Ernährung gemessen, meist sehr große waren und

daß es auch immer schwieriger wurde, die Parallele zwischen Arbeitsleistung und Arbeitseinkommen als Basis der Kalkulation festzuhalten. Denn ein sehr großer, stets wachsender Teil der nationalen Arbeitsleistung erfolgte ja für Zwecke, deren Produktivität — wie erwähnt — vom Kriegsausgang abhing, sich aber jeder selbständigen eigenen Berechnung entzog; die Gegenleistung des Staates geschah in Papiergeld, an dessen schnelle Vermehrung man sich gewöhnte, auch dem Arbeiter gab man Papier in die Hand, man konnte dies papierene Einkommen bereitwillig steigern, wenn man gewiß war, in erhöhten Preisen für die Kriegslieferungen selbst erhöhtes Einkommen zu beziehen (wobei dies Einkommen doch nicht nur auf dem Papiere stand, sondern einstweilen immer noch unbedenklich in Forderungen und Sachwerten angelegt werden konnte). Der Mittelstand aber fiel, mit gewissen Ausnahmen, bei diesem Wettlauf der Produktion und der Arbeiterschaft um hohe Papiereinkommen aus; was große Teile von ihm zu bieten hatten: geistige und kulturelle Werte, wurde — wiederum von gewissen Ausnahmen abgesehen — während des Krieges am wenigsten begehrt. Schon im Kriege also ist der Grund für den Niedergang der mittleren Volksgruppen gelegt worden, während sich allerdings die oberen im allgemeinen nicht nur behaupten, sondern verbessern konnten. Auch fiel in Betracht, daß wenigstens zeitweise der Lohnarbeiter eher auf Zurückziehung vom Felddienst rechnen konnte als Angehörige des Mittelstandes, die für die Kriegsproduktion weniger unentbehrlich waren.

Bei Beurteilung der Einkommen der oberen Gruppen drängt sich die Frage auf, ob in Deutschland rechtzeitig zur steuerlichen Erfassung wenigstens der ausgesprochenen Kriegsgewinne geschritten wurde; die Frage muß verneint werden: der infolge der Kriegsdauer verhängnisvolle Glaube, den Krieg mit inneren Anleihen, ohne zu starkes Anziehen der Steuerschraube, finanzieren zu können, verhinderte in der entscheidenden Zeit scharfe Maßnahmen, die in England so guten Erfolg hatten (das freilich aus seinen napoleonischen Kriegen her Erfahrung besaß, stets über größere Privateinkommen verfügt hatte und der frühen Einführung seiner Einkommenssteuer die hinreichende Steuermoral der oberen Schichten dankte; vergegenwärtigen wir uns, daß Deutschland bei Kriegsbeginn keine Reichseinkommensteuer

sein eigen nannte und eine solche nicht einmal bei allen Bundesstaaten eingeführt war). Erst spät und dann auch noch ungenügend suchte man die Kriegsgewinne zu erfassen, schließlich ging man auf diesem Gebiet eher zu weit, sprunghaft war die Finanzpolitik geblieben. Die Folge war, daß sich große im Krieg erworbene Einkommen leicht verstecken ließen. Dies zumal bei solchen, welche Vermögen überhaupt neu erworben hatten, den Kriegsgewinnlern par excellence. Augenscheinlich war die Erfassung von Einkommen und Besitz bei solchen Emporkömmlingen viel schwieriger als in den Kreisen des alten Besitzes, selbst wenn es hier nur mittlere und kleine Werte waren; hier konnte man auf frühere Steuerveranlagungen zurückgreifen, dort war es leicht möglich, die Gewinne überhaupt zu verbergen. Dies galt zumal für Ketten- und Schleichhandel aller Art. Die »oberen« Einkommensbezieher waren niemals wie der Mittelstand eine einigermaßen homogene Gruppe gewesen, sie wurde im Kriege noch mehr auseinandergerissen, höchstens daß sich das eigentliche Produktions- vom kommerziellen Kapital abzeichnete. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die alten Produktionsstände, zumal auch des Handwerks, bei den Kriegslieferungen zu bevorzugen, ihnen Vorrechte zuzuerkennen, die Kleingewerbetreibenden auf genossenschaftlichem Weg heranzuziehen und zusammenzuschließen. Doch konnte der als illegitim empfundene und häufig vom militärischen Standpunkt doch auch erwünschte Zwischenhandel im allgemeinen nicht ausgeschlossen werden, ihm aber fiel es verhältnismäßig leicht, seine Einkommen zu verbergen und der Steuerbehörde zu verschließen.

Auch war die Industrie sehr ungleich an den Kriegseinkommen beteiligt. Daß Rohstoff- und Rüstungsindustrie und einige benachbarte Gruppen günstig abschnitten, ist nur selbstverständlich und eine allen kriegführenden Ländern geläufige Erscheinung. Enge Verbundenheit mit den Heeresstellen wird hier nicht ganz selten schärfere steuerliche Maßnahmen verhindert haben. Konnten doch diese Kreise auch auf die Notwendigkeit von Betriebsvergrößerungen und kostspieligen technischen Verbesserungen hinweisen, um den erhöhten Anforderungen der Heeresleitung zu genügen. Wiederum tritt die Immobilisierung der Industrie in die Erscheinung. Ein Wort noch über die Einkommensbildung in der *Landwirtschaft*. Sie stand unter dem Druck

höchstgesteigerter Nachfrage, mußte doch versucht werden, aus heimischem Boden den Ausfall an Nahrungsmittel- und Rohstoffzufuhr einigermaßen herauszuholen. Die Annahme herrscht vor, daß die Landwirtschaft im Kriege gut verdient habe, daß auch schlechter Boden die auf ihn verwendete Mühe lohnte und selbst bei extensiver Landwirtschaft Einkommen erzielt wurde. Nach der Ricardoschen Grundrententheorie muß sich in der Tat der auf Grundrente entfallende Einkommensteil erhöht haben, denn die Konkurrenz der heimischen mit besseren ausländischen Böden entfiel, und bei der Notwendigkeit, auch den schlechtesten Boden in ungünstigster Verkehrslage für die Nahrungsmittelversorgung heranzuziehen, mußte sich das Einkommen bei besseren und besser gelegenen Böden steigern. Immerhin darf man die Einkommensbildung auf dem Lande auch nicht überschätzen, vor allem Zwangswirtschaft und Höchstpreise stehen dem entgegen. Der Kleinbetrieb ließ sich überhaupt nur durch aufopferungsvollste Arbeit der zurückgebliebenen Frauen, Greise und Kinder weiterführen und durchhalten — wie in allen kriegsführenden Staaten wurde der Bauer (gleich dem ganzen Mittelstande) in stärkerem Maße von der Einziehung betroffen als der für die Kriegsindustrie benötigte Arbeiter; hierbei war ein großer Teil des allfälligen Mehreinkommens gewiß eher Arbeitslohn als Grundrente, und nur den allerdings sehr wichtigen Vorzug hatte die hier tätige landwirtschaftliche Bevölkerung, daß sie gegenüber dem Städter und dem Industriearbeiter, an Stelle papierener, wirkliche Mittel zu hinreichender Bedarfsbefriedigung in der Hand hatte. Der größere Betrieb aber und gar der landwirtschaftliche Großbetrieb hatte aus den genannten Gründen mit sehr großen Arbeiterschwierigkeiten zu rechnen: waren doch mit Ausnahme einer gewissen Zahl bei Kriegsausbruch zurückgehaltener russischer Polen die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter der Friedenszeit zumeist in Wegfall gekommen, zog doch die Industrie mit ihren großen Geldlöhnen die überschüssigen Arbeitskräfte mächtig an. Alle Industrieartikel stiegen im Preise — eine in der Folgezeit noch gewichtigere Erscheinung; am Ausgang der Inflation setzte die von Max Sering so genannte »Preisschere« ein, d. h. die völlige Inkongruenz der Preise für industrielle und agrarische Produkte; dagegen war allerdings Kapital billig zu haben, ja, angesichts der Kriegseinkommen eines

Teils des Volkes wurde es fast überreichlich angeboten. Auch die Kriegsgesetzgebung ist für die Einkommensentwicklung in den kleineren und größeren Betrieben der Landwirtschaft wichtig geworden: den strengen Vorschriften über Höchstpreise, über statistische Erfassung und Angebot der Erzeugung konnte sich eher der kleine Bauer als der Großgrundbesitzer entziehen; bei diesem war Kontrolle leichter möglich. Die Folge dieser ungleichen Möglichkeit, zurückzuhalten oder zu Schleichhandelspreisen zu verkaufen, hat auch einen gewissen Gegensatz in der Einkommensbildung des mehr großagrarischen Ostens und Nordens vor allem gegenüber dem Süden mit seinen kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben bewirkt. Doch wird diese Bevorzugung des deutschen Südens dadurch mehr als ausgeglichen worden sein, daß sich die wichtigste Rüstungsindustrie und die aus ihr entspringende größere Kaufkraft im Norden und Westen befand; erst in der späteren Zeit des Krieges erfolgten Fabriksgründungen für Heereszwecke in Süd- und Mitteldeutschland.

Die Statistik des privaten Einkommens und der Einkommensverschiebungen leidet mindestens von 1917 an unter der Unsicherheit und dem Rückgang des Geldwertes, für den es zwar einstweilen noch keine sicheren börsenmäßigen Gradmesser gab — die Notierung der Mark an einigen neutralen Börsen war ganz unberechenbaren Einflüssen ausgesetzt —, der aber am Preisspiegel einigermaßen abgelesen werden konnte (nun beginnt sich die für das Einkommen so wichtige unterschiedliche, ja gegensätzliche Entwicklung des äußeren und des inneren Geldwertes abzuzeichnen). Auch wird durch die Statistik nur das bekannt gewordene Einkommen erfaßt, die so wichtigen irregulären Einkommen entziehen sich ihr.

Auch das öffentliche Einkommen erfuhr im Krieg als Ganzes äußerste Veränderungen: der weitaus größte Teil des Etats war auf die Kriegsausgaben abgestellt, ein großer Teil davon, ähnlich wie das Industrieinkommen, immobilisiert. Soweit Mobilisierungen dieses Einkommens stattfanden, dienten sie auch der Kriegführung, jedes das Gewehr oder den Geschützlauf verlassende Geschöß war ein Akt solcher Mobilisierung. Man kann hierfür, nachdem der Krieg unglücklich ausging, auch das — sonst unstatthafte — Wort »Verpulverung« anwenden. Schließen wir hier gleich die unmittelbaren Folgen des Waffenstillstands und

der Friedensverträge an, so wissen wir, in welchem Maße die Minderung öffentlichen Besitzes in allen denkbaren Formen einsetzte: Zerstörung von Kriegsgerät und Maschinen, die seiner Herstellung gedient hatten oder — nach der oft widersprochenen Meinung fremder Sachverständiger — dienen konnten; Schleifung von Festungen; Auslieferung der Kriegsflotte usw. Andere Besitzbestandteile wurden bei der beschleunigten Demobilisierung verschleudert, hier entstand wenigstens, wenn auch auf unerwünschte und irreguläre Weise, privates Einkommen. Vor allem aber mußte das Reich die Verpflichtung übernehmen, Auslandsdeutsche, Kolonialdeutsche, »Verdrängte«, ferner die Inhaber der ausgelieferten Handelsflotte und anderer angeforderten Vermögenswerte zu entschädigen. So sehr diese Entschädigung hernach durch die Inflation herabgedrückt wurde, so mußte sich doch Besitz und Einkommen des Staates im ganzen mindern. — Andere mittelbare Kriegsfolgen gehören schon mehr zum Kapitel des Umsturzes, der Inflation und der Stabilisierung, sie werden dort dargestellt werden.

2. Während des Umsturzes

Die deutsche Revolution vom November 1918 tritt nach außen hin zunächst als militärisch-politische Bewegung auf. Ziele sind hierbei: die Beendigung des Krieges, Brechung der Macht der Monarchie, der militärischen Kommandostellen, der traditionellen Bürokratie, schließlich Ersetzung der monarchischen durch die republikanisch-demokratische Staatsform. Diese nach außen hin besonders deutliche Seite des deutschen Umsturzes brauchte an sich noch keine allzu starken Rückwirkungen auf Einkommens- und Vermögensschichtung erwarten lassen; immerhin wäre, wenn man, dem Vorbild anderer Demokratien folgend, versucht hätte, das Berufsbeamtentum durch einen parteipolitischen Angestelltenapparat zu ersetzen, eine distributive Wirkung größeren Stils möglich gewesen. Aber das Berufsbeamtentum erhielt sich nicht nur, es ging im ganzen sogar zahlenmäßig und in seiner Machtstellung gestärkt aus dem Umsturze hervor, nur allerdings wechselte zum Teil die Herkunft der Beamten aus den verschiedenen Volksschichten. Auch gewaltsame Ein-

griffe in das Vermögen der Dynastien und der von diesen abhängigen Gruppen unterblieben fürs erste, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen. Die privatrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Ländern und Fürsten beschäftigten die Gerichte, und erst nach Jahren wurde das Volk zur Entscheidung über grundsätzliche Fragen des dynastischen Besitzes im »Volksbegehren« vom März 1926 aufgerufen. Nachdem auf diese Weise auch kein Ende der Streitigkeiten erreicht wurde, ist z. B. in Preußen Herbst 1926 eine außergerichtliche Verständigung herbeigeführt worden. Jenen gehobenen Schichten, welche die Fürstenfamilien darstellen, ist ein zum Teil erheblicher Besitz belassen worden.

Aber der Umsturz hatte über die militärisch-politische Seite hinaus eine soziale Seite. Das konnte auch nicht anders sein, nachdem nicht, wie 1848, die bürgerliche, sondern die sozialistische Demokratie Hauptträgerin der Revolution und ihrer Forderungen war. Nunmehr stand die »Sozialisierung« nicht mehr nur auf dem Programm; sondern dieses Programm sollte, wenigstens nach dem Willen des »unabhängigen« Teils der Sozialdemokratie und ihres radikalen kommunistisch-bolschewistischen Flügels, in die Tat umgesetzt werden. Ein »Sozialisierungsgesetz« wurde erlassen und nahm sich auf dem Papier ziemlich gewalttätig aus. Indes hielt sich die verantwortliche Mehrheitssozialdemokratie an das Bündnis mit Zentrum und bürgerlicher Demokratie und die Möglichkeit radikaler Besitz- und Einkommensumschichtung wurde einstweilen erst in »Sozialisierungskommissionen« theoretisch studiert. Nur wenig Durchgreifendes geschah in der Praxis.

Hier vollzog sich vielmehr ein andersgearteter Prozeß, weniger von grundsätzlich-sozialistischen als von praktisch-sozialreformischen Gedanken und Interessen geleitet, freilich — gerade deshalb — mit erheblichen tatsächlichen Folgen: das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit erfuhr so grundsätzliche Änderungen. Da die Arbeiterfragen für uns nur in ihrer Rückwirkung auf die anderen Bevölkerungsgruppen, zumal auf den Mittelstand, in Betracht kommen, kann auf die erwähnten Verschiebungen im Arbeitsverhältnis und in der Machtposition von Kapital und Arbeit nicht näher eingegangen werden.

Gewisse formale Abänderungen des Arbeitsverhältnisses ent-

sprachen nur der veränderten Machtlage von Kapital und Arbeit. Ersteres, des Anschlusses an die früheren Mächte (Dynastie, Heer, Bureaucratie, bürgerliche Parlamentsmehrheit usw.) beraubt, paßte sich der neuen Situation an. Diese Anpassung war gewiß manchmal vorteilhaft für die private Produktion; sie führte nicht selten zu einer Einigung mit den Arbeitern, aber allerdings ebenso oft auf dem Rücken der Konsumenten und zumal des mittleren und kleineren, an der Produktion nicht oder doch nur wenig beteiligten Besitzes. Das wurde aber erst später ganz deutlich. Zunächst erlebte man, trotz jener Verständigungsbemühungen, starkes Anziehen der Arbeitslöhne bei zurückgehender Arbeitsleistung, wilde Streiks, offene Empörung von Belegschaften gegen ihre Unternehmungen, und dies trotz besonnener Abmahnung seitens der in der Regierung sitzenden sozialistischen Führer. Man prägte damals das Wort, die deutsche Revolution sei zu einer Lohnbewegung geworden. Gelang es den Gemäßigten, die Spartakusgruppe und später die Kommunisten ebenso wie die Reaktion der Kappanhänger (1920) niederzuhalten, so war ihr Gleiches hinsichtlich der sozialen Folgen des Umsturzes nur in viel geringerem Maße möglich.

Solche Folgen offenbarten sich vor allem in der weiteren Schmälerung der durch den langen Krieg schon so sehr dezimierten Produktionsdecke; dies galt zumal für Landwirtschaft und Bergbau, aber auch für den größten Teil der übrigen Erzeugung. Diese Einschränkungen mußten auf die aus dem Produktionsertrag schöpfenden Einkommen (Zinsen, Dividenden usw.) unmittelbar zurückwirken, und zumal der Mittelstand wurde notleidend; Importe, unerläßlich, um den äußerst geminderten Rohstoffvorrat zu ersetzen und das Minus der agrarischen Produktion fürs erste auszugleichen, unterblieben nicht nur, weil sie durch die Kriegsgegner noch vielfach gesperrt waren, sondern auch aus Mangel an Kredit und Waren, die als Gegenwert hätten ausgeführt werden können. Dieser Importausfall war in dem geschwächten Deutschland von 1918 bis 1919 etwas anderes als er heute sein würde. Im ganzen war dabei die Lage der Arbeiterschaft als solche gegenüber dem Mittelstand eine bessere, zumal die Einwirkung der »industriellen Reservearmee« durch Arbeitslosenunterstützung, durch Einstellungszwang und Kündigungsverbot ziemlich ausgeschaltet schien; vor allem aber hatten

die Ungelernten und Jugendlichen Vorteil, weil die Löhne nivelliert wurden und die Massen der Ungelernten und Jugendlichen in den Gewerkschaften viel mehr ausschlaggebend waren als früher.

Mit nicht sehr zahlreichen Ausnahmen hielt das Schicksal der mittleren Gruppen die im Krieg vorgezeichnete Richtung ein; doch erfuhr diese um so mehr eine Verschärfung, als das Einkommen meist schon stark geschwächt war und zum sozialen der politische Machtumschwung trat. Hierbei wirkten die Erzberger'sche Steuerreform, Zwangsanleihen usw. erfolgreich mit.

Wir sahen, daß im Kriege erst spät an Steuerreformen zur Finanzierung der Kriegführung gedacht worden war. Der Umsturz legte steuerliche Eingriffe nahe, sie entsprachen dem Programm der ans Ruder gelangten Parteien. Weitgehende steuerliche Aderlässe durch Zwangsanleihen usf. schienen auch geeignet, der weiteren Verschlechterung des Geldwertes — er war schon nach Mitte des Krieges auf abschüssiger Bahn, in Deutschland freilich in viel geringerem Maße als in Österreich — vorzubeugen. Die Meinung wurde vertreten, daß starke Steuerleistungen der Besitzenden diesen eine Erhöhung oder wenigstens Konservierung ihres verbleibenden Vermögens und Einkommens verbürgen werde. Hier ist der Platz, um die größtenteils in die Umsturzzeit fallenden Ursachen der Inflation — die uns als solche erst im nächsten Kapitel beschäftigt — kurz zu prüfen.

Schuld daran wird vom einen Volksteil der Produktion, vom anderen den Belegschaften gegeben. Zweifellos waren beide Gruppen beteiligt. Das Valutadumping mußte zumal der Exportindustrie willkommen sein, von hier gingen bedeutende Anstöße aus. Indessen sind die unausgesetzten Lohnforderungen, Streiks und Pressionen seitens der Arbeiter und Angestellten ebenfalls inflationistisch zu werten und als die Beamten in die Reihe der Fordernden eingetreten waren und schließlich Indexlöhne auf der ganzen Linie herrschten, war eine gemeinsame Front von solchen entstanden, die entweder geradezu Nutznießer der Geldentwertung waren oder diese wenigstens für sich nicht mehr zu fürchten brauchten.⁵ Außerhalb stand der Bezieher kleineren und mittleren Einkommens vor allem aus auf Mark lautenden

⁵ Vgl. hierzu unter anderem v. *Zwiedineck-Südenhorst* in *Schmollers Jahrbuch* 1924.

Schuldtiteln (Hypotheken, Bank-, Versicherungs- und Sparkassenguthaben, Industrieobligationen, Pfandbriefen usw.); das war aber, wie unten zu zeigen ist, ein großer Teil des »alten«, eigentlichen Mittelstandes, immer mehr fiel er mit seinen Ansprüchen an das Nationaleinkommen aus; das Nähere ist hernach (unter 3) zu schildern.

Der Umsturz hatte die politisch-militärische Lage Deutschlands endgültig besiegelt; Waffenstillstand und Versailler Friede wurden nicht mit einem Partner vereinbart, sondern dem Besiegten oktroyiert. Insofern ist der Umsturz an den Folgen des Friedensvertrages mit beteiligt. Diese Folgen waren, ganz abgesehen von den Wirkungen auf den Staat, auch für viele private Wirtschaften in Deutschland katastrophal. Schon im Kriege war eine praktische Enteignung wertvoller privater Rechtstitel erfolgt, waren ausländische Wertpapiere gegen Papiermark abverlangt, Gold- und Goldwertbestände eingefordert worden. Wieder war der Mittelstand hauptbeteiligt. Zugleich hub die Mietgesetzgebung an, die das unmittelbare und mittelbare Einkommen des Hausbesitzes allmählich auf den Nullwert herabsenkte und somit den einen Teil des Mittelstands zugunsten des anderen benachteiligte; die sozialpolitischen Auflagen blieben im Großbetrieb oft noch erträglich, drückten um so schwerer auf Mittel- und Kleinbetrieb. Dadurch wurde die Tendenz zur Konzentration, zu immer weitergehender Ausschaltung und Zurückdrängung der kleinen und mittleren Besitzer gesteigert.

3. Während der Inflation

Gehört die deutsche Inflation zu den Kriegswirkungen? Die grundsätzlich bejahende Antwort bedarf zweier Einschränkungen: erstens ist die Inflation nicht nur durch den Krieg bedingt; zweitens hätte sich die durch ihn herbeigeführte Schwächung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft theoretisch auch in anderer Weise auswirken können als in Inflation.

Zum ersten Punkte kann hier nur das etwas breiter ausgeführt werden, was auf die Einkommensfragen Bezug hat; bemerkenswerterweise handelt es sich dabei um Angelegenheiten, die auch auf die zweite Frage Antwort geben. Wir haben nämlich von

der Einkommenspolitik in Deutschland zu sprechen, die schon erhebliche Zeit vor dem Kriege als wichtiger Teil der Sozial-, Bevölkerungs-, Kultur- und Wirtschaftspolitik eingesetzt hatte, im Krieg starke Anstöße und mancherlei Wandlungen erfuhr, ihn überdauerte und wahre Triumphe in der Zeit feierte, die wir gegenwärtig betrachten: in der Inflationsepoche. In dieser noch näher zu charakterisierenden Einkommenspolitik liegen meines Erachtens auch unabhängig vom Kriege gewisse treibende Kräfte zur Inflation,⁶ wobei freilich erst die abnormale Lage der Kriegszeit die Hemmungen zurückdrängte, die im übrigen einer inflationistischen Auswirkung der Einkommenspolitik begegneten. (Es darf hier auch an die Preissteigerung in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege erinnert werden, die zum Teil wenigstens von der Geldseite herkam.) Ohne die willkürlichen Einwirkungen jener Einkommenspolitik wäre eine andere Entwicklung trotz der Kriegswirkungen nicht unmöglich gewesen; wir kennen hinreichend viele Kriege, nach deren Abschluß zwar alles mögliche andere Unglück auf den Besiegten lastete, ihr Geldwesen aber unberührt geblieben ist oder wenigstens nicht die furchtbaren Schicksale der deutschen Mark und der österreichischen Krone erlitt. Kapital- und Kreditstörung kann, ja wird normalerweise sich auch auf andere Weise geltend machen, Arbeitslosigkeit — die bekanntlich und bezeichnenderweise im Deutschland der Inflationszeit im ganzen vermieden wurde — ist gewiß eine näherliegende Folge der Zerstörung eines großen Teils des Produktionsapparates und des Marktes, als es die Inflation ist. Wir werden also die an den Anfang dieses Abschnitts gestellte Frage nur in dem Sinn bejahen, wie es überhaupt möglich ist, bestimmte Ereignisse als Ursache bestimmter Folgen anzusprechen: indem wir negativ sagen, daß die Inflation ohne den verlorenen Krieg selbstverständlich nicht eintreten konnte, daß sie aber so, in diesem Umfang auch nicht unvermeidlich war; und indem wir weiterhin zu ermitteln versuchen, in welchem ungefähren Verhältnis die anderen möglichen Inflationsursachen zum Kriege stehen.

Wenn wir von »Einkommenspolitik« sprachen, so meinten wir

⁶ Also, im Sinn der Feststellung auf S. 112, sog. »konstante« neben »variablen« (zeitbedingten) Faktoren. Ähnliches gilt für die Feststellung am Schlusse des letzten Abschnitts.

damit Maßnahmen der staatlichen Gesellschaft in Richtung auf das Einkommen und in der Absicht, es aus der Lage wegzubewegen, die sich als Folge des natürlichen Spiels der wirtschaftlichen Kräfte ergeben muß. Diejenige Einkommenspolitik nun, von der wir glauben, daß sie in Deutschland neben dem Krieg verantwortlich für viele Inflationserscheinungen ist, stellt sich als ein Kompromiß zweier wirtschaftlicher Grundanschauungen dar: jener des manchesterlichen Liberalismus, der völlig freie Entfaltung der auf der Eigentumsordnung ruhenden Wirtschaft fordert, und jener des Sozialismus, der Verteilung und (oder) Produktion gemeinwirtschaftlich regeln möchte. Wir wollen die Grundelemente dieser Einkommenspolitik nicht theoretisch entwickeln, sondern lieber untersuchen, inwieweit das inflationistische Deutschland Spuren einer solchen Politik aufwies, die wir hernach als Kombination einzelner Triebkräfte anzusprechen haben würden.

So erlebten wir auf fast allen Gebieten der Einkommensbildung den mehr oder weniger erfolgreichen Versuch korporativer Regelung: korporative Lohn- und Gehaltspolitik aller Arbeitnehmergruppen einschließlich der öffentlichen Beamten; korporative Preispolitik der weitaus meisten Unternehmer, wobei freilich die Formen mehr variierten als in der Lohnpolitik und wobei die Einkommenspolitik sich in den größeren Rahmen der Preispolitik einfügte. Wir sahen Erwerbslose, Kriegsinvalide und -hinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sich organisieren, ähnlich wie später, nach der Stabilisierung, deren Opfer sich zu Vereinigungen der Hypothekengläubiger, der Besitzer entwerteten Papiergeldes oder der Aktionärminderheiten usw. zusammenschlossen. Ein Teil dieser Organisationsfreudigkeit ist der deutschen Mentalität zu danken, die von jeher für genossenschaftlichen Zusammenschluß gleichgerichteter Ideen oder Interessen gewesen ist. Ein weiterer Teil erklärte sich aus dem starken Gefühl dafür, daß tatsächlich durch solche organisierte Gruppen Machtpositionen erreicht werden konnten, die den Einzelnen versagt waren. Endlich aber ist auch die gestörte Zeit für manche Übertreibung des Organisationsgedankens verantwortlich zu machen: aus Krieg und Kriegswirtschaft war man mit dem Organisieren vertraut, Ungeheures war durch das Heer und die Konzentration der Wirtschaft auf den Krieg in der Tat erreicht

worden; man glaubte die Technik des Organisationswesens hinreichend zu handhaben, es gab genug solche, deren Einkommen im Krieg aus irgendeiner organisatorischen Tätigkeit geflossen war und die sich nach Wegfall dieser Gelegenheiten bemühten, neue Grundlagen für eine ähnliche Tätigkeit und den daraus fließenden Verdienst ausfindig zu machen; in diesem Sinn also sehr private Einkommenspolitik als Motiv und Grundlage sozialer Massen-Einkommenspolitik!

Die Niederschläge dieser Organisationsbestrebungen waren Kartelle und Truste, industriell-kommerzielle Kombinationen der bekannten vertikalen Art, Genossenschaften, Syndikate, Außenhandels- und Preis-(Richtungspreis-)stellen bei den Unternehmern und Händlern, Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsrätezentralen bei den Arbeitnehmern; zwischen beiden Gruppen vermittelten Spitzenverbände, beide fanden sich in Arbeitsgemeinschaften und gemischten Gremien sehr verschiedener Art zusammen, saßen gemeinsam im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, waren Gegner vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Schlichtungsausschüssen und Tarifinstanzen, schlossen miteinander Arbeitstarifverträge, saßen gemeinsam in den Kommissionen für Feststellung der Indexziffern (s. u.) und in vielen anderen Stellen. Der Staat hat diese Organisationen vielfach unterstützt, sie manchmal selbst ins Leben gerufen, sie jedenfalls geduldet. In einem gewissen Grade war er selbst Nutznießer der Organisationsfreudigkeit, der nicht nur die verschiedenen planwirtschaftlichen Versuche und Sozialisierungskommissionen, sondern auch die »Grundprinzipien« (sit venia verbo) der Wirtschafts- und Sozialpolitik während der Inflation ihr Entstehen dankten. Das nach Kriegsende weiterhin vermehrte Personal der Reichs-, Landes- und Gemeindeämter fand in und im Verkehr mit solchen Organisationen hinlänglich Beschäftigung. Indem Mitglieder des zerstörten Mittelstandes in öffentliche Stellen drängten, steigerten sie die organisatorisch-legislative Hypertrophie mit allen ihren Folgen.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sollen die beiden Pfeiler dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf das hin geprüft werden, was sie zur Einkommenspolitik der Inflationszeit beigetragen haben: es handelt sich vorwiegend um Kartell- und Gewerkschaftspolitik. Beide zogen am selben Strang, der Preis-

und Lohnerhöhung mit Folge der Geldwertsenkung. Was den Anfang machte: Kartell- oder Gewerkschaftspolitik, kann und braucht nicht entschieden zu werden, zeitlich und begrifflich gehören sie zusammen.

Die gewissermaßen »natürliche« Gegnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern — die hier nicht in klassenkämpferischem Sinn verstanden werden soll — wurde durch Vorgänge dieser Art nicht selten in gemeinsame Fronten der Unternehmer und Arbeitnehmer der einen Branche gegen die anderer Branchen umgewandelt. Nimmt man hinzu, daß die schon vor dem Krieg häufige Gegnerschaft zwischen Rohstoff- und Fertigfabrikanten — sie kam auch beim Kampf kartellierter Werke gegen vertikale Konzerne zum Ausdruck — in verstärktem Maße fort dauerte,⁷ so hat man eine Vorstellung von der Bedeutung einer wenn auch nur zeitweiligen Bundesgenossenschaft zwischen Kapital und Arbeit eines Berufszweiges auf Kosten eines anderen. Zumal dann, wenn erhöhte Tariflöhne im Kohlenbau erhöhte Kohlenpreise erzwangen, mußte sich eine Verteuerung, ein Preis- und Lohnkampf auf der ganzen folgenden Produktionslinie entwickeln, und jedes dort sich bildende Einkommen wurde von diesen Vorgängen berührt.

Wie es in dieser Zeit dem uns besonders interessierenden Mittelstand ergangen ist, bleibt nun zu zeigen, ist aber zum Teil schon durch die bisherigen Ausführungen vorweggenommen worden. Monopole, Privilegien, Tarifverträge, Indexlöhne, kurz die Stützen für den Bezug gesicherten Einkommens entfielen für die meisten Gruppen des Mittelstandes. Gingen seine Mitglieder, seine Söhne und Töchter Arbeitsverhältnisse ein, so wurden sie allerdings auch der Vorzüge der Arbeitnehmerstellung teilhaftig, aber nicht allen gelang es, zumal auch die Gesetzgebung den Versuch machte, die Besitzenden vom Arbeitsmarkt fernzuhalten; immerhin war dieser für den Angestellten in dieser Zeit nicht ungünstig, denn wie im Kriege waren die Unternehmungen mit verwaltender und bureaukratischer Nebenarbeit aller Art belastet, und in vielen Fällen verschlug es auch nichts, eine oder die andere Arbeitskraft über den Bedarf hinaus anzustellen; dadurch entstanden unzählige irreguläre, oft mehr oder weniger

⁷ Andere zu vermutende Gründe, zumal auch Einwirkungen aus dem Auslande, können hier nicht gewürdigt werden.

geschenkweise Einkommen.⁸ Dabei blieben trotz aller Tarifverträge und Indices die Löhne doch meist unter dem Friedensstande.⁹ So war es unter anderem möglich, einen sehr großen Teil der beschäftigungslosen Offiziere unterzubringen; für die Einstellung von Schwerbeschädigten sorgte die Sozialgesetzgebung in sehr bemerkenswerter Weise. Vor allem im Bankgewerbe bot sich lohnende Beschäftigung auch für ungelernte Mittelständler, sei es auch nur, daß sie zum Zählen der ins Unglaubliche vermehrten Geld- und Wertzeichen verwendet wurden; in Privatdruckereien, welche von der Reichsbank zur Beschleunigung des Papiergelddruckes herangezogen werden mußten, wurden damals Frauen und Männer des Mittelstandes lediglich als Aufsichtspersonal angestellt. Ganz allgemein ist die an sich schon bedeutende Berufstätigkeit des deutschen Volkes weiterhin gestiegen, wenn es natürlich auch, vom höheren volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, nicht immer eigentliche Berufstätigkeit, sondern oft nur der trügerische Schein einer solchen war. — Wo aber Arbeitslohn in irgendeiner Form nicht angestrebt werden konnte oder sich keine Arbeitsgelegenheit bot, lebte ein sehr großer Teil des Mittelstandes von der aus dem Krieg geretteten (manchmal im Krieg auch erhöhten) Vermögenssubstanz oder — er spekulierte. Kostbarkeit aller Art, Hausrat, schließlich alles eben noch Entbehrliche wurde zu kärglichem Gelegenheitseinkommen. Die Spekulation aber war die selbstverständliche Angelegenheit von Menschen, die, zumal gegen Ende der Inflationszeit, die Zwecklosigkeit erkannten, bares Geld — auch gegen sehr hohen Zins — zu horten. Daß jeder Spekulationsakt — mit wenig Ausnahmen — à la baisse der Mark erfolgte, wurde auch dem Patrioten, wenn er keine andere Möglichkeit des Auskommens mehr sah, gleichgültig. Waren hinreichend Wertpapiere vorhanden, so konnte man bei einigermaßen geschickter Spekulation von ihnen leben, zumal wenn die Absicht auf den Erwerb junger Aktien usw. gerichtet war. Wie sehr dabei freilich doch die Besitzsubstanz in

⁸ Sie ermöglichten, und das war eine Lichtseite und ein Vorteil zumal für die Söhne und Töchter des Mittelstandes, im Zusammenhang mit hoch zu bewertenden *Spenden des Auslands (zumal Amerikas)* vielen Studierenden der Universitäten und Hochschulen den Aufenthalt daselbst.

⁹ Vgl. den Beitrag von Professor W. Zimmermann.

Mitleidenschaft gezogen wurde, zeigte sich bei Ausgang der Inflation: als nach der Stabilisierung die Goldrechnung durchgeführt und der große Abschluß vorgenommen worden war, erwies sich eine fast durchgängige außerordentliche Wertminderung gerade der Titel, die während der Inflation am meisten — und weit über Gebühr — begehrt gewesen waren, voran der Aktien. Vermögen war in Einkommen verwandelt und konsumiert worden. Wir kommen darauf im dritten Abschnitt dieses Teils zurück.

Würdigt man die Lage des Mittelstandes in dieser Epoche, dann darf man an den sozialpolitischen Maßnahmen nicht vorbeigehen, welche wenn nicht seiner Erhaltung, so doch der Lebensfristung seiner Mitglieder dienten. Mittelstandsküchen freilich waren ein Erbe aus dem Kriege. Nunmehr aber nahm man sich der durch die Inflation um ihr Letztes gebrachten Kleinrentner an. Teils wurden sie mit den »Sozialrentnern« (den Rentenberechtigten der Sozialversicherung) zusammengefaßt, teils galten ihnen besondere Maßnahmen. Natürlich konnte bei der ganz verzweifelten Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden nur das nackte Existenzminimum gewährt werden, meist weniger als dies. Immerhin war der Gedanke, die zuerst auf die Arbeitnehmer zugeschnittene Sozialpolitik den Deklassierten des Mittelstandes zuzuwenden, bedeutsam; wichtig auch, daß diese Schichten nicht einfach auf die Armenpflege verwiesen wurden. Die Einkommenspolitik des Staates, früher auf die Arbeitnehmer beschränkt, erfuhr jetzt eine Erweiterung, aus den stark geminderten Einkommen der öffentlichen Körper flossen beträchtliche Summen als Einkommen an den ehemaligen Mittelstand ab.¹⁰ Man sieht aber, wie unregelmäßig und wie wenig wirtschaftlich ein Einkommen war, das entweder durchaus ein gelegentliches war oder einer vorübergehenden unsicheren Arbeitsgelegenheit gedankt wurde, entweder auf Besitzveräußerung oder Spekulation oder freiwilliger Zuwendung aus öffentlichen Fonds beruhte. Augenscheinlich fiel dabei der Mittelstand als Sparer, der er durch lange Jahrzehnte vor dem Kriege war und welcher Eigenschaft er zum Teil eben seinen Charakter als Mittelstand dankte, vollkommen aus; angesichts

¹⁰ Darin liegt natürlich keine Entschädigung für die Verluste, die der latente Staatsbankrott den Staatsgläubigern zufügte.

der im ganzen doch geringen Gewöhnung der Arbeitermassen am Sparen mußte dieser Ausfall doppelt schmerzlich auf Kapitalbildung und Kredit zurückwirken.

Das Nationalvermögen aber und Nationaleinkommen — also die Summe aller in deutschen Händen befindlichen Vermögensstücke und Einkommen — mußte immer mehr zusammensinken. Eine beträchtliche sogenannte Überfremdung des Grund- und Hausbesitzes, vor allem in großen Städten, trat ein, auch alle anderen erreichbaren Güter wurden vom Ausland verhältnismäßig billig erworben. Gegen diesen »Ausverkauf« suchte man sich später, allzu spät, durch Übergang zur Gold- oder Devisenrechnung zu schützen, aber mit zweifelhaftem Erfolg hinsichtlich des erzielten Gewinns, mit unzweifelhaftem Erfolg nur hinsichtlich der Wirkung auf den Markwert. Der Ausverkauf schuf aber wenigstens einen Teil derjenigen Kaufkraft, die den wirtschaftlichen Verkehr aufrechterhielt. Eine gewisse Zahl von Industriellen und Kaufleuten gelangte hierbei auch in den Besitz auswärtiger Devisen und Bankguthaben. Doch dürfen Gewinne dieser Art nicht so überschätzt werden, wie das in der öffentlichen Meinung, Deutschlands und noch mehr des Auslands, vielfach geschah: das ist im nächsten Kapitel, das die Einkommensbewegung nach der Stabilisierung darlegt, zu besprechen.

4. Nach der Stabilisierung

Halten wir fest: beim Ausgang der größten Inflation, die die Geld- und Wirtschaftsgeschichte der Welt kennt, eben der deutschen, gab es zwar Lohn- und Gehaltseinkommen, das noch auf Papiermark lautete (obwohl man auch schon begonnen hatte, Löhne und Gehälter in fremden Währungen, Rechenpfennigen und Gutscheinen auszugeben); Fonds aber, Besitz und Kapital und daraus fließende Einkommen gab es in dieser Gestalt nur mehr als Ausnahmen. Wer im alten Deutschland 50 000 bis 100 000 M mobiles Kapital besessen hatte, gehörte den oberen Schichten des Mittelstandes an; Ende 1923 hätte er 50 000 bis 100 000 Billionen Papiermark haben müssen, um sich auf jener sozialen Basis zu erhalten, und selbst dieser Betrag mochte als gefährdet und unsicher gelten. Nur ein Besitz oder Schuldtitel

in anderer Form, auf fremde Währung, Sachgüter oder Leistungen lautend erwies sich wenigstens einigermaßen als beständig. In Dollar-, Gold-, Roggen-, Kali- und anderen Anleihen hatte man Titel dieser Art geschaffen. Die Realität des Besitzes und Einkommens wurde in den mannigfachsten Formen erstrebt: jede Art Ware, jede nicht auf feste Papiermarkrente lautende Forderung war recht und erschien genügend. Waren und Forderungen oder Titel der genannten Art waren in die Geldfunktion eingetreten. Augenscheinlich mußten sie in dem Augenblicke, wo die Stabilisierung gesichert war, wieder aus dieser Geldfunktion ausscheiden; ein sehr großer Teil der irregulären Nachfrage blieb nun aus, Preissenkung war die natürliche Folge, man hatte sich zumal im Mittelstand der bedenklichsten Selbsttäuschung hingegeben, wenn man glaubte, auf diese Weise seinen Besitz und sein Einkommen zu erhalten oder gar Reichtümer anzusammeln.

Das zeigte sich aber auch bei den Aktien und ähnlichen Papieren, die in weitesten Kreisen Gegenstand des spekulativen Erwerbs geworden waren. Es kam das Gesetz über Goldbilanzen; sofort trat die Folge der Schaffung zusätzlichen Aktienbesitzes in die Erscheinung. Ursprünglich hatten die »jungen Aktien« der Befriedigung des Kapitalbedarfs der Produktion gedient; ihre Ausgabe schien ja auch nur der Geldentwertung angemessen zu sein; sie war hernach mehr und mehr Selbstzweck, Spekulationsobjekt der Unternehmungen selbst geworden, wahllos, ohne jede Kritik und Kenntnis war das Publikum auf diese Möglichkeit, Papiergeld loszuwerden, eingegangen; wer auf rechtzeitige Abstoßung solchen Erwerbs bedacht war, in ihm nur eine kurzfristige Anlage sah und sich der *à la baisse*-Spekulation verschrieben hatte, mochte zeitweilig sein Einkommen steigern, jedenfalls erhalten; und gerade im Mittelstand fristeten zahllose Existenzen so ihr Leben. Wem dieser Besitz aber im Augenblick der abgeschlossenen Stabilisierung verblieb, der sah ihn sich mehr und mehr entwerten, in den unglaublich gesenkten Kursen las er wie an einem Barometer das Sinken seines Vermögensbestandes ab; aus ihm floß, nachdem die jungen Aktien ausblieben, Einkommen in regelmäßiger Dividendenform einstweilen nur in seltenen Fällen, jedenfalls in ganz ungenügender Höhe.

Einige Jahre nach der Stabilisierung lassen sich die Folgen einigermaßen deutlich erkennen. Man wird jetzt wenigstens zu unterscheiden in der Lage sein, 1. welche Einkommen dauernd der gesamten Volkswirtschaft verlorengegangen sind — weil ihre Quellen nicht mehr fließen, ihre Fonds ins Ausland abgewandert oder im Inland verzehrt worden sind; und welche Einkommen 2. nur ihre Bezieher und Nutznießer gewechselt haben. Beide Prozesse, Untergang und Verschiebung von Einkommensquellen, durchkreuzten sich 3. nicht selten; dieser Fall ist aber nicht besonders ins Auge zu fassen, er wird bei 1. und 2. mitbesprochen.

Zu 1. Endgültig verschüttet sind Einkommensmöglichkeiten dann, wenn eine Produktion, die sie vordem gewährt hatte, als solche verschwunden ist und nicht etwa durch die Konkurrenz ersetzt wurde (in welchem Fall eine Erscheinung der zweiten Art vorläge). Eine Produktion aber verschwindet mit dem Markte, für den sie tätig gewesen war. Der Markt wiederum kann ein inländischer oder ausländischer gewesen sein. Im zweiten Falle liegt der Verlust auf der Hand. Jene deutschen Geschäfte, Betriebe, Faktoreien, Handelshäuser, die vor dem Kriege über die ganze Welt verstreut gewesen waren und die während oder nach dem Kriege zwangsweise oder freiwillig zur Liquidation hatten schreiten müssen, haben aufgehört, ein beträchtliches Einkommen in mannigfachen Formen: als Kapitalgewinn, Unternehmer-, Arbeits- oder Maklerlohn, Rente usw. nach Deutschland zu entsenden. In zahlreichen Fällen hatte nun bekanntlich der Reichsfiskus dem Geschädigten für einen Teil des Verlustes aufzukommen. Aber auch da, wo diese Entschädigungen nicht durch Inflation oder durch Steuern dezimiert worden waren, erweist sich das in ihnen entstehende Einkommen volkswirtschaftlich als etwas anderes als der Überschuß aus kolonialer oder weltwirtschaftlicher Produktion, der früher als Einkommen nach Deutschland geflossen war. Denn jene Schadloshaltungen müssen durch Steuern oder Betriebsüberschüsse hereingebracht werden, andere Einkommensbezieher werden so betroffen, und wenn es sich dann nicht um eine reine Einkommensverschiebung (2.) innerhalb des Reiches handelt, dann liegt wenigstens ein gemischter Prozeß vor, der sich aus Einkommensabsorption und Einkommensverschiebung zusammensetzt (3.). Anders liegt es,

wenn z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika nachträglich wenigstens das kleinere deutsche Vermögen freigaben.

Zu diesen Verschüttungen früherer Einkommensquellen treten die Einbußen, die durch den sogenannten »Ausverkauf« während der Inflation entstanden. Das Ausland erlangte dadurch Sachgüter — mobile und immobile — zu Preisen, die die Herstellungskosten oft nicht deckten und unter den sogenannten »Wiederbeschaffungspreisen« lagen. Hierzu zählt die Ausfuhr mobiler Gegenstände ebenso wie der Kauf von Häusern und Landgütern; in weniger einschneidender, aber doch grundsätzlich ähnlicher Weise trat der Ausverkauf in die Erscheinung, wenn Landesfremde durch ihre Devisen sich einen oft äußerst billigen Aufenthalt in Deutschland verschafften. Eine Herunterwirtschaftung von Produktionsstätten aller Art war damit verbunden, spätestens im Augenblick der Stabilisierung mußte das klar werden.

Beide einkommenszerstörende Prozesse aber vollzogen sich, dies muß betont werden, innerhalb einer Volkswirtschaft, die auf weiten Gebieten durch viereinhalb Kriegsjahre kein regelmäßiges Einkommen reproduziert hatte. Hier ist Kapitel 2 dieses Teils heranzuziehen; innerhalb einer Volkswirtschaft ferner, die ihren wesentlichen Funktionen nach auf das innige Zusammenarbeiten mit anderen Volkswirtschaften angewiesen war. Vielleicht hätte sie über den erwähnten Verlust an Handelshäusern, Faktoreien usw. im Ausland und in den Kolonien hinwegkommen können, hätte sie im übrigen den Weltmarkt einigermaßen so wieder angetroffen, wie sie ihn im Juli 1914 verlassen hatte. Aber man weiß, welche Unterschiede hier zwischen 1914 und 1918 eingetreten sind, wie eine weitgehende Loslösung der außereuropäischen Märkte von der europäischen Produktion stattgefunden hatte. Nicht nur Deutschland, auch die anderen Länder des Kontinents leiden heute hierunter, aber allerdings Deutschland wohl am meisten. Hierdurch wurden weitere Einkommensquellen verschüttet; wenn es auch durch angestrengte Arbeit gelang, gerissene Fäden der Weltwirtschaft wieder anzuknüpfen, so bleibt doch fraglich, in welchem Umfang aus den neu angebahnten Geschäften schon reales Einkommen entstanden ist. Nicht selten ist mit Verlust gearbeitet worden, zumal nachdem das Valutadumping beendet war; auch die Verbesse-

rung der Handelsbilanz zeigt dies an.¹¹ Wir sahen, daß auch oft der Valutagewinn nur scheinbar bestand, daß auch daraus Verluste entstanden; immerhin ist der Unterschied, daß sie heute mehr und unmittelbarer den Unternehmer angehen, während sie früher mehr auf anderen Schultern (Mittelstand) lasteten. Ein besonderer Fall endlich ist der Export von Reparationsgütern. Er führt allgemein nicht zu originärem, sondern zu abgeleitetem Volkseinkommen; da er vom Reich bezahlt wird und das Reich mittelbar die Steuerzahler heranzieht, liegt hier mehr eine Einkommensumschichtung (2.) vor.

Zu eigentlichen und bis auf weiteres endgültigen Verlusten an Einkommensfonds aber wird man rechnen müssen, daß während der Inflation jene »Immobilisierung« der Produktion (siehe oben) eingetreten bzw. fortgesetzt worden war, die allein vor der Geldentwertung zu schützen schien. Ein Produktionsapparat, der nicht funktioniert, ist Ballast und keine Einkommensquelle. Dabei wurden nicht selten Maschinen beschafft, die einige Jahre später nicht mehr auf der Höhe der Zeit standen und bald als altes Eisen anzusehen waren; Kapitalmangel aber verbot die rechtzeitige Erneuerung und Anpassung an modernere Methoden. Neuerdings hat der Rationalisierungsprozeß immerhin vieles verbessert, freilich auch neue Schwierigkeiten heraufbeschworen: Arbeitslosigkeit!

Schließlich gehört von dem, was uns unten unter dem Titel der Einkommensverschiebung zu beschäftigen hat, einiges auch hierher: wenn Löhne, Steuern, soziale Lasten (Sozialversicherung usw.) vielfach gestiegen sind, so wird man darin in der Tat fürs erste eine Einkommensumschichtung zu sehen geneigt sein: der Arbeiter und Angestellte erhielt dann in erhöhtem Lohn, im Anspruch auf Versicherungsleistungen, in gekürzter Arbeitszeit usw. unter Umständen Einkommensquoten, die früher dem Unternehmergewinn oder Kapitalzins zugeflossen waren:¹² und

¹¹ Die Steigerung des Exports war oft nur bei verlust- oder wenigstens nicht-gewinnbringenden Preisen möglich.

¹² Es besteht alle Veranlassung, die klassische Lehre vom »Lohnfonds« wenigstens in dem Sinne wieder aufleben zu lassen, daß er in gestörten Zeiten vorausgesetzt werden muß. In diesem Sinn zuerst der Verfasser in seinem Aufsatz: »Unternehmergewinne und Löhne nach dem Kriege«, Schmollers Jahrbuch 1919; jetzt auch *Eulenburg* (a. a. O.) und *L. v. Wiese* (»Die freie Wirtschaft«).

indem die Produktion durch Umsatzsteuern, durch höhere Abgaben für öffentliche Zwecke usw. belastet ist, ohne daß die Abwälzung oder Amortisation¹³ gewährleistet wäre, darf vielleicht eine Verminderung anderer Steuerlasten vermutet werden. Insoweit liegt also in der Tat nur Einkommensverschiebung vor. Die Frage aber entsteht zwangsläufig, bis zu welchem Punkte eine solche Umschichtung von Einkommen vorgetrieben werden kann. Offenbar gibt die Rentabilität der Unternehmungen — d. h. ihre Fähigkeit, das verwendete Kapital zu verzinsen und ein Überschusseinkommen zu erzielen — die Lage jenes Punktes an. Darüber hinaus entsteht auch für Angestellte, Arbeiter und Beamte kein Einkommen mehr, ja die Gefahr der Arbeitslosigkeit rückt in bedrohliche Nähe und die Entlastung anderer Steuerpflichtiger findet so ihre natürliche Grenze. Es kann nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, daß durch Überspannung der Gesetzgebung Einkommensfonds, die uns noch verblieben waren, nicht nur verschoben (was für die Gesamtwirtschaft eher erträglich wäre), sondern bis auf weiteres und oft endgültig vernichtet worden sind. Denn zumal die Stilllegung einer Produktion, die durch Export unsere Zahlungsbilanz verbessern konnte, bedeutet solchen Einkommensschwund, gleichmäßig für Unternehmer wie für Arbeiter und Angestellte.

Zu 2. Die Einkommensumschichtung ist ein parallel laufender Prozeß gewesen, von dem schon gesagt wurde, daß er sich mit dem Vorgang der Einkommenszerstörung vielfach kreuzte. Volkswirtschaftlich war letzterer Prozeß der noch folgenschwerere, doch darf man auch den Umschichtungsvorgang für die heutige Einkommensbildung nicht unterschätzen. Es macht, um nur einen praktischen Einzelfall herauszugreifen, doch viel aus, ob sich dasselbe Einkommen beim Familienvater oder beim selbständig wirtschaftenden Jugendlichen, beim Arbeiter oder beim Angehörigen des Mittelstandes, bei dem durch Tradition an Sparen und Haushalten oder bei dem an rasches Ausgeben Gewöhnten bildet. Im Zusammenhang damit steht, ob das Einkommen erspart und kapitalisiert oder aber den Konsumtionsfonds vermehren wird.

¹³ Die Belastung wurde als »neu« empfunden, weil die Abgaben in der Inflation nicht mehr gespürt worden waren. »Neue« Steuern aber sind »schlechte« Steuern!

Zunächst dürfte feststehen, daß die Zerstörungen von Einkommen in höherem Maße die Besitzeinkommen als die aus Arbeit fließenden Einkommen getroffen haben. Darin liegt schon ein stark distributiver Vorgang. Indessen wird man bei dem Besitzeinkommen weiterhin zu unterscheiden haben: ganz großes, größeres und kleineres, ferner, welches die Rechtstitel waren, durch die diese Einkommen mit dem Besitz verbunden waren; ob Eigentum und ihm angenäherte Rechtsverhältnisse oder aber lediglich obligatorische Ansprüche. Daß die letzteren in besonderem Maße Not litten, wurde dargetan; nun war aber der mittlere und kleine Vermögensbesitzer vor allem Inhaber obligatorischer Titel; das hängt unter anderem mit der Gesetzgebung über »mündelsichere« Kapitalanlage zusammen und ist auch Ausfluß der Konzentrationstendenz, die sich seit Jahrzehnten in der deutschen Volkswirtschaft, zumal in der deutschen Industrie, durchgesetzt hatte:¹⁴ sie schmälerte die Produktionschancen des mittleren und kleineren Betriebes und verwies den kleineren Kapitalbesitzer, statt auf eigene Produktion, auf die Beteiligung an der Produktion Dritter, Kapitalkräftigerer, in Gestalt von Aktien, Kuxen, Anteilscheinen, Obligationen, Pfandbriefen, Hypotheken usw. Aus diesem und anderen Gründen ist der mittlere und kleinere Kapitalbesitz von der Einkommensfondszerstörung am stärksten betroffen worden.

Der Arbeiter und Angestellte hat während der Inflation seine Arbeitsstätte sich im allgemeinen erhalten können. Jetzt aber, nach der Stabilisierung, ist er oft arbeitslos. Es ist z. T. die Folge der erwähnten Verschüttungen von Einkommensquellen. Soweit Erwerbslosenunterstützung bezahlt wird, trifft diese Folge den Arbeiter und Angestellten noch nicht mit voller Schwere. Auch hierbei sind, durch Steuern usw. vermittelt, unausgesetzt Einkommensverschiebungen im Gange.

Ein gewisser Teil auch der größeren und größten Produktionen arbeitet heute noch praktisch mit Verlust, jedenfalls ohne Einkommen außer dem, was als Zins, Lohn und Gehalt vorweggenommen und als Produktionsaufwand gebucht wird. Beteiligt ist das Ausland auch am Ertrag aus Wohnungsvermietung, heute noch in mäßigem Umfang, aber doch in steigendem Maße. Unmittelbar nachweisbar ist die Beteiligung des Auslands am deut-

¹⁴ Also ein »konstanter« Faktor im Sinne von S. 112.

schen Einkommen durch die Zahlen der Außenhandelsstatistik, die bekanntlich ein wechselndes, aber doch bisher nur in wenigen Monaten ausfallendes Defizit ergibt. Durch Reparationen in den verschiedenen Formen des Londoner Abkommens (Dawes-, neuerdings Young-Planes) wird ebenfalls deutsches Einkommen dauernd ins Ausland verschoben, d. h. für das Inland gesperrt.

Die Aufwertungsgesetzgebung hat bekanntlich neue und, wie es scheint, dauernde und endgültige Normen hinsichtlich des Gläubiger-Schuldnerverhältnisses geschaffen. Forderungen, die durch die Inflation auf den Nullwert herabgesetzt worden waren, gegen deren Annullierung sich aber die öffentliche Meinung und mehr und mehr auch die Gerichtspraxis sträubte, erfuhren nun eine »Aufwertung« (Gegner sagen: »Abwertung«) auf höchstens 15 bis 25 vH des Nominalen. Einzelheiten können hier nicht gebracht werden. Im ganzen rechnet man mit etwa 1½ bis 2 Milliarden Reichsmark, die auf Grund dieser Gesetze von Schuldnern an Gläubiger bezahlt werden müssen. Schuldner und Gläubiger decken sich in manchen, aber weitaus nicht in allen Fällen; der Schuldner sind viel weniger, sie gehören überwiegend den produzierenden Schichten an, unter den Gläubigern finden sich viele Mitglieder des Mittelstandes, auch viele Nurkonsumenten. Eine gewisse Wiederbelebung der Existenzfähigkeit des Mittelstandes ist hierdurch erfolgt, freilich blieb sie weit unter dem von den Interessenten erhofften Maße. Augenscheinlich handelt es sich bei den Zahlungen aus den Aufwertungsgesetzen zum weitaus größten Teil um Einkommensumschichtung.

Man hätte in vielen Fällen Preissteigerungen als Folge der Aufwertung annehmen müssen, wenn solche von der allgemeinen Kaufkraft aufgenommen werden konnten. Mangels der Möglichkeit allgemeiner, die erhöhten Produktionskosten eskompensierender Preiserhöhungen erfolgten vielfach Betriebseinstellungen und Konkurse, an anderer Stelle Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnreduktion. Natürlich haben andere, hier nicht näher zu erörternde Umstände mindestens in gleichem Maße, meist — wie die Reparationen — in noch höherem Maße wie die Aufwertung, an diesem Ergebnis mitgewirkt. Offen bleibt noch die Frage, ob die vielfach der Produktion entzogenen Aufwertungsgelder vorwiegend wieder dem Produktions- oder aber

dem Konsumtionsfonds zugeflossen sind und zufließen werden. Da es vielfach kleine und kleinste Summen waren, mit denen größere produktive Leistungen nicht vollbracht werden konnten, da ferner die diese Gelder empfangenden Gläubiger oft zur Lebensfristung auf sie angewiesen waren, wird man die Anreicherung des Konsumtionsfonds als Regelfall betrachten müssen, wenn auch gewisse Ersparungen und Kapitalisierungen unterlaufen werden.

Nach wie vor lebt ein großer Teil des deutschen Mittelstandes von öffentlichen Zuwendungen. Diese treten auch als teilweiser Ersatz für die recht häufigen Fälle ein, in denen früher private Wohltätigkeit, Stiftungen und ähnliches für den Lebensunterhalt Bedürftiger gesorgt hatten. Die Inflation hat die meisten dieser Fonds vernichtet, nur die Kirche, vor allem die katholische, vermag zum Teil zufolge auswärtiger Beziehungen noch in etwas größerem Umfange Unterstützungen zu verteilen. Die Kleinrentnerfürsorge aber ist ein allgemein anerkannter Teil der öffentlichen Wohlfahrtspflege geworden, die insofern weit über die Arbeiterfürsorge, der die Sozialpolitik zuerst zugewandt war, hinauswuchs. In diesem Zusammenhang sei auf Umwandlungen derjenigen Fürsorge hingewiesen, die dem Bildungszweck gewidmet ist und Bildung weitesten Kreisen vermitteln will. Im ganzen ist der Zugang zu den Bildungsstätten erweitert und erleichtert worden, doch finden sich in starken Schulgelderhöhungen usw. auch entgegengesetzte, durch die Notlage der Institute und Kultusbudgets erzwungene Erscheinungen. Reich wurde zumal das Gebiet der Studentenhilfe ausgebaut, hier ist Einkommen aus mannigfachsten Kanälen des In- und Auslands hergeleitet und an Bedürftige ausgefolgt worden.

5. Nach Aufnahme der Reparationszahlungen gemäß Dawes- und Youngplan

Nur eine anspruchslose Skizze bestimmter, besonders wichtiger Erscheinungen und Zusammenhänge wird hier beabsichtigt; in dem Maße, wie die Zeit fortschreitet, wird man in immer geringerem Maße von »unmittelbaren Kriegswirkungen« sprechen, wenn auch natürlich Krieg und Kriegsausgang in irgend-

einem Sinne stets im Spiele sind. Jedenfalls aber wurde in Deutschland in steigendem Umfang die Möglichkeit geboten, bestimmte Entschließungen politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher Natur spontan zu fassen: mit anderen Worten: während die ersten Jahre nach dem Kriege nur eine sehr beschränkte Auswahl selbständiger Maßnahmen ermöglichten, boten sich in der Folge theoretisch recht verschiedene Wege und Methoden für den von der großen Mehrzahl erstrebten Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft dar. Selbstverständlich kann an dieser Stelle nicht in eine Kritik der tatsächlich gewählten Wege und Methoden eingetreten werden. Nur kann an der Tatsache nicht vorbeigegangen werden, daß die Gesamtlage Ende 1929 eine sehr schwierige geblieben ist und sich bis Herbst 1931, um welche Zeit die letzte Hand an diese Arbeit gelegt wurde, katastrophal verschlechterte. Der Anteil, den die Reparationen hieran haben, ist schwer abzumessen; so wenig man *ausschließlich* in ihnen die Erschwerung und Verlangsamung des Wiederaufbaus sehen wird, so sehr fallen sie doch in *allen* Hinsichten ins Gewicht, und es gehört gewiß großer, unseres Erachtens nicht zu begründender Optimismus dazu, anzunehmen, daß die Tribute in der neuerdings durch den Joung-Plan festgelegten Höhe auf die Dauer tragbar sein würden.

Wir übernehmen aus Ausführungen, die Professor Hans Ritschl kürzlich in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik (174/4, S. 194 ff.) unter dem Titel: »Reparationslast und Kapitalbildung« gemacht hat, einige Gesichtspunkte in gedrängter Form, indem wir sie zugleich in den durch unser Thema nahegelegten Richtungen ergänzen:

Ritschl spricht davon, daß »die praktische Lösung der Hin- und Hernahme der Reparationslast in wesentlich anderer Richtung erfolgt ist, als den Verfassern des Dawes-Plans vorschwebte«:

a) »An Stelle der erwarteten sozial drückenden und psychisch nur schwer zu ertragenden Einschränkung der Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung ist die Verkürzung der Kapitalbildung getreten. Die Last ist auf die unwichtigste Stelle nach der Wertung des Einzelwirtschafter geschoben. Ein gewisser Grad der Lebenshaltung und des Aufwands scheint für ein angespannt unter dem kapitalistischen System arbeitendes Volk notwendig zu sein. Die Reparationsgläubiger verkannten die

Stellung des Staates gegenüber dem modernen, die kapitalistische Wirtschaft tragenden und ertragenden Proletariat, wenn sie von der deutschen Wirtschaft verlangen sollten, einen wirksamen Druck auf die Lebenshaltung der Bevölkerung auszuüben. Selbst wenn sich hierzu geeignete Mittel finden ließen, würde die kapitalistische Wirtschaft und ihr staatlicher Überbau einer derartigen Belastungsprobe nicht gewachsen sein.«

Hierzu ist zu bemerken: die von Ritschl betonte Erhaltung des Lebenshaltungsniveaus gilt nach unseren Feststellungen nicht für das ganze deutsche Volk, sondern im wesentlichen nur für die *Arbeitnehmer*, und auch für diese nur bis 1930; soweit Schichten des Mittelstandes zu diesen gehören — Beamte, Angestellte —, haben auch sie im ganzen ihre Lebenshaltung zu wahren vermocht; nicht aber war das für die meisten Landwirte, für viele mittlere und kleinere Gewerbe- und Handeltreibende und, am wenigsten, für bestimmte einzelne, später noch zu erwähnende Mittelstandsgruppen der Fall. An der Niedrighaltung der Einkommen und Lebenshaltung dieser Schichten haben die Reparationen zweifellos einen, wenn auch nicht den ausschließlichen Anteil; beim Arbeitnehmer aber hat sich die Reparationslast einstweilen weniger in Lohndruck als in Arbeitslosigkeit ausgewirkt.

b) In längeren Ausführungen zum Transfer und zu den Auslandsanleihen kommt Ritschl zu dem Schluß: »So sehr es richtig ist, daß die Auslandsanleihen der Ausstattung der deutschen Wirtschaft mit Kapital dienen, so klar ist es, daß ohne Reparationsbelastung eine zunehmende Verschuldung der deutschen Wirtschaft nicht erforderlich wäre. Es ist deshalb nicht zutreffend, wenn Auld meint, Deutschland sei nur ‚ein natürliches Schuldnerland‘ wie die Vereinigten Staaten vor dem Kriege. Die Notwendigkeit, sich bei ausländischen Kapitalgebern zu verschulden, entspricht nicht dem geschichtlichen Aufbau der deutschen Wirtschaft, sondern ist die Folge der Schwächung der deutschen Kapitalbildung durch die Reparationsbelastung.« Hierzu ist nur zu sagen, daß auch gewisse *innerpolitische* Entwicklungen, die freilich auch ihrerseits meist in Verbindung mit den Reparationen stehen, die Kapitalbildung verhindern: Steuern, soziale Lasten, im allgemeinen die vermehrte und ins Politische umgesetzte Machtstellung der Arbeit gegenüber dem Kapital.

Aber auch dies sind Erscheinungen, welche das Ausland gewünscht, mindestens geduldet hat.

c) »Die Reparationsgläubiger werden nicht durch einen ihnen noch dazu höchst unwillkommenen deutschen Warenstrom bezahlt, aus einem deutschen Ausfuhrüberschuß, sondern durch die folgeweise Übereignung eines dem Werte der Reparationszahlungen entsprechenden Anteiles an den in Deutschland neu erzeugten Kapitalgütern, die dort verbleiben innerhalb des Produktionsapparates der deutschen Wirtschaft. Die Sachgüter, in denen die Reparationsleistungen letzten Endes bestehen müssen, stellen sich nicht als deutsche Ausfuhrgüter dar, sondern als Kapitalgüter, deren Eigentum an die Reparationsgläubiger übergeht ...« Hierzu nur dies: da im heutigen deutschen Produktions-, zumal Industrie-»Eigentum« frühere, durch die Inflation vernichtete Ansprüche und Berechtigungen vor allem mittelständischer Gruppen enthalten sind, bedeutet die teilweise, sukzessive fortschreitende Übertragung dieses deutschen Eigentums an das Ausland den Endprozeß in der durch die Inflation bewirkten, durch die »Aufwertung« doch nur zum kleinsten Teile wieder gutgemachten »Umwertung aller Werte«; was die Produktion früher den inländischen Gläubigern schuldete, wird sie in steigendem Maße dem Ausland schuldig werden.

d) »Die Neutralisierung der Reparationen durch Auslandsanleihen nimmt dem Reparationsproblem jeden Stachel für die Gläubigerstaaten, sie mindert aber die Last für den Schuldner nicht im geringsten. Die Last erscheint tragbar, weil sie reibungslos aufgebracht und transferiert wird, aber sie wächst lawinenartig an.« Zu ergänzen ist hier nur, daß sich die durch die Reparationen und die Art ihrer »Lösung« bewirkte Inlandlast sehr ungleich auf die einzelnen Schichten erstreckt; nur innerhalb der hochkapitalistischen Sphären erscheint sie einstweilen vielleicht zur Not tragbar, überall aber, wo Abbürdung der Last durch Verschuldung an das Ausland ausgeschlossen oder erschwert ist, drückt die Last im Innern mit unvermittelter und stets zunehmender Schärfe. Das Ausland wird nur gelegentlich hieran erinnert, so etwa durch den Ausfall an Kaufkraft für seine Ware auf gewissen deutschen Märkten.

e) Schließlich bemerkt Ritschl, daß Produktionsumstellungen in Deutschland, die dem Ausland als unerwünscht gelten muß-

ten, im ganzen vermieden seien. Das trifft wiederum in der Hauptsache für den kapitalistischen Bezirk zu; dagegen fanden und finden solche Umstellungen im Mittelstand, in der Landwirtschaft usw. unausgesetzt statt. So stellt der oft beobachtete Übergang von intensiver zu extensiver Landwirtschaft eine solche »Umstellung« dar; mit ihr ist *zwangsläufig* Mehreinfuhr an Erzeugnissen, die die deutsche Landwirtschaft an sich sehr wohl selbst hervorbringen könnte, Landflucht, Verarmung und Entkapitalisierung der Landwirtschaft verbunden. Unsere Handelsbilanz aber wird gewisse entbehrliche Passivposten nicht loswerden. Die Reparationen haben teil daran, daß die deutsche Landwirtschaft in steigendem Maße auf den vom Ausland verurteilten Weg der Schutzzölle gedrängt wurde.

Die allerneueste Phase der deutschen Wirtschaftsgestaltung, die durch die Entziehung kurzfristiger Auslandskredite, Wirtschaftsschrumpfung und steigende Arbeitslosigkeit bezeichnet ist, scheint sich einstweilen beim Arbeiter noch mehr auszuwirken als in dem zum »Mittelstand« zählenden Bevölkerungsteil. Diesem kann vielfach nichts mehr von Einkommen und Lebenshaltung weggenommen werden, während die Lohnarbeiter immerhin sich bisher etwas besser hatten behaupten können. Mittelbar, vor allem durch Einschränkung der Wohlfahrts- und Kulturausgaben von Staat und Gemeinden, wird freilich auch der Mittelstand von jeder weiteren Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage betroffen werden. Hoffnungen, die gerade von seinen Angehörigen auf die österreichisch-deutsche Zollunion gesetzt worden waren, sind bis auf weiteres vernichtet, andere handelspolitische Möglichkeiten zeichnen sich erst aus weiter Ferne ab. Hoffnungslosigkeit, die zu politischem Radikalismus führen muß, ist weit verbreitet und kann nur durch schnelle Besserung der weltpolitischen Lage beseitigt werden.

Wir müssen hiermit die Darstellungen der gegenwärtigen Verhältnisse, die im Flusse sind und unserem Thema nur mehr mittelbar angehören, abschließen.

III.

STATISTISCH-DEMOGRAPHISCHE DARLEGUNGEN

1. Geldkapital, Vermögen und Einkommen

Um einen ersten Überblick über die durch Inflation vernichteten und durch »Aufwertung« nur teilweise und meist in höchst mäßigem Umfang wiederherzustellenden Ansprüche aus Forderungen — also auch über das Geldkapital — zu gewinnen, wird man zweckmäßig von den Beträgen ausgehen, die auf Grund gemachter Ersparnisse und flüssiger Kreditverhältnisse vor dem Kriege öffentlichen und privaten Schuldnern geliehen worden waren. Es war (nach einer dem Verfasser zugänglich gemachten Aufstellung des Industrie- und Handelstages) der Bestand:

	1913	am Stichtag des Aufwertungsgesetzes, 1. 7. 1925
an Reichs- und Länderschulden	20	78,3 Milliarden M
an Gemeindeschulden	6,5	7,8 „ „
an Hypotheken	58	50 „ „
an Obligationen	5	5 „ „
		(1918)
an Sparguthaben	20	31,8 „ „
	109,5	172,9 Milliarden M

Nimmt man an, daß die aus Bankguthaben, Pfandbriefen (vor dem Kriege:¹⁵ 11,5 Milliarden) und Versicherungsverträgen an den beiden erwähnten Stichtagen fließenden Forderungen den Kapitalwert von 30 Milliarden ausmachten (wahrscheinlich überschritten), so war an den genannten Tagen mit einem nominellen

¹⁵ Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Heft 25; Deutsche Wirtschafts- und Kriegspolitik, Dezember 1925, S. 52; Statist. Jahrbuch f. d. D. R. 1924/25, S. 323.

Betrag in Höhe von 140 bzw. 200 Milliarden zu rechnen. Letzterer Betrag dürfte — immer nominell und vorbehaltlich späterer Korrekturen — an das Eineinhalbfache der 1913 vorhandenen Schuldenlast heranreichen.¹⁶ Die Differenz erklärte sich in der Hauptsache aus der Vermehrung der Reichsschuld im Kriege.

Indes handelt es sich hierbei in der Tat nur um ein Nominales. Denn die nach 1914 erzielte Erhöhung der Schuldenmasse ist nur zum Teil durch Hingabe guten Geldes erfolgt. Die Inflation setzte nach Früherem schon während des Krieges ein, die Kriegs- und Nachkriegsschuld, die den Löwenanteil an der Schuldenvermehrung trägt, ist demnach, an der Friedensmark bemessen, nur zum Teil anzurechnen. Auch die Vermehrung der Sparguthaben geschah gegen Ende des Krieges meist mit minderwertigem Geld.

Entweder gehen wir deshalb ausschließlich von der Friedensschuld im annähernden Betrag von 140 Milliarden aus, oder wir lassen von der während des Krieges eingetretenen Erhöhung dieser Schuld höchstens die Hälfte gelten, so daß wir auf eine Schuldenmasse von vielleicht 170 Milliarden am Stichtag der Aufwertungsgesetze gelangen. Daß die Kriegsanleihen unter sich nicht gleichwertig sind, haben auch die Aufwertungsinteressenten anerkannt. Dabei können wir auf den Fall nachträglichen Erwerbs von Kriegsanleihen und anderen Forderungen, wobei weiterhin verschlechtertes Geld als Gegenwert hingegeben worden war, überhaupt nur hinweisen. Wollte man hier in Einzelrechnungen eintreten, so würden sich — schon wegen des Unterschiedes des inneren und äußeren Geldwertes — unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben. Ebensowenig kann auf die veränderte Kaufkraft der neuen Reichs- gegenüber der alten Friedensmark eingegangen werden; sie teilte in diesem Punkte be-

¹⁶ Man kann diesen Betrag auch für das heutige Reichsgebiet umrechnen; es ergäben sich vielleicht 120 Milliarden M; doch sind solche Umrechnungen aus verschiedenen Gründen nicht ohne Bedenken. — Würde man aber die Papiermilliarden auf Goldmark umrechnen, so würde sich seit 1918 ein dauerndes Sinken zeigen: in diesem Jahre betrug die fundierte Reichsschuld noch 58,5 Milliarden Goldmark; sie sank 1919 auf 33,7, 1920 auf 5,4, 1922 auf 0,9 Milliarden, um am 30. Sept. 1923, am Ende der Inflation, nur mehr 0,002 Mill. Goldmark zu betragen. Einschlägig ist hier eine Innsbrucker Dissertation von J. Galluschke: »Die Alt- und Neuverschuldung des Deutschen Reichs, der Länder und Gemeinden.«

kanntlich nur das Schicksal der bestfundierten Währungen, z. B. des Dollar. Wollte man sie berücksichtigen, so müßte eine Kaufkraftsenkung der der Schuldenmasse entsprechenden Forderungen um etwa 40 vH ihres Nominalbetrages angenommen werden; dessen Beibehaltung ist wohl immer noch der geringere Fehler.

Dagegen haben wir uns noch mit anderen Berechnungen der Vorkriegsschuldensumme, die zugleich den größten Teil des produktiv arbeitenden Vorkriegskapitals darstellte, zu befassen.

Professor Eulenburg kommt hinsichtlich dieses Vorkriegsgeldkapitals (in Conrads Jahrbüchern) zu einem Ergebnis, das in manchen Punkten mit jenem im Text übereinstimmt, in anderen davon abweicht, jedenfalls für wichtige Kapitalsbestandteile präzise, bisher vermißte Angaben versucht.

Hiernach sind vor dem Kriege Kapitalsvermögen (d. s. Geldforderungen bzw. schulden) in Höhe von 163 bis 176 Goldmilliarden vorhanden gewesen. Sie verteilen sich auf

Geldkapital bzw. Forderungen	Milliarden Goldmark	
1. Staatsschulden (a)	21,0	} 47,3
Kommunalobligationen (b)	6,3	
Ausländische Wertpapiere (c)	20,0	
2. Sparkassen (d)	19,7	} 43,4
Kreditgenossenschaften (e)	4,1	
Versicherungsanstalten (f)	4,1	
Kreditoren der Banken (g)	10,2	
Versicherungs-Gesellschaften (h)	5,3	
3. Aktienbesitz nominal (nach dem Kurswert 31,2; dadurch wird die Spannung in Eulenburgs Angaben herbeigeführt) (i)	17,5	} 22,3
G. m. b. H. (k)	4,8	
4. Bodenkreditinstitute (l)	17,2	} 49,8
Industrieobligationen (m)	4,6	
Private Hypotheken (n)	28,0	

Auf das Gebiet des heutigen Deutschen Reiches umgerechnet ergeben sich 145 (bzw. 158¹⁷) Milliarden.

Möglicherweise sind in den genannten Zahlen gewisse Posten zweimal vorhanden, so daß eine Reduktion eintreten müßte. Eulenburg selbst spricht sich darüber nicht aus. Wenn aber z. B.

¹⁷ Eben die Hälfte des von Helfferich mit 320 Milliarden berechneten Volksvermögens, wobei freilich ein gewisser — nicht großer — Teil in Händen von Ausländern war.

Versicherungsanstalten (f) oder „Gesellschaften (h) oder Sparkassen (d) einen Teil ihrer Kapitalien — d. h. vom Standpunkt ihrer Gläubiger aus gesehen ihrer Schulden — wiederum verliehen, vor allem in Staatspapieren (a),¹⁸ Kommunalobligationen (b), Industrieobligationen (m) angelegt hatten, so handelte es sich doch nur um ein und dieselbe Kapitals- bzw. Schuldensumme; letzter Gläubiger blieb, wenn er das Geld gegeben hatte, der Private, sein unmittelbarer Schuldner war Versicherungsanstalt oder „Gesellschaft oder Sparkasse; deren Schuldner wiederum wurde Staat, Gemeinde, Industrie, wenn die Mittlerinstitute ihr Kapital in Staats-, Gemeinde- oder Industrieobligationen angelegt hatten; die Kapitals- und Produktionsfunktion konnte immer nur an *einer* Stelle ausgeübt werden. Im Grunde kann ja jede hingegebene Geldsumme nur einmal im volkswirtschaftlichen Prozesse, dagegen öfters im Prozesse der Geldkapital- und Schuldenbildung erscheinen. Ähnliches gilt, wenn die Forderungen von Kreditoren der Banken (g) mit Forderungen zusammengerechnet werden, welche von den Banken mit dem Geld begründet worden sind, das jene Kreditoren ihnen geliehen hatten (also etwa wiederum a, b, m).

Einigermaßen problematisch sind demnach (nicht im einzelnen, aber als Summanden des Gesamtschuldenbetrags) die Angaben für die eigentlichen Kreditinstitute: d. h. die Kreditgenossenschaften (e, 4,1 Milliarden), die Banken (g, 10,2 Milliarden), die Bodenkreditinstitute (l, 17,2 Milliarden, soweit nicht die von Eulenburg mit Recht hier fortgelassenen Pfandbriefe in Frage kommen), die Versicherungsgesellschaften (h, 5,3 Milliarden) und „anstalten (f, 4,1 Milliarden, wenn auch hier die Kapitalsansammlung einen anderen Charakter hat und im allgemeinen nicht private Schuldverhältnisse wie in den anderen Fällen eingegangen wurden), die Sparkassen (d, 19,7 Milliarden). Was von diesen etwa 60 Milliarden in die Gesamtberechnung des Vorkriegs-Geldkapitals bzw. der Vorkriegs-Geldschuld einzurechnen ist, läßt sich zahlenmäßig schwer belegen. Doch scheinen zwei Wege der indirekten Ermittlung nicht aussichtslos zu sein.

¹⁸ Die *preußischen* Sparkassen hatten 1914 bis Anfang 1918 8,1 Milliarden M oder 45,6 vH ihres Einlagebestandes in Kriegsanleihe angelegt; in einzelnen Sparkassen waren es bis 75 vH.

1. Man muß annehmen, daß von den Forderungen aus öffentlicher Schuld (27,3 Milliarden) und dem Bestand an ausländischen Wertpapieren (20 Milliarden) doch nur ein Teil im Besitz der zuletzt aufgeführten Kreditinstitute (d, e, f, g, h, l) war. Nehmen wir, was wohl nicht zuviel ist, ein Drittel an, so sind von jenen in Frage gestellten 60 Milliarden doch höchstens 20 Milliarden auf diese Weise: in Forderungen an Staat, Gemeinden und Ausland angelegt; scheiden wir sie bei der Gesamtsumme aus, so bleiben von dieser 40 Milliarden, die in anderer Weise angelegt gewesen sein müssen.

2. An anderer Stelle gibt wiederum Eulenburg die hypothekarisch gesicherten Forderungen (d. i. den Hypothekenbesitz selbst) mit der Hälfte des gesamten Bestandes von Geldforderungen (d. i. des Geld-Kapitalbesitzes) vor dem Kriege, also mit 70 Milliarden an. Diese Zahl weicht allerdings nach oben von der S. 168 angegebenen (58 Milliarden) ab,¹⁹ wir wollen sie aber gelten lassen; ihr steht ein Feuerkassenwert von 90, ein Marktwert von mindestens 100 Milliarden des deutschen Grundbesitzes vor dem Kriege gegenüber. Von diesen 70 Goldmilliarden Hypothekarbesitzes entfielen (s. Zusammenstellung S. 170, Posten n) 28 Milliarden auf private Hypotheken; über 40 Milliarden mußten also im Besitz vorwiegend der Kredit- und Versicherungsinstitute aller Art (Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Bodenkreditinstitute, Versicherungsanstalten und -gesellschaften) gewesen sein.²⁰ Mit jenen 40 Milliarden besteht jedenfalls der Zusammenhang, daß diese Summe zum Zweck der Berechnung des

¹⁹ Inwieweit sich die Beträge durch Zahlung der Annuitäten geändert haben, kann hier nicht entschieden werden. Für Österreich nimmt eine (allerdings nicht uninteressierte) Darstellung der Hausbesitzerverbände eine starke Minderung (bis zur Hälfte) an. Möglicherweise erklärt sich so die Differenz in den Angaben über den Hypothekenbesitz (58 gegenüber 70 Milliarden).

²⁰ In ungleichem Maße. Von fast 20 Milliarden Einlagebestand der Sparkassen waren 13 Milliarden in Hypotheken angelegt; bei den Versicherungsgesellschaften nimmt Eulenburg die Hypothekaranlage mit 6,2 Milliarden an, bei 5,3 Milliarden Kapitalvermögen; das ist nicht ganz geklärt, wir wissen aber auch, daß die Versicherungsgesellschaften große Anlagen in öffentlichen Fonds hatten. Diese überwogen bei der Sozialversicherung, die nur 0,7 Milliarden Hypothekenforderungen bei 4,1 Milliarden Kapitalanlage besaß. Das Kapital der Bodenkreditanstalten (17,2 Milliarden) war natürlich fast ausschließlich in Hypotheken angelegt (17,1). Ebenso waren die Industrieobligationen (4,6 Milliarden) zumeist hypothekarisch gesichert.

Gesamtgeldkapitals sowohl mit den 47 Milliarden öffentlicher Schuld plus auswärtiger Wertpapiere als auch mit den 28 Milliarden privaten Hypothekenbestandes zusammengezählt werden darf. So ergeben sich $40 + 47 + 28 = 115$ Milliarden; ihnen sind, weil in obigen Zahlen größtenteils schon enthalten, die Industrieobligationen von fast 5 Milliarden nicht mehr zuzuzählen. Einschließlich der Aktien und Anteile der G. m. b. H. erhalten wir, wenn wir sie zum Nominalwert ansetzen, zwischen 130 und 140 Milliarden an Stelle der 163 Milliarden Eulenburgs; bei Anrechnung des Kurswertes noch um 13 bis 14 Milliarden mehr — und für das heutige Deutschland 125 bis 138 Milliarden; wir nähern uns damit zwar den S. 169 f. im Text erwähnten Zahlen, doch haben sie ungleiche Bedeutung.

Will man die Vorkriegsforderungen lediglich des Inlands erfahren, so sind Abstreichungen vorzunehmen, die vermutlich hinter den 20 Milliarden in auswärtigen Wertpapieren verkörpert Forderungen an das Ausland zurückbleiben. Denn Deutschland war vor dem Kriege zum Gläubigerland geworden.

Vermögensgliederung

Von dem deutschen privaten Vermögen entfielen nun, soweit sie von der Statistik des Wehrbeitrages festgestellt worden sind, auf Vermögen von 10 000—100 000 M 29 vH des Vermögens, 75 vH der Zahl der Vermögensbesitzer, auf Vermögen von 100 000—500 000 M 33 vH des Vermögens, 21 vH der Zahl der Vermögensbesitzer, auf Vermögen von 500 000—1 000 000 M 11 vH des Vermögens, 2 vH der Zahl der Vermögensbesitzer, auf Vermögen von über 1 000 000 M 16 vH des Vermögens, 1 vH der Zahl der Vermögensbesitzer.

Auf drei Viertel der Besitzer, so resümiert Eulenburg a. a. O., trafen drei Zehntel des veranlagten Vermögens. Allerdings ist dabei das reine Geldkapitalvermögen nicht besonders erfaßt und — was für uns wichtig ist — die kleinen Vermögen sind außer Betracht gelassen. Diese aber mit weniger als 10 000 M waren für große Teile des Mittelstandes sehr bezeichnend. Von den 2,78 Millionen Vermögensbesitzern waren nach der Wehrbeitragsstatistik (Stat. Jahrbuch f. d. D. R. 1919, S. 283) 1,5 bis

1,6 Millionen Inhaber eines mittleren, je zwischen 10 000 und 100 000 M betragenden Vermögens; das war der Kern des gehobenen Mittelstandes. Mit Recht bezeichnete Eulenburg den Vorkriegskapitalismus, der so oft als plutokratisch hingestellt worden ist, als »demokratisch«;²¹ ihm entspräche eine »oligarchische« Kapitalsentwicklung in der Gegenwart. Nur zum kleineren Teil sei das Vorkriegskapital in den Händen der Angehörigen jener Gruppe F der Berufsstatistik gewesen, die 9 vH von der 1907 festgestellten Hauptberufstätigenmasse ausmachte, den Stamm dieser Gruppe F, also der Gruppe sogenannter »Berufsloser«, hätten Sozial- und Kleinrentner, Beamtenwitwen usw. ausgemacht, die nur sehr wenig Kapital absorbierten; stärker als Angehörige der Gruppe F seien die freien Berufsarten, höhere Beamte, Selbständige aller Art am Kapitalsbesitz des Mittelstandes beteiligt gewesen. Das dürfte im ganzen zutreffen.

Das Dawes-Gutachten hat es bekanntlich unternommen, einen Wohlstandsindex aufzustellen und nach seinen Feststellungen gewisse deutsche Reparationsleistungen zu bemessen.²²

Da es sich hierbei nicht um die besonderen Angelegenheiten des Mittelstandes handelt — so wichtig für diesen selbstverständlich das allgemeine Wohlstandsniveau ist —, so kann nur

²¹ Hier sei nachgetragen, wie sich 1. die Zahl der Zensiten zur preußischen Ergänzungs-(Vermögens-)Steuer, 2. das Reinvermögen gegen Kriegsende entwickelte :

Jahr	Zahl der Ergänzungssteuerpflichtigen :	Die Zensiten betrugen vH aller Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaften:	Reinvermögen	
			in Mill. M :	in M auf 1 Zensiten
1911/13	1 667 000	11,4	104 057	58 888
1914/16	1 940 000	11,9	115 270	59 402
1917/18	1 981 000	12,5	118 354	59 858

(Nach der Statistischen Korrespondenz des Preußischen Statistischen Landesamts.)

²² Die dabei angewendete Methode hat begründete Kritik erfahren; zumal von Zahn: »Der Wohlstandsindex im Dawes-Gutachten«, Allgemeines Statistisches Archiv 1923/24, S. 355 ff.; ferner Krüger, Zur Frage des Wohlstandsindex, Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr Nr. 7, 1926, S. 187 ff.; Achner, Ein neuer Wohlstandsindex, Allgemeines Statistisches Archiv 1926, S. 459. Der an letzter Stelle genannte Autor bespricht ferner die von Dr. Elsas vorgeschlagene und im Magazin der Wirtschaft 1923, Heft 42, befürwortete Wohlstandsberechnung.

das von Dr. Elsas entgegen dem Dawes-Plan erzielte Ergebnis erwähnt werden. Es läßt sich so zusammenfassen:

Jahr	Massen- wohlstandsindex (1)	Kapital- wohlstandsindex (2)	Sozialer Wohl- standsindex (Kom- bination von 1 u. 2)
1913	100.—	100.—	100.—
Juli 1925	94.50	44.50	79,50
August 1925	95.25	46.25	80,50
September 1925 ...	97.25	46.25	82.—

Für den »alten«, d. i. kapitalbesitzenden Mittelstand ist offenbar der Kapitalwohlstandsindex besonders wichtig. Er liegt sehr tief unter den beiden übrigen Indices. Die Veränderung des Zinsfußes für Bankguthaben, der Aktienindex und die Veränderungen des Abrechnungsverkehrs werden hierfür zusammengefaßt. Gegenüber dem Massenwohlstandsindex, in dem Volkseinkommen und -vermögen kombiniert sind und in dem die Lohn- und Gehaltseinkommen den Ausschlag geben (s. u. S. 183 f.), tritt der Kapitalwohlstandsindex stark zurück. Das stimmt mit den allgemeinen Wahrnehmungen durchaus überein.

Besitz- und Arbeitseinkommen

Über das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1925 und seine Gliederung in Besitz- und Arbeitseinkommen verbreitete sich Professor Wagemann im 1. Heft der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung (herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung, Berlin 1926). Drei Schätzungen des Volkseinkommens werden hier einander gegenübergestellt.

1. Der Reichsverband der deutschen Industrie berechnet es für das Jahr 1925 auf 43—48 Milliarden Mark.

2. Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften nehmen 52—60 Milliarden an.

3. In der Mitte, aber etwas mehr zu der unter 2. genannten Berechnung hin, bewegt sich die Schätzung des Statistischen Reichsamtes, die 50—55 Milliarden annimmt. Vergleichsweise sei 4. die etwas früher, für Mitte 1924 vorgenommene Schätzung Eulenburgs erwähnt, die das Volkseinkommen auf höchstens 26 Milliarden angesetzt hatte.

In der Schrift des Instituts für Konjunkturforschung werden die Schwierigkeiten, die einer präzisen Berechnung entgegenstehen, im einzelnen ausgeführt. Man kann durchaus beistimmen. Für uns ist wichtig der Hinweis, daß solchen Schätzungen früher die Deklarationen zur Einkommensteuer zugrunde gelegt wurden und daß damit das Einkommen der *selbständigen* Volksschichten — also zumal des Mittelstandes — die Basis der Berechnungen war, während das *Lohneinkommen* nur geschätzt werden konnte. Heute aber kann man *dies letztere* auf Grund der Lohnsteuer einigermaßen genau berechnen (siehe unten S. 183), während das Einkommen der *Selbständigen* — und wiederum des Mittelstandes — eine recht problematische Größe ist.²³ Aber gerade diese methodischen Abweichungen machen die tatsächlich eingetretene Verschiebung im Einkommen deutlich und zeigen, wie sehr zumal das mittlere und selbständige Einkommen ins Hintertreffen geraten sein muß.

Gehen wir nun von einem mittleren Wert des Volkseinkommens, 50 Milliarden Mark ^{23a}, aus, so wäre zunächst zu sagen, daß dieser bei einem Rückgang der Kaufkraft um 40 vH eine Minderung des realen Volkseinkommens um 10 bis 15 vH seit Kriegsbeginn bedeutet. Dabei ist noch zu vermuten, daß die bekanntesten Schätzungen, zumal Helfferichs, zu niedrig gegriffen haben, so daß in Wahrheit bei einem höheren Ausgangswert der Rückgang noch größer ist.

Von jenen 50 Milliarden sind 35 Milliarden — wenn wir auch hier die untere Grenze nehmen — als Arbeitnehmereinkommen festgestellt, also etwa sieben Zehntel.

Helfferich hatte für 1912 aus der preußischen Steuerstatistik ermittelt, daß von 23,3 Milliarden Einkommen der physischen Personen 15 Milliarden auf Zensiten mit weniger als 3000 M Einkommen und auf Steuerfreie entfielen, also etwas weniger als

²³ Nicht ganz in Einklang mit der allgemein betonten, überragenden Bedeutung der Lohnsteuer ist eine von *Cohen* (»Besteuerung und Geldentwertung«, 1924) aus der Frankfurter Zeitung übernommene Mitteilung, wonach im 1. Quartal 1924 die Lohnsteuer zwischen 64 und 74, die anderen Einkommensteuern zwischen 66 und 90 Millionen Mark erbrachten (S. 32). Jedenfalls ergäben diese Zahlen, gemessen an den weiter unten im Text darzulegenden Anteilen des Lohn- und Besitzeinkommens am Gesamteinkommen, eine sehr starke Mehrbelastung des letzteren.

^{23a} Dieser Betrag ist heute wahrscheinlich erheblich unterschritten.

sieben Zehntel.²⁴ (Natürlich ist aber der Personenkreis in allen Fällen früher und jetzt ein wesentlich anderer, wenn auch gewisse Zusammenhänge nicht zu verkennen sind.) Ferner aber waren nach Helfferich auf die nichtphysischen Personen Einkommen von 220 Millionen entfallen, und für nichterfaßtes Einkommen schlug er 10 vH = 2,33 Milliarden (wahrscheinlich viel zu wenig) hinzu. Rechnet man nun, was zulässig erscheint, die beiden letzten Posten vorwiegend der Gruppe der mehr als 3000 M Einkommen Beziehenden zu, erhöht man gleichzeitig das preußische Gesamteinkommen um entsprechende $2\frac{1}{3}$ Milliarden, dann trafen 15 von 26 Milliarden auf die Zensiten mit weniger als 3000 M Einkommen, diese waren nicht mit sieben Zehnteln, sondern mit weniger als drei Fünfteln beteiligt.

Folgende der Statistischen Korrespondenz, Jahrgang 43, Nr. 22, 34, 37, entnommene Übersicht zeigt die Einkommensentwicklung in Preußen von 1896 bis 1916:

Von der Gesamtbevölkerung entfielen vom Hundert auf die Einkommensgruppe:

Jahr	bis 900 M	über 900 bis 3000M	über 3000 bis 9500M	über 9500 b. 30 500 M	über 30 500 b. 100 000 M	über 100 000 M
1896	67,2	29,2	3,01	0,51	0,100	0,018
1900	62,4	33,4	3,44	0,60	0,124	0,026
1910	42,8	51,3	5,00	0,71	0,145	0,030
1913	38,1	55,3	5,62	0,78	0,164	0,035
1914	36,7	56,4	5,85	0,85	0,178	0,037
1915	37,1	56,5	5,35	0,79	0,171	0,036
1916	37,5	56,0	5,44	0,84	0,197	0,048

Für die Entwicklung der großen Einkommen ist, zumal während der Kriegszeit, die Angabe der *absoluten* Zahlen bedeutsamer: *Physische* Steuerpflichtige mit über 100 000 M Einkommen wurden gezählt:

1896: 1699, 1914: 5213, 1915: 4976, 1916: 6685

Von ihnen hatten ein Einkommen von	1896	1914	1915	1916
100— 500 000 M	1596	4869	4630	6195
500—1 000 000 M	76	253	263	356
über 1 000 000 M	27	91	83	134

²⁴ Übereinstimmend nehmen *Plenge*, »Die Finanzen der Großmächte«, *Zeitschrift f. d. g. St. W.* 1908, S. 763, und *Ballod*, *Jahrbücher f. V. u. Stat.* Neue

Das Einkommen der gehobenen Schichten hätte demnach in Preußen drei Zehntel des Volkseinkommens überschritten und zwei Fünftel mindestens erreicht; nimmt man den Betrag des von der Steuer nicht erfaßten Einkommens höher als ein Zehntel, dann konnte man das gehobene Einkommen mit nicht viel weniger als der Hälfte des preußischen Volkseinkommens ansetzen. Für Deutschland konnten annähernd gleiche Anteile angenommen werden, wenn auch wohl mit einer leichten Minderung des Anteils der Besitzenden. Von ihm entfiel ein großer Prozentsatz auf den eigentlichen Mittelstand.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß das Einkommen der gehobenen Schichten, zumal das Besitzeinkommen, im heutigen Deutschland einen viel geringeren Anteil am Volkseinkommen hat, als das vor dem Krieg der Fall war. Sosehr die methodischen Unterschiede der Vor- und Nachkriegsschätzungen ins Gewicht fallen, so scheint uns doch ein Rückgang des Anteils der gehobenen Gruppen von wahrscheinlich mehr wie vier Zehnteln auf weniger als drei Zehntel das mindeste zu sein und hinter der Wirklichkeit noch zurückzubleiben. Die Schätzung der industriellen Kreise nimmt ja einen noch viel stärkeren

Folge 37. 1909, S. 255, für 1906 30 vH als Volkseinkommensanteil der wohlhabenden Klassen an. Siehe auch *Gerloff*, »Steuerbelastung und Wiedergutmachung«, S. 43.

Zu dem Ergebnis, daß Besitz- und Erwerbseinkommen vor dem Kriege im Verhältnis von 3 : 7 bestanden habe, kommt auch Elsas (im »Wirtschaftsdienst« 1924, Nr. 36); und zwar wird hier gezeigt, daß dies Verhältnis annähernd in gleichem Ausmaß schon früher, 1878 und 1896 bestanden habe. 1913 wird von dem genannten Autor das Einkommen der Nichtbesitzenden mit 72 vH angenommen, zugleich wird für Zinseinkommen der Betrag von 7, für Grundbesitz- und Betriebseinkommen der Betrag von 5 Milliarden, zusammen der Betrag von 12 Milliarden eingesetzt, d. i. drei Zehntel des Gesamteinkommens. Eulenburg dagegen nimmt an, daß das von ihm für Mitte 1924 angenommene Volkseinkommen von nur 26 Milliarden nur 4 Milliarden Besitzeinkommen umfaßt habe. Das wären auf den Kopf 400, auf die Haushaltung 1800 M gegenüber 640 und 3000 M vor dem Kriege, gemäß der Berechnung Helfferichs (43 Milliarden, für das heutige Reichsgebiet 39,5 Milliarden). Ohne Berücksichtigung der gesunkenen Kaufkraft hätte nach Eulenburg das Prokopfeinkommen 1924 den 440 M, die Schmoller als Prokopfrate des Volkseinkommens 1895 angenommen hatte, entsprochen; das heißt, das Einkommen wäre auf den Stand von 1895 zurückgegangen. Diese Annahmen waren wohl auch für 1924 zu niedrig (s. o.), zeigen aber, daß wir uns vor Überschätzung des heutigen Volkseinkommens hüten müssen.

Rückgang an, denn es wird nur mehr mit $\frac{3}{4}$ bis 1 Milliarde Kapitalrente, mit 8 bis 10 Milliarden Einkommen selbständiger Gewerbetreibender und 1 Milliarde sonstigem Einkommen gerechnet, dagegen mit 36 bis 38 Milliarden Arbeitnehmereinkommen. Auf dieses würden also etwa sieben Neuntel, auf alles andere Einkommen nur zwei Neuntel entfallen. Wir glauben, daß das selbständige Einkommen einen etwas größeren Anteil hat, daß zumal das Kapitaleinkommen eine Zeitlang höher war.

Vielleicht ist es gestattet, das selbständige Einkommen in Deutschland vor dem jüngsten Anschwellen der Arbeitslosigkeit mit etwas über einem Viertel, das unselbständige (Lohn-) Einkommen mit fast drei Vierteln des Volkseinkommens anzunehmen.

Nun ist von jenen zwei Fünfteln des Volkseinkommens, die Helfferich auf Grund der preußischen Steuerstatistik für das Einkommen der gehobenen Gruppen berechnete, längst nicht alles dem Einkommen des Mittelstandes zuzurechnen gewesen.

Umgekehrt stecken in den annähernd drei Vierteln, die vor kurzem auf das Einkommen Unselbständiger entfallen mochten, auch Mittelstandseinkommen, während im Lohnanteil vor dem Kriege solche Mittelstandseinkommen nur in viel geringerem Maße vorhanden waren. Zahlenmäßig kann das alles nicht mehr festgelegt werden, wahrscheinlich aber erscheint dieses:

1. Das Besitzeinkommen nimmt am Volkseinkommen heute in viel geringerem Maße teil als vor dem Kriege; entsprechend stärker stieg der Anteil des unselbständigen Einkommens.
2. Das Einkommen der gehobenen Schichten (unter denen nun aber Arbeitnehmer in vermehrter Zahl sind) sank anteilmäßig auch, aber nicht in gleichem Maße wie das Besitzeinkommen.
3. (Folge hieraus:) Innerhalb des gehobenen Einkommens hat sich der Anteil der unselbständigen Personen wesentlich gesteigert, der »neue« hat den »alten« Mittelstand überflügelt;²⁵ am Besitzeinkommen aber sind nicht in dem Maße wie vor dem Kriege die gehobenen Schichten des Mittelstandes beteiligt; während die Plutokratie^{25a} sich entwickelte, bleibt das

²⁵ Begriffsbestimmungen S. 113: »Alt« und »neu« beziehen sich *nicht* auf die Zeitumstände, durch die Schichten ab-, andere aufgestiegen sind.

^{25a} In ihr spielen die *Bezieher sehr hoher Gehälter und Tantiemen* in privaten wie öffentlichen Betrieben eine viel größere Rolle wie früher. Vgl. über Spitzeneinkommen und -vermögen *Fried a. a. O.*

eigentliche Mittelstandseinkommen stärker zersplittert und versagt dem Mittelstande *gesicherte* Existenzgrundlagen.

Weitere Gliederungen des Einkommens

Für die Berechnung des Umfangs der als »Mittelstand« geltenden Schicht diene noch das Folgende:

Die Einkommens- und Vermögenssteuerstatistik ist bekannterweise stets nur mit Vorbehalten für die Gliederung von Einkommen und Vermögen im einzelnen verwendbar gewesen. Während sie aber im Frieden wohl für solche Zwecke ohne zu große Fehler herangezogen werden konnte, entbehrte die Statistik in der Inflationszeit der festen Geldbasis; von ihren Ermittlungen waren die absoluten Geldwerte nur dann brauchbar, wenn man Papiermark in einwandfreier Weise über Dollarkurs oder in anderer Weise fixieren konnte; da aber die innere Kaufkraft der Papierwährung meist größer war als die äußere — erst gegen Ende des Krieges begann sich dies Verhältnis z. T. umzukehren —, so sind jene Umrechnungen auch von zweifelhaftem Wert. Unter diesen Umständen können von der Steuerstatistik in Band 312 der Statistik des Deutschen Reiches aus dem Jahr 1920 vorwiegend nur gewisse Prozentberechnungen verwertet

Einkommensgruppe		vH der Pflichtigen jeder Gruppe von der Gesamtzahl	vH des auf jede Gruppe entfallenden Anteils am steuerbaren Einkommen	
Papiermark	Absolute Zahl der Pflichtigen in Tausend		Reich	Preußen
bis 5000	10351	40,68	38,64	11,03
bis 14000	11469	45,05	45,98	44,08
bis 24000	2643	10,93	11,61	19,59
bis 30000	359	1,41	1,41	4,11
bis 40000	249	0,98	0,94	3,67
bis 50000	119		0,45	2,29
bis 60000	66		0,25	1,55
bis 120000	119	0,95	0,45	4,17
bis 200000	35		0,12	2,31
bis 400000	22		0,08	2,59
bis 1 Mill.	94		0,04	2,39
bis 3 Mill.	23		0,01	1,47
bis 10 Mill.	0,3	0,05	0,00	0,50
bis 20 Mill.	0,075		0,00	0,14
darüber	0,008		0,00	0,09

werden; indem wir dies tun (s. Übersicht S. 180), erkennen wir der Statistik immerhin eine größere Bedeutung zu, als dies von anderer Seite, z. B. in der Veröffentlichung Dr. Heilers in den Schriften des Bayerischen Statistischen Landesamts, geschah.

Die Zahl der einkommensteuerpflichtigen Reichsbevölkerung betrug 25 444 935.

Aus der Statistik kann ferner der Anteil berechnet werden, der von der Gesamtzahl der rund 25½ Millionen Steuerpflichtigen und vom gesamten steuerbaren Einkommen auf die verschiedenen Ortsgrößenklassen entfällt:

Gemeindegroßenklasse	Pflichtige in Tausend	vH von der Gesamtzahl der Pflichtigen	vH vom steuerbaren Gesamt- einkommen
I bis 2000 Einwohner	8338	32,77	27,3
II bis 10000 Einwohner	4352	17,10	16,5
III bis 25000 Einwohner	2121	8,34	8,9
IV bis 50000 Einwohner	1478	5,81	6,2
V bis 100000 Einwohner	1364	5,36	6,1
VI über 100000 Einwohner	7793	30,62	35,0

Schließlich können Einkommensgruppen und Gemeindegroßenklassen zu folgendem Bilde zusammengefaßt werden:

Einkommensgruppen	Gemeindegroßenklassen (siehe oben)					
	I	II	III	IV	V	VI
bis 5000 PM	21,0	14,3	10,8	10,9	10,0	9,0
bis 14000 PM	42,1	46,1	44,0	43,6	40,9	43,2
bis 24000 PM	15,4	19,0	22,4	20,4	23,8	21,8
bis 30000 PM	4,7	3,9	3,6	3,6	3,8	3,9
bis 40000 PM	4,6	3,1	2,7	2,8	2,6	2,7
bis 50000 PM	2,6	2,0	1,8	1,9	1,9	2,0
bis 60000 PM	1,6	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3
bis 120000 PM	3,5	3,4	3,7	4,1	4,2	4,1
bis 200000 PM	1,4	1,8	2,3	2,6	2,7	2,7
über 200000 PM	3,1	5,1	7,4	8,7	8,8	9,3

Kann man hierbei die Angehörigen bestimmter Einkommensgruppen als Mittelstand ansprechen? Das ist zweifellos zulässig für die, welche 1920 ein Einkommen von mehr als 14 000 und weniger als 50 000 Papiermark versteuerten. Das waren im Reich etwa 3½ Millionen gewesen, die mit ihren Familien schätzungs-

weise 6 Millionen oder ein Zehntel der Gesamtbevölkerung repräsentierten. Rechnet man aber ein Drittel der Schicht der zwischen 5000 und 14000 PM (d. i. zwischen 1500 und 4000 M Realmark) Einkommen Versteuernden hinzu, so erhöht sich die Zahl auf mehr als das Doppelte. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen, so daß die Steuerzahler des Mittelstandes mit 5 Millionen, die ganze Mittelstandsschicht mit 15 Millionen anzunehmen waren. Greift man um eine Einkommensstufe höher, so macht das nur einen Zuwachs von etwas über 100 000 Steuerzahlern aus (s. Übersicht S. 180).

Die Gliederung nach Gemeindegrößenklassen gibt einen erweiterten Ausblick. Wir sehen, daß die großen Städte mit über 100 000 Einwohnern einen gegenüber den kleinen Gemeinden bis 2000 Einwohnern völlig anderen Status zeigen: die Quote der kleinsten steuerbaren Einkommen betrug hier 21,0 vH, dort nur 9 vH des auf jede Ortsgrößenklasse entfallenden Gesamteinkommens, die Quote der großen Einkommen aber (über 200 000 PM) war bei den kleinen Gemeinden 3,1 vH, in den Großstädten 9,3 vH des jeweilig auf die Ortsklasse entfallenden Gesamteinkommens. Das kann nicht überraschen. Die (vorhin näher bezeichneten) mittleren Einkommen — ohne die Gruppe 5000 bis 14000 PM — betragen auf dem Lande über 27 vH, in den Großstädten über 30 vH, wobei allerdings die Gliederung wechselt; rechnet man die Einkommensgruppe 5000 bis 14000 PM hinzu, so betragen die mittleren Einkommen auf dem Land fast 70 vH, in den Großstädten noch etwas mehr. So stark sich die Gegensätze zwischen geringstem und höchstem Einkommen bei Land und Großstadt abzeichneten: die mittleren Einkommen zeigen zwar auch Verschiebungen, insgesamt aber tritt der Unterschied zurück. Das war wohl anzunehmen: die Großstadt zeigt Proletariat und Reichtum stark ausgeprägt, der Mittelstand dürfte nach Ortsgrößen weniger variieren. Man kann darüber hinaus wohl folgern, daß sich die Veränderungen im Mittelstand einigermaßen gleichmäßig im ganzen Lande vollzogen haben und daß wesentliche Verschiebungen zwischen den Ortsgrößen nicht eintraten.²⁶ Doch sollen angesichts der erwähnten Unsicherheit des

²⁶ Größere Fluktuationen im Mittelstand wurden schon durch die Zwangsbewirtschaftung des Wohnungswesens verhindert. Auch fiel bei ihm die durch die Kriegsindustrie verursachte Mobilisierung vielfach weg.

Materials diese Vermutungen mit allem Vorbehalt ausgesprochen werden.

Zum Vergleich diene folgende, aus der ersten Stabilisierungszeit stammende Übersicht: Die Zahl der Arbeitnehmer im Deutschen Reiche ist, wenn der Begriff möglichst weit gefaßt wird, Ende 1925 22,3 Millionen gewesen, von denen etwa drei Fünftel oder 13 Millionen ledig waren. Die Verheirateten — rund 9 Millionen — stellen zusammen mit ihren Familien unter Zugrundelegung einer durchschnittlich dreiköpfigen Familie (Ehefrau und zwei Kinder) weit mehr als die Hälfte der Einwohnerzahl Deutschlands, nämlich 36 bis 37 Millionen dar. Zusammen mit den ledigen Arbeitnehmern kommt man auf eine Gesamtzahl von annähernd 50 Millionen solcher, die Lohnempfänger im weitesten Sinne des Wortes oder Angehörige von Lohnempfängern sind. Das sind vier Fünftel der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Seit 1925 wird mit einer Zunahme der hauptberufstätigen Arbeitnehmer um $1\frac{1}{2}$ Millionen, die sicher über eine halbe Million Angehörige haben, gerechnet.

Für die Lohnsteuerpflichtigen ist nun folgende Einkommensberechnung vorgenommen worden:

1. Einkommen bis	2 400 M.....	89,62 vH
2. „ von	2 400— 5 000 M.....	8,56 vH
3. „ von	5 000— 9 000 M.....	1,19 vH
4. „ von	9 000—15 000 M.....	0,32 vH
5. „ von	15 000—30 000 M.....	0,18 vH

Dem Mittelstande, wenn dieser jetzt als vorwiegend wirtschaftlicher Begriff gilt und in diesem Sinn nur mehr die Beziehher mittleren Einkommens umfaßt, gehören, und zwar als »neuer« (s. Anm. 25) Mittelstand, hiernach jedenfalls an die 8,56 vH der zweiten und zumeist die 1,19 vH der dritten Stufe, zusammen 9,75 oder annähernd — aber auch höchstens! — 10 vH der lohnsteuerpflichtigen Lohnempfänger.²⁷ Darf man das zahlenmäßige Verhältnis, in dem sich sämtliche Lohnempfänger und ihre Angehörigen zur Gesamtbevölkerung befinden — vier Fünf-

²⁷ Die Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Lohnsteuer nimmt S. 4 an, daß die niederen kaufmännischen Angestellten meist zur Gruppe bis 2400 M, die mittleren zur Gruppe 2400—5000 M rechnen, während

tel —, auf die 10 vH dem wirtschaftlichen Mittelstande angehörigen Lohnempfänger übertragen, so würde diesem etwa ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung zuzurechnen sein, also eine Schicht von über 5 Millionen Personen. Es ist aber wohl zulässig, noch 1 Million aus der Gruppe der Einkommenbezieher bis 2400 M hinzuzurechnen. Nimmt man ferner an, daß von dem einen Fünftel der deutschen Gesamtbevölkerung, die nicht den Lohnempfängern oder deren Angehörigen zuzurechnen ist, die Hälfte dem Mittelstand angehört, so ergibt sich dessen Verstärkung um weitere 6 Millionen, und als Mittelschicht des deutschen Volkes wären annähernd 12 Millionen, ein Fünftel seiner Gesamtzahl, anzusprechen.²⁸ Dabei würde nach der Terminologie Schmollers etwa die Hälfte auf den »alten« und die Hälfte auf den »neuen« Mittelstand entfallen. Diese Zahl würde einigermaßen mit der oben auf Grund der Steuerstatistik von 1920 errechneten korrespondieren; das Mehr von etwa 3 Millionen, das sich damals ergab, ließe sich durch den Verlust erklären, den der besitzende deutsche Mittelstand in der seit 1920 besonders stark einsetzenden Inflation erlitt. S. 239 ist die Schicht der Depossidierten und Deklassierten für Ende 1923 mit $4\frac{1}{2}$ —5 Millionen (nach Eulenburg a. a. O.) geschätzt; von ihnen sank ein Teil — schätzungsweise $1\frac{1}{2}$ —2 Millionen = ein Drittel der Gesamtzahl — schon vor 1920 unter das Einkommensniveau des Mittelstandes, während 3 weitere Millionen das Opfer der schärfsten Inflationskrise (1920 bis 1923) geworden sein mögen. Damit wäre die Minderung des 1920 mit 15, 1924 mit 12 Millionen angesetzten Personenkreises des Mittelstandes (minus 3 Millionen) in Einklang zu bringen. Von dieser Zahl, die noch reichlich viel

die oberen in der Gruppe 5000—9000 M zu suchen sind. Jene »niederen kaufmännischen Angestellten« sind aber als c-Personen der Berufszählung viel eher den Lohnarbeitern zuzurechnen. Deshalb wird weiter unten im Text nur ein Bruchteil dieser Schicht dem Mittelstand zugerechnet. Es handelt sich bei ihm wohl weniger um die Haushaltungsvorstände als um selbständig verdienende Angehörige des Mittelstandes. Jede Berechnung leidet unter der Schwierigkeit, daß heute der »alte« und der »neue« Mittelstand unausgesetzt ineinander übergreifen: der Vater gehört etwa dem »alten«, die Tochter, als Handelsangestellte, zugleich dem »neuen« Mittelstande an.

²⁸ Vgl. hinsichtlich der Zahlen die Begründung zum Entwurf des am 1. Januar 1926 in Kraft getretenen Gesetzes über die Senkung der Lohnsteuer; besprochen in »Industrieschutz« Mai 1926 von Dr. jur. Berthold (M. d. R. W. R.).

geschädigte und nur mühsam sich behauptende Existenzen umschließt, soll ausgegangen werden.

Für die Beurteilung von Einkommensentwicklungen kann auch das Ergebnis der Umsatzsteuer- und Wechselsteuerstatistik herangezogen werden; dies geschieht im dritten Heft des 1. Jahrgangs der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung in bemerkenswerter Weise, indem zugleich alle einschlägigen Methodenfragen geklärt werden (worauf hier nicht eingegangen werden kann).

Seit Anfang 1924 bewegten sich die vierteljährlichen Umsätze und Wechselbeträge wie folgt:

Umsätze (1)				Wechsel (2)	Verhältnis von 2 zu 1:
1924	Januar—März	Milliarden M	15,12	6,5	43 vH
	April—Juni	Milliarden M	16,89	6,3	37 vH
	Juli—September	Milliarden M	19,26	8,4	43 vH
	Oktober—Dezember	Milliarden M	24,72	9,7	39 vH
1925	Januar—März	Milliarden M	25,12	10,5	42 vH
	April—Juni	Milliarden M	25,29	11,8	46 vH
	Juli—September	Milliarden M	25,90	12,7	49 vH
	Oktober—Dezember	Milliarden M	29,20	9,7	33 vH
1926	Januar—März	Milliarden M	24,00	9,0	37 vH
	April—Juni	Milliarden M	26,76	8,4	31 vH

Es ist nun von der genannten Stelle der Versuch gemacht worden, durch Gegenüberstellung der Umsätze und der gleichzeitigen Wechselbegebungen einen Schluß auf das Verhältnis zu machen, in dem Masseneinkommen und Unternehmerkapital an den Umsätzen beteiligt sind. Natürlich werden nicht alle Umsätze von Unternehmern durch Wechsel beglichen, immerhin aber doch ein erheblicher Teil. Die Kurven nun, in denen die Entwicklung der Umsatz- und der Wechselbeträge von 1924 bis Mitte 1926 zum Ausdruck kommt, ähneln sich, allerdings mit der Einschränkung, daß der Ausbruch der Krisis im Winter 1926 sich bei den Wechselbeträgen viel unmittelbarer und stärker ausprägt als bei den Umsätzen. Die Zahlenwerte der Wechselbeträge halten sich ferner im ganzen zwischen 30 und 50 vH der Umsatzbeträge, der mittlere Wert liegt um 40 vH. Nun werden allerdings Wechsel nicht nur zum Ankauf von Waren begeben, so daß nicht die ganze Wechselsumme den Umsätzen korrespondiert. Immerhin trifft das für den größeren Teil zu. Berechnet

man nun den Gesamtumsatz von Anfang 1924 bis Mitte 1926 mit 212,32 Milliarden Mark, so steht dem ein Wechselbetrag von 93 Milliarden gegenüber; von ihm wird weiterhin angenommen, daß ein Fünftel (etwas über 18 Milliarden) für Finanzierungen und nicht für Warenkäufe verwendet worden sei, so daß noch mit annähernd 75 Milliarden zu rechnen wäre; (212 minus 75), d. h. etwa 137 Milliarden Umsätze wären alsdann vorwiegend aus Masseneinkommen (oder aber aus Kapital ohne Wechselbegebung) bestritten worden. Auf das Jahr berechnet etwa 55 Milliarden; offenbar besteht zwischen dieser Zahl und den oben ermittelten rund 50 Milliarden Mark Volkseinkommen ein innerer Zusammenhang, ohne daß man freilich durch die scheinbar weitgehende Übereinstimmung beider Werte veranlaßt werden dürfte, die in Mitte liegenden Gegensätze zu übersehen. Bemerkenswert ist bei alledem der nicht sehr erhebliche Rückgang der Umsätze vom Winter 1925 ab; »die Ausschläge«, so besagt unsere Quelle, »betragen wohl meist weniger als 10 vH der Gesamtsumme«. Es kann also auch das Masseneinkommen trotz der bestehenden Arbeitslosigkeit nicht allzusehr berührt worden sein. Hierzu trug vor allem die Erwerbslosenunterstützung, Sozial- und (in geringerem Maß) Kleinrentnerfürsorge bei, die freilich im wesentlichen abgeleitetes Einkommen schufen. Die ungleich schwerere Krise 1930/31 bietet ein ganz anderes Bild: nunmehr erst erscheint das Masseneinkommen gedrückt.

Nebenhende Übersicht ist dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 23. 12. 1929 entnommen. Die der Übersicht beigegebenen Anmerkungen geben zu einigen methodischen Ausführungen Anlaß:

Zu 1. Das für die Landwirtschaft ausgewiesene Einkommen — man würde, da der Einkommensbegriff finanztechnisch festgelegt ist, lieber von »Einkünften« sprechen — wird nicht nur als das der »selbständigen Landwirte«, sondern auch als das der »mithelfenden Familienmitglieder« anzusprechen sein; es verteilt sich somit auf eine sehr viel breitere Schicht, und wir werden später hiervon die Nutzenanwendung zu ziehen haben. Zu 2. Hier ist vor allem enthalten, was die deutsche Nationalökonomie als »Unternehmergewinn« bezeichnet, doch überdecken sich die Titel keineswegs. Zu 3. Diese Summen sind unmittelbar durch die Mietgesetzgebung festgelegt. Zu 4. In der Steigerung des Ein-

Die Entwicklung des Volkseinkommens in den Jahren 1925—1929²⁹

Einkommensquellen	in Milliarden Reichsmark				
	1925	1926	1927	1928	1929
Landwirtschaft ¹	3,2	3,3	3,5	3,4—3,6	3,4—3,6
Handel und Gewerbe ²	11,7	11,7	12,4	12,4—12,6	12,5—12,7
Vermietung und Verpachtung ³ ..	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8
Kapitalvermögen ⁴	1,4	1,7	2,2	2,8	3,4
Renten ⁵	1,0	1,2	1,3	1,4	1,4—1,5
Lohn und Gehalt ⁶	35,5	36,2	40,0—40,5	45,0—45,5	46,0—46,5
Summe der Privateinkommen ...	53,3	54,7	60,1—60,6	65,8—66,7	67,5—68,5
Öffentliche Erwerbseinkünfte ⁷ ..	1,0	1,6	1,7—1,9	1,8—2,5	1,8—2,5
Zusammen	54,3	56,3	62,0—62,5	68,0—69,0	69,0—71,0

¹ Einkommen der selbständigen Landwirte. — ² Einkommen der Unternehmer und Unternehmungen aus Handel und Gewerbe, soweit es nicht unter dem Einkommen aus Kapitalvermögen erscheint (z. B. Dividenden.) — ³ Nur, soweit an natürliche Personen fließend. — ⁴ Dividenden und Effektzinsen ohne die ins Ausland oder an Gesellschaften fließenden Beträge, ferner Erträge aus Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Privathypotheken-, Spar- und Depositenzinsen. — ⁵ Einkommen aus Altenteil-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenrenten. Nicht erscheinen hier: die Arbeitslosenunterstützungen, weil sie in Form der Beiträge beim Arbeitseinkommen einbezogen sind, ferner die Armen- und Kriegsrenten, weil sie überwiegend aus öffentlichen Mitteln stammen und deshalb im Einkommen der Steuerzahler an anderer Stelle erfaßt sind. — ⁶ Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. — ⁷ Erträge von Reich, Ländern und Gemeinden aus Erwerbsbetrieben, Grund- und Kapitalvermögen.

kommens aus Kapitalvermögen kommt die Aufwertung teilweise wenigstens zum Ausdruck; dies ist hinsichtlich der Sparkapitalien an anderer Stelle näher gezeigt, gilt aber auch für Hypothekenzinsen usw. Nur zum Teil also kann es sich um Kapitalneubildung handeln. Zu 5. Gemeint sind die Sozialrenten, ohne solche aus der Arbeitslosenversicherung. Nach den Bemerkungen zur Übersicht sind diese beim Arbeitseinkommen einbezogen. Freilich spricht gegen diese Zurechnung der Umstand, daß neuerdings auch das Reich erheblich zu diesen Renten beiträgt. Für gewisse Fälle kann man Arbeitslohn und Sozialrenten immerhin zweckmäßig zusammenfassen; diese Zusammenfas-

²⁹ Vgl. aber unten S. 193 die (offenbar endgültigen) Schätzungen, die nicht unwesentlich, besonders hinsichtlich des Gesamteinkommens, von den gegenwärtigen abweichen.

sung ist auch lohntheoretisch gerechtfertigt. Können doch die Sozialrenten sehr wohl als Lohnergänzung gelten.

Die Beurteilung der zwischen 1925 und 1929 eingetretenen Verschiebungen in den Einkünften der Bevölkerung wird zweckmäßig von den Prozentsätzen ausgehen, welche von der Gesamtsumme aller Privateinkünfte auf die einzelnen Einkunftsquellen entfallen.

Vorher soll aber noch die Entwicklung des *gesamten Volkseinkommens* an der Hand der vom Verfasser obiger Übersicht gemachten Mitteilungen verfolgt werden: setzt man den Pro-Kopfanteil vom Volkseinkommen 1925 gleich 100, dann ergibt sich unter — freilich unvollkommener — Berücksichtigung der Preisbewegung: 1926: 102, 1927 108, 1928 115, 1929 115. »Bei voller Ausschaltung aller nominellen Steigerungen,« so heißt es weiter, »sind wir noch recht weit vom Pro-Kopfbetrag des Volkseinkommens 1913 entfernt; die Mitteilung einer zahlenmäßigen Angabe für diesen, aus der Perspektive 1925 errechnet, unterbleibt besser.« 1930/31 sank das Volkseinkommen infolge der Krise auf einen freilich noch nicht feststellbaren Betrag.

Die Entwicklung der Privateinkünfte 1925—1929 in vH der Gesamt-Privateinkünfte

Einkommensquellen	Auf die linksstehenden Einkommensquellen entfallen von der Summe der Privateinkünfte vH :				
	1925	1926	1927	1928	1929
Landwirtschaft	6,0	6,0	5,8	5,3	5,1
Handel und Gewerbe	22,0	21,4	20,6	18,9	18,5
Vermietung, Verpachtung	0,9	1,1	1,1	1,2	1,2
Kapitalvermögen	2,6	3,1	3,6	4,2	5,0
Sozialrenten	1,8	2,2	2,2	2,1	2,1
Lohn, Gehalt	66,5	66,2	66,9	68,3	68,0
etwa *	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

* Wegen den Abrundungen der einzelnen Posten.

Wir beziehen nun die auf die einzelnen Quellen entfallenden Einkünfte und Einkünfteprozente auf die Bevölkerungsgruppen, die hinter ihnen stehen; das kann natürlich nur schematisch und generell geschehen, denn nicht wenige Bezieher von Einkünften werden solche aus verschiedenen Quellen erhalten. Immerhin dürfte der Fehler, zumal wenn wir uns zunächst auf landwirt-

schaftliche und Arbeitseinkommen beschränken, nicht allzu groß sein, denn in diesen Kreisen sind die Bezieher von Einkünften aus verschiedenen Quellen nicht sehr häufig. Da ergibt sich nun:

Wir stellten fest, daß an den Einkünften aus Landwirtschaft nicht nur die selbständigen Landwirte, sondern auch die mithelfenden Familienmitglieder beteiligt sind und sehen nun, daß — unter Heranziehung der Zahlen der Berufszählung von 1925 — nicht etwa nur 2,6 Millionen selbständige Landwirte, sondern auch fast 4,8 Millionen Mithelfende sich in das ausgewiesene Einkommen von 3,2 bis 3,6 Milliarden teilen! Nimmt man an, daß, da ja viele Jugendliche an landwirtschaftlicher Arbeit beteiligt sind, den 4,8 Millionen Mithelfenden nur 2,4 Millionen »Vollarbeiter« entsprechen, so ergibt sich deren Zahl immerhin mit 2,6 Millionen (Selbständige) + 2,4 (mithelfende Vollarbeiter) = 5,0 Millionen; das ist aber ein Minimum. Mit gleichem Recht könnte man auch den Mithelfenden gleich $\frac{2}{3}$ Vollarbeiter ansetzen, käme alsdann zu einer noch größeren Gesamtzahl, die sich in das sehr mäßige Gesamteinkommen zu teilen hätte. (Dafür würde sprechen, daß — s. S. 263 — die große Mehrzahl der Mithelfenden *ständig* beschäftigt, daß ferner nur wenige vH unter 14 Jahre alt sind.) Läßt man aber die günstigere Berechnung gelten, dann läßt sich ein Pro-Kopfeinkommen (im technischen Sinn) des tätigen Landwirts von nur etwa 600—700 Mark ermitteln. Ausdrücklich sei hier aber darauf verwiesen, daß daneben ein großer Teil der Einkünfte *naturaliter* bezogen wird, daß also der Landwirt als Konsument von den Preisschwankungen weniger berührt ist und seine notdürftige Lebenshaltung auch bei schlechten Preisen seiner Produkte doch einigermaßen gesichert erscheint. Sind aber die 700 M *Rein-Einkommen*?

Das Pro-Kopfeinkommen des Arbeitnehmers wird stark durch die Einkünfte der Angestellten und Beamten und überhaupt der gehobenen Gruppen in die Höhe getrieben, und die an anderer Stelle wiedergegebenen Ergebnisse der Lohnsteuer lassen fast 45 vH selbst der steuerbelasteten Pflichtigen als Bezieher von Einkünften unter 1200 M erscheinen, so daß hinsichtlich der überhaupt nicht Lohnsteuerpflichtigen — abgesehen von den Steuerbefreiten — sich der Pro-Kopfanteil wohl noch geringer stellt. Auf der anderen Seite ist aber auch zu würdigen, daß

in vielen Arbeiterfamilien *mehrere* Lohnempfänger (Mann, Frau, heranwachsende Kinder) vorhanden sind; im Gegensatz zu den familieneigenen Arbeitskräften der Landwirtschaft, die sich mit den selbständigen Landwirten in ein und dasselbe Einkommen zu teilen haben. Wäre man in der Lage, den landwirtschaftlichen Besitzer- und Pächterfamilien und deren familienweise fließendem Einkommen (einschließlich Naturaleinkünfte) gleichfalls das *Familieneinkommen* der Arbeitnehmer gegenüberzustellen, so würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach, auch bei Berücksichtigung des auf Naturaleinkommen entfallenden Teils der Einkünfte der Landwirtfamilie, ein gewisses Pro-Kopf-Plus des Arbeitnehmers errechnen lassen. — Im übrigen stimmt die Statistik durchaus mit Wahrnehmungen überein, die, ohne in jedem Fall statistisch erhärtet werden zu können, doch die große Notlage des deutschen Landwirts der Gegenwart darstellen! — Die jüngste Zunahme der Arbeitslosigkeit verschiebt auch dieses Bild. —

Bei alledem aber war die *Verbesserung des Arbeitseinkommens* gegenüber den landwirtschaftlichen Bezügen wichtig. Letztere sind zwischen 1925 und 1929 so gut wie stabil geblieben, ersteres aber erhöhte sich von 35,5 auf 46,0—46,5 Milliarden oder um etwa 30 vH. Soweit hierbei erhöhte Preise und verteuerte Lebenshaltung mitsprechen, trifft sie *alle* Gruppen (mit teilweiser Ausnahme der Landwirte); dagegen wird die Teuerung, die noch mehr beim nicht lebensnotwendigen als beim notdürftigen Lebensunterhalt einsetzte (hierzu unten), die weniger verdienenden Arbeiterschichten nicht immer so stark betroffen haben wie Kreise, welche einen gewissen Standard of life bewahren und zu diesem Zweck große Ausgaben machen müssen. Es blieb, bei Abwägung aller Verhältnisse, immerhin bis in die jüngste Zeit hinein eine wesentliche Verbesserung in der Lage der Arbeitnehmer gegenüber der anderer Gruppen.

Die vom Verfasser des Wochenberichts zum Arbeitseinkommen gemachten Ausführungen gipfeln in der Feststellung, daß indessen Gesamtbewegung die stattgefundenen Lohnerhöhungen entweder — und zwar in den Jahren 1926 und 1929 — nahezu durch die Arbeitslosigkeit ausgeglichen seien oder aber, daß — 1927 und 1928 — das Gesamtarbeitseinkommen stärker gestiegen sei als das Lohnniveau. Mit anderen Worten, die Lohnerhöhungen

sind durch die Arbeitslosigkeit wieder kompensiert oder überkompensiert worden, und von der Steigerung des Arbeitseinkommens entfällt ein steigender Anteil auf Arbeitslosenunterstützung. Würden die an Arbeitslose gelangten Beträge für sich ausgewiesen worden sein, so wäre all dies deutlicher. — Aber auch auf die — vorübergehende — Erhöhung der Gehälter öffentlicher Beamter und Angestellter in der Beobachtungszeit wird mit Recht verwiesen. 1930/31 hat sich dies alles noch mehr zugespitzt.

Denn auch die Einkünfte aus Handel und Gewerbe haben zwischen 1925 und 1929 nur eine mäßige Vermehrung, um etwa 9 vH, erfahren. Sie bleibt hinter der Steigerung der Gesamtheit der Privateinkünfte zurück, die mit mindestens 12 vH, wahrscheinlich aber höher anzunehmen war. (Das Gesamteinkommen sei, so erwähnt der Bearbeiter der Statistik, um 15 Milliarden oder 30 vH gestiegen.) Die Preissteigerung spricht sich beiden industriell-kommerziellen Einkünften in besonderem Maße aus, ohne daß man in der Lage wäre, Vorteile und Nachteile erhöhter Preise gerade für diese Gruppe genau abzuwägen.

Vom Kapitalvermögen und seinen Einkünften wurde oben schon gesagt, daß hier wahrnehmbare Erhöhungen nur zum Teil auf Kapitalneubildung oder verbesserte Rentabilität vorhandenen Kapitals zurückführen. Ein erheblicher Teil entfällt vielmehr auf die Aufwertung (womit freilich nicht gesagt ist, daß die durch sie an die Gläubiger gelangten Beträge eine Kapitalvermehrung oder -bildung in jedem Fall bedeuteten; vielmehr wird es bei der Seite 163 getroffenen Feststellung bleiben, daß viele dieser Gelder konsumiert, nicht kapitalisiert wurden; die Statistik kann das natürlich nicht ausweisen). Man kann zweifeln, ob die ausgewiesenen Einkünfte aus Kapital — 1,4 Milliarden im Jahr 1925 — überhaupt wesentlich gestiegen sind; möglich, ja wahrscheinlich ist ja auch, daß Kapital, das 1925 noch nicht ins Inland zurückgekehrt und damals statistisch noch nicht erfaßt worden war, durch bessere Renteaussichten bis 1929 die Rückwanderung vollzogen hat, um freilich ab 1930 wieder den Weg ins Ausland zu finden. Die einschlägigen Feststellungen der Übersicht sind die am wenigsten geklärten; und selbst wenn man Steigerungen der Einkünfte aus Kapital annimmt, muß man dem Bearbeiter der Wochenübersicht des Konjunkturinstituts doch recht geben, wenn er schreibt: das Einkommen aus Kapitalver-

mögen war 1925 auf 2,6 vH der gesamten Privateinkommen zusammengeschrunpft und erreicht auch gegenwärtig (1929) mit etwa 5 vH erst knapp die Hälfte seiner Vorkriegsbedeutung (1913: 11 vH). Natürlich spielt hierbei die Mietgesetzgebung eine Rolle, wenn die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung auch gesondert ausgewiesen werden.

Es bleibt noch übrig, auf die verhältnismäßig große Steigerung der öffentlichen Erwerbseinkünfte zu verweisen. Sie betrug im Jahr 1929 etwa 200 vH der Einkünfte von 1925. Hierzu wirkte viel zusammen; schwerlich ist ein gewisser Zusammenhang zwischen diesen Erhöhungen und dem Stillstand bzw. Rückschritt gewisser privater Einkommen abzulehnen; indem in steigendem Maße Kapital für öffentliche Unternehmungen verwendet wurde, wird bei gegebener Kapitalknappheit Kapitalbildung und -rente in der privaten Wirtschaft erschwert gewesen sein.

Die bisher gebrachten Angaben lassen sich in dem Augenblick, wo die letzte Hand an die Korrektur gelegt wurde, noch in wichtigen Hinsichten ergänzen.

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich enthält nämlich in seinem Jahrgang 1930 (S. 532 f.) wertvolle Gegenüberstellungen, deren wir einige übernehmen. Zunächst läßt sich die Entwicklung des Volkseinkommens je Kopf der Bevölkerung feststellen, und zwar:

	1913	1925	1926	1927	1928	1929
a) in M bzw. RM jeweiliger Kaufkraft:						
	750	870	895	980—1000	1070—1100	1080—1125
b) in RM Kaufkraft von 1925:						
	1045	870	890	930—945	985—1015	980—1025

Legt man ferner die in Milliarden RM ausgedrückte Kaufkraft von 1925 zugrunde (d. h. das Einkommen über den Lebenshaltungsindex gerechnet), so ergibt sich für die einzelnen Einkommensquellen (Milliarden RM) folgende Schätzung (sie ist gegenüber jener auf S. 187 durch *erhebliche Reduktionen* des auf die einzelnen Jahre entfallenden *Gesamteinkommens* ausgezeichnet):

	altes Gebiet	heutiges Gebiet	heutiges Gebiet				
	1913	1913	1925	1926	1927	1928	1929
Landwirtschaft	8,4—10,1	7,1— 8,5	3,2	3,3	3,3	3,1— 3,3	3,1—3,3
Handel und Gewerbe	15,5—16,2	13,9—15,3	11,7	11,6	12,2	12,0—12,2	11,9—13,1
Vermietung und Ver- pachtung	1,3— 1,6	1,1— 1,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7
Kapitalvermögen	7,8— 9,2	7,0— 8,2	1,4	1,5	2,1	2,6	3,0— 3,1
Renten	0,7— 0,8	0,6— 0,7	1,6	1,9	2,1	2,4	2,4
Lohn und Gehalt	31,5—33,6	28,0—29,8	34,9	35,1	36,9—37,5	40,2—40,6	40,4—41,3
Summe der Privatein- kommen	68,4	60,8	53,3	54,0	57,2—57,7	61,0—61,8	61,5—62,9
Öffentliche Erwerbs- einkünfte (Reich, Länder, Gemeinden)	1,5	1,4	1,0	1,6	1,8	1,7— 2,3	1,6— 2,3
Volkseinkommen	69,9	62,2	54,3	55,6	58,8—59,7	62,7—64,5	62,7—65,4

Den absoluten Beträgen obiger Tabelle entsprechen Realwerte in vH von 1925 (hierbei wird also gleichfalls eine Umrechnung über den Lebenshaltungsindex vorgenommen).

Landwirtschaft	262—316	221—266	100	103	103	97—103	97—103
Handel und Gewerbe	132—139	118—131	100	99	104	103—104	102—103
Vermietung und Ver- pachtung	260—320	220—280	100	120	140	140	140
Kapitalvermögen	557—657	500—586	100	107	150	186	214—221
Renten	43— 50	37— 44	100	119	131	150	150
Lohn und Gehalt	90— 96	80— 85	100	101	105—107	115—116	115—118
Summe der Privatein- kommen	128	114	100	101	107—108	114—116	115—118
Öffentliche Erwerbs- einkünfte (Reich, Länder, Gemeinden)	150	140	100	160	180	170—230	160—230
Volkseinkommen	129	115	100	103	108—110	115—119	115—121

Es gelten hierbei die Anmerkungen auf S. 187 mit gewissen Abänderungen, die wiederzugeben hier zu weit führen würde. Hauptsächlich handelt es sich um eine Verschiebung zwischen Renten- und Lohneinkommen.

Wir lassen nunmehr eine Anzahl Zusammenstellungen folgen, ohne sie zu kommentieren. Sie sprechen für sich und mögen als Ergänzung des bisherigen dienen.

Einkommensschichtung im Deutschen Reich

Einkommensstufen		Anzahl der Einkommensbezieher in 1000		Einkommen in Milliarden M bzw. RM jeweiliger Kaufkraft		Anzahl der Einkommensbezieher in vT Gesamtzahl bzw. Gesamtnummer		Einkommen	
1913 in M	1926 in RM	1913*)	1926	1913*)	1926	1913*)	1926	1913*)	1927
Vorkriegs-	Nachkriegs-								
kaufkraft	kaufkraft								
0- 900	0- 1 200	11 485	18 490	8,3	13,5	492	630	233	315
900- 1 500	1 200- 3 000	7 195	8 499	8,9	14,5	308	290	247	337
1 500- 3 000	3 000- 5 000	3 409	1 485	7,2	5,6	146	51	201	131
3 000- 6 000	5 000- 9 000	883	596	3,7	3,8	38	20	102	89
6 000- 9 000	9 000- 12 000	171	106	1,3	1,1	7	4	36	26
9 000- 12 000	12 000- 16 000	80	64	0,9	0,9	3	2	24	20
12 000- 20 000	16 000- 25 000	70	53	1,1	1,0	3	2	31	24
20 000-100 000	25 000-100 000	68	40	2,6	1,7	3	1	72	39
über 100 000	über 100 000	7	4	1,9	0,8	0	0	54	19
Insgesamt		23 368	29 737	35,9	42,9	1000	1000	1000	1000

*) Heutiges Gebiet.

Gliederung der veranlagten Einkünfte nach Quellen 1925, 1926, 1927
(Zusammenstellung nach Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 1928, 1929)

Quellen der Einkünfte	1925		1926		1927	
	Pflichtige in Taus.	Betrag in Mill. M	Pflichtige in Taus.	Betrag in Mill. M	Pflichtige in Taus.	Betrag in Mill. M
Land- u. Forstwirtsch.	1 479,3	2 055,6	1 367,8	1 943,5	1 455,2	2 140,0
Gewerbebetrieb	2 456,9	7 876,0	2 396,5	7 667,8	2 499,1	8 660,6
Sonstige selbständige Berufstätigkeit	199,5	940,4	196,3	976,5	205,6	1 085,0
Nichtselbständige Arbeit	158,1	1 732,6	168,0	1 851,4	194,4	2 206,2
Kapitalvermögen	200,5	483,6	300,2	634,9	420,5	843,1
Vermietung und Verpachtung	761,8	545,6	902,6	637,3	1 004,6	758,8
And. wiederkehrende Bezüge und sonstige Leistungsgewinne ..	46,6	82,2	78,5	161,5	107,9	180,3
Gesamteinkommen der Pflichtigen	3 907,6	12 780,0	3 763,4	12 646,5	4 015,7	14 514,6
(nicht identisch mit der Summe der Einkünfte)*						

* Insofern bedarf die Angabe in der Quelle der Klarstellung.

Die Statistik des Deutschen Reichs (Bd. 348) weist für 1925 die einzelnen Einkommensgruppen unter Ausscheidung der auf jede Gruppe entfallenden Zahl der Pflichtigen und des Einkommens nach:

Einkommensgruppen M		Zahl der Pflichtigen überhaupt		Einkommen	
		Tausend	vH	in Mill. M	vH
	bis 1 500	1 863,7	47,70	1 614,2	12,63
über	1 500 „ 3 000	1 054,1	26,98	2 243,7	17,56
„	3 000 „ 5 000	453,8	11,61	1 742,5	13,63
„	5 000 „ 8 000	219,8	5,62	1 375,9	10,77
„	8 000 „ 12 000	152,7	3,91	1 496,4	11,71
„	12 000 „ 16 000	65,2	1,67	898,9	7,03
„	16 000 „ 25 000	54,2	1,39	1 063,2	8,32
„	25 000 „ 50 000	31,7	0,81	1 068,6	8,36
„	50 000 „ 100 000	9,1	0,23	611,5	4,78
„	100 000 „ 200 000	2,4	0,06	325,4	2,55
„	200 000	0,89	0,02	339,5	2,66
		3 907,6	100,00	12 780,0	100,00

Gliederung der Körperschaftssteuerpflichtigen 1925

Quellen der Einkünfte	Zahl der Pflichtigen in Tausend	Betrag des Einkommens in Mill. M
Betrieb von Land- u. Forst- wirtschaft	0,30	2,6
Gewerbebetrieb	35,32	1 860,8
Sonstige selbständige Be- rufstätigkeit	0,20	1,0
Vermietung, Verpachtung.	2,25	6,2
Einkommen	37,74	1 870,7
(wieder nicht identisch mit der Summe der Einkünfte)		

Lohneinkommen

(Stat. des Deutschen Reiches Bd. 359)

	in Tausend			
		davon steuer- belastet	steuerbefreit	unbesteuert
Zahl der Pflichtigen..	23 246,2	12 492,3	362,7	10 391,2
davon männlich ...	16 161,3	10 599,3	348,1	5 213,8
„ weiblich	7 084,9	1 892,9	14,6	5 177,4

Nach Einkommensgruppen:

Einkommensgruppen M	Pflichtige				Einkommen			
	Steuerbelastete in Taus.	vH	Steuerbefreite in Taus.	vH	Steuerbelastete in Mill.	vH	Steuerbefreite in Mill.	vH
bis 1 200	5 604,8	44,87	166,2	45,81	4 208,2	20,41	157,2	31,02
über 1 200 „ 1 500	1 460,2	11,69	70,3	19,39	1 968,2	9,55	94,4	18,63
„ 1 200 „ 1 500	7 065,0	56,56	236,5	65,20	6 176,3	29,96	251,5	49,65
„ 1 500 „ 1 800	1 310,2	10,49	53,1	14,64	2 153,9	10,45	87,6	17,10
„ 1 800 „ 2 100	1 072,6	8,59	32,9	9,08	2 086,8	10,12	63,0	12,62
„ 2 100 „ 2 400	777,4	6,22	20,4	5,64	1 743,0	8,45	45,7	9,02
„ 2 400 „ 3 000	874,8	7,00	13,1	3,61	2 330,8	11,31	34,2	6,76
„ 1 500 „ 3 000	4 035,0	32,30	119,6	32,97	8 314,6	40,33	230,5	45,50
„ 3 000 „ 3 600	471,6	3,78	4,1	1,14	1 542,3	7,48	13,4	2,65
„ 3 600 „ 4 200	296,4	2,38	1,3	0,36	1 152,9	5,59	5,2	1,00
„ 4 200 „ 5 000	274,6	2,19	0,7	0,19	1 252,1	6,07	3,1	0,62
„ 3 000 „ 5 000	1 042,6	8,35	6,1	1,69	3 947,3	19,14	21,7	4,27
„ 5 000 „ 6 500	226,8	1,81	0,3	0,10	1 272,7	6,17	2,0	0,40
„ 6 500 „ 8 000	97,9	0,78	0,1	0,03	699,5	3,39	0,7	0,14
„ 5 000 „ 8 000	324,7	2,59	0,4	0,13	1 972,2	9,56	2,7	0,54
„ 8 000	25,0	0,20	0,2	0,01	208,2	1,01	0,2	0,04
Insgesamt	12 492,3	100,00	362,7	100,00	20 618,6	100,00	506,7	100,00

Umsätze

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, 1930)

Umsatz im Reich:

1924	76,7	Milliarden Reichsmark
1925	106,8	„ „
1926	109,7	„ „
1927	125,0	„ „
1928	134,3	„ „
1929	134,2	„ „

Ausscheidung des Umsatzes von 1925 (abzüglich eines kleinen Restes nicht ausscheidbarer Umsätze):

Landwirtschaft	7 077,6	Milliarden RM bei 2 041,9 Taus. Pflicht.
Industrie	55 125,2	„ „ „ 1 258,7 „ „
Handel u. Verkehr	38 211,6	„ „ „ 1 308,9 „ „
Freie Berufe usw.	1 848,3	„ „ „ 215,7 „ „

Zusammen 102 262,7 Milliarden RM bei 4 825,2 Taus. Pflicht.

Erwerb von Todeswegen und durch Schenkung unter Lebenden

(Veranlagung 1927; Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1929, 1930)

a = steuerpflichtig; b = steuerfreier Ehegattenerwerb

Gliederung des Erwerbs in M	Erwerbs- anfälle	vH	Gesamtwert in Mill. RM	vH
bis 10 000				
a	23 535	51,24	167,2	18,88
b	3 756	36,43	27,9	8,72
„ 20 000				
a	12 702	27,66	177,4	20,04
b	3 118	30,24	45,1	14,12
„ 30 000				
a	3 994	8,70	97,1	10,97
b	1 298	12,59	32,3	10,08
„ 40 000				
a	1 852	4,03	63,6	7,18
b	614	5,95	21,5	6,73
„ 50 000				
a	1 058	2,30	47,0	5,31
b	369	3,58	16,7	5,22
„ 100 000				
a	1 834	3,00	124,3	14,04
b	691	6,70	47,9	14,98
„ 150 000				
a	492	1,07	57,3	6,47
b	192	1,86	23,5	7,36
„ 200 000				
a	178	0,39	30,4	3,44
b	90	0,87	15,7	4,90
„ 300 000				
a	137	0,30	32,1	3,63
b	83	0,80	20,6	6,44
„ 400 000				
a	58	0,13	19,6	2,22
b	39	0,38	13,8	4,32
„ 500 000				
a	32	0,07	13,9	1,56
b	12	0,12	5,4	1,69
„ 600 000				
a	19	0,04	10,4	1,17
b	14	0,14	7,8	2,44
„ 700 000				
a	11	0,02	7,0	0,79
b	6	0,06	3,9	1,21
„ 800 000				
a	5	0,01	3,8	0,43
b	7	0,07	5,2	1,64
über 800 000				
a	22	0,05	34,2	3,87
b	22	0,21	32,4	10,14
Zusammen a	45 929	100,00	885,3	100,000
b	10 311	100,00	379,7	100,000
Insgesamt	56 240	—	1 265,0	—

Der steuerpflichtige Umsatz hob sich 1926 auf 106,1, 1927 auf 122,0 Milliarden RM bei einem Rückgang der Zahl der Steuerpflichtigen auf 4,658 bzw. 4,064 Millionen. Spätestens für 1930 ist dann der bekannte Umschwung zu erwarten (vgl. die nächste Tabelle!).

In der Veranlagung 1928 stand die Zahl der Erwerbsanfälle im Reiche auf 50 841, der Vermögensanfälle auf 974,5 Mill. RM.

Reichsvermögensveranlagung 1925, 1927 und 1928

(Stat. Jahrbuch f. d. Deutsche Reich, 1928, 1929, 1930)

a = Natürliche Personen; b = Körperschaften

	1925		1927		1928	
	Pflichtige in Tausend	Betrag in Mill. RM	Pflichtige in Tausend	Betrag in Mill. RM	Pflichtige in Tausend	Betrag in Mill. RM
Land- und forstwirtschaftl. Vermögen						
a	1 369,6	25 948,2	1 293,3	24 553,4	1 410,0	26 045,2
b	0,2	51,2	0,2	43,8	0,3	51,2
Zusammen	1 369,8	25 299,4	1 293,5	24 597,2	1 410,3	26 096,4
Betriebsvermögen						
a	855,2	12 747,0	838,3	11 956,6	914,6	13 847,4
b	113,2	33 541,9	108,6	34 162,7	114,5	39 642,7
Zusammen	968,4	46 288,9	946,8	96 119,2	1 029,1	53 490,1
Grundvermögen						
a	1 243,9	26 413,2	1 185,5	25 260,8	1 413,8	34 862,4
b	1,1	76,4	1,1	80,7	1,3	120,2
Zusammen	1 245,0	26 489,6	1 186,6	25 341,5	1 415,1	34 982,6
Sonstiges Vermögen						
a	638,4	9 427,9	758,0	16 099,6	985,0	19 818,6
b	1,2	62,8	1,7	107,1	2,0	127,2
Zusammen	639,6	9 490,7	759,7	16 206,6	987,0	19 945,8
Rohvermögen						
a	2 485,0	74 536,4	2 432,8	77 828,3	2 762,0	94 503,0
b	115,2	33 734,6	110,9	34 394,3	117,2	39 941,3
Zusammen	2 600,1	108 271,0	2 543,7	112 222,6	2 879,2	134 444,3
Steuerpflichtiges Gesamtvermögen						
a	2 485,0	64 073,6	2 432,8	64 564,8	2 762,0	77 374,7
b	115,2	33 698,8	110,9	34 354,4	117,2	39 887,9
Zusammen	2 600,2	97 722,4	2 543,7	98 919,2	2 879,2	117 262,6

Kapitalverkehrsteuern

(Obige Quelle)

1924	168,4	Milliarden Reichsmark insgesamt		
1925	103,4	„	„	„
1926	165,4	„	„	„
1927	148,7	„	„	„
1928	131,0	„	„	„
1929	89,8	„	„	„

Sparanlagen

(Wirtschaft und Statistik 1930/4)

Ab 1. Januar 1924 (also von der Währungsstabilisierung ab gerechnet) wurde

die 1. Milliarde Spareinlagen April 1925, also in 16 Mon. erreicht

„ 2.	„	„	März 1926, in weit. 11	„	„
„ 3.	„	„	Dez. 1926, „ „ 9	„	„
„ 4.	„	„	Juni 1927, „ „ 6	„	„
„ 5.	„	„	Jan. 1928, „ „ 7	„	„
„ 6.	„	„	Juli 1928, „ „ 6	„	„
„ 7.	„	„	Dez. 1928, „ „ 5	„	„
„ 8.	„	„	Mai 1929, „ „ 5	„	„
„ 9.	„	„	Dez. 1929, „ „ 7	„	„

Der Sparkassenbestand war am 1. Januar 1930: 9015 Millionen, einschließlich Zinsgutschriften 9275 Millionen Reichsmark. Es handelt sich aber nach der gleichen Quelle zum Teil um Kapitalumschichtungen, nicht nur um Neubildungen. In der neunten Milliarde stecken allein 150 Millionen aufgewertete — also ältere — Spareinlagen. Ebenso wirken die Zinsgutschriften, die allein im Dezember 1929 etwa 180 Millionen ausmachen. Der gleiche Monat wies den niedrigsten Einzahlungsüberschuß auf, die Auszahlungen mehrten sich stark, ohne daß dies nur als Saisonbewegung zu erachten wäre. Die Spareinlagen sind nicht, wie vor dem Kriege, meist Rentenskapitalien, sondern größtenteils Zweckguthaben. In jüngster Zeit ist eine, wenn auch noch mäßige, Rückwärtsbewegung eingetreten.

Stand der langfristigen Anlagen der Sparkassen (31. Oktober 1929):

	Millionen M
Landwirtschaftliche Hypotheken . .	876,7
Sonstige Hypotheken	3 104,6
Wertpapiere	1 407,7
Kommunaldarlehen	1 325,5
	<hr/> 6 714,5

Bestand im Giro-, Scheck-, Kontokorrent- und Depositenverkehr: 1356,5 Millionen Reichsmark.

Die fünf großen Genossenschaftsverbände besaßen 1929 2858,5 Millionen RM Spareinlagen.

2. Die absolute Minderung der Lebenshaltung

a) Individualisierende Methoden

Wir haben, um die in der Überschrift enthaltene Frage beantworten zu können, zunächst ein einigermaßen einschlägiges Friedensmaterial aufzusuchen; es muß sich auf Angehörige des Mittelstandes beziehen und den früher erwähnten methodisch-technischen Anforderungen tunlichst entsprechen.

v. Tyszka ^{29a} bezeichnete nun als wichtige Vergleichsbasis die Angaben, welche die aus der letzten Friedenszeit stammende Erhebung des Verfassers dieser Zeilen über den Mittelstand für den täglichen Lebensmittelverbrauch der »Normalperson« enthält: 93,4 g Eiweiß, 121,1 g Fett, 400,3 g Kohlenhydrate bei 3385 Kalorien.

Es sei hier angemerkt, daß dies Material Schlüsse auf das Verhältnis des Einkommens zur Lebenshaltung zuläßt, die, wenn auch nicht unbedingt eindeutig, doch im ganzen mit steigendem Einkommen den Fettverbrauch steigern, den Kohlenhydrateverbrauch gleichbleiben oder sinken lassen. Folgende Tabelle, die die drei besonders bezeichnenden Einkommensgruppen des Mittelstandes hinreichend besetzt ausweist, verdeutlicht das:

<i>Täglicher Konsum der Verbrauchseinheit in g</i>			
Einkommensgruppe	Eiweiß	Fett	Kohlenhydrate
2000—3000 M	89,2	105,0	370,0
3000—4000 M	94,3	128,5	410,1
4000—5000 M	86,3	133,8	372,5
Gesamtdurchschnitt	93,4	121,1	400,3

^{29a} Vgl. S. 129.

Man wird geneigt sein, einen Überkonsum an Fett anzunehmen. In der Tat wird von König der Fettverbrauch des männlichen Erwachsenen bei mittlerer Arbeit auf nur 55 g, bei schwerer Arbeit auf 92 g bemessen; hieran gemessen zeigt unser Material einen Mehrverbrauch von 31,6 vH selbst bei der Annahme, daß es »Schwerarbeiter« umfaßt (was nicht allgemein zutrifft). Nun ist freilich auf der anderen Seite der Eiweißkonsum geringer als der von König mit 102 g (mittlere Arbeit) und 123 g (schwere Arbeit) angenommene, und ebenso bleibt der Kohlenhydratekonsum zurück (König: 475 bzw. 428 g). Hinsichtlich des Kalorienverbrauches gleichen sich diese Gegensätze wieder aus, er stellt sich für unsere Erhebung auf fast genau die Größe, die der Nahrungsmittelchemiker hypothetisch errechnet hatte, wenn man wieder schwere Arbeit ausschließlich gelten läßt. Gegenüber der für mittlere Arbeit angenommenen Kalorienverzehr ergibt sich auch nur eine mäßige Überschreitung um 267 Kalorien täglich.

Der von uns festgestellte Fettverbrauch bleibt nun aber noch hinter den aus verschiedenen anderen Erhebungen ermittelten Durchschnittswerten zurück. Freilich besteht keine unmittelbare Vergleichsmöglichkeit, denn jene anderen Erhebungen sind nicht bis zur Ausscheidung von Normalpersonen vorgedrungen, sondern bringen im allgemeinen nur Zahlen für die Person schlechthin, ohne Berücksichtigung der durch Alter und Geschlecht bedingten Verschiedenheiten. Da hier also auch die Kinder und Frauen als Vollpersonen gelten, so stellen die Ergebnisse offenbar Untergrenzen für den Konsum des erwachsenen Mannes dar und wollen so gewertet werden. Der Fettverbrauch stellt sich hiernach im Durchschnitt auf mindestens 50—60 kg jährlich, ist also höher als unser Jahresdurchschnitt, der wenig über 44 kg ausmacht. Diese Wahrnehmung soll hier nur in dem Sinne verwertet werden, daß der von uns ermittelte Fettkonsum trotz seines Abweichens von der theoretisch berechneten Norm keine Unwahrscheinlichkeit enthält. Da hinsichtlich des Konsums von Eiweiß und Kohlenhydraten von vornherein eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung mit den hypothetischen Werten gegeben ist, mag das Material, auf das wir uns einstweilen stützen, als einigermaßen charakteristisch für die Friedensernährung der deutschen mittleren Volksgruppen und als Grundlage

für die Berechnung der Veränderungen der Lebenshaltung in und nach dem Kriege angesehen werden. Weitere Gesichtspunkte, welche jene Übereinstimmung beleuchten, finden sich auf nächster Seite und S. 215.

Daraus leiten wir dann das Recht ab, auf weitere Einzelheiten einzugehen und zunächst festzustellen, welcher Anteil in der erwähnten Friedensstatistik am Gesamtkalorienverbrauch der Verbrauchseinheit auf die einzelnen Lebensmittel entfällt; es ergeben sich für den Durchschnitt aller beachteten Haushalte folgende Anteile:

Mehl	5,8 vH	Künstliche Fette	1,7 vH
Brot	25,4 vH	Milch	14,6 vH
Schweinefleisch	5,1 vH	Eier	1,5 vH
Wurst usw.	11,2 vH	Kartoffel	9,0 vH
Rindfleisch	3,0 vH	Reis	0,8 vH
Butter	10,9 vH	Hülsenfrüchte	0,8 vH
Schmalz	2,9 vH	Zucker	7,0 vH
<hr/>			
			Zusammen 99,7 vH

Ziemlich charakteristisch sind ferner die Verschiebungen, die sich ergeben, wenn wir den Kalorienanteil der einzelnen Lebensmittel nach Einkommensgruppen ausscheiden. Verhältnismäßig wenig von der Einkommenshöhe beeinflußt zeigten sich die Anteile von Mehl, Brot, Eiern, Zucker. Auch das Fleisch — mit Ausnahme der meist teureren Wurst — schwankt nicht erheblich. Der Kartoffelanteil sinkt dagegen mit steigendem Einkommen beträchtlich, während der Wurstanteil in ähnlichem Tempo steigt und innerhalb des Fettkonsums sich eine Wendung vom billigeren Kunstfett und Schmalz zur teureren Butter hin zeigt. Das sind verständliche Erscheinungen, die auch durch andere Erhebungen belegt werden.

Bei alledem sind auch Unterschiede in geographischer Hinsicht vorhanden. Sie treten aber in unserem Material zurück, weil es keine eigentlich bodenständigen und am wenigsten agrarische Volksgruppen widerspiegelt, vielmehr ist die Zugehörigkeit zu den industriellen Berufsgruppen und das städtische, mehrfach großstädtische Milieu entscheidend. Auch daß es sich um Angehörige von Berufen handelt, die zwar zum Teil noch im

Betrieb selbst Hand anlegen, aber doch vorwiegend geistige, disponierende, organisatorische Arbeit verrichten, ist wichtig. Damit ist die Bedeutung der Fleischnahrung nahegelegt. Wichtig ist dies für uns deshalb, weil wir vor allem die Wandlungen in der Lebenshaltung der sich nicht selbst versorgenden und nicht vorwiegend körperliche Arbeit verrichtenden Bevölkerung zu würdigen haben, und diese wird durch unsere Technikerfamilien hinreichend charakterisiert.

Indem wir andere Methoden, die Lebenshaltungsänderungen zu messen, hernach besprechen — es handelt sich dabei u. a. um die »Verbrauchsberechnungen« auf Grund von Eigenproduktion, Ein- und Ausfuhr —, soll anschließend das Ergebnis wiedergegeben werden, zu dem Professor von Tyszka gelangt ist.

Der Einwand, daß es sich bei diesen Feststellungen nicht um dieselben Familien handelt wie bei der eben verwendeten Friedensermittlung, würde ins Gewicht fallen, wenn es sich um eine streng-exakte Vergleichung und nicht darum handelte, überhaupt Anhaltspunkte zu gewinnen. Auch ist ja wohl hinreichend die Übereinstimmung des älteren Materials mit anderen Erhebungen jener Zeit gezeigt worden. Was aber die Nachkriegsstatistik angeht, so kann sie für sich die unten³⁰ noch näher zu bekundende Vermutung einer gewissen Angleichung der Lebenshaltung der einzelnen Volksgruppen anführen. Tägliche Beobachtung tut das ebenso wie die Überlegung dar, daß bei dem ungeheuren Einkommens- und Besitzschwund das Engelsche Gesetz, wonach bei kleinen Einkommen der größte Ausgabenanteil auf die Ernährung entfällt, im heutigen Deutschland für einen größeren Teil der Bevölkerung gilt als früher. Deshalb schon ist mit einer gewissen Nivellierung zu rechnen. Es wird sich allerdings herausstellen, daß hinsichtlich der Lebenshaltung nicht alle Angehörigen der mittleren Schichten in die unteren untergetaucht sind, auf der anderen Seite aber können viele ihrer Angehörigen nicht einmal die Lebensansprüche weiter Arbeitergruppen mehr geltend machen. Wenn also v. Tyszka vor

³⁰ S. 212 ff. Dort werden die noch vorhandenen Gegensätze in der Lebenshaltung des Mittelstandes gegenüber jener anderer Schichten gleichfalls statistisch beleuchtet. Die Statistik entspricht nicht ganz der im Text geäußerten Vermutung, ohne daß diese durch die immerhin unsicheren Zahlen widerlegt werden könnte.

allem Eisenbahnerfamilien heranzieht, so besteht kaum ein Bedenken, diese mit den Technikerfamilien der Friedenserhebung zu vergleichen, Zugehörigkeit zum städtischen (vielfach großstädtischen) Milieu ist ebenso wie Berufsverwandtschaft bei beiden Statistiken gegeben. Die anderen von Tyszkä in die Berechnung einbezogenen Familien scheinen dem gehobenen Arbeiterstand anzugehören, wieder handelt es sich um Großstädter (Hamburger), auch hier überwiegen die Identitätsmomente.

Um so bezeichnender ist die Zusammenstellung bei unserem Gewährsmann:

*Nährwert des Konsums pro Tag und Vollperson*³¹

Zeitraum	Eiweiß (g)	Fett (g)	Kohlenhydrate (g)	Kalorien
Juli 1921	53,6	40,9	355,5	2011
Juli 1923	58,3	78,2	381,4	2510
1. Quartal 1924	53,5	80,1	316,7	2261
2. Quartal 1924	64,5	92,4	369,8	2635
3. Quartal 1924	71,4	103,7	376,5	2752
4. Quartal 1924	70,9	104,8	360,2	2668

Gehen wir hinsichtlich des Vergleichs mit der Friedenslebenshaltung zunächst vom Kalorienwert aus, so ist etwas störend, daß v. Tyszkä für die Umrechnung der Eiweiß-, Fett- und Kohlenhydratmengen in Wärmeeinheiten andere Unterlagen heranzog, als sie von uns verwendet wurden. Allerdings bezieht sich der Unterschied vornehmlich auf Eiweiß, dessen Kalorienwert von uns etwas höher angenommen wurde. Läßt man, um eine Vergleichsbasis zu finden, die von v. Tyszkä angeführten Berechnungen von Kestner und Knipping gelten, so erniedrigt sich der durchschnittliche Kalorienwert unserer Friedenslebenshaltung um einige hundert, und man wird ohne großen Fehler von der Friedensbasis von 3000 Kalorien ausgehen können, die ja auch sonst der Ernährungswissenschaft geläufig ist. *Sie ist also nach dem Kriege in keinem Fall erreicht worden*; während der tägliche Kalorienverbrauch der Vollperson Juli 1923 nur zwei Drittel des normalen war, fand Mitte 1924 eine Annäherung

³¹ Daß diese etwas abweichend von der Friedensstatistik des Verfassers berechnet wurde, ist nicht erheblich.

an die Norm statt, die aber doch längst nicht erreicht wurde. Besonders rückläufig sind Fett- und Eiweißkonsum: gegenüber 93,4 g täglichem Eiweiß-Friedenskonsum ursprünglich (1921) nur 53,6, zum Schlusse (1925) 70,9 g; gegenüber 121 g Fett nur 41, später auch nur 105 g: selbst der Verzehr der billigeren Kohlenhydrate blieb zurück (400 g im Frieden, rund 360 g nach dem Kriege).

v. Tyszka rechnet als Norm mit einem geringeren Fettbedarf, als er sich nach unserer Friedensparität auswies; von letzterem wurde aber gezeigt, daß er sich durchaus nicht im Widerspruch mit anderen Erhebungen — soweit bei den ungleichen Methoden überhaupt verglichen werden kann — befindet. Dabei betont unser Gewährsmann freilich auch den Übergang zum billigeren Fett der Margarine, deren reichliche Verwendung ihm mit Recht nicht als Ausgleich für die verminderte Eiweißzufuhr gilt.

Unser Friedensmaterial hatte folgenden jährlichen Fettverbrauch der Normalperson ausgewiesen:

	Butter- konsum	Schmalz- konsum	Konsum künstl. Fette
Einkommen von 2—3000 M	31,0 kg	5,6 kg	4,7 kg
Einkommen von 3—4000 M	40,6 kg	10,3 kg	8,2 kg
Einkommen über 4000 M	46,5 kg	7,5 kg	4,6 kg

Dagegen steht der Butterverbrauch im ersten Halbjahr 1924 nach Tyszka bei dem Minimum von 6,4 kg, im ersten Halbjahr 1925 hat er sich nur auf 7,8 kg erhoben. Das macht fürs Jahr kaum 13 bzw. 16 kg aus, also günstigenfalls die Hälfte des Verbrauchs, den die geringbesoldete (2—3000 M) Gruppe der Friedenserhebung ausgewiesen hatte, nur einen Bruchteil der im Frieden von Bessersituierten verzehrten Menge. Dagegen sind, auf Jahr umgerechnet, rund 50 kg an Kunstfetten konsumiert worden, ein Mehrfaches dessen, was die Gutgestellten im Mittelstand vor dem Kriege verbrauchten. Die Wandlung zur geringeren Qualität und zum Surrogat hin ist deutlich und auch sonst vielfach festzustellen; wennschon natürlich die Ungleichheit des verglichenen Materials nur die Richtung, aber nicht das Maß der Veränderung eindeutig zu demonstrieren vermag. Auch würde zu berücksichtigen sein, daß sich wahrscheinlich die Qua-

lität des Kunstfettes seit der Vorkriegszeit verbessert hat, so daß in seiner stärkeren Verwendung gegenüber Naturfetten keine proportionale Qualitätsverschlechterung zu erblicken ist. Daß eine solche infolge des Übergangs zum Surrogat vorliegt, dürfte freilich unbestritten sein.

Es ist unmöglich, in gleicher Weise die übrigen Veränderungen des Budgets seit Kriegsbeginn zu verfolgen. Bei der immerhin kleinen Vergleichsbasis ist mit ungleichen Verschiebungen zu rechnen, und es liegt zweifelsohne auch manch grundsätzliche Geschmacks- und Konsumverschiebung in Mitte. Denn der größte Teil der männlichen Bevölkerung der mittleren Altersklassen war eingerückt gewesen; der Bauer, der früher an fleischarme Nahrung gewohnt gewesen war, stellte sich auf die Militärkost, die längere Zeit verhältnismäßig viel Eiweiß vorsah, um, auch für gewisse Arbeiterschichten fand infolge der Mobilisierung eher eine Gewöhnung an bessere Kost als an schlechtere statt. Als dann während des Krieges der Schleichhandel blühte und der Selbstversorger bevorzugt war, ergab sich eine Gewöhnung dahin, daß die Landbevölkerung die besten Qualitäten ihrer Erzeugung nicht mehr gegen schlechtes Geld verkaufte, sondern vertauschte oder — sehr häufig — selbst konsumierte. Nimmt man ferner an, daß ein großer Teil der deutschen Bevölkerung eine gewisse Einbuße an fetthaltiger Nahrung durchaus vertragen konnte und — was von Ärzten verzeichnet wurde — bei eingeschränkter Kost sich manchmal der Gesundheitszustand verbesserte, so darf gefolgert werden, daß eine Verringerung zumal des Fettkonsums nicht selten absichtlich auch dann, als wieder hinreichend Fette zur Verfügung standen, beibehalten wurde. Beim weiblichen Teil des Volkes kam die Mode der schlanken Linie dieser Richtung zu Hilfe, bei ihm, wie noch mehr bei den Männern, hat auch die größere Hingabe an den Sport auf die Ernährungsgewohnheiten eingewirkt. Lebenshaltung ist bekanntlich eine soziale Angelegenheit, der einzelne ist hier sehr abhängig von der öffentlichen Meinung und den Sitten seiner Gruppe, aus allen diesen Gründen sind Vergleiche zwischen Vor- und Nachkriegszeit nur bedingt möglich; aber trotz dieser Vorbehalte bleibt richtig, was v. Tyszka am Schlusse seiner Abhandlung ausspricht: »Das charakteristische Zeichen der Ernährungsweise der untersuchten Familien der Nachkriegszeit

ist der zu geringe Eiweißverbrauch«, und damit ist allerdings wahrscheinlich gemacht, daß Ernährungsstörungen grober Art vorliegen. Die Untersuchungen der Krankenkassen, der Schulärzte und anderer zuständiger Stellen lassen denn auch keinen Zweifel hierüber. Inwiefern die einzelnen Volksgruppen und zumal der Mittelstand von diesen Vorkommnissen betroffen sind, ist hernach zu würdigen, wenn versucht wird, die relative Lage der wichtigeren Gruppen gegeneinander abzugrenzen.

b) Generalisierende Methoden

Vorher aber soll über den mutmaßlichen Umfang der Lebenshaltungsänderung in Deutschland noch ein anderes Material befragt werden: es handelt sich um die sogenannten »Verbrauchsberechnungen«, die an methodischer Exaktheit allerdings hinter der Messung auf Grund von Haushaltsrechnungen zurückstehen, vor diesen aber die Breite der Vergleichsbasis voraus haben. Indem beide Methoden nebeneinander angewendet werden, darf man wohl hoffen, Fehler soweit möglich auszuschließen. Wir stützen uns auf den Jahrgang 1924/25 des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich. Dort sind bereits in willkommener Weise Friedens- und Nachkriegszahlen übersichtlich zusammengestellt. Freilich ist die rohe Prokopfrechnung weniger zuverlässig als die bisher angewandte Berechnung auf Normalpersonen; indes darf vermutet werden, daß die »Große Zahl« im Fall der Verbrauchsberechnungen den Fehler auf ein erträgliches Maß reduziert. Gewiß hat sich, und darin liegt eine der wichtigsten Kriegs- und Nachkriegswirkungen, Sexualproportion und Altersaufbau in Deutschland seit 1913 nicht unwesentlich verändert, so daß Berechnungen, bei denen die Bevölkerungszahl als Divisor beteiligt ist, eine den Vergleich erschwerende Ablenkung erfahren. Ebenso hat sich ja auch das Reichsgebiet verändert. Von den Getreidekonsumberechnungen des Reichsamts sollen hier die von 1913/14, 1922/24 und 1926/27 einander gegenübergestellt werden. Nun ergibt sich dieses (man beachte die auf den nächsten Seiten erwähnten Gründe, warum die Zahlen nicht bis zur Gegenwart ergänzt wurden):

I. Getreide

Verfügbar zum Verbrauch im Deutschen Reich für menschliche
und tierische Ernährung und gewerbliche Zwecke
auf den Kopf kg:

	Roggen	Weizen und Spelz	Hafer	Gerste	Kartoffeln
1913/14	153,1	95,8	128,3	108,0	700,2
1922/23	89,7	46,5	57,1	29,3	559,6
1923/24	105,2	57,4	87,3	41,5	433,1
1926/27 ^{31a}	97,2	78,8	95,3	70,5	381,9

II. Fleisch und tierisches Fett nach den beschauten Inlands-
schlachtungen a) Mill. dz:

	Rind _z ,	Kalb _z ,	Schweine _z ,	Hammel _z ,	Pferdefleisch
1913	8,0	1,5	13,9	0,4	0,4
1923	4,6	1,1	5,1	0,3	0,4
1924	6,4	1,5	9,0	0,4	0,2
1927	7,6	1,8	15,5	0,4	0,3

b) an Fleisch und tierischem Fett überhaupt auf den Kopf kg:

1913	43,5,	1922	26,2,	1923	23,2,	1924	33,6
------	-------	------	-------	------	-------	------	------

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, kann doch, wenn wir die wichtigsten Getreidearten und Fleischsorten beobachten, ein gewaltiger Rückgang des Konsums festgestellt werden. Er ist größer als der durch die individualisierende Methode festgestellte Rückgang.³² Veranlassung, diesen Rückgang vorwiegend mit einer Einschränkung des Konsums für gewerbliche Zwecke zu begründen, liegt nicht vor; jedenfalls könnte solche Einschränkung nicht annähernd den gewaltigen Gesamtrückgang begründen.

^{31a} Die (wie obige Zahlen gleichfalls dem Statistischen Jahrbuch f. d. D. R. zu entnehmenden) Angaben für 1928, 1929 sind fortgelassen, da sie einer *unterdessen wieder verloren gegangenen* Konsumkraft entsprechen.

³² Dies läßt darauf schließen, daß die Haushaltungsbücher führenden Familien in bezug auf Wirtschaftlichkeit ihrer Lebenshaltung ein wesentlich über dem Durchschnitt liegendes Bild bieten.

Es beträgt der Konsumrückgang:

bei Roggen	} pro Kopf	zwischen 1913/14 und 1923/24	31 vH
bei Weizen und Spelz		zwischen 1913/14 und 1923/24	40 vH
bei Gerste		zwischen 1913/14 und 1923/24	62 vH
bei Hafer		zwischen 1913/14 und 1923/24	47 vH
bei Kartoffeln		zwischen 1913/14 und 1923/24	38 vH
bei Fleisch u. tierisch. Fett	} Gesamt mengen	zwischen 1913 und 1924	23 vH
bei Rindfleisch		zwischen 1913 und 1924	20 vH
bei Kalbfleisch		zwischen 1913 und 1924	—
bei Schweinefleisch ..		zwischen 1913 und 1924	35 vH
bei Hammelfleisch ..		zwischen 1913 und 1924	—
bei Pferdefleisch		zwischen 1913 und 1924	50 vH

Der Rückgang ist also beim Getreidekonsum noch größer als beim Fleischverbrauch. Das scheint mit anderen Wahrnehmungen nicht ganz übereinzustimmen, ist aber vielleicht mit der obenerwähnten, im Kriege stattgehabten Gewöhnung größerer Volksmengen an Fleischkonsum, ferner auch mit der weiter zunehmenden Industrialisierung und »Verstadtlichung« des Volkes zu erklären. Solche Vorgänge lassen ja den Fleischkonsum zunehmen. Aber weniger auf dem Umfang im einzelnen als auf der Tatsache einer großen Konsumreduktion liegt der Nachdruck.

Bei alledem steht fest, daß die im Jahre 1924 immerhin gegenüber den Vorjahren erreichte Konsumverbesserung zumal hinsichtlich des Fleisches und tierischen Fettes keinen Bestand hatte. Die Wirtschaftskrisis, in der Deutschland gegenwärtig steht, hat sich zunächst 1925/26 ausgewirkt, die Arbeitslosigkeit schwoll aber erst 1930/31 zur vollen Größe an. Ob es zutreffender ist, das Jahr 1923 oder einen Mittelwert aus den Jahren 1920 bis 1930 als »Norm« der Nachkriegsernährung anzusprechen, steht dahin, denn die Werte weichen weit auseinander, und es interessiert ja auch gerade das Ergebnis der letzten Beobachtung. Jedenfalls ist es leicht möglich, die entsprechenden Daten nachzutragen; der Hinweis auf die große Verschlechterung in der jüngsten Zeit war aber unerläßlich, um verfrühten Hoffnungen auf Besserung der deutschen Lebenshaltung entgegenzutreten.

Damit ist eine erste Aufgabe dieses Teils der Untersuchung soweit möglich gelöst; sie hatte den Nachweis einer *absoluten* Minderung der deutschen Lebenshaltung zum Gegenstand.

3. Die relative Verschiebung in der Lebenshaltung wichtiger Gruppen, zumal des Mittelstandes

Der sogenannte Lebenshaltungsindex wurde, nachdem vor dem Kriege erst vereinzelte einschlägige Untersuchungen ohne sichere Methodik vorgenommen worden waren, bald nach Friedensschluß in die amtliche Statistik des Deutschen Reiches übernommen, unterlag aber hinsichtlich der Berechnung mannigfachen Zweifeln und wurde von verschiedenen privaten Stellen auf andere Weise errechnet als seitens des Reiches. Anfang 1925 erfolgte, wie die um die Lebenshaltungsforschung sehr verdiente »Wirtschaftskurve« der »Frankfurter Zeitung« in Heft II/1925 im einzelnen darlegte, eine grundsätzliche Reform der Erhebung, auf deren methodische Einzelheiten an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. Nur sei erwähnt, daß sich gegenüber der älteren Methode eine Steigerung von etwa 10 vH des Aufwands ergibt. Seit dieser Zeit haben die Lebenskosten nach Monatsdurchschnitten, wenn die Lebenskosten im Jahresdurchschnitt 1913/14 gleich 100 gesetzt werden, folgende Entwicklung genommen:

		Gesamt- Lebenshaltg.	Dasselbe ohne Wohng.	Ernährung	Wohnung	Heizung, Beleuchtung	Bekleidung	Sonst. inkl. Verkehr	Wohnung, Er- nähg., Heizung, Beleuchtung, Bekleidung zus.
Februar	1925	135,6	151,9	145,3	71,5	138,0	172,4	177,1	131,3
März	1925	136,0	152,2	145,8	72,2	137,9	172,4	177,4	131,7
April	1925	136,7	151,4	144,2	78,5	138,2	173,5	178,0	132,4
Mai	1925	135,6	149,7	141,4	79,4	137,9	173,4	180,3	130,9
Juni	1925	138,3	153,2	146,1	79,6	138,5	173,4	182,2	133,8
Juli	1925	143,3	158,9	153,8	81,8	139,2	173,7	184,8	139,0
August	1925	145,5	159,5	154,4	87,7	140,3	173,4	186,4	140,8
September	1925	144,9	159,1	153,2	89,0	142,4	173,9	187,7	140,5
Oktober	1925	143,5	157,3	150,5	89,0	142,1	173,9	188,5	138,9
November	1925	141,4	154,7	146,8	89,2	142,1	173,2	188,7	136,6
Dezember	1925	141,2	154,4	146,4	89,3	142,1	172,5	189,2	136,3
Januar	1926	139,8	152,1	143,3	91,1	142,5	171,1	189,1	134,7
Februar	1926	138,8	150,8	141,8	91,4	142,7	169,3	188,8	133,7
März	1926	138,3	150,1	141,0	91,4	142,7	168,1	189,0	133,1
April	1926	139,6	150,3	141,6	97,4	141,7	167,0	188,8	134,6

Wir halten fest, daß diese Indizes von einem zwar nicht fiktiven, aber doch nicht empirischen Tatbestand ausgehen und insofern von den im ersten Kapitel angeführten, unmittelbar auf Budgets gestützten Berechnungen sich grundsätzlich unterscheiden. Durch Ermittlung (aus dem Jahre 1907) unmittelbar gesichert ist nur der Anteil, den damals die einzelnen Konsumgruppen an der Gesamtausgabe der Friedenslebenshaltung betragen hatten, wobei allerdings seit der Reform Anfang 1925 auch hier kleine Veränderungen vorgenommen wurden (hierüber unten). Für unsere Zwecke können wir der Tabelle folgendes entnehmen: erstens umreißt sie den Rahmen, innerhalb dessen sich aller Wahrscheinlichkeit nach die Verschiebung der Lebenshaltung größter Volksteile und auch einzelner Gruppen vollzog, wobei freilich ein »Ausweichen« des Konsums nach geringeren Qualitäten und billigeren Deckungsmitteln ebensowenig berücksichtigt werden kann wie jenes »bevölkerungspolitische« Ausweichen, von dem unten die Rede ist und das sich in Reduktion der Familiengröße oder in Kinderlosigkeit bestehender Ehen oder aber in Enthaltung von der Ehe äußert. Zweitens kann der Reichsdurchschnitt der Lebenshaltung herangezogen werden zur Beurteilung des besonderen Verhaltens einzelner Bevölkerungsgruppen, etwa des Mittelstandes; zeigt sich etwa bei diesem, daß die Gesamtlebenshaltungskosten sich in einem anderen Ausmaß geändert haben als beim Gros der Bevölkerung, oder läßt sich ein relativ größeres oder geringeres Steigen etwa der Ernährungs-, Bekleidungs- oder Wohnungsausgabe ermitteln: so ist das kennzeichnend eben für die relative Lage des Mittelstandes innerhalb der Gesamtbevölkerung.

Bevor an diese Untersuchung geschritten werden kann, soll aber noch das Fazit der Entwicklung der allgemeinen deutschen Lebenskosten gezogen und der Entwicklung wichtiger Konsumgruppen gegenübergestellt werden. Wir erweitern die Tabelle zugleich ein wenig, indem wir in Kürze das Bild betrachten, das sich 1924, vor der methodischen Reform, ergeben hatte: Nach der alten Berechnungsgrundlage schwankte die Ernährungsausgabe zwischen Januar und August 1924 zwischen dem 1,17- bis 1,27fachen des Friedensstands, die Ausgabe für Heizung und Beleuchtung zwischen dem 1,41- und 1,63fachen, jene für Wohnung zwischen dem 0,29- und 0,7fachen, jene für Bekleidung

zwischen dem 1,42- und 1,58fachen des Friedensbetrages. Die Angaben unserer Tabelle zeigen also so gut wie allgemein eine Steigerung seit Anfang 1925, die — infolge der Angleichung der Mieten an den Friedenswert — den größten Betrag bei der Wohnungsausgabe ausweist, aber auch bei Ernährung und Bekleidung in die Erscheinung tritt. Nur der Aufwand für Heizung und Beleuchtung machte eine Ausnahme und verbilligte sich. Somit war seit der Geldstabilisierung — und es ist, schon wegen des ungleichen inneren und äußeren Werts der Papiermark, zwecklos, auf die Inflationszeit zurückzugreifen — im wesentlichen mit Steigerung der Lebenskosten zu rechnen gewesen, erst Mitte 1925 ist wieder eine gewisse recht geringfügige Abnahme eingetreten, deren Dauer aber nicht gewährleistet war. Im großen ganzen hat die Gesamtlebenshaltung um $\frac{2}{5}$, die Ernährungsausgabe um $\frac{2}{5}$ bis $\frac{1}{2}$, die Ausgabe für Heizung und Beleuchtung um $\frac{2}{5}$, die Ausgabe für Bekleidung um $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$, die Ausgabe für Verkehr und sonstiges um $\frac{3}{4}$ bis $\frac{9}{10}$ des Friedensbetrages angezogen. Doch ist der Sammelposten »Sonstiges« wenig geeignet, als Grundlage für Folgerungen weiterreichender Natur zu dienen.

Wollen wir von hier aus auf die besondere Lage einzelner, zumal der mittleren Bevölkerungsgruppen einen Schluß tun, so wird eine erste Frage offenbar dahin lauten: ob das Verhältnis, in dem die einzelnen Lebenshaltungs- und Ausgabengruppen an der Gesamtlebenshaltung und Gesamtausgabe beteiligt sind, bei den erwähnten Gruppen ein ähnliches sei wie im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Das war vor dem Kriege nicht anzunehmen, schon das bekannte Engelsche Gesetz widersprach dieser Mutmaßung; denn indem das Charakteristische des Mittelstandes wenn nicht ausschließlich, so doch wenigstens größtenteils in seinem gehobeneren Einkommen gesehen wurde, war bereits nahegelegt, daß die Verwendung dieses Einkommens eine andere sein werde als etwa bei den Arbeitern. Wer ferner das Unterscheidungsmerkmal vor allem in einer anderen Einstellung des Mittelstandes zu den Kulturfragen sah, der mußte auch der Meinung sein, daß für Kulturgüter im Mittelstande mehr aufgewendet werde als bei der Masse der Bevölkerung; das erschien, wo das Einkommen gehoben war, ohne weiteres als möglich, in nicht wenigen Fällen konnte man aber auch ver-

muten, daß Angehörige des Mittelstandes bei geringem Einkommen eher an Ernährungs- als an Kulturausgaben sparen würden; oder aber — ein häufiger Fall — sie heirateten aus dem Grunde nicht, weil sie als einzelne dem Genuß der Kulturgüter nicht entsagen mußten; oder schließlich, sie hielten, wenn verheiratet, die Zahl der Kinder niedriger, als es bei den unteren Schichten der Fall war.

Die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Konsumposten war nach den 1907 vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen »Ermittlungen über minderbemittelte Familien« folgende gewesen:

	Für die Indexberechnung wurde seit Anfang 1925 angenommen:
Ernährung 53,35 vH	54,77 vH
Heizung und Beleuchtung 4,36 vH	5,55 vH
Bekleidung 10,16 vH	10,05 vH
Wohnung 19,15 vH	20,35 vH
Verkehr 1,44 vH	3,07 vH
Sonstiger Bedarf 11,54 vH	6,21 vH

Demgegenüber zeigten die oben (S. 200 ff.) berücksichtigten Technikerfamilien, deren Lage Verfasser beschrieb, folgendes nach Einkommenstufen abgegrenztes Bild:

Einkommens- gruppe	vH - Anteil der Ausgaben für				
	Nahrung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Kleidung	Sonstiges
2000—3000 M	41,62	17,90	3,83	11,93	24,72
3000—4000 M	39,21	17,24	3,70	12,99	26,86
4000—5000 M	36,75	16,40	2,76	12,99	31,10
über 5000 M	31,72	13,62	3,27	10,66	40,73

Auf Grund genauer Berechnung, die hier nicht wiedergegeben werden kann, kommt Dr. Achner³³ zum Ergebnis, daß der in Frage stehende Beamte im Jahre 1925 monatlich 123,21 M = 34,4 vH

³³ Dr. Achner hat es unternommen, auf der Grundlage der Vorkriegslebenshaltung der mehr als 3000 M ausgebenden Beamtenhaushalte (der Erhebung von 1907) zu berechnen, wie hoch sich heute die Lebenskosten gleichartiger Beamtenfamilien (etwa der Gruppe VII) belaufen; 118 Haushalte mit einem Durchschnittseinkommen von 3760,27 M liegen zugrunde.

seines tatsächlichen Monatsgehaltes mehr erhalten müßte, um die Kosten einer unveränderten Vorkriegslebenshaltung (480,96 M) bestreiten zu können. Wie sich nun der Beamte mutmaßlich den gestiegenen Preisen anpaßt, wird auch im einzelnen dargelegt, dabei wird eine Einsparung am »sonstigen« Bedarf in Höhe von 29,15 M als verhältnismäßig leicht möglich bezeichnet. Dagegen kann an Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung nicht gespart werden; hinsichtlich der wichtigsten Ausgabe, für Ernährung, sei eine Qualitätsverschlechterung naheliegend, der Anteil der tierischen Nahrungsmittel, d. h. zumal des Eiweißes an der Ernährung müsse sinken. Dabei kommt Dr. Achner zu ähnlichen Ergebnissen wie des Verfassers »Lebenshaltung des Mittelstandes« und v. Tyszkas Berechnung (S. 200 ff.); der Versuch, das Mißverhältnis zwischen Lebenskosten und Einkommen im Haushalt des Beamten nachzuweisen, dürfte gelungen sein. Wieviel größer ist es aber noch in anderen Gruppen, zumal des »alten« Mittelstandes.

Aber auch die genannten Reichserhebungen von 1907 lassen eine Unterscheidung nach Arbeiter- und Beamten- (d. i. vorwiegend Mittelstands-) Haushalten zu.³⁴

Ausgabestufe:	Vom Hundert der Gesamtausgabe entfielen auf									
	Ernährung		Kleidung		Wohnung		Heizung und Beleuchtung		Sonstiges	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
unter 2000 M	53,0	43,1	10,4	13,9	17,4	18,8	4,5	6,7	14,7	17,5
2000—3000 M	50,3	39,2	12,2	14,7	16,7	19,3	3,8	4,2	17,0	22,6
über 3000 M	53,4	35,0	14,1	14,4	13,9	19,1	4,1	3,5	14,5	28,0

(A: Durchschnitt d. Arbeiterhaushalte; B: Durchschnitt d. Beamtenhaushalte.)

Die B-(Beamten-)Haushalte zeigen, in grundsätzlicher Abweichung von den A-(Arbeiter-)Haushalten, geradezu ein typisches Bild nach Engel: Anwachsen der Kultur-, Minderung der Ernährungsausgabe entsprechend dem Steigen der Gesamtausgabe; die grundsätzliche Übereinstimmung mit unserem S. 213 angeführten Technikermaterial ist wichtig, und es sei hier nachgetragen, daß eine weitere wertvolle Übereinstimmung mit den erwähnten

³⁴ Hier eine methodische Bemerkung: Der seit Krieg und Inflation eingetretene quantitative und qualitative Konsumrückgang hat Ähnlichkeit mit den Verschiebungen, die sich vor dem Kriege im Verhältnis von höheren und niedrigeren Einkommensgruppen abzeichneten.

Wirtschaftsrechnungen der Reichsstatistik und damit mit der größten deutschen Friedenserhebung vorliegt; während diese Erhebung 2,34 Verbrauchseinheiten (Normalpersonen) pro Haushalt ermittelte, sind es in unserem Material genau soviel, nämlich 2,34.

Auch aus anderen Erhebungen kann festgestellt werden, daß bei größeren Einkommen und demgemäß größeren Gesamtausgaben, wie sie vor dem Krieg einen erheblichen Teil des Mittelstandes charakterisierten, ein Drittel bis zwei Fünftel des Budgets auf andere als unbedingt nötige Ausgaben (d.i. Ernährungs-, Wohnungs- und Bekleidungs Ausgaben) entfallen waren. Wie steht es mit diesem Verhältnis in der Nachkriegszeit?

Dem von E. Simon in Conrads Jahrbüchern (Bd. 119, 1923, S. 425 ff.) veröffentlichten Wirtschaftsbuch eines höheren Beamten ist folgendes zu entnehmen: Es trafen vom Hundert der Gesamtausgaben auf folgende Gruppen:

Durchschnitt	Ernährung	Kleidung	Miete	Heizung und Beleuchtung	Dienstboten	Bildung, Erziehung	Vergnügen	Übrige Bedürfnisse
1911/13	32,2	9,8	14,7	3,9	6,6	1,0	3,6	28,2
1920	42,3	13,1	5,0	6,2	2,3	4,3	1,6	25,2
1921	41,9	14,2	4,5	5,1	2,3	3,1	2,2	26,7

Da die Ausgaben für Vergnügen, Bildung und Erziehung in den Arbeiterbudgets und Angestelltenbudgets nicht ausgeschieden, sondern, soweit sie vorkommen, mit dem Sammelposten Sonstiges zusammengefaßt wiedergegeben waren, so müssen wir auch hier eine Summe bilden, und es ergibt sich als Anteil für den Posten Sonstiges: 1911/13: 32,8 vH; 1920: 31,1 vH; 1921: 32,0 vH der Gesamtausgabe.

Eine wesentliche Änderung in diesem für die Lebenshaltung des Mittelstandes wichtigen Posten scheint also seit den Friedensjahren nicht eingetreten zu sein, wenn schon die Ausgabe für Vergnügen etwas gefallen, jene für Bildungs- und Erziehungszwecke etwas gestiegen ist. Es ist aber ein Beamtenhaushalt seit Krieg und Inflation überhaupt nicht mehr unbedingt bezeichnend für die Gruppe des Mittelstandes, die sich als Ganzes größere Einschränkungen auferlegen mußte (wenngleich auch

das Einkommen des höheren Beamten seine Kaufkraft keineswegs behalten hat).³⁵

Wesentlich anders gestaltet sich die Verteilung der Hauptausgabegruppen in Vor- und Nachkriegszeit in einem von Henriette Fürth ³⁶ seit Jahren in der Frankfurter »Wirtschaftskurve« veröffentlichten Haushalt des Mittelstandes. In Heft I/1926 wird das Ergebnis für 1924 und 1925 im Vergleich mit 1913/1914 mitgeteilt:

vH-Anteil an der Gesamtausgabe

	1913/14	1924	1925
Eßwaren	27	31,1	30
Häusliche Bedürfnisse	10	19,9	19
Sonstige Ausgaben	63	49,0	51

Etwas mehr gegliedert und deshalb brauchbarer für unsere Zwecke ist die Übersicht a. a. O., Heft III/1925, S. 279:

vH-Anteil an der Gesamtausgabe

Vierteljahresdurchschnitt	Miete	Ernährung	Heizung und Beleuchtung	Sonstiges
1912/14	30,2	30,3	4,8	34,7
1. Vierteljahr 1924	10,3	27,3	2,6	59,8
3. Vierteljahr 1924	12,7	27,1	4,3	55,9
4. Vierteljahr 1924	13,0	27,7	2,3	57,0
1. Vierteljahr 1925	16,9	32,9	3,1	47,1
2. Vierteljahr 1925	13,9	25,9	1,5	58,7

Leider besteht diesen Angaben gegenüber mindestens ³⁷ das Bedenken, daß sie sich nicht auf größere, einigermaßen abgeschlossene Wirtschaftsperioden, wie es das Jahr immerhin ist, beziehen; infolgedessen ist z. B. die Ausgabe für Heizung und Beleuchtung ganz unvergleichbar. Ferner stört, daß unter »Son-

³⁵ Für das von E. Simon übermittelte Beamtenbudget darf wohl auch angenommen werden, daß es mit sehr geringen Friedensanteilen der Kultur Ausgaben rechnet; indem diese sich bei steigendem Alter absolut erhöhten, brauchten sie doch keinen größeren Prozentsatz der Gesamtausgabe in Anspruch zu nehmen.

³⁶ Vgl. auch H. Fürth, Das Bevölkerungsproblem in Deutschland, Jena 1925.

³⁷ Auch andere Gründe sprechen dagegen, dies Budget als charakteristisch gelten zu lassen; vor allem der Umstand, daß die Größe der Familien innerhalb der Beobachtungszeit stark wechselte (Fürth, a. a. O., S. 85).

stigem« auch die Bekleidungsausgabe enthalten ist, und es spricht viel dafür, daß gerade sie den Anteil dieses Postens unverhältnismäßig in die Höhe geschraubt hat. Suchen wir immerhin ein Ergebnis aus den in jedem Fall dankenswerten Ermittlungen zu gewinnen, so ist wahrscheinlich gemacht, daß die Nahrungsausgabe des Mittelstandes einen ziemlich gleich großen Anteil am Nachkriegsbudget hat, wie sie am Vorkriegsbudget hatte. Auf Grund anderer Erhebungen (z. B. von E. Simon) und unmittelbarer Anschauung möchte man aber, entgegen einigen Feststellungen H. Fürths, immerhin eher an eine Steigerung als eine Senkung des Ernährungsanteils glauben. Die Miete hat ihrem absoluten Betrage nach schon seit einigen Jahren den Friedenswert erreicht und diesen — nominell — neuerdings beträchtlich überschritten. Doch wird einstweilen der Mietanteil an der Gesamtausgabe immer noch erheblich hinter dem Friedensanteil zurückbleiben, da bekanntlich mit einer allgemeinen Senkung der Kaufkraft auch des sanierten Geldes zu rechnen war.^{37a} Zweifellos ist dagegen der Anteil, mit dem die Bekleidungs Ausgaben in Erscheinung tritt, am meisten gestiegen, und das ist ein für weitere Kreise des Mittelstandes wichtiger Posten: an ihm will und kann man vielfach nicht sparen, wenn man eben nicht als »deklariert« auch nach außen hin auffallen will. Auf der anderen Seite ist ein Teil des früheren Mittelstandes natürlich am wenigsten in der Lage, höhere Kleideraufwendungen zu machen, über diese Kreise ist aber erst zu handeln, wenn über die sinkenden und ausscheidenden Schichten allgemein gesprochen werden soll. Auch andere im Sammelposten »Sonstiges« mehr schlecht als recht zusammengefaßte Aufwendungen müssen, wenn dieser Posten einen so großen Teil der Gesamtausgabe beansprucht, verhältnismäßig stark verteuert worden sein; dazu gehört vor allem der Verkehr.

Die Auskünfte, die wir so auf Grund ungleichen und ungleichwertigen Materials, das aber immerhin in jedem Fall empirisch gesichert und insofern reinen Mutmaßungen überlegen ist, erhalten, scheinen immerhin einen gewissen Gegensatz zwischen dem Hausstand des Arbeiters und dem Haushalt des Mittelstandes — d. i. des Mittelstand in *wirtschaftlicher* Hinsicht ge-

^{37a} Die neueste Preissenkung konnte nicht mehr berücksichtigt werden; doch bleibt sie einstweilen noch weit hinter den Einkommensminderungen zurück.

bliebenen Volksteils — erkennen zu lassen. Folgende Gegenüberstellung wird das dartun:

Es betrug die Ernährungsausgabe vH der Gesamtausgabe:

1. nach Simon im Mittelstandsbudget	2. nach Fürth	3. nach v.Tyszka ³⁸ und der 1907er Reichserhebung ³⁹ im Arbeiterbudget
1911/13 32,2	1912/14 30,3	1907 ca. 52
1920 42,3	1924 ca. 27,4	1924 ca. 52
1921 41,9	1925 ca. 29,5	1925 ca. 45

Ferner seien schweizerische Erhebungen von 1921 und holländische von 1918/19 wenigstens erwähnt (nach Dr. Heiler im Allgemeinen Statistischen Archiv 1925, II, S. 456):

Ernährungsausgabe von 122 schweizerischen Arbeiterhaushalten	44,4 vH,
Ernährungsausgabe von 32 holländischen Arbeiterhaushalten	53,9 vH,
Ernährungsausgabe von 175 schweizerischen Beamtenhaushalten	34,2 vH,
Ernährungsausgabe von 82 holländischen Beamtenhaushalten	40,3 vH.

Darf man auf Grund dieser Übersichten einen Schluß wagen, so liegt er offenbar zunächst in der Feststellung, daß das kriegsführende Deutschland sich von den Neutralen hinsichtlich der Lebenshaltung vor und nach dem Kriege nicht unerheblich

³⁸ Zu vergleichen Hamburger Statistische Monatsberichte, Oktober 1925, S. 239. Allerdings umfaßt v. Tyszkas Material auch einige Angestelltenbudgets (a. a. O., S. 238); daraus wäre aber vielleicht zu folgern, daß bei den Arbeiterbudgets der Erhebung mit einem noch stärkeren Hervortreten der im Text gemachten Wahrnehmung zu rechnen wäre; es sei denn, daß die einbezogenen Angestelltenhaushalte den Arbeiterhaushalten angeglichen und nivelliert sind; vielleicht erfahren wir hierüber noch nachträglich etwas, was für den kritischen Unterschied von Arbeiter- und Angestelltenhaushalt bezeichnend wäre.

³⁹ Die Haushaltstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes von 1907 hatte auch den Anteil berechnet, den die Ernährungsausgabe in dem Budget der besser Situierten vH der Gesamtausgabe betragen hatte; bei 4000—5000 M 32 vH; bei 3000—4000 M 30 vH; bei 2000—3000 M 45 vH. Diese Anteile vH stimmen mit den im Text für den Mittelstand angegebenen einigermaßen überein, woraus freilich keine weiterreichenden Schlüsse abgeleitet werden sollen.

unterscheidet. In Deutschland erscheint ferner bei denjenigen Gliedern des Mittelstandes, die die charakteristische Eigenart des Mittelstandshaushalts aufrechterhalten konnten, die Ernährungsausgabe prozentual nicht unwesentlich weniger an der Gesamtausgabe beteiligt, wie dies für die Masse der Arbeiter und damit für das Gros der sich nicht selbst versorgenden Bevölkerung anzunehmen ist. Es liegt aber fern, hier von endgültig gesicherten Feststellungen zu sprechen, alles kommt offenbar auf die Lage der *einzelnen* Mittelstandsgruppen an; der Mittelstand ist gespalten. Immerhin lassen sich Gründe dafür geltend machen, daß die oben (S. 217) geäußerte Vermutung nicht unbesehen hinzunehmen ist, ohne daß man sie freilich entkräften könnte. Denn für sie sprechen gewisse gefühlsmäßige, wenn auch nicht statistisch faßbare Erfahrungen.

Jedenfalls wird die Angleichung der Miete an den Vorkriegswert zu einer Differenzierung zwischen den Gruppen mehr und mehr beitragen: denn der Mittelstand verfügt aus der Friedenszeit her über bessere und nunmehr gegenüber den Arbeiterwohnungen sich stärker verteuernde Wohnungen. Setzen wir hier die Tyszkaschen und Fürthschen Ermittlungen zum Vergleich zusammen (jene Simons entfallen, da sie nur bis 1921 reichen und eine Mietenvalorisierung damals noch nicht eingetreten war), so ergibt sich hinreichend deutlich:

Der Anteil der Mietausgabe vom Hundert der Gesamtausgabe war: bei Tyszka (vorwiegend Arbeiter) von Januar 1924 bis Juni 1925 von 5,13 auf 8,00 vH,⁴⁰ bei Fürth (Mittelstandsbudget) von Januar 1924 bis Juni 1925 von 10,3 auf 13,9 vH gestiegen.

Es ist durchaus möglich, daß die relativ größeren Aufwendungen des Mittelstandes — soweit er sich als solcher erhielt — für Wohnung und Kleidung den größten Teil der nicht auf Ernährung entfallenden Ausgabe entweder schon ausmachen oder doch in absehbarer Zeit ausmachen werden. Da nun heute ein Wohnungswechsel für weite Kreise auch des in seiner Substanz erhaltenen Mittelstandes ausgeschlossen oder doch sehr erschwert ist, so wird man von mehr oder weniger obligatorischen Ausgaben zu sprechen haben, deren Vorhandensein durchaus nicht immer als Privileg anzusprechen sind: vielmehr stellen

⁴⁰ In Betracht kommt dabei freilich weniger das Maß der Steigerung als der Anteil vH, den die Wohnungsausgabe schließlich erreicht.

diese Ausgaben oft eine unabbürdbare Last dar. Wohnungen zumal, zu deren zweckmäßigen Verwendung früher ein oder zwei Dienstboten nötig waren, werden in der Tat zur Bürde der Hausfrau, wenn die Bedienung ganz oder teilweise entfällt; und daß heute weiteste Kreise auch des gutsituierten Mittelstandes tunlichst ohne Dienstboten auskommen müssen (oder wollen), ist sicher; die Möglichkeit ferner, möblierte Räume an Untermieter abzugeben, war während der Inflation eine der wichtigsten ökonomischen Grundlagen dieses Mittelstandes; seit der Mietregelung ist aber das Angebot möblierter Zimmer groß, die Aussicht, sie günstig zu vermieten, oft recht klein geworden. Und was Kleidung und Schuhwerk anlangt, so ist gewiß nicht zu verkennen, daß die Mode oft verheerend wirkte und zumal von jugendlichen (nicht nur weiblichen) Personen ganz unverantwortlicher Luxus getrieben wird; in nicht wenigen anderen Fällen aber ist das Kleiderbudget durch zwingende Umstände (etwa beim höheren Beamten) vorgeschrieben; die Hoffnung bleibt, daß nach einer allmählichen gründlichen, vielleicht einmaligen Erneuerung der durch lange Zeit völlig vernachlässigten Kleidung dieser Posten mit der Zeit geringere Anforderungen stellen wird; es mag, was an Wohnung mehr erfordert wird, hierdurch einen teilweisen Ausgleich erfahren.

Wir müssen es bei dieser zahlenmäßigen Darlegung über die relativen Verschiebungen in den verschiedenen Volksgruppen bewenden lassen, obwohl natürlich längst nicht alles Einschlägige geklärt wurde. Wichtig bleibt zumal die Beantwortung der Frage: wie groß ist der Teil des Mittelstandes, für den die Ausführungen dieses Abschnittes überhaupt zutreffen, der es also verstand, seine Zugehörigkeit zum »Mittelstand« zu wahren? Auf diese Frage soll im nächsten Abschnitt eingegangen werden, ebenso ist dort über die Lage derer, denen die Wahrung ihres Standards *nicht* gelang, Auskunft zu geben. Wobei dann auch der Gruppe derer das Augenmerk zuzuwenden ist, welche, ohne ihm früher angehört zu haben, neu in den »Mittelstand« eingetreten sind oder wenigstens nach außen hin die materiellen Bedingungen erfüllen, unter denen ihre Zurechnung zum Mittelstand möglich ist. Genau besehen, liegen also drei in Wesenheit, Provenienz, Lebensansprüchen und Geltung recht ungleiche Gruppen vor; zu ihnen stoßen die wiederum in mannigfachen

Punkten abweichenden Schichten des »neuen« Mittelstandes — Beamte, Privatangestellte — und der »Selbstversorger«.

Angefügt seien hier, um Einblicke in die neueste Gestaltung der Lebenshaltung zu ermöglichen, die

Lebenshaltungsergebnisse für 546 Angestelltenhaushalte ^{40a}

(»Wirtschaft und Statistik« 1930/2)

Ausgaben je Vollperson für den Durchschnitt einer Angestelltenhaushaltung

Ausgaben- gruppe	Einkommens- bzw. Ausgabenklassen												Durch- schnitt M vH	
	bis 1100		bis 1200		bis 1500		bis 1800		bis 2200		über 2200			
	M	vH	M	vH	M	vH	M	vH	M	vH	M	vH		
A 1. Nahrungs- u. Genußmittel	368	40,8	437	39,2	485	36,0	552	33,5	630	31,5	733	25,6	573	31,4
2. Sonstg. Lebensbedürfnisse	124	13,7	144	12,9	177	13,1	196	11,9	238	11,9	338	11,8	221	12,1
Wohnungsmiete														
Einrichtung, Instandhal-														
tung der Wohnung	25	2,8	47	4,2	54	4,0	80	4,9	121	6,0	230	8,0	108	5,9
Heizung, Beleuchtung	39	4,4	45	4,0	56	4,2	63	4,0	72	3,6	93	3,2	67	3,7
Bekleidung, Wäsche	131	14,5	154	13,8	176	13,0	224	13,6	262	13,1	343	12,0	236	12,9
Körperpflege	6	0,6	10	0,9	13	1,0	17	1,0	22	1,1	31	1,1	19	1,0
Bildung	29	3,2	33	2,9	41	3,0	57	3,4	53	2,7	72	2,5	52	2,9
Erholung	11	1,3	15	1,4	22	1,6	34	2,0	49	2,4	91	3,2	43	2,4
Verkehrsausgaben	11	1,3	13	1,1	21	1,5	26	1,6	30	1,5	39	2,0	30	1,7
Übriges	145	16,0	194	17,4	268	19,9	353	21,4	450	22,5	757	26,4	414	22,7
2. zusammen	521	57,8	654	58,6	827	61,3	1050	63,8	1297	64,8	2014	70,2	1191	65,3
A 1.—2. zusammen	888	98,6	1091	97,8	1312	97,3	1603	97,3	1927	96,3	2747	95,8	1764	96,7
B Kapitalanlagen	5	0,6	12	1,1	19	1,4	25	1,5	40	2,0	74	2,6	35	1,9
C Schuldentilgung	5	0,6	12	1,1	15	1,1	17	1,1	31	1,5	42	1,5	4	1,3
D Nichterfaßte Ausgaben	1	0,2	2	0,1	2	0,2	1	0,1	4	0,2	3	0,1	2	0,1
A—D zusammen	900	100	1116	100	1349	100	1646	100	2002	100	2886	100	1825	100

^{40a} Leider war es nicht mehr möglich, die vergleichenden Angaben über die Gestaltung von Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushaltungen im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 342 ff., eingehender zu bewerten. Es sei auf die Quelle selbst verwiesen.

Vergleich der Anteile des »sonstigen« zum Teil nicht lebensnotwendigen Bedarfs bei Privatangestellten

in den Budgets der amtl. Erhebung 1907 und der Nachkriegserhebungen
(vH der jeweiligen Durchschnittsgesamtausgabe)

Ausgaben für	1907	Afa	DHV	Hamburg 1925
Gesundheitspflege	2,4	1,85	1,59	1,69
Versicherungen	3,7	5,30	8,54	5,13
Dienstboten	1,1	0,09	1,17	0,47
Fahrgeld	1,7	1,30	1,82	2,60
Schuldentilgung	1,4	0,13	0,98	0,75
Schulgeld, Unterricht	—	1,44	1,74	0,59
Geistige, gesellige Bedürfnisse	—	3,89	} 6,70	} 4,61
Verbandsbeiträge	—	1,45		
Unterstützungen, Geschenke	—	2,68	1,87	1,35
Steuern	1,6	4,51	4,82	4,23
Sparkasseneinzahlungen	3,0	1,86	1,34	0,58
Verschiedenes	9,3	9,65	3,50	3,84

Durchschnittliche vH-Anteile der Ausgaben von Angestelltenfamilien

(»Magazin der Wirtschaft« vom 14. April 1928)

Ausgaben für	Nach den Erhebungen				
	1907 (amtlich) vH	der Afa vH	des DHV vH	Hamburgs 1925 vH	der Schweiz 1925 vH
Ernährung	45,5	36,51	33,10	45,04	40,9
Wohnung	18,0	14,25	14,95	8,33	18,7
Kleidung	12,6	12,31	11,81	9,78	12,7
Heizung, Beleuchtung	4,1	3,35	3,92	} 36,85	3,5
Sonstiges	19,8	33,58	36,22		24,2
Durchschnitt des Monats- einkommens	M 182,67	RM 369,54	RM 364,02	RM 279,67	Fr 203,48

Ausscheidung der Ausgaben nach Einkommensgruppen

Ausgaben für	Afa			DHV		
	200 bis 300 M	300 bis 400 M	400 bis 600 M	bis 250 M	250 bis 333 M	über 333 M
	vH der Gesamtausgabe					
Ernährung	40,1	34,1	33,3	40,66	35,25	31,28
Wohnung	14,2	16,2	12,5	10,99	11,02	9,74
Kleidung	11,6	13,7	16,1	10,60	11,45	12,08
Heizung, Beleuchtung	3,9	3,2	3,0	4,95	3,91	3,78
Sonstiges	30,2	32,8	35,1	32,80	38,37	43,12

Ausgaben von 14 Haushalten von Handlungsgehilfen (DHV) vor und nach (1) bzw. während (2) der Stellenlosigkeit

	(1)		(2)	
Nahrung	106,69 M	40,5 vH	87,99 M	47,1 vH
Wohnung	47,75 „	18,0 „	34,76 „	18,6 „
Kleidung	26,45 „	10,0 „	20,28 „	10,8 „
Sonstiges	83,61 „	31,5 „	44,03 „	23,5 „
Zusammen	264,50 M	100,0 vH	187,06 M	100,0 vH

Vergleichung verschiedener Berufsgruppen

(nach der Hamburger Statistik 1926; »Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft«, Mai 1927)

Berufe	Ausgaben für (vH der Gesamtausgaben)					Von der Nahrungs- ausgabe entfielen vH auf Fleischkost
	Er- nährung	Kleidung	Wohnung	Heizung Beleucht.	Sonstiges	
Arbeiter	44,91	10,55	13,76	4,12	26,66	53,00
Lehrer	29,46	13,29	14,25	4,16	38,84	48,90
Sonstige Beamte ...	35,34	12,03	14,78	3,80	34,05	46,78
Kaufm. Angestellte	34,31	11,30	14,35	4,56	35,48	36,88
Sonst. Angestellte .	37,96	12,50	15,23	4,32	29,99	50,75

4. Die verschiedenen Gruppen des Mittelstandes, insbesondere konservierte, sinkende und aufsteigende Schichten

a) »Alter« Mittelstand im allgemeinen

Man hat zunächst vom Kern des »alten« Mittelstandes⁴¹ auszugehen, der über ein mittleres Kapital verfügte und entweder aus ihm allein seine Bedürfnisse bestritt oder aber wenigstens Arbeitseinkommen durch Besitzeinkommen wesentlich stützen konnte. Es bedarf keines Nachweises, daß reines Geldeinkommen in so gut wie allen Fällen mit dem Fonds, aus dem es geflossen war, in Wegfall kam. Durch die Aufwertungsgesetzgebung wird es zu einem kleinen Teil, der je nach der Art der aufzuwertenden Ansprüche stark wechselt, wieder erstattet werden. Wir können nicht bei der naheliegenden Frage verweilen, ob hierbei nicht eher von einer »Abwertung« als einer »Aufwertung« gesprochen werden sollte, nicht bei der offenbaren Unbilligkeit, die jede »Aufwertung« für irgendeine Gruppe in sich schließt, und auch nicht bei den Bemühungen großer Sparer- und Aufwertungsinteressentenverbände, einen neuen Schlüssel für die Aufwertung zu erlangen. Nachdem die deutsche Reichsregierung die auf einen Volksentscheid gerichteten Bestrebungen dieser Gruppen als gegen die Verfassung verstößend abgelehnt hat, ist schwerlich damit zu rechnen, daß die ganze schwierige Frage überhaupt ja neu aufgerollt werde. Offenbar wird die Stellungnahme der Regierung damit begründet, daß eine das jetzt festgelegte Maß wesentlich überschreitende Aufwertung die Finanzen der öffentlichen Körper ebenso erschüttern werde wie die doch erst vorläufig und annähernd wieder aufgerichtete Volkswirtschaft. Denn der Schuldner sind stets viel weniger als der Gläubiger, und nur in einem kleineren Teil der Fälle wird durch die Aufwertung eine Kompensation von Ansprüchen und Schulden herbeigeführt werden. Wer waren nun die Gläubiger und in welchem ungefähren Ausmaß hatten und haben sie zu fordern?

Gewisse Anhaltspunkte hinsichtlich der *öffentlichen Schulden* dürfte eine Übersicht bieten, die vom Verfasser während

⁴¹ Siehe Anm. 25 und S. 110.

des Krieges bei einer militärischen Stelle gemacht wurde. Sie zeigt 1. die Zahl der Zeichnungen bei den sechs ersten Kriegsanleihen, nach dem Nominalen dieser Zeichnungen gegliedert, 2. den Betrag an Anleihe, der auf jede Gruppe, die einen bestimmten Nominalbetrag zeichnete, bei jeder Anleihe entfiel:

Nominalhöhe der Beträge	1. Zahl der Zeichnungen in Tausend					
	1. Anleihe	2. Anleihe	3. Anleihe	4. Anleihe	5. Anleihe	6. Anleihe
bis 200 M	231	452	984	2406	1794	3845
300— 500 M	242	581	858	968	681	1059
600— 1000 M	453	661	919	886	605	894
1100— 2000 M		419	530	470	302	408
2100— 5000 M	158	361	423	348	246	321
5100— 10000 M	56	131	148	114	93	128
10100— 20000 M	19	46	53	42	41	52
20100— 50000 M	12	26	33	30	28	40
50100—100000 M	3,6	7,7	10,1	9,1	9,7	13,6
100100—500000 M	2,0	4,3	7,0	6,3	7,9	12,3
500100—1 Mill. M	0,7	0,5	0,8	0,7	1,0	1,2
über 1 Million M	0,2	0,3	0,5	0,6	0,7	0,7

Ertrag der Zeichnungen	2. Anleihebeträge in Millionen Mark								
	1. Anleihe	2. Anleihe	3. Anleihe	4. Anleihe	5. Anleihe	6. Anleihe	7. ⁴² Anleihe	8. ⁴² Anleihe	9. ⁴² Anleihe
bis 200 M	36	71	130	201	154	286	226	287	114
300— 500 M	111	254	369	407	293	437	1346	1763	742
600— 1000 M	587	604	844	794	552	801			
1100— 2000 M		733	928	792	520	702	1756	2241	1021
2100— 5000 M	579	1354	1583	1247	911	1169			
5100—10000 M	450	1057	1202	907	768	989	1756	2241	1021
10100—20000 M	307	745	858	666	651	814			
20100—50000 M	410	926	1167	980	982	1297	2924	3544	2085
50100—100000 M	315	648	850	734	810	1063			
100100—500000 M	509	1066	1766	1531	1710	2111	6374	7166	6481
500100—1 Mill. M	287	440	695	641	853	962			
über 1 Million M	869	1162	1729	1812	2448	2348	6374	7166	6481
Zusammen	4460	9060	12121	10712	10652	12979	12626	15001	10443

Hierzu ist einschränkend zu bemerken: Zahlreiche Zeichnungen auf Kriegsanleihe geschahen durch Sparkassen, Versicherungsunternehmungen, Firmen und andere Kollektiveinheiten, so daß unter den großen Zeichnungen sehr häufig

⁴² Die Angabe für die 7., 8. und 9. Anleihe und die Summen nach Dr. Heiler, a. a. O., S. 40, ergänzt.

kleine und kleinste Beträge einzelner Sparer inbegriffen sind. Erfährt deren Zahl dadurch eine namhafte Erweiterung, so steht auf der anderen Seite fest, daß viele und darunter auch kleine Sparer mehrere und auf ungleiche Beträge lautende Anleihestücke übernommen haben; der kleinere Titel war, weil leichter übertragbar, auch bei größeren Zeichnern beliebt. Man darf also nicht unbesehen aus obiger Tabelle Schlüsse auf die Zahl der Zeichner innerhalb der einzelnen Nominalbeträge tun. Immerhin macht sie deutlich, daß das Zeichnen der Kriegsanleihe wirkliche Volksangelegenheit war und daß Millionen von Volksgenossen Gläubiger des Reiches geworden sind. Der Anteil des sogenannten Altbesitzes an der Gesamtschuld wird heute mit 35—40 vH angenommen. In diesen Betrag von 30 bis 40 Milliarden teilen sich zweifellos sehr viele Einzelsparer, und es muß damit gerechnet werden, daß durch Beteiligung zumal an den Kriegsanleihen der größere Teil des Mittelstandes zu schwerem Verlust gekommen ist; das gilt zumal, wenn man erwägt, wieviel Mündelgelder eben in Kriegsanleihe »angelegt« worden sind. (Vgl. auch S. 243 Anm. 58.)

Auch durch die Statistik der Sparkassen ist es möglich, gewisse Wahrnehmungen über die Beteiligung der einzelnen Volksschichten zu machen. Der Gesamtbestand an eingelegten Sparkgeldern war 1913/14 (S. 168, 170) etwa 20 Milliarden Friedensmark gewesen; er verteilte sich auf mehr als 25 Millionen Sparkbücher oder Einleger, 3137 Sparkassen im Reiche waren hieran beteiligt. Selbstverständlich gab es nun viele Personen mit mehr als einem Sparkassenbuch, dennoch aber war mit einer sehr großen Zahl von kleinen und mittleren Einlagen zu rechnen. Es liegt ein gewisser Grund vor, für die Gegenwart mit wesentlicher Reduktion der Zahl der kleinen Sparkassengläubiger zu rechnen; einmal ist großen Volksschichten noch heute jedes Zurücklegen unmöglich — eben die Veränderungen im Mittelstand tragen mit daran Schuld —, dann aber ist die Einlage bei Sparkassen heute auch bei solchen Sparern üblich geworden, welche sich früher in höherem Maße der Depositenkassen zumal der großen Banken bedient hatten. In dieser Hinsicht scheinen geradezu umwälzende Verschiebungen in der Kapitalaufbewahrung vorsichzugehen. — Es ist aber für die im Jahre 1918 errechnete Markschuld der Sparkassen anzunehmen, daß an

ihren 32 Milliarden eine ähnlich große Zahl Gläubiger beteiligt war wie an den 20 Milliarden der Schuld von 1913.⁴³ Denn erst für die seit Ende 1923 erfolgten Einlagen in stabilisierter Reichsmark ist die angemerkte Verschiebung nachweisbar.

In diesem Zusammenhang soll der Ausweis einer großen westdeutschen Sparkasse für die im Jahre 1925 neugeschaffenen Konten auf Grund einer Innsbrucker Dissertation⁴⁴ wiedergegeben werden:

Es entfielen hiernach auf:

Selbständige Gewerbetreibende	20,40 vH	der neuen Konten		
Kaufmännische Bureauangestellte . .	22,10 vH	„	„	„
Landwirte mit eigenem Betrieb	7,07 vH	„	„	„
Landwirte ohne eigenen Betrieb	2,20 vH	„	„	„
Freie Berufe	4,32 vH	„	„	„
Beamte, Lehrer usw.	7,21 vH	„	„	„
Künstlerische Berufe	3,51 vH	„	„	„
Berufslose, Rentner usw.	10,47 vH	„	„	„
Hausangestellte	6,52 vH	„	„	„
Arbeiter jeglicher Art	5,82 vH	„	„	„

Der Rest traf auf Vereine, Mündel, Schulsparkassen; in ihm sind nicht wenige Konten auch von Mittelstandsangehörigen enthalten, die im übrigen nach obiger Aufstellung doch wieder in erheblichem Maße an der Kapitalbildung beteiligt erscheinen. Denn wir werden kaum fehlgehen, wenn wir wenigstens drei Viertel der aufgeführten Berufsgruppen als solche des Mittelstandes in Anspruch nehmen. Freilich werden zu einem gewissen Teile Personen beteiligt sein, die ihren Aufstieg in den Mittelstand erst nach Krieg, Umsturz und Inflation vollzogen haben.

Derselben Quelle sind Nachweisungen einer anderen großen deutschen Sparkasse zu entnehmen, wonach einstweilen noch mit großer Beweglichkeit der Sparkonten zu rechnen ist; in

⁴³ Von 22 Millionen Sparkonten im Jahre 1913 entfielen auf Guthaben bis 600 M 68,0 vH, auf Guthaben von 600 bis 3000 M 25,1 vH, auf Guthaben von 3000 bis 10 000 M 6,0 vH, auf Guthaben von über 10 000 M 0,9 vH, zusammen 100,0 vH. Die kleineren und mittleren Schichten waren also äußerst stark beteiligt. Vgl. für die Sparkassen Dr. Heiler, a. a. O., S. 48.

⁴⁴ Von Dr. Wolfgang Hetzer aus Frankfurt a. M.

vielen Fällen scheint es sich noch nicht wieder um wirkliche Spargelder, sondern um die Anlage vorübergehend entbehrlicher Mittel zu handeln. Die genannte Sparkasse unterscheidet die eigentliche Sparkassenabteilung, die sogenannte Ersparungsanstalt, die ihre Gelder bezeichnenderweise durch ein Abholsystem erhebt, und die Giroabteilung, welche letztere charakteristisch für die bankmäßige Aufmachung der heutigen Sparkasse ist. Nun war

	in der Sparkasse überhaupt	davon in der Ersparungsanst.	davon in der Giroabteilung
der Eingang während des Januar 1926	1 518 000 M	288 000 M	1 432 000 M
der Ausgang während des Januar 1926	555 000 M	180 000 M	867 000 M
Zuwachs während des Januar 1926	963 000 M	108 000 M	565 000 M

Das ist in der Tat eine große Mobilität selbst innerhalb nur eines Monats. Sie läßt darauf schließen, daß der Ersparungs- und Kapitalisierungsvorgang, auch wenn er wieder funktioniert, noch lange nicht die Beständigkeit des Friedenszustandes erreicht hat. Damals entfielen auf je 100 M Spareinlagen 23,5 M Abhebungen; von diesem günstigen Verhältnis werden wir in der Gegenwart noch sehr weit entfernt sein. Der durch die Inflation bewirkte Umstand, daß im November 1923, unmittelbar vor der Stabilisierung, die bis Juli 1922 betätigten 53 Milliarden Einlagen auf 58 Goldmillionen zusammengeschrumpft waren, hat eben verwüstend auf den Sparsinn der Bevölkerung eingewirkt, und es bleibt fast überraschend, daß nach der Stabilisierung doch wieder mit nicht unbeträchtlichen Einlagen gerechnet werden konnte. Während der jüngsten Krisen (1931) wurden verhältnismäßig nur wenig Einlagen abberufen.

Für die Beurteilung der Einkommens- und Lebenshaltungsverhältnisse kann es wichtig sein, auf Ungleichheiten im Altersaufbau und im Familienstand der einzelnen Gruppen zu achten. Nach den letzten statistischen Ermittlungen (Statistik des Deutschen Reichs 402/III) sind die *Selbständigen* im Durchschnitt wesentlich älter wie die in abhängiger Stellung tätigen Angehörigen derselben Berufe; mit anderen Worten, der sogenannte »alte« Mittelstand setzt sich im Zweifel aus älteren Berufstätigen zusammen. Dabei hat zwischen 1907 und 1925 das Durchschnittsalter im allgemeinen zugenommen. Folgende Übersicht zeigt dies an Stichproben:

Anteil der über 50jährigen an der Gesamtzahl der (selbständigen)

	1925	1907
Böttcher	52 vH	44 vH
Schuhmacher.....	48 vH	36 vH
Glaser	45 vH	34 vH
Uhrmacher.....	42 vH	28 vH
Stellmacher	42 vH	32 vH
Schmiede	39 vH	30 vH
Tischler	38 vH	34 vH
Maurer	37 vH	35 vH

Das sind zunächst Überalterungserscheinungen, die aber bisweilen auch ein Absterben bestimmter Berufe darzutun scheinen. Eine Übersicht über das Alter zeigt für 1925 dieses:

Das Lebensalter selbständiger männlicher Handwerker

Beruf	Gesamtzahl	Es entfielen vH auf ein Alter von							70 und mehr Jahren
		bis 25	25-30	30-40	40-50	50-60	60-65	65-70	
Töpfer, Ofensetzer	89 135	2	5	20	29	26	10	5	3
Klempner	24 004	2	7	24	30	22	8	4	3
Uhrmacher	14 626	3	8	22	25	25	8	5	4
Schlosser	23 293	3	8	24	30	20	6	6	3
Schmiede	45 396	2	6	24	29	24	8	5	2
Sattler	27 349	3	8	25	26	22	8	5	3
Holzbildhauer	3 137	3	8	24	29	21	7	5	3
Böttcher	9 409	2	5	15	26	27	10	8	7
Stellmacher	28 540	3	7	22	26	24	9	5	4
Tischler.....	94 644	2	7	23	30	22	8	5	3
Zimmerleute	23 275	2	7	23	32	23	7	4	2
Bäcker	81 952	1	5	24	34	25	7	3	1
Konditoren.....	7 461	2	7	30	34	19	5	2	1
Fleischer,Schlächter	75 764	1	6	25	34	24	6	3	1
Schuhmacher.....	143 799	6	8	17	21	24	12	7	5
Dachdecker	13 698	3	8	25	29	21	8	4	2
Glaser	8 279	1	5	20	29	25	9	6	5
Maler, Lackierer...	65 360	2	10	29	30	19	6	3	1
Maurer	36 112	1	6	22	34	24	6	5	2
Putzer, Stukkateure	3 971	1	5	24	39	23	5	2	1
Barbiere	43 676	6	11	31	30	16	3	2	1

Von den männlichen selbständigen Ärzten sind 36 vH, von den angestellten Ärzten 13 vH über 50 Jahre alt; über die Hälfte der Apotheker, 40 vH der Geistlichen desgleichen. Dagegen zählen unter 25 Jahre 69 vH aller Zahntechnikerinnen, 48 vH aller Zahnärztinnen, 31 vH aller Sozialbeamtinnen und Kindergärtnerinnen.

Altersgliederung in freien Berufen

Berufe	Von je 100 Erwerbstätigen sind alt			Gesamtzahl
	unter 25 Jahre	25 bis 50 Jahre	über 50 Jahre	

Selbständige

männlich

Schriftsteller	6	63	31	3 690
Musiker	9	59	32	9 406
Ärzte	1	63	36	32 836
Apotheker	1	45	54	5 740
Tierärzte	1	80	19	4 381
Zahnärzte	6	80	14	7 170
Zahntechniker	11	71	18	11 646

weiblich

Musikerinnen	8	61	31	9 080
Ärztinnen	3	87	10	1 332
Hebammen	1	55	44	20 737
Zahnärztinnen	7	82	11	417
Zahntechnikerinnen	8	76	16	1 527

Im Angestellten- und Beamtenverhältnis

männlich

Ingenieure	10	78	12	121 754
Chemiker	10	73	17	9 653
Schriftsteller	16	62	22	1 101
Redakteure	11	69	20	5 915
Geistliche	4	56	40	40 746
Lehrer	10	69	21	211 066
Musiker	27	60	13	45 196
Ärzte	9	78	13	12 496
Apotheker	11	73	16	7 433
Krankenpfleger	16	70	14	16 309
Tierärzte	4	68	28	1 859
Zahnärzte	28	69	3	1 132
Zahntechniker	78	21	1	7 701

Im Angestellten- und Beamtenverhältnis

	<i>weiblich</i>			
Lehrerinnen	15	72	13	97 675
Musikerinnen	26	59	15	4 006
Ärztinnen	9	89	2	1 240
Hebammen	10	63	27	2 715
Krankenschwestern	18	68	14	109 842
Sozialbeamtinnen, Kin- dergärtnerinnen	31	58	11	29 927
Zahnärztinnen	48	51	1	418
Zahntechnikerinnen	69	30	1	1 745

Auch hinsichtlich des Familienstands sind die Gruppen des Mittelstands von der übrigen Bevölkerung unterschieden. So waren 1925 *verheiratet*

86,5 vH aller Selbständigen,
60,3 vH aller Angestellten und Beamten,
50,2 vH aller Arbeiter,
47,6 vH aller Diener und sonst. männlichen Hausangestellten,
9,9 vH aller männlichen mithelfenden Familienangehörigen,
im Durchschnitt 57,4 vH aller männlichen Erwerbstätigen.

Innerhalb der mittelständischen Gruppe lassen sich noch folgende Unterscheidungen vornehmen; verheiratet waren

von landwirtschaftlichen Pächtern über 90,0 vH
von landwirtschaftlichen Eigentümern 89,5 vH
von selbständigen Industriellen und Handwerkern 85,8 vH
von den Selbständigen des Handels und Verkehrs 84,9 vH
von Beamten 82,2 vH

Nimmt man das Alter hinzu, so ergibt sich: es waren verheiratet von selbständigen

	<i>im Alter</i>	
	von 20 bis 25 Jahren	von 25 bis 30 Jahren
Landwirten	47,1	84,9
Gastwirten	44,7	80,9
Schlächtern	37,0	77,3
Bäckern	34,8	78,3
Bauhandwerkern	30,8	71,5
Klempnern	28,3	72,1
Schneidern	35,7	68,0

dagegen von	im Alter	
	von 20 bis 25 Jahren	von 25 bis 30 Jahren
leitenden Verwaltungsbeamten	—	51,7
Ärzten	—	50,8
Schulleitern	—	47,9
Zahnärzten	—	43,3

Endlich entnehmen wir der Statistik folgende Übersicht über die
**Entwicklung von Industrie und Handwerk, Handel und
 Gewerbe, 1882–1925**

Jahr	Industrie und Handwerk				Handel und Verkehr			
	Erwerbstätige		Berufszugehörige		Erwerbstätige		Berufszugehörige	
	absolut in Tausend	vH	absolut in Tausend	vH	absolut in Tausend	vH	absolut in Tausend	vH
1882	5 702,4	33,8	13 947,0	35,0	1 443,6	8,6	3 876,7	9,7
1895	7 457,5	37,8	17 848,2	38,9	2 152,0	10,9	5 207,2	11,3
1907	9 830,5	39,1	22 403,4	40,7	3 496,1	13,9	8 179,5	14,9
1925	13 239,2	41,4	25 781,3	41,3	5 273,5	16,5	10 561,9	16,9

Verwaltung, Heer, Kirche, freie Berufe umfaßten 1925: 4,7 vH der Erwerbstätigen, 5,1 vH der Gesamtbevölkerung; Gesundheitswesen und soziale Fürsorge: 1,5 der Gesamtbevölkerung.

b) Der Hausbesitz

Eulenburg⁴⁵ nahm, vor Abschluß der Aufwertungsgesetzgebung, die Entlastung des Realbesitzes durch die Inflation mit 70 Milliarden an (vgl. die oben⁴⁶ angegebene Berechnung der Hypothekenforderungen).

Hinsichtlich des Besitzwechsels wird auf eine Statistik in den Städten über 25 000 Einwohner (aber ohne die ganz großen Städte) verwiesen: 100 000 Besitzwechsel, davon 0,8 vH ins Ausland; in Berlin verdoppelt sich dieser Anteil, der Wert des ins Ausland verkauften deutschen Besitzes wird zwischen 3 und 8 Milliarden angenommen.⁴⁷ Wir kommen darauf noch zurück.

⁴⁵ Literatur nach Eulenburg: *Chlebowsky*, Die Überfremdung des deutschen großstädtischen Grundbesitzes im Jahre 1922. Preußisches Verwaltungsblatt 1924/27/28; *Stegemann*, Der Berliner Grundstücksmarkt, Statistische Nachrichten der Stadt Berlin 1924, Nr. 2.

⁴⁶ Siehe S. 172.

⁴⁷ Sachverständigenbericht (3 Milliarden); Institute of commerce 1924 (8 Milliarden); vgl. *Meerwarth*, Schr. d. V. f. S. P., Bd. 167, S. 20.

Über die Beteiligung der einzelnen Schichten am deutschen Hausbesitz liegen sichere Anhaltspunkte nicht vor. Nur mit Vorbehalt seien die nachstehenden, zum Teil in Innsbrucker Dissertationen zusammengetragenen Angaben verwertet. Der Abgeordnete Jörisen erwähnte in einer im Reichstag am 10. Juli 1924 gehaltenen Rede, daß in Berlin 35,4 vH des Hausbesitzes in Händen von »Kleinrentnern, Sozialrentnern, Witwen und Waisen«, 45 vH in Händen von Handwerkern und Kleinhändlern gewesen seien. Nur 3,6 vH hiervon seien auf Großunternehmer, Gesellschaften usw. entfallen. In Flensburg seien nach dieser Mitteilung 14 vH Arbeiter, 20 vH »Witwen und Waisen«, 47 vH Handwerker, kleine Landwirte, kleine Kaufleute, 12 vH Beamte, Angestellte und freie Berufe und nur 7 vH Fabrikanten und Großunternehmer am Hausbesitz beteiligt gewesen. In Stettin habe der Anteil der »Rentner, Witwen und Waisen« 39,6, der von Handwerkern und Gewerbetreibenden 35 vH, jener von freien Berufen und Beamten 11 vH betragen. In Erfurt seien zu 14 vH Arbeiter, zu 21 vH »Kleinrentner und Witwen«, zu 45 vH Handwerker Hausbesitzer gewesen. In München und Köln soll es ebenso gelegen haben.

Diese Angaben sind gelegentlich der Aufwertungskampagne produziert worden und waren offenbar dazu bestimmt, die Aufwertungsschuldner als bedürftig hinzustellen und allzu weitgehenden Aufwertungsansprüchen entgegenzuarbeiten. Statistisch ist die Zusammenfassung von »Witwen und Waisen« mit Berufsangehörigen sehr anfechtbar, wie denn überhaupt diese Statistik auf methodische Ordnung keinen Anspruch erheben kann. Auch ist die Abgrenzung von kleineren und größeren Gewerbetreibenden usw. sehr schwierig vorzunehmen. Schließlich überrascht, daß »Witwen und Waisen« in so großem Umfang am Hausbesitz beteiligt sein sollen, denn sehr viel Mündelgut war in Papieren angelegt gewesen und wurde demgemäß durch die Inflation, bis auf die Aufwertungsansprüche, meist zerstört. Auch wird man in Betracht ziehen müssen, daß schon vor dem Kriege viele Hausbesitzer kaum etwas anderes als Hausverwalter gewesen waren, hinter denen mehr oder weniger kapitalkräftige Kreise standen. Ähnlich mag es auch heute vielerorts sein. Wie dem aber auch immer sei, ganz wird man an den Feststellungen nicht vorbeigehen können, wonach Angehörige des Mittelstandes

noch in beträchtlichem Maße am Hausbesitz beteiligt sind. Mit dieser wesentlichen Einschränkung mag das Material Jörissens nicht als ganz wertlos zu bezeichnen sein. Ihm steht freilich auch einigermaßen entgegen, daß Professor Eulenburg den Grundbesitzwechsel in deutschen Städten als sehr hoch in den letzten Jahren nachwies: seit der Inflation befindet sich hiernach ein Viertel, in den großen Städten ein Drittel in anderen Händen, die mit Recht als kapitalkräftiger angesprochen werden dürften. Dabei befindet sich, wieder nach Eulenburg, heute jedes fünfzigste deutsche Haus in Händen von Ausländern.

In diesem Zusammenhang sind Berechnungen von Bedeutung, die Universitätsprofessor Dr. Wolff für den Stadtbezirk Halle an der Saale gemacht hat; sie zeigen, daß der für städtische Grundstücke bezahlte Kaufpreis wenigstens 1924 noch erheblich unter dem Friedenswert gelegen hatte; seitdem wird, im Einklang mit der Valorisierung der Mieten, wohl eine gewisse Annäherung erfolgt sein, während natürlich ein der inneren Geldentwertung und den Kosten von Neubauten entsprechender Preis bei der allgemeinen Verarmung noch lange nicht — wenn überhaupt je — in Frage kommen wird. Es war der Kaufpreis vom Hundert des Friedenswertes

unter 10 vH in 1 Fall	40,1—45 vH in 9 Fällen
10,1—15 vH „ 11 Fällen	45,1—50 vH „ 6 „
15,1—20 vH „ 4 „	50,1—60 vH „ 2 „
20,1—25 vH „ 6 „	60,1—70 vH „ 4 „
25,1—30 vH „ 3 „	70,1—80 vH „ 2 „
30,1—35 vH „ 6 „	80,1—90 vH „ 1 Fall
35,1—40 vH „ 9 „	90,1-100 vH „ 3 Fällen

Allerdings wurden die besonders niedrigen Preise mehrfach bei Besitzübergaben zwischen Eheleuten, zwischen Schwiegersohn und Schwiegervater, zwischen Geschäftsfreunden und im Verkehr mit Ausländern bezahlt. Dagegen waren die höheren Preise meist nur für gepflegte Einfamilienhäuser usw. in guter Lage zu erzielen. Zwischen $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ des Friedenswertes scheinen sich die meisten übrigen Käufe bewegt zu haben.

Erwähnen wir hier noch, daß von dem Vermögen der deutschen Sparkassen vor dem Kriege etwa 6 Goldmilliarden in

städtischen Hypotheken angelegt waren⁴⁸ und daß vor allem Häuser im Besitz von Mittelstandsangehörigen diesen Kredit empfangen hatten. Indem die Sparkassen etwa 1 bis 2 Milliarden Mark durch Aufwertung allmählich zurück- und einstweilen mäßig verzinst erhalten, können sie diesen Betrag ihren Gläubigern — allerdings nicht unerheblich durch Verwaltungskosten verringert — allmählich wieder zur Verfügung stellen. Von ihm fließt gewiß ein nicht unerheblicher Betrag dem Mittelstand zu, der freilich auch zu einem erheblichen, im einzelnen nicht feststellbaren Betrag als Hypothekenschuldner beteiligt ist. Auf diesem Gebiet sind gewisse Kompensationen von Forderungen und Schulden zu erwarten, während da, wo Hypotheken nicht durch Vermittlung von Sparkassen und ähnlichen Instituten, sondern durch Selbstgeber begründet worden waren, solche Kompensationen viel weniger wahrscheinlich sein werden.

c) Die selbständigen Gewerbetreibenden

Gehen wir zu den selbständigen Gewerbetreibenden über, von denen freilich nach Einkommen und Lebenshaltung nur ein Teil dem Mittelstand zuzurechnen ist, wo sich außerdem starke Fluktuationen vollzogen haben, so konnte der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie (Veröffentlichungen Heft 29 vom Dezember 1925, S. 11) einzelnes entnommen werden. Das damalige Einkommen dieser Gewerbetreibenden wäre (vgl. S. 179) mit 8 bis 10 Milliarden Mark anzusetzen. Die Kapitalrente ist hierbei außer acht gelassen, sie sollte nach der gleichen Quelle nur $\frac{3}{4}$ —1 Milliarde Mark betragen, ein Betrag, der zu gering angesetzt sein wird, aber doch immerhin die prekäre Lage des Leihkapitals illustriert. Das Einkommen der selbständigen Gewerbetreibenden — und zwar im Handel sowohl wie in der Landwirtschaft⁴⁹ und in der Industrie — erscheint auch als mäßig gegenüber dem Einkommen aller Lohn- und Gehaltsempfänger, für das 36 bis 38 Milliarden angenommen wurden, während Einkommen aus anderen Quellen überhaupt nur in Höhe von 1 Milliarde in Ansatz gebracht ward. (Die Gesamt-

⁴⁸ Eulenburg schätzt die Zahl der Sparer, deren Spartätigkeit eine Hypothek von 50 000 M zusammenbringt, auf 15 bis 20 Personen.

⁴⁹ Von den »Selbstversorgern«, dem agrarischen Teil des Mittelstandes, ist unten (S. 259 ff.) zu handeln.

summe des damaligen deutschen Volkseinkommens ergab sich nach dieser Quelle mit 43—48 Milliarden Mark, darauf wiesen wir in anderem Zusammenhang⁵⁰ hin, auch wurden dort abweichende Schätzungen bereits berücksichtigt.)

In welchem Maße sind nun die gewerbstätigen, aber sich nicht selbst versorgenden, das heißt die vorwiegend industriell-kommerziell-städtischen Schichten des Mittelstandes an den 8 bis 10 Milliarden Einkommen, wenn wir diese Zahl auch für die Gegenwart⁵¹ akzeptieren, beteiligt? Offenbar kommt es zunächst auf den *Umfang* dieser Schichten an.

Hier ist wichtig, daß die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden zumal während der Inflation zugenommen hat, wofür Gründe unter anderen in dem für weite Kreise des Mittelstandes vorhandenen Zwang, eine neue Lebensbasis zu finden, liegen.

Setzt man den Stand an Handelsunternehmungen des Jahres 1914 gleich 100, so betrug die Zahl solcher vom Hundert dieser Grundzahl beim

	1919	1923	1925
Großhandel	102	183	221
Einzelhandel.....	102	127	135
Gesamthandel	102	142	159
bei den Agenten	98	159	175

Der Großhandel hat also die Zahl der Unternehmungen stärker ansteigen lassen, doch sind auch die Begriffe Groß- und Kleinhandel etwas andere geworden und es geht kaum an, die Inhaber sogenannter Großhandelsfirmen nach Einkommen und Lebenshaltung unter allen Umständen außerhalb des Mittelstandes zu stellen. Deshalb soll nicht nur für den Einzel-, sondern auch für den sogenannten Großhandel eine für die Lage des gewerblichen Mittelstandes immerhin bezeichnende Aufmachung nach einzelnen Gewerbebezügen angereicht werden, wobei wiederum von der Grundzahl 1914 gleich 100 auszugehen ist (s. S. 237).

Im ganzen ist der Prozeß, der als »Übersetzung« des Handels bezeichnet wird und der seit Aufmachung dieser (auf Angaben der Handelskammern begründeten) Statistik wiederum zurück-

⁵⁰ Siehe S. 175.

⁵¹ Wahrscheinlich ist sie aber durch die jüngste Krise sehr stark zurückgeworfen worden.

Art des Handels	1918		1923		1925	
	Groß- Handel	Einzel- Handel	Groß- Handel	Einzel- Handel	Groß- Handel	Einzel- Handel
Lebensmittel	100	99	178	125	203	146
Bekleidung	112	103	214	124	235	128
Sonstiger täglich. Bedarf	97	98	245	136	257	146
Sonstige Handels- lungen	97	110	156	162	238	182

geflutet ist, beim Großhandel stärker wahrnehmbar als beim Klein- und Einzelhandel. Das würde beweisen, daß doch wohl nicht allzu große Teile des alten Mittelstandes durch Neubegründung von Geschäften eine neue Existenzbasis gefunden haben. Wenn zum Beispiel der Großhandel in Lebensmitteln zwischen 1918 und 1925 auf mehr als das Doppelte der Zahl der Unternehmungen angewachsen ist, der Einzelhandel dieser Branche aber um weniger als die Hälfte, so dürfte der Mittelstand an dieser Entwicklung in geringerem Maße beteiligt sein.⁵² Denn ihm werden die Kapitalien zur Begründung einer Lebensmittelgroßhandlung usw. doch nur in besonderen Fällen zur Verfügung gestanden sein. Bei den anderen Handelsgruppen ist aber das Mißverhältnis in der Zunahme von Groß- und Einzelhandelsfirmen noch beträchtlicher. Die Erschütterungen, die nach der Stabilisierung eingetreten und zu so zahllosen Konkursen geführt haben, werden den Mittelstand *direkt* entsprechend weniger berührt haben, obwohl natürlich auch viele kleine Handelsunternehmungen ihnen zum Opfer fielen; wobei die Konkursstatistik übrigens nicht allein beweiskräftig ist, denn gerade kleinere Firmen werden oft stillschweigend durch Liquidation ausgeschieden sein (so auch Eulenburg a. a. O.). Wir ziehen deshalb auch die Statistik der Gründungen und Auflösungen von Gesellschaften heran. In den kritischen Jahren 1924 und 1925 überwiegen die Auflösungen von Gesellschaften über deren Neugründungen. Hierüber folgende, »Wirtschaft und Statistik«, 6. Jahrgang, 1926, Nr. 1, S. 24, entnommene Übersicht:

⁵² Eulenburg schätzt dagegen die Zunahme der kleinen Unternehmer höher ein: »Ihre Kinder werden in die Lücken strömen, die die früheren Besitzer hinterlassen haben.« Fried (a. a. O. S. 51) spricht von 2½ Mill. selbständigen Erwerbstätigen des Mittelstands.

	1924				
	A. G.	G. m. b. H.	Offene H. G.	Kommandit- Gesellsch.	Einzel- Firmen
Gründungen.....	524	7914	9189	1300	18626
Auflösungen.....	1070	8626	8026	908	18012
Überschuß der Gründungen	—	—	1163	392	614
Überschuß der Auflösungen	546	712	—	—	—

	1925				
	A. G.	G. m. b. H.	Offene H. G.	Kommandit- Gesellsch.	Einzel- Firmen
Gründungen.....	315	7989	7978	1084	16820
Auflösungen.....	2366	14222	9495	1013	22966
Überschuß der Gründungen	—	—	—	71	—
Überschuß der Auflösungen	2051	6233	517	—	6146

Die Statistik zeigt ferner nicht weniger charakteristisch die Tendenz zur Umwandlung von offenen Handelsgesellschaften in Einzelfirmen. Auch hierbei waren Mittelstandsschichten beteiligt und manchmal benachteiligt.

In diesem Zusammenhang ist der Rückgang der Aktienkurse zu beurteilen. Von 262 goldumgestellten Aktien war das durchschnittliche Kursniveau Juni 1924 59,0 gewesen, es war bis zum Januar 1925 auf 117,3 gestiegen, aber nur, um Dezember 1925 wieder auf 66,8 zu fallen («Wirtschaft und Statistik» 1926, Nr. 1, S. 26). Das durchschnittliche Kursniveau der Aktien stand am Jahresschluß 1925 nur noch geringfügig über den Kursen der 5prozentigen Goldpfandbriefe; die Aktien der verarbeitenden Industrie sanken sogar noch darunter.

Professor Eulenburg hat in seinem wiederholt erwähnten Referat im Verein für Sozialpolitik zahlenmäßige Angaben über die Entwicklung der Zahl der vergesellschafteten Unternehmungen, der Börsenbesucher und der Eintragungen ins Handelsregister gebracht, die unterdessen etwas veralteten und einer Rückbildung Platz machten, aber als Kennzeichen der Zeit unmittelbar nach der Markstabilisierung mindestens geschichtlich bedeutsam bleiben: hiernach hat sich die Zahl der Aktiengesellschaften zwischen 1914 und 1923 von 5500 auf die doppelte Zahl erhöht, jene der Gesellschaften mit beschränkter Haftung von 25 000 auf 75 000, ein Vorgang übrigens, der schon im Kriege einsetzte und, indem er auf eine veränderte Marktlage hinwies, zu den unmittelbaren Kriegsfolgen gerechnet werden darf. Die Zahl der Berliner Börsenbesucher verdoppelte sich in der gleichen

Zeit, aufs Dreifache stieg die Zahl der Eintragungen ins Berliner Börsenregister — wobei übrigens nicht nur die vermehrte Erwerbsangewiesenheit zumal des Mittelstandes, sondern auch die großstädtische Konzentration in Erscheinung trat.

Wir beantworten nun die S. 236 gestellte Frage: Die Zahl derer, die sich in das verringerte Einkommen aus selbständiger gewerblicher Tätigkeit teilen, muß erheblich gestiegen, der Anteil des einzelnen entsprechend geringer geworden sein.

d) Die »Deklassierten«⁵³

In den bisherigen Ausführungen ist vor allem diejenige nicht zum Beamten- und Angestelltenberufe oder zu den »Selbstversorgern« rechnende Mittelstandsschicht behandelt worden, welche wenigstens einen Teil ihres Vorkriegseinkommens mutmaßlich konservierte; freilich konnte die Grenze zwischen diesen Angehörigen des alten Mittelstandes und solchen, welche durch Kriege, Umsturz oder Inflationsglück oder auf andere Weise neu dem Mittelstand zuströmten, nicht streng innegehalten werden. Denn wir vermögen günstigenfalls etwas über das Einkommen auszusagen, das heute aus Sparkassen und anderen Forderungen, aus Hausbesitz und Gewerbebetrieb, fließt und an dem der Mittelstand als solcher beteiligt sein wird, — ob die Nutznießer aber schon vor dem Kriege dem Mittelstand angehörten oder ihm erst hernach einverleibt wurden, geht aus jenen Statistiken natürlich nicht hervor. Nun ist zu versuchen, etwas über die im eigentlichen Sinn »Deklassierten«, über jene also, welche ihre Mittelstandslebenshaltung bestimmt nicht aufrecht erhalten konnten, auszusagen. Professor Eulenburg schätzte 1923 deren Zahl auf 4½—5 Millionen, und vergleichsweise führte er an, daß in Berlin die Zahl der Armenunterstützungsempfänger von 60 000 vor dem Kriege auf 200 000 gestiegen sei. Die 3,6 Millionen starke Schicht der »beruflosen Selbständigen« sei zu ⅓—½ in den Erwerb gedrängt worden.⁵⁴

⁵³ Über diese Gruppe und die ihr in gewissem Sinne korrespondierende der Aufgestiegenen (unten g) ist neuerdings viel Material von J. Nothaas gesammelt worden (in Heft 117 der Beiträge zur Statistik Bayerns: Sozialer Auf- und Abstieg im deutschen Volk). Man vergleiche insbesondere auch S. 184 f.

⁵⁴ Fraglich, ob Eulenburg recht hat, wenn er meint, die Angehörigen dieser Gruppe seien nicht in die Arbeiterberufe gegangen; ferner hat diese Gruppe

Sachwerte, auf deren Erwerb diese Volksschichten Hoffnung gesetzt hatten, erwiesen sich meist als trügerisch. Hierzu rechnet auch der Aktienbesitz und der Erwerb von Titeln ähnlicher Natur in großem Umfang. Oben wurde erwähnt, daß reines Kapitalrenteneinkommen in Deutschland nur mehr in Höhe von $\frac{3}{4}$ bis 1 Milliarde angenommen wird, was allerdings zu *niedrig* geschätzt sein dürfte. Der Aktienindex war sehr tief gesunken, von seiner — übrigens auch nur vorübergehenden — Verbesserung 1926 werden die hier in Frage kommenden Schichten nur mäßigen Vorteil gehabt haben. Wollte man, indem man die Angabe Eulenburgs über die Zahl der Deklassierten und die eben gebrachte Angabe über Kapitalrenten kombiniert, annehmen, daß selbst ein Viertel dieser Kapitalrenten — was reichlich gerechnet wäre — den Ärmsten des Mittelstandes zuflöße, so würde sich auf den Kopf ein Betrag von nur 50 M jährlich ergeben. Die erwähnte Kombination entbehrt nicht ganz des realen Untergrundes, denn gerade die aus dem Mittelstand gewaltsam entfernten Kreise hatten sich in der Hoffnung, auf diese Weise ihren Besitz zu erhalten, besonders intensiv mit Aktienspekulation abgegeben, waren aber schließlich, von der Stabilisierung überrascht, auf ihren zuerst durch Zusammenlegung, dann durch Kursrückgang entwerteten Aktien sitzengeblieben. Die wenigen heute noch höhernotierenden Aktien sind entweder während der Inflation überhaupt kaum in größeren Mengen auf dem Markt erschienen, oder ihr hoher Kaufpreis war für das Gros der Aktienspekulanten unerschwinglich; diese hielten sich vor allem an jene bedenklichen Firmen, die unentwegt junge Aktien herausbrachten.⁵⁵ Im weiteren Verlauf werden durch die Mittelstandshilfe einen großen Zuwachs erfahren, so daß sie doch eher größer als kleiner sein dürfte wie 1907. Eulenburg selbst erwähnt 3 Millionen Unterstützte; es wird die Frage sein, ob sie als berufslose Selbständige gelten; aber eine Analogie zum früheren Sozialrentner ist gegeben, und damit wäre die Einreihung in die Gruppe F zu vertreten.

⁵⁵ Der Aktienindex war nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25 (S. 322): im Jahresdurchschnitt (1913 = 100)

	1. Bergbau und Schwerindustrie	2. Verarbeitende Industrie	3. Handel und Verkehr	4. Insgesamt
1918	100,56	95,14	74,47	91,15
1921	22,25	21,27	9,16	17,92
1924	33,58	31,10	13,25	26,39

den dann auch bessere Aktien verkauft worden sein, um Unterhaltungsmittel zu gewinnen. Wir schätzten, von Eulenburg etwas abweichend, die Summe des Kapitalbesitzes, der vor dem Kriege auf dem Gebiet des heutigen Deutschen Reiches vorhanden war, auf 140 Milliarden Goldmark und nehmen mit Eulenburg ein Achtel oder ein Zehntel heute noch als bei den ursprünglichen Besitzern vorhanden an; setzen wir nun voraus, daß die 5-Millionenschicht der Deklassierten je nur 3000 M Kapitalbesitz pro Kopf gehabt habe (auch eine mäßige Annahme), so wäre mit ihrem völligen Hinschwinden erst der Verlust von etwa 15 Milliarden Kapital erklärt. Dieser Betrag ist in der Tat wohl das Minimum dessen, was als Vermögensverlust derer zu bezeichnen ist, die, nicht imstande ihr Leben neu aufzubauen, endgültig dem Mittelstand verlorengingen. Daneben haben diese Schichten einen großen Teil ihrer fahrenden Habe: Mobilien, Schmuck, Familienandenken usw. eingebüßt. Hingabe solcher Werte war manchenorts Voraussetzung dafür, daß die Gemeinde für den Unterhalt aufkam. Vom Verkauf dieser Sachen konnten sie während der letzten Kriegs- und der Inflationszeit wenigstens ihr Leben fristen. Die Aufwertung wird die meisten dieser Deklassierten nicht in den Stand setzen, wieder aufzusteigen; was sie auf diese Weise erlangen, wird zum größten Teil unmittelbar wieder konsumiert werden.

Zumal durch ihre Beteiligung an der Kriegsanleihe haben sie verloren, und die Anerkennung als »Altbesitzer« wird doch nur

Setzt man ferner den Index 1924—1926 = 100, so ergibt sich März 1930: im Bergbau usw. 118,56, in der verarbeitenden Industrie 107,36, in Handel und Verkehr 139,52; insgesamt 119,03. Seit dieser Zeit ist der Index bekanntlich sehr, zuletzt katastrophal gesunken.

Man darf annehmen, daß gerade Aktien aus Handel und Verkehr, die 1924 am tiefsten notierten, noch in großer Zahl in den Händen der Depossidierten sind. In und nach dem Kriege sind 6445 Aktiengesellschaften mit (1925) 3,4 Milliarden Mark Aktienkapital gegründet worden; das auf die einzelnen Aktiengesellschaften entfallende Aktienkapital beträgt nur 0,59 Millionen Mark, während auf die einzelnen Aktiengesellschaften der Vorkriegsgesellschaften 3,83 Millionen Mark treffen. Nur 177 neugegründete Aktiengesellschaften haben ein Aktienkapital von 1 Mill. Mark und mehr. Da nun mit Vorliebe vom kleinen Mittelstand in den Papieren neugegründeter Aktiengesellschaften spekuliert wurde, kann man sich die Verluste vorstellen.

einem Teil gewisse sehr mäßige Aussichten eröffnen.⁵⁶ Hinsichtlich des Umfanges, in dem kleine Kapitalisten und Sparer Kriegsanleihe gezeichnet haben, beziehen wir uns auf die Feststellungen S. 225 f. Wenn in der erwähnten Schrift des Bayerischen Statistischen Landesamts über die Verelendung des Mittelstandes gesagt wird (S. 49), daß 31,7 vH des bei allen neun Anleihen gezeichneten Kapitals auf die kleinen Zeichner bis 10 000 M entfallen sei, so muß diese Angabe allerdings auf Grund der a. a. O. gebrachten Vorbehalte etwas in Zweifel gestellt werden. Doch kann der Fehler nicht allzu groß sein.

Unterstellt man aber, daß nur die Hälfte der Zeichnungen unter 10 000 M ausschließlich auf die kleinen Sparer und Kapitalisten entfallen seien, nimmt man weiter an, daß deren Zahl von der Gesamtsumme der Kriegsanleihe bis 10 000 M zeichnenden Personen ebenfalls die Hälfte ausmache — eine naheliegende Folgerung —, so würde es sich nach der Tabelle S. 225 um eine Zahl handeln von rund

bei der 1.	2.	3.	4.	Anleihe
570 000	1 300 000	1 930 000	2 595 000	Zeichnern
	bei der 5.	6.	Anleihe ⁵⁷	
	1 860 000	3 328 000	Zeichnern	

⁵⁶ Siehe S. 226. — Die Bedürftigsten der Altbesitzinhaber erhalten sogenannte Vorzugsrenten. Bis Herbst 1926 waren über 600 000 Anträge auf Renten eingegangen, bei 540 000 sind die Voraussetzungen bejahend entschieden worden, bei 322 000 Anträgen (60 vH der anerkannten) sind Zahlungen schon erfolgt: Bis 30. Oktober 1926 zusammen 31,3 Millionen Mark (Deutsche Allg. Ztg. 14. November 1926).

An *Aufwertungsschuldverschreibungen*, *hypotheken* und *darlehen* liefen Ende 1929 um (Statist. Jahrbuch f. d. D. R. 1930, S. 358/59):

Aufwertungspfandbriefe	2022,8	Millionen RM	
Kommunal-Aufwertungsschuldverschreibungen	428,7	„	„
	<hr/>		
	zusammen	2451,5	Millionen RM
ferner:			
Aufwertungshypotheken	2351,1	„	„
Aufwertungs- und Ablösungsdarlehen	509,1	„	„
	<hr/>		
	zusammen	2860,2	Millionen RM

Die aufgewerteten Vermögensanlagen der Lebensversicherung betrugen 1929: 598,4 Millionen RM in der privaten, 48,6 Millionen RM in der öffentlichen Lebensversicherung.

⁵⁷ Von den drei späteren Anleihen wird abgesehen; einmal, weil bei ihnen der Anteil der kleinen Zeichnungen wieder zurückgeht, dann, weil nun nicht

Es ist wohl berechtigt anzunehmen, daß nicht alle Zeichner sich an allen Anleihen beteiligt haben und daß die Beteiligungsquote wechselte. Geht man von der bei der sechsten Anleihe festgestellten Höchstzahl kleiner Zeichner aus, so waren unter den mehr als 3,3 Millionen gewiß viele, die auch schon früher gezeichnet hatten, die nicht etwa nur einen vorübergehenden Gewinn sicher und nutzbringend anzulegen gedachten. Auf 2—3 Millionen kleine und mittlere Dauerzeichner, die mit Absicht ihre Ersparnisse in Kriegsanleihe anlegten, darf man unbedenklich schließen,⁵⁸ und es erscheint als wahrscheinlich, daß zwischen diesen 2—3 Millionen und den 4—5 Millionen deklassierten Mitgliedern des Mittelstandes ein Zusammenhang besteht.

In der wiederholt erwähnten Arbeit des Bayerischen Statistischen Landesamts über »Sozialer Auf- und Abstieg im deutschen Volk« wird die Lage der zu den sogenannten »Deklassierten« rechnenden Kleinrentner wie folgt beurteilt: »Zusammenfassend ist über die berufliche Schichtung der Kleinrentner zu sagen, daß sie überwiegend dem *Mittelstand* entstammen. Besonders zahlreich vertreten sind unter den männlichen Kleinrentnern die ehemals selbständigen Existenzen in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die entweder infolge Alter und Verlust des Betriebskapitals ihr Geschäft nicht mehr führen können oder dieses bereits früher aufgegeben und als Rentner gelebt haben. Bei den weiblichen Kleinrentnern entfällt der Hauptanteil auf die nicht selbst Berufstätigen, worunter einerseits die unterstützten Witwen und geschiedenen Frauen, andererseits die eigentlich Beruflosen (Rentnerinnen, Haustöchter usw.) zusam-

mehr vollwertiges Geld eingezahlt worden war und Kriegskonjunkturgewinne in steigendem Maße an den Einlagen beteiligt waren.

⁵⁸ Diese errechnete Vermutung findet nachträglich Bestätigung durch Mitteilungen, die der Vertreter des Reichsfinanzministers in einem Reichstagsausschuß abgab (Deutsche Allg. Ztg. 14. November 1926). Hiernach sind bis Ende Oktober 1926 3,78 Mill. Anträge auf Ablösung der Reichsanleihen alten Besitzes im Betrag von 32,3 Milliarden Mark Anleihekapital eingegangen; 764 Millionen Mark Auslosungsrechte sind damit beantragt. Zuerkannt sind bisher 203 Millionen Mark Auslosungsrechte, und zwar bei fast $2\frac{1}{2}$ Millionen Anträgen. Dazu treten 8 Milliarden Mark Altbesitzanleihen im Reichsschuldbuch. Insgesamt wird der Altbesitz, d. h. also zumeist die Forderungen, die in den Händen der Zeichner selbst geblieben waren, mit 40 Milliarden Mark angenommen.

mengefaßt werden. Je nach der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der einzelnen Gebietsteile ergeben sich nicht unbedeutende Verschiedenheiten in der sozialen und beruflichen Zusammensetzung der Kleinrentner. Charakteristisch ist fast überall hinsichtlich der sozialen Herkunft der Kleinrentner einerseits der hohe Anteil der selbständigen Schichten (Handwerker, Kaufleute, freie Berufe, wie Künstler usw.), andererseits der hohe Prozentsatz weiblicher Berufloser.«

Aus der Stichprobenerhebung der Reichsarbeitsverwaltung, 1926 (vgl. auch Rawicz, »Die Ergebnisse einer Erhebung über unterstützte Kleinrentner«, Reichsarbeitsblatt 1927 II, S. 216), sei mitgeteilt: von 15 000 Kleinrentnern waren 23 vH Männer, 77 vH Frauen. Dem Alter nach gliederten sie sich wie folgt:

	männlich	weiblich
unter 50 Jahren	2,1	4,2
50—60 Jahre	10,1	20,0
60—70 Jahre	37,5	36,9
70 Jahre und darüber	50,3	38,9
	<hr/> 100,0	<hr/> 100,0

Die berufliche Gliederung war die folgende:

I. Männliche hauptunterstützte Kleinrentner:	vH der Gesamtzahl in jeder Gruppe
Selbständige in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft	68,69
Freie Berufe einschließlich ehemaliger Offiziere ..	3,75
Kaufmännische und gewerbliche Angestellte	8,78
Arbeiter (zum Teil auch Handwerker)	14,86
Ohne Beruf	3,92
	<hr/> 100,00

II. Ledige weibl. hauptunterstützte Kleinrentner:	
Selbständige Gewerbetreibende	8,73
Kaufmännische, gewerbliche und Hausangestellte	21,70
Schneiderinnen, Näherinnen, Heimarbeiterinnen .	11,78
Freie Berufe, Lehrerinnen, Erzieherinnen usw. . .	13,33
Ohne Beruf	44,46
	<hr/> 100,00

III. Weibl. unterstützte Kleinrentner ausschl. der
Ledigen (nach dem Beruf des verstorbenen
oder geschiedenen Ehemanns):

Selbständige usw.	55,87
Freie Berufe usw.	4,07
Kaufmännische und gewerbliche Angestellte	11,71
Arbeiter usw.	23,18
Ohne Beruf	5,17
	<hr/> 100,00

Ein Vergleich zwischen der sozialen Herkunft der Armen — d. h. der in öffentlicher Armenunterstützung stehenden Personen, deren Kreis sich soziologisch natürlich mit dem der »Armen« nicht deckt — ist für Vor- und Kriegszeit nicht durchzuführen. Wir erwähnen das Resümee in der Schrift des Bayerischen Statistischen Landesamts: »Nur so viel ist gewiß, daß die Schicht der geistigen und künstlerischen, insbesondere freien Berufe heute wesentlich stärker als in der Vorkriegszeit unter den Armen vertreten ist.« Nach einer Münchener Erhebung von 1927 sind die Selbständigen unter den »Armen« mit 34,8 vH bei den Männern, 10,7 vH bei den Ehefrauen (Beruf des verstorbenen Mannes!), 13,2 vH bei den Frauen mit eigenem früheren Berufe vertreten. Die entsprechenden Anteile der geistigen und künstlerischen Berufe (einschließlich ehemaliger Offiziere) sind: 12,5, 2,7 und 2,9; auf Angestellte entfallen jeweils 4,8, 1,0 und 4,2 vH; auf Arbeiter (und Hausangestellte) 42,7, 13,7 und 36,0 vH; auf Beruflose und Fälle ohne Berufsangabe 5,2, 71,9 und 43,7 vH.

e) »Neuer« Mittelstand: Privatangestellte und Beamte

Bisher war von jenen Gruppen des Mittelstandes die Rede, die vor dem Krieg als sogenannter »alter Mittelstand« dessen Kern gebildet hatten, also von denen, die selbständiges, nicht abgeleitetes Einkommen aus verschiedenen Titeln: Kapital und Sachbesitz, gewerbliche Unternehmung usw. bezogen hatten. Damit schieden die Gehaltsempfänger aller Art einstweilen aus. Terminologisch ist hier, um Mißverständnisse auszuschließen, zu erwähnen, daß als »alter« Mittelstand heute wohl auch die Kreise bezeichnet werden, die nicht erst durch Besitzerwerb

während des Krieges oder der Inflation in eine dem früheren Mittelstand ähnliche wirtschaftliche Lage gekommen sind. Wir wollen solche lieber als »Zuwachs« oder »Aufgestiegene« bezeichnen, wobei wir uns kein Hehl daraus machen, daß die Unterschiede, die ja nicht äußerlich markiert oder öffentlich-rechtlich festgelegt sind, bald zurücktreten und in der zweiten, jedenfalls in der dritten Generation verwischt sein werden. Dann wird auch das ästhetische Moment, das heute noch den Neureichen stigmatisiert, ausgelöscht sein. Ästhetisch-ethische Erwägungen können bei dieser wirtschaftlichen Darlegung natürlich keine entscheidende Rolle spielen, auch die kulturellen Gesichtspunkte, von denen aus Vor- und Nachkriegsmittelstand noch längere Zeit zu unterscheiden sein werden, müssen hier zurücktreten: sie sind freilich auch ökonomisch und zwar deshalb wichtig, weil die ungleiche persönliche Kultur sich in ungleichem Bedarf aussprechen wird.

Nunmehr soll von den Gehaltsempfängern, die nach der Terminologie Schmollers (oben S. 113) als »neuer« Mittelstand angesprochen wurden, die Rede sein. Es ist indessen unmöglich, an dieser Stelle auf alle Wandlungen, die der nominelle Betrag und die Kaufkraft des Gehaltseinkommens während des Krieges erfuhren, einzugehen. Sie sind statistisch viel genauer erfaßt als die der Öffentlichkeit sich oft entziehenden Veränderungen, denen das Besitzeinkommen unterlag, auch haben neuere Veröffentlichungen sich eingehend mit den Beamten und Privatangestellten — den beiden großen einschlägigen Gruppen — befaßt. Schließlich folgt die Gehaltsentwicklung vielfach der Entwicklung des Arbeitslohnes, von dem eine besondere Darstellung handelt. Für die Kriegszeit, in der unmittelbare Kriegswirkungen in Erscheinung traten, sei immerhin erwähnt die Arbeit des Verfassers dieser Zeilen: »Kriegslöhne und -preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenskosten«, Heft 66 der Schriften der Gesellschaft für soziale Reform und zweiter Teil der von W. Zimmermann herausgegebenen Schriftenreihe: »Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung«, Jena 1919. Für die Privatangestellten wären S. 43 ff. besonders heranzuziehen. Hieraus sei die Veränderung des Einkommens der deutschen Werkmeister kurz erwähnt, für die ein Material von über 10 000 Fragebogen bereitstand; hierbei konnte an umfangreiche statisti-

sche Friedenserhebungen angeknüpft werden, die ebenso wie jene der erwähnten Kriegsstatistik in den Händen des Verfassers gelegen hatten. Hiernach erfuhren von 10 180 privatangestellten Werkmeistern zwischen Ende 1914 und Ende 1917

eine Minderung ihres Einkommens	252 d. i.	2,48 vH
eine Steigerung ihres Einkommens	9530 d. i.	93,61 vH
keine Änderung ihres Einkommens	398 d. i.	3,91 vH.

Im Durchschnitt aller — in der Statistik genau unterschiedenen — Industrien verbesserte sich das Einkommen in 31,94 vH der Fälle um höchstens 25 vH, in 33,53 vH der Fälle um höchstens 50 vH, in 22,39 vH der Fälle um höchstens 100 vH und in 5,76 vH um mehr als 100 vH. Gegenüber dem für alle Industrien errechneten Durchschnitt zeigten eine günstigere Gehaltsentwicklung: Bergbau, Metall- und Maschinenindustrie, chemische Industrie. Das waren die Gewerbegruppen, die gemeinhin als »Rüstungsindustrie« bezeichnet wurden, in denen das Kapital- und Unternehmereinkommen beträchtlich stieg, die naturgemäß am ehesten bereit waren, ihre Angestellten an der günstigen Konjunktur teilnehmen zu lassen. Es wird zulässig sein, dies für die Werkmeister durch präzise Feststellung erzielte Bild als einigermaßen bezeichnend für die Gesamtheit wenigstens der technischen Angestellten anzusehen, allerdings dürfte die Lage der kaufmännischen Angestellten, bei denen das Angebot größer und die Nachfrage kleiner war, kaum so günstig gewesen sein; die Frage bleibt bei alledem offen, ob die Kaufkraft des im Kriege nominell gestiegenen Einkommens mit den Preisen gleichen Schritt gehalten hat.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, die Entwicklung der Privatangestellteneinkommen während der folgenden Zeit, insbesondere während der Inflation zu zeigen. Die Verschiedenheit des inneren und äußeren Wertes des Inflationsgeldes macht auch eine Umrechnung über Dollarkurs oder andere stabile Werte untunlich, wenn nicht unmöglich. Es soll also nur einiges über die Gehälter zu Beginn der Stabilisierung angegeben werden, und wir dürfen dabei unter anderem auf die schon wiederholt erwähnte Arbeit des Bayerischen Statistischen Landesamts »Die Verelendung des Mittelstandes« verweisen,

die vorhandene Materialien durch eigene Berechnungen erweitert und vertieft hat.

Da wird für Akademiker in der chemischen Industrie, die also in bevorzugter Weise zum Mittelstand rechnen, berichtet, daß im Juli 1924 die Gehaltsbezüge mit 81 vH und 66 vH des Friedenswertes hinter den Vergütungen für staatliche Funktionäre ähnlichen Alters und ähnlicher Berufsstellung zurückblieben; dabei bezieht sich offenbar der erste Prozentsatz auf einen Angestellten niedrigeren, der zweite auf einen Angestellten höheren Berufsalters. Erwähnt sei, daß das Friedenseinkommen zwischen 2400 und 6000 M geschwankt hatte.

Aufstellungen des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich ist ferner zu entnehmen:

Tarifmäßige Endgehälter kaufmännischer Angestellter in Berlin
RM pro Monat (April 1925):

Gewerbe	Kontorist		Steno- typistin	Selbst. Expedient		Bilanz- buchhalter	
	ledig	verheir. m. 2 Kind.		ledig	verheir. m. 2 Kind.	ledig	verheir. m. 2 Kind.
Metallindustrie ...	125	155	144	231	261	297	327
Textilindustrie ...	130	130	144	245	245	300	300
Chem. Industrie...	189	209	201	300	344	367	423
Baugewerbe	190	190	189	290	290	360	300
Textilgroßhandel .	126	126	132	184	184	330	330
Einzelhandel	160	160	170	200	200	350	350
Versich.-Gewerbe.	155	195	190	256	296	315	355
Bankgewerbe	202	265	248	—	—	320	383

Man sieht, daß der sogenannte *Sozialgehalt* — d. i. die Erhöhung des Gehalts um gewisse Bezüge beim Verheirateten und Familienvorstand — nicht allgemein durchgeführt war. Er spielt zumal da eine Rolle, wo die Angestellten numerisch gegenüber den Arbeitern den Ausschlag geben, also im Versicherungs- und Bankgewerbe. Allerdings sind diese Unterschiede zwischen dem Einkommen des Ledigen und des Familienhalters beim Einzelhandel, bei dem doch auch die Angestellten dominieren, weniger verbreitet, das hängt aber vielleicht mit der Qualität dieser Angestellten zusammen, die z. B. von der Berufszählung oft gar nicht als solche, sondern als Arbeiter (c-Personen) gezählt werden. Von den größeren Industriegruppen, in denen die Arbeiter den

Ausschlag geben, führt nur die Metallindustrie Sozialgehälter auf. Im übrigen ist das Problem des Soziallohns überhaupt umstritten.

Für das Bankgewerbe und eine um ein Jahr zurückliegende Zeit, den Juli 1924, errechnet Dr. Heiler (a. a. O., S. 27) folgendes: Geht man vom zehnten Dienstjahr und vom Verheirateten mit zwei Kindern aus, so betrug das monatliche Mindestgehalt für Gruppe I, Bankangestellte für einfachere Arbeiten, 103,1 vH des Friedensgehaltes; für Gruppe II, Bankangestellte für schwierigere Arbeiten, 91,2 vH; für Gruppe III, Oberbeamte, 82,1 vH. Bei den Ledigen dieser drei Gruppen waren die entsprechenden Prozentsätze 70,6, 57,6 und 63,5 vH. Hier kommt der Soziallohn, der vor dem Kriege entweder gar nicht oder nicht in dem Maße verbreitet war wie heute, voll zur Auswirkung, außerdem aber zeigt sich, daß die Gehälter der unteren Gruppen dem Friedensstande mehr genähert sind als die der Oberbeamten. Diese Wahrnehmung wird auch bei den öffentlichen Beamten gemacht werden. Im Durchschnitt betrugen die Sozialzulagen Juli 1924 30—40 vH des Gehalts, machten also einen großen Teil des Einkommens aus, dies zumal bei den unteren Gruppen.

Die Schrift des Bayerischen Statistischen Landesamts macht aber auch darauf aufmerksam, daß wesentlich geringere Angestellteneinkommen unterlaufen. So ließen die aus einer Statistik im Münchener Einzelhandel gewonnenen Ergebnisse darauf schließen, »daß die einfachen Angestellten durchschnittlich 70 M Monatseinkommen hatten«. Jedenfalls sind die Tarife stets mit Vorsicht als statistische Quelle zu benutzen, sie werden nicht selten über-, aber auch unterschritten.

Am 16. Juli 1925 wurde die Stellenlosigkeit der Angestellten statistisch ermittelt. Einschlägige Ergebnisse brachte das Reichsarbeitsblatt 1925, Nr. 40/41, 42 und 44.⁵⁹ Es sind 66 985 stellenlose Angestellte gezählt worden, von denen 13 019 Frauen waren. Diese Zahl bleibt aus technischen Gründen hinter den monatlichen Arbeitslosenzählungen der Arbeitsnachweise zurück, die um etwa ein Fünftel mehr (bei den Frauen aber über ein Drittel mehr) Arbeitslose ermittelt haben. Wir haben es also, zumal bei den weiblichen Angestellten, mit einer Untergrenze zu tun; aber

⁵⁹ Vgl. auch Reichsarbeitsblatt Nr. 42, 1925: *Otto Thiel*, Die Stellenlosigkeit der Angestellten.

zumal die durch längere Zeit arbeitslos Gewesenen, die für das Schicksal des Mittelstandes besonders wichtig sind, dürften ziemlich vollständig erfaßt worden sein.

Verweilen wir gleich bei diesem Punkte, so wurde festgestellt:

Dauer der Stellenlosigkeit	Zahl der stellenlosen Angestellten			Von 100 stellenlosen Angestellten entfielen auf die Zeitabschnitte der Stellenlosigkeit		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
unter 1 Monat	8141	2345	10486	15,1	18,0	15,6
1 bis unter 2 Monate	3787	1278	5065	7,0	9,8	7,6
2 bis unter 3 Monate	3328	1058	4386	6,2	8,1	6,6
3 bis unter 4 Monate	5168	1228	6396	9,6	9,4	9,5
4 bis unter 5 Monate	1924	577	2501	3,6	4,4	3,7
5 bis unter 6 Monate	1735	498	2233	3,2	3,8	3,3
6 bis unter 9 Monate	6002	1329	7331	11,1	10,2	10,9
9 bis unter 12 Monate	6422	1199	7621	11,9	9,2	11,4
1 bis unter 1½ Jahre	10043	1854	11897	18,6	14,3	17,8
1½ bis unter 2 Jahre	4437	895	5332	8,2	6,9	8,0
2 bis unter 3 Jahre	1578	326	1904	2,9	2,5	2,8
3 bis unter 4 Jahre	416	96	512	0,8	0,7	0,8
4 bis unter 5 Jahre	202	44	246	0,4	0,3	0,4
5 Jahre und darüber	434	100	534	0,8	0,8	0,8
ohne entsprechende Angaben	339	202	541	0,6	1,6	0,8

In diesem Zusammenhang sei aus der Altersstatistik erwähnt, daß 17 679 stellenlose Angestellte 40 Jahre und darüber alt waren (15 936 Männer, 1743 Frauen); verheiratet waren 26 232 (25 592 Männer, 640 Frauen), 31 343 hatten eine Unterhaltspflicht zu erfüllen. 83,6 vH waren kaufmännische und Bureauangestellte, 10,4 vH technische Angestellte; landwirtschaftliche Berufe waren mit noch nicht 1 vH beteiligt.

Bis 1930/31 ist die Arbeitslosigkeit gerade auch bei den Angestellten gewaltig gestiegen; schon Dezember 1929 befanden sich unter den Hauptunterstützungsempfängern 83 437 kaufmännische Angestellte, 15 741 Bureauangestellte, 17 685 Techniker.

Während der Inflationszeit ist zumal das Einkommen der höheren Beamten erheblich hinter den Friedensbezügen zurückgeblieben. Das Bayerische Statistische Landesamt gibt (a. a. O., S. 22) an, daß 1920—1923 der höhere Beamte nur ein Drittel, der mittlere weniger als die Hälfte und der untere zirka drei Viertel

des Friedenseinkommens bezogen habe.⁶⁰ Stellt man den oben angeführten Zahlen für Ende 1924 jene von 1913 gegenüber, was auf Grund der Angaben im Statistischen Jahrbuch ohne weiteres möglich ist, so zeigt sich aber doch, daß die jetzige Regelung im allgemeinen eine Annäherung an den Friedensstand bedeutet, der zwar meistens nicht oder nicht ganz erreicht, in einzelnen Fällen aber auch überschritten wird. Das Sachverständigengutachten billigte diese Angleichung durchaus. Freilich wird dabei dem Schwund der Kaufkraft, den man mindestens mit einem Drittel des Friedenswertes anzunehmen hat, nicht Rechnung getragen, so daß der öffentliche Angestellte doch in den meisten Fällen mit einer realen Einkommenseinbuße rechnen muß. Sie bleibt aber meist hinter dem Verlust zurück, den das Gros des selbständigen Mittelstandes in mannigfachen Formen erlitt. Darauf führt auch die Entfremdung zurück, die zwischen früher eng durch Connubium und Commercium verbundenen Mittelstandsschichten eingetreten ist (siehe oben S. 123). Auf die starke Übersetzung der Beamtenschaft bis zur großen Abbauaktion muß noch hingewiesen werden: Es nahmen zu: die untere Beamtenschaft um 107 091 Stellen ist gleich 31,4 vH, die mittlere um 37 479 Stellen ist gleich 19,9 vH, die obere aber nur um 517 Stellen ist gleich 3,9 vH.⁶¹ Einzelne Ressorts, wie die Post, waren zeitweilig eine Art Arbeitslosenversicherung geworden.

Nach der Inflation hatte eine wiederholte Verbesserung der Beamtengehälter stattgefunden. Sie ist in jüngster Zeit durch Gehaltsabbau und Steuern in außerordentlichem Maße wieder zurückgeschraubt worden.

⁶⁰ Nach »Wirtschaft und Statistik« 1925, 1, Sonderheft: »Zahlen zur Geldentwertung«, S. 43, war der Realgehalt vH des Vorkriegsgehalts :

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Bei den höheren Beamten	100	97,2	77,3	98,9	42,0	46,8
Bei den mittleren Beamten ..	100	97,2	77,3	58,9	48,6	55,0
Bei den unteren Beamten	100	97,2	77,3	58,9	53,6	69,6

	1919	1920	1921	1922	1923
Bei den höheren Beamten	40,2	20,4—31,6	34,2—43,6	28,8—43,8	29,9—46,1
Bei den mittleren Beamten	54,8	24,2—49,5	47,3—64,5	35,2—57,6	39,9—54,6
Bei den unteren Beamten	89,3	31,0—79,6	75,5—96,8	51,7—92,6	55,6—86,0

⁶¹ Schulze, »Not und Verschwendung«, 1923, S. 272 ff., zitiert nach Heiler.

f) *Die freien Berufe*

Wenige Angaben über die wirtschaftliche Lage der sogenannten freien (liberalen) Berufe sollen angeschlossen werden; wir beziehen uns zum Teil wieder auf Dr. Heiler, der neben dem Material des Vereins für Sozialpolitik und Dr. Feuchtwangers noch alle anderen erreichbaren Quellen herangezogen hat und auf dessen Angaben wir hinsichtlich aller einzelner (zum Teil freilich überholter) Angaben verweisen.

Die Angehörigen dieser Berufe haben sich den Kriegs- und Inflationswirkungen in recht ungleicher Weise anzupassen versucht. Wo es möglich war, erfolgte der Übertritt in einen beamteten Beruf; etwas dieser Art ging auch vor sich, wenn Rechtsanwälte Syndizi großer wirtschaftlicher Vereinigungen oder Firmen wurden oder Ärzte sich mehr und mehr auf das Krankenkassenhonorar angewiesen sahen, — wobei freilich in den letzten Inflationszeiten mit ihren sprunghaften Geldverschlechterungen auch dies und ähnliches Honorar oft nur entwertet in die Hände der Empfangsberechtigten kam. Alle Schriftsteller-, Musiker- usw. Honorare wurden früher oder später notleidend, Kollegelder büßten ihren Wert zwischen Ein- und Auszahlung vollkommen ein, wer auf solche und ähnliche Bezüge angewiesen war, kam unter die Räder. Die Folge war ein Einströmen der Angehörigen solcher Berufe in andere, zumal das Bankgewerbe erwies sich durch längere Zeit als aufnahmefähig. Auf die allgemeine Kennzeichnung dieser Zeit, die sich für die freien Berufe katastrophal auswirkte, muß verwiesen werden.

Heiler kommt hinsichtlich der Ärzte zu dem Ergebnis, daß ihr Kasseneinkommen (obwohl sich die Zahl der versicherten Kassenmitglieder um 2 Millionen hob) auf ein Fünftel, das Einkommen aus Privatpraxis auf ein Drittel zurückgegangen sei; die Taxen der Rechtsanwälte hätten 1923 kaum mehr als ein Zehntel ihrer Kaufkraft besessen. Für die bayerischen Redakteure wird folgende Statistik (in Ortsklasse A für 1920/21 nach verbessertem Index) aufgemacht (Mark pro Monat):

	Klasse I	II	III
1920	138	109	89
1921	179	152	126

	Klasse I	II	III
1922	177	152	127
1923 (bis Juli)	211	185	150
Juni 1925 (Mindestgehalt)	356	289	245 an.

Heute dürften 150 von 300 Redakteuren um 5—40 vH über die vertraglichen Sätze hinaus erhalten.

Gelegentlich sind, wie für andere Gegenstände, so auch für Kunstwerke usw., von Berufsverbänden Richtpreise aufgestellt worden, doch versagten sie wohl meist in der Praxis angesichts der gegenüber dem Frieden völlig veränderten Lage des Kunstmarktes. Bei der allgemein zurückgegangenen Kaufkraft zumal des alten kauflustigen Mittelstandes ist es klar, daß die Absatzfähigkeit von Erzeugnissen, die nicht unmittelbar gebraucht werden, noch mehr aber ihr Preis zurückgehen mußte. Solange Sachwerte irgendwelcher Art zur Thesaurierung dienten, wird auch das Kunstwerk manchmal als Geldsurrogat gedient haben, wenngleich das Interesse mehr der Antiquität mit ihren leichter zu kontrollierenden Preisen galt. Seit der Stabilisierung sind auch diese Erwerbsmöglichkeiten beschnitten, und erst allmählich bildete sich wieder, wenigstens vorübergehend, ein Markt für Kunsterzeugnisse. Ausländer, die während der Inflation kauften, sind in Deutschland seltener geworden. Immerhin zeigten die Kunstauktionen und ähnliche Gelegenheiten — freilich nur bis zur jüngsten Krise — eine Wiederbelebung des Geschäftes und ein oft beträchtliches Anziehen der Preise, die nur leider den eigentlichen Kunstproduzenten oft vorenthalten wurden.

g) Aufsteigende Schichten

An vorletzter Stelle in dieser Übersicht, die den verschiedenen (konservierten, sinkenden und materiell aufsteigenden) Gruppen des deutschen Mittelstandes gilt, stehen die meist wenig beliebten und oft angefochtenen Schichten der »Aufstrebenden« oder, wenn man will, »Emporkömmlinge«. Die eigentlichen »Neureichen« freilich scheiden aus, da sie nach ihrer eigenen Einschätzung dem Mittelstand gar nicht angehören wollen und da ihre materielle Lage sie vielfach tatsächlich aus diesem ausschließt. Freilich wird es genug Fälle gegeben haben und geben, in denen der Reichtum unter den Händen zerrann, wo aber doch kein völliges Zurücksinken stattfand,

sondern schließlich eine dem Mittelstand zugehörige Position sich ergab; wir fragen, ob sich bestimmte Typen solcher ausfindig machen lassen, die entweder direkt oder indirekt als Zuwachs des Mittelstandes zu gelten haben.

Hierher zählt unter anderen auch der frühere Arbeiter, der, über gewerkschaftliche und politische Stellungen hinweg, dem Mittelstand, vor allem als Beamter der demokratischen Republik usw., zusteuerte. Der Gewerkschaftssekretär rechnete nach Einkommen und Lebenshaltung schon vor dem Krieg vielfach nicht mehr zu der Arbeiterschicht, aus der er hervorgegangen war. Man konnte manchmal fast Bourgeoisstimmungen wahrnehmen, und daraus ist nicht selten ein Vorwurf gemacht worden, ohne daß er berechtigt gewesen wäre.

Indem die gewerkschaftliche Organisation nach dem Kriege, zumal während der Revolution, Gemeingut fast aller überhaupt organisierbaren Volksgruppen (siehe oben S. 150 f.) geworden war, mußte die Schicht der Organisationsvertreter auch zahlenmäßig bedeutend anwachsen. Die Unternehmerverbände breiteten sich gleichzeitig aus, auch hier stieg die Zahl der Beamten. Im ganzen konnten diese das für den Mittelstand charakteristische Einkommen sich erhalten, nicht selten steigern. Auch die reine Politik bot viel mehr Unterlagen für mittelständische Existenzen, allgemein waren im Reich und in den Ländern — oft auch in den Gemeindeparlamenten — Diäten oder ähnliche Zahlungen, manchmal unter dem Gesichtspunkt von Auslagevergütungen, eingeführt worden, die oft eine recht bürgerliche Lebenshaltung gestatteten. Eine gewisse Anreicherung des Mittelstandes hat hier, wenigstens in zahlenmäßiger Hinsicht, stattgefunden, während freilich das politische und wirtschaftliche Leben nicht selten mehr die Last dieser manchmal an Pfründen erinnernden Stellungen und der aus ihnen erwachsenden zusätzlichen Einkommen empfand.

Die Arbeiterschaft hat in begrenztem Maße stets Mitglieder in den Mittelstand entsandt. Sehen wir von dem eben besprochenen Umweg über gewerkschaftliche und politische Organisationen ab, so ist immerhin anzunehmen, daß sich auch sonst nach dem Kriege Aufstiege von Arbeitern zu Angehörigen des Mittelstandes vollzogen. Da alle diese Fragen nur relativ betrachtet werden können, ist zu beachten, daß während dieser

Zeit den meisten Arbeitern wenigstens die Arbeitsgelegenheit blieb und daß schon darin ein Vorzug vor vielen Angehörigen des alten Mittelstandes begründet war. Freilich waren diese Arbeiter—zumal die jugendlichen und unverheirateten—dadurch, daß sie zeitweilig besser leben konnten als große Teile des Mittelstandes, noch nicht in diesen aufgestiegen, in sehr vielen Fällen hätte das Klassenbewußtsein solchen »Aufstieg« gar nicht zugelassen. Die bessere Lebenshaltung entsprach oft auch der Notwendigkeit, die im Kriege herabgewirtschafteten Körperkräfte wiederherzustellen. — Manchmal werden Arbeiter auch selbständige Gewerbetreibende, Kaufleute, Hausbesitzer geworden sein; wenn die Seite 233 aufgemachte Hausbesitzstatistik (die wir freilich in einigen Punkten bezweifelten) Arbeiter als Hausbesitzer auswies, so wird der Besitz nicht ganz selten erst nach dem Krieg erworben worden sein. Ein Anhaltspunkt aber, daß sich diese Einbürgerung von Arbeitern im Mittelstand sehr viel häufiger vollzogen hätte als vor dem Kriege, liegt nicht vor. Auch wenn gelegentlich recht gut verdient wurde, fehlte doch oft der Sparsinn, er ging jedenfalls dem jugendlichen Arbeiter ab und ließ dessen allfällige »Lohnrente« (oben S. 123) meist nicht zur wirklichen Rente werden. Der regelmäßigeste Aufstieg erfolgte wohl stets über den Werkmeisterberuf. (Vgl. S. 246 f.)

Die Übersetzung fast aller beamteten Berufe hat dagegen dem »neuen« Mittelstand zahlreiche Elemente zugeführt; doch haben die Unterbeamten, die nur bedingt zum Mittelstand zu rechnen sind, nach dem Ausweis S. 251 am stärksten zugenommen. Nach dem Abbau ist mancher wieder zurückgesunken, denn Abfindung oder Pension war meist nicht genügend, eine typische »Mittelstands«-Lebenshaltung aufrechtzuerhalten. Doch wird im ganzen genommen die Beamtenvermehrung den Umkreis des Mittelstandes wohl dauernd erweitert haben.

Allmählich werden die »Aufgestiegenen« sich in ihren Lebens- und Konsumgewohnheiten dem von früher übernommenen Mittelstand nähern, einstweilen ist noch mit Unterschieden, ja Gegensätzen zu rechnen. Einen entscheidenden Einfluß auf die Lebenshaltung des Mittelstandes werden die Neulinge nicht üben, denn entweder halten sie sich bewußt über oder unter dem im Mittelstand üblichen Standard oder aber sie passen sich an, und eben in diesem Anpassungsprozeß wird sich das

Alte stärker erweisen als das Neue. Wobei zuzugeben ist, daß auch bei den Angehörigen des Vorkriegsmittelstandes Änderungen oft folgenschwerer Natur eingetreten sind. Soweit solche auf bevölkerungspolitischem Gebiet liegen und sich in der Haltung des einzelnen Mittelständlers zu Familie und Kinderbesitz geltend machen, ist noch gesondert darauf zurückzukommen. Ebenso ist das Verhältnis der einzelnen Gruppen des Mittelstandes zur Organisation und die für die einzelnen Gruppen bestehende Organisierbarkeit und Aussicht, durch Organisation die Lage zu verbessern, für sich darzustellen.

Es darf übrigens nicht vergessen werden, daß es auch höchst achtbare Gründe gibt, aus denen heraus dem Mittelstand neue Elemente zuströmen können. So ergibt sich eine gewisse, wenn auch begrenzte Möglichkeit, (Sach-)Kapitalbesitz zu erwerben und dadurch dem besitzenden Mittelstande einverleibt zu werden (oder sich in ihm zu behaupten) durch die deutsche Kapitalabfindungsgesetzgebung. Sie sollte den Kriegsofern die Möglichkeit geben, sich anzusiedeln; in der Tat sind beträchtliche Mittel, die man in einem weiteren Sinn als Mittelstandshilfe bezeichnen kann, für diesen Zweck verwendet worden ⁶²

					In tausend Mark
2. Vierteljahr	1919	in	618 Fällen	2648
3. „	1919	„	1244 „	5182
4. „	1919	„	1718 „	7189
1. „	1920	„	1861 „	7817
2. „	1920	„	2357 „	9976
3. „	1920	„	2036 „	8860
4. „	1920	„	1832 „	7682
1. „	1921	„	874 „	2346
2. „	1921	„	542 „	2470
3. „	1921	„	1035 „	4943
4. „	1921	„	1383 „	6786
1. „	1922	„	1656 „	8119
2. „	1922	„	1410 „	6907
3. „	1922	„	1137 „	5673
4. „	1922	„	614 „	3968

⁶² Reichsarbeitsblatt Nr. 10 und 15, 1925, und Nr. 9/10, 1926.

					In tausend Mark
1. Halbjahr	1923	in	204 Fällen	1280
2. „	1923	„	112 „	702
1. Vierteljahr	1924	„	54 „	81
2. „	1924	„	672 „	1079
3. „	1924	„	1568 „	2891
4. „	1924	„	1797 „	3456
1. „	1925	„	2922 „	6070
2. „	1925	„	3659 „	7730
3. „	1925	„	4710 „	10100
4. „	1925	„	5412 „	12900

Insgesamt sind bis Ende 1925 über 137 Millionen Mark für Kapitalabfindungen ausgegeben worden und mehr als 41 000 Personen (bzw. Familien) unterstützt worden; im Durchschnitt 1924/25 war die einzelne Kapitalabfindung 1600—2400 M, sie konnte günstigstenfalls annähernd 10 000 M erreichen. Freilich reichte sie allein für sich noch nicht zum Bau eines Siedlungshauses aus. Die Ansiedlung ist bekanntlich im neuen Deutschland auf Anregung Professor Serings hin durch eine großangelegte Gesetzgebung eingeleitet worden. Doch blieb die Wirklichkeit hinter den Erwartungen zurück. 1919 bis 1921 sind 92 000 ha mit 4700 Ansiedlern, zusammen mit 20 000 Köpfen, besetzt worden, während der Inflation konnte kaum etwas geschehen. 1919 bis 1928 wurden aber über 26 000 Neusiedlerstellen und über $\frac{1}{4}$ Millionen Hektar Fläche und über 57 000 Anliegerstellen begründet; von den Neusiedlerstellen entfällt mehr als die Hälfte auf Stellen über 2 Hektar und damit auf den landwirtschaftlichen Mittelstand.

Auch andere Möglichkeiten des Aufstiegs, denen irgendein Bedenken nicht anhaftet, gab es; wenn »Verdrängte« und ähnliche Personengruppen Entschädigungen von Reichs wegen erhielten, so sind solche zwar in vielen, aber nicht in allen Fällen durch die Inflation vernichtet worden. Auch auf diese Weise erfuhr der Mittelstand Zuwachs.

In dem vom Bayerischen Statistischen Landesamt 1930 herausgebrachten wertvollen Werk: »Sozialer Auf- und Abstieg im deutschen Volk« werden Ergebnisse der von E. Jansen auf Grund der bayerischen Universitätsstatistik vorgenommenen Untersuchung wiedergegeben. Aus dem umfangreichen Material, das

der Provenienz der reichsangehörigen Studierenden an bayerischen Universitäten gewidmet ist, erwähnen wir lediglich die folgende Übersicht, welche das letzte Vorkriegssemester 1913/14 mit den Nachkriegssemestern 1919/20 bis 1924/25 vergleicht:

Im Wintersemester	Die Väter der Studierenden gehören an :		
	I. Der geistigen Oberschicht	II. Der finanzkräftigen Oberschicht	III. Den Nichtakademischen und Minderbemittelten
	vH	vH	vH
1913/14	23,7	29,9	41,2
1919/20	25,6	27,1	40,9
1920/21	25,6	29,5	37,5
1921/22	25,4	29,4	37,9
1922/23	27,1	26,9	39,4
1923/24	28,7	24,1	40,4
1924/25	29,6	22,1	40,9

Diese Zahlenreihen werden folgendermaßen kommentiert: »Der Anteil der Akademikerschicht, *der in der Vorkriegszeit stark und stetig zurückging*, zeigt in der Nachkriegszeit eine nicht unbeträchtliche absolute und relative Steigerung. Die Erscheinung ist unter anderem wohl auch darauf zurückzuführen, daß die Akademikerkreise verstärkt danach trachteten, ihren Kindern durch das akademische Studium zu einer gehobenen Position zu verhelfen, während in der Vorkriegszeit das vielfach vorhandene Privatvermögen es ihnen gestattete, mit dessen Hilfe ihre Kinder auch in guten Stellungen in der Wirtschaft unterzubringen und auch die Offizierslaufbahn eine anderweitige Unterbringungsmöglichkeit bot.« Für den offensichtlichen Rückgang der Herkunft aus der »finanzkräftigen Oberschicht« wird geltend gemacht, daß seitens dieser Schicht die Zukunftsaussichten der Akademiker ungünstig beurteilt wurden. Am wenigsten hat sich der Anteil der Nichtakademiker und Minderbemittelten geändert; und doch schien nach dem Kriege »dem Tüchtigen freie Bahn« in besonderem Maße geboten zu sein! Man darf wohl annehmen, daß die gesteigerten Möglichkeiten, als Arbeitnehmer früh und gut zu verdienen, manche an sich Geeignete vom langwierigen akademischen Studium fernhielten; jedenfalls ist die Entwicklung nicht die gewesen, die man auf Grund einer Reihe von Indizien hätte vermuten mögen. Vielmehr zeigt sich, daß die Vorkriegszeit nicht nur hinsichtlich des Einkommens (vgl. S. 174),

sondern auch hinsichtlich der Bildungsmöglichkeiten verhältnismäßig »demokratisch« orientiert war.

h) Die »Selbstversorger«

Diejenigen Gruppen des Mittelstandes, die in der Kriegswirtschaft als »Selbstversorger« bezeichnet wurden, das ist in der Hauptsache der kleinere und mittlere Bauernstand, können im Rahmen dieser Abhandlung nur ganz im allgemeinen erwähnt werden; denn es hieße die schwierige Agrarfrage des gegenwärtigen Deutschlands aufrollen, wollte man hier ins einzelne dringen. Eine ungefähre Charakterisierung erfolgte auch schon im ersten geschichtlichen Teil (z. B. S. 141 ff.).

Die günstige Lage, die der Bauer vor dem Städter und Arbeiter im Kriege und während der Inflation zweifellos voraus hatte, konnte nicht aufrechterhalten werden. Sachgüter, die in allen möglichen Formen (bis zu Klavieren, Grammophonen usw.) an Stelle des Geldes gehamstert worden waren, verloren im Augenblick der Stabilisierung den größten Teil ihres Wertes. Kleine, gelegentlich zusammengebrachte Devisenmengen teilten dies Schicksal. Zwar waren viele Hypotheken ähnlich wie beim Hausbesitz billig zurückgezahlt worden, der Kreditbedarf aber blieb bei der eigenartigen landwirtschaftlichen Situation und machte sich nach der Stabilisierung verhängnisvoll geltend. Wo Güter durch Ankauf arrondiert worden waren, zeigte sich nunmehr erhöhte Schwierigkeit der Bewirtschaftung, da die Preise für landwirtschaftliche Produkte bekanntlich wesentlich unter denen für industrielle, auf deren Ankauf der Landwirt angewiesen war, blieben — die bekannte Seringsche Preisschere! Gleichzeitig trat die Belastung durch die Rentenmarkgesetzgebung und, in gewissem Umfang zurückwirkend, durch die Aufwertungsgesetzgebung ein. Die neueingeführten Schutzzölle scheinen gerade für die kleinere und mittlere Landwirtschaft nur mäßigen Erfolg gehabt zu haben. Inwieweit die zumal im Osten geplante Landwirtschaftshilfe Erfolg hat, muß abgewartet werden.

Trotz alledem war, verglichen mit der Lage der großen Güter, jene des Bauern immerhin noch relativ günstiger. Während des Krieges konnte er, der weniger kontrolliert wurde, mehr Ware zu Schleichhandelspreisen absetzen als der Großgrundbesitzer.

Die Kreditfrage war für diesen drückender. Die soziale Gesetzgebung desgleichen, denn der hauptsächlich mit Familienangehörigen wirtschaftende Bauer wurde von ihr in geringerem Maße betroffen, soziale Versicherungsleistungen zum Beispiel wurden, wenn überhaupt, in weit kleinerem Umfang von ihm gefordert, der Achtstundentag kam nicht zur Auswirkung (womit natürlich eine stärkere Kräfteanspannung beim selbständigen Landwirt und seiner Familie verbunden war). Im übrigen ergeben sich Unterschiede je nach der Gegend und dem Vorwiegen von Körnerbau, Tierhaltung, Waldwirtschaft, Gärtnerei usw.

Sicher ist aber heute mit geschwächter Kaufkraft auch des Bauern zu rechnen, und ein Teil der Wirtschaftskrise leitet sich daher. Denn der Satz: »Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt«, gilt im industrialisierten und verstädtlichten Deutschland zwar nicht mehr in dem Maße wie einige Zeit vor dem Kriege und heute noch in mehr agrarischen Ländern, ganz ist er aber doch nicht veraltet. Die Vernichtung eines großen Teils des alten besitzenden Mittelstandes führt mit zu der Kreditnot, die heute auch den Bauern trifft. Die Einschränkung der Lebenshaltung, die allgemein beobachtet wird, schädigt gerade den Absatz von Produkten der kleinen Landwirtschaft, zumal der Gärtnerei, Milchwirtschaft usw. Zahlreiche Naturkatastrophen, Überschwemmungen zumal, haben viele Ernteaussichten geschmälert, manchmal vernichtet. So ist das Bild, das wir von der kleineren und mittleren Landwirtschaft gewinnen, zwar vielleicht noch günstiger als jenes, das der größte Teil des bürgerlichen Mittelstandes bot, es ist aber doch weit davon entfernt, optimistische Folgerungen ziehen zu lassen. Besondere Notstände haben sich beim Weinbauern entwickelt, wo die Konkurrenz des Auslandes und der reduzierte Inlandkonsum schwer ins Gewicht fiel und Steuerminderungen notwendig machte.

Ganz allgemein sind die hohen Steuern oft schwer erträglich für die Landwirtschaft. Sie drücken hier vermutlich stärker als im Gewerbe, bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten. Neuerdings hat man diesem Druck zumal durch Steuervereinfachung entgegenzuwirken versucht.

Immerhin darf angenommen werden, daß die Lebenshaltung oder doch die Ernährung in der bauerlichen Bevölkerung nicht allzusehr gesunken ist. Deren Angehörige bleiben eben doch

»Selbstversorger«, und gerade wenn ihre Produkte schwer oder nicht verkäuflich sind, steht manchen — längst nicht allen — Produzenten hinreichende Ernährung aus dem Eigenbau zur Verfügung. Auch die genossenschaftliche Selbsthilfe hat Fortschritte gemacht, wovon im Zusammenhang mit den Organisationsbestrebungen des Mittelstandes noch zu handeln ist.

Einer vom bayerischen Regierungspräsidenten v. Knözinger übermittelten Statistik von 4324 Buchabschlüssen in der bayerischen Landwirtschaft ist zu entnehmen:

Jahr	Index des Reinertrags
1912/14	100
1915/16	70
1916/17	78
1917/18	61
1919/20	31
1920/21	28
1921/22	25

Dabei stieg der Index für die hauptsächlichen Bedarfsartikel für die Landwirtschaft bei Eisen bis auf 300, bei Maschinen bis 220, bei Baukosten bis 180, während die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produktion bei Roggen bis 45, bei Schlachtvieh bis 52, bei Kartoffeln bis 60, bei Milch bis 20 vH des Vorkriegswertes sank. Seit 1923 stieg ferner die Steuerbelastung auf 300 vH, die Sozialbelastung bis 200 vH. Diese Angaben mögen nicht allgemein zutreffen, manches in ihnen dürfte übertrieben sein. Als Symptom sind sie aber verwertbar.

Eulenburg spricht (a. a. O.) von einer »Entkapitalisierung der Landwirtschaft«. Er fragt, ob ihre Betriebsverluste nicht früher oder später auf die Lebenshaltung der Landwirte einwirken werden, die also ihren günstigsten Stand schon wieder überschritten hätte. Jedenfalls ist mit Qualitätsänderungen zu rechnen, die zum Teil schon Folge des wiederholt beobachteten Übergangs zur extensiven Wirtschaft sind.

In folgendem sind wichtige Ergebnisse der letzten Zählungen zusammengestellt; sie sprechen zumeist für sich selbst, eine Kommentierung kann nicht mehr in Frage kommen.⁶³

⁶³ Es sei auch auf den Carnegie-Band von Aereboe, »Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion« verwiesen. Ferner auf unsere Darstellung landwirtschaftlichen Einkommens S. 188 f.

Landwirtschaft

Entwicklung 1882—1925 (auf dem heutigen Reichsgebiet)
Stat. des Deutschen Reichs 402/2

Jahr	Erwerbstätige		Berufszugehörige	
	absolut	vH der Gesamtzahl	absolut	vH der Gesamtbevölkerung
1882	7 133 629	42,2	15 938 761	40,0
1895	7 182 301	36,3	15 442 059	33,6
1907	8 556 219	34,0	14 918 098	27,1
1925	9 762 426	30,5	14 373 256	23,0

Gliederung der landwirtschaftlich Erwerbstätigen (1925)

Selbständige.....	2 202 861	(darunter 2 075 000 Eigentümer, 150 000 Pächter, 13 000 Administratoren und sonstige Betriebsleiter)
Angestellte.....	161 777	
Arbeiter	2 607 282	
Mithelf. Familien-		
mitglieder	4 790 506	
Zusammen	9 762 426	

Hierzu treten 2 444 500 Personen, die im *Nebenberuf* eine selbständige landwirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Hiervon sind etwa 1 000 000 gewerbliche Arbeiter; 500 000 Handwerker, Kleinindustrielle, Handeltreibende, Gastwirte; 333 000 Rentenempfänger, 367 000 Deputatisten und Dienstlandinhaber; die Zahl der Pächter im Nebenberuf ist mit 728 000 weit größer als jener im Hauptberuf (s. o.).

Gliederung nach Stellung im Berufe und Größenklassen der Betriebe

Stellung im Berufe	Jahr	Betriebs-Größenklasse			
		2-5 ha	5-20 ha	20-50 ha	50-100 ha
		vH der Erwerbstätigen			
Betriebsleiter.....	1925	28,3	21,7	13,1	6,8
	1907	25,9	21,6	13,5	7,9
Familienangehörige	1925	63,6	57,8	35,4	13,9
	1907	60,2	52,2	31,5	12,9
Fremde Arbeitskräfte	1925	8,1	20,5	51,5	79,3
	1907	13,9	26,2	55,0	79,2

Von 100 tätigen Familienangehörigen in jeder Größenklasse waren

Größen- klasse	Jahr	weiblich ⁶⁴ vH	unter 14 Jahren vH	ständig vorübergehend mithelfend	
				vH	vH
2-5 ha	1925	71,8	5,7	79,8	20,2
	1907	74,4	7,1	68,5	31,5
5-20 ha	1925	65,8	5,8	88,2	11,8
	1907	67,0	6,9	78,6	21,4
20-50 ha	1925	61,8	4,3	89,2	10,8
	1907	62,5	5,6	80,9	19,1
50-100 ha	1925	62,1	2,4	85,6	14,4
	1907	62,5	4,3	76,5	23,5

Landwirtschaftliche Betriebszählung 1925 und 1907

(Stat. des Deutschen Reichs 409)

Größenklassen nach der landwirtschaftlich be- nutzten Fläche	Zahl der Betriebe					Von je 1000 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche entfielen auf die Größenklassen	
	1925		1907		Zus oder Ab- nahme vH	1925	1927
	absolut in Taus- send	vH	absolut in Taus- send	vH			
Kleinbetriebe							
5-50 a	1846,2	36,2	1444,2	31,1	+ 27,8	1,5	1,1
0,5-2 ha	1181,2	23,2	1131,7	24,4	+ 4,4	4,8	4,4
Kleinbäuerliche Betriebe							
2-5 ha	894,4	17,5	886,5	19,1	+ 0,9	11,4	10,8
Mittelbäuerliche Betriebe							
5-10 ha	596,2	11,7	572,9	12,3	+ 4,1	16,3	14,9
10-20 ha	360,0	7,1	357,9	7,7	+ 0,6	19,5	18,5
Großbäuerliche Betriebe							
20-50 ha	174,2	3,4	197,7	4,3	— 11,0	19,8	22,0
50-100 ha	25,7	0,5	30,8	0,7	— 16,6	6,6	7,8
Großbetriebe							
100-200 ha	8,9	0,2	8,7	0,2	+ 2,5	4,8	4,5
200 ha und mehr	9,8	0,2	10,2	0,2	— 4,6	15,3	16,0
Zusammen	5096,6	100,0	4640,6	100,0	+ 9,8	100,0	100,0

⁶⁴ Zumeist Ehefrauen; nur 235 000 Frauen von 1,9 Millionen selbständigen Landwirten sind ohne Hauptberuf.

Von 100 ha der nachbezeichneten Flächen entfallen

auf die Größenklassen	bei eigenem Land		bei Pachtland	
	1925	1907	1925	1907
2-5 ha	10,2	9,8	14,2	13,5
5-10 ha.....	15,7	14,5	14,2	12,5
10-20 ha.....	20,4	19,6	11,6	10,3
20-50 ha.....	21,3	23,7	11,4	10,3
50-100 ha.....	7,5	8,1	6,3	6,6
Zusammen	75,1	75,7	57,7	53,2

Anteil der Betriebe *ohne Eigentumswechsel* zwischen 1915 und 1925, in vH der Gesamtzahl der Betriebe jeder Größenklasse (nach der Gesamtfläche; für die landwirtschaftlich genutzte Fläche ergibt sich kein wesentlicher Unterschied):

Kleinbäuerliche Betriebe (2—5 ha): 72,5

Mittelbäuerliche Betriebe (5—20 ha): 70,2

Großbäuerliche Betriebe (20—100 ha): 68,4

Die Zunahme der Zwergbetriebe hängt mit der Entwicklung des Kleingartenwesens zusammen.

Von Einfluß war auch die Siedlungspolitik:

Von 1907 bis 1922 wurden in Preußen 15 659 Rentengüter mit 153 442 ha Fläche,

von 1919 bis 1925 wurden im Reich 16 814 Rentengüter mit 146 704 ha Fläche

begründet. Ferner wurden im Reich 1919—25 44 943 Anlieger (ursprünglich Parzellenwirtschaften und kleinbäuerliche Stellen) mit 52 319 ha ausgestattet.

Im übrigen spielen »erhebungspsychologische« Gesichtspunkte mit. Es besteht, so sagt die amtliche Statistik, die allgemeine Tendenz, die landwirtschaftliche Fläche, zumal die landwirtschaftlich benutzte, möglichst niedrig anzugeben. Doch ist der tatsächliche Rückgang der Agrarfläche durchaus wahrscheinlich und auch zum Teil sachlich begründet. So wurde unter anderem an die Industrie, für Wegbauten usw. Fläche abgetreten. Diesem Abgang steht Zuwachs durch Moorkultivierung, Küstenregulierung usw. gegenüber, doch überwiegen die Verlustposten.

Besitzübertragungen

(Angegeben sind die vH-Sätze der Betriebe, über die berichtet wurde — ohne Deputats- und öffentliche Betriebe)

Gesamt- fläche	Jahr	durch Kauf		durch Tausch		durch Besitzübergabe		durch Erbschaft	
		Eigen- betrieb	Pacht- betrieb	Eigen- betrieb	Pacht- betrieb	Eigen- betrieb	Pacht- betrieb	Eigen- betrieb	Pacht- betrieb
Kleinbäuerlich 2-5 ha	bis 1914	43,9	30,6	0,2	0,4	22,7	15,8	33,2	53,2
	1915-25	35,5	33,9	0,6	0,6	30,4	16,5	33,5	49,0
Mittelbäuerlich 5-20 ha	bis 1914	36,8	38,2	0,5	0,4	36,4	13,3	26,3	48,1
	1915-25	30,9	38,4	0,9	0,7	42,8	12,7	25,4	48,2
Großbäuerlich 20-100 ha	bis 1914	27,1	38,0	0,4	0,4	46,8	11,1	25,7	50,5
	1915-25	25,2	43,7	0,7	0,6	48,8	9,0	25,3	48,7

5. Begleiterscheinungen

a) Bevölkerungspolitische Reaktionen

Es kann nicht befremden, daß die verschiedenen im vorigen Abschnitt dargestellten Gruppen des Mittelstandes sich auf ihre besondere, manchmal eigenartige Weise gegen die Bedrohung ihrer Lebenshaltung zu schützen suchen; für einzelne Gruppen ist die Organisation und der Tarif das gegebene Mittel der Abwehr; davon ist anschließend zu sprechen; andere gehen aufs Ganze, haben sich der Politik und ihren Parteien verschrieben und sehen dann oft im Umsturz mehr noch als im Krieg und in der Inflation die Ursache ihrer Not. Ein großer Teil der politischen Unrast in Deutschland schreibt sich von dieser prinzipiellen Gegnerschaft großer und wichtiger Volksteile gegen die politische Umwälzung her, wobei oft nicht sosehr der Wechsel der Staatsform als gewisse mit ihm verbundene Erscheinungen bekämpft werden. Für wieder andere Gruppen schien Berufswechsel und Auswanderung eine Befreiung von unerträglichem Druck zu bedeuten, und sicher hätte die Auswanderung aus Deutschland ganz andere Grade angenommen, wenn die wichtigsten Einwanderungsländer ihr nicht durch Kontingentierung einen Riegel vorgeschoben hätten und wenn nicht so ungünstige Meldungen über kapitallose Auswanderer zumal aus Südamerika

eingelaufen wären. Weitere Volkskreise finden sich bei dieser Sachlage in der Forderung zusammen, Deutschland müsse auf irgendwelche Weise, wenn auch zunächst nur als Mandatar des Völkerbundes, wieder in den Besitz von *Siedlungskolonien* kommen; es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die deutschen kolonisatorischen Methoden hinter denen keiner anderen Nation zurückgeblieben waren, daß die übervölkerten Länder Europas den ersten Anspruch auf Kolonien haben und dort am meisten für das bedrohte Europäertum leisten können. Das sind Argumentationen, die sich im Mittelstand noch stärker vorfinden als in der Arbeiterschaft, die erst allmählich eine etwas andere und wärmere Stellung zum Kolonialbesitz einnimmt.

Gleichmäßiger als diese immerhin nach Gruppen wechselnden Abwehrmaßnahmen gegen die Verelendung findet sich eine Reaktion im deutschen Mittelstand, die wir »bevölkerungspolitisch« nennen wollen: es handelt sich um die Haltung zur Eheschließung und, wo solche erfolgt ist, zum Kinderbesitz. Nun waren große Teile des bürgerlichen Mittelstandes — meist im Gegensatz zum bäuerlichen — schon vor dem Kriege von neumalthusianischen Motiven geleitet gewesen. Lehrer, Beamte und ähnliche Gruppen hatten sehr oft kleine Familien, es hing das zweifellos mit dem festen, im ganzen nicht vermehrbaren Einkommen und mit der »Rationalisierung« und »Verstadtlichung« des Lebens und der Lebensauffassung zusammen; diese hing wieder vom Berufe ab. Indem die Beamten- und Angestelltengruppe im deutschen Mittelstand (s. o. S. 120, 251 ff.) eine Vermehrung erfuhr, ist an sich schon mit einer Verbreitung jener ehe- und kinderbesitzfeindlichen Tendenzen zu rechnen. Ihnen haben sich aber auch solche Gruppen ergeben, die früher nachwuchsbejahender und produktiver gewesen waren; die der selbständigen Gewerbetreibenden zum Beispiel.

Da die Bevölkerungsstatistik und -politik Thema eines anderen Beitrags (Professor Meerwarth) ist, kann hier nur das hervorgehoben werden, was den Mittelstand von den anderen Volksgruppen unterscheidet; und das ist heute im allgemeinen nicht die Zurückhaltung von Eheschließung und Kinderzeugung als solche, sondern nur ein erhöhter Grad solcher Zurückhaltung. Denn einer soziologischen Gesetzmäßigkeit folgend hat sich das Verhalten der »unteren«, zumal der Arbeiterschichten dem

Vorbild der »höheren«, zumal des Mittelstandes, schon längst anzupassen begonnen. Immerhin sind erhebliche graduelle Unterschiede zu verzeichnen, die einstweilen freilich mehr nach der unmittelbaren Anschauung als auf Grund statistischen Materials beurteilt werden können. Bekanntlich ist die Statistik in der Unterscheidung der bevölkerungspolitischen Erscheinungen nach Wohlhabenheitsgruppen und ähnlichen Maßstäben nicht immer zu einwandfreiem Material gelangt, und bei der großen Mobilisierung und Streuung in den einzelnen Volksgruppen sind statistisch einwandfreie Anhaltspunkte für das unterschiedliche Maß der Familiengründung und Familieneinschränkung heute noch schwerer ausfindig zu machen als früher.

Ob wir Grund haben, den bei diesen Fragen stark mitspielenden gesundheitlichen Verhältnissen^{64a} eine den Mittelstand in besonderer Weise treffende Wirkung beizumessen, kann auf Grund des Materials auch nicht einwandfrei entschieden werden. Richtig ist, daß die Angehörigen einer Schicht, in der gemeinhin später geheiratet wurde, von Geschlechtskrankheiten stärker bedroht gewesen waren. Wir brauchen nur an die Studenten, jungen Offiziere, Beamten usw. zu denken. Man wird aber kaum fehlgehen, wenn man heute in diesen Kreisen vielfach eine vom früheren Zustand abweichende Auffassung vermutet: Sport, kameradschaftlicher Verkehr mit Frauen, religiöser und sozialer Einfluß sind nicht wirkungslos geblieben.

Ferner aber ist — was noch mehr in die Wagschale fällt — infolge der heutigen einfacheren, weniger sozial gebundenen und gehemmten Lebensweise die Möglichkeit auch für Angehörige des Mittelstandes gegeben, früher, etwa nach Abschluß der Studien und manchmal schon vorher, zu heiraten. Der junge Beamte verdient zwar weniger wie vor dem Kriege, sein gesellschaftlicher Aufwand ist aber in noch weit stärkerem Maße zurückgegangen. In diesem Punkte erfolgte eine Annäherung an die Lage des jungen Arbeiters und Angestellten. Gewiß haben die früheren Heiraten im Mittelstand auch bedenklich gewirkt,

^{64a} Zu vergleichen auch die Angaben S. 228 ff. über Familienstand und Altersaufbau im Mittelstand. — Von Bedeutung ist auch — zwar weniger in bevölkerungs-, als in moralstatistischer Hinsicht — die Erhöhung der Selbstmordziffern, an der wahrscheinlich die mittleren Volksgruppen verhältnismäßig stark beteiligt sind. Die einschlägigen Zeitungsnachrichten sprechen sich hierüber erschütternd aus!

die große Zahl der Ehescheidungen und der zwar nicht aufgelösten, aber doch gestörten Ehen hängt mit nicht genügend überlegter Wahl des Ehepartners (oder aber mit mißlichen Einkommensverhältnissen) zusammen, aber im Hinblick auf die Volksgesundheit überwiegt doch wohl der Vorteil.

Eine Änderung im Heiratsalter hat sich aber nicht nur in Richtung auf das niedrigere Alter, sondern auch dahin vollzogen, daß ältere Leute stärker beteiligt sind. Das muß natürlich von Einfluß auf die Frage, ob und wieviel Kinder gezeugt werden, sein. Es ist, da der Mittelstand immer großen Ledigenanteil aufwies, durchaus möglich, daß unter den älteren Ehekandidaten beiderlei Geschlechts Angehörige des Mittelstandes in einem unverhältnismäßig großen Maße beteiligt sind; Gründe, spät zu heiraten, werden sich hier in ziemlich zahlreichen Fällen ergeben haben; eine Zeitlang war für die Heirat der Besitz einer Wohnung mit ausschlaggebend.

Einen interessanten, wenn auch bei der sehr großen Schwierigkeit der Materie nur teilweise geglückten Versuch, die sozialen Unterschiede beim Connubium zu berücksichtigen, unternahm Dr. Schwartz im Allgemeinen Statistischen Archiv 1925, II, S. 346, »Der Beruf in der Statistik der Bevölkerungsbewegung«. Wir müssen von anderen mittelbar einschlägigen Ausführungen absehen und uns auf gekürzte Wiedergabe einer aus der Eheschließungsstatistik Bayerns 1923 geschöpften Zusammenfassung begnügen, der leider eine Vorkriegsstatistik nicht zur Seite gestellt werden kann. Es wird hierbei von den heiratenden Männern ausgegangen, diese werden in fünf Gruppen unterschieden, über deren Einteilung freilich abweichende Auffassungen möglich sind.

Gruppe I: Selbständige des Erwerbslebens, höhere und mittlere Beamte und Angestellte sowie Angehörige freier Berufe; sie sollen als die »guten Partien« gelten, jedenfalls gehören sie zum Mittelstand (mit wenig Ausnahmen nach oben und unten hin);

Gruppe II: Die mithelfenden Familienangehörigen;

Gruppe III: Arbeiter, Dienstboten, untere Beamte und Angestellte;

Gruppe IV: Die namentlich im Berichtsjahr 1923 in schwere Not versetzten Rentner und Pensionisten;

Gruppe V: Sonstige Berufslose, hauptsächlich Studenten.

Von 100 Eheschließungen gehörten zu

Gruppe I	44,8 vH
„ II	2,7 vH
„ III	51,9 vH
„ IV	0,5 vH
„ V	0,1 vH

Sehen wir von den Studenten usw. (V) ab, deren Alter wohl stärkere Beteiligung an den Heiraten ausschloß, so fällt die Gruppe IV mit einer ebenfalls sehr kleinen Beteiligung auf; aber natürlich würde erst eine Inbeziehungsetzung der Grundmasse zu den Eheschließenden Klarheit verschaffen, Gliederungszahlen reichen hier nicht hin. Lassen wir nun aber die Tabelle selbst sprechen:

Berufszugehörigkeit der Frau	Von 100 Männern, die sich mit Frauen nebenbezeichneter Berufszugehörigkeit verehelichten, gehörten zur Gruppe				
	I	II	III	IV	V
Erwerbstätige	42,7	3,2	53,4	0,6	0,1
Davon Selbständige	51,6	3,3	43,7	1,4	0,1
Land- und Forstwirtschaft	52,2	12,0	33,6	2,2	—
Gewerbe	41,2	0,8	57,2	0,7	0,1
Handel und Verkehr	59,9	1,5	36,6	2,0	—
Öffentl. Dienst, freie Berufe	85,6	0,4	11,1	1,9	1,0
Mittlere Beamtinnen, Angestellte ..	68,8	0,0	30,5	0,3	0,0
Mithelfende Familienangehörige ...	62,4	7,7	29,6	0,2	0,1
Untere Beamtinnen und Angestellte, Arbeiterinnen, Gesinde	21,4	1,0	77,3	0,3	0,0
Häusliche Dienstboten usw.	30,8	0,5	67,6	1,1	0,0
Berufslose Selbständige	51,5	0,3	44,7	3,2	0,4
Angehörige	52,7	0,8	46,0	0,3	0,2

Schlüsse sollen nicht gezogen werden, da in vielen Fällen erst die der Tabelle zugrunde liegenden tabellarischen Zusammenstellungen (a. a. O., S. 343/344) solche zulassen würden.

Die Auswanderung⁶⁵ von Angehörigen des Mittelstandes läßt sich auf Grund der mangelhaft ausgebauten Statistik nur mit großen Vorbehalten berechnen. Die Berufsgruppen, nach denen

⁶⁵ Vgl. Dr. *Irmgard Feig* im Reichsarbeitsblatt 1925, Nr. 21/22, und die dort angeführten Quellen.

unterschieden wird, fassen meist Arbeiter und Angestellte zusammen, und der Hinweis auf die Selbständigen in den einzelnen Gruppen erfaßt also günstigstenfalls nur den »alten« Mittelstand. Für einige vorwiegend mit Angestellten besetzte Gruppen lassen sich zahlenmäßige Nachweise auch über die Beteiligung dieses Standes bringen. So ist an der Gesamtzahl von 25 146 Auswanderern (14 288 Frauen) vom August bis Dezember 1924 der Handel mit 2628 (953 Frauen), das Versicherungswesen mit 22 (4) vertreten; unter den auswandernden Berufstätigen des Handels waren nur 199 Selbständige. Die Zahl der Selbständigen aller Berufe betrug 1062, also eine ziemlich kleine Minderheit. Noch viel geringer blieb die Zahl der freien Berufe, der in bürgerlichen und kirchlichen Diensten Stehenden: 80 (darunter 56 Frauen). Im ersten Vierteljahr 1925 sind etwas über 10 000 Selbständige ausgewandert.

Eine steigende Rolle spielt angesichts der Verarmung des Mittelstandes die richtige Berufswahl seiner Kinder. Auch hier kann es sich um eine Art von »Reaktion« auf die wirtschaftlichen Verhältnisse handeln. Statistische Angaben über die öffentliche Berufsberatung in Deutschland 1924/25⁶⁶ ergeben auch für den Mittelstand einige Hinweise. Unter den 33 Berufsgruppen, nach denen die Ratsuchenden, die zur Verfügung stehenden offenen Lehr- und Anlernstellen und die Beratungserfolge unterschieden werden, sind einige, in denen Privatangestellte stark oder ausschließlich vertreten zu sein pflegen. Um aber die Statistik für die Mittelstandsfragen brauchbar zu machen, bedürfte es einer Angabe über die soziale Herkunft der Ratsuchenden. Mangels solcher sei nur registriert: unter 183 000 männlichen Ratsuchenden waren 22 284 kaufmännische Angestellte, 23 279 Bureauangestellte, 3859 Techniker (außer Zahntechniker), 1741 Angehörige vorwiegend geistiger Berufe; unter 123 413 weiblichen Ratsuchenden zählte man 33 036 kaufmännische Angestellte, 2150 Bureauangestellte, 428 Techniker und 2826 Angehörige geistiger Berufe.⁶⁷

⁶⁶ Dr. Käthe Gäbel im Reichsarbeitsblatt 1926, Nr. 21.

⁶⁷ Neuere Literatur zumal zur Frage der Kinderreichen: Kurz, Zusammenhänge zwischen Kinderzahl und wirtschaftlicher Lage des Elternhauses, 1928; Joos, Kinderreiche Familien usw., Mitteilungen des Reichsfrauenbeirats der deutschen Zentrumspartei, 1929; A. Müller in Zeitschrift des bayerischen Sta-

b) Organisationsfragen

Die Zerrüttung oder doch Erschwerung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwang dem Mittelstand auch organisatorische Maßnahmen auf, die wenigstens einzelne seiner Gruppen vor dem Krieg abgelehnt hätten; denn das individualistische Denken und das Vertrauen auf die Selbsthilfe war im Mittelstand immer stark verankert gewesen. Grundsätzlich unterscheidet sich aber auch heute noch »alter« und »neuer« Mittelstand in seiner Einstellung zu den Organisationsfragen. Für den letzten, der vorwiegend die privaten und öffentlichen Angestellten umfaßt, ist Organisation längst das Rückgrat aller sozialer Bestrebungen geworden, Arbeits-Tarifverträge bzw. Gehaltsklassensysteme regeln die große Masse des Einkommens und oft auch die Arbeitsbedingungen, und es wurde schon (S. 115) erwähnt, daß die Privatangestellten gern dazu griffen, ihre Tarifverträge durch die Verbindlichkeitserklärungen staatlich sanktionieren zu lassen. Ende 1921 umfaßten die Angestelltenverbände der verschiedenen Berufe und Richtungen 1,6—1,7 Millionen Mitglieder, wobei die doppelt und mehrfach Organisierten doch wohl nicht zu sehr ins Gewicht fallen. Rechnen wir immerhin nur 1½ Millionen und nehmen wir zugleich Notiz von einem gewissen Rückgang der Bewegung in der Zeit nach dem Umsturz (siehe unten), dann ist doch sicher ein Volksteil von 3 bis 4 Millionen auf diese Weise organisiert; jedenfalls greift diese Bewegung nicht weniger tief wie die Arbeiterbewegung, deren Konzentration sie freilich nicht teilt. Durch diese Gruppen hindurch greifen aber noch die politischen und religiösen Verbände, so daß jedenfalls der Organisationsgedanke dominiert. Hinsichtlich der Beamten gilt ähnliches, und hier war der Wandel gegenüber der Vorkriegszeit besonders bedeutsam. Annähernd zwei Millionen Mitglieder von Beamtenverbänden wurden gezählt, allerdings entfällt das Gros auf die nur teilweise zum Mittelstand zählenden Unterbeamten. Neuerdings hat sich die über große Masse aller Beamten in *einem* Verband vereinigt. Auch

tistischen Landesamts 1928/3; *Teleky*, Einkommen und Miete bei kinderreichen Familien, 1930; *Uhsadel*, Soziologische Verhältnisse kinderreicher Großstadtfamilien, 1928. Hierzu eine Innsbrucker Dissertation (1931) von *Gertrud Hüßinger* aus Berlin: »Die Hauswirtschaft der Nachkriegszeit in Zahlen«.

bei den Privatangestellten müßte ein Teil der Organisierten, die sich etwa aus Verkäufern in Ladengeschäften und ähnlichen Berufen rekrutieren und dem Mittelstand im engeren Sinne kaum zugehören, ausgeschieden werden, wenn man ausschließlich an mittelständische Organisation denkt.

Seit der Stabilisierung haben die meisten Angestelltenverbände Mitglieder eingebüßt. Dies gilt z. B. von folgenden Organisationen:⁶⁸

Mitgliederzahl in Tausend				
	1922	1923	1924	1929
Gewerkschaftsbund der Angestellten .	302	294	261	302
Zentralverband der Angestellten	296	270	175	176
Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten	103	83	68	77
Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten	34	46	15	9
Deutscher Werkmeisterverband	175	173	148	130
Bund der technischen Angestellten und Beamten	76	77	58	59
Verband deutscher Techniker	10	10	6	10
Allgemeiner Verband der Versiche- rungsangestellten	20	19	17	17
Genossenschaft deutscher Bühnen- angehöriger	14	13	12	7

Der Rückgang ist zwar geringer als bei vielen Arbeiterverbänden, fällt aber doch für die Schlagfähigkeit und finanzielle Leistungsfähigkeit in Betracht. Maßgebend ist hierbei in erster Linie sicher die Lage des Arbeitsmarktes, die seit der Stabilisierung andauernde, vorübergehend sinkende, hernach aber um so stärker wieder ansteigende Arbeitslosigkeit. Daneben wird bei nicht wenigen Angestellten auch eine bewußte Abkehr von den gewerkschaftlichen Methoden, die dem Stande so vor dem Kriege nicht eigneten, vorliegen.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat aber,

⁶⁸ Vgl. *Schirmel* im Reichsarbeitsblatt 1925, Nr. 48; für 1929 ergänzt nach Stat. Jahrb. für das Deutsche Reich 1930, S. 578 ff.

nachdem seine Mitgliederzahl von 286 000 im Jahre 1922 auf 242 000 im Jahre 1923 gesunken war, 1924 wieder eine Vermehrung auf 254 000 erfahren; 1929 zählte er 347 000.

Erwähnt sei hier die eigenartige, zumal den gehobenen Mittelstand berührende Vereinigung der leitenden Angestellten, die 1924 fast 20 000 (1929 wenig mehr) Mitglieder zählte.

Hinsichtlich des »alten«, d. i. nicht den Privatangestellten und Beamtenberufen angehörigen Mittelstandes ist zunächst festzustellen, daß auch bei seinen Mitgliedern die politische und soziale Organisation nach dem Kriege Fortschritte machte; das lag zum Teil an der in der Republik vermehrten Möglichkeit, sich erfolgreich politisch zu betätigen, zum Teil an dem sehr verständlichen Wunsche, auf dem Weg über die Politik die eigene Lage zu bessern. Waren doch z. B. die Aufwertungsangelegenheiten nur auf politisch-gesetzgeberischer Basis zu lösen. Daneben aber erstanden annähernd ebensoviel gesonderte Organisationen, als es besondere Zwecksetzungen innerhalb des Mittelstandes gab: wer aus Polen, dem Elsaß oder den Kolonien ausgewiesen, »verdrängt« wurde und nunmehr Ansprüche gegen den Reichsfiskus besaß oder zu besitzen glaubte, der trat einer solchen Organisation bei; besondere Verbände widmeten sich den Interessen der Inflationsgeschädigten, die freilich nicht für alle Gruppen gleich lagen und hinter denen nicht ganz selten auch kapitalkräftige Ausländer stehen dürften. Schon früher waren die Hausbesitzer gut organisiert gewesen, ihre Verbände konzentrierten sich noch vor dem Kriege. Dasselbe tat später der Einzelhandel in bedeutendem Maße. Wie viele Mitglieder des Mittelstandes sich in Unternehmerverbänden zusammenfanden, steht nicht fest, jedenfalls waren und sind es, trotz aller Konzentrationsbewegung, nicht wenige. Zahlenmäßige Unterlagen stehen hierfür kaum zur Verfügung, wenn man von den Innungsverbänden der Handwerker absieht, jedenfalls schneiden sich viele Gruppen, und mancher Angehörige des Mittelstandes wird unter der Last von Beiträgen für die verschiedensten Zwecke und Organisationen seufzen, ohne daß er in jedem Fall eine reale Gegenleistung hierfür in Aussicht stehen hat; denn, worauf an anderer Stelle schon hingewiesen wurde, wir haben in Deutschland eine Überorganisation, und nicht wenige Menschen leben geradezu davon (im Einzelfall werden

wieder Mittelständler als Leiter oder Angestellte von diesem Organisationsübermaß profitieren).

Vielen dieser Verbände fehlt die Möglichkeit gewerkschaftlicher Einwirkung, wie sie den Arbeitnehmerorganisationen gegeben ist; sie sind auf politische Mittel angewiesen und stellen in diesem Sinn eine nicht geringe Macht dar.⁶⁹ Daß gelegentlich des Volksentscheids über die Enteignung der Fürstenvermögen zahlreiche Mißvergnügte aus den Reihen des Mittelstandes dem Rufe der ihnen doch sonst ferner stehenden sozialistisch-kommunistischen Parteien gefolgt sind, ist nach dem Ergebnis der Abstimmung anzunehmen. Vor allem hat die nationalsozialistische Bewegung sich diese Mißvergnügten zunutze gemacht; selbst fest konsolidierte Parteien, wie das Zentrum, haben bei dieser Gelegenheit einen Teil der ihnen sonst treuen Mittelstandsmassen abschwenken sehen, durch andere Parteien ging ein noch viel größerer Riß.⁷⁰ Das läßt auf eine gewisse politische Machstellung dieser Interessentengruppen schließen, durch die die mangelnde gewerkschaftliche Einwirkung bis zu einem gewissen Grad ersetzt wird. Infolge der Wandlungen im Mittelstand ist das politische Bild des heutigen Deutschland in hohem Maße beeinflußt, und es geht längst nicht mehr an, die politische Gruppierung nach dem alten Klassenkampfschema zu beurteilen. Nur freilich, daß dem Mittelstand durchaus die einheitliche Richtung und Führung fehlt und daß eine auf Mißvergnügen, Prestige und Ressentiment begründete Politik mehr negativ als positiv ausfallen muß, solange ihr nicht greifbare Ziele eröffnet werden.

In diesem Zusammenhang ist auch des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zu denken. 1923 gab es 50 000 Genossenschaften. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine zählte 3,5 Millionen Mitglieder, die freilich in der Hauptsache den Arbeitern zuzurechnen sein werden,⁷¹ der Reichsverband deutscher

⁶⁹ Freilich bedeuten »Wirtschafts«, »Hausbesitzer«, »Aufwertungs« und andere Parteien auch eine Schwächung bürgerlicher Parteigruppen (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Staatspartei usw.).

⁷⁰ Daß eine sozialistische Bewegung auf Kosten der alten, ihm viel mehr auf den Leib zugeschnittenen »bürgerlichen« Parteien im *Mittelstande* Fuß fassen konnte, zeigt die Wandlungen, die durch Einbuße der Besitzbasis, durch Enttäuschung und Verzweiflung hervorgerufen wurden, besonders deutlich.

⁷¹ 1929 war die Zahl der Genossenschaften um ein geringes gestiegen, dagegen die Zahl der Mitglieder des Zentralverbandes auf 2,8 Millionen gesunken.

Konsumvereine 765 000 Mitglieder, von denen eine größere Zahl zum Mittelstand gehören dürften. Die ebenfalls sehr zahlreichen Mitglieder der Raiffeisen-Verbände und der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften dürften, schon wegen der Betonung der landwirtschaftlichen Berufsinteressen, zumeist dem kleineren Mittelstand angehören. Dasselbe gilt wohl ausnahmslos für die Genossenschaften des Reichslandbundes, der nachträglich als eine der wichtigsten Mittelstandsorganisationen erwähnt werden muß. Reine »Mittelstandsorganisationen« als solche haben sich erst in geringem Maße durchgesetzt.

Der Genossenschaftsgedanke hat auch in den Angestellten- und Beamtenkreisen Fuß gefaßt. Doch ist der selbständige Beruf stärker vertreten; natürlich wechseln die Genossenschaftszwecke und -mittel, je nachdem selbständige oder unselbständige Gruppen im Vordergrund stehen. Für letztere ist der Konsumverein die wichtigste Form, für erstere kommt die ganze Fülle genossenschaftlicher Möglichkeiten in Betracht: Darlehen und Kredit, Bezug und Absatz, Viehverwertung, Versicherung und so weiter.

Hier ist manches im Werden, und das Schicksal eines Teils des Mittelstandes wird hier entschieden. Gewisse Vorzüge des Großbetriebs, die an sich den mittelständischen Betrieben nicht eignen, lassen sich auf genossenschaftlichem Wege erreichen. Der kleinere und mittlere Besitz kann so gestärkt werden, Kapitalintensität, bei den Schwierigkeiten der heutigen Arbeitsverhältnisse besonders wichtig, wird eher erreichbar. Man wird diesen Bestrebungen im ganzen mehr Vertrauen schenken als den rein politischen, wobei freilich eine Kombination möglich ist und z. B. beim Landbund stattfindet. Jedenfalls ist die Genossenschaft der Gewerkschaft auf vielen Gebieten gleichwertig, auf einzelnen überlegen. Indem genossenschaftliche Arbeit positiv und nach vorwärts gerichtet ist, verhindert sie auch ein Zurücksinken in reine Negation, Gefühls- und enge Interessenpolitik, wie sie bei vorwiegend politischen Verbänden oder den Vertretungen der Inflationsgeschädigten unter Umständen unterläuft. Neue Werte werden geschaffen, an der Produktion, nicht nur an der Verteilung wird gearbeitet. Man möchte dem deutschen Mittelstand vorwiegend solche Zwecke wünschen, die der Zukunft und nicht der Vergangenheit angehören. Aber

es ist nicht einfach, die Geschädigten, die naturgemäß rückwärts blicken, nach vorwärts zu richten.

c) Über die steuerliche Belastung des Mittelstandes

Zur Frage der Steuerbelastung des Mittelstandes liegt ein nicht geringes, aber sehr zerstreutes, methodisch ungleichartiges und auch sonst ungleichwertiges Material vor. In Betracht kommt dabei der »alte« Mittelstand, da hinsichtlich des »neuen«, der Beamten und Privatangestellten, die Gesichtspunkte des Arbeitnehmers jene des Mittelstandes überwiegen, hier auch durch die Statistik der Lohnsteuer ein hinreichendes, schon (S. 183 ff.) verwertetes Material geboten wird. Ausscheiden wird ferner mit einer gleich zu erwähnenden Ausnahme der depossedierte und deklassierte Mittelstand, da man von ihm schließlich doch keine Steuern, wenigstens nicht »direkte«, mehr verlangen kann. Nur die »indirekten« Steuern treffen ihn, aber freilich in einem sehr bedenklichen Maße. Da von seinem Einkommen der weitaus größte Teil auf Ernährung entfällt — Engelsches Gesetz —, so sind durch Verbrauchsabgaben und Zölle seine Angehörigen relativ viel höher belastet als früher, als sie noch wirtschaftlich konsolidiert gewesen waren. Aus Zusammenstellungen, die Verfasser in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 156. Bd., 2. Teil (»Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft«) vornahm, geht hervor, daß die niedrigen Einkommen prozentual mit dem Vier- bis Siebenfachen der indirekten Steuerlast, die auf den höheren liegt, betroffen werden. Eine Umkehrung der Progression der direkten Steuern findet so statt. Man wird nach den Steigerungen, die manche Abgaben nach dem Krieg erfahren haben, für die unterste Schicht des Mittelstandes, die diesem nunmehr dem Namen und der Herkunft, nicht aber der wirtschaftlichen Lage nach angehört, mit einer prozentualen, indirekten Belastung von mindestens 5 vH des noch verbliebenen Einkommens rechnen müssen.

Eine gewisse Entlastung tritt da ein, wo eine bevölkerungspolitische Reaktion des Mittelstandes Platz griff (oben S. 265 ff.), und es kann vermutet werden, daß gerade auch die Absicht, steuerlichen Lasten zu entgehen, zur Einschränkung der Familien-

größe oder zum Verzicht auf die Ehe führte. Die neueingeführte Ledigensteuer dürfte demgegenüber kaum eine Wirkung haben.

Während der Inflation war es vielleicht nicht so sehr die Höhe der Steuer als ihre große — und zum Teil durch die Inflation herbeigeführte — Ungleichheit, die den besitzenden Teil des Mittelstandes und zumal den Gewerbetreibenden bedrückte. Cohen (a. a. O., S. 35) führt Beispiele an: »Während ein Einzelkaufmann oder eine offene Handelsgesellschaft mit einem Einkommen von z. B. 57 120 Goldmark auf Grund eines Abschlusses vom 30. November 1922 an Rhein-Ruhrabgabe und Einkommensteuernachzahlung zusammen 54 981 Goldmark (gleich 95 vH des Jahreseinkommens 1922) entrichten soll, wird ein anderer Steuerpflichtiger mit genau demselben Reingewinn in Gold (57 120), jedoch mit Abschluß am 31. Mai 1923 mit 4500 Goldmark (gleich 8 vH seines Jahreseinkommens 1922) herangezogen.« Solche Fälle werden nicht vereinzelt gewesen sein, sie hatten eine völlige Erschütterung des Betriebs der Betroffenen zur Folge.

Die Verschärfung der Einkommensteuerlast gegen Ende der Inflation zeigt Gerloff (a. a. O., S. 52) in folgendem:

**Einkommensteuer für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit
2 Kindern**

Einkommen in Friedensmark	Belastung vor dem Kriege vH	Belastung nach dem Gesetz v. 29. März 1920 vH	Belastung nach dem Gesetz v. 23. Dez. 1923 vH
1500 M	1,8	—	11,1
5000 M	7,2	3,3	22,6
15000 M	9,0	12,4	37,1

SCHLUSS

Kulturpolitischer Ausblick

Es war vorauszusehen, daß das Ergebnis der nun abgeschlossenen Arbeit nicht befriedigend sein werde: in materieller Hinsicht, weil das dunkle Schicksal einer einstmals blühenden Volksschicht auch den Außen- und Fernstehenden mit Schmerz erfüllen muß; in formaler Hinsicht, weil längst nicht alles Wissenswerte erfaßt und für das Erfaßte nicht stets der erwünschte zahlenmäßige Nachweis erbracht werden konnte.⁷²

Immerhin wird die Wissenschaft von den Kriegswirkungen, soweit die mittleren Volksschichten Deutschlands dabei in Frage kommen, durch unsere Darlegungen gefördert worden sein. Erkenntnis der sozialen Zusammenhänge aber ist Voraussetzung jeder Abhilfemaßnahme, Bedingung aller Politik, auch solcher vom und am Mittelstande. Wenn auch vermieden wurde, irgendein Programm solcher Politik zu entwerfen, so sind doch Punkte bezeichnet, wo sie wirksam werden könnte und müßte.

Denn ohne Mittelstand kann ein Volk wie das deutsche nicht leben. Der Aufstieg neuer Schichten, so wurde gezeigt, darf nicht abgelehnt werden. Er reicht aber nicht einmal in wirtschaftlicher Beziehung hin, das entstandene Vakuum auszufüllen; noch weniger kann er die kulturellen Aufgaben, die dem Mittelstand zumal in Deutschland obliegen, allein von sich aus befriedigend lösen.

⁷² Auf österreichische Fragen, die oft ähnlich, aber eher ungünstiger liegen, konnte nicht eingegangen werden, weil hierfür eine besondere Schriftenreihe besteht und Wesentliches auch schon in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik niedergelegt ist (Bd. 169: *Bunzel*, Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich, 1925). Kultur- und bildungspolitische Angelegenheiten des Mittelstandes sind ferner auch von *A. Heiler* (a. a. O.: *Die Verelendung des Mittelstandes*) reichlich behandelt. Neuerdings auch: Sozialer Auf- und Abstieg im deutschen Volk, Heft 117 der Beiträge zur Statistik Bayerns.

Sitze und Träger alter Kultur, gesättigter Bildung, geschlossener Weltanschauung und guter Sitte sollen, wenn irgend möglich, erhalten bleiben. Es ist dankbar anzuerkennen, daß das Ausland, zumal das angelsächsische, sich nach Kriegsende notleidender Schichten des deutschen Mittelstandes angenommen hat, nicht nur aus Philanthropie, sondern aus dem Gefühl für die wahrhaft europäische Seite dieser Angelegenheit heraus. Entscheidendes kann aber doch nur dadurch geschehen, daß das deutsche Volk und die deutsche Volkswirtschaft in die Lage versetzt werden zu helfen, wo noch zu helfen ist; vor allem aber ist der Glauben an Recht und Billigkeit zu stärken. Reparationen zwischen Völkern stoßen heute auf größte Hemmungen, die nicht nur in der Schwierigkeit der Transferierung von Geldern, sondern auch in der Struktur der Volkswirtschaften begründet sind. Eine wirksame und wirkliche Reparation der Weltwirtschaft setzt in sich starke Volkswirtschaften voraus, und um stark zu sein, bedürfen diese eines Kerns, der sehr wohl durch die mittleren Volksschichten gebildet werden kann.

WALDEMAR ZIMMERMANN

DIE VERÄNDERUNGEN DER EINKOMMENS-
UND LEBENSVERHÄLTNISSE DER DEUTSCHEN
ARBEITER DURCH DEN KRIEG

INHALT

I. Einleitung	285
Die arbeitenden Klassen in Deutschland in zahlenmäßiger Gruppierung	285
Die Schwierigkeiten zuverlässiger Erfassung von Einkommen und Lebenshaltung der Arbeiterschaft	288
Verschiedene Urteile über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter vor Kriegsausbruch	292
II. Untersuchung der wichtigsten Symptome für die Lebenshaltung der Arbeiter vor Kriegsausbruch	295
A. Der Lohnaufstieg der Hauptberufsgruppen	295
Die absolute Verdiensthöhe bei den verschiedenen Gruppen	305
a) Männergruppen	306
b) Frauengruppen	308
Die Besetzung der höheren und niederen Einkommensstufen	312
B. Der Lebensbedarf der Arbeiter und seine Befriedigung vor Kriegsausbruch	315
Ernährungsweise und Ernährungskosten der städtischen Industriearbeiter auf verschiedenen Einkommensstufen	316
Einkommen und Auskommen	323
Wohnungswesen	331
Bekleidung	335
Der sonstige Lebens- und Kulturbedarf	338
Die Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiter	340
C. Der Anteil der Arbeiterschaft am Gesamteinkommen der Nation vor Kriegsausbruch	342
III. Die Einwirkungen des Krieges auf die Einkünfte und die Lebenshaltung der Arbeiterschichten	348
A. Die allgemeinen sozialwirtschaftlichen Veränderungen	348
Der Einbruch des Krieges in die Lebenswelt der gewerblichen Arbeiter	348
Die grundlegenden Wandlungen in der Lebensversorgung der Nation überhaupt	351
Die allgemeinen Veränderungen in den Lebensgewohnheiten	355
B. Löhne und Arbeitseinkommen	358
Allgemeine Anhaltspunkte für die Bewegung und Beurteilung der Kriegslöhne	358
Die tatsächliche Entwicklung der nominalen Lohnsätze und Lohnverdienste	365

Stichprobenerhebungen: Durchschnittslöhne in den verschiedenen Industriezweigen	366
Sonderuntersuchungen der Lohnverdienste: Private Metall- und Maschinenbauindustrie	373
Staatliche Rüstungsbetriebe	383
Bergbau	388
Chemische Industrie	390
Holzindustrie	395
Baugewerbe	398
Textilindustrie	400
Bekleidungsgewerbe	403
Buchdruckgewerbe	404
Staatsbahnwerkstätten usw.	407
Die Lohnextreme: niedrigste Tagelöhne und Spitzenverdienste	410
Gesamteinkommen einzelner Arbeiterfamilien	412
Gesamteindruck der nominalen Lohngestaltung im Kriege	414
C. Die Lebenshaltung der verschiedenen Arbeitergruppen	415
Möglichkeiten und Grenzen besserer Nahrungsversorgung bei verschiedenem Einkommen	415
Beschaffungsmöglichkeiten und Preise für sonstigen Lebensbedarf	418
Die Wohnfrage	418
Die Bekleidungsfrage	421
Die fortschreitende Verschiebung der Verdieners- und der Verbrauchertypen	425
Kriegsteuerungsstatistiken und ihre Problematik	426
Die steigenden Kosten der rationierten Mindesternährung	429
Die Haushaltsrechnungen minderbemittelter Familien nach den Erhebungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen 1916, 1917 und 1918	431
Die tatsächliche Gestaltung des Arbeiterhaushaltes auf verschiedenen Einkommensstufen	434
Die einzelnen Änderungen in der Ernährung nach Art, Menge und Kosten	444
Ernährung und Kräfteersatz bei Leicht- und Schwerarbeitern	456
D. Die reale Kaufkraft der Arbeiterlöhne in den verschiedenen Perioden der Kriegswirtschaft ..	461
Der kriegsnormale Lebenskostenindex und seine Bewegungen bis 1918	462
Vergleich der Lebenskostenindexkurven und der Einkommenskurven 1914 bis 1918	466
Die soziale Schichtung der Arbeiterschaft bei Kriegsende	468
E. Versuche zusammenfassender Beurteilung	471
Die Bedeutung des Arbeiterfamilieneinkommens für die Lebenshaltung	473

I.

EINLEITUNG

Die arbeitenden Klassen in Deutschland in zahlenmäßiger Gruppierung

Will man die Veränderungen, die die materielle Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland während des Krieges erfahren hat, richtig würdigen, so muß man sich über den Vorkriegszustand der wirtschaftlichen Lebenswelt der deutschen Arbeiter klar sein. Die sogenannte »arbeitende Klasse«, d. h. die Klasse der Arbeitnehmer, die zur Gewinnung ihres Lebensunterhalts in der Hauptsache auf Lohn- und Gehaltsarbeit in fremden Betrieben oder Dienste angewiesen waren, machte im Jahre 1913/14 etwa 23 Millionen Köpfe aus; rechnete man die Familienangehörigen dazu, so umfaßte die »arbeitende Klasse« rund 44 Millionen Menschen oder 65 vH des gesamten damals auf 67 Millionen Köpfe geschätzten deutschen Volkes. Die im Durchschnitt am härtesten arbeitende Schicht der Nation, die kleinen Bauern und Stellenbesitzer samt Frauen und Kindern, sind in diesen Arbeitnehmerziffern nicht einbegriffen, da es sich hier um selbständige, auf eigener (allerdings oft verschuldeter) Scholle, für eigene Rechnung schaffende Männer und Frauen handelt. Die »arbeitende Klasse« in engerem Sinne verteilte sich ungefähr mit 21 Millionen Köpfen auf die eigentlichen Lohnarbeiter, die auf kurzfristige Kündigung mit der Ausführung von vorgeschriebenen Dienstleistungen an Werkzeugen, Maschinen, Geräten, Fahrzeugen oder in Feld und Stall beschäftigt waren, ohne mehr als Volksschulen und teilweise Berufsschulen besucht zu haben, und mit 2 Millionen Köpfen auf die sogenannten »Angestellten«, die meist in längerem, nur monatlich kündbarem Vertragsverhältnis Laden- und Bureauarbeiten, kaufmännisch und technisch selbständigere Dienste zu verrichten hatten, für die durchschnittlich etwas höhere Schulbildung vorausgesetzt und etwas höheres »Gehalt« bezahlt wurde. Die privaten »Angestellten«

sind in Deutschland in der 1913 eingeführten »Angestelltenversicherung« für die Zwecke der Zwangsversicherung gegen Berufsinvalidität und Alter, getrennt von den »Lohnarbeitern«, die der allgemeinen Invaliden- (und Alters-)versicherung unterstehen, zusammengefaßt worden, und zwar bis zur Gehaltsgrenze von 5000 M jährlich hinauf. So kann man an der Hand der Versicherungsziffern in diesen beiden Sozialversicherungskörperschaften das ungefähre Zahlenverhältnis zwischen diesen beiden Lagern der arbeitenden Klasse auf den unteren und mittleren Einkommensstufen bestimmen. Sie waren nach teilweise gegensätzlichen Grundsätzen verbandsmäßig gesondert organisiert und standen vor dem Kriege noch standespolitisch vielfach bewußt getrennt einander gegenüber, ferner hoben sie sich in der Lebensführung, namentlich in der Kleidung, voneinander ab und hatten auch verschieden günstige Aufstiegsmöglichkeiten. Die Angestellten rekrutierten sich zu einem großen Teile aus sogenannten »nichtproletarischen« Familien, die dank gesichertem Einkommen oder gewissem Vermögensbesitz ihren Kindern Mittel zu besserem Vorwärtskommen gewähren konnten. Jedoch war auch in bessergestellten Lohnarbeiterfamilien schon Jahrzehnte vor dem Kriege das deutliche Streben lebendig, den begabteren Kindern zum Aufstieg über das Lohnarbeiterverhältnis hinaus in eine Kaufmanns-, Techniker- oder Beamtenstellung zu verhelfen.

Die versicherten Arbeiter in der Invalidenversicherung zählten 1913 16,5 Millionen.

Die Mitglieder der Angestelltenversicherung (bis 5000 M Gehalt) zählten 1913 1,5 Millionen.

Die arbeitende Klasse der Arbeiter und die der Angestellten (ohne Gehaltsgrenze, die die Berufszählung nicht beachtet, so daß also auch hoch bezahlte leitende Angestellte teilweise einbegriffen sind) verteilte sich vor dem Kriege auf die für die deutsche Volkswirtschaft maßgebenden Produktionszweige ungefähr folgendermaßen:¹

¹ Da die letzte Berufszählung vor dem Kriege im Jahre 1907 erfolgte, haben die Zahlen nur noch relative Bedeutung.

Verteilung der Arbeiter und Angestellten auf die Hauptwirtschaftszweige im Jahre 1907

(m = männlich, w = weiblich)

		Angestellte		Arbeiter		vH	Von den Arbeitern lebten in Großstädten
			davon verheir.		davon verheir.		
Landwirtsch., Gärtnerei, Fischzucht, Forstwirtsch.	m.	82548	49925	3028983	891393	29,43	36455
	w.	16264	1393	4254488	1971115	46,33	16082
	zus.	98812	51318	7283471	2862548	39,30	52537
Industrie, Handwerk, Bergbau und Baugewerbe	m.	622071	362119	7030427	3485509	49,58	1653638
	w.	63936	3212	1562698	333018	21,31	452630
	zus.	686007	365331	8593125	3818522	44,44	2106268
Handel, Verkehr, Gast- und Schankwesen	m.	426220	216352	1354482	726381	53,63	554586
	w.	79689	2345	605043	182933	30,23	206494
	zus.	505909	218697	1959525	909314	46,40	761086
Insgesamt	m.	1130839	628396	11413892	5103278	44,71	2244679
	w.	159889	6950	6422229	2487106	38,72	675206
	zus.	1290728	635846	17836121	7590384	42,55	2919885

Hauptberufsgruppen, auf die sich die Lohnarbeiter verteilen (1907)

Berufsgruppe	Gelernte Arbeiter (einschl. Lehrlinge)			Ungelernte und sonstige Hilfspersonen		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Bergbau usw.	411 614	519	411 614	472 077	18 597	490 674
Industrie der Steine u. Erden	168 519	11 219	179 738	405 586	56 341	462 421
Metallverarbeitung	750 880	17 880	768 766	176 181	44 405	220 686
Maschinenbau	428 183	4 981	433 264	237 051	28 011	265 062
Chemische Industrie	11 867	1 043	12 910	87 245	21 840	109 085
Leuchtstoff- u. Öl-Industrie .	3 651	232	3 853	45 476	7 461	52 937
Textil-Industrie.....	196 438	189 913	386 351	192 400	266 993	459 393
Papier-Industrie	39 502	3 472	42 974	70 703	58 444	129 047
Leder-Industrie	90 339	2 434	92 773	45 631	14 318	63 949
Holz- u. Schnitzstoff-Industr.	415 519	8 462	423 981	117 030	21 084	138 114
Nahrungsmittel-Industrie ..	377 852	67 013	444 865	181 904	105 603	287 507
Reinigungsgewerbe	266 085	317 795	583 880	33 682	57 940	91 622
Baugewerbe	936 882	205	937 087	617 995	12 941	630 936
Polygraphisches Gewerbe ..	113 366	3 848	117 214	15 801	29 524	45 925

Mithelfende Familienangehörige sind in diesen Zahlenreihen nicht berücksichtigt. Sie spielen nur im Nahrungsmittelgewerbe (57 243), im Bekleidungsgewerbe (33 641) und in der Textil(haus-)industrie (10 778) eine erwähnenswerte Rolle.

Eine solche, wenn auch summarische Gliederung der arbei-

tenden Klassen ist notwendige Voraussetzung, wenn man sich ein einigermaßen zuverlässiges Bild von ihrer Lage und Lebenshaltung vor dem Kriege machen soll. Insonderheit ist eine Gliederung der *Lohnarbeiter* wichtig, deren Verhältnisse nun im folgenden ausschließlich behandelt werden sollen.²

Man darf die Arbeiter in Stadt und Land, in Industrie und Agrarwirtschaft, in Handel und Verkehr, in »gelernten« Berufen und in wechselnder Lohnarbeit nicht in einen Topf werfen, wenn man ihre Lage, ihre Verdienste und Lebensmöglichkeiten charakterisieren soll, denn so verschieden wie die Arbeits- und Ausbildungsanforderungen und die Lebensumwelt waren auch die Lebensbedürfnisse hinsichtlich Ernährung, Kleidung, Wohnung, Verkehr und Unterhaltung. Die traditionellen Verdienstanprüche je nach Berufsstand und regionalem Herkunft (Ost- und Westdeutschland, Stadt und Land) standen ferner im Wechselverhältnis nicht nur mit den Lebensbedarfspreisen, sondern ebenso sehr mit den Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsmarktkonjunkturen, die die verschiedenen Hauptwirtschaftszweige in oft recht unterschiedlichen Schwankungen erfahrungsgemäß aufweisen.

Die Schwierigkeiten zuverlässiger Erfassung von Einkommen und Lebenshaltung der Arbeiterschaft

Leider gestatten aber die wirtschafts- und arbeiterstatistischen Materialien der Vorkriegszeit keine sehr genaue Beantwortung der Fragen: Wie lebten diese verschiedenartigen Arbeitermassen? In welchem Grade konnten sie ihre durch Herkunft, Beruf und örtliche Umwelt bedingten Lebensbedürfnisse bequem befriedigen? Reichte auch der Lohn des *ungelernten* Arbeiters zu einem gesunden Auskommen für einen drei- bis vierköpfigen Familienhaushalt aus? Die alten methodologischen Streitfragen tauchen dabei alle vor dem Betrachter auf, der gewissenhaft auf der einen Seite die Kosten des »gesellschaftlich notwendigen« Lebensmindestbedarfs einer Wirtschaftsgruppe und auf der anderen das tatsächliche durchschnittliche Arbeits-einkommen derselben Wirtschaftsgruppe ermitteln und beides

² Die Lage der Angestellten unter dem Einfluß des Krieges behandelt der vorangehende Beitrag von Professor *Adolf Günther*.

vergleichen will.³ Außer den paar hundert Haushaltsjahresbuchführungen von örtlich und beruflich ganz verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenfamilien mit und ohne Kinder hatten wir bis zum Kriege keine tatsächlichen Einkommens- und Lebensaufwandfeststellungen, die die Wirklichkeit im Arbeiterhaushalt genau widerspiegeln. Sondern unsere Gesamtvorstellungen vom typischen Einnahme- und Ausgabenbudget der Arbeiterklasse konstruieren wir uns aus Berechnungen, die jeweils vom Stundenlohnsatz der einzelnen Arbeitergruppen ausgehen und durch Multiplikation dieser Normsätze mit der jeweils üblichen täglichen und wöchentlichen Arbeitsstundenzahl den Wochenverdienst und schließlich durch weitere Multiplikation das angebliche Jahresarbeitseinkommen ergeben sollen. Wieviel der Arbeiter einerseits durch Krankheit, durch Ausfall von Feiertagen, Streiktagen oder durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. an Lohnbezug eingebüßt hat, wieviel ihm durch gesetzliche Zwangsabzüge für Versicherungsbeiträge, direkte Steuern usw. vom Bruttolohn unmittelbar ohne seine Mitbestimmung gekürzt sind, und wieviel er andererseits durch Überstundenarbeit, durch Sondervergütungen über den normalen Lohnsatz infolge Sonderleistungen, durch Akkordüberverdienste, durch Familienstandslohnzuschläge, durch im Laufe des Jahres eintretende Lohnveränderungen mehr verdient hat, als dem Berechnungsschema entspricht, das fällt bei diesen Konstruktionen des Arbeiter Einkommens meist völlig unter den Tisch. Es ist aber oft von entscheidender Wichtigkeit für die tatsächlichen Lebenshaltungsmöglichkeiten, ob der Arbeiter seinen Lohnsatz, mag er vielleicht auch bescheiden sein, regelmäßig das ganze Jahr hindurch bezieht, oder ob er bei hohem Lohnsatz — wie ihn die Saison- und Gelegenheitsarbeiter oft beziehen — längere Perioden im Jahre feiern muß. Hier würden wieder die Hilfsleistungen vorhandener leistungsfähiger Versicherungs- und Unterstützungskassen ergänzend zu würdigen sein. Für gewisse Arbeitergruppen spielen ferner die Naturalvergünstigungen, die neben dem Barlohn gewährt werden, aber nicht entsprechend ihrem Geldwerte bei der Nominallohnverdienstberechnung be-

³ Vgl. dazu: *Joh. Feig*, Statistik des Arbeitslohnes und der Lebenshaltung (in »Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand«, Hrsg. Fr. Zahn), München 1911, S. 789 ff.

rücksichtigt werden, eine Rolle: z. B. der Bezug sehr billiger Deputatkohle durch die Kohlenbergarbeiter, die Bereitstellung billiger Wohngelegenheiten durch die Arbeitgeber weit unter dem bezirksüblichen Mietpreise, die Einrichtung von Fabrikküchen, die warmes Mittagessen oft weit unter den Herstellungskosten, die der private Arbeiterhaushalt dafür aufwenden müßte, abgeben, die sogenannten »Fettzulagen«, die besonders in der Kriegs- und Nachkriegszeit für manche Arbeitergruppen der deutschen Montanindustrie als eine wesentliche Verdienstzulage außerordentliche Bedeutung erlangt haben.

Auf der Seite der Lebensunterhaltskosten aber wird infolge mangelnder genauer Ausgabenaufzeichnungen ein Normalbudget des Arbeiterhaushalts konstruiert je nach der Kopfzahl und dem physiologischen oder landesüblichen Ernährungsbedarfsquantum, vermehrt um einige Normalbedarfssätze für Wohnung, Heizung, Bekleidung und »Sonstiges« und durch Einfügung der ortsüblichen Durchschnittspreise für die Bedarfsseinheiten in Geldsummen ausgedrückt. Wieviel Köpfe aber durchschnittlich auf einen Arbeiterhaushalt entfallen, wieviel Arbeiter überhaupt verheiratet sind und für Frau und Kinder zu sorgen haben,⁴ ob die Arbeit in einem Berufszweige wegen ihrer Schwere, ihrer Schmutzigkeit oder wegen der weiten Wege zur Arbeitsstätte besondere Aufwendungen an Ernährung, Berufskleidung, Fahrgeld usw. nötig macht, das läßt sich in den rechnerischen Normalkonstruktionen des notwendigen Ausgabenetats eines Arbeiterhaushaltes ebensowenig mit veranschlagen, wie auf der anderen Seite die für gewisse Arbeiterschichten und Bezirke übliche Aufbesserung des Jahreseinkommens der Arbeiterfamilie durch die mitverdienende Ehefrau oder bereits ausgelernte, aber im Hause verbleibende Kinder oder durch Naturalbezüge aus einem gepachteten Schrebergarten sich in den

⁴ Manche Berechnungen des Existenzminimums einer Arbeiterfamilie gehen z. B. von einer Kopfzahl von 4 Personen aus, manche legen den reichsstatistischen Haushaltensdurchschnitt von 4,7 Köpfen zugrunde, während die Lohnsteuerstatistik z. B. für 1925 mit nur 1,7 und die von 1926 mit nur 2,5 abzugsberechtigten Familienmitgliedern auf den besteuerten Lohnempfänger rechnete. Dieselbe Unsicherheit in der Arbeiterfamilienkopfzahl haben wir bei den Ausgleichskassen für Familienstandslohnzulagen. Auf die 8,2 Millionen nicht ledigen Arbeiter der Berufszählung von 1907 entfielen insgesamt 14,5 Millionen bei ihnen lebende Angehörige oder 1,8 Köpfe auf jeden nicht ledigen Arbeiter.

errechneten Wochen- oder Jahreslohnbezügen des »Ernährers« spiegeln kann. Der Nebenverdienst von Familienangehörigen und aus Schrebergärten mit Kleintierzucht hat bereits in der Vorkriegszeit die Lebenshaltung vieler deutscher Arbeiterfamilien sicherlich viel günstiger gestaltet, als es nach dem bloßen Lohneinkommen des Familienvaters allein möglich gewesen wäre, und Sparrücklagen aus Arbeiterkreisen in größerem Umfange ermöglicht. In der Kriegs- und Nachkriegszeit ist dann dieser Familienzusammenhalt noch bedeutsamer für die Lebensführung geworden.⁵

Endlich wird Lage und Lebenshaltung der Arbeiterschaft, unabhängig vom Lohneinkommen, von den Preisen, den Lebensgewohnheiten und der Tüchtigkeit der Arbeiterhausfrauen, stark durch die mehr oder minder große Summe gemeinnütziger lebensfördernder Darbietungen der öffentlichen Hand beeinflusst: durch die öffentlichen unentgeltlichen oder stark verbilligten Körperpflege-, Schulspeisungs-, Verkehrs-, Bildungs- und Unterhaltungseinrichtungen, durch sozialpolitische Fürsorge-, Erholungs- und Versicherungsmaßnahmen, die dem Arbeiter die Notwendigkeit eigener privater oder genossenschaftlicher Vorsorge durch Geldrücklagen für Krankheits-, Invaliditäts- und Arbeitslosigkeitsfälle, für die Niederkunft der Frau, für den Schulbesuch der Kinder usw. teilweise oder ganz abnehmen und ihm gestatten, sein Lohneinkommen, soweit nicht Zwangsbeitragsabzüge für diese öffentlichen Leistungen bestehen, restlos für den rein materiellen Lebensbedarf zu verwenden. Gerade der erheblichen Ausbreitung der öffentlichen gemeinnützigen Kulturpflege und Sozialfürsorge in Deutschland auch schon lange vor dem Kriege — mit Ausnahme etwa des Kleinwohnungswesens — ist es neben dem Mitverdienen von Familienangehörigen zuzuschreiben, daß die materielle Lage und Lebenshaltung auch der geringer entlohnnten Arbeiterschichten sich im allgemeinen günstiger stellte, als es bei bloßer Betrachtung der Lohnziffern für viele Gruppen einerseits und der Lebenskostenziffern andererseits und bei einem Vergleich der deutschen Nominal- und Reallöhne mit ausländischen von vornherein zu vermuten wäre.

⁵ Vgl. *Wagemann* auf der Zweiten Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker in Genf, April 1925, zitiert in: »Internationale Rundschau der Arbeit«, Dezember 1925, S. 1132.

Es handelt sich also nicht bloß um die großen *subjektiven* Unterschiedlichkeiten in der Lebensführung und Haushaltpraxis, die die Wirtschaftslage des Arbeiters und seiner Familie individuell beeinflussen und sich außerhalb besonderer Haushaltsrechnungsbücher nicht erfassen lassen,⁶ sondern um eine Reihe *objektiver* Umstände, die als ergänzende oder mindernde typische Momente für ganze Schichten oder für breite Gruppen und Bezirke von Arbeitern den Lebensstand heben oder herabdrücken und doch trotz ihrer allgemeinen Bedeutung quantitativ nicht berechnet und neben Löhnen und Preisen in Geldwerten nicht veranschlagt werden können.

Schon die von der II. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker (Genf 1925) gewünschten Relativberechnungen der Lebenshaltung der Arbeiter unter Berücksichtigung der vor allem durch Klima und Rasse bedingten Verschiedenheiten in den physiologischen Bedürfnissen der Bevölkerung einerseits und dem tatsächlichen Arbeitsverdienste der Arbeiterfamilien (also nicht bloß der einzelnen Arbeiter) andererseits sind eine kaum erfüllbare Idealforderung, selbst wenn man nur einen einzelnen Staat mit seinen landschaftlichen Stammesunterschieden zahlenmäßig zu veranschaulichen hat. Unmöglich aber ist eine genaue statistisch vergleichbare Einschätzung der sozialwirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klasse eines großen, vielfach gegliederten Landes, in dem private und öffentliche gemeinnützige Quellzuflüsse das Niveau der Lebenshaltung je nach Gesetz und Verwaltungsfürsorge unterschiedlich beeinflussen. Dieser Wohlstands- oder Kümmerlichkeitsgrad so vielfach gegliederter Massen läßt sich nicht eindeutig auf ziffernmäßig greifbare Formeln bringen. Es ist nur möglich, Symptome zusammenzustellen, aus denen sich für die Kenner ein Gesamteindruck gewinnen läßt.

Verschiedene Urteile über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter vor Kriegsausbruch

Allerdings sind auch diese Gesamteindrücke, da sogar Fachmänner verschiedenartig gefärbte Brillen je nach ihrem poli-

⁶ Vgl. Diener, Das Problem der Arbeitspreisstatistik, Teil III, S. 78 ff. in: Staats- und Sozialwiss. Forschungen, Heft 184, München/Leipzig 1915; ferner

tischen oder ethischen Standpunkte tragen und ungleiche Maßstäbe anlegen, oft nicht einheitlich, wie gerade die Beurteilung der Lage und Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse vor dem Kriege durch interessierte Beobachter des In- und Auslandes beweist. Während die damals agitatorisch-kritisch gegen die herrschende Regierung und Wirtschaftsverfassung eingestellten sozialdemokratischen Arbeitervertreter die Unzulänglichkeiten der Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter oft in schwarzen Farben schilderten und während außerhalb dieses Lagers manche freihändlerische Gegner der vorherrschenden schutzzöllnerischen Wirtschaftspolitik gern ein Mißverhältnis zwischen den Verdienstmöglichkeiten der deutschen Arbeiterschaft und den steigenden teuren Lebensbedarfspreisen zu demonstrieren suchten, urteilten französische Wirtschaftspolitiker (Blondel, Jaurès, Huret) und englische Beobachter (Herbert Dawson, Professor W. Ashley, Robert Best), die sich in den letzten Jahren vor 1914 literarisch ausführlich über deutsche Sozialverhältnisse geäußert haben, viel freundlicher. Der Birminghamer Metallindustrielle Best hat in Gemeinschaft mit dem englischen Gewerkschaftssekretär Davis insbesondere einen für Berlin ziemlich schmeichelhaften Vergleich zwischen der Lebensführung der Metallarbeiter von Berlin und Birmingham in einer eingehenden Monographie angestellt.⁷ Die Veröffentlichungen des englischen Handelsministeriums über Lebenskosten in deutschen Städten hinwiederum, die sich nur an nackte, aber von ihm selbst nachträglich als unsicher empfundene Zahlen über Arbeitslöhne, Nahrungsmittelpreise und Mieten da und dort hielten, kamen 1907 zu weniger günstigen Ergebnissen. Überdies ist aus der englischen Feststellung, daß die deutschen Arbeiter in den niederen Entlohnungsgruppen und Bezirken in zunehmendem Maße bei ihrer Ernährung die billigsten Nahrungsmittel bevorzugten, der Schluß gezogen worden, daß diese sich billig nährenden Arbeiter deshalb eine minderwertige Lebenshaltung hatten. Das war indessen eine voreilige Verwechslung von Ursache und Wirkung. Es gab nämlich in Deutschland vor dem Kriege, namentlich in

Klezl, Zur Frage eines internationalen Vergleichs der Reallöhne. Intern. Rundschau d. Arbeit, 3. Jahrg., Heft 12, S. 1124.

⁷ The brassworkers of Berlin and Birmingham. Birmingham 1909 (Deutsch herausgegeben von W. Zimmermann, Berlin 1910).

den östlichen und stark landwirtschaftlich durchsetzten Bezirken, noch breite gewerbliche Arbeiterschichten mit einer mehr ländlichen, noch stark vegetabilischen Ernährungsweise, die bei ihnen herkömmlich und keineswegs unzulänglich, sondern nur nicht so verfeinert und verteuert wie die großstädtische, stark auf Fleischkost und Markenartikel zugeschnittene Ernährungsweise war. Solche Arbeiterschichten konnten ihr Auskommen außerhalb der Großstadt auch bei geringeren Stundenlohnsätzen finden, die sich — nebenbei gesagt — auch aus dem in der »Provinz« üblichen gemächlicheren Arbeitstempo bei etwas längerer Arbeitszeit erklärten.

Solche allgemeinen Vorbetrachtungen sind nötig, um den Leser nicht nur mit den Schwierigkeiten einer Feststellung der materiellen Lage und Lebenshaltung der Arbeiter vertraut zu machen, sondern um von vornherein die außerordentlich starke Bedingtheit aller Aussagen und Angaben zu kennzeichnen über die Art und Weise, wie die deutschen arbeitenden Klassen vor dem Kriege verdienten und lebten und wie diese »Lebensnormen« durch den Krieg verschoben oder zerrüttet worden sind. Es gibt kein genaues einheitliches Bild von Lohn und Leben der deutschen Arbeiter vor dem Kriege, nicht nur deshalb, weil uns die statistischen Erhebungen nach einheitlicher Methode für jene Zeit viel mehr als für die Nachkriegszeit im Stiche lassen, sondern es kann überhaupt kein einheitliches Bild geben. Als der »Verein für Sozialpolitik«, die führende Gesellschaft der wissenschaftlichen Sozialökonomien Deutschlands, im Jahre 1910 eine Untersuchung der Lebenshaltungskosten in Deutschland beschloß, die sich dann über mehrere Jahre erstreckt hat, sind dabei nur brauchbare Einzeluntersuchungen über die Ernährungs- und Mietenkosten, z. T. auch über die Einkommensverhältnisse in verschiedenen Groß- und Mittelstädten Deutschlands herausgekommen. Eine einheitliche Zusammenfassung der Ergebnisse auf einen Generalnenner ist offiziell nicht möglich gewesen. Wo sie trotzdem privatim versucht worden ist,⁸ hat das summarische Ergebnis zum Teil scharfe Kritik herausgefordert.

⁸ Z. B. Lebenskosten deutscher und westeuropäischer Arbeiter früher und jetzt (Bd. 145, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, München und Leipzig 1914, Teil III Anhang, S. 260 ff.).

II.

UNTERSUCHUNG DER WICHTIGSTEN SYMPTOME FÜR DIE LEBENSHALTUNG DER ARBEITER VOR KRIEGSAUSBRUCH

Wir müssen also möglichst viele Symptome von breiter Gültigkeit anführen, um die Lage der arbeitenden Klassen vor dem Kriege in Deutschland zu kennzeichnen. Und zwar genügt es nicht, bloße einmalige Querschnittsangaben für das Jahr 1913/1914 zu machen — ganz abgesehen davon, daß manche charakteristische Angaben nicht immer gerade auf dieses eine Jahr sich beziehen —; denn eine einmalige Jahresangabe in wirtschaftlichen Dingen hat oft etwas Zufälliges, da die Konjunkturen der Gesamtwirtschaft oder einzelner Zweige — große Ernteschwankungen usw. — den Stand der Löhne, der Lebensmittel, der Arbeitslosen in einem Jahre leicht über oder unter den Normalstand, der sich nur aus den Durchschnitten mehrerer Jahre ableiten läßt, herauf- oder herunterdrücken. Für unser Thema aber ist es außerdem, wenn wir die umwälzenden Sozialwirkungen des Krieges in ihrer strukturverändernden Kraft erfassen wollen, von wesentlicher Bedeutung, auf Grund einer längeren Beobachtungsreihe für mehrere Jahre zu sehen, welche stark ausgeprägten Entwicklungstendenzen in der Lebenshaltung der deutschen Klassen in der Periode vor dem Kriege gewaltet haben und wie diese — wir können vorgreifend sagen — größtenteils erfreulichen und gesunden sozialen Aufstiegsmomente durch den Krieg zum großen Teil abgebrochen oder aber gründlich unterminiert und verschoben worden sind.

A. Der Lohnaufstieg der Hauptberufsgruppen

Zu den wichtigsten Symptomen für die Entwicklung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse gehören in erster Linie längere Lohnreihen von größeren Berufsgruppen, innerhalb derer keine wesentlichen Arbeitsverschiebungen infolge technisch-maschi-

neller und organisatorischer Wandlungen eingetreten sind, bei denen also die berufliche Funktionsgliederung zwischen gelernten, angelernten oder ungelernten Arbeitern in den Vergleichszeiten ungefähr die gleiche geblieben ist. Wenn ungleichartige Lohnempfänger unter derselben äußerlich gleich gebliebenen Berufsbezeichnung lohnstatistisch verglichen würden, könnte das zu ganz schiefen Schlüssen in der Lohnbeurteilung führen. Da die nominellen Lohnangaben wegen der etwas veränderlichen Kaufkraft des Geldes in Reallohnangaben übersetzt werden müssen, um sozialen Inhalt zu empfangen, sind natürlich Warenpreisindizes für die Güter, die zu den elementaren Bestandteilen des Arbeiterhaushalts gehören, möglichst in »gewogener« Form zur Ergänzung nötig.

Wir versuchen im folgenden, den Lohnaufstieg maßgeblicher Arbeitergruppen vor dem Kriege durch Auswahl der wenigen vollständigen und genügend zuverlässigen Vergleichsziffern aus den zerstreuten, willkürlich gewonnenen lohnstatistischen Materialien bis zum Kriege zu kennzeichnen.

Bergarbeiterlöhne (1893—1913) in Preußen

Vorbemerkung:

Nur die Angaben für die eigentlichen Bergarbeiter unter Tage, welche bei den Aus- und Vorrichtungsarbeiten und den unmittel-

	Im oberschlesischen Steinkohlenbergbau:				Im Ruhrbergbau:			
	Je Schicht		Je Jahr ¹		Je Schicht		Je Jahr	
	M	rel.	M	rel.	M	rel.	M	rel.
1893	2,74	100	723	100	3,71	100	1084	100
1898	3,09	112,7	856	117,8	4,55	127,5	1387	127,7
1900	3,57	130,2	983	135,2	5,16	139	1592	146,8
1903	3,37	123	923	127	4,64	125	1411	130
1907	4,00	146	1130	155,5	5,98	161	1871	172,5
1908	4,04	147,5	1145	159	5,86	157,5	1825	166,5
1910	3,91	143	1098	151	5,37	145	1621	149,5
1912 ²	4,35	158,5	1348	185,5	6,09	164	1972	181,6
1913 ²	4,85	177	1510	207,9	6,54	176	2128	196

¹ Bei Berechnung der Jahresverdienste sind die durchschnittlich von der Belegschaft verfahrenen Schichten zugrunde gelegt.

² Nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeiträge.

baren Kohlegewinnungsarbeiten angelegt sind, in der Hauptsache also Gesteins- und Kohlenhauer, sind für den Zeitraum richtig vergleichbar. Die amtliche Lohnstatistik schließt jedoch die jenen zugewiesenen Schlepper, die zum Teil mit ihnen in einem Kollektivgedinge arbeiten und auch jüngere Arbeitskräfte sowie Lehrhauer derselben Kameradschaft mit ein. Das Zahlenverhältnis zwischen den besser bezahlten Hauern und den geringer entlohten Schleppern verschiebt sich mit der Zeit.

Bauarbeiterlöhne

	Übliche Maurer- und Zimmererlöhne in Hamburg				Maurerlöhne in Nürnberg			
	Stundenlohn		Tagelohn		Stundenlohn		Tagelohn	
	M	rel.	M	rel.	M	rel.	M	rel.
1893	0,60	100	6,00	100	0,37	100	3,70	100
1898	0,60	100	6,00	100	0,42	113,5	4,20	113,5
1900	0,65	108,2	6,17	102,9	0,43	116,2	4,30	116,2
1903	0,65	108,2	6,17	102,9	0,43	116,2	4,30	116,2
1907	0,80	133,3	7,20	120	0,56	152,4	5,22	142
1908	0,80	133,3	7,20	120	0,59	159,5	5,51	149
1910	—	—	—	—	0,60	162,3	5,60	151,5
1912	—	—	—	—	0,62	167,5	—	—
1913	0,85	141,6	7,65	127,5	0,63	176	—	—

	Mittlere Löhne der Maurer und Zimmerer in Berlin				Mittlere Löhne der Tischler in Berlin		
	Stundenlohn		Tagelohn			Stundenlohn	
	M	rel.	M	rel.		M	rel.
1893	0,525	100	5,25	100	1893	0,40	100
1898	0,60	114,2	5,40	102,9	1898	0,50	125
1900	0,625	119	5,62	107	1900	0,60	150
1903	0,675	128,5	6,07	115,8	1903	0,65	162,5
1907	0,75	142,8	6,75	128,5	1906	0,66	165
1908	0,75	142,8	6,75	128,5	1909	0,675	168,5
1910	0,80	152,5	7,20	137			
1912	0,80	152,5	7,20	137			
1913/14	0,82	156	7,38	140,5	1913	0,78 ³	195

³ Durchschnittliche Holzarbeiterlöhne.

Bauhilfsarbeiter (mittlere Löhne bzw. Tariflohn)

	Nürnberg				Berlin			
	Stundenlohn		Tagelohn		Stundenlohn		Tagelohn	
	M	rel.	M	rel.	M	rel.	M	rel.
1893	0,23	100	2,30	100	0,35	100	3,50	100
1898	0,27	117,5	2,70	117,5	0,35	100	3,50	100
1900	0,27	117,5	2,70	117,5	0,40	114,1	4,00	114,1
1903	0,28	121,8	2,80	121,8	0,45	128,4	4,05	115,6
1907	0,40	174	3,80	165,2	0,50	142,7	4,50	128,4
1908	0,43	184	4,08	177,5	0,50	142,7	4,50	128,4
1910	0,47	204	4,44	193	—	—	—	—
1912	unsichere Angaben				—	—	—	—
1913/14					0,55	157	4,95	141,3

	Anstreicher						Schlosser			
	in Chemnitz Übliche Löhne und tarifl. Mindestlohn				Arbeits- wochenlohn		Mittlerer Lohn in Nürnberg			
	Stundenlohn		Ortsüblicher Tagelohn		für		Stundenlohn		Tagelohn	
	M	rel.	M	rel.	Std.	rel.	M	rel.	M	rel.
1893	0,24—0,27	100	2,20	100	70	100	0,38	100	3,80	100
1898	0,26—0,32	113,5	—	—	65	—	0,385	101,1	3,85	101,1
1900	0,28—0,34	121,5	—	—	—	—	0,435	113,7	4,35	113,7
1901	—	—	2,50	113,5	62,5	101,5	—	—	—	—
1903	0,28—0,35	121,5	—	—	62,5	—	—	—	—	—
1905	—	—	2,50	—	57,5	93,5	—	—	—	—
1907	0,39	152,5	—	113,5	—	—	—	—	—	—
1908	0,40	156,5	—	—	—	—	—	—	—	—
1910	0,43	168,5	3,00	136,5	57,5	112	—	—	—	—
1912	0,44	172,5	—	—	57,5	—	—	—	—	—
1913	0,46	180	—	—	—	—	—	—	—	—
1914	—	—	3,50	159	57,5	132	60	158	5,75	151

Buchdrucker (Tariflicher Mindestwochenlohn)

	Berlin		Breslau		Plauen		Mannheim		Rostock	
	M	vH	M	vH	M	vH	M	vH	M	vH
1893	25,63	100	23,58	100	21,53	100	22,55	100	22,55	100
1898	26,25	102,5	24,15	102	22,05	102	23,10	103	22,58	100
1900	26,25	102,5	24,15	102	22,05	102	23,10	103	22,58	100
1903	28,13	109,2	25,88	109,7	24,75	114,7	25,31	112,2	24,75	109,8
1908	31,25	123,5	28,75	122	28,12	130,5	28,12	125,2	27,50	122
1910	31,25	123,5	28,75	122	28,12	130,5	28,75	127,5	27,50	122
1913/14	34,38	134	—	—	31,60	147	32,31	143,3	31,62	140,4

* Fünfjährige Tarifvertragsperiode 1896—1901.

Die Lohnangaben für die Zeit von 1893 bis 1898 stammen aus: *Kuczynski*, »Die Entwicklung der Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches« (Berlin 1909) und »Lohnstatistische Erhebungen in deutschen Gewerkschaften und Fachverbänden«, Reichsarbeitsblatt, Jahrgang 1909. Die Lohnangaben für 1910 bis 1914 sind nach dem Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen, nach den Lohnerhebungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Jahrbuch 1914), des Holzarbeiterverbandes (1913 und 1914) und nach der Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts (Lohn- und Gehaltserhebung vom Februar 1920, Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 293) ergänzt.

Jahreslöhne der <i>Zimmerer</i> in Hamburg ⁵				Wochenlöhne der <i>Schuhmacher</i> in Hamburg ⁶			
Jahresarbeit in Stunden		Jahreslohn		Wochenlohn für 1 Paar Herrenstiefel		Stücklohn	
1894	2658	1595 M	(100)	1890 18—20 M	(100)	4,80 M	(100)
1900	2623	1705 „	(107)	1895 22 „	(115,5)	5,25 „	(109,5)
1905	2623	1916 „	(120)	1900 24 „	(126)	5,50 „	(114,5)
1910	2554	2171 „	(136)	1905 24 „	(126)	5,50 „	(114,5)
1913	2255	2300 „	(144)	1910 26 „	(135,5)	I. Kl. 7,25 M	(151)
						II. Kl. 6,25 „	(130)
				1913 30 „	(157,5)	I. Kl. 8,25 „	(172)
						II. Kl. 7,25 „	(151)

Wochenlöhne der <i>Schneider</i> in Hamburg ⁶				Wochenlöhne der <i>Maler</i> und Lackierer in Hamburg ⁶			
Wochenlohn		Stücklohn für 1 Anzug					
1890	21 M ⁶	(100)	14,65 M	(100)	1893	27 Mk.	(100)
1896	24 „	(114,5)	16,80 „	(114,5)	1898	29,16 „	(108)
1900	27 „	(128,5)	16,20 „	(111)	1900	29,16 „	(108)
					1903	32,94 „	(122)
					1907	35,96 „	(133)
					1908	35,98 „	(133)
					1910	38,11 „	(141)
1913	36 „	(171)	23,00 „	(152)	1913	40,35 „	(149)

⁵ Nach Mitteilungen der Zahlstelle Hamburg des Zentralverbandes der Zimmerer.

⁶ Nach *R. E. May*, Kosten der Lebenshaltung und Entwicklung der Einkommensverhältnisse in Hamburg seit 1890 (S. 371 f.). (Schr. d. Ver. f. Sozialpolitik, Bd. 145), München-Leipzig 1914.

Eisenbahnwerkstättenarbeiter

Für ein Tagewerk sind nach der Betriebsstatistik der preussisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung im Durchschnitt der über ganz Preußen zerstreuten Staatsbahnwerkstätten an Lohn gezahlt worden:

Werkstättenhandwerker				Werkstättenhandarbeiter ohne handwerksmäßige Ausbildung einschl. Magazinarbeiter			
im Tagelohn		im Stücklohn		im Tagelohn		im Stücklohn	
1895	2,99 M (100)	3,95 M (100)		2,33 M (100)		3,22 M (100)	
1898	3,33 „ (110,2)	4,10 „ (103,8)		2,52 „ (108)		3,83 „ (119)	
1900	3,44 „ (114,6)	4,20 „ (106,2)		2,63 „ (112,8)		3,45 „ (107)	
1903	3,57 „ (119)	4,17 „ (105,7)		2,77 „ (119)		3,48 „ (108)	
1907	4,12 „ (137)	4,60 „ (116,3)		3,17 „ (136)		3,82 „ (118,6)	
1908	4,16 „ (138,5)	4,65 „ (117,6)		3,23 „ (138,5)		3,85 „ (119,6)	
1910	4,34 „ (148)	4,90 „ (124)		3,35 „ (143,7)		4,05 „ (125,8)	
1912	4,87 „ (162,5)	5,48 „ (139)		3,73 „ (160)		4,49 „ (139,5)	
1913	5,17 „ (172,5)	5,70 „ (144,2)		4,04 „ (173)		4,66 „ (144,7)	
1914	5,48 „ (183)	5,83 „ (147,5)		4,24 „ (182)		4,68 „ (145,1)	

Daneben seien die Tagesvergütungen für die niedrigst entlohnnten ungelernten Arbeitergruppen, für die Bahnunterhaltungsarbeiter, gestellt.

Bahnunterhaltungsarbeiter

1895	1,99 M = 100
1898	2,14 M = 107,3
1900	2,27 M = 114
1903	2,32 M = 116,5
1907	2,66 M = 133,3
1908	2,71 M = 136
1910	2,83 M = 143,7
1912	3,10 M = 155,6
1913	3,18 M = 159,6
1914	3,23 M = 163,6

Mangels besserer umfassender Lohnstatistiken für in sich vergleichbare Facharbeitergruppen der Eisen- und Metallindustrie, in deren Betrieben eine sehr individuelle, ungleichartige Entlohnung bis zum Kriege fast überall vorherrschte, seien schließlich nur zur allgemeinen Kennzeichnung der Lohnniveaubewegung für größere Facharbeiterheere eines immerhin nach gewissen einheitlichen lohnpolitischen Prinzipien besoldenden Großbetriebes die durchschnittlichen Tagesverdienste erwachsener Arbeiter bei Friedrich Krupp in Essen angeführt:

1893	4,09 M = 100
1898	4,57 M = 112
1900	4,78 M = 117
1903	4,56 M = 111,5
1906	5,35 M = 130,5
1910	5,51 M = 139,6
1913	5,91 M = 144,3
1914 ^{6a}	6,67 M = 165

Die hier gegebene Auswahl von Lohnarbeitergruppen ist überwiegend durch das nur in geringem Umfange dargebotene zuverlässige lohnstatistische Material für eine längere Beobachtungsreihe in der Vorkriegszeit geboten gewesen. Immerhin sind einige repräsentative Gruppen, die obendrein sehr große Massen wirklich gleichartig beschäftigter Berufsarbeiter umfassen, in der Auswahl enthalten, wie die Steinkohlen-Bergarbeiter (unter Tage), die Bauarbeiter und die Eisenbahnwerkstättenarbeiter. Zugleich vertreten die Bergarbeiter solche Lohnarbeitergruppen, deren Beschäftigung und Lohnhöhe vor dem Kriege sehr stark von den Wirtschaftsmarktkonjunkturen einerseits und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter abhing (Gedingeverdienste) und in deren Jahresverdienstziffern die durchschnittliche Zahl der regelmäßigen und der Überschichten bzw. Feier- und Krankenschichten, die die Bergarbeiter verfuhrten oder nicht verfuhrten, sich widerspiegelte (die Zahl der jährlich auf den Kopf verfahrenen Schichten schwankt in den einzelnen Jahren zwischen 300 und 324). Die Bauarbeiterlöhne repräsentieren die Entlohnung von Saisonarbeitern, die in den winterlichen Monaten oft aussetzten und sich außerhalb ihres Berufs nach Erwerb umsehen mußten, und zugleich die gleitende Abhängigkeit der Tagesverdienste von der täglichen Arbeitszeitdauer, deren Verkürzung kaum eine andere Arbeitergruppe vor dem Kriege so energisch angestrebt hat wie die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Die Löhne der Eisenbahnwerkstättenarbeiter der Vorkriegszeit zeigen den Typus der staatlich-kameralistischen Lohnpolitik, die die Lohnhöhe von den Marktkonjunkturen möglichst zu emanzipieren suchte und die Lohnkurve langsam, aber stetig unter gebührender Rücksichtnahme auf Lebensbedarfsverteuerungen ansteigen

^{6a} In den Jahresdurchschnittsziffern für 1914 wirken sich zum Teil schon Kriegseinflüsse aus; bei Krupp kommen zu den Löhnen seit Kriegsausbruch Naturalzuwendungen usw. hinzu.

ließ. Allerdings zeigt die Lohnverdienstkurve bei den Stücklohnempfängern Ausnahmen von dieser Stetigkeit infolge Änderungen der Lohnbemessungssysteme und auch gelegentlich der Arbeitszeiten. Bei den Eisenbahnwerkstättenarbeitern haben die mitgeteilten Lohnbeträge einerseits den Vorzug, Durchschnittssätze für das ganze preußische Gebiet darzustellen im Gegensatz zu den anderen mitgeteilten Lohnsätzen, die nur örtliche oder bezirkliche Bedeutung haben; andererseits liegt in diesen Durchschnittsziffern für ein ganzes großes Land der Nachteil, daß das starke Anschwellen von Belegschaftsgruppen in ländlich gelegenen Eisenbahnwerkstätten, die neu errichtet oder erheblich erweitert wurden, auf den bisher von den mehr städtischen Bahnwerkstätten bestimmten Durchschnittssatz herabdrückend wirken mußte und umgekehrt.

Schließlich darf bei fast allen Lohnangaben nicht vergessen werden, daß es sich um mittlere Lohnfestsetzungen handelt — in den Jahren seit 1907/08 vielfach auch um tarifliche Mindestlohnsätze — also fast nirgends (außerhalb der Schichtverdienstberechnungen im Bergbau) um Istlohnverdienste, die aus einer großen Summe tatsächlicher Lohnauszahlungen ermittelt worden wären. Es sind Lohnnormen, die jeweils in dem Gewerbezweig als üblich galten. Die tatsächlichen Wochenlohnverdienste der Arbeiter der betreffenden Gruppe werden meistens darüber gelegen haben infolge Überstunden oder besonderer Leistungszulagen oder infolge Akkordarbeit, manchmal aber auch darunter infolge Kurzarbeit, Behinderungen aller Art, um von längeren Krankheits- und Arbeitslosenzeiten gar nicht zu reden. Letztere lassen sich in ihrem Umfange und Einfluß auf die Jahreslohnverdienste der einzelnen Berufszweige nach der Vorkriegsstatistik (mit Ausnahme etwa des Buchdruckgewerbes) nur sehr schwer erfassen und abschätzen. Immerhin sollen einige symptomatische Ziffern für die Bewegungen des Beschäftigungsgrades, von denen die tatsächlichen Lohnverdienstmöglichkeiten ja entscheidend abhängen, an gegebener Stelle noch mitgeteilt werden, weil sie zur ergänzenden Beurteilung der Lebenshaltungsumstände der arbeitenden Klassen unerlässlich sind. Die mitgeteilten Bergarbeiterlöhne sind, um auch diesen für den horizontalen und vertikalen Vergleich erheblichen Punkt nicht unbeachtet zu lassen, Nettolohnverdienste nach Abrechnung

aller Abzüge, die dem Arbeiter für die Überlassung von Gerät usw., für die Beiträge zur Sozialversicherung usw. gemacht worden sind. Da die für letztere Beiträge beanspruchten Gegenleistungen sozialer Fürsorge für die Lebenshaltung der Bergarbeiter wichtig sind, müssen diese »aufgesparten« Lohnverdienstteile am Rande ernstlich gewürdigt werden. 5 bis 7 vH des Lohnes mögen sie beim Bergarbeiter in den 1890er Jahren, 6 bis 10 vH in den Jahren zwischen 1900 und 1912 ausgemacht haben. Die Lohnangaben für die übrigen gewerblichen Berufszweige schließen den Versicherungsbeitragsanteil des Arbeiters noch in sich. Er ist in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege für Invaliden- und Krankenversicherung zusammen auf 3,6 vH des Lohnes zu schätzen. Der ergänzende Arbeitgeberbeitrag, der auch die Unfallversicherung mitträgt, hat im großen Reichsdurchschnitt 4,3 vH des Lohnes ausgemacht und ist noch zu dem Lohnverdienst des Arbeiters als gesparter Zuschlag, der in entsprechenden Sachleistungen und sozialen Hilfsdiensten ihm in Notfällen zugute kam, hinzuzurechnen. Vor 1900 waren diese Versicherungsbeiträge etwas geringer.

Trotz dieser Einschränkungen der Geltungskraft der mitgeteilten Lohnangaben können wir den Schluß darauf gründen, daß in den beiden Jahrzehnten 1893/1903 und 1903/1913 die Lohnentwicklung der gewerblichen Arbeiter ein immer rascheres Tempo angenommen hat, und zwar — das ist das Charakteristische für die deutsche Lohnpolitik jener Vorkriegszeit und das sozial Gesunde — ein um so rascheres Tempo, je tiefer die Löhne am Ausgangspunkte um 1893/98 gestanden hatten, d. h. in jenen Jahren, wo die deutsche Industriewirtschaft nach langen schweren Depressionsperioden sich langsam zu kräftigen und zu einem Aufstieg zu rüsten begann. Die um 1895 schlechtest entlohten Arbeitergruppen, wie z. B. Bauhilfsarbeiter in Provinzstädten, in denen die gewerkschaftliche Organisation damals noch nicht Fuß gefaßt hatte und noch unter 25 Pf Stundenlohn gezahlt wurde, oder ungelernte Werkstättenhandarbeiter und Bahnunterhaltungsarbeiter, die kaum 2,35 bzw. 2 M Tagelohn 1895 verdienten, und auch die Arbeiter in den ober-schlesischen Steinkohlengruben, die für ihre schwere Arbeitsschicht 1893 erst 2,74 M bezogen, sind bis 1913 um 64, 77, 82, 93 vH in ihren Tagesverdiensten gestiegen, obgleich die Arbeitszeiten sich inzwi-

schen mehr oder weniger verkürzt hatten. Die um 1895 bereits höher entlohnnten Arbeiter, die damals zwischen 3,50 M und 4 M täglich verdienten, sind im allgemeinen um 40 bis 50 vH bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung vorangekommen. Die tariflichen Mindestlohnangaben für die Buchdrucker lassen sich wegen der meist fünfjährigen Tarifvertragsperioden nicht in diese Lohnentwicklungsstaffeln ohne weiteres einfügen; vor allem aber sind es formale Minima, die in der Praxis bei günstigerem Beschäftigungsgrade stets beträchtlich überstiegen worden sind.⁷ Die 1895 am höchsten bezahlten Arbeiter — wie die Saisonmaurer der Großstädte — sind bei allerdings erheblicher Verkürzung des Arbeitstages um etwa 30 bis 40 vH in ihren Tagesverdiensten bei Zeitlohn gestiegen.⁸ Die Akkordverdienste, die die Lohnstatistik offiziell nicht erfaßt hat, liegen erfahrungsgemäß sehr viel höher. Die außerordentliche Steigerung der Bergarbeiterjahresverdienste im Ruhrrevier um fast 100 vH, die nicht nur aus der technisch-organisatorischen und geologischen Verbesserung der Abbauverhältnisse, sondern auch aus der wachsenden Beschäftigungsstetigkeit und der Steigerung der Überschichten zu erklären ist, steht auf einem besonderen Blatte.

Die hervorgehobene beträchtliche Temposteigerung bei diesem Lohnaufstieg in der Vorkriegsperiode erhellt aus einem vergleichenden Blick auf das erste Jahrzehnt 1893/1903 und das zweite Jahrzehnt 1903/1913. Im ersten Jahrzehnt oft kaum 10 vH, höchstens 15 bis 20 vH Lohnsteigerung mit Ausnahme der begünstigteren Bergarbeiter. Im zweiten Jahrzehnt aber dann überall eine Verdopplung, Verdreifachung und Vervielfachung dieser Wachstumsprozente des Lohnstandes, und zwar je mehr wir uns dem Jahre 1913/14 nähern, um so flotter ist diese Hebung des Lohnstandes trotz gleichzeitiger Verringerung der täglichen Arbeitsdauer. Wir legen dieser Betrachtung wohlgermerkt stets die Tageslohnbezüge, nicht die Stundenlohnbeträge unter, sonst

⁷ Während die Buchdrucker nach dem Tarifminimum 1913 nur auf 1800 M in 52 vollen Arbeitswochen gekommen wären, schätzte die Gewerbeaufsicht das tatsächliche Jahreseinkommen der gelernten Setzer überwiegend auf 2000 bis 2600 M.

⁸ Die Jahresverdienste der gelernten Maurer in Groß-Berlin betrugen bei Zeitlohnarbeit nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten 2000 bis 2400 M, die der Zimmerer 2000 bis 2500 M.

wären die Steigerungsziffern noch ausgiebiger. Von dieser nominalen Lohnseite aus gesehen, waren es also allem Anschein nach zunehmend günstige Aufstiegstendenzen, in die die Kriegskatastrophe plötzlich einschlug.

Die absolute Verdiensthöhe bei den verschiedenen Gruppen

Jedoch dürfen wir uns durch die *prozentualen* Ziffern der relativen Hebung des Lohnniveaus nicht blenden lassen. Der Arbeiter ist nicht so sehr an den Prozents des Lohnfortschritts, sondern vor allem an den absoluten Lohnbeträgen, die er verdient, interessiert. Da finden wir im Stand der Tagesverdienste, den die untersuchten Arbeitsgruppen kurz vor dem Kriege erreicht hatten, deutliche Abstufungen bei den gelernten Arbeitern: Ruhr-Bergarbeiter (unter Tage) und großstädtische Maurer und Zimmerer (ohne Überstunden und Akkord) verdienten 6 bis 7 M und darüber täglich oder 35 bis 40 M wöchentlich. Bei den Maurern und Zimmerern sind allerdings bei Betrachtung des Jahresverdienstes Verdienstaufschläge in zwei bis drei Wintermonaten zu veranschlagen. Auf der zweiten Lohnstufe bewegten sich die gelernten groß- und mittelstädtischen Handwerker — Buchdrucker, Schlosser, Eisenbahnhandwerker, ferner die großstädtischen Bauhilfsarbeiter und die oberschlesischen Bergarbeiter — mit Tagesbezügen (Überstunden und Akkordüberdienste nicht gerechnet) von 5 bis 5½ M oder 30 bis 35 M in der Woche.

Die dritte Stufe bildeten die ungelernten oder angelernten Arbeiter in den Groß- und Mittelstädten mit etwa 4,5 M Tagesverdienst oder 27 M Wochenverdienst. Und endlich darunter eine Klasse von ungelernten gewerblichen Arbeitern in Mittel- und Kleinstädten, die zwischen 3 und 4 M täglich oder wöchentlich 20 bis 25 M verdienten.

Über die zahlenmäßige Besetzung dieser Lohnstufen ist leider nichts Bestimmtes auszusagen. Die nur kleine mögliche Auswahl von statistisch für längere Zeit genauer erfaßten Berufsgruppen gestattet natürlich keine Verallgemeinerung der Ergebnisse. Immerhin kann man ihnen aus der Erfahrung heraus und gestützt auf sonstiges lohnstatistisches Stichprobenmaterial aus den letzten Vorkriegsjahren einige Bedeutung für die Mindestentlohnung männlicher Arbeiter wenigstens in Groß- und Mittelstädten beimessen.

a) Männergruppen

Eine nachträgliche Stichprobenerhebung des Statistischen Reichsamtes im September 1916, die die lohnstatistischen »Unterlassungssünden der Vorkriegszeit« — wie es in der Einleitung zu der reichsamtlichen Veröffentlichung über die »Lohn- und Gehaltserhebung vom Februar 1920« (S. 18) heißt — einigermaßen wieder gutmachen sollte, ergab folgende durchschnittlichen Tagesverdienste erwachsener männlicher Arbeiter in den beiden letzten Märzwochen in 1914 gemäß den Angaben von Verbänden und Betrieben, die sich an der monatlichen Berichterstattung über die Arbeitsmarktlage an das Reichsarbeitsblatt regelmäßig zu beteiligen pflegten.

Insgesamt männliche erwachsene Arbeitnehmer in den gewerbeaufsichtspflichtigen Betrieben 1912 vorhanden:		Der Arbeitslosenindex 1911/13 ⁹ Minim. — Maxim.	Drei Jahresdurchschnitt d. Arbeitslosen	Tagesverdienst
Vervielfältigungsgewerbe	132 000	0,9—6,1 vH	4,3 %	6,65 M
Nahrungs- und Genußmittel-Industrie.....	455 000	1,0—10,6 vH	3,5 %	5,70 M
Metallindustrie.....	508 000	} 0,6—2,7 vH	1,9 %	5,54 „
Maschinenbauindustrie (geschätzt).....	725 000			5,37 „
	1 688 000			
Chemische Industrie....	136 000	?	?	5,15 M
Leder- u. Gummiindustrie	89 000	1,0—5,4 vH	1,8 %	5,07 „
	225 000			
Industrie der Steine und Erden.....	550 000	0,6—2,9 vH	3,1 %	4,48 M
Holz- und Schnitzstoffgewerbe.....	383 000	0,6—10,8 vH	4,2 %	4,22 „
Elektrotechnische Industrie (geschätzt)....	250 000	?	?	4,52 „
	1 183 000			
Papierindustrie.....	113 000	2,1—3,4 vH	3,0 %	3,93 M
Bekleidungsgewerbe....	108 000	0,2—17,6 vH	4,2 %	3,77 „
Webstoffindustrie.....	400 000	0,8—2,2 vH	1,1 %	3,64 „
	621 000			
Zusammen	3 849 000			

⁹ Von je 100 Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaftsverbände waren arbeitslos am Ende der letzten Woche jedes Vierteljahrs. (Niederst- und Höchstziffern der drei Jahre 1911/13 nach Ausschaltung der beiden äußersten Quartile bei den berichtenden Verbänden.)

Wenn wir diesen Stichprobenangaben eine allgemeinere Geltung für die Beurteilung des Lohnstandes im Gesamtdurchschnitt der Betriebe der betreffenden Gewerbe zuerkennen wollen — gewiß eine sehr kühne Anmaßung, aber ohne gewagte Hypothesen können wir auf diesem heikelsten sozialstatistischen Gebiet überhaupt keinen Schritt vorankommen —, so würde daraus als Gesamtbild der Entlohnung von fast 4 Millionen teils gelernten, teils angelernten gewerblichen Arbeitern (ohne Rücksicht auf Stadt und Land, Groß- oder Kleingemeinde) sich folgende summarische Lohnklassengliederung Anfang 1914 ergeben. (Die großen Montanindustrien und Baugewerbe mit ihren mehr als 2 Millionen erwachsenen männlichen Arbeitern scheiden bei dieser Betrachtung ebenso aus wie die Arbeiter der zahllosen Kleinbetriebe, die weniger als 5 Personen ohne motorische Hilfskraft beschäftigten.)

Von jenen 4 Millionen gewerblicher Arbeiter hatten kurz vor dem Kriege:

rund $6\frac{2}{3}$ M Tagesverdienst oder 40.— M Wochenverdienst: $3\frac{1}{2}$ vH			
„ $5\frac{1}{2}$ M	„	„ 33.— M	„ 44 vH
„ 5 M	„	„ 30.— M	„ 6 vH
„ $4\frac{1}{2}$ M	„	„ 27.— M	„ $30\frac{1}{2}$ vH
„ $3\frac{3}{4}$ M	„	„ 22.50 M	„ 16 vH

Die Jahresarbeitsverdienste in den einzelnen Gruppen würden sich durch Vervielfältigung der Tagesverdienste mit rund 300 Arbeitstagen ergeben, abzüglich der Verdienstauffälle für die ermittelten Arbeitslosigkeitsquoten, die sich im Durchschnitt der drei Jahre 1911 bis 1913 in den einzelnen Gewerbebezügen zwischen 1,1 und 4,3 vH der überhaupt beschäftigten (organisierten) Arbeiter bewegten. Freilich beziehen die ermittelten Arbeitslosenziffern auch die weiblichen Verbandsmitglieder mit ein, während die obigen Lohnangaben und die zu errechnenden Jahresarbeitsverdienste sich nur auf männliche erwachsene Arbeiter erstreckten. Aber da die Beteiligung der weiblichen Arbeiter an den Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften nur gering war und eigentlich nur in den Textilgewerben und bei den Buchbindern und Buchdruckereihilfsarbeitern eine gewisse Rolle spielte, fällt ihre Zahl bei der Feststellung der an sich stets unsicher bleibenden Arbeitslosenquote

nicht erheblich ins Gewicht. Und für die Ermittlung der Jahresarbeitsverdienste spielen die Verdienstaufschläge durch mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitstage, die erfahrungsgemäß für jedes versicherte Kassenmitglied im Durchschnitt des ganzen Deutschen Reiches in den Jahren kurz vor dem Kriege etwa acht Tage jährlich ausmachten, und durch sonstige Behinderungen bei den meisten Arbeitergruppen mindestens die gleiche Rolle wie die Arbeitslosigkeit, die durchschnittlich je nach dem Gewerbe ein bis zwei Wochenverdienste den Arbeitern entzog.

Wir werden also zusammenfassend aus allem bisher Entwickelten zu dem Schlusse kommen: Die seit 1895 und besonders seit der Jahrhundertwende in rasch zunehmendem Tempo sich vollziehende Hebung des Lohnstandes der männlichen gewerblichen Arbeiter hat 1913/14 etwa zu folgender Verdienstklassengliederung unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit geführt: Rund die Hälfte der männlichen Industriearbeiter verdiente 5 bis $5\frac{1}{2}$ M täglich oder im Jahre (bei 365 — 60 Sonn- und Feiertagen sowie 15 Krankheits- und Arbeitslosentagen = 290 Werktagen) 1450 bis 1600 M. Ein Drittel der männlichen Industriearbeiter dürfte bei $4\frac{1}{3}$ M Tagesverdienst auf 1300 M Jahreseinkommen aus gewerblicher Tätigkeit gekommen sein. Die übrigen Arbeitergruppen werden, wenn man die besser bezahlten Bergarbeiter, Hüttenarbeiter, Eisenbahnhandwerker und sonstige höher qualifizierte Arbeiter in die Rechnung einbezieht, zur Hälfte Spitzeneinkommen von 1800 bis 2000 M und darüber (bei 6 bis 7 M Tagesverdienst und mehr) gehabt haben, während die andere Resthälfte, meist angelernte und ungelernte Arbeiter, sich mit kümmerlichen Tagelöhnen von 3 bis 4 M, das heißt mit Jahresbezügen von rund 1000 M oder etwas weniger oder etwas mehr durchschlagen mußten.

b) Frauengruppen

Bisher war nur von den männlichen Industriearbeitern und ihren Löhnen die Rede. Sie sind vor allem maßgebend für die Lebenshaltungsfrage der arbeitenden Klassen, da unter den männlichen Arbeitern eben die verheirateten Ernährer der Arbeiterfamilien sich befinden, deren Lebensbedarf und Unterhalt aus den männlichen Arbeitsverdiensten größtenteils — mindestens

zu vier Fünfteln — befriedigt werden muß. Die Lohnverdienste der Frauen und Mädchen (und Burschen), die nur noch kurz den Männerlöhnen gegenübergestellt werden sollen, sind überwiegend nur Zuschußverdienste zu einem noch aus anderen Quellen mehr oder weniger stark gespeisten Haushalt, brauchen also nicht die gleichen Unterhaltsansprüche wie der Männerlohn zu bestreiten, ganz abgesehen davon, daß die Lebensbedürfnisse auch der allein auf sich selbst gestellten Frau niemals den Individualbedürfnissen des Mannes gleichkommen. Aber die Kenntnis des Lohnniveaus der gewerblich arbeitenden Frauen ist doch wichtig genug: einmal für die Beurteilung des Problems, mit welchen Mitteln ein arbeitender Mensch jeweils in einer gegebenen Wirtschaftsperiode überhaupt zu leben vermag, denn schließlich soll auch der niedrigste Frauenlohn das Existenzminimum für ein Einzelwesen decken, und zum anderen wichtig für die Erwägung, welche Verdienstzuschüsse zu den Arbeiterhaushaltungen, denen die meisten gewerblich tätigen Frauen und Mädchen zugehören, aus deren Löhnen in einem Jahre zuströmen und zur Verbesserung des Arbeiterfamilieneinkommens und damit zur Förderung der Lebenshaltung beitragen können.

Vergleichbare genaue Entwicklungsreihen für Frauenlöhne von maßgeblicher Bedeutung sind vor dem Kriege nicht vorhanden. Wir können nur ein summarisches Parallelbild der Frauenentlohnung Ende März 1914 zu der oben geschilderten Männerentlohnung (auf Grund der nachträglichen reichsamtlichen Stichprobenerhebungen von 1916) geben:

Zahl der beschäftigten Frauen in den aufsichtspflichtigen Betrieben nach den Gewerbeaufsichtsbeamtenberichten für 1912		Durchschnittlicher Tagesverdienst erwachsener weiblicher Arbeitskräfte ¹⁰
Leder- und Gummiindustrie	20 000	2,82 M
Elektrotechnische Industrie	35 000 ¹¹	2,75 „
Vervielfältigungsgewerbe	45 000	2,56 „
	<u>100 000</u>	<u> </u>

¹⁰ Nach Stichprobenerhebungen für die beiden letzten Märzwochen 1914 bei den regelmäßig über den Arbeitsmarkt an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Verbänden und Betrieben.

¹¹ Geschätzt nach den Betriebszählungsergebnissen von 1907.

Zahl der beschäftigten Frauen in den aufsichtspflichtigen Betrieben nach den Gewerbeaufsichtsbeamtenberichten für 1912		Durchschnittlicher Tagesverdienst erwachsener weiblicher Arbeitskräfte
Chemische Industrie.....	25 000	2,36 M
Webstoffindustrie	454 000	2,31 „
Bekleidungsgewerbe	257 000	2,23 „
Maschinenbauindustrie.....	43 000	2,28 „
Metallindustrie	75 000	2,04 „
Papierindustrie	63 000	2,15 „
Nahrungs- u. Genußmittel-Industrie..	187 000	2,10 „
	<u>872 000</u>	
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	35 000	1,99 M
Industrie der Steine und Erden.....	74 000	1,65 „
	<u>109 000</u>	
Zusammen.....	<u>981 000</u>	

Die Lohnverdienste der Frauen bewegten sich, unter Wegfall einer Spitzenlohnklasse überhaupt, etwa auf der Hälfte der männlichen Tagesverdienste. Allerdings sind die Industriezweige in der Lohnrangordnung für die Frauen wesentlich anders geschichtet als die der Männerentlohnung. In den Industrien, in denen die Frauen eine zahlenmäßig stark untergeordnete Rolle neben den Männern spielten, wie zum Beispiel in den Holz- und Schnitzstoffgewerben und der Industrie der Erden und Steine und der Metallindustrie, war ihre Entlohnung am niedrigsten. In den modernen aufblühenden Industrien der Chemie, der Elektrotechnik, der Leder- und Gummiverarbeitung und Polygraphie zeigte die Frauenentlohnung entschiedene Aufstiegstendenzen. Die der Frau angeborene Arbeit für die Textil- und Bekleidungsindustrie bestimmte das Zentrum der Lohngestaltung für die Industriearbeiterinnen überhaupt. Die hier geltenden Tagesverdienste von rund 2,25 M schienen vor dem Krieg die typische Lohnnorm für die gewerbliche Arbeiterin zu sein. Die Löhne von drei Vierteln unter einer Million hier betrachteter Arbeiterinnen kreisten 1914 um diese Lohnnorm, bald um 10 Pf darüber hinausgehend oder um 10 Pf dahinter zurückbleibend. 10 vH der Arbeiterinnenmassen bildeten mit 2,50 bis 2,80 M Tagesverdienst eine Oberschicht, 10 vH mit 1,65 bis 2,00 M bildeten die Unterschicht.

Nehmen wir für die gewerblichen Arbeiterinnen (aus Mangel

an genaueren Feststellungen) an, daß auch sie ähnlich wie die Männer in den letzten Vorkriegsjahren durchschnittlich nur zu 3 bis 4 vH an Arbeitslosigkeit litten und nur acht Tage im Jahre erwerbskrank feierten, also 290 Tage im Jahre ihrem Verdienst nachgehen konnten, so würden aus jener 1 Million von Frauen, die in aufsichtspflichtigen Betrieben standen, sich folgende drei Klassen nach dem jährlichen Arbeitseinkommen gliedern lassen:

Etwa 100 000 Arbeiterinnen mit rund 800 M Jahresverdienst, 800 000 Arbeiterinnen mit rund 650 M Jahresverdienst, 100 000 Arbeiterinnen mit rund 525 M. Bei den meisten dieser Arbeiterinnen brauchte dieser Jahresarbeitsverdienst nicht zur vollen Unterhaltsbestreitung einer selbständigen Existenz auszureichen, denn etwa drei Fünftel der Arbeiterinnen standen erst im Alter von 16 bis 21 Jahren, dürften also größtenteils noch einem elterlichen oder Verwandtenhaushalt angehört haben, der die in die Fabrik gehenden weiblichen Mitglieder gegen Zuschüsse aus ihrem Verdienste mit Wohnung, Heizung und Nahrung mitversorgte. Der Prozentsatz der verheirateten Frauen unter den gewerblichen Arbeiterinnen überhaupt, die einschließlich der in Kleinbetrieben tätigen Frauen etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen (1907) ausmachten, war nach dem Durchschnittssatz der Berufszählung von 1907 auf knapp ein Fünftel zu veranschlagen, zu denen (1907) rund 8 vH verwitwete oder geschiedene Industriearbeiterinnen im ganzen Reich sich gesellten. Selbständig für sich und etwaige Kinder zu sorgen hatte damals von den oben gegliederten Lohngruppen der Fabrikindustriearbeiterinnen wahrscheinlich nur eine verhältnismäßig dünne Schicht. Die übrigen Arbeiterinnen waren Mitverdienerinnen einer ihnen nahestehenden Familie, deren Lebenshaltung sie durch ihre Lohnbeiträge mehr oder weniger aufzubessern vermochten.

Um zu prüfen, ob diese auf ziemlich schmale Unterlagen gestützte Skizze einer allgemeinen Verdienstklassengruppierung der männlichen und der weiblichen Fabrikarbeiterschaft (nur auf die Belegschaft der aufsichtspflichtigen Betriebe, nicht auf die gesamte in sonstigen Kleinwerkstätten oder in Heimarbeit tätige gewerbliche Arbeiterschaft beziehen sich unsere Schätzungen) sich mit lohnstatistischen Ermittlungen aus anderen Quellen in Einklang bringen läßt, seien noch die Anschreibungen der Tariflöhne aus den gewerblichen Arbeitstarifverträgen kurz ver-

glichen. Hier handelte es sich allerdings meist um Lohnnormen, die als Richtpunkte für die Mindestentlohnung für die unterste Arbeitergruppe am billigsten Orte eines Tarifvertragsbezirks gelten sollten, also nicht um tatsächliche Lohnverdienstangaben, die in den meisten Fällen wesentlich höher liegen dürften.

Die Besetzung der höheren und niederen Einkommensstufen

Die letzte amtliche, auf Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbandsberichten aufgebaute Tarifvertragsstatistik, die die im Jahre 1913 neu abgeschlossenen oder erneuerten 5366 Firmen-, Ort-, Bezirks- und Reichstarifverträge erfaßte (von sehr ungleichartigem Geltungsbereich, da in dieser Statistik auch die kleinsten Gehilfenbetriebe neben den Großbetrieben gezählt wurden), zeigte folgende Lohnstufengliederung für männliche und für weibliche Arbeiter:¹²

Die 912 000 *gelernten* Arbeiter, für die tarifliche Stundenmindestlöhne mitgeteilt sind, verteilten sich mit 3,6 vH (33 000) auf die unterste Klasse bis zu 35 Pf, mit 18 vH (164 000) auf die nächste Unterklasse von 35 bis 45 Pf Stundenlohn, mit 36 vH (fast $\frac{1}{3}$ Million) und 26 vH (236 000) auf die Mittelklassen von 45 bis 55 Pf und 55 bis 65 Pf. Rund 150 000 oder 16 vH bildeten die Oberklasse mit 65 bis 75 Pf und mehr Stundenlohn.

Die in Wochenlohn stehenden *gelernten* Arbeiter, von denen 288 000 von der Tarifstatistik 1913 erfaßt sind, gruppieren sich entsprechend: bis zu 20 M Mindestlohn 5,6 vH (15 000), 20 bis 25 M 21 vH (60 000), 25 bis 30 M 52 vH (149 000), 30 bis 35 M 15 vH (44 000) und 35 bis 40 M und darüber 6 vH (18 000). Die Verteilung wich von der bei den Stundenlöhnern nur geringfügig ab. Die breite Mittelklasse von 25 bis 30 M Durchschnittsverdienst nahm mit zwei Drittel (67 vH) aller statistisch erfaßten Wochenlöhner einen fast noch größeren Platz als bei den Stundenlöhnern (62 vH) ein.

Bei den *ungelernten* Arbeitern war die prozentuale Glieder-

¹² Bei den Männern ist außerdem eine Trennung nach gelernten und ungelerten (Hilfsarbeiter, Handlanger usw.) Kräften versucht; und schließlich müssen nach der Art der Lohnzahlung Stundenlöhne und Wochenlöhne getrennt werden; bei ersteren ist der wöchentliche Lohnverdienst durch Sonn- und Feiertage oder sonstige vom Arbeiter nicht verschuldete Ausfallstunden beeinflusst.

rung recht ähnlich, nur mit dem Unterschied, daß die Lohnstaffeln insgesamt tiefer ansetzten und nicht so hoch nach oben reichten. 12½ vH (70 000) der 564 000 erfaßten Stundenlöhner entfielen auf die unterste Klasse bis zu 35 Pf Mindestlohn, 37 vH (208 000) und 31 vH (173 000) auf die Mittelstufen von 35 bis 45 Pf und 45 bis 55 Pf, endlich 17 vH (96 000) auf die oberen Lohnklassen von 55 bis 65 Pf und nur 3,4 vH (19 000) stiegen über 65 und 75 Pf hinaus. Dieser Staffelung der ungelernten Stundenlöhner entsprach die Verteilung von 176 000 ungelernten Wochenlöhnenempfängern:

21 vH (38 000) bis 20 M
 39 vH (69 000) 20—25 M
 28 vH (51 000) 25—30 M
 11 vH (16 000) 30—35 M
 1 vH (2 000) 35—40 M

Versucht man die gesamten Tariflöhnergruppen — auch die der Stundenlöhner — in große Wochen- bzw. Jahresverdienstklassen nach dem früher gewählten Einteilungsschema zu klassifizieren, so würde sich folgendes ergeben unter der Annahme, daß die geringer entlohten Stundenlöhner mindestens 60 Stunden in der Woche arbeiteten und Lohn empfangen, die mittel und besser entlohten Stundenlöhner durchschnittlich 9- bis 9½stündige Arbeitszeit hatten, also 54 und 57 Stundenlöhne in der Woche empfangen. Die Jahresverdienste sind — nach Abzug von zwei Wochenlohnausfällen für Krankheit und Arbeitslosigkeit — durch Vervielfältigung mit 50 errechnet.

Gelernte Arbeiter					Ungelernte Arbeiter ¹³			
Wochen- mindest- verdienst	Stunden- löhner	Wochen- löhner	Insgesamt	%	Stunden- löhner	Wochen- löhner	Insgesamt	%
bis 20 M	33 000	16 000	49 000	4	74 000	38 000	112 000	15
20—25 „	164 000	60 000	224 000	19	207 000	69 000	276 000	37
25—30 „	330 000	149 000	479 000	40	173 000	51 000	224 000	30
30—35 „	236 000	44 000	280 000	23	95 000	16 000	111 000	15
35—45 „	148 000	18 000	166 000	14	19 000	2 000	21 000	3
			1 198 000	100%			774 000	100%

¹³ Das Zahlenverhältnis aller gelernten zu allen ungelernten Industriearbeitern war nach der Berufszählung von 1907 4,9 Millionen zu 3,5 Millionen oder 58 : 42 (gegenüber 65 : 35 im Jahre 1895). Die Angaben sind sehr unsicher.

Tariflöhner insgesamt	Jahresverdienst	%
161 000	bis 1000 M	8
500 000	1000—1250 „	26
703 000	1250—1500 „	36
391 000	1500—1750 „	20
187 000	1750—2250 „	10
<u>1 942 000</u>		<u>100%</u>

Beim Vergleich dieser — wie gesagt — auf tariflichen Mindestlohnnormen aufgebauten Verdienstklassenübersicht mit unserer obigen, auf Stichproben tatsächlicher Lohnverdienste gestützten Übersicht zeigt sich eine hinlängliche Parallelität. Nach der Tarifstatistik besetzten $36 + 20 = 56$ vH, also reichlich die Hälfte der Tariflöhner — und zwar unter sehr starkem Einfluß der ungelerten Arbeiter und der Arbeiter in den Handwerkskleinbetrieben —, die mittleren Verdienstklassen um 1500 M (zwischen 1250 und 1750 M Jahresverdienst) oder 25 bis 35 M Wochenmindestlohn, während unsere frühere Gliederung, die die gelerten Arbeiter stärker berücksichtigte, 50 vH erwachsene männliche Arbeiter mit 30 bis 33 M Wochenverdienst aufwies. Ein Viertel der Arbeiter pendelte nach der Tariflohnstatistik um 4 M tariflichen Mindestlohn oder 1100 bis 1200 M Jahresverdienst. Unsere frühere Übersicht stellte 30 vH der Arbeiter als Bezieher von $4\frac{1}{2}$ M Tages- oder 27 M Wochenverdienst hin. Nach der Tarifstatistik erreichten 8 vH knapp den Mindestlohn von 20 M oder 1000 M Jahresverdienst. Nach der früheren Schätzung standen 16 vH auf der Lohnstufe von durchschnittlich $22\frac{1}{2}$ M Wochenverdienst. Mit Ausnahme der obersten Lohnklasse, die in der Tarifstatistik prozentual etwas stärker besetzt ist als die entsprechende Oberklasse unserer früheren Übersicht, zeigt letztere Liste fast durchweg eine geringe Verschiebung des Lohnstandes der einzelnen Gruppen nach oben hin. Das erklärt sich zu einem Teil rein statistisch-technisch aus der etwas abweichenden Lohnstufenabgrenzung, zum anderen aber aus dem Umstand, daß die Tarifstatistik fast nur Mindestlohnnormen angibt, während wir oben von tatsächlich erzielten Lohnverdienstbeträgen ausgingen, und schließlich mag der zeitliche Unterschied (die Tarifstatistik bezieht sich auf 1913, unsere Stichprobengrundlagen stammen vom März 1914) zugunsten des

Plus in unserer ersten Übersicht sprechen. Jedenfalls sind aus zwei ganz voneinander unabhängigen Quellen zwei Gesamtbilder der Lohnverteilung und der Verdienstklassengruppierung für sehr große, freilich nicht für alle Teile der männlichen Industriearbeiterschaft, die mehr als 4 Millionen Köpfe umfassen, gewonnen worden, die sich in allen entscheidenden Zügen einander sehr ähneln. Das spricht für den Wirklichkeitsgehalt unserer Ermittlungen auf diesem außerordentlich fragwürdigen, für die Beurteilung der Lebenshaltungsmöglichkeiten aber grundlegend wichtigen Gebiete.

Über die Entlohnung der weiblichen Industriearbeiter besagte die allerdings hier sehr schmale Tariflohnstatistik von 1913 nur, daß in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Betriebe (88 vH), die 1913 neue Tarifverträge anerkannt haben, an gelernte Arbeiterinnen über 35 Pf Stundenmindestlöhne oder über 20 M Wochenmindestlöhne zu zahlen waren, während für ungelernte Arbeiterinnen die tarifliche Mindestlohnnorm in der überwiegenden Zahl der Betriebe (73 vH) sich zwischen 20 und 30 Pf und bei den Wochenlöhnerinnen in 67 vH der Betriebe zwischen 10 und 15 M bewegte. Die hier angegebenen Lohnnormen sind für die gelernten Arbeiterinnen etwas günstiger, für die ungelernten hingegen etwas ungünstiger als unsere auf Stichproben vom März 1914 gestützten Verdienstziffern.

B. Der Lebensbedarf der Arbeiter und seine Befriedigung vor Kriegsausbruch

Wie lebten nun die deutschen Arbeiter bei dieser Entlohnung? Selbstverständlich je nach Stadt und Land, nach Reichsbezirken und Berufen sehr verschieden. Darüber können wir hier nicht besonders reden, müssen uns aber dessen stets bewußt bleiben. Hier kann es sich nur darum handeln, ungefähr zu ermessen, wie die Kaufkraft der Löhne sich vor dem Kriege entwickelt und zuletzt gestaltet hat und wie die Arbeiterfamilien auf den verschieden hohen Lohnverdienststufen, die wir beschrieben haben, ihren Lebensbedarf zu befriedigen imstande waren.

Der wesentliche Lebensbedarf der Arbeiterfamilien gliederte sich in dem Jahrzehnt vor dem Kriege, nach allen uns zugänglichen Hauswirtschaftsrechnungen zu urteilen,¹⁴ ziemlich regel-

¹⁴ Vgl. zu diesem und den folgenden Abschnitten die Übersichtstafel S. 317.

mäßig in Nahrungsbedarf mit gut rund 50 vH aller Ausgaben —, je nach der Familienkopfbzahl und dem Umfang der Genußmittel, vor allem Alkohol und Tabak, schwankend —, in Wohnbedarf, der sich besonders nach der Familienkopfbzahl und ferner nach dem Charakter des Wohnbezirks richtete und mit der Einkommenshöhe zwar absolut zu steigen, aber prozentual im Verhältnis zu den Gesamtausgaben zu sinken pflegte (15—20 vH), in Bedarf an Heizung und Beleuchtung (4 vH), an Kleidung, Wäsche und Reinigung (10 vH) und an »Sonstigem« (15—20 vH), das außer Steuern und Kassenbeiträgen die sogenannten Kulturausgaben für Bildung, Zeitung, Vergnügungen, Verkehrsmittel, Gesundheits- und Krankenpflege und Sparrücklagen oder Schuldendienst umfaßte.

Ernährungsweise und Ernährungskosten der städtischen Industriearbeiter auf verschiedenen Einkommensstufen

Der breiteste Lebensfaktor, die Ernährung, die die Hälfte des Haushaltbudgets etwa ausmachte und in den Städten, sofern den Arbeitern keine Schrebergärten zu eigener Naturalversorgung zur Verfügung standen oder der Bezug wohlfeiler Lebensmittel durch die Fabriken oder durch die ländliche Verwandtschaft nicht möglich war, nur bei besonderer Kostgestaltung verbilligt werden konnte, ist durch sein Kostengewicht für die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien entscheidend. Die Preisgestaltung der wichtigsten Lebensmittel in der Vorkriegszeit, die die Nahrungskosten bestimmte, ist also zu prüfen. Die Zusammensetzung der Ernährung gestattete freilich der überlegenden Hausfrau das Nahrungskonto elastischer zu gestalten, und die deutsche Arbeiterhausfrau war in der Vorkriegszeit noch überwiegend, mit Ausnahme einiger hyperindustrialisierter Bezirke, in denen die Arbeiterfamilie an innerem Gehalt und manchmal auch an Halt verlor und die auf Fabrikarbeit gehenden Töchter nicht mehr im Hause wirtschaften lernten, eine gute, ziemlich umsichtige Wirtschaftlerin. Das Ernährungskonto schwankte bei 522 untersuchten Arbeiterfamilien zwischen 47 und 54 vH, ja in einem Falle bei Schwerarbeitern, die nicht zu Haus essen und trinken konnten, bis zu 65 vH der Gesamtausgaben. Schon drängte in der großstädtischen Arbeiterbevölkerung — zumal in Berlin, Hamburg und im Ruhrrevier — die teurere animalische Kost die früher

Verteilung der Gesamtausgaben von Arbeiterfamilien 1907 und 1908 auf den typischen Einkommensstufen nach den Arbeiter^{14a} haushaltsrechnungen des Kaiserl. Statistischen Amts ^{14a} (1907) (St. A.) und des Metallarbeiterverbandes ^{14b} (1908) (M. V.)

Ausgabengruppen	1200—1600 M ¹⁵				1600—2000 M				2000—2500 M ¹⁵			
	154 Haushaltg. St. A.		80 Haushaltg. M. V.		196 Haushaltg. St. A.		116 Haushaltg. M. V.		127 Haushaltg. St. A.		91 Haushaltg. M. V.	
	M	vH	M	vH	M	vH	M	vH	M	vH	M	vH
Gesamtausgaben	1435,05	100	1440,69	100	1793,18	100	1759,02	100	2185,15	100	2148,56	100
und zwar für Nahrungs- u. Genußmittel . . .	787,86	54,9	805,89	55,9	927,32	51,7	936,77	53,2	1097,26	50,2	1118,01	52,0
davon												
für tierische Nhrsgmitt.	419,30	29,2	409,92	28,4	501,41	28,0	492,87	28,0	571,99	26,3	597,44	27,8
für pflanzl. u. Gewürze	247,46	17,4	274,28	19,0	287,78	16,1	308,64	17,5	332,57	15,2	343,26	16,0
für sonstige Nahrungs- und Genußmittel . .	121,10	8,3	121,69	8,5	138,13	7,6	135,26	7,7	192,70	8,8	177,31	8,2
f. Kleidg., Wäsche usw. . .	134,74	9,4	364,78	25,3	197,79	11,0	481,31	27,4	261,44	12,0	611,69	28,5
f. Wohnung u. Haushalt . .	241,00	16,8			317,63	17,7			370,42	17,0		
für Heizung u. Beleuchtg.	69,96	4,9	65,92	4,6	77,09	4,3	76,54	4,4	84,18	3,8	86,48	4,0
für Sonstiges	201,49	14,0	204,10	14,2	273,35	15,3	264,40	15,0	371,85	17,0	332,38	15,5
darunter Ersparnisse . .	5,34	0,4	?		17,61	1,0	?		27,78	1,3	?	
Versicherungen	46,40	3,2			58,10	3,2			64,36	2,9		
Vereinsbeiträge			91,60	6,4			110,54	6,28			124,49	5,8
Bildung, Unterhaltung, Vergnügen	51,09	3,6	25,56	1,8	70,01	3,9	35,71	2,0	92,84	4,2	47,25	2,20

^{14a} Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik. (2. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt.) Berlin 1909.
^{14b} 320 Haushaltsrechnungen von Metallarbeitern. Bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1909.
¹⁵ Die in beiden Erhebungen ziemlich schwach besetzten Einkommensstufen unter 1200 M und über 2500 M Jahreseinkommen sind in dieser Übersicht weggelassen.

vorherrschende und in ländlicheren Bezirken noch stark bevorzugte vegetabilische Kost in den Hintergrund. Während die 522 Wirtschaftsrechnungen von Arbeiterhaushaltungen, die das Reichsarbeitsblatt für 1907 eingesammelt hat, den Fleischanteil an den gesamten Ernährungskosten im Reichsdurchschnitt auf kaum 24 vH bezifferten, zeigten 16 nachprüfbare Berliner Arbeiterbudgets von 1907 und 1908 einen Fleischanteil von 30 bis 33 vH, und je geringer die Kopffzahl der Familie, um so größere Ausgaben für Fleisch, Speck, Wurst pflegte sich die Familie zu leisten. Umgekehrt stieg die Ausgabe für Brot und Backwaren, der nächstgrößte Ernährungsposten, in den untersuchten Arbeiterhaushaltungen (wie überhaupt in allen minderbemittelten Haushaltungen) mit der Kopffzahl der Familie und mit der Abnahme des auf jeden Kopf entfallenden Einkommensanteils. Im Durchschnitt machte er 17 vH der gesamten Ernährungskosten aus. Der drittwichtigste Posten — Milch — beanspruchte fast überall 9 bis 10 vH der Ernährungsausgaben, Eier, Fette und Käse 9 vH, Butter knapp 8 vH (bei den untersuchten Haushaltungen ungelernter Arbeiter allerdings nur 5½ vH), Kartoffeln 3 bis 4 vH (mit steigender Kopffzahl steigend), Grünwaren, Obst und Südfrüchte 4½ bis 5 vH (bei steigender Kopffzahl fallend), Kaffee, Tee, Schokolade usw. reichlich 3 vH, sonstige Getränke im Hause 3 bis 4 vH (mit steigender Kopffzahl fallend), Ausgaben in Gastwirtschaften 5 bis 7 vH (mit steigender Kopffzahl fallend), Zerealien, Hülsenfrüchte, Zucker, Salz, Honig usw. 5 bis 6 vH (mit der Kopffzahl steigend).

Insgesamt entfielen von den gesamten Ernährungsausgaben 51 vH auf die teureren tierischen Nahrungsmittel, 31 bis 33 vH auf die billigeren pflanzlichen Nahrungsmittel und 16 bis 17 vH auf die sonstigen Nähr- und vor allem Genußmittel. Die durchschnittlichen Gesamtausgaben für Ernährung auf den Arbeiterhaushalt wurden für 1907 mit 955 M oder mit 199,20 M je Kopf ermittelt, nach der Familienkopffzahl und der Einkommenskopffquote schwankend.

So die typische Gestaltung des Ernährungsbudgets in Deutschlands Arbeiterfamilien — nach Maßgabe der im Jahre 1907 amtlich untersuchten Haushaltungen mit sorgfältiger Jahresbuchführung, also der planmäßig verwalteten Arbeiterhaushaltungen, die allerdings wohl über den Durchschnitt sich erhoben und

darum nicht ohne weiteres als das Spiegelbild aller deutschen Arbeiterhaushaltungen angesehen werden können. Immerhin werden diese amtlich gewonnenen Ergebnisse durch die Zahlen der privaten Haushaltserhebung des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1908 bemerkenswert bestätigt (vgl. S. 317). Auch handelte es sich nach der Einkommensschichtung um Familien, deren Ernährer durchschnittlich ein Arbeitslohneinkommen von 1507 M hatten, wenn man die Nebeneinkünfte der Familien aus Frauen- und Kinderarbeit, Vermietung und Ersparnissen, Geschenken und Gartenbewirtschaftung beiseite läßt, die immerhin durchschnittlich 325 M ausmachten, also das Lohn-einkommen des Familienvaters um reichlich 20 vH verstärkten. Nach dem Jahreslohnverdienst gerechnet, haben wir es mit der am stärksten ausgebreiteten gewerblichen Lohnarbeiterklasse zu tun. Mithin erscheint eine Verallgemeinerung der hier gewonnenen Lebensbedarfsmaßstäbe einigermaßen berechtigt.

Dieselben Haushaltsrechnungen liefern uns auch den *Mengenverbrauch* je Kopf in den Arbeiterfamilien. Er betrug im Familiendurchschnitt: ¹⁶

	Fleisch	Wurst	Butter	andere Fette	Käse	Eier	Kartoffeln
in kg	101	29,8	35,2	28,5	18,3	392 Stück	437,9
je Kopf	21,2	6,3	7,4	6,0	3,8	82,4 „	92
			Kaffee	Milch	Bier		
in kg		14,7	504,3 l	272,1 l			
je Kopf		3,1	105,9 „	60,7 „			

Bemerkenswert ist bei dieser Mengenübersicht, daß sie von der in den im allgemeinen besser besoldeten Beamten- und Lehrerfamilien, die durchschnittlich 3187 M ausgeben konnten, bei den teureren Nahrungsmitteln deutlich nach unten abweicht, daß vor dem Kriege also noch ein sichtbarer Klassenunterschied in der Ernährung zwischen diesen beiden unteren und oberen Arbeitnehmerschichten bestand. So entfiel zum Beispiel auf den Kopf im Beamtenhaushalt eine Menge von 27,3 kg Fleisch, von 9,5 kg Butter (während Schmalz und Margarine nur 4,6 kg ausmachten), von 125,7 Stück Eiern, von 138,8 l Milch!

Es ist unmöglich festzustellen, da uns zuverlässige Haushalts-

¹⁶ Brotmengen ließen sich wegen der Unsicherheit der Unterlagen nicht feststellen.

rechnungen in größerer Zahl aus den Jahren seit 1907 und 1908 fehlen, wie die Ernährungsbilanz und der Kopfmengenverbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln sich bis zum letzten Jahre vor dem Kriege verändert hat. Wohl aber können wir versuchen, aus der allgemeinen Entwicklung der Lohnverdienste einerseits und der Lebensmittelpreise andererseits Schlüsse zu ziehen auf die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit, ob die Industriearbeiterschaft in der Lage gewesen ist, ihren Ernährungsstatus von 1907/08 nennenswert zu verbessern oder nur eben zu halten. Wir können unter Benutzung obiger Mengenverbrauchsstatistik und unter Anlehnung an ein vereinfachtes Massenschema, wie es Butzer in seiner gründlichen Abhandlung »Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Laufe der letzten dreißig Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt«¹⁷ aufgestellt hat, den elementaren Jahreskostenbedarf an den wichtigsten Nahrungsmitteln auf den Kopf der Arbeiterfamilien in Preußen folgendermaßen errechnen:¹⁸ (Preise in Mark)

	Schweine- fleisch 10 kg	Rind- fleisch 10 kg	Hammel- fleisch 2 kg	Speck 6 kg	Roggen- brot 95 kg = 100 kg Mehl	Weizen- brot 17,5 kg = 20 kg	Erbsen 3kg
1893	13,20	12,10	2,36	10,44	25,00	5,80	0,84
1898	13,60	12,60	2,48	9,90	26,00	6,80	0,72
1900	12,90	12,60	2,52	9,15	26,00	5,80	0,78
1903	13,80	13,30	2,72	10,32	25,00	6,00	0,84
1907	14,80	15,30	3,18	10,50	30,00	6,80	0,93
1908	14,90	14,90	3,12	10,32	32,00	7,40	0,96
1913	17,30	18,01	3,94	12,18	30,00	7,40	1,17
	Butter 7 kg	Schmalz 6 kg	Milch 100 l	Eier 80 Stück	Kartoffeln 110 kg	Kaffee 3 kg	Zucker 12 kg
1893	15,89	10,26	20,00	5,00	5,50	8,40	7,80
1898	14,98	9,54	18,00	4,80	5,50	8,30	7,20
1900	15,68	9,18	18,00	5,20	5,50	8,10	7,42
1903	15,82	9,54	18,00	5,20	5,50	7,20	7,68
1907	17,01	9,54	22,00	5,85	6,60	7,20	5,76
1908	17,71	9,42	22,00	5,85	8,80	7,20	5,76
1913	19,18	11,52	22,00	7,20	8,80	10,80	5,76

¹⁷ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 139. München und Leipzig 1912.

¹⁸ Die Preise sind Jahresdurchschnittspreise des Kleinhandels nach der amtlichen jährlichen preußischen Preisstatistik, die sich auf die regelmäßigen Meldungen aus vielen Dutzenden von Berichtsorten stützt. Nur für Milch, Kaffee

Während nach dem Durchschnitt der 522 buchführenden Arbeiterhaushaltsrechnungen 199,21 M Ernährungsausgaben auf den Kopf der Familie im Jahre entfielen, ließen sich in unserem Ernährungsschema mangels preisstatistischer Unterlagen und zuverlässiger Verbrauchsmengenangaben je Kopf nur die Preise und Kosten für reichlich drei Viertel jener Ernährungsposten (vgl. unsere Kostensummen von 155,47 M für 1907) zusammenstellen. Es fehlen in unserer schematischen Übersicht die Ausgaben vor allem für Obst und Gemüse, Käse, Fische, Spezerien, Getränke, Genußmittel und Gastwirtschaftsausgaben. Wenn wir die Ausgaben für Getränke (außer Tee, Schokolade und Kakao), Genußmittel und Gastwirtschaftsbesuche (mit dem statistischen Erhebungsdurchschnitt 40 M je Kopf) als nicht unentbehrliche und subjektiv sehr variable Lebenszutaten beiseite lassen, fehlt also in unserem Schema, in dem wir das Minus an Käse durch ein Plus an Milch und das Minus an Sirup und Honig durch mehr Zucker usw. ersetzt haben, nur eine Reihe von kleinen Ernährungsposten im Gesamtausgabenbetrage von kaum 4 M, das heißt ein Faktor, der auch bei stärksten Preisschwankungen an dem Gesamtumfang der jeweiligen Ernährungsausgaben eines Jahres nichts Nennenswertes ändern kann. Wir dürfen also die in unserem Schema zusammengefaßten Nahrungsposten mit ihren Kopfmengen und Preisen als brauchbare Grundlage eines Ernährungskostenindex betrachten, der uns mit den Angaben für die einzelnen Jahre zwar nicht ein richtiges Zustandsbild, wohl aber ein symptomatisches Entwicklungsbild der notwendigen Ernährungsausgaben je Kopf eines durchschnittlichen Arbeiterhaushaltes in der Vorkriegszeit gibt. Eine völlige Anpassung des Index an die zunehmende Verstädterung der Arbeiterbevölkerung, die die höheren Lebensmittelpreise der Großstädte häufiger als die billigeren der Kleinstädte bezahlen mußte, war nicht zu erzielen. Die preußische Preisstatistik gibt nur Durchschnitte und keine gewogenen Mittelpreise, die die Großstädte nach ihrem Bevölkerungsgewicht in den verschiedenen Jahren berücksichtigten.

und Zucker sind die Berliner Kleinhandelspreise eingesetzt. Da durchschnittliche Brotpreisnotierungen für Preußen fehlen, sind die Kleinhandelspreise für Roggenmehl mit 5 vH Aufschlag und für Weizenmehl mit 20 vH Aufschlag eingesetzt.

Indexkosten eines Ernährungsbudgets je Kopf und Jahr.

	1893	1898	1900	1903	1907	1908	1913
M	142,59	141,42	138,33	140,92	155,47	160,34	175,26
	100	99,2	97,1	98,8	108,4	112,5	122,7

Die obige Indexreihe, die auf Grund preußischer Kleinhandelsziffern gewonnen worden ist, findet ihre ungefähre Bestätigung durch eine für Bayern von Friedrich Zahn angestellte Untersuchung, die die fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung an der Hand der bayerischen Kleinhandelspreise für die zwölf wichtigsten Lebensmittel (einschließlich Bier!) für die Jahrzehnte von 1881 bis 1910 zu ermitteln unternahm und bei den Durchschnittsberechnungen die einzelnen Waren mit ihren für den menschlichen Gebrauch erforderlichen Mengen »gewichtet« hat.¹⁹

Jahr	Summe der Preise in Friedenspfennigen absolute Zahl	Indexziffer 1893 = 100
1890	4122	100,5
1893	4085	100
1895	4048	99,5
1898	4202	102,7
1900	4101	100,3
1903	4227	103,1
1905	4541	111,1
1907	4668	114,2
1908	4751	116,2
1910	5158	126,1
1913 ²⁰	5477	133,9

¹⁹ Fr. Zahn: Die Entwicklung der Preise in Bayern 1881—1910, Bulletin de l'Institut International de Statistique, Bd. XIX, Teil 3, S. 126 ff. Zahn legte die Annahme zugrunde, daß in Bayern 100 Pfund Volksernährung sich aus folgenden Gewichtsmengen der wichtigsten notierten Nahrungsmittel zusammensetzen: 29 Pfd. Fleisch, 9 Pfd. Butter, 5 Pfd. Schmalz, 3 Pfd. Eier, 10 Pfd. Kartoffeln, 3 Pfd. Mehl, 14 Pfd. Brot, 11 Pfd. Milch, 16 Pfd. (!) Bier — also eine stark animalische Kost, bei der 57 vH auf Nahrungsmittel tierischer Herkunft entfallen.

²⁰ Die Indexsumme für 1913 hat der Verfasser nach dem Schema von Zahn auf Grund der bayerischen Preisberichte in der »Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes«, 76. Jahrgang 1914, berechnet.

Auch die besonders sorgfältigen Einzeluntersuchungen von Hennig für die Arbeiterschaft der sächsischen Industriestadt Chemnitz, die für 75 vH aller Posten des Ernährungsbudgets peinlich ermittelte Kleinhandelspreise für die Jahre 1889 bis 1913 zugrunde zu legen vermochten,²¹ bestätigten als Stichprobe die obigen summarischen Kostenreihen. Bei Hennig beanspruchten die wichtigsten Nahrungsmittel nach dem Konsumdurchschnitt von 49 Chemnitzer Kleinhaushaltsrechnungen von 1901 und 1908 in den Jahren

1889—1893	707,0 (111,7) M
1894—1898	633,3 (100,0) M
1898—1903	675,3 (106,1) M
1904—1908	721,8 (113,4) M
1909—1913	796,3 (125,1) M

Einkommen und Auskommen

Die Sprache dieser Kostenentwicklungsreihen aus Preußen, Bayern und Sachsen ist eindeutig. Bis zur Jahrhundertwende und noch einige Jahre darüber hinaus ist der Ernährungsaufwand der Arbeiterschaft trotz des starken Wirtschaftsaufschwunges und des Anziehens der täglichen Lohnverdienste um 10 bis 15 vH (bei gleichzeitig beginnender Arbeitszeitverkürzung) durch die Marktpreise durchschnittlich nicht verteuert worden. Der Arbeiter war in der Lage, seine Ernährungsansprüche etwas zu steigern, falls er seinen Mehrverdienst nicht für andere Bedarfszwecke verwendete. Nach der Wendung in der deutschen Handels- und Zollpolitik, mit dem systematischen Ausbau der Preiskartelle und Konventionen der Unternehmer einerseits und mit dem zunehmenden lohn- und tarifpolitischen Einfluß der mächtig erstarkenden Arbeitergewerkschaften andererseits setzte erst von 1903 an eine lebhafte Verteuerungswelle ein, die nun den Ernährungsindex binnen 10 Jahren um rund ein Viertel — bei der überwiegend animalischen Kost in Bayern sogar um ein Drittel — über den Stand von 1900/1903 empordrückte. Demgegenüber stiegen aber die Löhne in dem gleichen Jahrzehnt

²¹ Kosten der Lebenshaltung in Großstädten Mitteldeutschlands (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 145, S. 180), München 1915.

meist um 25 bis 40 vH, ja bei den vordem sehr gering entlohten Arbeiterschichten um 40 bis 50 und mehr vom Hundert.

Soweit nicht die Arbeiterschaft ihre Ansprüche an die Art und Güte der Nahrungsmittel wesentlich steigerte, hätte sie aus ihren steigenden Lohneinnahmen mithin die starke Verteuerung der Ernährung seit 1903 bequem bestreiten können, besonders in den Familien mit geringer Kinderzahl. Die durchschnittliche Kinderzahl hatte in den verstädtischten Industriearbeitergruppen seit der Jahrhundertwende eine sinkende Tendenz.

Neben dem Hauptposten »Ernährung« aber beanspruchten die übrigen Lebensgebiete ihre geldliche Befriedigung aus dem Arbeiterlohn, allen voran die Wohnung. Diese bildete mit der raschen Zusammenballung der Industrien und der Industriearbeiterbevölkerung in Großstädten und förmlichen Industriestädten in dem letzten halben Menschenalter vor dem Kriege eine zunehmende Sorge und Geldbürde wenigstens für den Arbeiter, der eine größere Familie unterzubringen hatte. Freilich darf bei den meisten Arbeiterfamilien mit größerer Kopffzahl, sofern es sich nicht um ganz kleine Kinder handelt, immer angenommen werden, daß einzelne der Angehörigen durch Nebenverdienst zur Vermehrung des Familieneinkommens beitrugen und daß so die Mietlast namentlich einer größeren oder teureren Wohnung in den Großstädten sich auf mehrere Schultern neben dem Arbeitervater verteilte.

Diese Nebeneinkommensverhältnisse lassen sich allerdings nur aus der Erfahrung sorgfältiger Beobachter beurteilen. Jegliche Statistik über Nebenerwerb, soweit sie überhaupt vorhanden, ist unzulänglich. Immerhin ist die Feststellung der Haushaltungserhebung von 1907 eindrucksvoll; der eigentliche Arbeitslohnverdienst des Mannes machte im Durchschnitt der 522 Wirtschaftsrechnungen der Arbeiterfamilien nur 82,2 vH der Gesamteinnahmen dieser Familien aus. Er sank bei 81 Arbeitergruppen mit niedrigerem oder unregelmäßigerem Lohnverdienst bis auf 76 und 70 vH der Gesamteinnahmen herab und stieg nur bei 58 Familien mit hohem Arbeitsverdienst des Mannes auf 89 bis 94 vH, so daß die Nebeneinnahmen hier auf 11 bis 6 vH zusammenschrumpften. Die Nebeneinnahmen flossen (1907) im Durchschnitt zu 4,3 vH aus der Nebenerwerbstätigkeit der Ehefrau, zu 2,4 vH aus dem, was die erwerbstätigen Kinder von

ihrem Verdienst an die Familie abgaben, und zu 2,2 vH aus Neben-
erwerb des Mannes (Schwarzarbeit oder Nebenberuf in den
Abend- und Feiertagsstunden). 2,9 vH brachte die Abgabe von
Wohnräumen oder Schlafstellen an Untervermieter im Durch-
schnitt ein, und 5,6 vH waren sonstige bare Einnahmen, die aus
den verschiedensten Quellen herrührten, zu einem kleinen Teile
wohl auch aus der Sparkasse stammten. Denn fast sämtliche
Arbeiterfamilien, die 1907 Buch führten, legten Spargroschen
zurück, die zwischen 3 und 55 M im Jahre in den einzelnen
Familien schwankten und im Durchschnitt 17,50 M ausmachten.²²

Dank diesen weitverbreiteten Nebeneinnahmen, die das Lohn-
einkommen des Arbeitervaters durchschnittlich um 20 bis 25 vH
vermehrten und die in den 350 Haushaltsrechnungen des Metall-
arbeiterverbandes für 1908 ebenso regelmäßig, ja in noch grö-
ßerem Ausmaße wiederkehrten, konnten sich die Ausgaben für
den Lebensbedarf meist reichlicher und dehnbarer gestalten, als
es nach dem Stande des reinen Lohnverdienstes der betreffenden
Berufsarbeitergruppen bei größerer Familienkopfzahl möglich
gewesen wäre. Es ist schwierig zu schätzen, wieviel der Arbeiter-
familienvater ohne diese Nebenbezüge von seinem alleinigen
Lohneinkommen auf die Ernährungsausgaben und wieviel er auf
den übrigen Lebensbedarf der Familie verteilt haben würde.

Die Kopfquote für Ernährung, die 1907 nach den Haushalts-
rechnungen 199,21 M in den gut wirtschaftenden Arbeiterfami-
lien mit durchschnittlich 1507 M Lohnverdienst des Vaters und
1835 M Gesamteinkommen (nach Einrechnung der Nebenein-
nahmen der Familie) ausmachte, würde sich nach Maßgabe
unseres Kostenindex in gleichgestellten Arbeiterfamilien in den
Jahren 1893 bis 1913 folgendermaßen gestaltet haben:

1893	1898	1900	1903	1907	1908	1913
183,9	182,6	178,4	181,5	199,2	206,5	225,5 M.

Bei Zugrundelegung einer Kopfzahl von 4,76 für jede Arbeiter-
familie, wie sie im Durchschnitt der 522 berichtenden Arbeiter-

²² Die Gesamtguthaben aller Sparbuchbesitzer bei den deutschen Sparkassen
sind nach den »Statistischen Jahrbüchern des Deutschen Reiches« von 8839 Mil-
lionen Mark (1900) auf 11 090 Mill. M (1903), auf 12 675 Mill. M (1905), 13 921
Mill. M (1907), 16 781 Mill. M (1910), 19 689 Mill. M (1913) und 20 547 Mill. M
(1914) gestiegen.

familien 1907 ermittelt wurde, würde ein gleichzusammengesetztes Ernährungsbudget beansprucht haben:

874 868 848 862 950 983 1070 M.

Man sieht auf den ersten Blick, daß dieses Ernährungsbudget, das normalerweise 50 vH der Gesamtausgaben des Haushalts ausmachen soll, also ein Gesamteinkommen von 1748 M (1893) und von 2140 M (1913) erfordert haben würde, viel zu hoch gegriffen ist im Vergleich zu den durchschnittlichen Lohnarbeitsverdiensten, die wir oben festgestellt haben. Auch wenn wir auf diese Lohnverdienste noch 20 bis 25 vH Nebeneinnahmen der Arbeiterfamilie darauf schlagen wollten, hätten die Arbeiter, die 1913 durchschnittlich 1500 M im Jahre oder 5 bis 5½ M täglich verdienten, bei einer Familienkopffzahl von 4,76 Menschen nicht ein derartiges Ernährungsbudget von 1070 M bestreiten können. Tatsächlich darf man bei den geringer verdienenden Arbeitern der Vorkriegszeit eine niedrigere Kinderzahl annehmen oder die auf die kleineren Kinder entfallenden Kopfmengen wesentlich gegenüber der Durchschnittsquote abstufen. Ferner muß man die Kostenquote der Ernährung bei den geringer verdienenden Arbeitern um 10 bis 20 vH niedriger ansetzen, als es dem Durchschnitt der besser gestellten, meist großstädtischen Arbeiterfamilien bei der Erhebung von 1907 entsprach. Kennzeichnend sind ja die steigende Kopffzahl der Arbeiterfamilien und die steigenden Nahrungsmittelausgaben je Kopf auf den höheren Einkommensstufen sowohl bei der Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes 1907 wie beim Metallarbeiterverband 1908.

Bei Einkommen:	Durchschnittliche Kopfstärke der berichtenden Arbeiter- familien		Nahrungsmittelausgaben je Kopf:	
	1907	1908	1907 M	1908 M
M				
unter 1200	2,8	2,83	157,76	199,94
1200—1600	4,3	3,57	183,52	199,93
1600—2000	4,4	3,72	203,85	223,76
2000—2500	4,7	3,97	227,64	246,04
2500—3000	5,7	} 5,53	237,12	} 222,19
3000—4000	8,0		259,52	

Die hohe Ernährungsausgabenquote von 1907 schloß — wie wir sahen — auch einen stattlichen Ausgabenbetrag für entbehr-

liche Genußmittel und Gasthausbesuche je Kopf im Durchschnitt von 40 M ein, die natürlich bei Arbeiterfamilien mit kleineren Kindern kopfmäßig nicht in Frage kommen konnten und bei besonnener Lebensführung auch in anderen Familien sehr eingeschränkt worden sein dürften.

Bei knapperen Lohneinkünften und Nebeneinnahmen der Arbeiterfamilien hat sich die erzwungene Einsparung am Ernährungskostenbudget gegenüber unserem Indexschema auch in der schon früher betonten herkömmlichen Gewöhnung ausgewirkt, die billigere pflanzliche Kost vor den teureren tierischen Nahrungsmitteln, nämlich Butter, Eier und Fleisch, zu bevorzugen. Immerhin kann das nur in geringerem Umfange geschehen sein, denn der Kopfverbrauch der deutschen Gesamtbevölkerung, innerhalb der die gewerbliche und ländliche Arbeiterschaft mit ihren Angehörigen mehr als die Hälfte in rasch steigender Progression ausmachte, hat an Nahrungsmitteln, insbesondere auch tierischer Herkunft, und an Genußmitteln — mit beachtlicher Ausnahme des Alkohols — im Laufe der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege stark zugenommen.

Der Kopfverbrauch im Durchschnitt der Reichsbevölkerung hat sich entwickelt (in kg):

	Fleisch	Heringe	Zucker	Speisesalz	Reis	Gewürze	Tee
1890/1895	34,6 ²³	3,74	10,6	7,7	2,49	0,15	0,05
1895/1900	—	3,30	11,9	7,8	2,39	0,16	0,05
1900/1905	40,9 ²³	3,71	14,8	7,9	2,33	0,16	0,05
1905/1910	51,5	2,96	17,5	7,9	2,58	0,18	0,06
1912/1913	52 ²⁴	2,89	9,2	7,9	3,56	0,16	0,06

	Rohkaffee	Kakao	Südfrüchte	Rohtabak	Bier	Trinks Branntwein
1890/1895	2,41	0,16	1,39	1,5	101	4,4
1895/1900	2,69	0,28	1,98	1,6	115	4,4
1900/1905	3,00	0,38	2,54	1,6	102	4,0
1905/1910	2,91	0,57	3,15	1,6	108	3,7
1912/1913	2,94	0,77	4,44	1,7	101	2,8

²³ Der Rindfleisch- und Schweinefleischverbrauch auf den Kopf der sächsischen Bevölkerung wurde 1890 auf 14,0 kg und 20,0 kg geschätzt, 1900 bis 1902 auf 15,2 + 25,7 kg (vgl. W. Zimmermann: Arbeiter und Flotte S. 106). — Nach C. v. Tyszka: Statistik T. II soll der Fleischverbrauch je Kopf der Be-

Die Veränderungen in den einzelnen Sparten sind bezeichnend. Die starke Zunahme des Fleischverbrauchs ist das hervorstechendste Moment. Mag auch die Kopfquotensteigerung hier zu einem Teile durch den großen Mehrverbrauch der nicht zur Industriearbeiterschaft gehörenden wohlhabenden Gesellschaftsklassen erklärt werden, so muß doch die breite Masse des Volkes bei einer derartig hohen Quotenveränderung von rund 50 vH in 20 Jahren für den ganzen Reichsdurchschnitt mitbeteiligt gewesen sein. Die Fleischersatznahrung der ärmeren Schichten, der Hering, ist entsprechend im Verbrauch gesunken, ebenso der »Tröster der Enterbten«, der hungerbetäubende Branntwein, während sich das eigentliche Genußgetränk der breiten Schichten, das Bier, trotz Verteuerung, Steuerbelastung und Mäßigkeitsbewegung nicht wesentlich zurückdrängen ließ. Besonders eindrucksvoll war die starke Zunahme des Kopfverbrauches bei Zucker, Reis, Kakao und Südfrüchten, also auch bei Genußmitteln, die großenteils nicht mehr zu den unentbehrlichen Bedarfsdingen gerechnet werden können.

Jedenfalls ist eine Tendenz zur Erweiterung des Nahrungsspielraumes nach der Seite der teuren Nahrungsmittel und der Genußmittel für die beiden Vorkriegsjahrzehnte für den großen Durchschnitt des Volkes erweislich, eine Erweiterungstendenz, die die Einsparungsnotwendigkeiten bei ärmeren Schichten an Geltungskraft weit übertroffen hat.

Das entspricht der oben betonten Tatsache, daß die Lohnsteigerungen die Preissteigerung der Nahrungsmittel hinter sich zurückgelassen haben. Wenn wir nach unseren Lohnermittlungen annehmen, daß rund drei Fünftel aller erwachsenen männlichen Industriearbeiter, von denen (nach der Berufszählung von 1907) genau die Hälfte verheiratet war und durchschnittlich drei Köpfe in ihren Haushaltungen vereinte, 1500 M und mehr Lohn im Jahre 1913 verdienten, so hat die Ernährung ihrer Familien, notfalls unter Annahme von Nebeneinnahmen der Familie von etwa 20 vH oder unter der Annahme, daß die Kopffzahl der Familie kleiner als der Durchschnitt war und die

völkerung im Reichsdurchschnitt für menschliche und tierische Ernährung betragen haben (sowie für gewerbliche Zwecke): 1900: 43,4 kg, 1911: 48,3 kg, 1913: 54 kg.

²⁴ Ohne Wildfleisch und Geflügel (= 4 kg) und Fische (= 4 kg).

kleinen Kinder weniger als ein Erwachsener beanspruchten, sich auf der durch unser Indexschema gekennzeichneten Ernährungslinie gehalten, bei der die entbehrlichen Genußmittelausgaben allerdings nicht berücksichtigt sind. Für ein Drittel der Industriearbeiter mit geringeren oder unregelmäßigen Lohnbezügen waren die Ernährungsmöglichkeiten wesentlich bescheidener, für 10 vH allem Anschein nach, sofern sie nicht in unmittelbarer Verbindung mit der Landwirtschaft lebten, ganz unzulänglich.

Diese Schätzungen sind allerdings durchaus abhängig von der Voraussetzung, daß nur die Hälfte der Arbeitereinnahmen auf die Ernährung verwendet wurde oder verwendet werden konnte und 50 vH der Einnahmen für Wohnung, Heizung, Bekleidung und Kulturbedürfnisse notwendig beansprucht wurden. Hier boten sich bei den verschiedenen Arbeitergruppen und Familienverhältnissen naturgemäß die mannigfachsten Ausgleichsmöglichkeiten, zumal da, wo die Arbeiter — wie z.B. zahlreiche Bergarbeiter an der Ruhr und der Saar und viele Saisonarbeiter — im eigenen Häuschen oder in billigen Werkwohnungen lebten oder aber die weitverbreitete Untervermietung einen Teil der Miete deckte.

Im allgemeinen muß der durchschnittliche Ernährungsstand der Arbeiterschaft bei vernünftiger Ausgabeneinteilung günstig oder zum mindesten ausreichend gewesen sein. Darauf läßt auch die befriedigende Entwicklung der Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Gesamtbevölkerung, deren größter Teil sich aus Arbeiterfamilien zusammensetzte, schließen; mag auch zu dieser Lebenskraftsteigerung der großzügige Ausbau der Sozialversicherung gegen Krankheit, Unfälle und Invalidität, die Entfaltung der öffentlichen Hygiene und Gesundheitspflege erfolgreich beigetragen haben. Schließlich sind diese allgemeinen Fürsorgeleistungen aus öffentlichen Leistungen eben auch zu werten als Entlastungen des Arbeiterbudgets von größeren Ausgabebeträgen, die die Unbemittelten sonst von der Ernährung hätten abknapsen müssen. Für die fortschreitende Besserung der Ernährungsverhältnisse bis zum Kriege spricht besonders die Tatsache, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose, die früher als die spezifische Proletarierkrankheit galt, weil sie besonders mit kümmerlicher Ernährung und Wohnung Hand in Hand ging, in Preußen von 30 bis 40 (je 10 000 Menschen) in den 1890er

Jahren auf 14 (im deutschen Reichsdurchschnitt auf 15 bis 16) in den letzten Vorkriegsjahren, d. h. auf den Stand der niederdeutsch-angelsächsischen Länder, zurückgegangen war.²⁵ Freilich war, wie der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, im Jahre 1913 betonte, bei den Industrie-, Berg- und Bauarbeitern, die bis zum 35. Lebensjahre starben, mehr als die Hälfte der Todesfälle noch der Tuberkulose zuzuschreiben, während bei den sonst im erwerbsfähigen Alter Dahingerafften erst jeder vierte Todesfall durch Tuberkulose herbeigeführt war.²⁶ Diese immer noch erhöhte Tuberkulosesterblichkeit der Industriearbeiter brauchte aber nicht notwendig mit dem Ernährungsstande zusammenzuhängen, sondern war auch aus anderen Ursachen zu erklären.

Die allgemeine Sterblichkeitsziffer der deutschen Gesamtbevölkerung ist von 235 in dem Durchschnitt des Jahrzehnts 1891 bis 1899 auf 197 im Durchschnitt des folgenden Jahrzehnts und auf 164 und 158 in den Jahren 1912 und 1913 gesunken. Die Lebenserwartung der erwerbsfähigen Bevölkerung hat sich nach den allgemeinen deutschen Sterbetafeln für die letzten Jahrzehnte vor dem Kriege entscheidend erhöht. Sie betrug:

bei den Männern:

in den Altersklassen von	1881/90	1901/1910
15 Jahren	43,54	46,71
20 Jahren	39,52	42,56
30 Jahren	32,11	34,55
40 Jahren	25,03	26,64
50 Jahren	18,41	19,43

bei den Frauen:

in den Altersklassen von	1881/90	1901/1910
15 Jahren	45,63	49,00
20 Jahren	41,62	44,84
30 Jahren	37,21	36,94
40 Jahren	27,16	29,16
50 Jahren	19,89	21,35

²⁵ Vgl. W. Zimmermann: Krieg und Sozialpolitik, Berlin 1915, S. 15 ff.

²⁶ Ansprache auf dem XI. Internationalen Tuberkulosekongreß in Berlin am 23. Oktober 1913.

Die Bevölkerung in den Hauptjahren der Erwerbsfähigkeit, die für die Arbeiterschaft ausschlaggebend in Betracht kommen, war also in dem Jahrzehnt vor dem Kriege wesentlich lebensfähiger und lebenszäher im Durchschnitt geworden. Sie hatte Aussicht, je nach der Altersstufe um mindestens 3 bis 4 Jahre oder um 1 bis 1½ Jahre länger zu leben als die vor 1900. Auch das spricht für eine bessere Lebenshaltung auf gesunder Ernährungsgrundlage. Daß die gewerblich arbeitende Bevölkerung an dieser allgemeinen Lebenskraftsteigerung ihren besonderen Anteil hatte, läßt sich noch bestätigen durch einen vergleichenden Blick auf die Arbeitersterbeziffern der Leipziger Ortskrankenkasse, die vor dem Kriege die breiteste und bestbearbeitete Kranken- und Sterbestatistik — nach Berufen gegliedert — hatte. Ihre Sterbeziffern standen bis zur Altersklasse von 39 Jahren erheblich günstiger als die des deutschen Bürgertums im allgemeinen und erhoben sich erst bei den Altersklassen der Kassenmitglieder mit 50 und mehr Lebensjahren über den Reichsdurchschnitt. Je länger die Arbeiterschaft aber erwerbsfähig blieb, je weniger sie von Krankheit heimgesucht und in ihrer Erwerbsmöglichkeit beeinträchtigt wurde, um so stetiger und breiter konnte sich die wirtschaftliche Grundlage der Arbeiterfamilien entwickeln. Der Ernährer konnte für seinen Hausstand und die Kinder ausgiebiger sorgen.

Den gleichen Eindruck der Lebenskraftsteigerung hinterließ auch noch eine andere Beobachtung der Vorkriegszeit: die vielfach berichtete Steigerung der menschlichen Arbeitsleistungen (im Stundendurchschnitt zum mindesten) in einzelnen Gewerbezweigen, in denen die Zunahme der Produktionsquote (je Kopf der Beschäftigten) nicht ohne weiteres auf verbesserte Betriebstechnik zurückgeführt werden konnte. Freilich lassen sich einwandfrei genaue Zahlenbelege dafür ebensowenig beibringen, wie die ursächliche Deutung, daß die Mehrleistung auf besonders guter Entlohnung und besonders gutem Ernährungszustand beruhte, zwingend zu beweisen ist.

Wohnungswesen

Ein weit weniger erfreuliches Kapitel als die günstig fortschreitenden Ernährungsverhältnisse bildeten in den Vorkriegsjahren die Wohnungszustände in der Arbeiterwelt, wenigstens

in den Großstädten mit unheimlich rascher Menschenanhäufung und in den Groß- und Kleingemeinden, die sich in oft schier überhitztem Tempo industrialisierten. Die Zahl der Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern war zwischen den Volkszählungen von 1895 und 1910 von 28 auf 48 angeschwollen. Die Massen der Industriearbeiter hatten sich zwischen den Berufszählungen von 1895 und 1907 in den Städten um fast 50 vH, in den Großstädten (über 100 000 Einwohner) sogar um fast 100 vH vermehrt. Die bereits vor der Jahrhundertwende in den Städten vielfach ungünstigen Wohnungsverhältnisse der unbemittelten Klassen hatten sich trotz der starken privaten Wohnbautätigkeit, die einen absoluten Mangel an Kleinwohnungen nur ausnahmsweise aufkommen ließ, doch nicht selten infolge der Massenzuwanderung von den Kleinstädten und vor allem vom platten Lande her^{26a} noch verschlechtert, weil die Mietenverteuerung die Arbeiterfamilien zu engstem Beisammenwohnen und zur Aufnahme von Untermietern²⁷ zwang. Dadurch war in manchen industrialisierten Großstädten eine ungesunde Zusammenpferchung von Menschen in überfüllten Klein- und Kleinstwohnungen in Zehntausenden von Fällen entstanden. Ein Gegengewicht bildeten in der Hauptsache, da eine nachdrückliche öffentliche Kleinwohnbaufürsorge fehlte, nur die verschärften baupolizeilichen Vorschriften in hygienischer Hinsicht für Wohnbauten, Straßenanlagen usw. und die Schaffung von Grünanlagen und billigen Verkehrsmitteln, die die Menschenmassen aus der städtischen Enge leicht ins Freie führten.

Der kritische Punkt blieben aber immer die Mietkosten. Sie machten nach den 852 Haushaltsrechnungen von 1907 damals 15 bis 20 vH der Gesamtausgaben des Haushaltes aus: 20 vH bei den meist gering verdienenden Familien mit kleinster Kopfzahl von 2 bis 3 Personen, 17 bis 15 vH (ja bis 13 vH schließlich fallend) bei den kopfreichen Familien von 6 bis 8 (und mehr) Personen mit höherem Familieneinkommen. Nach dem Einnah-

^{26a} In Preußen wanderten in der letzten Zeit vor dem Kriege jährlich fast $\frac{1}{4}$ Million Menschen aus den Dörfern in die Industriestädte.

²⁷ Von 418 Haushaltungen unter 2000 M Jahreseinkommen, die 1907 ihre geordnete Buchführung dem Statistischen Reichsamt unterbreiteten, hatten 102 Verdienst aus Untervermietung. — In Berlin waren im Jahre 1910 43 vH aller Haushalte in *einem* Raum untergebracht.

menstand der Familien betrachtet, belastete die Ausgabe für Wohnung (einschließlich Instandhaltung, Reinigung und etwaisgem Ziergarten und Blumenpflege) die Familien bis zu 1200 M am stärksten (mit 20 vH der Ausgaben), die Familien zwischen 1200 und 1600 M mit 17,2 vH und die Familien über 1600 bis 3000 M mit 17,6 bis 18,0 vH. Wenn wir die 522 Arbeiterfamilien aus dem Kreis der 852 buchführenden Haushaltungen gesondert herausgreifen, so bewegten sich die auf Wohnung (einschließlich Instandhaltung, Einrichtung und Reinigung) entfallenden Ausgaben zwischen 14,5 und 20,7 vH der Gesamtausgaben, absolut zwischen 255,63 M und 365 M (unter Beiseitellassung der äußersten Streuungen).²⁸ Die eigentliche Raummiete (ohne Wohnungspflegekosten) erforderte (1907) bei den Arbeiterfamilien von 1200 bis 1500 M Gesamteinnahmen 205 M (+ 35,09 M für Wohnungspflege), bei den Arbeiterfamilien mit 1600 bis 2000 M Einkommen 266,38 M (+ 51,25 M), bei denen über 2000 bis 4000 M 307 bis 377 M (+ 61 bis 97 M). Es bedarf keiner besonderen Ausführung, daß die Wohnmietausgaben den Arbeiterhaushalt in den Großstädten am stärksten belasteten, auf dem platten Lande am geringsten. Gleichwohl ging der *durchschnittliche* Ausgabenanteil für Wohnung und Wohnungspflege auch in den Großstädten nach den Haushaltsrechnungen von 1907 nicht über 18,4 vH hinaus, während er sich in den Ortsgrößenklassen der Mittel- und Kleinstädte zwischen 16,5 und 17 vH bewegte, um auf dem platten Lande dann bis auf 12,9 vH zu sinken.²⁹

Diese ziemlich gleichmäßigen Mietquotenermittlungen von 1907 und 1908 mögen — verglichen mit der durchschnittlichen Mietbelastung aller städtischen Arbeiter überhaupt — etwas zu günstig gewesen sein, da sie sich nur auf Angaben der best-

²⁸ Nach den 350 Haushaltsrechnungen, die der freigewerkschaftliche Metallarbeiterverband für 1908 gesammelt hat, bewegte sich die Quote für »Miete, Raum und Dienstleistung« nur zwischen 13,5 und 16,1 vH auf den verschiedenen Einkommensstufen; im Durchschnitt aller 350 Rechnungen machte sie 14,5 vH aus.

²⁹ In Groß-Berlin bewegte sich der Mietanteil an den Gesamtausgaben durchschnittlich um 22,8 vH bei 73 buchführenden Familien (die allerdings überwiegend Beamtenhaushaltungen waren), bei den 18 Arbeiterfamilien allein um 16 vH, in Hamburg um 18,5 vH bei 179 buchführenden Haushaltungen, in Nürnberg um 16,8 vH bei 45 Haushaltungen, in München um 15,7 vH bei 19 Haushaltungen.

verwalteten Arbeiterhaushaltungen stützten. Im Gesamtdurchschnitt der deutschen Industriearbeiterwelt dürften die Ausgaben für Wohnung und Wohnungspflege knapp ein Fünftel aller Einnahmen des Arbeiterhaushaltes vor dem Krieg ausgemacht haben. Ein Teil der Miete, durchschnittlich wohl ein Sechstel, ist durch Untervermietung in vielleicht einem Viertel der Arbeiterfamilien gedeckt gewesen. Zieht man diesen Nebenposten bei Gesamteinnahmen und Mietausgaben ab, so machte die aus dem sonstigen Einkommen zu bestreitende Miete im Durchschnitt der untervermietenden Arbeiterfamilien rund 15 vH aus. Je nach der sozialen Struktur der einzelnen Arbeiterfamilien, je nach der Wohnlage, der Kopfzahl der Familie und dem Mitverdienst der Familienangehörigen ist diese Mietausgabenquote von den Haushaltungen vielfach als ein elastischer Ausgleichsposten zwischen Ernährung und sonstigem Lebensbedarf behandelt worden. Die Arbeiter wohnten lieber etwas schlechter, als daß sie sich in der Ernährung einschränkten oder diese rationaler und dadurch billiger gestalteten. Das war ein damals weit verbreitetes Urteil. Daran wird sich mit der ständig fortschreitenden, nur vereinzelt unterbrochenen Steigerungstendenz der Mietpreiskurven auch nach 1907 nicht viel geändert haben, obwohl die Lohnsteigerung von 1907 bis 1913 kaum hinter der *durchschnittlichen* Mietensteigerung zurückgeblieben sein dürfte.

Freilich bestehen über die Mietpreisentwicklung vor wie nach 1907 nur Vermutungen. Eine irgendwie eindeutige Mietpreisstatistik, die für mehrere Jahre oder für mehrere Orte in sich zuverlässig vergleichbar wäre, ist nicht vorhanden, da niemals die gleichen Objekte erfaßt wurden, sondern stets die Preise der neu hinzugekommenen teureren Neubauwohnungen, die hinsichtlich Ausstattung und baupolizeilicher Eigenschaften mit den meist viel bescheideneren Altwohnungen nicht vergleichbar waren, in den Durchschnitt hineingerechnet wurden und ihn hochtrieben, obwohl die Altwohnungsmieten sich wenig erhöhten. Außerdem unterschieden sich die Mietpreise für dieselben Räume in derselben Stadt bedeutend je nach der Wohn- und Verkehrslage.

Es würde zu weit führen, die Einzeluntersuchungen über die Mietpreisentwicklung in den verschiedenen Großstädten, die

der Verein für Sozialpolitik 1914 veröffentlicht hat, hier anzu ziehen, um daraus Schlüsse über die Spannungen zwischen Lohnsteigerungen und Mietsteigerungen und ihren Einfluß auf die Arbeiterlebenshaltungsmöglichkeiten abzuleiten. Die von Butzer für Berlin geschätzten Mietsätze für eine typische Arbeiterwohnung (1890: 227 M, 1900 bis 1903: 232 bis 290 M, 1910: 300 bis 400 M) sind ebenso vage wie die Mietkurve der Stadt Schöneberg (1910), die die Spannung zwischen dem (steuerlich erfaßten!) Einkommen und der Miete bei den Kleinverdienern (von 1200 bis 1500 M) darstellen sollte und für die Hälfte der Parteien die Miete auf ein Drittel des Einkommens bezifferte.³⁰ Unkontrollierte Untervermietungen werfen diese Ziffern sofort über den Haufen. In dem teuren Frankfurt a. M. zum Beispiel bewegte sich der Durchschnittspreis für eine Zweizimmerwohnung von 280 M (1897) auf 329 M (1905) und 248—351—549 M (1910), je nach Wohngegend.

Es ist zwecklos, auf solchen statistischen Unterlagen Schlüsse aufzubauen. Bedeutsamer ist es, die Ergebnisse der in einzelnen Großstädten vorgenommenen statistischen Massenfeststellungen über überfüllte Kleinwohnungen und die vielfach traurigen Wohnungsberichte von Kontrolleuren der Ortskrankenkassen, die erkrankte Kassenmitglieder in ihrer Behausung aufsuchten, sich zu vergegenwärtigen. Hier tritt zutage, daß für die niedriger entlohten Arbeiterfamilien, sofern sie nicht weit in die Vororte hinauswanderten und von da täglich lange Fahrten bis zur Arbeitsstätte (mit allerdings sehr billigen Arbeiterwochenfahrkarten) machten, die Wohnfrage meist das drückendste Kapitel ihrer Lebenshaltung war.

Bekleidung

Wie es für die Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft vor dem Kriege charakteristisch war, daß sie in sogenannten »Arbeitervierteln« — abgesehen von den Vororten — sich überwiegend zusammendrängte, die sich in den größeren Städten durch eine gewisse graue Monotonie und Ungepflegtheit der Reihenhäuser kennzeichneten, so war auch der gewerbliche Arbeiter,

³⁰ Man vergleiche damit die viel günstigeren Ergebnisse der exakten Untersuchungen von Dr. H. Hennig für Chemnitz (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 145, S. 180, München 1915).

selbst der besser bezahlte gelernte Arbeiter in der Stadt, vor dem Kriege im allgemeinen an seiner Kleidung zu erkennen und von dem selbständigen städtischen Kleinbürger und von dem kleinen öffentlichen und privaten Beamten zu unterscheiden. Es waren nicht nur die Erfordernisse einer besonderen Werkkleidung, die den Arbeiter nötigten, in seinem Anzug von den übrigen Klassen abzuweichen, sondern er legte damals noch wenig Wert darauf, es in seinem Äußeren den Schichten der selbständigen Bürger gleichzutun. Ja, im Gegenteil! Der zielbewußte ältere sozialistische Proletarier der Großstädte markierte vielfach gern auch durch seine äußere Erscheinung einen Gegensatz zum »Bourgeois«, für dessen Kleidermoden »der Mann in der Joppe« noch wenig Sinn hatte. Außerdem war der verheiratete Industriearbeiter vor dem Kriege in seinen Kleiderausgaben sehr sparsam, so sorgfältig er im allgemeinen auf Sauberkeit und Ordentlichkeit auch in seinem Arbeitsanzuge hielt. Der Sonntagsanzug mußte meist jahrelang reichen. Die jüngere Arbeitergeneration freilich zeigte bereits erhebliche Annäherungsneigungen an die moderne bürgerliche Art sich zu kleiden und unterschied sich an Sonntagen nicht mehr in der Art, sondern nur noch in der Güte der Stoffe und der Verarbeitung von den wohlhabenderen Schichten. Die jüngeren Arbeiter — soweit sie gelernte Facharbeiter waren — konnten meist auch mehr auf Kleidung, Hüte, Wäsche, Schlipse draufgehen lassen als der ältere Familienvater. Auch bei den verheirateten Arbeiterfrauen und den jüngeren Arbeiterinnen war der Unterschied in der Art des Sich-Ausstaffierens zu beobachten. Die Jugend neigte schon stark zum Modischen, wenn auch meist zu den billigsten Qualitäten. Viele geschickte Mädchen, die noch bei der Mutter oder in der Schule tüchtig nähen und schneiden gelernt hatten, stellten sich ebenso wie die Mütter überwiegend ihre Kleidung aus gekauften Stoffen und Zutaten selber her. Nur die Blusen und die noch übliche Schürze kaufte man als billige Konfektionsware. Der Wintermantel mußte mehrere Jahre vorhalten. Die verheirateten Arbeiterfrauen trugen wenig modische Kleidung, die bei sorgsamer Pflege lange Bestand haben sollte. Schuhe und Strümpfe wurden noch nach der Zweckbestimmung, zu schützen und zu wärmen, gekauft (oder die Strümpfe gar noch selber gestrickt), nicht aber als Schmuck- und Reizmittel gewertet, für die entsprechend viel

hätte ausgegeben werden müssen. Unter dem Einfluß der großen Warenhäuser und Konfektions-»Basare«, die allmählich von den Großstädten in die Provinz vordrangen und mit ihren breiten bebilderten Anpreisungen in den Tageszeitungen die Weiblichkeit erregten, ist allerdings auch im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege schon ein breiteres stärkeres Bedürfnis nach rascherem Wechsel mit billigen Bekleidungsstücken und nach fertigen »Neuheiten« in die Kreise der Arbeiterfrauen getragen worden. Immerhin hatte sich in kleineren Städten und auf dem Lande — abgesehen von den Hutmoden — das hergebrachte schlichtsolide Kleid oder teilweise sogar noch die landsmännische Tracht bei der Arbeiterbevölkerung bis zum Kriege überlegen erwiesen.

Der Bekleidungsetat im Arbeiterhaushalt unterlag natürlich je nach der Kopffzahl, der Alters- und Geschlechtsgliederung der Familie außerordentlichen Schwankungen und wurde entscheidend beeinflußt durch Fleiß und Fähigkeit der Hausfrau, mit Nadel und Schere, mit Wäschefaß und Bügeleisen geschickt umzugehen. Trotz dieser Schwankungen war es eine allgemeingültige Tatsache, daß die Bekleidungs Ausgaben in den Arbeiterhaushaltungen auf der ganzen Linie relativ hinter den Ausgabenanteilen zurückblieben, die im Haushalt nur ebenso hoch besoldeter privater oder öffentlicher Beamten aufgewendet wurden.

Positive Anhaltspunkte bieten auch hier wieder nur die Angaben in den 522 Arbeiterhaushaltsrechnungen von 1907 gegenüber denen der Beamtenhaushalte. Danach stellte sich die Durchschnittsausgabe für Bekleidung in diesen Haushaltungen auf 11,2 vH (204,67 M) gegenüber 14,4 vH (460,41 M) in den gleichzeitig berichtenden Beamten- und Lehrerhaushaltungen. Gliederte man nach der Wohlhabenheit der Arbeiterhaushalte, so stellte sich die Kleidungs Ausgabe in den Familien bis zu 1200 M Gesamteinnahme auf nur 9,2 vH, in den Familien mit 1200 bis 1600 M auf 9,4 vH, in den Familien mit 1600 bis 2000 M auf 11,0 vH. Erst in den Einkommensstufen über 3000 M geben die Arbeiterhaushalte über 14 vH für Bekleidung aus, d. h. fast denselben Prozentsatz wie die Beamtenhaushalte.³¹ Da man bei den Arbeitern im allgemeinen einen viel stärkeren Verschleiß der Kleidung annehmen muß als bei den Beamten, bestätigen diese

³¹ Die Ausgabenprozente bei den Haushaltsrechnungen des Metallarbeiterverbandes (1908) — von 11,69 bis 14,42 vH auf den verschiedenen Einkommens-

Ziffern das oben Ausgeführte, daß nämlich die Arbeiter sich mit wesentlich billigeren oder derberen Kleidungsstücken begnügten, die oft ausgebessert wurden, um lange standzuhalten, während die Beamten für ihre äußere Erscheinung weit größere Opfer zu bringen gewohnt oder gezwungen waren. Der Unterschied in den Bekleidungs Ausgaben der gelernten und der ungelernten Arbeiter erwies sich hiergegen als winzig (11,2 und 10,6 vH der Haushaltsausgaben).

Zur Erläuterung dieser statistischen Ausgabenziffern für 1907 ist noch zu beachten, daß nicht nur die Überkleidung und Leibwäsche, sondern auch Tisch-, Bade- und Bettwäsche und dazu die Reinigung an Kleidung und Wäsche in ihnen enthalten waren. In der Einnahmengruppe der Arbeiterhaushalte unter 2000 M beanspruchten die Wäschebeschaffung und die Reinigung sogar ein reichliches Fünftel aller Bekleidungs Ausgaben, mehr als in den gleichgestellten Beamtenhaushaltungen. Was die in den elterlichen Arbeiterfamilien verbleibenden erwerbstätigen Töchter von ihrem Verdienste für Bekleidung und Beschaffung einer Wäscheaussteuer verwendeten, dürfte in diesen Ausgabenziffern des Haushaltes nur ausnahmsweise berücksichtigt sein.

Der sonstige Lebens- und Kulturbedarf

Der Aufwand für Heizung und Beleuchtung hat sich vor dem Kriege als ein so beständiger kleiner Ausgabenbetrag erwiesen — 4,3 vH —, daß er auf die Entwicklung der Lebenshaltung der Arbeiter kaum von Einfluß gewesen sein dürfte. Um so größer (11,5 vH im Durchschnitt) und beweglicher (5 vH bis 18 vH der Ausgaben) waren die sonstigen Bedürfnisse auf dem Gebiet der Gesundheits- und Kulturpflege in den Arbeiterfamilien. Die Ausgaben für Körperpflege, Erholung, Unterricht, Zeitung, Bücher, Vereine, Geselligkeit, Steuern, Versicherungen, Verkehrsmittel, für persönliche Dienstleistungen, Geschenke — um von den Ausgaben für Schuldendienst, Werbekosten und von Sparkasseneinlagen abzusehen — schwankten nach den Haushaltsrechnungen bei den einzelnen Arbeitergruppen in so be-

stufen sich staffelnd — sind mit denen der amtlichen Erhebung nicht recht vergleichbar, da sie auch die Neuanschaffungen von Möbeln und Hausgerät einschließen.

trächtlichem Grade, daß man von einer typischen Bedarfsgestaltung der Gesamtarbeiterschaft kaum sprechen konnte. Die Arbeiter im polygraphischen Gewerbe gaben bis zu 11,4 vH allein für Körperpflege, Unterricht, Bücher, Vereine und Vergnügungen aus, die gelernten Bauarbeiter nur 5 bis 6 vH. Immerhin ragten zwei Ausgabenposten in ihrem Umfange charakteristisch bei allen Arbeiterbudgets aus der Reihe der übrigen »Kulturausgaben« heraus: die Ausgaben für Vorsorge und Fürsorge (3,2 vH in den Einnahmengruppen von 1200 bis 1600 M, 2,9 vH bei 1600 bis 2000 M und 1,8 vH über 3000 M), d. h. überwiegend für soziale Versicherungen, und die Ausgaben für geistige und gesellige Bedürfnisse (3,6 und 3,9 vH). Es ist bemerkenswert, daß die Ausgaben für Zeitungen, Bücher und Vereine (ohne Vergnügungen) in den Arbeiterhaushaltungen (bis zu 3000 M Einnahme) durchweg nicht nur prozentual, sondern auch absolut größer waren als in den entsprechenden Beamtenhaushalten. Die bedeutsame Rolle der Gewerkschafts- und Parteibeiträge in der Lebensführung der Industriearbeiter trat hier sichtbar zutage. Für Vergnügungen buchten die Arbeiterfamilien umgekehrt weniger als gleichgestellte Beamtenfamilien. Das mag mit der größeren Kopfzahl, die in der Arbeiterfamilie im allgemeinen zu versorgen war, zusammengehangen haben.

Diese gesamte Ausgabengruppe für Körper- und Kulturpflege war nebst den »sonstigen Ausgaben« und dem Kapitel »Ersparnisse« ein elastisches Puffergebiet, bei dem die rechnende Arbeiterhaushaltung damals nach ihrem Ermessen Ausgleich durch Einschränkungen vornahm, um Mehrbedürfnissen auf anderen Ausgabengebieten zu genügen. Im allgemeinen scheint aber diese »Kultur«-Ausgabengruppe bei den Industriearbeitern in den Städten vor dem Kriege eine Zunahmetendenz gehabt zu haben. Die ständig fortschreitende Steigerung der Gewerkschaftsbeiträge,³² der Sozialversicherungsbeiträge, die Ausdehnung und Ausgestaltung der Arbeiterpresse, die Entfaltung der Arbeitersport-, Wander- und Gesangsvereine und — last, not least — die Zunahme der Spareinlagen bei den Sparkassen,³³ an der auch

³² Beim Deutschen Holzarbeiterverband erhöhten sich beispielsweise die durchschnittlichen Einnahmen je Mitglied von 27,98 M (1911) auf 35,41 M (1914).

³³ Vgl. oben S. 325.

laut Stichprobenfeststellungen die Arbeiterkreise stark beteiligt waren, sprechen eine vernehmliche Sprache zugunsten des sozialkulturellen Aufstiegs der Industriearbeiterklasse oder doch wenigstens breiter Arbeiterschichten, namentlich derjenigen, die die Gewerkschafts- und die Konsumgenossenschaftsbewegung erfaßt hatte. Darüber gab es damals noch eine wenn auch nicht sehr breite Schicht von Spezial- und Monopolarbeitern, die bei ihrem hohen Einkommen auf eine Stärkung ihrer Stellung durch Anschluß an eine Gewerkschaft glaubten verzichten zu können.

Die Hebung des sozialkulturellen Lebensstandes ist in Deutschland vor dem Kriege vielleicht relativ kräftiger gewesen als die Verbesserung der rein materiellen Lebenshaltung im Punkte Ernährung und Wohnung. Und abweichend von einzelnen anderen europäischen Industrieländern, in denen die Hebung des sozialen Lebensstandes, insbesondere auch durch eine partikularistische Gewerkschaftspolitik, nur einer teilweise dünnen Oberschicht der Arbeiter zugute gekommen ist, hat in Deutschland, dank einer bis in die Tiefen durchgreifenden öffentlichen sozialen Versicherung und Fürsorge und dank einer die gesamte Arbeiterklasse umwerbenden Gewerkschaftsbewegung, die breite Masse des gewerblich arbeitenden Volkes in ihrer Lebenshaltung bis zum Kriege ziemlich stetig wachsenden Anteil an dem wirtschaftlichen Aufblühen des Deutschen Reiches genommen.

Die Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiter

Eine Sonderstellung nahmen allerdings die nicht gewerblichen Arbeiter, die Landarbeiter, ein. Materiell sind sie, wenigstens was die Ernährung anlangt (mit den Wohnungsverhältnissen stand es meist übel), in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege — soweit sie in Deputatlohn standen — prozentual vielleicht noch stärker vorangekommen als die Industriearbeiter in den Städten.³⁴ Freilich ist aber die Zahl der Deputanten zwischen den Berufszählungen von 1882 und 1907 und danach vielleicht noch

³⁴ Vgl. Dr. jur. et phil. W. Asmis: Zur Entwicklung der Landarbeiterlöhne in Preußen (Berlin 1919), der für die östlichen Provinzen eine Steigerung der Naturallöhne für Knechte von 1899 bis 1912 um 20 vH, der Barlöhne um 85 vH, dagegen für die westlichen Provinzen eine Steigerung der Naturallöhne um etwa 33½ vH und der Barlöhne um 28 vH ermittelt hat.

stärker zurückgegangen,³⁵ was im allgemeinen für die Ernährung der Landarbeiterfamilien bei steigenden Preisen der Agrarprodukte ungünstig zu bewerten ist. Vor allem standen die Landarbeiter in sozial-kultureller und politisch-rechtlicher Hinsicht in den nicht-bäuerlichen Agrarbezirken beträchtlich hinter der städtischen Arbeiterschaft zurück. Die umfangreichen Abwanderungen der ländlichen Arbeiter, namentlich aus den Großgrundbesitzbezirken, in die Städte waren ein bedenkliches Symptom für die ungleichmäßige Verteilung der sozialen Druckverhältnisse oder Druckempfindungen in der Arbeiterschaft von Stadt und Land, und der Nachschub ausländischer Wanderarbeiter mit geringeren Lebensbedürfnissen, als sie dem deutschen Landarbeiter eigen waren, in die östlichen Agrarprovinzen trug ein übriges dazu bei, daß die Landarbeiter in sich verschärfendem Tempo bis zum Kriege ihre ländliche Heimat verließen, um in der Stadt ihr Los zu verbessern zu suchen. In den Industriestädten aber, namentlich da, wo obendrein anspruchslose ausländische Arbeiter in Massen zu Erd- und Steinarbeiten, zum Straßen-, Häuser- und Kohlenbergbau hereingeholt wurden, übten diese an bescheidenere Ansprüche bei harter Arbeit gewöhnten unorganisierten Zuwanderer zunächst oft einen Druck auf Lohn- und Lebensbedingungen der ansässigen Industriearbeiter aus. Namentlich die Arbeiterwohnungsfrage in den Städten wurde durch die Zuwanderermassen oft peinlich verschärft. Oder sie hinderten die Ansässigen doch, an den aufsteigenden Konjunkturen der Industrie einen größeren Anteil zu verlangen, als er schließlich im Durchschnitt der Industriearbeiterschaft zugefallen ist. Mag auch diese stetige Zuwanderung unverbrauchter ländlicher Arbeitskräfte viel zur Gesunderhaltung der Industriearbeiterschaft und ihres Nachwuchses vor dem Kriege beigetragen haben, der Anteil der Industriearbeiter am Sozialprodukt der deutschen Wirtschaft und ihre davon großenteils abhängige materielle Lebenshaltung würde ohne diesen Zustrom billigerer Kräfte mit geringeren sozial-kulturellen Bedürfnissen einen viel lebhafteren Aufstieg erfahren haben, als er im Vorherstehenden aus einer Reihe von Symptomen gefolgert werden konnte.

³⁵ Hierzu Dr. *Wolfgang Hucho*: Die Naturalentlohnung in der deutschen Landwirtschaft (Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, Bd. 2, Berlin 1925).

C. Der Anteil der Arbeiterschaft am Gesamteinkommen der Nation vor Kriegsausbruch

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Position in der deutschen Gesamtwirtschaft in der Vorkriegszeit kann man schließlich mit einigen Vorbehalten die Steuerstatistik über die Verteilung der Einkommen heranziehen, vor allem in der Hinsicht, die Entwicklung der Aufstiegstendenzen der arbeitenden Klassen mit den Gesamtaufstiegstendenzen der deutschen Volkswirtschaft in der Vorkriegszeit kritisch zu vergleichen. Es sollen im folgenden nach dem Vorgang des Instituts für Konjunkturforschung die Bewegungen des Arbeitseinkommens gegenüber dem Unternehmereinkommen und dem Gesamteinkommen in Deutschland dargestellt werden. Freilich mußte man, da es eine besondere Lohnsteuer damals nicht gab, mit sehr summarischen Einkommensziffern operieren, die sämtliche Bezieher eines Einkommens von 900 bis 3000 M aus unselbständiger wirtschaftlicher Tätigkeit einschließlich der freien Berufe, der Festbesoldeten, der Kleinrentner, der kleinen Landwirte und Handwerker zusammenfaßten. In Preußen mußten ferner für die Steuerbefreiten unter 900 M Einkommen fiktive Durchschnittsbezüge von 750 M eingesetzt und für die bei der Steuer mit Ermäßigungen veranlagten Einkommen gewisse Zuschläge gemacht werden. Und schließlich sind alle Einkommen über 3000 M aus »gewinnbringender« Tätigkeit, sofern sie sich nicht auf eigenen Unternehmungsbetrieb gründete, einbezogen.³⁶ In Württemberg und Baden waren Interpolationen nach Erfahrungssätzen nötig, während in Sachsen alle Einkommensstufen bis zu den kleinsten statistisch ermittelt sind. Bayern mußte wegen des Fehlens einer allgemeinen Einkommensteuerveranlagung (bis 1912) ganz ausscheiden. Die Statistik der Unternehmereinkommen hingegen gründete sich auf die Einkommensangaben aller physischen Zensiten »aus Handel, Gewerbe und Bergbau« und der juristischen Personen,

³⁶ Vgl. zur Methodologie und Technik dieser Statistik des Arbeitseinkommens gegenüber dem Unternehmereinkommen: »Untersuchungen über die Einkommensschwankungen in der Vorkriegszeit«. Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung. 2. Jahrgang (1927). Ergänzungsheft 3, S. 29 und S. 35. Berlin 1928.

die Unternehmer im wirtschaftlichen Sinne sind. Als Gesamteinkommen wurde die Summe aller persönlichen Einkommen, und zwar aller persönlichen *Bruttoeinkommen* berücksichtigt, also nicht das Einkommen der nicht-physischen Personen, weil es größtenteils in den Einkommen der physischen Personen nochmals erscheint. Hier fehlen immerhin einige Einkommensbeträge, während auf der anderen Seite die Schuldzinsen doppelt, sowohl im Bruttoeinkommen des Schuldners wie im Bruttoeinkommen des Gläubigers, gezählt sind. Das *Volkseinkommen* deckte sich also nicht mit dem hier vorgetragenen Gesamteinkommen, das nur die verhältnismäßigen Bewegungen von Arbeitseinkommen, Unternehmungseinkommen und Großrenteneinkommen für verschiedene Jahre einigermaßen gut vergleichbar spiegelt. Nach allem repräsentiert das hier berechnete Arbeitseinkommen mehr die Summe der Bruttoeinkommen aller kleinen Leute (einschließlich der freien Berufe) als das bloße Gesamteinkommen der eigentlichen Lohnarbeiter in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr. Aber wenn man das Gesamteinkommen der Lohnarbeiter einschließlich ihrer mithelfenden Familienangehörigen schätzungsweise für 1907 überschlägt, so ergab sich bereits eine Summe von allermindestens 15 Milliarden, zu denen sich weit über 4 Milliarden Gehälter für Angestellte gesellten. Da die Statistik des Instituts für Konjunkturforschung für 1907 in Preußen, Sachsen, Württemberg und Baden, die drei Viertel aller Erwerbstätigen des Reiches umschloß, zusammen $18\frac{3}{4}$ Milliarden Mark Einkommen der Kleinverdiener ausweist, für das gesamte Reichsgebiet die entsprechende Gesamtsumme also sich um ein Drittel höher, nämlich auf 25 Milliarden gestellt hätte, so erhellt, daß die entscheidenden konstitutiven Faktoren in dem vom Institut ermittelten VolksArbeitseinkommen die Lohnarbeitereinkünfte und Angestelltengehälter sind. Ihre Massenbewegungen müssen in den aus den Kleineinkommensziffern abgeleiteten Ziffern des Arbeitseinkommens ausschlaggebend zum Ausdruck kommen. Die große Bewegungslinie der eigentlichen Lohn- und Gehaltseinkommen kann durch die Mitbewegung der restlichen 20 vH der Kleineinkommen, die aus den Einkünften der Kleinbauern, Handwerksmeister, Kleinrentner und Angehörigen der freien Berufe bestehen, in jener Gesamtkurve nicht wesentlich nach oben oder

unten abgebogen worden sein, wenn freilich auch in besonders konjunkturbewegten Jahren eine Milderung gewisser jäher Zickzackbewegungen der eigentlichen Lohnarbeitereinkommenskurve durch die Beimischung der stetigeren Kleineinkommen aus nicht industrieller Lohnarbeit nicht in Abrede gestellt werden soll.

Die Entwicklung des Arbeitseinkommens im Vergleich zum Unternehmer- und Gesamteinkommen:

	Preußen						Sachsen					
	Gesamt- Einkommen		Arbeits- (Klein-) Einkommen		Unter- nehmer- Einkommen		Gesamt- Einkommen		Arbeits- (Klein-) Einkommen		Unter- nehmer- Einkommen	
	Md. M	rel.	Md. M	rel.	Md. M	rel.	Md. M	rel.	Md. M	rel.	Md. M	rel.
1893—1895	13,74	100	10,78	100	1,38	100	1,87	100	0,81	100	0,54	100
1896—1900	15,44	112	11,77	109	1,96	142	2,28	122	1,01	125	0,65	120
1901—1905	17,87	130	13,46	125	2,27	165	2,62	140	1,24	153	0,71	131
1906—1910	22,34	165	16,59	154	3,12	226	3,38	181	1,58	195	0,84	155
1911	24,77	180	18,24	169	3,54	263	3,64	194	1,84	227	0,95	176
1912	25,89	189	19,04	177	3,81	276	3,84	205	1,97	243	1,00	185
1913	27,29	199	19,88	184	4,22	306	4,01	214	2,03	251	1,04	196
Zuwachs gegen- über 1893/1895	13,55		+ 9,10		+ 2,84		2,24		+ 1,22		+ 0,50	

	Württemberg						Baden					
	Gesamt- Einkommen		Arbeits- (Klein-) Einkommen		Unter- nehmer- Einkommen		Gesamt- Einkommen		Arbeits- (Klein-) Einkommen		Unter- nehmer- Einkommen	
	Md. M	rel.	Md. M	rel.	Md. M	rel.	Md. M	rel.	Md. M	rel.	Md. M	rel.
1893—1895	—	—	—	—	—	—	0,67	100	0,24	100	0,14	100
1896—1900	—	—	—	—	—	—	0,76	114	0,31	129	0,17	121
1901—1905	1,19 ³⁷	100	0,47	100	0,57	100	0,96	144	0,38	158	0,20	143
1906—1910	1,35	114	0,57	121	0,66	116	1,21	181	0,50	208	0,24	171
1911	1,50	126	0,69	142	0,76	133	1,33	198	0,57	234	0,27	193
1912	1,54	130	0,72	153	0,82	144	—	—	—	—	—	—
1913	1,57	132	0,74	157	0,83	146	—	—	—	—	—	—

Die vier Länder zusammen

	Gesamt- Einkommen	Arbeits- (Klein-) Einkommen	Unternehmer- Einkommen
1901—1905	22,64	15,55	3,75
1906—1910	28,24	19,24	4,86
1911	31,24	21,34	5,52

³⁷ Nur für den Durchschnitt von 1904 und 1905.

Diese Ziffernreihen bestätigen bezüglich des Arbeits-(Klein-)einkommens das früher Gesagte: Der kräftigste Aufstieg ist in dem letzten Jahrzehnt unmittelbar vor dem Kriege erfolgt, und zwar hat das Fortschritts-tempo fast von Jahr zu Jahr sich beschleunigt; nur selten störten Konjunkturschwankungen diese Progression. Die Reihen für Preußen wichen etwas von denen für Sachsen, Württemberg und Baden ab; das entsprach den strukturellen Verschiedenheiten der Länder. Da wir es bei dem Arbeitseinkommen nur zu vier Fünftel mit Lohnarbeiter- und Angestellteineinkommen zu tun haben, der Rest aber auf selbständige kleinbäuerliche und kleingewerbliche Existenzen entfällt, die in Sachsen, Württemberg und Baden eine relativ viel größere Rolle spielen als in dem mit Großgrundbesitz und mit großkapitalistischen Industrie-, Handel- und Finanzunternehmungen stärker durchsetzten Preußen, so mußte sich in Preußen der Einfluß der niedrigen Land- und Wanderarbeiterlöhne einerseits und die außerordentlich rasch fortschreitende Kapital- und Rentenbildung andererseits in den Ziffernspalten für Arbeitseinkommen und Unternehmereinkommen sichtbar ausprägen und sich von den entsprechenden Ziffernsäulen in Ländern mit noch verhältnismäßig breiter kleinkapitalistischer Mittelstandsschichtung unterscheiden. In Preußen ist das Tempo der absolut sehr starken Arbeitseinkommensentwicklung hinter dem Fortschritt der Unternehmereinkommensentwicklung — namentlich bis etwa 1907/8 — deutlich zurückgeblieben, während es in den anderen Ländern umgekehrt sich verhielt. Dem entsprach auch die für die unterschiedliche Lage und soziale Lebenshaltung der Arbeiterschaft in den einzelnen Reichsteilen wichtige Volksgliederung.

In den preußischen Gebieten mit starker Großgrundbesitz- und Großindustrieentwicklung waren die Einkommensabstände zwischen der Arbeiterschaft und der an Wirtschaftsmacht noch rascher zunehmenden Kapitalistenschicht trotz des Aufstiegs der Arbeiterklasse in fortschreitender Divergenz, und damit erweiterte sich auch vielfach der Abstand in den Lebensführungsmöglichkeiten der Unternehmerschicht und der Arbeiterklasse. Da für die Entfaltung der Bedürfnisse stets das Beispiel der begüterten Klassen tonangebend ist, so ist es erklärlich, daß in breiten Arbeiterschichten Preußens, die ihre Lebenshaltung an

der der Unternehmerklasse maßen, sich trotz objektiver Hebung ihrer Lage keine subjektive Zufriedenheit einstellen wollte, sondern das Bewußtsein der Klassengegensätze, auch ohne die scharfe politische Agitation der sozialistischen Arbeiterbewegung, von dem Punkte der Lebensführung her Verstärkung erhielt. In Württemberg, Baden und Sachsen, wo die Arbeiterschaft im allgemeinen dichter als in Preußen in kleinbäuerliche und kleingewerbliche Bürgerschichten mit ähnlich bescheidenem Einkommen und entsprechend gleichartiger Lebensführung eingebettet war, ließ diese wirtschaftlich-soziale Schicksalsverwandtschaft und die größere Möglichkeit, aus der abhängigen in die selbständige Kleinverdienerwelt hinüberzuwechseln, die subjektive Spannung zwischen den Lebenssphären der Arbeiterschaft und der anderen Schichten nicht zu solcher Schärfe reifen wie in den großkapitalistischen Wirtschaftsbezirken. Bei allen Urteilen über Lebenshaltung spricht aber das subjektive Empfinden der betreffenden Schicht, ob sie ihre Lage, gemessen an ihrer Umgebung, für auskömmlich hält, oder ob sie aus der kritischen Beobachtung höhergestellter Schichten ihre Maßstäbe entnimmt und daran die Kümmerlichkeit ihrer Lage errechnet, eine sehr wichtige Rolle. Die eingangs erwähnten Unterschiede, ja Widersprüche in den Einschätzungen der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft vor dem Kriege lassen sich großenteils auf diese Abhängigkeit vom subjektiven Empfinden zurückführen.

Objektiv aber erweisen die meisten bruchstückweise zusammengetragenen Symptome der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, daß ihre Lage trotz der Preissteigerungen der Agrarprodukte und der Wohnungen nach 1900 sich ziemlich schnell hob, und nur die Zusammenpferchung in den Großstädten und die kulturell-soziale Rückständigkeit in breiten Landarbeiterbezirken trübte das im ganzen günstige Bild. Der Zuwachs zum Gesamteinkommen des deutschen Volkes im letzten Jahrzehnt kam — absolut betrachtet — ganz überwiegend aus den kleinen Arbeitseinkommen, nicht aus Unternehmereinkommen, obwohl dieses — wie gesagt — in Preußen sich prozentual rascher vermehrte. In Preußen wuchs das Arbeitseinkommen von 1901 bis 1905 (Mittel) bis 1913 um 6,42 Milliarden, das Unternehmereinkommen um 2 Milliarden, in Sachsen um 0,8 gegen 0,33, in Württemberg um 0,27 gegen 0,26 Milliarden. Der Anteil des Arbeitseinkom-

mens am Gesamteinkommen ist entsprechend fast unverändert geblieben. Während das Arbeitseinkommen 1901—1905 68,7 vH und das Unternehmereinkommen 16,5 vH des Gesamteinkommens ausmachte, war das Verhältnis (in den vier Ländern) 1911 68,2 vH zu 17,7 vH. In Preußen hat sich das Verhältnis seit 1893—1895 bis 1901—1905 und 1913 ein wenig zuungunsten des Arbeitseinkommens verschoben:

	1893—1895	1901—1905	1913
Arbeitseinkommen	78,5 vH	75,7 vH	73,3 vH
Unternehmereinkommen	10,0 vH	12,7 vH	15,4 vH

Diese Verschiebung dürfte aber mehr durch relativen Rückgang der selbständigen kleingewerblichen Existenzen als durch ein Zurückweichen des Lohnarbeitereinkommens vor dem Unternehmereinkommen zu erklären sein.

Betrachtet man schließlich die Entwicklung des Arbeits-(Klein-)einkommens gesondert für die letzten sechs Jahre vor dem Kriege, 1907 bis 1913, die in unseren bisherigen Untersuchungen über Lohn und Lebenshaltung der arbeitenden Klassen genauer beleuchtet worden sind, so stellt sich folgendes heraus: Das Arbeits-(Klein-)einkommen ist in Preußen, Sachsen und Württemberg, für die Schätzungsziffern des Instituts für Konjunkturforschung vorliegen, zwischen 1907 und 1913 von 18,33 auf 22,65 Milliarden Mark, also um 23,7 vH gestiegen. Nehmen wir an, daß die Steigerung des Arbeitseinkommens im ganzen Reiche im gleichen Schrittmaß sich vollzogen hat, und vergleichen wir damit, daß die Zahl aller Arbeiter und Angestellten und Beamten sich gleichzeitig nur von 20 auf 23 Millionen Köpfe, d. h. um 15 vH, oder die Zahl der invalidenversicherten Arbeitnehmer sich von 12,95 auf 15,5 Millionen, d. i. um 19,5 vH vermehrt hat. Da die Zahl der selbständigen Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern und ihr Einfluß auf die nationale Einkommensbildung sich wahrscheinlich in dieser Zeit — 1907 bis 1913 — nicht vermehrt hat, so würde sich aus vorstehenden Zahlen spannen der Schluß rechtfertigen lassen, daß der durchschnittliche *Kopfanteil* der Arbeitnehmerschaft am Nationaleinkommen oder am verteilbaren Sozialprodukt der Nation in jenen Jahren nicht nur absolut, sondern auch relativ sich gehoben hat.

III.

DIE EINWIRKUNGEN DES KRIEGES AUF DIE EINKÜNFTE UND DIE LEBENSHALTUNG DER ARBEITERSCHICHTEN

A. Die allgemeinen sozialwirtschaftlichen Veränderungen

Der Einbruch des Krieges in die Lebenswelt der gewerblichen Arbeiter

Unmittelbar von Kriegsausbruch an ergaben sich heftige Einbrüche und Verschiebungen in der geschilderten bisherigen Entwicklungslinie der Lebenshaltung der arbeitenden Massen und ihrer Aufstiegstendenzen. Die militärische Einberufung von Millionen von Männern in den leistungsfähigsten Jahren beraubte zahllose Arbeiterfamilien der Ernährer. Wenn auch viele Firmen Geldunterstützungen an die Familien der ins Feld gerückten Arbeiter zahlten, so konnte das doch nicht allen helfen. Ehe das öffentliche Kriegsfürsorgewesen ausreichend organisiert, die Unterstützung der Kriegerfamilien und die teilweise Soldauszahlung an sie durchgreifend geregelt war, gab es für die Familien der einberufenen Arbeiter in vielen Gemeinden, wo die private Nächstenhilfe und Kriegswohltätigkeit nicht den großen Massen der Bedürftigen gewachsen war, knappe Wochen. Dazu kam die plötzliche, bis zu unerhörten Ziffern sich steigernde Arbeitslosigkeit der ersten Kriegsmonate; zahllose Unternehmungen stockten oder schränkten vorsichtshalber ihre Produktion, ihre Werkstoffbezüge und auch ihre Ablieferungen ein, weil überall bald die geschulten Facharbeiter fehlten, Zahlungsunsicherheit in den ersten Wochen herrschte, Aus- und Einfuhr abgesperrt wurden.¹ Der private Eisenbahnverkehr war durch Inanspruchnahme der Bahnen für Soldaten- und Rüstungstransporte unterbunden.

¹ Vgl. hierzu *Rich. Calwer: Deutschlands Wirtschaft im ersten Kriegsjahr 1914/15* (fortlaufende sorgfältige Chronik).

So feierten in den meisten Gewerben, mit Ausnahme der Landwirtschaft und einiger unmittelbar von den Militärintendanturen beanspruchten Berufszweige, Hunderttausende von Händen gezwungen bis in den Herbst 1914 hinein und hatten kein Arbeits-einkommen. Die prozentualen Arbeitslosenziffern stiegen in den berichtenden Facharbeitergewerkschaften von 2,8 vH (Durchschnitt von März bis Juni 1914) (gegenüber 2,4 vH in den gleichen Monaten von 1913) auf 28,7 vH im September (1913 : 2,7 vH) und standen im November 1914 immer noch auf 8,2 vH (1913 : 3,1 vH). Vorübergehende Knappheit an einzelnen Lebensmitteln und sonstigen Waren führten zu plötzlichen übertriebenen Preissteigerungen, die organisierte Abwehrbewegungen und behördliche Eingriffe nur mit teilweiseem Erfolge auf das berechnigte Maß herunterzudrücken versuchten.

Die Wirtschaft der ersten Kriegsmonate ließ sich also für breite Schichten der lohnarbeitenden Klasse recht hart an. Aber der Druck auf die Lebenshaltung wurde im allgemeinen in den ersten Zeiten mit einem opferwilligen Heroismus getragen. Die gegenseitige Hilfsbereitschaft war überdies damals sehr lebendig. Als man aus dem Irrtum erwachte, daß nach wenigen Kriegsmonaten der gewohnte behagliche Friedenszustand wiederkehren würde, begann sich auch die öffentliche Organisation auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete zugunsten der Bedürftigen zu entfalten und in einer Fülle von Unterstützungseinrichtungen, Mieterschutzvorschriften, Höchstpreisbestimmungen für Nahrungsmittel usw. erfolgreich auszuwirken. Insbesondere wurde die Erwerbslosenfürsorge ausgebaut.

Bald aber sanken durch die nach Ablauf weniger Kriegsmonate eintretende Wiederbelebung des Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit den zunehmenden Umstellungen der Friedenswirtschaft auf eine andersgeartete Kriegswirtschaft die Arbeitslosenziffern: im Januar 1915 auf 6,5 vH, im März auf 3,3 vH, und sie standen im November 1915 bereits auf 2,5 vH, einem recht günstigen Friedenssatz, um dann immer noch weiter — bis weit unter 1 vH — zusammenzuschrumpfen und schließlich, zumal nach der Durchführung des sogenannten »Hindenburg-Programmes« im Herbst 1916 zur großzügigen Beschaffung von Rüstungsmaterial, sich in einen beklemmenden Arbeitermangel in den eigentlichen

Rüstungsindustrien zu verwandeln,² dem auch die Organisation des Vaterländischen Hilfsdienstes nicht genügend abhelfen konnte. Ein zahlenmäßiges Bild der Verschiebungen in der Arbeitswelt gibt die beiliegende Tafel.

Zahl der 1913 in den Betrieben mit mindestens zehn Arbeitern und in ihnen gleichgestellten Betrieben beschäftigten Arbeiter (nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten)

Industriezweige	Männer		Frauen	
	Erwachsene	Jugendliche bis 16 Jahre	Erwachsene	Jugendliche bis 16 Jahre
Bergbau und Hüttenwesen	1 133 701	46 246	15 969	870
Metallverarbeitung	520 820	65 114	81 993	12 180
Maschinen, Instrumente, Apparate	1 007 753	86 095	74 642	4 991
Chemie	145 944	4 894	26 749	2 981
Leuchtstoffe, Öle, Harze, Seifen	69 866	1 453	9 079	1 411
Holzindustrie	382 751	29 893	36 320	4 859
Vervielfältigungsgewerbe	134 197	15 376	45 437	5 187
Papier	115 071	8 413	64 757	10 773
Leder usw.	91 534	5 110	21 432	2 726
Steine und Erden	537 089	29 480	72 590	8 449
Nahrungsmittel	467 849	32 296	191 721	22 052
Bekleidung	112 075	10 396	260 260	48 395
Textilindustrie	400 275	35 032	461 607	59 162
Baugewerbe	262 886	13 287	703	16
Reinigung	13 064	675	39 596	2 248
Arbeiter in sonstigen Berufszweigen	14 671	719	2 766	217
Zusammen				
Industrie, Bergbau, Handwerk, Baugewerbe	5 409 546	384 489	1 405 621	186 517

² *Martin Sogemeier*: Die Entwicklung und Regelung des Arbeitsmarktes der rheinisch-westfälischen Industriegebiete im Kriege usw., Jena 1922.

Ferner: *Julia Dünner*: Der deutsche Arbeitsnachweis bis zum Erlaß des Hilfsdienstgesetzes, Tübingen o. J. Auch *Friedrich Dönhoff*: Das Arbeitsmarktpfproblem, Zürich 1921, behandelt eingehender den Kriegsarbeitsmarkt in Deutschland.

Zahl der 1918 in den Betrieben mit mindestens zehn Arbeitern und in ihnen gleichgestellten Betrieben beschäftigten Arbeiter (nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten)

Industriezweige	Männer		Frauen	
	Erwachsene	Jugendliche bis 16 Jahre	Erwachsene	Jugendliche bis 16 Jahre
Bergbau und Hüttenwesen	955 340	64 266	109 622	6 250
Metallverarbeitung	405 495	71 392	231 773	25 154
Maschinen, Instrumente, Apparate	1 097 020	136 967	493 374	23 865
Chemie	256 353	12 904	208 877	9 565
Leuchtstoffe, Öle, Harze, Seifen	53 928	2 292	19 079	1 579
Holzindustrie	382 751	31 842	87 158	11 345
Vervielfältigungsgewerbe	70 067	13 349	47 819	6 952
Papier	59 697	8 637	77 120	12 561
Leder usw.	50 773	4 321	41 214	3 423
Steine und Erden	180 167	16 195	61 547	6 464
Nahrungsmittel	258 104	32 405	236 996	16 819
Bekleidung	52 133	6 917	209 335	26 237
Textilindustrie	98 487	10 668	266 537	27 380
Baugewerbe	106 367	7 308	5 198	348
Reinigung	7 080	872	33 419	2 442
Arbeiter in sonstigen Berufszweigen	11 883	1 059	9 842	450
Zusammen				
Industrie, Bergbau, Handwerk, Baugewerbe	3 875 676	421 293	2 138 910	180 764

Die grundlegenden Wandlungen in der Lebensversorgung der Nation überhaupt

Die stets sich verschärfende Knappheit an Arbeitskräften, die allerdings in den ersten Kriegsjahren infolge der möglichen Heranziehung großer Reserven weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte noch nicht zur völligen Entleerung des Arbeitsmarktes führte, mußte sich natürlich auch in den Preisen für die Arbeitskräfte, in den Löhnen auswirken. Eigentümlicherweise — es wird das noch näher zu erklären sein — ist aber die durchschnittliche Lohnsteigerung — mit Ausnahme gewisser überlasteter Produktionsstätten des Rüstungswesens — bis 1916 nicht so rasch und

kräftig erfolgt, wie es bei der Sachlage zu vermuten war und wie es den Steigerungen der Preise für Ernährung und anderen Massenbedarf auf dem bis 1916 noch nicht überall systematisch kontrollierten Warenmarkte entsprochen hätte. So wuchsen auch die Spannungen zwischen dem durchschnittlichen Einkommen und den Lebenskosten in weiten Arbeiterschichten und drückten immer schwerer auf die Lebenshaltung. Bitter aber wurde diese drückende Last von der zum »Durchhalten« entschlossenen Arbeiterschaft erst dann empfunden, als es sich herausstellte, daß die nationale Parole des sparsamen Haushaltens, des Verzichtens und Lastentragens keineswegs für alle Kreise des Volkes galt und ein aufreizender Widerspruch zwischen der Lebensführung der opferwilligen, schaffensfreudigen Arbeiterkreise und gewissen Kriegskonjunkturspekulanten klappte. Zwar hatten viele Familien der bemittelteren Kreise, sobald erst einmal die Erkenntnis von den wirtschaftlichen Gefahren eines großen Krieges sich verbreitet hatte, sich recht bescheiden eingerichtet, zumal da die Trauer um Kriegsgefallene bald kaum noch ein Haus verschonte. Von der Zurückhaltung dieser stillen Familien kontrastierte aber um so lauter das rücksichtslose Genießertum anderer Kreise, die stark mit Kriegsemporkömmlingen durchsetzt waren und den Krieg als eine große Gelegenheit zum Raffen und Sich-Ausleben zu betrachten schienen. Mit ihnen um die Wette zerrten ängstliche Egoistenhaushaltungen brutal an der knapper werdenden Lebensdecke.

Durch solche Gegensätze hatte sich den bereits objektiv empfindlich steigenden Spannungen zwischen Einkommen und Lebensunterhaltskosten für alle nicht stark verdienenden Arbeiterschichten noch eine bittere subjektive Schärfe beigemischt. Erst durch den großen sozialpolitischen und ernährungspolitischen Akt der fortschreitenden systematischen Zwangsbewirtschaftung und Rationierung aller elementaren Lebensbedarfsdinge, die Anfang 1915 beim Brot vorsichtig eingesetzt hatte, aber erst im Sommer 1916 in breiter Front durchgeführt wurde, ist jenen Spannungen, obwohl sie bei der beschränkten Erfolgshaftigkeit der gemeinnützigen Versorgungspolitik objektiv unüberwindlich andauerten, doch die aufreizende Schärfe genommen worden. Fortan herrschte wenigstens offiziell eine weitgehende Gleichheit in der Zuteilung des wichtigsten Lebens-

bedarfs; die bisher offenkundigen Gegensätze wurden ins Dunkel einer heimlichen Kriegsprivatwirtschaft zurückgedrängt.

Die Zwangsordnung sozial ausgleichender Gerechtigkeit, der übrigens auch das System des Vaterländischen Hilfsdienstes dienen sollte, führte im Verein mit den tatsächlich immer schwierigeren Beschaffungsmöglichkeiten auch in den besser bemittelten Kreisen — wohl oder übel — eine steigende Lebensverengung, eine Vereinfachung, Verknappung, ja nicht selten eine Verarmlichung der Nahrung, bald auch der Heizung und Beleuchtung und schließlich der Kleidung sowie der sonstigen materiellen Kulturpflege herbei. Doch die Begriffe von »erträglicher Lebenshaltung« sind durchaus relativ — wie hat sich sogar der wissenschaftliche Begriff des »Mindestnahrungsbedarfs« von 1914 bis 1918 in den Augen der Kriegsphysiologen gewandelt! —, und die Vorstellung von Auskömmlichkeit oder Kümmerlichkeit wird überwiegend subjektiv durch den Vergleich der eigenen Lebenshaltung mit der einer höhergestellten Umgebung bestimmt. So machte denn die allgemeine — wenigstens nach außen hin sichtlich sich ausbreitende — Nivellierung des Lebensstandes auch der besitzenden Klassen auf eine asketische Linie den handarbeitenden Klassen die fortschreitende ernste Beschränkung ihres Nahrungsspielraumes und der sonstigen Bedürfnisbefriedigung subjektiv leichter erträglich.

Die Spannungsverhältnisse in der Lebenshaltung milderte ferner seit etwa Kriegsmitte eine bedeutsame wirtschaftliche Tatsache auf der Einkommenseite: das Wachstum der nominalen Einnahmen in den meisten Arbeiterfamilien. Neben dem Verdienst des Familienvaters machten sich wohl in der überwiegenden Zahl der Arbeiterfamilien die Zusatzverdienste anderer Familienmitglieder bemerkbar. Viele weibliche und jugendliche Kräfte, die im Frieden sich der Arbeit außer dem Hause enthielten, wurden wegen der unzureichenden Zahl der daheim gebliebenen männlichen Facharbeiter zur Fortführung der Volkswirtschaft immer dringlicher gebraucht und auch durch die Teuerung der Lebensmittel obendrein oft zur Annahme von Erwerbsarbeit gezwungen.³ Auf diese Weise hob sich das Arbeiterfamilieneinkommen teilweise beträchtlich. Immer häufiger stieg

³ Calwer: Deutschlands Wirtschaft im ersten Kriegsjahr 1914/15. Heft 1, S. 105.

es über das Einkommen der Angestellten und mittleren Beamten hinaus, so daß auch aus diesem Grunde die hergebrachten klassenmäßigen Gegensätze in der Lebenshaltung zwischen Arbeiterfamilien und bürgerlichem Mittelstand weithin schwanden. Seit der Durchführung des großen Hindenburg-Programms für Kriegsmaterialerzeugung und der zum Hilfsdienstgesetz führenden Arbeiterknappheit trat der Ausgleich in der Lebenshaltung in den Jahren 1917 und 1918 auffällig zutage. Die Spitzbäuche der bürgerlichen »Honoratioren« hatten sich — abgesehen von etwaigen Kriegsgewinnlern — längst verloren. Allenfalls in der Kleidung konnte der bürgerliche Mittelstand auf einen größeren älteren Bestand an Wäsche, Schuh- und Kleidervorräten in seinen Schränken und Truhen zurückgreifen als der weniger mit Dauervorräten ausgestattete Arbeiterhaushalt.

Deutlichere Gegensätze in der Lebenshaltung begannen vielmehr in der Arbeiterschaft selbst zwischen gut verdienenden Familien »reklamierter« Arbeiter, deren Frauen, Töchter und Jungen vielfach auch in Rüstungsgewerben arbeiteten, und den Familien nicht aufgebesselter Arbeiter und Angestellten in den nicht von der Kriegskonjunktur begünstigten Wirtschafts- und Verwaltungszweigen hervorzutreten, wie z. B. in der Textil- und Bekleidungs-, Seifen-, Zement- und Glasindustrie, später in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien, die an Rohstoffmangel krankten.

Daneben verschärften sich vor allem die Gegensätze in der Lebenshaltung zwischen großstädtischen Familien und den Familien in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande, wo man »an der Quelle« saß und die Selbstversorgung ihre Vorzüge entfaltete. Selbst die in der Landwirtschaft tätigen ausländischen Kriegsgefangenen waren in der Ernährung, je länger der Krieg dauerte, meist viel besser daran als die Arbeiterschaft und das Bürgertum in den Städten. Schließlich wurde das Geldeinkommen aus regelmäßiger Arbeit weniger wichtig für die Lebenshaltung als die gute Verbindung mit den landwirtschaftlichen Erzeugungsstätten oder mit den Importeuren und Fabrikanten von Lebensbedarfsdingen. Da bei der Verteilung der Lebensmittel die für die Kriegswirtschaft und Heeresrüstung »lebenswichtigen« Betriebe mit ihren Arbeiterschaften am relativ »ausgiebigsten« auch von Amts wegen bedacht wurden, bedeutete die

Übernahme von Arbeitsgelegenheit in solchen Rüstungsbetrieben zumeist auch die Erschließung einer besseren Ernährungsgelegenheit. Neben dem Geldlohn wurde der Naturallohnzuschlag in Gestalt von Fett, Speck, Brot, Kartoffelzulagen über die allgemeine Kopfration hinaus von wachsender Bedeutung.

Die allgemeinen Veränderungen in den Lebensgewohnheiten

Der Stand der Lebenshaltung war in der Hauptsache von den sachlichen Möglichkeiten der Beschaffung hinreichender Lebensmittelmengen und sonstiger Bedarfsgüter des täglichen Lebens abhängig. Vieles war nur auf krummen Wegen, auf Grund von persönlichen Beziehungen oder Vergünstigungen zu erlangen. Daneben spielte natürlich der Besitz großer oder kleiner Einkünfte angesichts der durch die zunehmende Knappheit, das Hamstern, den Ketten- und Schleichhandel ständig gesteigerten Preise für nicht amtlich zugeteilte Warenrationen eine wesentliche Rolle. Der Skrupellose konnte schließlich mit viel Geld sich auch im letzten Kriegsjahre noch »friedensmäßig« nähren und kleiden. Aber das galt nur für die Einzelmenschen, nicht für große, breite Schichten außerhalb der Selbstversorger. Denn für Massenbefriedigung auf einem erheblich höheren Bedürfnisstande als dem amtlichen Existenzminimum war die tatsächlich vorhandene Güterdecke viel zu knapp und konnte durch noch so viel Geld nicht entsprechend verlängert werden. Immerhin darf der Umfang der Einkommensbezüge bei gewissen Rüstungsarbeitergruppen und insbesondere bei manchen jugendlichen Arbeiterkreisen in seiner Bedeutung für die Höhe der Lebenshaltung und die Art der Lebensführung keineswegs unterschätzt werden. Das wird später im einzelnen darzulegen sein. Die nicht beschlagnahmten, dem freien Verkehr überlassenen Ersatzstoffe und gewisse Genuß- und Reizmittel konnten von Familien mit genügend großem Einkommen zur Auffüllung des Lebensunterhaltes verwendet werden, und von den immerhin nicht unbeträchtlichen Mengen der Schleichhandelswaren konnten die geldkräftigeren Elemente eben gegen größere Ausgaben eine größere Quote an sich reißen. Auch standen kopfreiche Familien mit vielen kleineren Kindern manchmal günstiger in der Ernährung als kleine Haushalte mit wenigen Erwachsenen, da die öffentliche Nahrungsmittelzuteilung in den Großstädten, namentlich die Zu-

teilung von Milch, Zucker und mehlhaltigen Nahrungsmitteln für die Kinder verhältnismäßig reichlicher ausfiel als für die Erwachsenen, es sei denn, daß diese durch Sonderzuweisungen auf Grund ihrer Rüstungsarbeitertätigkeit oder dank ihrer Zugehörigkeit zu einer beziehungsreichen »Kriegsstelle«, Kriegsgesellschaft oder Verteilungsbehörde begünstigt wurden. Auch die öffentlichen Kriegsküchen und Mittelstandsküchen halfen vielen Familien die Mittagsmahlzeiten verbilligen, wenn auch die Nährkraft dieser gemeinnützigen Ergänzungen des privaten Haushalts in den letzten Kriegsjahren immer geringer wurde. Schließlich war in zahlreichen mittleren Städten und vereinzelt in Großstädten eine sozialpolitisch gemeinte Abstufung der Preise für die gleichen Lebensmittelrationen durchgeführt worden in der Weise, daß die Minderbemittelten ihre (andersfarbigen) Marken zu billigeren Preisen in Waren umsetzen konnten als die besser bemittelten Bevölkerungsschichten. Freilich ist durch den privaten Austausch und Handel mit den Marken für teurere Nahrungsmittel, wie Fleisch und Eier, die sich die Ärmsten versagten, um ihre Ration an Zahlungskräftigere zu verkaufen, diese Methode, die Ernährung der Minderbemittelten zu begünstigen, teilweise durchkreuzt worden.

Die *Wohnungsfrage* bedrückte die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung während des Krieges beinahe weniger als in Friedenszeiten, abgesehen von jenen Fällen, wo die Riesenentwicklung einzelner Rüstungsindustrien an bestimmten Orten eine Zusammenballung großer Arbeiter- und Arbeiterinnenmassen nach sich zog, für die die vorhandenen Wohngelegenheiten nicht entfernt ausreichten. Im übrigen aber wurden durch Zusammenlegung von Haushaltungen seitens der Frauen, während die Männer und Söhne an der Front standen, sogar da und dort viele Wohnräume frei. Die Mietpreise aber wurden durch die Mieteinigungsämter und durch den Umstand, daß alle zum Militärdienst eingezogenen Mieter gegen Kündigung und Zwangsräumung überwiegend gesichert waren, für weite Kreise fast auf dem Friedensstand gehalten.

Mit *Heizung und Beleuchtung* war es bei zunehmender Dauer des Krieges immer dürftiger bestellt, da die eingeschränkte Kohlenförderung in erster Linie für die Rüstungsindustrien erhalten mußte und der Hausbrand schließlich auch rationiert wurde. In

manchen Wintermonaten seit 1916 froren sich die privaten Familien schlecht und recht unter Zusammendrängung auf einen kümmerlich geheizten Raum durch. Nicht so sehr das Einkommen, sondern die gute Verbindung mit den Kohlen- und Brennstoffhändlern war für die Heizungsfrage und auch für die Kostendeckung oft von entscheidender Wichtigkeit. Die Selbstversorgung mit Torf, Reisig, Holzabfällen erlangte für manche minderbemittelte Gruppen eine früher nicht vorhandene Bedeutung.

Die *Bekleidung* verlor während des Krieges die soziale Geltung, die sie sonst gehabt hatte. Nationale Losung war es, alle alten Bestände an Kleidern und Schuhen aufzutragen oder an gemeinnützige Stellen zur Versorgung der Bedürftigen abzugeben. Modenwechsel und Schönheitsrücksichten beherrschten nicht mehr den Bedarf, sondern die Bekleidung wurde überwiegend zu einer technischen Zweckfrage, die mit den mannigfachsten Stoffen und Behelfsmitteln gemeistert wurde. Das »Wenden« von gebrauchten Kleidungsstücken und Herrenanzügen bürgerte sich sogar in bessergestellten Familien ein. Auch in der Bekleidungsfrage verschoben sich also alle Bedürfnisse und Bedarfsmaßstäbe von oben herunter. Da alle sparten und sparen mußten, war auch für die Arbeiterklasse der sonst nicht unerhebliche Haushaltsposten »Bekleidung und Reinigung« (Seife gab es schon nach zwei Kriegsjahren nicht mehr im offenen Handel, sondern nur noch billigen Seifenersatz) ein »Sparposten« geworden, solange den Arbeitern nicht infolge ständigen Tragens des Gewandes tagaus tagein zu schmutziger Arbeit »die Lumpen vom Leibe fielen«.

Die Neubeschaffung von Ersatzkleidung allerdings war meist eine schwierige Sache. Nur in bescheidenem Umfange konnte hier die Zwangsbewirtschaftung wichtiger Textilerzeugnisse, die die Arbeiter in den Rüstungsindustrien vorzugsweise bedachte, und die Einrichtung von Altkleiderstellen den Minderbemittelten mit dem Nötigsten zu Hilfe kommen. Der Ersatz von Leib- und Bettwäsche durch Papierwäsche war vielleicht ein noch traurigeres Kapitel als das der Außenbekleidung. Die in den wohlhabenderen Kreisen als Ersatz sich einbürgernden Kunstseidenartikel waren für die Arbeiterbevölkerung im allgemeinen nicht erschwinglich, wenn auch manche gut verdienenden Granaten- und Zünderdreherinnen mehr Geld als im Frieden für

Luxusausgaben übrig hatten, da sie größere Ausgaben für Dinge des normalen Lebensbedarfs infolge der Zwangsbewirtschaftung und Rationierung nicht ohne weiteres machen konnten. Auch bei männlichen Rüstungsarbeitern zeigten sich da und dort ähnliche Erscheinungen. Bei jugendlichen Rüstungsarbeitern artete die Vergnügens- und Verschwendungssucht infolge unverhältnismäßig hoher Arbeitsverdienste, die sie als Ersatzkräfte für einberufene Erwachsene zeitweilig bezogen, gelegentlich in Großstädten, zumal wo die Väter fehlten, zu solchem Unfug aus, daß die Generalkommandos durch Zwangssparmaßnahmen dem Einhalt zu tun strebten.

Da alles Nützliche und Notwendige, das zum Lebensbedarf der Massen gehört, während des Krieges dem freien Bezuge und Kaufe der Einzelnen entzogen war, mußte sich notwendig ein Teil der Kaufkraft der Arbeiterschaft, zumal bei stark gestiegenen Nominallohnbezügen, entweder auf verbotenen Wegen im Schleichhandel in lebensnotwendige Ware zu Wucherpreisen umsetzen oder aber auf die im freien Handel verbliebenen Genuß- und Luxusdinge richten. Ein anderer Teil gesteigerter Kaufkraft ist allerdings auch direkt oder indirekt auf dem Umwege über Sparkassen in Kriegsanleihe angelegt worden. Der ziemlich starke Umfang kleinster Teilzeichnungen, den die Kriegsanleihestatistik bei einer Reihe von Anleiheaussgaben öffentlich dargestellt hat, spricht dafür, daß auch besser verdienende Rüstungsarbeiter sich in nicht unerheblicher Zahl an den Zeichnungen beteiligt haben müssen.

Nach diesen Beobachtungen der allgemeinen Faktoren, die die Verdienst- und Lebensmöglichkeiten der arbeitenden Massen im Banne der Lebensverengung der Gesamtnation während des Krieges beherrschten, gilt es nun zu prüfen, inwieweit sich diese Faktoren bei den einzelnen Gruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen konkret ausgewirkt haben.

B. Löhne und Arbeitseinkommen

Allgemeine Anhaltspunkte für die Bewegung und Beurteilung der Kriegslöhne

Nur in wenigen Industriezweigen und Handwerken war die Arbeit in der Kriegszeit mit der Friedensarbeit vergleichbar.

Die Arbeitsaufgaben wechselten zum großen Teile infolge der Umstellung der Betriebe auf die Aufgaben und Erfordernisse der Heeresausrüstung und der Munitionslieferungen. Vielfach handelte es sich auch um neue Werkstoffe und Ersatzstoffe, die verarbeitet werden mußten. Neue Arbeitsmaschinen wurden beschafft und in den Dienst einer fast ausschließlichen Massenfabrikation gestellt, die sich mit geringfügigen Abänderungen der Maße und Typen jahrelang wiederholte. Die Qualitätsaufgaben für erfahrene Facharbeiter traten in den Hintergrund gegenüber der leicht erlernbaren, halb automatischen Arbeit an diesen großen und kleinen Massenteilen. Ein ganz anderes Arbeitermaterial, als die meist vielgestaltige, feinere Friedensbeschäftigung der Betriebe es erforderte, konnte im allgemeinen diese Kriegsarbeit bewältigen. Wegen des Mangels an Facharbeitern in den leistungsfähigsten Altersklassen von 19 bis 45 Jahren, die anfänglich wahllos zur Fahne einberufen wurden,⁴ überwogen bald die jugendlichen, meist noch nicht voll leistungsfähigen Kräfte unter 19 Jahren und die kriegsuntauglichen Männer, die sich nicht mehr einer vollen Gesundheit und Widerstandsfähigkeit rühmen konnten. Weiter war es notwendig, viele industriefremde Ersatzkräfte in die Betriebe hereinzunehmen und notdürftig erst anzulernen, vielfach bekanntlich Frauen, später auch alte Leute, halbinvalide Kräfte und kriegsverletzte Menschen aus Berufen und Familien, die bisher der Fabrik ganz ferne gestanden hatten.

So ist die Lohnarbeiterschaft der Kriegswirtschaft in vielen Zweigen nicht eigentlich mit derjenigen, die zur Friedenszeit in denselben Betrieben tätig war, noch ihre Beschäftigungsweise mit der Vorkriegsarbeit vergleichbar. Das ist für die Lohnbetrachtung nicht unwichtig. Andererseits ist bei Würdigung der durchschnittlichen Lohnverdienste in den Rüstungsgewerben zu beachten, daß es sich hier meist um dringliche Aufträge handelte, die eine außerordentliche Verdichtung und Beschleunigung der ausführenden Arbeit, oft in überheizten Räumen oder in provisorisch hergerichteten Arbeitsstätten bei außerordentlicher Ausdehnung des Arbeitstages oder in Tag- und Nachtschichten verlangten. Der Entgelt für diese gesteigerte Energiebeanspruchung

⁴ Vgl. *Richard Sichler und Joachim Tiburtius, Die Arbeiterfrage eine Kernfrage des Weltkrieges*. Berlin 1925. S. 13 ff.

unter meist ungünstigeren Bedingungen als bei der Friedensarbeit — die sonst in Deutschland sehr streng gehandhabten Arbeiterschutzvorschriften traten bei der Kriegsarbeit häufig in den Hintergrund — mußte oder sollte eigentlich höher sein als der Entgelt für regelmäßige Friedensleistungen, zumal da die Arbeitgeber als Kriegslieferer, namentlich für eilige Aufträge, günstige Preise zu erzielen wußten, die zuweilen bei vorteilhafter Materialeindeckung und Maschinenausstattung außerordentliche Gewinne in sich schlossen.⁵

Feste Normierungen der Lohnsätze auf längere Fristen bestanden zunächst nur in den schon in der Friedenszeit tarifvertraglich geregelten Handwerken, wo sie in den ersten Monaten der Arbeitslosigkeit die Lohndrückerei verhüten mußten. Sie erwiesen sich freilich später wegen der vertraglichen Festlegung der Tarife auf meist mehrere Jahre als schwere Hemmungen für eine rechtzeitige Anpassung der Lohnsätze an die gestiegenen Lebensmittelpreise.⁶ Meist erst vom Frühjahr 1916 an folgten die Tariflöhne der Lebensmittelteuerung durch Einführung entsprechender Teuerungszuschläge. Anders verhielt es sich mit den neu geschaffenen Kriegstarifverträgen in den für Militärzwecke stark beanspruchten Lederausrüstungs- und Heimarbeitszweigen, in denen die Militärintendanturen oder die Generalkommandos die Schaffung klarer Lohnordnungen unter Mitwirkung von Arbeitervertretungen begünstigten.⁷ Allerdings wurden diese tariflichen Mindestlohnsätze in der Praxis meist da erheblich überschritten, wo sich die Heereslieferfirmen die knapper gewordenen Arbeitskräfte gegenseitig durch Überbietung in den Löhnen streitig und abspenstig zu machen suchten. Es kann aus den tariflichen Lohnsätzen also da, wo die Kriegskonjunktur in den einzelnen Gewerbebezügen blühte, nicht immer ein Schluß auf die tatsächliche Höhe der Lohnverdienste gezogen werden.

Auch in den Metallindustrien, wo Kriegsausschüsse auf Veranlassung der Feldzeugmeistereien zur Milderung des Unwesens der gegenseitigen Abtreiberei der Arbeiter und der Lohnüberbietung frühzeitig eingeführt wurden, waren die offiziell bekannt-

⁵ *Sichler und Tiburtius a. a. O.*, S. 68 ff.

⁶ *Heinrich Stühmer*, Die Tariflöhne in der Kriegswirtschaft. Sozialistische Monatshefte 1917, S. 298 ff.

⁷ Vgl. *Soziale Praxis*, Jahrgang 1914 bis 1918, *passim*.

gewordenen Stundenlohnsätze noch kein sicherer Anhalt für die tatsächlichen Akkordverdienste in den verschiedenartigen Betrieben. Andererseits mußten sich reklamierte Facharbeiter aus Besorgnis, bei Lohnmehrforderungen vom Arbeitgeber an den Truppenteil zurückgeschickt zu werden, längere Zeit mit bescheidenen Löhnen begnügen, bis diesem Mißbrauch der »Drohung mit dem Schützengraben« durch die Einführung der paritätischen Hilfsdienstausschüsse ein Ende gemacht wurde.

Seit Ende 1916 haben die paritätischen Schlichtungsausschüsse auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eine gewisse Kollektivnormierung der Lohnsätze unter Mitwirkung der Vertrauensmänner der Gewerkschaften, die seitdem wieder an Mitgliederzahlen gewannen, bewirkt, indem sie die Beschwerden über willkürliche Abkehr und Entlassung der hilfsdienstpflichtigen Arbeiter und Angestellten im Zusammenhang mit den Entlohnungsfragen zu entscheiden hatten und dabei notgedrungen sich an gewisse Lohnnormen und einheitliche Verdienstmaßstäbe hielten. Diese Normierungen mußten freilich je nach den Arbeits- und Ernährungsbedingungen des Bezirkes sehr unterschiedlich ausfallen und bildeten ein sehr buntes Mosaik von Löhnen.

Für die Beurteilung der Lohnhöhe und des Lohneinkommens ist überall, namentlich in der zweiten Kriegshälfte, schließlich zu berücksichtigen, wie weit die nominale Geldlohnzahlung durch naturale Nahrungsmittellieferungen und sonstige Leistungen des Betriebes an die Arbeiter, sei es unentgeltlich, sei es zu Vorzugspreisen, jeweils ergänzt wurde. Hierüber gibt es nur ausnahmsweise für einzelne Betriebe genauere Berichte. Ebenso wenig ist bekannt, ob die Lohnbezüge den einzelnen Arbeitern über längere oder kürzere Zeiträume zuflossen. Unter den männlichen erwachsenen Arbeitern bestand, zumal in der ersten Kriegshälfte, nicht bloß eine verhältnismäßig starke Fluktuation von Betrieb zu Betrieb, sondern auch ein starker Wechsel zwischen Facharbeitstätigkeit als Reklamierte in der Heimat und Frontdienst als Soldaten. Nach den Feststellungen der Abteilung AZ (S) im preußischen Kriegsministerium sind beispielsweise allein in dem einen Jahre vom Februar 1915 bis Januar 1916 1 850 000 Mann aus den heimatlichen Betrieben und Bureaus für das Feldheer freigemacht und dafür andererseits durch Einschränkung entbehrlichen Wacht- und sonstigen Garnisdienstes 60 000 Mann

von den Truppenteilen in die Heimat zur Befriedigung des Facharbeiterbedarfs zurückgeschickt worden.⁸ Dabei gab es in den ersten Kriegsjahren obendrein öfters einen umfänglichen zeitlichen Leerlauf für die einzelnen Reklamierten, da ein häufigeres Hin und Her zwischen heimatlicher Arbeitsstätte, Friedensgarnison des Truppenteils, Etappe und Front bis zur Herausbildung zweckmäßigerer Reklamierungsmethoden nicht vermieden werden konnte. Später führte das Verfahren, die lange an der Front tätigen Familienväter neben den Verwundeten oder Krankheitsanfälligen abzulösen und in die Heimat zur Arbeit in den Rüstungsbetrieben zu entlassen, um dort inzwischen herangewachsene jüngere Leute für den Heeresdienst einzutauschen, zu ähnlichem, wenn auch wesentlich schwächerem Wechsel. Der reklamierte Facharbeiter bezog so nur einen Teil des Jahres einen vielleicht hohen Industrielohn in der Heimat, während er die andere Zeit an der Front sich mit dem kargen Soldatensold begnügen mußte. Das Jahreseinkommen, aus dem der Unterhalt der Familien solcher »Arbeiter-Soldaten« bestritten werden mußte, entsprach dann nicht dem hohen Stundenverdienste seiner Reklamiertenzeit. Eine Unstetigkeit in dem Grade der Lebenshaltung war leicht die Folge, wurde allerdings durch den schon erwähnten Umstand oft ausgeglichen, daß Frauen oder herangewachsene Kinder der einberufenen Krieger vielfach Arbeit in Rüstungsbetrieben übernahmen, solange der Vater nicht daheim war.

Die tatsächliche Entwicklung der Löhne und Arbeitseinkommen mußte nach alledem ein außerordentlich buntscheckiges Bild liefern, in dem nur schwer charakteristische Einheitszüge und Gestaltungstendenzen zu erkennen sind. Lag doch der gesamten Lohnpolitik in der Kriegswirtschaft — abgesehen von den militärisch verwalteten Reichs- und Staatsbetrieben — fast nirgends ein grundsätzlich durchdachtes System zugrunde.⁹ Je

⁸ *Sichler und Tiburtius* a. a. O., S. 29.

⁹ Die lohnpolitischen Erörterungen stützen sich auf die eigenen Erfahrungen und Beobachtungen des Verfassers während seiner sozialpolitischen Tätigkeit in der »Sozialen Praxis« (bis 1919) und als Mitglied der »Wissenschaftlichen Kommission des Preußischen Kriegsministeriums« (1918—1920); vgl. ferner die Abhandlung seines damaligen Assistenten Dr. *Peter Quante*: Lohnpolitik und Lohnentwicklung im Kriege. Zeitschrift des Preuß. Statist. Landesamts, 59. Jahrgang. Berlin 1920, S. 323 ff.

nach den Konjunkturen in den einzelnen Industriezweigen standen hohe Anreiz- und Leistungslöhne und oft kümmerliche Bedarfslöhne in manchen Bezirken, wo die Umstellung eines brachgelegten Friedensgewerbes — wie z. B. der Textilindustrie — auf Rüstungsarbeit nicht möglich war, nebeneinander. Der lohnausgleichende Einfluß der Gewerkschaften fehlte infolge des Zusammenschrumpfens der Mitgliedsbestände und des aus der Sachlage erklärlichen Verzichtes der Gewerkschaften auf jeglichen Arbeitskampf. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeitsbedingungen konnte sich nur indirekt auf dem Wege über die Militärbehörden durchsetzen, die vielfach den Gewerkschaftsführern ein offeneres Ohr entgegenbrachten als die noch in der antigewerkschaftlichen Friedenstradition befangenen und umständlichen Zivilbehörden, aber meist bloß da, wo offenkundige Mißstände oder Machtmißbräuche der Arbeitgeber auch das Mißfallen der Generalkommandos oder der (späteren) Kriegsamtstellen erweckten und die kontrollierende Mitwirkung der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner den Militärbehörden erwünscht erschien.

Vor einem positiven Eingreifen in die Lohnregelung scheuten die Militärstellen, abgesehen von ein paar Preis- und Lohntarifregelungen des ersten Kriegsjahres gegenüber dem Arbeitswucher der Zwischenunternehmer in großstädtischen Militärbekleidungs- und Holz-, Bau- und Tabakindustrien, zurück, vielleicht weil sie auch in der Preispolitik gegenüber den mächtigen, politisch sehr einflußreichen Rüstungsindustriellen keinen sicheren Standpunkt zu finden wußten. Die allgemeine Anweisung, daß bei Vergebung von Heeresaufträgen nur Firmen berücksichtigt werden sollten, die nach dem Tarif des betreffenden Gewerbes entlohnen, besagte außerhalb der für Heeresbedarf in Frage kommenden Bekleidungs-, Holz-, Bau- und Tabakindustrien herzlich wenig, da in der Eisen- und Metallindustrie Tarife nur selten, meist bloß in Handwerksbetrieben bestanden. Selbst nach der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, dessen Ausschüsse unter militärischem Vorsitz als Instrumente für systematische Lohnregelung hätten wirken können, mahnte das Kriegsarbeitsamt die Kriegsamtstellen noch zu vorsichtiger Zurückhaltung. Ein Erlaß vom 5. Juli 1917 forderte, daß »eine bestimmte Stellungnahme zur Höhe des Lohnes unter allen Umständen unterbleiben muß und auch Vor-

schläge auf Lohnerhöhungen nicht angängig sind. Derartige Stellungnahmen und Vorschläge von amtlicher Stelle könnten weittragende Folgen nach sich ziehen, die von vornherein nicht zu übersehen sind«.

Für die »Angemessenheit« der Löhne, die durch die Hilfsdienstausschüsse kontrolliert werden sollten, fand das Kriegsamt keine andere Richtschnur als den Hinweis auf »den im Zweifel als angemessen geltenden Tariflohn zuzüglich der Kriegsteuerungszulagen«. Aber, wie gesagt, bestanden vielfach solche Tariflöhne in den wichtigsten Rüstungsgewerben gar nicht. Wo aber die Tariflöhne wie im Baugewerbe seit langem feste Übung waren und die Arbeitgeber sich auf ihre »Angemessenheit« beriefen, da protestierten wieder die Bauarbeiter in Eingaben an die Behörden gegen ihre Unangemessenheit. Und die Kriegsamtstellen fanden schließlich nur den Ausweg, die Zahlung erhöhter Tariflohnzulagen den Arbeitgebern zur Zufriedenstellung der Arbeiter dadurch zu ermöglichen, daß sie eine Überwälzung der erhöhten Lohnkosten durch die Unternehmer auf die Preise der bereits übernommenen Bauausführungen für die Heeresverwaltung zuließen. Nur ganz vereinzelt fand sich eine Kommando-stelle veranlaßt, gegen übertarifmäßige Entlohnung der freien Arbeiter durch die Unternehmer ausdrücklich Stellung zu nehmen mit der Begründung, daß durch solche Lohnerhöhungen Unzufriedenheit und Unruhe in die übrigen nicht entsprechend entlohnten Arbeiterkreise hineingetragen werde. Um so merkwürdiger war die lange Duldsamkeit der Heeresbehörden gegenüber den »unverhältnismäßig hohen« Löhnen, die die Unternehmer der Kolonial- (Regie-) Verträge bei Bauten zumal im besetzten Gebiet nach ihren »Selbstkostenberechnungen« zahlten und mit 25 vH Zuschlag von der Heeresbehörde vergütet erhielten. Erst 1918 ist vom Generalquartiermeister diesem Unwesen der Verkoppelung von Gewinnzuschlagshöhe mit Lohnhöhe wegen der korrumpierenden Wirkungen auf Unternehmertum und Arbeiterschaft Einhalt geboten worden.¹⁰

Während also nirgends bei den freien und reklamierten Arbeitern der Privatunternehmungen ein festes System der Lohnregelung zu finden war, sondern Konjunkturdruck und verschiedenartige Einsicht der Schlichtungsausschüsse wechseln

¹⁰ Vgl. *Quante* a. a. O., S. 333.

den Einfluß ausübten, trat bei den Heeresbetrieben und Marineverwerften, die in Staats- oder Reichshand verwaltet wurden, das sozialpolitische Prinzip der auskömmlichen Entlohnung deutlich zutage, das den Teuerungsverhältnissen hinlänglich Rechnung tragen und im allgemeinen nicht hinter der Entlohnung der Privatindustrie zurückbleiben, aber eine stetigere Linie unter Vermeidung außergewöhnlicher Überverdienste innehalten sollte. Freilich ist im Interesse einer besonderen Produktionssteigerung, wie sie die Gewehr- und Geschützfabriken der Heeresverwaltung gerade zu Anfang des Krieges erstrebten, das im Frieden übliche »Köpfen« der Stücklohnsätze, falls die Arbeiter über einen Höchstsatz hinaus verdienten, bei Kriegsbeginn aufgehoben und damit der Durchschnittsstand der Lohnverdienste in den Heereswerkstätten, namentlich seit der Durchführung des Hindenburg-Programmes (vom Herbst 1916 an) öfters weit über die Durchschnittsverdienste in den Privatindustrien gehoben worden. Neben diesem Leistungsanreiz in der Lohnpolitik erfolgten die Teuerungszulagen unabhängig von der Leistung der Arbeiter nach dem Grundsatz, allen Arbeitern, insbesondere also auch den geringer verdienenden, ein gewisses soziales Mindestauskommen entsprechend dem Fortschreiten der Kriegsteuerung zu sichern. Dabei wurde auf den Familienanhang des Arbeiters bewußt Rücksicht genommen durch Gewährung einer Familienkriegsbeihilfe und einer Kinderkriegsbeihilfe neben den allgemeinen Kriegsteuerungszulagen; so ist der Familienstandslohnpolitik der Nachkriegszeit vorgearbeitet worden.

Die tatsächliche Entwicklung der nominalen Lohnsätze und Lohnverdienste

Da wir keine umfassende zuverlässige Aufzeichnung der Nominallöhne für die ganze Kriegszeit auf einheitlicher Vergleichsbasis für alle wichtigeren Industrien besitzen, müssen wir uns mit der Zusammensetzung eines Mosaikbildes aus vielerlei Teilstatistiken und Stichprobenerhebungen begnügen.

Ganz ausscheiden müssen wir leider die summarischen Jahreslohnverdienstnachweisungen der Unfallberufsgenossenschaften, aus denen manche Beschreiber der Kriegslöhne eine große Bewegungslinie des gesamten Lohnniveaus abzuleiten suchen.

Da aber hier alle Lohnsummen von Männern, Frauen, Jugendlichen, Gelernten und Ungelernten, ferner Kriegsgefangenen, zum Teil auch Angestellten bei jeder Berufsgenossenschaft in einen Topf geworfen sind und aus diesem Allerlei dann der Jahresdurchschnittsverdienst eines »Vollarbeiters« mit 300 Arbeitstagen errechnet ist, so ist für die Kriegszeit wegen ihrer völligen Umschichtung gerade der Belegschaften, des fortschreitenden Ersatzes von männlichen Facharbeitern durch weibliche und jugendliche Angelernte und Kriegsgefangene mit den Durchschnittslohnziffern der einzelnen Jahre nichts Rechtes anzufangen. Allenfalls kann man aus den »Kriegslöhnen im Rahmen der deutschen Arbeitsversicherung«¹¹ da, wo die Berufsgenossenschaften eines Gewerbes für viele Landesteile gesondert berichten, die unterschiedliche Gestaltung des durchschnittlichen Lohnpegels in demselben Gewerbe für Ost-, Mittel- und Westdeutschland ablesen und ferner durch den Lauf der Kriegsjahre eine gewisse Umrangierung der verschiedenen Gewerbe in der Lohnstufenfolge gegenüber der Vorkriegszeit verfolgen. Manche Gewerbe sind eben zu ausgesprochenen Rüstungsindustrien geworden, die noch verhältnismäßig viel reklamierte Facharbeiter beschäftigen durften und hohe Löhne zahlen konnten, während andere, wie z. B. gewisse Nahrungsmittel- und Textilgewerbe, als Nichtkriegsindustrien absanken.

Stichprobenerhebungen: Durchschnittslöhne in den verschiedenen Industriezweigen

Die einzige allgemeinere Lohnstatistik für die vier Kriegsjahre auf einigermaßen vergleichbarer Basis ist eine fortlaufende Stichprobenerhebung des Kaiserlich Statistischen Amtes, die jeweils in den beiden letzten Wochen der Monate März und September von 1914 bis 1918 in rund 370 regelmäßig an das Amt berichtenden Betrieben der verschiedenen Hauptindustrien vorgenommen wurde,¹² also in Betrieben, denen eine gewisse typische Bedeutung für ihre Branche wohl vom Amte zuerkannt worden

¹¹ Siehe Reichsarbeitsblatt 1919, Nr. XI, Sonderbeilage.

¹² Vgl. Reichsarbeitsblatt 1917, S. 643; 1918, S. 297, und 1919, S. 618, und Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 293, »Lohn- und Gehaltserhebung vom Februar 1920«, Einleitung: »Die Entwicklung der amtlichen Lohnstatistik«, S. 7 und S. 18 ff. Berlin 1921.

ist. Allerdings erfaßte diese Erhebung alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe ohne besondere Trennung nach Gelernten und Ungelernten, deren Zahlenverhältnis sich im Laufe des Krieges meist zugunsten der letzteren, also nach Friedensmaßstäben durchschnittlich weniger leistungsfähigen, verschoben hat. Ferner ist keine bezirksweise Gliederung der Lohnangaben erfolgt, weil oft nur gar zu wenige Angaben für einen Bezirk vorlagen. Schließlich sind nur Durchschnittstageslöhne mitgeteilt, ohne die täglichen Arbeitsstunden und die häufig üblichen Überstunden zu kennzeichnen, die die individuellen Tagesarbeitsverdienste naturgemäß stark beeinflußt haben. Die verfügbaren statistischen Kräfte reichten eben in der Kriegszeit nicht zu eingehenderen Erhebungen und Bearbeitungen aus; es gab im Kriege Wichtigeres zu tun, als Tabellen aufzustellen, und die privaten Firmen waren mit Pflichtmeldungen aller Art an die Kriegsamtstellen und Kriegsgesellschaften meist so überlastet, daß man ihnen eine genauere lohnstatistische Berichterstattung nicht zumuten konnte.

Durchschnittstageslöhne in den beiden letzten Wochen der Monate:

Industriegruppen ¹³	Männliche Arbeiter									
	1914		1915		1916		1917		1918	
	März M	Sept. M	März M	Sept. M	März M	Sept. M	März M	Sept. M	März M	Sept. M
Graphische und Vervielfältigungsgewerbe	6,50	5,95	6,74	7,24	7,51	7,69	9,23	9,10	9,59	11,63
Nahrungs- u. Genußmittel	5,69	5,78	5,94	5,96	5,88	6,14	6,47	7,51	7,81	8,52
Metallindustrie	5,54	5,67	6,29	6,93	7,47	8,02	9,88	11,81	12,01	12,94
Maschinenbau	5,32	5,23	6,41	7,01	7,39	7,91	9,19	10,75	12,93	13,04
Chemische Industrie	5,16	4,97	5,37	6,07	6,43	6,93	8,09	10,01	10,50	11,95
Leder- u. Gummiindustrie	5,07	4,95	4,94	5,78	5,85	6,37	7,30	7,81	8,21	8,78
Elektrotechn. Industrie..	4,52	4,02	4,99	5,31	5,76	7,44	9,25	10,93	12,06	13,46
Industr. d. Steine u. Erden	4,68	4,—	4,13	4,66	4,98	5,41	6,18	7,07	7,78	8,79
Holz- und Schnitzstoffe .	4,22	4,30	4,56	4,60	5,20	5,61	6,22	7,80	7,77	9,96
Papierindustrie	3,93	4,17	4,49	4,88	5,08	5,56	6,29	7,37	8,27	9,43
Bekleidungsgewerbe	3,79	2,72	3,58	3,70	4,—	3,68	4,94	5,88	6,82	8,17
Textilindustrie	3,64	3,19	3,67	4,05	4,—	4,17	4,45	5,18	5,79	6,47

¹³ Geordnet nach dem Lohnrang des letzten Friedensjahres (vgl. *Quanten* a. a. O., S. 338). Die zahlenmäßige Besetzung der einzelnen Industriegruppen mit männlichen und weiblichen Arbeitern läßt sich (für Ende 1916) nach der Tabelle auf S. 372 abschätzen.

Industriegruppen	Weibliche Arbeiter									
	1914		1915		1916		1917		1918	
	März M	Sept. M	März M	Sept. M	März M	Sept. M	März M	Sept. M	März M	Sept. M
Leder- u. Gummiindustrie	2,82	2,37	2,49	2,77	3,05	3,18	3,79	4,15	4,18	4,82
Elektrotechn. Industrie..	2,75	2,09	3,01	3,40	3,91	4,80	5,24	6,18	6,58	7,35
Graph. u. Vervielf.-Gew.	2,56	2,30	2,29	2,64	2,82	2,93	3,22	3,77	4,27	5,10
Chemische Industrie	2,36	1,92	2,35	2,62	3,08	3,55	4,11	5,21	5,63	6,60
Textilindustrie	2,30	2,05	2,22	2,32	2,41	2,33	2,57	3,31	3,92	4,29
Maschinenbauindustrie..	2,28	1,96	2,87	3,20	3,63	3,88	4,31	4,88	6,01	6,26
Bekleidungsgewerbe	2,25	1,50	2,14	1,79	2,24	2,13	2,81	3,50	3,94	4,92
Papierindustrie	2,15	2,23	2,29	2,53	2,64	2,85	3,65	4,09	4,57	5,37
Nahrungs- u. Genußmittel	2,10	1,89	2,09	2,31	2,40	2,89	2,84	3,72	4,04	4,24
Metallindustrie	2,05	1,66	2,22	3,02	3,46	4,11	4,68	5,67	5,88	6,65
Holz- u. Schnitzstoffgew.	1,99	1,78	2,31	1,95	2,20	2,59	3,17	3,81	4,36	5,45
Industr.der Steine u. Erden	1,67	1,49	1,62	1,87	1,96	2,19	2,57	2,87	3,10	3,87

Mögen die Tagesverdienstziffern im einzelnen, namentlich hinsichtlich ihres räumlichen Geltungsbereichs, anzweifelbar sein und durch die jeweilige Zusammensetzung der Belegschaft, durch Überstunden usw. nach oben oder unten zufällig ein wenig abgebogen sein: in ihrer verhältnismäßigen Gruppierung zueinander, in ihrem zeitlichen Wachstumstempo und ihrer Rangverschiebung hinsichtlich der einzelnen Industrien sprechen sie eine unmißverständliche Sprache. Die ausgesprochenen Rüstungsindustrien: Metall-, Maschinenbau-, elektrotechnische und chemische Industrie, springen mit ihren Lohnsteigerungen gegenüber den anderen Industrien, namentlich den wegen Rohstoff-, Kohlen- und Arbeitermangel allmählich mehr oder weniger stillgelegten Industrien, förmlich in die Augen. In diesen Hauptrüstungsindustrien sind Steigerungen der Tageslöhne auf das 2½- bis 3fache gegenüber dem ersten Kriegsherbst 1914, dessen Lohndurchschnitte allerdings überall gegenüber dem letzten Friedensfrühling 1914 infolge der allgemeinen Wirtschaftsstockung und Verwirrung meist gedrückt waren, bis zum September 1918 das Übliche gewesen, insbesondere bei den Frauen, die gegenüber dem allerdings oft recht bescheidenen Stande von 1914 besonders kräftig in der zweiten Kriegshälfte, als die Männer immer knapper wurden, aufholen konnten.

Bei Kriegsende stehen in der Männerentlohnung die elektrotechnische, die Maschinenbau- und die Metallindustrie mit Tagesverdiensten, die um 13 M herumpendeln, in erster Reihe. Das im

Frieden führende Buchdruckgewerbe und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (voran die Brauindustrie und das Schlächtergewerbe) sind an fünfte und neunte Stelle unter den berichtenden Industrien gesunken (Bergbau und Baugewerbe fehlen leider in dieser Stichprobenstatistik). Die schon im Frieden wegen des überwiegenden Fraueneinschlags schlechtest entlohnten Industrien der Bekleidung und der Spinn- und Webstofferzeugung haben allerdings bei der Männerentlohnung ihren Platz unten an der Treppe während der ganzen Kriegsdauer nie verlassen; der nominelle Lohnstand in der Textilindustrie hat sich nur knapp verdoppelt.

Bei den Arbeiterinnen stehen die vier spezifischen Rüstungsindustrien mit $6\frac{1}{4}$ bis $7\frac{1}{3}$ M bei Kriegsende teilweise auf einem $3\frac{1}{2}$ bis 4fach so hohen Lohnniveau wie im September 1914. Allerdings hatte die allgemeine Lohndrückerei nach Kriegsausbruch die weiblichen Arbeiter, für die damals noch wenig tarifliche Lohnnormierungen bestanden, besonders schwer getroffen. Nur das oben geschilderte Einschreiten der Heeresbehörden gegen lohnwuchernde Heereslieferfirmen seit dem Herbst 1914 brachte die Frauenlöhne bis Anfang 1915 meist wieder auf den Friedensstand. Dann erst begann die Arbeitsmarktkonjunktur sich günstig für die Frauen auszuwirken und die Metall- und Maschinenbauindustrie ihre anfängliche Abneigung gegen Frauenarbeit aufzugeben und deren Leistungsfähigkeit bewußt zu steigern und auszunutzen. Abgefallen in der Rangordnung der weiblichen Entlohnungspolitik sind auch hier die eigentlichen Friedensgewerbe: Gummi- und Lederindustrie (wegen Rohstoffmangels), die Textilindustrie, das Vervielfältigungsgewerbe. Die allerdings wenig Frauenkräfte beschäftigende Industrie der Erden und Steine blieb mit ihren niedrigeren Frauenlöhnen im ganzen Krieg hindurch an letzter Stelle.

Das ganz ungleichartige Entwicklungstempo der Verdiensträge in den einzelnen Industriezweigen beweist schon, daß die Lohnentwicklung nicht so sehr von der im ganzen Reiche — wenn auch ungleichartig — fortschreitenden Teuerung des Lebensbedarfs bestimmt worden ist, sondern viel stärker von der Arbeitsmarktlage, der Gewinnergiebigkeit der verschiedenen Kriegsindustrien und von dem heeresbehördlichen oder kriegsamtlichen Eingreifen in die Lohnpolitik. Daraus ergeben sich

bereits wichtige allgemeine Schlüsse für die Gestaltung und die Verschiebungen in der Lebenshaltung der arbeitenden Massen während des Krieges, soweit diese überhaupt von den vorhandenen Geldmitteln der Verbraucher und nicht oft stärker von der Erreichbarkeit der Lebensmittelvorräte abhing. Diese allgemeinen Schlüsse auf die ungleichartige Gestaltung der Lebenshaltungsmöglichkeiten der arbeitenden Klasse drängen sich auch auf, wenn man die großen absoluten Unterschiede in den Lohnständen der oben gekennzeichneten Industrien sich nochmals vergegenwärtigt.

Bei den männlichen Arbeitern staffelten sich in den letzten beiden Jahren der Kriegswirtschaft (nicht im Frieden) ziemlich deutlich erkennbar drei große Verdienstgruppen:¹⁴

Industriezweig	März 1914	Sept. 1916		Sept. 1917		Sept. 1918	
	M	M	rel.	M	rel.	M	rel.
I. Textil und Bekleidung	3 ³ / ₄	4	100	5—6	100	6 ¹ / ₂ —8	100
II. Alle außer I und III	4—5 ² / ₃	5 ¹ / ₂ —6 ¹ / ₄	143	7—8	137	8 ¹ / ₂ —10	125
III. Metall, Maschinenbau Elektrotechnik, Chemie	4—5 ¹ / ₂	7—8	187	10—12	200	12—13 ¹ / ₂	176

Bei den weiblichen Arbeitern ist eine Staffellung in drei Lohnstufen während der letzten Kriegsjahre auch durchführbar, freilich nicht so deutlich wie bei den Männern, und auch die Zusammenfassung der Industriegruppen auf den einzelnen Stufen ist eine andere als bei den Männern:

Industriezweig	März 1914	Sept. 1916		Sept. 1917		Sept. 1918	
	M	M	rel.	M	rel.	M	rel.
I. Steine und Erden, Nahrungsmittel, Bekleidg., Textilindustrie	1 ³ / ₄ —2 ¹ / ₄	2—2 ³ / ₄	100	2 ³ / ₄ —3 ³ / ₄	100	3 ³ / ₄ —5	100
II. Alle außer I und III	2—2 ³ / ₄	2 ¹ / ₂ —3 ¹ / ₄	118	3 ³ / ₄ —4 ¹ / ₄	123	5—5 ¹ / ₂	120
III. Metall, Maschinenbau Elektrotechnik, Chemie	2—2 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ —4 ³ / ₄	175	5—6	169	6 ¹ / ₄ —7 ¹ / ₄	154

Die im Frieden verhältnismäßig geringen Unterschiede zwischen den verschiedenen Verdienstgruppen — höchstens $\frac{1}{3}$ — haben sich also, zumal nach der Durchführung des Hindenburg-

¹⁴ Die Vervielfältigungsgewerbe, die schon im März 1914 mit 6 $\frac{1}{2}$ M Lohn aus der Lohnstufe II herausragten, der sie während des Krieges überwiegend angehörten, sind im September 1918 mit Löhnen von 11,68 M aus der Lohnstufe II wieder plötzlich herausgesprungen.

Programms, in der letzten Kriegshälfte seit September 1916 bis Herbst 1918 gewaltig zugunsten der Arbeiter und Arbeiterinnen in den eigentlichen Rüstungsindustrien verspannt — besonders bei den Männern. Die Rüstungsarbeiter übertrafen in ihren Verdiensten die Arbeiter der anderen Gruppen schließlich oft um 50 oder 100 vH. Es liegt auf der Hand, daß sich diese Verdienstunterschiede auch in der Lebenshaltung der drei Gruppen auswirken mußten, zumal wenn man die oben erwähnte Tatsache dazu hält, daß gerade die Arbeiter der Rüstungsindustrien, die Schwer- und Schwerstarbeiter vielfach neben der höheren Barlohnung noch mit besonderen Lebensmittelzulagen bedacht worden sind oder doch wesentliche Vergünstigungen beim Bezuge von Nahrungsmitteln besaßen.

Bedenkt man, daß die vier eigentlichen Rüstungsindustrien nach der für kriegswirtschaftliche Zwecke veranstalteten Berufszählung von 1916¹⁵ rund 1½ Millionen männliche Arbeiter im Alter von 14 bis 60 Jahren und fast 600 000 Mädchen und Frauen im Alter von 14 bis 47 Jahren beschäftigten, während andererseits auf die gering entlohnerten Industriezweige der Textil- und Bekleidungsindustrien 230 000 Männer und 530 000 Frauen genannten Alters und weitere 280 000 Frauen und Mädchen auf die mäßig entlohnerten Industrien der Erden und Steine und der Nahrungs- und Genußmittel im Jahre 1916 entfielen, so erhellt, daß unter den 3¾ Millionen Männern von 14 bis 60 Jahren und 1¾ Millionen Frauen von 14 bis 47 Jahren, die die Berufszählung von 1916 überhaupt für Industrie und Handwerk (einschließlich Bergbau und Baugewerbe) als Arbeiter und Arbeiterinnen auswies, sehr breite Gruppen der Arbeiterschaft infolge ihrer verschiedenen Verdienste scharfe Gegensätze in ihrer Lebenshaltung oder doch in ihrer Kaufkraft zeigen mußten.

Die summarischen Durchschnittsziffern der Lohnverdienste in den Hauptindustrien verraten aber noch nicht, wie stark auch innerhalb der gleichen Industrie je nach dem Fabrikationszweige und dem örtlichen Bezirke die Löhne voneinander abwichen. Diese Einblicke vermitteln uns die einzelnen Betriebs- und Verbandsstatistiken und die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten.¹⁶

¹⁵ Vgl. die Übersichtstafel S. 372.

¹⁶ Vgl. hierzu W. Zimmermann: Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes. III (Jena 1919), S. 27 ff. — Adolf Günther: Kriegslöhne und -preise (ebenda), S. 13 ff.

Berufszählung 1916 (auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1916 für kriegswirtschaftliche Zwecke zusammengestellt)

Bei den reichsdeutschen Männern wurden nur die im arbeitsfähigen Alter stehenden Personen, die zwischen 1856 und 1902 geboren waren, und bei den reichsdeutschen Frauen die zwischen 1869 und 1902 geborenen Personen mit ihren Berufsstellungen erfaßt, außerdem die Kriegsbeschädigten, die Reichsausländer und die Kriegsgefangenen.

Im folgenden sind nur die Zahlen der Arbeiter und Arbeiterinnen (ohne die Angestellten, die im eigenen Geschäft mithelfenden Familienangehörigen und die Erwerbslosen — insgesamt etwa 100 000) wiedergegeben. Ein Vergleich mit den früher (S. 287) mitgeteilten Arbeiterziffern der letzten Vorkriegszählung von 1907 ist nur sehr bedingt möglich, da 1907 Arbeiter jeglichen Alters gezählt und die Erwerbslosen nicht ausgeschlossen worden sind.

Industriezweige	Männer		Frauen	
	von 14–60 Jahren	darunter Jugendliche von 14–17 Jahren	von 14–47 Jahren	darunter Jugendliche von 14–17 Jahren
Bergbau und Hüttenwesen	652 967	117 822	73 112	16 568
Metallverarbeitung.....	610 373	209 778	136 273	31 879
Maschinen, Instrumente, Apparate	642 426	175 323	189 005	21 733
Chemie.....	261 323	52 160	256 280	43 271
Leuchtstoffe, Öle, Harze, Seifen	34 748	4 173	11 221	2 569
Holzindustrie.....	215 216	57 705	43 329	10 460
Vervielfältigungsgewerbe	65 922	22 033	28 683	6 116
Papier.....	54 961	15 612	62 247	16 839
Leder usw.	61 978	18 131	22 606	5 036
Steine und Erden	124 805	27 988	44 089	9 613
Nahrungsmittel.....	291 430	122 932	235 916	58 253
Bekleidung	132 954	52 760	285 151	72 152
Textilindustrie.....	96 142	18 834	247 507	43 725
Baugewerbe	410 057	78 718	25 693	4 341
Reinigung	32 744	16 651	41 599	5 565
Künstlerische Gewerbe..	6 106	2 117	1 000	216
Arbeiter in unbestimmten Berufszweigen	48 397	17 156	37 292	7 758
Zusammen: (Industrie, Bergbau, Handwerk, Baugewerbe)	3 742 549	1 009 899	1 341 007	356 094

— *Franz Wieber* und *Hans Bechly*: Der Stand der Löhne und Gehaltsfragen im Kriege, Köln 1918 — und besonders *Peter Quante*, a. a. O., S. 340 ff. — Außerdem die bei den einzelnen Abschnitten angeführten Spezialschriften.

*Sonderuntersuchungen der Lohnverdienste: Private Metall-
und Maschinenbauindustrie*

Die Mitteilungen des Verbandes Berliner Metallindustrieller, der bereits im Frieden eine weitgehende Lohnstatistik pflegte, sind für die im allgemeinen hochgestellten Metallarbeiterschaften Großberlins lehrreich, da sie die wichtigsten Berufszweige deutlich hervortreten lassen und die Verdienste der gelernten, der angelernten und ungelernten männlichen und weiblichen Arbeiter besonders unterscheiden. Leider sind die jugendlichen Arbeiter in der zusammenfassenden Lohnstatistik nicht besonders herausgehoben. Es handelte sich hier um 60 000 männliche und 60 000 weibliche Arbeiter (im August 1916) und 102 000 männliche und 123 000 weibliche (im September 1917), bzw. 94 000 männliche und 103 000 weibliche (im März 1918), also um eine Beobachtungsmasse, die von 120 000 auf 200 000 Köpfe und darüber angeschwollen ist. Die Durchschnittsverdienste sind ermittelt aus den Lohnbeträgen für die normale tägliche Arbeitszeit, vermehrt um die Überstundenlöhne und die jeweiligen Teuerungszulagen. Die Angaben für die Gelernten und Angelernten und die Frauen beziehen sich fast ausschließlich auf Akkordlohnverdienste, die für Ungelernte auf Zeitlohnverdienste (alles in Pfennigen je Stunde):

Metallindustrie in Groß-Berlin

	Männliche Arbeiter									Weibliche Arbeiter			
	Gelernte			Angelernte			Ungelernte			Angelernte			Ungelernte
	Durchschnitt	höchst	niedrig	Durchschnitt	höchst	niedrig	Durchschnitt	höchst	niedrig	Durchschnitt	höchst	niedrig	
Juli 1914	78,6	90	71	74	81	57	56,7	64	52	40,5	42	39	32
Dez. 1915	110,7	130	81	96,3	106	78	69,7	81	63	52	55	49	37
Dez. 1916	160,8	178	124	134,7	154	86	82,3	92	76	61,5	66	57	48
Juni 1917	185,8	206	152	157,1	170	120	97,7	109	92	69	79	59	64
Sept. 1917	201	223	157	172,2	184	126	111	120	106	83	87	79	71
Dez. 1917	215,4	232	169	183,6	198	131	115,3	122	108	86,5	92	81	75
März 1918	227,8	247	180	192,2	208	135	118,3	127	113	90	96	84	79
Juni 1918	236,8	253	205	200,4	227	139	123,3	134	114	93	100	86	80
Sept. 1918	243	263	219	207,5	234	143	132,3	141	126	94	97	91	86
Dez. 1918	278,8	315	243	236,4	262	180	158,4	169	151	111	117	105	90

Die gelernte Arbeiterschaft, die in der Statistik zehn Berufszweige umfaßte, von denen allerdings die der Maler und der

Modelltischler aus dem eigentlichen Metallarbeiterberuf herausfielen, hat den ganzen Krieg hindurch die Führung in der Verdienstkurve behalten. Um den höchsten Verdienst stritten sich bis Ende 1917 die Geschirrschmiede (232 Pf) und die Werkzeugdreher (231 Pf), bis letztere im Jahre 1918 endgültig die Spitze behaupteten (263 Pf im September 1918). Den niedrigsten Stundenverdienst bezogen unter den gelernten Arbeitern die schon genannten Maler (71 Pf 1914 — 169 Pf Dezember 1917 — 219 Pf September 1918) und Tischler (70 Pf — 174 Pf — 252 Pf) in den Metallbetrieben; ohne sie hätte die untere Lohngrenze im Jahre 1915 und 1916 um 20 vH, im Jahre 1917 um etwa 15 vH höher gelegen. Erst 1918 rückten die Maler und Tischler rasch zu den übrigen Lohnklassen auf.

Bei den Angelernten müßte man eigentlich zwei Klassen, die der Werkzeugmaschinenarbeiter und die der Maschinisten und Handarbeiter aller Art, deutlich unterscheiden. Die ersteren standen schon im Frieden um rund 20 vH höher als die letzteren, und im Kriege erweiterte sich diese Verdienstkluft noch bis zu 30 und 50 vH. Bei den Ungelernten waren die Transportarbeiter stets diejenigen, die die Löhne der anderen nach sich zogen. Bei den angelernten Frauen spannte sich der Verdienstunterschied zwischen den Maschinenarbeiterinnen und den Handarbeiterinnen mehrfach zugunsten der ersteren, pendelte aber nur um 10 vH durchschnittlich.

Einen Mangel haben diese sonst ziemlich zuverlässigen und kennzeichnenden Verdienstziffern der männlichen Metallarbeiter Groß-Berlins: sie schließen die Verdienste der jugendlichen Arbeiter ein, werden also teilweise durch deren Verdienstzahlen, die man ja im Laufe der Jahre wegen der ungünstigen Einflüsse der hohen Löhne auf das Freizeitleben der Jugendlichen künstlich herabzudrücken suchte, niedriger gehalten, als es dem eigentlichen Stande der Erwachsenenentlohnung entsprach. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat Sonderveröffentlichungen über die Stundenlöhne der Jugendlichen im Vergleich zu denen der erwachsenen Männer und Frauen für die letzten beiden Kriegsjahre gemacht, die wenigstens einen summarischen Schluß auf die Gestaltung der Männerverdienste ohne die Jugendlichenverdienste gestatten.

Stundenlohn (Pf) im Durchschnitt aller Berufszweige	Männer		Frauen	Insgesamt
	Erwachsene	Jugendliche		
August 1916	107,7	72	51,8	—
Sept. 1917	166,4	—	77,7	—
März 1918	183,7	76,6	88,6	130,6
Sept. 1918	200,7	92,1	97,3	151,3

Vergleicht man diese durchschnittlichen Stundenlöhne aller männlichen erwachsenen Metallarbeiter Groß-Berlins mit der obigen nach Gelernten, Angelernten und Ungelernten gegliederten Zifferntafel, so springt ins Gesicht, daß diese Sätze knapp die Durchschnittssätze der Angelernten erreichten, also zwar beachtlich hinter den Durchschnittsverdiensten der Gelernten, die seit Ende 1915 um 15 vH höher als die der Angelernten lagen, zurückblieben, anderseits aber noch weiter von denen der Ungelernten (seit dem Hindenburg-Programm fast bis Kriegsende um 50 vH) abstanden. Das Schwergewicht der Lohnempfänger lag hier bis Herbst 1917 noch bei den Gelernten. Erst in den letzten Kriegsmonaten, als das Zahlenverhältnis der gelernten erwachsenen Arbeiter gegenüber den Angelernten, den Ungelernten und den Jugendlichen sich immer ungünstiger gestaltete, verringerte sich der Abstand der Durchschnittsverdienste der erwachsenen Metallarbeiter von dem Niveau der Ungelerntenlöhne bis auf 30 vH.

Leider besitzen wir keine Übersicht über die zahlenmäßige Verteilung und Verschiebung der Berliner Metallarbeiter auf die einzelnen Berufs- und Lohngruppen für die verschiedenen Kriegsjahre, so daß man die einzelnen Gruppen und ihre Verdienste nicht gegeneinander abwägen und zu gewogenen Mitteln für die einzelnen Jahre gelangen kann. Immerhin ist es erfreulich, daß wenigstens für das Kriegsende, für den September 1918, der Verband Berliner Metallindustrieller ein zahlenmäßiges Bild von der Besetzung der drei großen Verdiennerklassen der Gelernten, Angelernten und Ungelernten neben Frauen und Jugendlichen für die Kriegswirtschaftsgeschichte zur Verfügung gestellt hat.¹⁷

¹⁷ Aus einer Veröffentlichung von Geheimrat Dr.-Ing. v. Borsig in der »Vossischen Zeitung« (Berlin, August 1918), in der die Unzulänglichkeit und Einseitigkeit einer allgemeinen Kriegslohnstatistik des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu kritisieren versucht wurde, ist ferner zu entnehmen, daß bei den

	Männer		Jugendliche		Frauen		Insgesamt	
	Anzahl	Durchschnittsstundenverdienst	Anzahl	Durchschnittsstundenverdienst	Anzahl	Durchschnittsstundenverdienst	Anzahl	Durchschnittsstundenverdienst
Gelernte	50 000	232,6 Pf	630	197,5 Pf	—	—	50 630	234,3 Pf
Angelernte	30 600	187,2 „	1100	121,1 „	77 000	99,8 Pf	108 700	119,5 „
Ungelernte	18 000	127,6 „	5200	70,8 „	5 300	81,4 „	28 500	108,2 „
Insgesamt	98 600	200,7 „ (134)	6930	92,1 „ (61)	82 300	97,3 „ (64)	187 830	151,3 „ (100)

Der durchschnittliche Männerlohn betrug nach diesen Errechnungen gewogener Mittel also in den letzten Kriegsmonaten in der Berliner Metallindustrie 2 M, bei den jugendlichen Burschen 90 Pf und bei den Frauen rund 1 M.¹⁸ Das sind etwa die Verdienstsätze, die man der Würdigung der Lebenshaltungsmöglichkeiten für eine der wichtigsten und breitesten Klassen der Berliner Arbeiterschaft gegen Kriegsende zugrunde legen muß. Leider sind es nur Stundenverdienstangaben und keine Tages- und Wochenverdienste. Diese kann man nur rechnerisch bei Annahme normaler täglicher und auch monatlicher Arbeitszeiten konstruieren, ohne Berücksichtigung von Überstunden und Sonntagsarbeit einerseits und Krankheits- und sonstigen Fehltagen oder Stillständen infolge Kohlen-, Materialmangels oder sonstiger Arbeitsstörungen andererseits. Abgesehen von einigen vorübergehenden Streiktagen in der Berliner Metallindustrie kämen hier die Zeitverluste infolge Meldungen zu militärischen Kontrollen und Untersuchungen, Reklamationsverhandlungen und dergleichen in Betracht. Doch dürften die Zeitverluste durch die Überstunden mehr als ausgeglichen worden sein. Infolge der weiten Verbreitung der Akkordarbeit mit ihren starken Verdienstanreizen wurden die sonst bei Zeitlohnarbeit üblichen täglichen Arbeitszeiten von 9 Stunden vielfach nicht innegehalten, sondern so lange gearbeitet, bis die neue Schicht zur Ablösung antrat. Je nachdem es sich nun um einfache Wechselschicht oder um Dreischichtenwechsel handelte, betrug die tägliche Arbeitszeit 8 oder 9 Stunden mit einer sehr knappen Pause, oder — dies aber in Berlin ver-

im Verband Berliner Metallindustrieller zusammengefaßten Firmen Mitte 1918 4530 Arbeiter mit einem Durchschnittsstundenverdienst von 280 Pf und mehr ermittelt worden sind. Soziale Praxis 1918.

¹⁸ Der Jugendlichenlohn, der 1916 noch um 40 vH über dem Frauenlohn stand, sinkt 1918 um etwa 10 vH unter den Frauenlohn herab.

hältnismäßig selten — 12 Stunden mit 1 bis 2 Stunden Pause. Leider liegt eine der Stundenverdienststatistik entsprechende genaue Arbeitsstundenstatistik des Verbandes Berliner Metallindustrieller nicht vor. Rechnen wir mit einer 50stündigen durchschnittlichen Arbeitswoche, so würde der Berliner Metallarbeiter also im letzten Kriegsjahre im September mit rund 100 M nach Hause gegangen sein. Für die früheren Jahre würde sich unter Benutzung der vorher mitgeteilten Stundenverdienste der erwachsenen Männer der Wochenverdienst im August 1916 auf 54, im September 1917 auf 83 M und im März 1918 auf 92 M gestellt haben.

Von diesen Wochenverdiensten aus, die sich obendrein im Laufe eines Jahres fortschreitend veränderten, einen rechnerischen Schluß auf den Gesamtjahresverdienst zu ziehen, ist nicht ohne weiteres angebracht, da trotz aller Arbeitszähigkeit viele Arbeiter kaum das ganze Jahr ohne Störungen oder freiwillige Aussparungen hindurch gearbeitet haben mögen. Vor allem aber ist es im Hinblick auf die Lebenshaltungsfrage bedenklich, Jahresarbeitsverdienste in ihrer realen Kaufkraft zu betrachten, da die Lebensbedarfspreise sich innerhalb desselben Jahres mitunter wesentlich verteuerten und die Zusammensetzung des erreichbaren Lebensbedarfs sich ebenso stark änderte. Man darf eigentlich nur Wochenverdienste mit den Preisen für Lebensbedarf in den entsprechenden Wochen stichprobenmäßig vergleichen, soweit das, wie wir später erörtern, nicht praktisch unmöglich ist. Im Gegensatz zu diesen methodologischen Bedenken hat der Verband Berliner Metallindustrieller allerdings von sich aus eine Tabelle zur Ermittlung der Jahresverdienste aus gegebenen Stundenverdiensten aufgestellt. Sie multipliziert einfach den Stundenverdienst mit 2500 jährlichen Arbeitsstunden, was 280 oder 300 Arbeitstagen zu je 9 oder 8½ Stunden entsprochen haben würde. Es handelt sich also um eine rein formaltechnische Hilfstabelle, aus der der Betrachter der durchschnittlichen Stundenverdienste rasch sich ein ungefähres Bild machen kann, welcher Einkommensstufe etwa der Arbeiter bei ständigem Bezüge solchen Stundensatzes das ganze Jahr hindurch zuzuweisen wäre. Mehr aber kann diese Tabelle nicht aussagen. Für den formaltechnischen Orientierungszweck seien immerhin einige Stichziffern aus der umfänglich gegliederten Tabelle hergesetzt.

Stundenlohn von	=	Jahres- verdienst von	Stundenlohn von	=	Jahres- verdienst von
21 bis 25 Pf		600 M	151 bis 160 Pf		3 840 M
36 „ 40 „		900 „	171 „ 180 „		4 320 „
46 „ 50 „		1 200 „	201 „ 210 „		5 040 „
51 „ 60 „		1 440 „	241 „ 250 „		6 000 „
71 „ 80 „		1 920 „	291 „ 300 „		7 200 „
91 „ 100 „		2 400 „	341 „ 350 „		8 400 „
121 „ 130 „		3 120 „	371 „ 380 „		9 120 „

Ähnlich umfassende und eingehende lohnstatistische Darstellungen, wie wir sie dem Verband der *Berliner Metallindustriellen* verdanken, besitzen wir leider für die übrigen Metallindustriebezirke Deutschlands nicht in gleichem Ausmaße. Immerhin lassen sich für einzelne Bezirke einige kennzeichnende Angaben machen, wobei allerdings die Vergleichbarkeit mit den Berliner Ziffern manchmal zweifelhaft ist, weil die anscheinend gleichartigen Berufsgruppenbezeichnungen in den verschiedenen Gegenden und Betrieben Arbeiter mit ganz verschiedenen Arbeitsaufgaben und mit ganz verschiedener Ausbildung und Leistungsbeanspruchung decken. Doch läßt sich das allgemeine Lohnniveau der berufsverwandten Gruppen wenigstens zuverlässig herausstellen.

Um Groß-Berlin herum standen nach den Angaben der Preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten die Löhne auch in einigen Großbetrieben der Provinz Brandenburg um 15 bis 20 vH, in anderen Betrieben erheblich tiefer. Jedoch muß man sich vor der Annahme hüten, daß allgemein etwa in Großbetrieben höhere Löhne gezahlt worden wären als in kleineren Betrieben. Im Gegenteil haben sich die Großbetriebe häufig bei den Kriegsamtsstellen beklagt, daß ihnen die Kleinbetriebe durch Angebot übertrieben hoher Löhne die eingearbeiteten Kräfte wegengagierten. So fanden sich im Regierungsbezirk Potsdam vereinzelte sehr hohe Spitzenverdienste von Facharbeitern in Spezialmunitionsbetrieben, die schon 1917 auf 45 bis 50 M täglich oder 400 M wöchentlich und später bis auf 10 000 M jährlich beziffert wurden.

Auch im übrigen Ostdeutschland traf man entsprechende Lohnverhältnisse. Während die normalen Wochenlöhne für Facharbeiter des Maschinenbaus sich von 26 bis 30 M im Jahre

1914 auf 33 bis 35 M (1916) und 50 bis 55 M (1918) erhöhten, sprangen die Verdienste für gelernte Spezialarbeiter über 21 Jahr in Flugzeugfabriken und Mittelpunkt der Rüstungsindustrie auf 45 bis 100 M (1916) und 60 bis 110 M (1918) empor. Im allgemeinen kann man in den ostdeutschen Maschinenbau- und Metallindustrien von einer Verdoppelung der Stundenlöhne zwischen 1914 und 1918 sprechen, wobei es aber immer zweifelhaft ist, wieweit die Arbeiter von 1914 und 1918 nach Alter, Erfahrung und Art ihrer Beschäftigung noch untereinander vergleichbar sind.

Für das *mittlere und westliche Deutschland* liegt aus privaten Maschinenbau- und Metallbetrieben besser vergleichbares Material dank den Erhebungen der Bezirksverbände der Metallindustriellen vor. Im folgenden sind Lohnangaben für gleichnamige Arbeitergruppen für Magdeburg, Hessen-Nassau, das Großherzogtum Hessen und den Kölner Bezirk zusammengestellt:

Durchschnittsstundenverdienste in Pfennigen:

		1914	1915		1916		1917		1918
		Juni	Juni	Dez.	Juni	Dez.	Juni	Dez.	Juni
Schlosser	a	55	60	—	75	—	101	—	134
	b	55	—	60	—	70	85	100	—
	c	66	76	—	82	—	120	—	178
Dreher	a	58	71	—	80	—	114	—	145
	b	60	—	65	—	70	80	85	—
	c	67	85	—	98	—	129	—	178
Schmiede	a	52	58	—	66	—	87	—	122
	b	60	—	65	—	75	85	100	105
	c	70	81	—	86	—	144	—	178
ungelernte Hilfsarbeiter . .	a	39	43	44	46	52	60	70	76
	b	38	—	40	—	45	60	60	65
	c	50	56	—	68	—	83	—	127

a = Magdeburg, b = Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen, c = Köln.

Das Entwicklungstempo der Stundenlohnverdienste für »ungefähr« gleichartige Metallarbeitergruppen in den drei Bezirken Mittel- und Westdeutschlands war auch da, wo die Ausgangsstufen annähernd gleich hoch lagen, wie für die Schlosser, die Dreher und die ungelernten Hilfsarbeiter in Magdeburg und Hessen, unterschiedlich genug. Während die Magdeburger

Schlosserverdienste um fast 150 vH bis Mitte 1918 wuchsen, stiegen die hessischen bis Ende 1917 um 80 vH, ein Plus, das die Magdeburger bereits Mitte 1917 erreicht hatten. Noch viel stärker blieben die hessischen Dreher hinter den Magdeburger Fachgenossen zurück (nur + 33 vH bis Ende 1917), desgleichen die Schmiede (+ 78 vH gegen + 133 vH) und die Hilfsarbeiter (+ 70 vH gegen 95 vH). In Köln war der Fortschritt der Verdienste bei den Schlossern, Drehern, Schmieden und Hilfsarbeitern noch schneller als bei den Magdeburgern (+ 170 vH, + 156 vH und + 157 vH bis Mitte 1918) trotz des an sich schon um 15 vH höheren Lohnpegels bei Kriegsbeginn.

Sofern man aus diesen Verdienstziffern, hinter denen trotz gleicher Berufsbezeichnungen vielleicht verschiedenartige und verschieden alte Arbeitergruppen standen, einen Schluß für die Maschinenbau- und Metallindustrie allgemein ziehen darf, ist es der, daß in industriell bevorzugten Mittelpunkten Westdeutschlands der Lohnstand sich im Laufe des Krieges bis Mitte 1918 auf etwa das Zweiundeinhalbfache gehoben hat, während er sich in Ostdeutschland, wie ermittelt, nur etwa verdoppelte. In weniger industrialisierten westdeutschen Bezirken, wie z. B. Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen, scheint die Lohnentwicklung der Metallarbeiter nicht einmal das Tempo der ostdeutschen Metallindustrie erreicht zu haben. Bei diesen zahlenmäßigen Abschätzungen der Niveauerhöhungen darf freilich nicht vergessen werden, daß die Übersicht nur bis Juni/Juli 1918 reicht, also die letzten Kriegsmonate von 1918, die gerade für einzelne, bis dahin zurückgebliebene Arbeitsgruppen und Bezirke außerordentliche Steigerungen gebracht haben, nicht erfaßt hat. Für das Großherzogtum Hessen brachten z. B. die Gewerbeaufsichtsbeamten Lohnangaben der gelernten Metall- und Maschinenbauarbeiter vom 1. Oktober 1918 bei, die sich zwischen 131 und 148 Pf Stundenlohn bewegten. Und Ende 1918 waren die übrigen Gruppen von gelernten und angelernten Arbeitern, die die Verbandsstatistik der hessischen Metallindustriellen damals ausnahmsweise noch erfaßte, mit Stundenverdiensten von 150 bis 170 Pf verzeichnet, d. h. mit fast dem Dreifachen der Verdienste von 1914.

Wie schwierig die Bewertung aller dieser durchschnittlichen Verdienstangaben im Hinblick auf die tatsächliche Verdienste

gestaltung der vorwiegenden Gruppen von typischer Leistungsfähigkeit und Willigkeit ist, sei noch kurz durch einige sehr feingegliederte Lohnerhebungsergebnisse des der Kölner Metallindustrie benachbarten und lohnverwandten Düsseldorfer Eisen- und Stahlindustriebezirks veranschaulicht, die der dortige Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe leider nur für den März 1918 veröffentlicht hat. Darnach lösten sich die Gesamtdurchschnittsverdienste, die für 1633 »geübte Dreher« im Akkord 166 Pf und für 1113 »geübte Dreher« im Stundenlohn 145 Pf betrugen, in folgende Verdienststufen auf: Niederster Akkordverdienst 150 Pf, höchster 220 Pf und dazwischen drei Durchschnittsverdienststufen von 160, 165 und 173 Pf, bei den Zeitlöhnen entsprechend: 105 (Niedrigstverdienst), 143, 145, 148 und 180 (Höchstverdienst). Diesen *geübten* Dreherbelegschaften stand nun aber eine 1448 Akkordlöhner und 338 Stundenlöhner umfassende »mindergeübte« Dreherbelegschaft gegenüber, die es nur auf 124 bzw. 96 Pf. Gesamtdurchschnittsverdienste je Stunde, also nur auf 75 vH bzw. 67 vH der Durchschnittsverdienste der geübten brachten. Und bei diesen *Mindergeübten* staffelten sich die einzelnen Gruppen der schlechtesten, mittleren und besten Verdienner: im Akkord: 95, 120, 122, 129, 171 Pf, im Zeitlohn: 72, 91, 96, 102, 129 Pf.

Wir müssen also nach dieser in ihrer feineren Gliederung leider einzigartig dastehenden Lohnstatistik bekennen, daß selbst zwischen denselben Facharbeitern desselben Bezirkes, die alle als geübte bezeichnet wurden, Verdienstspannen von 46 vH bei Akkord und 71 vH bei Zeitlohn auftraten, und zwischen denselben als mindergeübt bezeichneten Facharbeitern Verdienstspannen von 78 vH bei Akkord und 79 vH bei Zeitlohn. Zwischen dem niedrigst verdienenden minder geübten und dem höchst verdienenden geübten Akkorddreher klafften im März 1918 im Düsseldorfer Bezirk Verdienstunterschiede von 132 vH, bei den Zeitlöhnern gar von 150 vH. Da sich diese Verdienstunterschiede auch bei den übrigen in Düsseldorf genau untersuchten Facharbeiter- (Schlosser, Hobler, Fräser) und Hilfsarbeitergruppen — geübt und mindergeübt — wiederholten, so wird man sehr zurückhaltend in allen Urteilen, die sich auf das Lohnniveau und den tatsächlichen Verdienststand auch nur der Facharbeitergruppen eines Industriebezirkes beziehen. Selbst die nivellieren-

den Gesamtdurchschnittsverdienste weisen bei Drehern und Hoblern, je nachdem sie geübt oder minder geübt waren und im Akkord- oder Zeitlohn arbeiteten, Unterschiede bis zu 105 vom Hundert auf!

Aus den gewerkschaftlichen Lohnerhebungen der freien, der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiterverbände für die gesamte Eisen- und Metallindustrie und für die westdeutschen Bezirke sind leider wegen ihrer summarischen Angaben von Durchschnittslöhnen für die verschiedensten Berufe ohne Scheidung von Gelernten und Ungelernten (allenfalls werden Arbeiter unter und über 18 Jahre oder Ledige und Verheiratete geschieden) keine genaueren Aufschlüsse über die tatsächlichen Lohnzustände und noch weniger über ihre Entwicklung und ihre Pegelverschiebungen zu gewinnen.

Auch die Durchschnittsschichtverdienste der Firma Krupp in Essen sind wegen der mangelnden Gliederung nach Fachberufen schwer zu bewerten. Immerhin geben sie, da sie nach einheit-

Vierteljahr		Arbeiter			Arbeiterinnen
		über 21 Jahre Fach- Hilfs- arbeiter	16—21 Jahre	unter 16 Jahren	
		M	M	M	M
1914	I	6,67	5,42	4,00	1,08
	II	6,68	5,46	3,86	1,05
	III	6,86	5,53	4,13	1,10
	IV	7,08	5,67	4,63	1,18
1915	I	7,29	5,86	4,95	1,39
	II	7,70	6,13	5,32	1,50
	III	7,91	6,19	5,32	1,71
	IV	8,30	6,41	5,41	1,77
1916	I	8,46	6,41	5,38	1,86
	II	8,88	6,68	5,68	1,81
	III	9,08	6,82	5,85	1,81
	IV	9,68	7,26	6,05	1,97
1917	I	10,55	7,98	6,68	2,27
	II	11,54	8,57	7,14	2,38
	III	12,08	8,85	7,61	2,68
	IV	12,99	9,55	8,65	2,86
1918	I }	13,98	10,18	9,20	2,97
	II }				
		+ 110 %	+ 87 %	+ 150 %	+ 180 %
		gegen 1914 I/II			gegen 1914 IV

licher Methode für jeweils Zehntausende von Arbeitern gewonnen sind und Alterklassen sowie Facharbeit und ungelernte Arbeit deutlich unterscheiden, einigermaßen zuverlässige Anhaltspunkte für die Gesamtbewegungen des Lohnniveaus in der westdeutschen Rüstungszentrale.

Die geringst entlohten Arbeitergruppen — junge Männer und Frauen — sind auch bei Krupp wie vielfach anderswo, nachdem sie sich eingearbeitet hatten und ihre Arbeitskräfte immer mehr neben denen der spärlicher werdenden erwachsenen Männer beansprucht werden mußten, verhältnismäßig am stärksten aufgerückt, und zwar beschleunigte sich das Steigerungstempo der Löhne vor allem vom Herbst 1916 an. In den 2½ Jahren bis Herbst 1916 stiegen die Löhne nur um 50 bis 65 vH, um dann binnen 1½ Jahren bis auf 150 und 180 vH über den Stand von Anfang 1914 emporzuschellen. Bei den erwachsenen Arbeitern war das Entwicklungstempo ähnlich gestaffelt: bis Herbst 1916 36 vH bzw. 28 vH und dann bis Frühjahr 1918 ein rasches Aufrücken bis zu 110 vH und 87 vH über 1914. Vom Frühjahr 1918 bis Ende 1918 sind schließlich die Schichtverdienste bei den Facharbeitern durchschnittlich noch bis 16 M (140 vH über 1914) und bei den Hilfsarbeitern bis 10,25 M (90 vH über 1914) gestiegen.¹⁹

Staatliche Rüstungsbetriebe

Den vereinzelten charakteristischen Entwicklungsreihen aus den *Privatbetrieben* der Eisen- und Metallindustrie wären nun die Lohnverdienste der Arbeiter in den *staatlichen* Rüstungsbetrieben gegenüberzustellen, die infolge der dort herrschenden lohnpolitischen Grundsätze von denen der Privatindustrie doch

¹⁹ Der bei der Verdienststatistik der im April 1918 110 000 Köpfe zählenden Krupp-Arbeiter angewandte Begriff des durchschnittlichen Schichtverdienstes bezog sich auf eine 12stündige Schicht (einschließlich der Pausen) in den Hüttenbetrieben und eine 10stündige Schicht in der Gußstahlfabrik und Feuerwerkerei. Die Zahl der Schichten wurde aus der Gesamtzahl der Arbeitsstunden aller Arbeiter durch Teilung mit 12 oder mit 10 errechnet und aus den Gesamtlohnauszahlungen dann mit Hilfe dieser Schichtenzahl der Durchschnittsverdienst je Schicht errechnet. Außer den reinen Löhnen sind bei Krupp noch allerlei Zulagen und Zuwendungen geleistet worden, die schon 1917 je Kopf der verpflegten Arbeiter 2,79 M täglich ausmachten; bei den verheirateten Männern und Frauen kamen 1917 je Schicht noch 1,62 M bzw. 0,73 M Familienunterstützung im Durchschnitt hinzu.

in manchem abweichen, namentlich dadurch, daß die in der Friedenszeit vorgeschriebene Akkordlohnrevision bei außergewöhnlichen Überverdiensten mit Kriegsausbruch außer Übung gesetzt wurde und die Akkordarbeiter nun die Höchstverdienstgrenzen ihrer Lohnklasse ungehemmt überschreiten konnten.

Das staatliche Feuerwerkslaboratorium und die Gewehrfabrik Spandau, die zu den Höchstzeiten 5000 Männer und 7000 Frauen dort und 6000 Männer hier beschäftigten, hatten Juli 1914 einheitliche Durchschnittsverdienste für »FL« und »GF« in vier deutlich geschiedenen Lohnklassen. Vom August 1914 an änderte sich die Verdienstgestaltung zwischen den Arbeitern des FL und der GF infolge der Verschiedenartigkeit der Arbeiter und der Akkordsätze erheblich. Ferner traten Arbeiterinnen mit eigenen Lohnsätzen ganz neu in die Betriebe ein. Das Verdienstbild gestaltete sich an den Hauptstichtagen folgendermaßen:

Zeitpunkt	Arbeiter Lohnklassen							Arbeiterinnen Lohnklassen			
	I		II		III		IV	II		III	
	FL	GF	FL	GF	FL	GF	FL	FL	GF	FL	GF
	Pf		Pf		Pf		Pf	Pf	Pf	Pf	Pf
Juli 1914	84,2		73,5		63,1		58	—	—	—	—
Jan. 1915	106,8	100	95,9	90,2	81	79,4	—	—	—	38,3	—
Juli 1915	113,3	106	103,8	99,5	87	84,5	—	—	59,5	45,5	57,7
Jan. 1916	125,2	128,5	112,4	115	91,5	106	—	—	49	50,4	72,3
Juli 1916	132,2	146	122,8	128,2	102,4	114,6	—	61	65	54,4	75,1
Jan. 1917	161,3	184,5	137,9	152,3	116,7	182,2	—	71,5	78,5	68	88,5
Juli 1917	203,5	242,7	185,1	221,9	146,2	182,9	118,4	101,2	109,6	81,8	115,5
März 1918	240,9	263,9	193,7	201,7	149,5	197,6	135,1	113	129,4	91	120,5
Juni 1918	247,1	260,9	195,6	200,9	167,9	199,8	137,3	121,4	128,8	99,9	124,6
Nov. 1918	324,9	284,3	258	259,9	222	212,8	174,8	145,3	165,9	132,7	124,8

Die raschesten und auch absolut größten Verdienststeigerungen zeigten die Arbeiter der Gewehrfabrik, die im Feuerwerkslaboratorium folgten langsamer. In Lohnklasse I rückten jene bis Mitte 1916 um 74 vH und bis Juni 1918 auf 210 vH über 1914 auf. Im Feuerwerkslaboratorium kam die entsprechende Lohnklasse I nach anfänglichem Zögern nur auf 56 vH und schließlich auf 193 vH über 1914. In der Lohnklasse II waren die

Zuwachsprozente für Juli 1916 und Juni 1918 65 vH (FL) bzw. 75 vH (GF) und 168 vH (FL) bzw. 172 vH (GF). In Lohnklasse III 60 vH (FL) bzw. 82 vH (GF) und 165 vH (FL) bzw. 214 vH (GF). Also allenthalben kann man von einem Zuwachs der GF-Verdienste um etwa drei Viertel in den ersten zwei Jahren und einem weiteren Zuwachs bis auf rund das Dreifache des Standes vom Juli 1914 rechnen, während bei den FL-Arbeitern die Verdienste in dem Tempo 50 bis 60 vH (bis Juli 1916) und 165 vH (Juni 1918) stiegen. Das Steigerungstempo übertraf also zumal in der zweiten Kriegshälfte das in den privaten Betrieben außerordentlich, zumal wenn man bedenkt, daß von Juli 1918 bis November 1918 noch weitere Aufwärtssprünge bis zu 250 vH und 285 vH in einzelnen Lohnklassen des FL erfolgten. (Warum das Steigerungstempo von Oktober bis November 1918 plötzlich zugunsten des FL umschlug, ist aus den Berichten nicht ersichtlich.) Die Familien- und Kinderkriegshilfen, die von Mai 1916 bzw. Dezember 1915 bis Kriegsende bezahlt wurden, machten für die betreffenden Männer in der einwöchigen Lohnzahlungsperiode Beträge von etwa 15 bis 30 M bzw. 6 bis 10 M aus.

Die Verdienstentwicklung in Spandau war aber nicht für alle sonstigen Staatsbetriebe maßgebend. In der staatlichen Gewehrfabrik *Danzig* mit durchschnittlich 7000 Arbeitern war das Entwicklungstempo für die Verdienste der männlichen Arbeiter in den vier Lohnklassen nicht entfernt so kräftig. Fast nirgends überschritten die Verdienste der Zeitlöhner und auch der Akkordarbeiter den Zuwachs von 100 vH (von August 1914) bis November 1918. Bis Juni 1918 stiegen die Akkordlöhne in den Lohnklassen I nur um 80 vH (von 91 auf 164 Pf), II um 71 vH (79—135 Pf), III um 70 vH (69—117 Pf) und die Zeitlöhne I nur um 57 vH (73—114 Pf), II um 71 vH (59—102 Pf), III um 69 vH (52—88 Pf), IV um 79 vH (43—77 Pf). Der absolute und relative Abstand von den Spandauer Rekordlöhnen springt in die Augen, zumal bei den Zeitlohnarbeitern. Charakteristisch für diesen Danziger Staatsbetrieb und seine Lohnpolitik war auch die Tatsache, daß das durchschnittliche Lohnniveau der IV Klassen sich bei den Zeitlöhnern von Ende 1916 an nur noch wenig veränderte und bei den Akkordarbeitern auch höchstens noch um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ von Mitte 1916 bis Mitte 1918 gehoben hat. Diese geringfügigen Aufwärtsbewegungen der Nominallöhne in der Gewehrfabrik Danzig sind wohl

zum Teil aus der glücklichen Versorgungslage der Stadt in der Nähe eines nahrungsmittelreichen Hinterlandes mit mäßigen Lebensbedarfspreisen zu erklären. Immerhin muß vermerkt werden, daß auf der verwandten staatlichen Artilleriewerkstatt Danzig die Akkordverdienste im Frühjahr 1918 um 20 bis 25 vH höher lagen als in der Gewehrfabrik und daß auf der Kaiserlichen Werft in Danzig die durchschnittlichen Tagesverdienste der Metallarbeiter bereits bis Herbst 1917 auf weit über das Doppelte der Vorkriegsverdienste emporgestiegen waren, so z. B. für Dreher von 6,46 M (April 1913 bis März 1914) auf 14,63 M (Oktober bis Dezember 1917) oder um 127 vH, Schlosser von 6,44 M auf 13,39 M (+ 108 vH), Former von 6,84 M auf 18,78 M (+ 175 vH). Und die Schiffszimmerer und Hilfsarbeiter, die im Frieden etwas hinter den Metallarbeitern der Werft im Lohn zurückstanden, sind zum Teil in noch besserem Ausmaße aufgerückt.

Ein nicht viel kräftigeres Entwicklungstempo der Verdienste als in der Danziger Gewehrfabrik fand sich in der staatlichen Gewehrfabrik *Erfurt*. Wenn wir von der schon in Friedenszeiten außergewöhnlich hoch bezahlten Lohnklasse I (mit 160 Pf Akkordstundenverdienst für besondere Spezialarbeiter) absehen, die sich nach der vorliegenden Statistik während des ganzen Krieges eigentlich nicht entwickelt hat und erst 1918 bis auf 190 Pf Stundenverdienst emporstieg, haben die übrigen Lohnklassen Steigerungen von 75 Pf auf 186 Pf bzw. von 57 Pf auf 137 Pf bei den Akkordarbeitern, also um 120 bis 140 vH von Kriegsbeginn bis Mitte 1918, aufzuweisen.

Günstig, wenngleich eigentümlich im Tempo, stellten sich auch die durchschnittlichen Verdienststeigerungen in der *bayerischen* staatlichen Gewehrfabrik *Amberg*. Hier waren Steigerungen von 140 bis 160 vH zwischen Juli 1914 und Oktober 1918 allgemein, aber zeitweilige Rückschläge nicht ausgeschlossen. Da für Bayern hier überhaupt noch keine lohnstatistischen Angaben mitgeteilt sind, ist eine Übersicht der Amberger Löhne, die für rund 5000 Männer und 1100 Frauen (1918) Geltung hatten, wegen der Gliederung nach gelernten, angelernten und ungelernten Arbeitern angebracht.

Zeitpunkt	Arbeiter			Arbeiterinnen			Jugendliche		
	ge- lernte	ange- lernte	unge- lernte	ge- lernte	ange- lernte	unge- lernte	ge- lernte	ange- lernte	unge- lernte
	M	M	M	M	M	M	M	M	M
1. Juli 1914	7,90	7,00	3,70	—	—	—	—	—	—
1. Jan. 1915	14,00	12,00	5,90	—	—	—	8,20	7,00	—
1. Juli 1915	15,10	14,30	6,50	—	—	—	9,60	7,00	5,00
1. Jan. 1916	15,60	13,50	7,00	—	—	—	9,00	7,00	5,60
1. Juli 1916	18,10	14,90	7,60	7,30	6,40	4,20	9,70	8,00	5,80
1. Jan. 1917	18,80	14,70	8,10	7,60	5,90	4,60	9,90	8,50	6,00
1. Juli 1917	16,00	14,40	9,30	7,80	6,50	5,60	10,00	8,70	6,50
1. Jan. 1918	18,10	14,80	9,40	8,70	7,50	6,10	12,00	9,00	7,00
1. Juli 1918	19,00	16,00	9,70	8,90	8,00	6,50	—	—	—
1. Okt. 1918	19,00	17,00	9,70	9,00	8,00	6,50	—	—	—

Die hier mitgeteilten Zahlen stellen Tagesverdienste einschließlich aller Kriegs-, Familien- und Kinderzulagen dar. Aus der Art der Zahlen geht schon hervor, daß es sich um summarisch gegriffene, abgerundete und nicht um ganz genau ermittelte Beträge handelte. Höchst auffällig und von allen anderen Bezirken abweichend war die sprunghafte Verdoppelung der Verdienste aller Arbeiter innerhalb des ersten Kriegsjahres und das Abflauen der Verdienste seit dem 1. Januar 1917, also gerade in der Zeit des Hindenburg-Programmes und Hilfsdienstgesetzes, die im Gegensatz zu Amberg sonst überall in den Rüstungsindustrien die entscheidenden großen Lohnsteigerungen gebracht hat. Eine weitere Anomalie bei den Amberger Angaben ist, daß die gelernten Arbeiterinnen in ihren Tagesverdiensten beträchtlich nicht nur hinter den Verdiensten der gelernten, sondern sogar der bloß angelernten jugendlichen Burschen zurückgeblieben sein sollen.

Schließlich sei noch ein Einblick in die Lohnentwicklung einer *Schiffswerft* an der nordwestlichen Wasserkante in *Emden* gegeben. Leider sind nur die Stundenlohnsätze und Akkordzuschläge und nicht die tatsächlich verdienten Lohnbeträge mitgeteilt. Immerhin läßt sich aus dem Verhältnis der Normsätze ein Schluß auf das Steigerungstempo ziehen, und zwar für erwachsene Arbeiter und Jugendliche getrennt. Die Arbeitswoche umfaßte 1914 und 1918 55 Stunden.

Der garantierte Akkordlohn je Stunde war festgesetzt:

	Bei vollwertigen erwachsenen Arbeitern üb. 25 J.		Bei Jugendlichen von 14—20 J.	
	Juli 1914	Nov. 1918	Juli 1914	Nov. 1918
Werkzeugschlosser	70 Pf	156 Pf	14—49 Pf	29—85 Pf
Schmiede	73 „	133 „	—	44—79 „
Schiffbauer	77 „	168 „	14—42 „	40—49 „
Tischler	66 „	121 „	26 „	23—45 „
Platzarbeiter	57 „	106 „	39—46 „	48—80 „

Zu diesen Stundenlohnsätzen traten bei der Lohnauszahlung 1918 noch eine wöchentliche Teuerungszulage von 2 bis 7,60 M bei verheirateten Akkordarbeitern je nach der Kinderzahl (0 bis 8 Köpfe) hinzu. Angesichts dieser Ziffern kann man also bei diesen Emdener Schiffbauarbeitern nur von einer knappen Verdoppelung der Nominallöhne während der ganzen Kriegszeit sprechen.

Das Gesamtbild der Lohnsteigerungen in der Metall- und Maschinenbauindustrie, die den Kern der spezifischen Rüstungsgewerbe ausmacht, ist danach ein wenig einheitliches gewesen. Es ist nicht nur nach Bezirken und Branchen sowie nach der öffentlichen und privaten Natur der Betriebe sehr verschieden, sondern auch für die einzelnen Facharbeitergruppen oft sehr bunt. Einzelne Gruppen vermochten ihre Verdienste bis Kriegsende zu verdreifachen, andere knapp zu verdoppeln. Allgemein gilt — mit der alleinigen Ausnahme Ambergs —, daß in der zweiten Kriegshälfte das Steigerungstempo der Löhne sich gegenüber der Zeit vor dem Hindenburg-Programm durchweg beschleunigt, ja vielfach verdoppelt hat.

Dieser allgemeine Schluß aus den Einzelstatistiken der Metallindustrie deckt sich also im großen und ganzen mit den Ergebnissen der Stichprobenerhebung des Reichsstatistischen Amtes über die Durchschnittsverdienste männlicher und weiblicher Arbeiter, die wir oben (S. 367 ff.) interpretiert haben.

Bergbau

Eine Übersicht der Schichtverdienste der Untertagarbeiter des Steinkohlenbergbaus während der Kriegszeit kann nur einen ganz summarischen Einblick in die Lohnverschiebungen geben, da

während des Krieges sich die Zusammensetzung der Belegschaften, zumal durch zunehmende Einschaltung von Kriegsgefangenen und Ausländern in die Belegschaften, ferner die Auswahl der Abbaupunkte und die Art der Arbeitsausführung — Kohlegewinnung um jeden Preis unter Vernachlässigung der Vorrichtungsarbeiten und der Reparaturarbeiten — wesentlich verschoben hat.²⁰ Die den Schichtverdiensten zugrunde liegenden Leistungsbedinge, die wir hier nach der Statistik der Oberbergamtsbezirke Dortmund und Oberschlesien für durchschnittlich 200 000 bis 250 000 eigentliche Kohlegewinnungs- und Förderungsarbeiter unter Tage mitteilen, sind also für die verschiedenen Perioden der Friedenszeit und der einzelnen Kriegsjahre ihrem Arbeitsinhalt nach schwer vergleichbar. Das gleiche gilt für die Schichtlöhne bei den 40 000 Braunkohlenarbeitern im Bezirk Halle. In den Schichtverdienstveränderungen spiegelten sich wohl mehr allgemeine Teuerungseinflüsse und Rücksichten auf die Lohnstandsveränderungen benachbarter nicht bergbaulicher Industrien, als eigentümliche Erscheinungen einer besonderen bergbaulichen Lohnpolitik.

Die durchschnittlichen Schichtverdienste der eigentlichen Bergarbeiter betrugen:

Vierteljahr	im Steinkohlenbergbau				im Braunkohlenbergbau (Halle) (40 000 Arbeiter)
	Oberschlesien M	Niederschlesien M	Ruhrgebiet M	Saargebiet M	
II 1914	4,87	3,93	6,19	5,08	4,17
II 1915	5,28	4,11	6,66	5,08	4,61
IV 1915	6,00	4,42	7,29	5,28	4,87
II 1916	6,62	4,75	8,05	6,06	5,17
IV 1916	6,94	5,11	8,88	6,60	5,43
II 1917	7,79	5,67	10,90	8,15	5,92
IV 1917	9,41	7,27	11,51	10,30	7,16
II 1918	10,11	8,15	12,61	10,79	7,65
III 1918	10,84	8,53	13,28	11,36	8,08
IV 1918	15,18	9,50	14,52	12,21	9,60

²⁰ Vgl. H. Leinau, Bergarbeiterersatz und Ruhrkohlenproduktion im Weltkrieg. Essen 1920. S. 20 ff.

*Die Schicht umfaßte in Oberschlesien für zwei Drittel der Arbeiter 10 Arbeitsstunden, für fast alle übrigen 8 Stunden. Im Ruhr- und Saargebiet entfielen 7—8 Arbeitsstunden auf die Schicht, im Braunkohlengebiet 10—11 Arbeitsstunden.

Die Jahresverdienste der unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter im engeren Sinne, d. h. Gesteins- und Kohlenhauer und Gedingeschlepper, sind in den vier Kriegsjahren im Ruhrrevier folgendermaßen gestiegen:²¹

Jahr	M	Verhältnisziffern	Zahl der verfahrenen Schichten
1913	2088		327
1914	1904	(100)	314
1915	2346	(123)	342
1916	2837	(148,5)	343
1917	3458	(181)	334
1918	4198	(220)	327

Die Lohnsteigerung im Bergbau folgte also den allgemeinen Bewegungsgesetzen: nach kurzer Stockung allmählich vorwärtsschreitend bis zum Winter 1916, dann rascher sich verdichtend, bis etwa Ende 1917 fast überall von Oberschlesien bis zur Saar eine Verdoppelung der Schichtverdienste von Frühjahr 1914 erreicht ist. Bis zum Herbst 1918 hob sich das Niveau noch um weitere 20 bis 30 vH über den Verdienst von 1914, um dann in dem einen Vierteljahr des Zusammenbruches 1918 um einen unorganischen Ruck emporzuschnellen auf fast 150 vH, ja in dem aufgeregten Oberschlesien gar bis 210 des Standes von 1914.

Chemische Industrie

Da die chemische Industrie sich in der Kriegswirtschaft ähnlich wie die Metallindustrie zu einer ausgesprochenen Rüstungsindustrie umgestaltet hat, zeigte sich der daraus folgende Konjunkturaufschwung auch in der Lohnentwicklung. Freilich war die Lohnstatistik nicht so fein gegliedert, daß genaue Aufschlüsse einwandfrei daraus abgelesen werden könnten, und

²¹ *Frd. Wilh. Gromzig*, Hauptfragen des Arbeitsverhältnisses im Ruhrkohlenbergbau nach dem Weltkriege. Hamburg, Dissert. 1921, S. 172.

obendrein war der Begriff des »chemischen Arbeiters« sehr zweifelhaft, da in den chemischen Betrieben auch viele Handwerker beschäftigt waren, die nichts mit Chemikalien zu tun hatten, und in den Munitionsfabriken andererseits viele »chemische« Arbeitskräfte zum Granatenfüllen usw. gebraucht wurden.²² Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie wies 1914 499 241 Einzelarbeiter (bzw. 245 980 Vollarbeiter) aus, 1918 aber fast doppelt so viel, nämlich 849 661 Einzelarbeiter (bzw. 360 356 Vollarbeiter).

Aus den Stichprobenerhebungen des Statistischen Reichsamts hatten wir früher schon entnommen, daß die Männerlöhne in der chemischen Industrie im Durchschnitt von 5,15 M (März 1914) bis 6,91 M (September 1916) und 10,60 bzw. 11,96 M im März bzw. September 1918 gestiegen sind, d. h. in Verhältniszahlen: von 100 auf 134 und 200 bzw. 233, während die Frauenlöhne gleichzeitig von 2,96 auf 3,48 und 5,87 bzw. 6,50 M anwuchsen, also von 100 auf 147 und 248 bzw. 275. Diese Steigerungstafel der Lohnverdienste ist wesentlich steiler als die Staffel der summarischen Wochendurchschnittsverdienste, die aus den Anschreibungen der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie für den (fingierten) Vollarbeiter entnommen werden können. Sie bezifferten sich²³

	in der höchsten Sektion		in der niedrigsten Sektion	
1914	auf 26,38 M	100	auf 18,67 M	100
1915	28,07 „	106,5	19,34 „	104
1916	30,73 „	114	20,96 „	112
1917	36,57 „	139	29,34 „	157
1918	49,35 „	187	34,05 „	183

Allerdings waren die Ziffern für 1918 eben Durchschnitte aus den 12 Monaten des Jahres, so daß die mit Vollarbeitern stärker besetzten Anfangsmonate mit ihren niedrigeren Lohnsätzen schwerer ihr Gewicht geltend machten als die höher bezahlten Endmonate. Eine saubere lohnstatistische Gliederung der Verdienste nach Berufsgruppen von gelernten, angelernten, unge-

²² Vgl. Curt Duisberg, Die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie. Berlin 1921.

²³ Vgl. O. Lindemann, Die Arbeitsverhältnisse und die Arbeiterpolitik in der chemischen Industrie. Baruth 1928. S. 61 ff.

lernten, weiblichen und jugendlichen Arbeitern finden wir in der chemischen Kriegsindustrie nur vereinzelt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten für den *Kölner* Bezirk haben im Jahresbericht für 1918 für 6 Munitions- und Sprengstofffabriken mit 6600 Arbeitern und für 19 sonstige Chemiebetriebe mit insgesamt 6500 Arbeitern die Tagesverdienste nach solchen Gruppen mitgeteilt.

	Munitionsfabriken			Sonstige Betriebe		
	1914	1917	1918	1914	1917	1918
<i>Männliche Arbeiter:</i>						
Gelernte	5,—	10,50	12,—	5,50	13,—	16,—
Angelernte	4,68	17,—	19,—	4,80	11,—	13,—
Ungelernte	—	15,—	17,—	4,—	8,—	9,50
Jugendliche	1,75	9,—	11,—	2,50	4,50	6,50
<i>Weibliche Arbeiter:</i>						
Angelernte	—	14,—	15,—	—	—	—
Ungelernte	—	12,—	13,—	—	5,—	6,40
Jugendliche	—	8,50	10,40	—	3,—	4,—

Zur Erläuterung des auffälligen Mißverhältnisses zwischen den Löhnen der gelernten und der angelernten und ungelernten Arbeiter haben die Gewerbeaufsichtsbeamten vermerkt, daß die Gelernten hier handwerkerliche Facharbeiter, wie Schlosser, Maschinisten usw., darstellten, die zu festem Stundenlohn beschäftigt wurden und für die eigentliche Produktion des Betriebes nicht die Bedeutung wie die ungelernten eigentlichen Chemiearbeiter hatten, die obendrein wegen der Gefährlichkeit ihrer Arbeit besonders hoch entlohnt wurden.

In den *Höchster* Farbwerken entwickelte sich der Durchschnittslohn ^{23a}

	1914	1915	1916	1917	1918
der Männer	53	63	70	96	116
der Frauen	26	28	37	58	67

In *Leverkusen* stiegen die Durchschnittslöhne ²⁴

	Okt. 1914	Okt. 1917	Okt. 1918
der Handwerker	61	123	159
der Fabrikvollarbeiter	55	116	133
der Hilfsarbeiter der Handw.	53	106	128

^{23a} Dr. Agnes Karbe, Die Frauenlohnfrage und ihre Entwicklung in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Rostock 1928. S. 83.

²⁴ Duisberg a. a. O.

	Okt. 1914	Okt. 1917	Okt. 1918
der Nichtvollarbeiter	33	60	71
der jugendlichen Arbeiter ..	20	39	49
der Frauen über 16 Jahr	31	75	80
der Frauen unter 16 Jahr	21	40	51

In den chemischen Industriebetrieben des Bezirkes *Magdeburg* lagen die Verdienststufen für die Kesselwärter, Heizer und Ofenarbeiter, die die eigentlichen »chemischen Arbeiter« darstellten, freilich keineswegs so günstig wie im Kölner Bezirk, sondern hier standen die gelernten Metall-, Holz- und Bauarbeiter durchweg um 10 vH zu Beginn des Krieges und um 20 bis 50 und mehr vH zu Ende des Krieges über den genannten Arbeitern, die es nur auf 90 Pf Stundenverdienst (1918) brachten, allerdings auch nicht eben gefährliche Arbeiten zu verrichten hatten. In einer *Schleswiger* Munitionsfabrik haben die Gewerbeaufsichtsbeamten für die mit gefährlichen und ungesunden Arbeiten beschäftigten Arbeiter wieder recht hohe Verdienste bei 8—10ständiger Schicht festgestellt. Nämlich für:

	1915 M	1916 M	1917 M	1918 M
Minenfüller.....	10—15	12—20	15—28	15—16
Granatenfüller	7—12	8—14	9—16	8—17
„ weiblich	4—6	4,30—7	5,50—10	6,50—12
Minenstopfer	10—15	14—20	19—30	19—30
„ weiblich	4—6	4—6	7—12	7—12

Besonders fällt der Abstand der männlichen von den weiblichen Löhnen — 75 bis 180 vH — auf.

In einer benachbarten *Schleswiger* Pulverfabrik kamen hingegen die Männer nicht wesentlich über die Verdienste der Frauen hinaus, die denen in der obigen Munitionsfabrik ähnelten.

Für die *Groß-Berliner* Betriebe und staatlichen Institute Spandau berichteten die Gewerbeaufsichtsbeamten nur über geschätzte durchschnittliche Jahresverdienste; sie schieden dabei gelernte und ungelernte, sowie Zeitlöhner und Akkordlöhner und kamen zu folgendem Zahlenbilde, das für 1918 gemäß ihren Annahmen einer 10—15 vH Lohnerhöhung entsprechend ergänzt ist.

Männer (über 16 Jahr)	private Betriebe in Groß-Berlin	staatliche Betriebe	in ländl. Krei- sen des Reg. Bez. Potsdam
<i>Gelernte</i>			
Zeitlohn 1913	1900—2300	2000—2100	1300—1600
1915	3200—3700	3000—3400	1600—2400
1917	3800—4000	3700—4500	2400—4700
1918	(4200—4600)	(4000—5200)	(2600—5500)
Stücklohn 1913	2000—3000	2200—2400	—
1915	3400—4100	3900—4700	—
1917	4100—5200	4700—6900	—
1918	(4500—5800)	(5200—7800)	—
<i>Ungelernte</i>			
Zeitlohn 1913	1000—1500	1200—1500	800—1600
1915	1800—2400	1500—2200	900—2000
1917	3500—3700	2200—3000	1200—2800
1918	(3800—4200)	(2500—3500)	(1300—3200)
Stücklohn 1913	1600—1900	1700—3200	1500—2500
1915	2400—2900	2400—3300	2300—3600
1917	4000—4200	3700—3900	2300—3600
1918	(4500—4700)	(4100—4500)	(2500—4000)

An diesen Ziffern fällt — abgesehen von dem allgemeinen starken Steigerungstempo — das besonders starke Aufholen der zunächst niedrig stehenden Zeitlohnverdienste der gelernten Arbeiter in den ländlichen Bezirken auf. Es scheint die Erklärung auch hier wieder darin zu liegen, daß diese entlegenen Fabriken nur gegen besonders hohen Lohn Facharbeiter, die sich in der ländlichen Umgebung nicht genügend fanden, aus den Städten heranziehen konnten. Der hohe Lohn war hier zugleich ein Entgelt für lange Fahrwege bis zur Arbeitsstelle und öfters auch für doppelte Haushaltsführung, wenn der Arbeiter die ganze Arbeitswoche fern von seiner Familie zubringen mußte. Weiter war das erheblich höhere Lohnniveau der staatlichen Betriebe gegenüber den privaten Betrieben charakteristisch. Diese Erscheinung war weithin in der Rüstungsindustrie zu beachten und hing wohl mit der weitherzigeren Akkordlohnpolitik der Staatsbetriebe zusammen, die überdies in der Kriegswirtschaft noch weniger scharf zu rechnen brauchten als die Privatbetriebe.

Holzindustrie

Nur ein Teil der Holzindustrie ist zwischen 1914 und 1918 für Heeres- und Kriegslieferungen in Anspruch genommen worden, so insbesondere die Stellmacher und Wagenbauer, die Kistenmacher und Geschoßkorbmacher. Ein gut Teil der Holzarbeiter, Modelltischler, Flugzeugtischler, Schiffstischler, Schäftemacher, Griffdreher usw. war aber nicht in eigentlichen Holzindustriebetrieben, sondern als »Hilfs«handwerker in den Rüstungsbetrieben der Metall- und Chemischen Industrie tätig, scheidet also in diesem Kapitel, das von den Arbeitern der Holzindustrie im engeren Sinne handelt, aus. Nach Erhebungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes von 1915 und 1917 waren nur knapp $\frac{1}{4}$, später etwa $\frac{1}{2}$ der Männer und $\frac{1}{3}$ der Frauen in der Holzarbeiterschaft in Betrieben mit reiner Kriegsarbeit beschäftigt.²⁵ Der starke Rest stellte nach wie vor Friedenswaren her. Infolgedessen konnte sein Lohneinkommen nicht entfernt in dem Maße an der Kriegskonjunktur teilnehmen wie das Einkommen der Arbeiter etwa in den metallischen Rüstungsindustrien. Der Überschuß an Arbeitskräften, die für die Ausführung der Kriegsaufträge in der Holzindustrie in Betracht kamen, drückte auch auf die Löhne der hier beschäftigten Holzarbeiter. Wichtig war schließlich die starke Bindung der Holzarbeiter durch Tarifverträge, die seit langem fest im Gewerbe wurzelten und deren Innehaltung den organisierten Lagern auf der Arbeiter- und der Arbeitgeberseite Ehrensache war.²⁶ Nur durch gelegentliche Teuerungszulagen, über die jedesmal besonders von Verband zu Verband verhandelt werden mußte, konnten die festgelegten Tariflohnnormen abgeändert werden. Solche Verhandlungen mußten in den Jahren 1917 und 1918 immer rascher aufeinander folgen, um mit den Tarifsätzen bzw. Zulagen der zunehmenden Teuerung Rechnung zu tragen. Es ließ sich folgendes Zahlenbild der Tarifstaffelungen zusammenstellen (Stundenlöhne in Pf):

(Für Frauen wurde erst von August 1917 eine gestaffelte Lohn-tarifierung getroffen in etwa 55 vH Höhe der Männerlöhne.)

²⁵ Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiterverbandes 1915, S. 16 ff.; 1917, S. 12 ff.

²⁶ Dr. Lilli Neumann, Die Tarifverträge in der deutschen Holzindustrie. Altona-Ottensen 1920, S. 125 ff.

	Ortsklassen für männliche Holzarbeiter					
	I	II	III	IV	V	VI
Vor dem Krieg ...	66	61—65	56—60	51—55	46—50	bis 45
15. Nov. 1916	85	80	75	70	65	60
15. Febr. 1917	90	80	80	71	68	65
1. Aug. 1917	100	95	90	85	80	75
15. Sept. 1917	105	100	95	90	85	80
15. Febr. 1918	110	105	100	95	90	80
1. April 1918	115	110	105	100	95	85
15. Aug. 1918	130	120	115	107	100	90
1. Dez. 1918	140	130	125	117	100	100

Danach haben sich die Löhne der gelernten Facharbeiter im Laufe des Krieges in den Großstädten nominell etwa verdoppelt. In den kleineren Städten mußte die Steigerung etwas kräftiger sein, um den Lohnstand den Teuerungspreisen besser anzupassen. Freilich sind diese Tariflohnsätze in der Praxis vielfach überschritten worden, zumal da, wo die Facharbeiter im Akkord arbeiteten. So wies eine Lohnerhebung des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Mai 1917, als der Tariflohn für *Groß-Berlin* auf 115 Pf stand, einen durchschnittlichen Stundenverdienst bei den erwachsenen Arbeitern einschließlich der *Hilfsarbeiter* von 116,1 Pf im Zeitlohn und von 149,6 Pf im Akkord nach. Die gelernten Facharbeiter verdienten damals im Zeitlohn 123—147 Pf und 144—182 Pf im Akkord (mit Ausnahme der Musikinstrumentenmacher, die es nur auf 113 bzw. 119 Pf brachten). Bei den Hilfsarbeitern *Groß-Berlins* bewegte sich der Zeitlohnverdienst (Akkord bestand für sie nicht) zwischen 91 und 106 Pf. Die männlichen Jugendlichen kamen im Durchschnitt auf 54 Pf im Zeitlohn und 90 Pf im Akkord, die erwachsenen Arbeiterinnen auf 58½ Pf bzw. 75½ Pf.

Für die andere Großstadt in Ortsklasse I, *Hamburg*, berichtete die Gewerbeaufsicht teilweise über größere Verdienststeigerungen, als der bloßen Tarifänderung entsprochen hätten.

	Zeitlohn (9 Std.)		Akkordlohn (10—12 Std.)	
	Sommer		Sommer	
	1914 M	1918 M	1914 M	1918 M
Möbeltischler	5—6	15—16	7—8	16—18
Maschinenarbeiter	6,5—7,5	15—16,5	—	—
Korbflechter	4—5	7—9	5—7	10—16
Angelernte Frauen	2—3	5—5,5	3—4	6—6,5

Im Regierungsbezirk *Lüneburg* bezifferte die Gewerbeaufsicht die Jahresverdienste in der Holzindustrie also:

	1913 M	1916 M	1918 M
Tischler.....	1480	1820	3000
Gelernte Maschinenarbeiter.....	1500	1720	2820
Angelernte.....	1200	1200	2200
Lehrlinge.....	300	300	360
Arbeiterinnen.....	560	1000	1580

Im Regierungsbezirk *Minden* stellten sich in 42 Möbelfabriken:

	1914 Pf	1918 Pf
die Zeitlohnverdienste (je Stunde):		
für die Männer (über 16 Jahre).....	47	102
für die Jugendlichen.....	25,5	54
dagegen die Akkordverdienste.....	58	128
ferner in 15 Sägewerken, Zigarrenkisten-, Holzschuhfabriken:		
die Zeitlohnverdienste		
für die Männer (über 16 Jahre).....	35	66
für die Jugendlichen.....	17	34
für die Frauen.....	22	32,5
die Akkordverdienste		
für die Männer (über 16 Jahre).....	39	72
für die Jugendlichen.....	23	34
für die Frauen.....	20,5	36

Es erübrigt sich, weitere Einzelstatistiken, wie sie die Gewerbeaufsichtsberichte noch vielfach bergen, anzuführen, zumal da sie keine eingehende Gliederung der Arbeitergruppen enthalten. Aus allen Meldungen ergibt sich, daß die Lohnverdienste der Holzarbeiter, abgesehen vielleicht von denen in den Flugzeugfabriken, für die keine besonderen Zahlen zu ermitteln waren, nicht mit denen in den eigentlichen Rüstungsindustrien Schritt gehalten haben.

Baugewerbe

Für die Löhne des Baugewerbes gilt das gleiche wie für die Holzindustrie, wenn wir die Bauarbeiter, die in den Etappen Regiebauten oder in den Rüstungsindustrien eilige Werkstattbauten ausführten, ausnehmen. Die tariflichen Lohnbindungen wirkten zügelnd wie bei den Holzarbeitern. Vielfach mußten erst zentrale Tarifverhandlungen stattfinden, um die Friedenshöhe durch notwendigste Teuerungszulagen zu ergänzen.²⁷

Danach ergeben sich beispielsweise für die drei Städte *Berlin, Hamburg, Stettin* folgende Staffeln der Tariflöhne:

	<i>Maurer</i>			<i>Hilfsarbeiter</i>		
	Berlin Pf	Hamburg Pf	Stettin Pf	Berlin Pf	Hamburg Pf	Stettin Pf
April 1914	82	90	65	64	75	49
April 1915	84	90	65	64	75	50
Mai 1916	95	96	70	78	81	55
Sept. 1916	98	101	75	81	86	60
Mai 1917	125	116	90	108	101	75
Dez. 1917	160	126	100	148	111	85
April 1918	165	131	105	153	116	90
Okt. 1918	180	151	120	168	136	105

Die wesentlich stärkeren Tariflohnaufbesserungen für Berlin, das Zentrum der Kriegswirtschaft, gegenüber dem während des Krieges vielfach stillliegenden Hamburg, das früher mit seinen Baulöhnen stets führte, fallen in die Augen, namentlich bei den Hilfsarbeitern, die nur spärlich zu haben waren, da kräftige Männer ohne Fachschulung eben allgemein eingezogen waren und nicht so leicht wieder freigegeben wurden oder aber in den eigentlichen Rüstungsindustrien Arbeit annahmen.

An den lebhaft beschäftigten Plätzen, wie vor allem *Berlin*, wurden obendrein trotz der tariflichen Lohnregelungen, die schließlich nur noch die Bedeutung von Mindestnormen hatten,

²⁷ *Ernst Möller*, Reallöhne und Arbeitsleistungen von Bauarbeitern in den Jahren 1913—1920. Hamburg. Diss. 1920. Ferner »Löhne und Arbeitszeit im Baugewerbe«, 1910, 1916, 1919, 1920, 1921. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Hamburg 1922. *Franz Nast*, Arbeitszeit und Arbeitslohn im deutschen Baugewerbe (1869—1925). Diss., Frankfurt a. M. 1928.

oft viel höhere Löhne gezahlt. Die Gewerbeaufsicht von Groß-Berlin schätzte, daß im Jahre 1917 die gelernten Maurer (über 16 Jahr) im Zeitlohn einen Jahresverdienst von 3400 bis 6500 M erzielten, was etwa einem Stundenverdienst von 1,50 bis 2,75 M entsprechen würde, und die Hilfsarbeiter 4000—4500 M (1,70 bis 1,85 M Stundenverdienst).

Im Regierungsbezirk *Potsdam* haben die Jahresverdienste nach der gleichen Quelle im Jahre 1917 um 40—70 vH tiefer gelegen, was allerdings auch den Lohnunterschieden der Vorkriegsjahre entsprochen hätte.

Wesentlich bescheidener als für Groß-Berlin lauteten auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für den Regierungsbezirk *Aachen*, wo für die Maurer und Handlanger, je nachdem sie als Facharbeiter im eigentlichen Baugeschäft oder als Fabrikmaurer beschäftigt wurden, für 1914 und 1918 folgende Tagesverdienste vermerkt wurden.

	in Baugeschäft		in Zinkhütte		in Glashütte		in Chem. Fabrik	
	1914	1918	1914	1918	1914	1918	1914	1918
	M	M	M	M	M	M	M	M
Maurer. . . .	5,80	11,40	5,40	9,79	4,75	8,50	4,43	9,59
Handlanger	4,50	10,40	2,51	4,89	—	—	—	—

Mehr als eine Verdoppelung der Bauarbeiterverdienste war selten festzustellen außerhalb der oben erwähnten Sonderarbeitsfelder. Die Lohnstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die leider aber nicht mehr 1918 miterfaßt und obendrein noch in der flauesten Zeit des Baugewerbes, nämlich im Wintermonat Dezember im Jahre 1917, erhoben worden ist, würde sogar ergeben, daß die durchschnittlichen Tariflöhne einschließlich aller örtlichen und Betriebsteuerungszulagen (ohne Aufwandsentschädigung für Wege) sich nur knapp verdoppelt haben. Der Reichsdurchschnitt der Maurerlöhne ist nach dieser Erhebung von 1910 bis 1917 nur von 51 auf 95,7 Pf und der der Hilfsarbeiterlöhne von 45 auf 85 Pf gestiegen. Rechnet man, daß von 1910 bis Kriegsbeginn die Tariflöhne um etwa 8—9 Pf. angezogen haben, während sie von 1917 bis Kriegsende noch um etwa 20 Pf gestiegen sind, so ergibt sich ein Zuwachs zwischen 1914 und 1918 von knapp 100 vH. Im allgemeinen scheint es, daß

die Bauarbeiter mit einzelnen Ausnahmegruppen bei dem Lohnaufstieg in der Kriegswirtschaft etwas ungünstiger abgeschnitten haben als die Holzarbeiter.

Textilindustrie

Die männlichen Arbeiter der Textilindustrie, die zu den sogenannten Frauenindustrien gehört und deshalb stets einen niedrigen Lohnstand zeigt, zählten schon vor dem Kriege zu den geringst entlohnnten Arbeitergruppen, und sie haben den Krieg im Oktober 1918 mit Lohnsätzen verlassen, die weit unter dem Stande aller übrigen Industriearbeiter lagen. Auch die Arbeiterinnen der Textilindustrie, die im Frieden zu den mittellohnenden Industriearbeiterinnen zu zählen waren,²⁸ sind hinter dem Lohnanstieg der Arbeiterinnen in den meisten übrigen Industrien stark zurückgeblieben und schließlich nur von den Arbeiterinnen der Nahrungs- und Genußmittel und der Stein- und Erdenindustrien unterboten worden. Die Textilindustrie ebenso wie das Bekleidungsgewerbe litten von 1915 an unter zunehmendem Mangel an Rohstoffen. Die Arbeit in den Spinnereien und Webereien usw. mußte künstlich gestreckt werden, damit die große Zahl der Arbeitskräfte, die wegen ihres Geschlechtes, Alters oder wegen ihrer schwachen Konstitution nicht zur Fahne eingezogen werden konnten, nicht plötzlich der Arbeitslosigkeit überantwortet wurde. Kurzarbeit wurde behördlicherseits verordnet, um Zeit für eine Verpflanzung und Umstellung der Arbeitskräfte in andere Beschäftigungsfelder zu gewinnen. Öffentliche Erwerbslosenfürsorge mußte seit 1915 immer wieder da und dort eingreifen, um die Notstände der schlecht beschäftigten und nicht verpflanzbaren Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu mildern. Auch wenn die Textilarbeiter bei der Herstellung von Militärtüchern, Säcken, Brotbeuteln sowie Kunstseideartikeln, Papierersatzgeweben flotte Arbeit hatten, litten doch naturgemäß ihre Löhne unter dem latenten Druck des großen Heeres Arbeitsuchender; immerhin aber mußte ihre Entlohnung den verschärften Teuerungsverhältnissen Rechnung tragen.²⁹ Die

²⁸ Vgl. *Agnes Karbe*, Die Frauenlohnfrage, S. 23 ff.

²⁹ Eine eingehendere Darstellung des Einflusses des Krieges auf die Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie auf Grund von Beobachtungen in dem Barmer Webstoffgewerbe gibt *Hermann Rudolph*: Der Einfluß des Krieges auf

Gewerbeaufsichtsbeamten haben den Verdienstfragen der Textilarbeiter besondere Aufmerksamkeit gewidmet, ihre Berichte gaben freilich meist auch nur Stichproben.

Die beste Verdienststatistik liegt für den Bezirk *Zwickau* (Sachsen) vor; dort verdienten:

	1914 M	1915 M	1916 M	1917 M	1918 M
<i>in Spinnereien</i>					
Arbeiter (über 16 Jahre)	3,61	3,66	4,08	5,31	7,10
Arbeiterinnen	2,14	2,18	2,27	3,21	4,27
Jugendliche, männlich	1,82	1,84	1,92	2,38	3,77
Jugendliche, weiblich	1,66	1,66	1,74	2,36	3,23
<i>in Webereien</i>					
Arbeiter (über 16 Jahre)	4,33	4,48	4,97	5,73	7,90
Arbeiterinnen	2,31	2,21	2,15	2,88	4,29
Jugendliche, männlich	1,90	1,80	2,10	2,89	3,42
Jugendliche, weiblich	1,35	1,42	1,45	1,90	2,80
<i>in Tuchfabriken</i>					
Arbeiter (über 16 Jahre)	3,56	3,63	3,72	4,85	6,23
Arbeiterinnen	2,24	2,31	2,28	3,20	4,18
Jugendliche, männlich	1,53	1,66	1,86	1,73	1,78
Jugendliche, weiblich	1,46	1,45	1,57	2,01	2,80

In der *schlesischen* Textilindustrie lauten entsprechende Verdienstreihen für den Bezirk *Waldenburg* (Tagesverdienste):

	1914 M	1915 M	1916 M	Okt. 1917 M	Okt. 1918 M
Gelernte Arbeiter (über 16 Jahre)	3,48	3,88	4,76	5,93	6,81
Angelernte Arbeiter (über 16 Jahre)	2,67	2,72	3,37	4,75	5,12
Angelernte Arbeiterinnen	1,92	2,04	2,39	3,93	3,32
Ungelernte Arbeiter (über 16 Jahre)	2,42	2,58	3,49	5,02	4,48
Ungelernte Arbeiterinnen (über 16 Jahre) ..	1,77	1,89	2,58	3,44	3,23
Jugendliche, männlich, angelernt	1,33	1,24	1,61	2,45	2,21
Jugendliche, männlich, ungelernt	1,43	1,64	1,92	2,79	2,56
Jugendliche, weiblich, angelernt	1,23	1,27	1,35	2,87	2,45
Jugendliche, weiblich, ungelernt	1,35	1,53	2,26	2,68	2,20

die Barmer Textilindustrie. Kölner Diss. 1922. Heeresaufträge bewirkten wohl gelegentliche größere Steigerungen der Löhne, aber der Abstand der Textilarbeiterlöhne von den Löhnen der Munitionsarbeiter blieb gewaltig.

Für den Bezirk *Liegnitz* (Stundenverdienste)

	1914 Pf	1916 Pf	1918 Pf
<i>in Spinnereien</i>			
<i>Gelernte</i>			
Männer	30,8	42,6	55
Frauen	20,2	24,1	33,5
Jugendliche	17,9	16,1	26
<i>Hilfsarbeiter</i>			
Männer	30,2	33,4	48,3
Frauen	20,8	23,7	36
<i>in Webereien</i>			
<i>Gelernte</i>			
Männer	33	31,3	46,5
Frauen	22,9	21,4	38,7
Jugendliche	23,7	21	39,6
<i>Hilfsarbeiter</i>			
Männer	28,9	30,3	52,5
Frauen	24,8	24,5	40,5

Auch in dem letzten teuren Kriegsjahre mußten also die gelernten Textilarbeiter dieser Bezirke mit 5—6 M, günstigstenfalls 7 M nach Hause gehen, und die Spinnerinnen und Weberinnen brachten es meist knapp auf 4 M. Die robustere Hilfsarbeiterschaft stand schließlich manchmal günstiger da als die zum Teil wohl überalterte Facharbeiterschaft.

In den *Lausitzer* Tuchwebereien lagen die Dinge, nach den statistischen Ziffern zu urteilen, nicht viel freundlicher. Dort wurden folgende Stundenlöhne bei nur achtstündiger Arbeitszeit vermerkt:

	Von Dez. 1914 bis Juni 1916 Pf	Okt. 1916 Pf	März 1917 Pf	Okt. 1917 Pf	April 1918 Pf	Nov. 1918 Pf
Männer	30—50	35—58	40—62	48—75	53—85	58—96
Frauen	20—35	25—35	28—40	35—48	40—60	44—68
Jugendliche, männlich	15—20	25—30	—	—	—	—
Jugendliche, weiblich.	15—20	22—25	25—27	25—30	25—45	33—54

Die Tagesverdienste der Männer dürften in der Lausitz, sofern die Akkordverdienste die Stundenlöhne nicht weit überschritten, im Sommer 1918 sich um 5—6 M herum bewegt haben, die der Frauen um 4 M. Die gewerkschaftliche Textilarbeiterkonferenz vom Frühjahr 1918 klagte über die niedrigen Wochenverdienste der Lausitzer Weber (26—33 M) und Weberinnen (16—23 M).³⁰ Auch aus verschiedenen Textilwerken *Badens* berichtete die Gewerbeaufsicht für den Juni 1918 von Tagesverdiensten männlicher Arbeiter (über 18 Jahre) bei zehnstündiger Schicht von nur 5—6 M, ausnahmsweise von 7 M, wozu allerdings bei Verheirateten noch geringe Familien- und Kinderzulagen traten.

Demgegenüber lieferten allerdings die Angaben der *Berliner* Gewerbeaufsicht für die dortige Textilindustrie ein sehr viel günstigeres Bild. Hier wurden Jahresverdienste von 3400 bis 4700 M im Jahre 1917 (gegen 1800—2200 M 1913) für gelernte Textilarbeiter (über 16 Jahr bei Zeitlohn) und für ungelernte (über 16 Jahr) 2100—3600 M (gegenüber 900—1800 M 1913) mitgeteilt. Gelernte Textilarbeiterinnen verdienten in Zeitlohn 1917: 1200—2300 M (gegenüber 700—1000 M 1913) und im Stücklohn 1500—2400 M (gegenüber 700—800 M), Jugendliche 900 bis 1400 M. Freilich haben diese durchschnittlichen Jahresverdienstschätzungen stets etwas Problematisches. Immerhin lassen sie den Schluß zu, daß die Textilarbeiter in Berlin bis zum Jahre 1918 ihre nominellen Verdienste gegenüber der Vorkriegszeit weit mehr als verdoppelt haben und im Jahre 1918 wohl Tagesverdienste von 14 bis 20 M bezogen, soweit sie gelernte Facharbeiter waren, während die Textilarbeiterinnen 8—10 M und mehr bezogen. Aber diese Berliner Verdienstziffern fallen aus dem Rahmen der durchschnittlichen Lohnbezüge der Textilarbeiterschaft überhaupt weit heraus und lassen den Tiefstand der übrigen Berufsgenossen nur um so krasser hervortreten.

Bekleidungsgewerbe

Die Arbeiter der Bekleidungsgewerbe litten, soweit sie nicht für Heeresaufträge beschäftigt waren, vielfach unter demselben

³⁰ Schrift des Deutschen Textilarbeiterverbandes: Lohnfeststellungen in der Textilindustrie im Frühjahr 1918 (Berlin 1918).

Rohstoff- und Arbeitsmangel wie die Textilarbeiter.³¹ Ihre Verdienstlage gestaltete sich, wenn wir den Stichprobenerhebungen des Statistischen Reichsamts folgen dürfen, immerhin im ganzen ein wenig günstiger als die der Textilarbeiter. Freilich fehlen uns sonstige genauer gegliederte und örtlich differenzierte Lohnstatistiken. Die von den Gewerbeaufsichtsbeamten für *Groß-Berlin* mitgeteilten Jahresverdienstziffern, die 1917 für gelernte erwachsene Männer auf 3600—3800 M (gleichviel ob Zeit- oder Akkordlohn), für ungelernte Männer auf 1500—3000 M und für Frauen auf 1700 bis 2700 M (Zeitlohn) bzw. auf 1700 bis 2000 M (Akkordlohn) lauteten, dürfen keinesfalls verallgemeinert werden. Sie sind in sich widerspruchsvoll, und die Spitzenverdienste betreffen wahrscheinlich nur wenige Spezialarbeiter für eilige, hochwertige Lieferungen.

Buchdruckgewerbe

Da das Buchdruckgewerbe das klassische Tarifgewerbe ist, machten sich hier die festen Bindungen der Lohnnormen durch langfristigen Tarifvertrag im Gegensatz zu den wirtschaftlich-sozialen Verschiebungen der Kriegszeit mit den sie begleitenden Teuerungserscheinungen besonders lange und schwer fühlbar.³² Bis zum 1. April 1916 ließ die Tarifgemeinschaft an ihren vertraglichen Lohnsätzen nicht rütteln. Damals erfolgten die Verhandlungen über die erste Teuerungszulage, der im Oktober 1916 die zweite und im Mai 1917 die dritte folgte. Am 20. November 1917, am 1. August 1918 und am 1. Dezember 1918 trugen dann weitere Zulagen der zunehmenden Teuerung Rechnung,

³¹ Den Einfluß des Konjunktumschlages auf die Beschäftigung und Entlohnung im Bekleidungs-gewerbe, sogar in Berlin mit seinen starken kriegswirtschaftlichen Verdienstmöglichkeiten, beleuchtet eine von *Agnes Karbe* (a. a. O., S. 84) mitgeteilte Wochenlohnstatistik aus einer Berliner Mützenfabrik, die leider nur bis Mitte 1916 reicht, aber die Wendung der Lohnkurve seit Frühjahr 1916 scharf kennzeichnet:

	Juni 1914	Juni 1915	August 1915	März 1916	Juni 1916
Männer	30,96	32,90	33,87	34,69	31,73
Frauen	19,57	19,92	20,86	20,43	18,45

³² *Hans Helmut Goetjes*: Die Einwirkung des Krieges auf die Tarifgemeinschaft im deutschen Buchgewerbe. Münster. Dissert. (ohne Jahr); besonders Abschnitt III: Die wirtschaftliche Lage der Gehilfen, S. 60 ff.

ohne daß an den Grundlagen des Lohntarifs etwas geändert wurde. Natürlich waren die tatsächlich gezahlten Lohnsätze in den meisten Betrieben seit Mitte 1915, da das Angebot arbeitssuchender Gehilfen an den 64 tariflichen Arbeitsnachweisen fast ohne Unterbrechung nie mehr als ein Dutzend ausmachte, während die Nachfrage stets über 500 bis 1000 betrug, über das tarifliche »Minimum« hinausgewachsen. Das beeinflusste auch die jeweiligen tariflichen Teuerungszulagen, indem sie sich abfallend staffelten, je nachdem der Gehilfe bereits 1—3, 3—5, 5—7, 7—9 oder mehr Mark über Minimum in der Woche verdiente.³³ Weiter staffelten sich die Teuerungszulagen nach den verschiedenen Ortsklassen (kleineren, mittleren und Großstädten) und nach dem Familienstande. Der Verheiratete erhielt anfänglich 25—50 vH, später allerdings nur noch 12—16 vH mehr als der Ledige. Die Teuerungszuschläge betrugen je Woche für Verheiratete und für Ledige:

Bei Wochenlöhnen über dem Minimum	1. 4. 1916 ³⁴		1. 10. 1916		1. 7. 1917		26. 11. 1917		1. 8. 1918		2. 12. 1918	
	Verh.	Led.	Verh.	Led.	Verh.	Led.	Verh.	Led.	Verh.	Led.	Verh.	Led.
	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M

in den billigsten Orten

bis 1 M	10	8	12,5	10	7,5	6	15	12	25	22	28	25
bis 3 M	8	6	10	7,5	6,5	5	14	11	24	21	27	24
bis 5 M	6	4	7,5	5	5,5	4	13	10	23	20	26	23
bis 7 M	5	3	6,25	3,75	5	3	12,5	9	22,5	19	25,5	22
bis 9 M	4	—	5	—	3,5	2	11	8	21	18	24	21
über 9 M	—	—	—	—	3	2	10,5	8	20,5	18	23,5	21

in Berlin

bis 1 M	10	8	17,5	14	9,5	8	19	16	35,5	29,5	38,5	34,5
bis 3 M	8	6	14	10,5	8,5	7	18	15	34	27,5	36	32,5
bis 5 M	6	4	10,5	7	7,5	6	17	14	30	26,5	35	31,5
bis 7 M	5	3	8,75	5,25	6,5	5	16	13	29	25,5	34	30,5
bis 9 M	4	—	7	—	6	4	15,5	12	28	24	33	29
über 9 M	—	—	—	—	4,5	3	14	11	24	21	29	26

³³ Vgl. Geschäftsberichte des Tarifamtes der Buchdrucker für die einzelnen Jahre.

³⁴ Dazu kamen 1916 für Verheiratete noch 2 M. monatlich je Kind unter 14 Jahren.

Nach einer anderen tarifamtlichen Zusammenstellung ergaben sich als Mindestwochenlöhne einschließlich Teuerungszulagen:

Für gelernte Gehilfen über 24 Jahre

	1914 M	Okt. 1916 M	Nov. 1917 M	Aug. 1918 M
<i>In Berlin</i>				
Ledig	34,38	38,42	58,50	73,50
Verheiratet.....	34,38	40,92	61,46	76,46
<i>In mittleren Ortsklassen, wie Stettin und Stralsund</i>				
Ledig	31,60	34,62	45,62	58,31
Verheiratet.....	31,60	35,37	48,62	61,31

Der tarifliche Mindestlohn eines verheirateten Buchdruckers in Klasse C (15 vH Lokalzuschlag im Frieden) — auf einen Werktag bezogen — bewegte sich so:³⁵

März 1914—März 1916 M	Sept. 1916 M	März 1917 M	Sept. 1917 M	März 1918 M	Sept. 1918 M
5,27	5,52	5,90	6,69	8,10	9,77

Wohlgemerkt kann man aus diesen Mindestsätzen noch keinen Schluß auf die tatsächlichen Verdienste ziehen. Die schwankten außerordentlich je nach der Leistungsfähigkeit und der Arbeitsgelegenheit der Setzer. In Berliner Zeitungsgrößbetrieben, der Notendruckerei der Reichsbank und ähnlichen Instituten wurden erhebliche Überverdienste gemacht.³⁶ Die Gewerbeaufsichts-

³⁵ Nach Goetjes, a. a. O., S. 70.

³⁶ Goetjes (a. a. O., S. 62) ermittelte aus den Lohnbüchern von 15 gelernten Setzern und Buchdruckern (»Maschinenmeistern«) als durchschnittliches Wochen-einkommen eines verheirateten Gehilfen in der Großstadt:

Juli 1914 M	März 1915 M	Sept. 1915 M	März 1916 M	Sept. 1916 M	März 1917 M	Sept. 1917 M	März 1918 M	Sept. 1918 M
43,17	42,88	43,87	48,19	50,00	52,18	61,68	72,87	79,00

beamten vermerkten für 1917 Jahresverdienste gelernter Setzer und Drucker in Groß-Berlin von 2400 bis 5600 M im Zeitlohn, in den ländlichen Bezirken des Potsdamer Bezirkes, also um Groß-Berlin herum, von 1600 bis 4300 M, in Lüneburg im Jahre 1918 von 2600 bis 4700 M. Nimmt man für 1918 gemäß den tariflichen Teuerungszulagen eine weitere Steigerung der untersten Verdienstklassen um nahezu ein Drittel an, so würden sich Jahresverdienste von 3200 bis 6000 M für *Groß-Berlin* und von 2200 bis 5000 M für die ländliche Umgebung ergeben gegenüber vorkrieglichen Jahresverdiensten von 1800 bis 2600 M und 1300 bis 2300 M, d. h. Steigerungen von durchschnittlich 100 vH. In *Lüneburg* hingegen waren die Steigerungen für Handsetzer und Drucker nur 50 vH, für Maschinensetzer allerdings 130 vH. In *Hamburg* betrugen die Tagesverdienste nach den Berichten der Gewerbeaufsicht bei neunstündiger Arbeitszeit:

	Sommer 1914	Sommer 1918
Für Setzer und Maschinenmeister	6,30—6,75 M	13,00—14,60 M
Für Maschinensetzer	8,00—9,00 M	14,00—15,00 M

Verhältnismäßig war hier die Verdienststeigerung bei den Setzern und Druckern mit 105 vH größer als bei den Maschinensetzern mit nur 70 vH.

Alles in allem muß man der Klage der Buchdruckgehilfen recht geben, daß sie, die vor dem Kriege dank ihrer sorgfältig, zum Teil monopolistisch ausgestalteten Organisation und dank ihrer vortrefflichen Berufsbildungspflege zusammen mit den Berliner und Hamburger Akkordmaurern und den Ruhrkohlenhauern an der Spitze der Lohnklassen in Deutschland marschierten, während des Krieges nicht nur hinter den genannten rivalisierenden Gruppen zurückgeblieben sind, sondern auch noch von einer Reihe anderer Facharbeitergruppen in der Metall-, Maschinenbau- und elektrotechnischen sowie chemischen Industrie zum Teil beträchtlich überholt worden sind.

Staatsbahnwerkstätten usw.

Obgleich für die Werkstätten und Bahnunterhaltungsbetriebe der preußisch-hessischen Staatsbahn keine örtlich gegliederten Lohnangaben veröffentlicht, sondern nur Durchschnittsverdienste

für sämtliche gleichartigen Betriebe und Arbeitergruppen im ganzen Tariflohnbereich mitgeteilt sind, kann man doch, wie früher schon betont, dank der gleichen Anschreibungsmethode und der grundsätzlich gleichartigen Lohnpolitik, die in diesen Betrieben herrschte, auch die summarischen Durchschnittsziffern als Anhaltspunkte für die Bewegungen des Lohnniveaus benutzen.

In den Jahresberichten über die Ergebnisse der Betriebe der preußisch-hessischen Staatsbahnen sind jeweils die Vergütungen und Löhne, die für ein Tagewerk gezahlt wurden, für 15 verschiedene Gehilfen- und Arbeitergruppen einschließlich der Werkstättenlehrlinge aufgeführt. Wir greifen folgende charakteristische Gruppen heraus:

	1914 M	1915 M	1916 M	1917 M	1918 M
Bahnunterhaltungsarbeiter .	3,23	3,39	4,11	5,92	10,88
Werkstättenhandwerker					
in Taglohn	5,48	6,17	7,62	10,19	14,80
in Stücklohn	5,83	6,56	8,09	11,08	16,20
Werkstättenhandarbeiter					
ohne handwerksmäßige Ausbildung					
in Taglohn	4,24	4,41	5,04	6,87	11,81
in Stücklohn	4,68	4,92	6,10	8,24	12,07
Durchschnitt aller 15 Gruppen	4,00 (100 vH)	4,27 (107 vH)	5,01 (126 vH)	7,07 (177 vH)	11,61 (295 vH)

Während das Durchschnittsniveau sich in den ersten Kriegsjahren um ein Viertel und dann im raschen Tempo bis fast auf das Dreifache von 1914 hob,³⁷ war das Steigerungstempo bei den ungelernten Bahnunterhaltungsarbeitern, denen man allerdings im Kriege noch erhöhte bahnpolizeiliche Aufgaben übertragen mußte, sogar noch etwas kräftiger (bis zu 333 vH von 1914). Die höchstbezahlten Handwerker, die im Akkord arbeiteten, erziel-

³⁷ Nach Erklärungen des preußischen Eisenbahnministers im April 1918 hatten sich die jährlichen Lohnaufwendungen für das Arbeiterpersonal der Staatsbahn von 27 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 74 Millionen Mark gesteigert trotz wesentlicher Verringerung des Personals und Einstellung vieler weiblicher Kräfte.

ten eine Steigerung ihrer Tagesverdienste um 179 vH über 1914, die Zeitlöhner um 172 vH. Bei den Werkstättenhandarbeitern lagen die Verhältnisse ähnlich. Man darf also schließen, daß in den Staatsbahnwerkstätten die gelernten und die angelernten Arbeiter ihre Normaleinkommen im allgemeinen um 175 vH erhöht haben; die geringst entlohten Arbeiter wurden noch erheblich stärker aufgebessert.

Auch bei Betrachtung dieses staatlichen Betriebes wiederholte sich also die bereits früher bei anderen staatlichen Fabriken und Instituten der Rüstungsgewerbe gemachte Beobachtung, daß die Lohnsteigerungen hier vielfach die in der privaten Industrie üblichen Sätze überstiegen. Seit 1917 waren in der Tat Klagen aus privaten Unternehmerkreisen nicht selten und verdichteten sich 1918 zu förmlichen Beschwerden, daß die staatlichen Betriebe in der Befriedigung der Arbeiterlohnforderungen eine zu freigebige Hand hätten. Eine Verfügung des Kriegsammtes vom März 1918 an die Betriebsverwaltungen der technischen Staatsinstitute veranlaßte sogar eine Nachprüfung der Akkordlöhne mit der ausdrücklichen Begründung, daß sich in der Privatindustrie eine gewisse Unruhe über zu hohe Löhne bei einzelnen Instituten bemerkbar mache. Auch öffentliche Vertretungen der Industriellen, wie z. B. die Handelskammer in Arnberg, suchten beim Kriegsministerium und dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten gegen die »Verwöhnung der Arbeiter der Staatsbetriebe durch derartig hohe Löhne« einzuwirken. »Die staatlichen Betriebe möchten ihre Lohnfestsetzungen den örtlichen Verhältnissen entsprechend regeln und zu diesem Behufe mit den Industrien in Verbindung treten, auf daß die Ungleichheiten beseitigt oder die Löhne einigermaßen in Einklang gebracht werden . . .«³⁸

Dieser Vorwurf gegen die behördliche Lohnpolitik und ihre allzu große Freigebigkeit darf jedoch nicht verallgemeinert werden. Er trifft eigentlich nur für gewisse spezielle Rüstungsproduktionen zu und gilt dann nicht nur für staatliche, sondern auch für private Betriebe und für gewisse Bauausführungen. Hier aber ist im Jahre 1918 erheblich gebremst worden, indem man kriegsamtlicherseits z. B. versuchte, die Bauarbeiterlohntarife als

³⁸ Zitiert bei W. Zimmermann: Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes. Jena 1919, S. 40.

Höchstlöhne zu behandeln. Bei den relativ starken Lohnsteigerungen der Arbeiter in den Staatsbahnwerkstätten ist zu berücksichtigen, daß die Ausgangslöhne 1914 vielfach niedriger als in der Privatindustrie standen. Im übrigen zeichneten sich andere Behörden, so besonders viele Gemeindebehörden, eher durch eine gegenteilige, nämlich recht niedrige Lohngebarung aus. Die Grundlöhne ihrer Angestellten und Arbeiter wurden meist überhaupt nicht erhöht, sondern sie wurden mit Teuerungszulagen abgefunden, die nicht zu einer Steigerung des allgemeinen Lohnstandes führten, sondern oft weit hinter der Teuerung einhinkten.³⁹

Die Lohnextreme: niedrigste Tagelöhne und Spitzenverdienste

Vergegenwärtigt man sich die gemeindebehördlichen Lohnfestsetzungen für die Ortslöhne gewöhnlicher Tagearbeiter, die für die Lohnbasis ungelernter Arbeiter in der betreffenden Stadt in allen nicht konjunkturbegünstigten Gewerbezweigen als Maßstab dienen sollten, so schlägt die oben erwähnte Klage, daß die Behörden an der Lohnübersteigerung schuld seien, beinahe ins Gegenteil um. Die letzten Abänderungen der ortsüblichen Tagelohnfestsetzungen, die im Juli oder August 1918 in Kraft getreten sind, ergaben folgende Sätze (geordnet nach der Höhe der Löhne):

	Arbeiter über 21 Jahre		Arbeiter v. 16—21 Jahren	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Dresden	6,—	3,80	4,50	3,—
Gera.....	6,—	3,50	4,50	3,—
Kolmar	5,50	3,50	4,50	3,—
Freiberg i. Sa.	5,50	3,—	3,60	2,40
Spandau	5,40	3,30	4,50	2,70
Mainz }	5,—	3,80	4,50	3,30
Offenbach }				
Darmstadt	4,80	3,60	4,50	3,10
Worms	4,80	3,30	4,—	2,60
Köln, Bonn.....	4,60	3,30	4,—	2,60
die niedrigsten Sätze hatten				
Kottbus.....	3,60	2,70	2,70	2,20
Elbing	3,50	2,60	2,50	1,50

³⁹ Dittmer: Höhere Grundlöhne oder Teuerungszulagen? Neue Zeit, 36. Jahrgang, Oktober 1917, S. 81.

Hier begegnen wir also behördlich festgestellten Löhnen, die zum Teil für das letzte Kriegsjahr mit seinen Lebensbedarfspreisen, wie wir sehen werden, kaum das Existenzminimum decken konnten, sofern sie nicht eben nur als Nebenverdienste einer mehrköpfigen Verdiennerfamilie anzusprechen waren.

Halten wir zu diesen Feststellungen die in unseren Einzelberichten ermittelten Tatsachen, daß einige Gewerbezweige, zumal in wenig von Heeresaufträgen begünstigten Bezirken, auch in privaten Betrieben recht kümmerliche Lohnsätze hatten, so folgt mit Sicherheit nur das eine: Die Lohngebarung der Kriegswirtschaft zeigte ein fast chaotisches Bild und nur vereinzelt Züge einer grundsätzlichen, klar bewußten Regelung. Auch nach der Einführung der Hilfsdienstausschüsse hat der zufällige Bedarf an Arbeitskräften und die Dringlichkeit der Umwerbung der verfügbaren Arbeitskräfte, die von einer Arbeitsstelle zur anderen durch entsprechende (freilich zuweilen nur vorübergehende) Lohnangebote gelockt wurden, die unstete Bewegung der Löhne bestimmt. Quante führt eine Reihe von Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse des Vaterländischen Hilfsdienstes und der Kriegsamtstellen von 1917 und 1918 an, die es praktisch dem Wettbewerb der Rüstungsfirmen und ihrer Fähigkeit, die erhöhten Lohnkosten in den Lieferungspreisen auf den Abnehmer — meist also die Heeresverwaltung oder auf andere Rüstungsfirmen — zu überwälzen, überließen, wie sich die Löhne gestalten sollten. Um der gegenseitigen Lohntreiberei in den Rüstungsgewerben zu steuern, haben 1918 einige industrielle Arbeitgeberverbände geheime Verständigungen ihrer Mitgliedsfirmen darüber herbeizuführen getrachtet, daß sie gewisse Einstellungslohne für neugewonnene Arbeiter nicht überschreiten sollten.⁴⁰ Gelegentlich sind auch bewußte Versuche der Arbeitgeber, die Akkordsätze zu kürzen, bekannt geworden, jedoch nur dadurch, daß sie sogleich von den Arbeitern vor einen Schlichtungsausschuß des Hilfsdienstes gebracht und hier unter dem seit 1917 stark zunehmenden Einfluß der Gewerkschaftsvertreter in diesen Ausschüssen zugunsten der Arbeiter entschieden wurden.

So ist es nicht verwunderlich, daß wir in der letzten Kriegshälfte außerordentlichen Lohnextremen begegnen: Den schon

⁴⁰ W. Zimmermann, a. a. O., S. 89.

beleuchteten niedrigen Verdiensten standen »Spitzenlöhne« in den Rüstungsindustrien gegenüber, die den betreffenden Arbeitern oder Arbeitergruppen den Namen »Kriegsgewinnler« eingetragen haben. Freilich waren mit diesen hohen Verdiensten oft auch besonders hochwertige Spezialleistungen verbunden, die die Monopolstellung dieser Arbeiter verständlich machten.

Die preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten berichteten für 1917 und 1918 über folgende Ausnahmelöhne für Heeresbedarf in Groß-Berlin. Es verdienten Einrichter, Schlosser, Leitspindeldreher, Werkzeugmacher, Klempner bis 6 M, auch 7 M die Stunde. Besonders geschickte Arbeiter hatten bis 15 000 M und mehr jährliches Einkommen, tüchtige Werkmeister — zum Teil frühere Einrichter — wurden von neuen Kriegsbedarfsfirmen mit 25 000—40 000 M Gehalt angestellt. In einer Artillerierichtmittelfabrik des Bezirkes Potsdam verdienten »gut eingearbeitete Dreher und Schlosser 45—50 M täglich« schon Anfang 1917, in anderen Betrieben des Bezirkes Werkzeugmacher, Einrichter, Klempner, Bleilöter »vielfach bis 400 M wöchentlich« (1917), Schmelzer 33—35 M täglich (Anfang 1918). Hochwertige Arbeiter in kleineren und mittleren Betrieben bezogen oft 10 000 M und mehr jährlich.⁴¹ Für Minenfüller in einer Schleswiger Munitionsfabrik wurden 1917 Tagesverdienste von 15 bis 28 M verzeichnet.

Gesamteinkommen einzelner Arbeiterfamilien

Diese Spitzenverdienste ragten aber einsam aus dem großen Durchschnitt der Lohnverdienste heraus. Ein anderes Gesicht würde freilich vielfach das Einkommensbild in nicht kleinen Teilen der Kriegsarbeiterschaft bekommen, wenn man neben den Lohneinkünften der arbeitenden Familien etwa auch die der erwerbstätigen Familienmitglieder, der Söhne, der Frau und der Töchter hätte statistisch erfassen können. In der Kriegszeit arbeitete alles, was noch halbwegs Kräfte hatte, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Bis weit in die sogenannten bürgerlichen Kreise hinein beteiligten sich Kriegerfrauen, deren Männer

⁴¹ Früher (S. 375) wurde schon erwähnt, daß Mitte 1918 in der Berliner Metallindustrie 4530 Arbeiter 280 Pf und mehr in der Stunde durchschnittlich verdienten, was einem Jahresverdienst von 7000 bis 8000 M entsprach.

im Felde standen oder die einen kinderlosen Haushalt hatten, und Familientöchter und junge Burschen an der Arbeit, z. B. in den Granatenfabriken oder anderen Rüstungsbetrieben. Neben Beweggründen vaterländischer Dienstbereitschaft war die Aussicht auf guten Verdienst und das Bedürfnis, die schwere, sorgenreiche Zeit durch regelmäßige Arbeit im Kreise Gleichstrebender zu überwinden, das treibende Motiv. Nur ganz vereinzelt liegen erklärlicherweise Feststellungen über die Arbeits-einkommen solcher vielseitig tätigen Familien vor. Die Gewerbeaufsichtsbeamten für Kassel erwähnen gewisse Fälle, die nur zur Veranschaulichung hier wiedergegeben seien.

In einer Eisenbahnwagenfabrik waren 5 Arbeiterfamilien tätig: 1. Mann, Frau und Tochter. Jahresverdienst zusammen 8050 M; 2. Mann, Tochter und Sohn 8950 M; 3. Mann, Tochter und Sohn 8800 M; 4. Mann und 2 Söhne 10 500 M; 5. Mann und 2 Söhne 13 400 M.

In einer Gummiwarenfabrik: Vater, 2 Söhne (der eine als Lehrling), 1 Tochter: 7950 M.

In einer Segeltuchweberei: 1. Vater mit je 2 minderjährigen Söhnen und Töchtern: 7050 M; 2. Vater mit 2 Töchtern: 5700 M; 3. 4 Schwestern 6900 M; 4. 3 Schwestern 5400 M; 5. Mann und Ehefrau 5400 M; 6. Vater mit 2 minderjährigen Töchtern 6300 M.

Neben diesen verhältnismäßig seltenen Fällen, daß alle Familienmitglieder zusammen in einer und derselben Fabrik arbeiteten, spielten die Fälle, wo sie in verschiedenen Betrieben tätig waren, die der besonderen Eignung der älteren und jüngeren männlichen und weiblichen Mitglieder meist leichter Rechnung tragen konnten, eine viel umfangreichere Rolle. Für die Arbeiterlebenshaltung hatten sie jedenfalls in der Kriegszeit eine noch größere Bedeutung als in der Vorkriegszeit, wo gutbezahlte qualifizierte Arbeiter es nicht immer gern gesehen hätten, daß die Frau oder die Tochter »in die Fabrik ging«, während sie allerdings gegen sonstige leichte Neben-erwerbstätigkeit nichts einzuwenden und die Beschäftigung der Töchter als kaufmännische Angestellte, Verkäuferin oder Stenotypistin oft sogar als ein Moment des sozialen Aufstiegs begrüßt hatten.

Gesamteindruck der nominalen Lohngestaltung im Kriege

Die hier vorgetragenen Einzelstatistiken aus wichtigen kriegswirtschaftlichen Gewerbezweigen und Betrieben werden kaum ausreichen, uns ein genaues Bild der absoluten Lohn- und Verdienstgestaltung für die verschiedenen Bezirke und Berufsgruppen des Reiches zu geben. Aber das ist schließlich auch nicht die Hauptaufgabe dieser Lohnuntersuchungen, deren letzter Zweck sein soll, das reale Einkommen und die Lebenshaltungsmöglichkeiten der arbeitenden Massen während des Krieges zu erfassen. Für diesen Zweck aber sind wichtiger als zahllose absolute Lohnermittlungen Einblicke in die hauptsächliche Lohnschichtung der arbeitenden Massen in den einzelnen Perioden des Krieges und eine entsprechende Beobachtung der Veränderungen und Aufwärtsbewegungen der Lohnschichten und wichtigsten Verdiennergruppen während der vier Kriegsjahre. Deshalb sind in den vorstehenden Blättern meist auch nur solche Lohnstatistiken wiedergegeben, die die Entwicklung der Löhne derselben Arbeitergruppe von 1914 bis 1918 erkennen ließen und die nach der Arbeitsqualifikation, dem Geschlecht und dem Alter zu unterscheiden suchten.

Zusammenfassend können wir noch einmal sagen, daß sich der Lohnpegel, der in den ersten beiden Kriegsjahren, mit Ausnahme einiger besonders forcierter Rüstungsindustrien, nur mühsam der Teuerung folgend, sich um etwa ein Viertel bis ein Drittel gehoben hat, in den letzten zwei Kriegsjahren dann fast durchweg auf das Doppelte der Lohnhöhe von 1914 und darüber einstellte. In den eigentlichen Rüstungsindustrien wurden Steigerungen um 130 bis 150 vH (über 1914), ja in Berlin vielfach bis um 200 vH erzielt, während anderseits manche tariflich streng gebundenen Handwerke und dann vor allem die halb brachliegenden Stiefkinderindustrien der Kriegswirtschaft — wie Textil- und Bekleidungsgewerbe — bis auf wenige Ausnahmbezirke — mehr oder weniger hinter dem 100%igen Lohnauftrieb zurückblieben.

Die Spannungen zwischen den Einkommensschichten der verschiedenen Industrieangehörigen, die wir eingangs an der Hand der Lohnstichprobenstatistik des Statistischen Reichsamts für den Kriegsbeginn mit höchstens 30 vH zwischen der obersten

und untersten Schicht angegeben hatten, haben sich im Laufe der Kriegsjahre empfindlich erweitert und machten — das wird durch alle Einzelstatistiken bestätigt — bei Kriegsende mindestens 100 vH zwischen der obersten, ziemlich breiten Schicht mit 3000—4500 M Jahresverdienst (für erwachsene Männer) und der untersten, allerdings dünn gewordenen Lohnarbeiterschaft mit 1800—2500 M Verdienst aus. Eine ebenfalls breite mittlere, dazwischen gelagerte Schicht näherte sich im letzten Kriegsjahre in ihren Jahresbezügen wohl mehr der untersten als der obersten Schicht.

C. Die Lebenshaltung der verschiedenen Arbeitergruppen

Möglichkeiten und Grenzen besserer Nahrungsversorgung bei verschiedenem Einkommen

Was bedeutete nun diese Struktur der Lohnarbeiterschaft für die Lebenshaltung während des Krieges? Während man für friedenswirtschaftliche Verhältnisse einen einfachen Schluß aus der Abstufung des Lohneinkommens auf die Abstufung der Lebensführung, der Ernährung, der Wohnung und Kleidung ziehen konnte, lagen die Verhältnisse in der Kriegswirtschaft, wie wir einleitend dargetan hatten, infolge des zunehmenden Mangels, ja völligen Fehlens oder Zurückhaltens gewisser Waren wesentlich verwickelter. Infolge der Zwangsbewirtschaftung und Rationierung der wichtigsten Lebensbedarfsdinge konnte man mit noch so viel Einkommen nicht alles kaufen, was man wünschte, ohne sich umständlicher Umwege zu bedienen oder mit den Gesetzen oder doch wenigstens mit seinem Gewissen in Konflikt zu kommen. Man mußte sich vielfach auf Geschäfte einlassen, die bis zum Kohlrübenwinter 1916/17 bei der großen Masse des Volkes immer noch etwas Anrühiges hatten und erst später, als Not Eisen brach, allgemeiner in Übung kamen, um rücksichtslos das eigene Versorgungsinteresse zur Geltung zu bringen. Im ersten Kriegsjahre freilich, als die Zwangsbewirtschaftung nur das Getreide erfaßt hatte und die Brotrationen auskömmlich bemessen waren, hatte die Überlegenheit der Besserbemittelten über die Minderbemittelten hinsichtlich der Versorgungsmöglichkeiten noch ziemlich ungehin-

dert ausgenutzt werden können. So gestaltete sich entsprechend die Lebenshaltung. Höhere Ernährungsansprüche der größeren Einkommensbezieher konnten damals noch voll befriedigt werden, ganz zu schweigen von anderen Lebensbedürfnissen. Es ist bekannt, daß im ersten und teilweise auch im zweiten Kriegsjahre, als man erkannte, daß man mit längerer Kriegsdauer und mit steigenden Preisen rechnen mußte, viele Haushaltungen nach dem Umfange ihrer Geldmittel und ihrer Räumlichkeiten sich mit außerordentlich großen Vorräten auf lange Zeit eindeckten, da manche Nahrungsmittel noch verhältnismäßig preiswert in Ladengeschäften oder von Landwirten und Zwischenhändlern ohne offenen Verstoß gegen Gesetze zu erlangen waren. Und ebenso bekannt ist es, daß nicht wenige »Kriegsgewinnler« aus Kreisen der »Heereslieferer«, aber auch aus einzelnen plötzlich sehr gesuchten und hochbezahlten Arbeitergruppen, berauscht von ihren raschen, großen Verdiensten, mochten sie auch nur vorübergehender Natur gewesen sein, sich einem ungewohnten üppigen Genußleben ergeben konnten.

Neben Essen und Trinken waren Reinigungsmittel, Heizung, Kleidung für jeden rücksichtslosen Zahlungskräftigen in den ersten zwei Jahren ohne erhebliche Schwierigkeiten in beliebigem Umfang zu haben, während der Zahlungsschwache bereits oft lange »anstehen« mußte, um zu einem erträglichen Preise das Nötige zu bekommen. Ja, gerade diese Tatsachen, daß der Zahlungskräftige dank seinem Geldbeutel sich fast alles unbeengt leisten konnte und mit diesen hemmungslosen Einkäufen den Bedürftigeren die Waren trotz Höchstpreisen unerschwinglich verteuerte und schließlich auch mengenmäßig verknappte, drohten schließlich, einen sozialen Klassengegensatz zwischen Genießern und Darbenden von weit gefährlicherer Schärfe als in der Friedenszeit heraufzubeschwören. Diese Beobachtungen sind wesentlich die Beweggründe gewesen, die zu der Beschlagnahme, zu fortschreitender Ablieferungspflicht oder Zwangsbewirtschaftung und rationenmäßiger Einteilung lebenswichtiger Nahrungs-, Heizungs- und Bekleidungsstoffe führten mit Ausnahme der an sich kostspieligen Dinge, die von jeher stets nur für wenige erschwinglich und im übrigen auch in so geringen Mengen verstreut waren, daß sie eine öffentliche Bewirtschaftung und Verteilung nicht gelohnt hätten. Die Luxus-

dinge, namentlich solche ausländischer Herkunft, blieben auch in der zweiten Kriegshälfte mit wenigen Einschränkungen für den großen Verdiener offen zugänglich.

Anders stellten sich aber die Verhältnisse bezüglich der elementaren Nahrungsmittel — teilweise auch bezüglich der Heizung, Kleidung, Wäsche und Seife —, sobald diese Massenbedarfswaren wegen ihrer allgemeinen Unentbehrlichkeit für die gesamten Volksmassen der gemeinnützigen Zwangsbewirtschaftung unterworfen worden waren. Durch die Rationierung, die vom Frühjahr 1916 an neben dem schon früher kontrollierten Brot und Mehl rasch alle anderen Dinge ergriff, wurden Kartoffeln, Fette, Fleisch, Zucker, stellenweise auch heimische Gemüse, Eier, Milch usw. dem freien Zugriff der Zahlungskräftigen entzogen, und diese konnten ihre »Rationen« nur noch »hinterherum« auf verbotene Weise gegen »Wucherpreise« im Schleichhandel und durch Veranstaltung meist ziemlich kostspieliger und zeitraubender Hamsterfahrten aufbessern. Diese Schwierigkeiten haben wesentlich dazu beigetragen, daß das Versorgungsbild auch für die Zahlungskräftigen im großen Durchschnitt sich in der zweiten Kriegshälfte sehr viel ungünstiger gestalten mußte als vorher, namentlich auch für die zahlungskräftigen Rüstungsarbeiterschichten, die bis zum »Kohlrübenwinter« 1916 ihre Bedürfnisse noch gut hatten befriedigen können. Die Tatsache, daß je länger, desto häufiger die Arbeiter, und zwar auch die hochbezahlten in den eigentlichen Rüstungsindustrien, sich bei der Auswahl von Arbeitsgelegenheiten nicht mehr allein für die Lohnhöhe, sondern ebenso dringlich für die Gewährung von Ernährungszulagen, Fett, Speck, Brot und sonstigen Zuwendungen seitens der Betriebe interessierten, spricht deutlich dafür, daß die Arbeiter mit der gemeinwirtschaftlich geregelten Nahrungsmittelversorgung nicht auskamen und auch bei Aufwand größerer Geldmittel ihre Versorgung auf geraden oder ungeraden Wegen meist nicht eben üppig gestalten konnten.

Wem die guten Beziehungen zu Landleuten und wem bei angespannter Arbeit Zeit und Wagnislust fehlten, auf dem platten Lande den die Bezirksausfuhr überwachenden »Landjägern« ein Schnippchen zu schlagen, war in bezug auf Butter, Eier und Mehl nicht besser dran als die geringer Entlohnnten. Höchstens in bezug auf die allerdings wenig beliebten künstlichen Nahrungs-

ersatzmittel und zweifelhaften »Konserven« aller Art konnte der besserbezahlte Arbeiter sein Gedeck reicher gestalten als der geringer entlohnte, dem dafür sein knappes Geld zu schade war. Die Unmöglichkeit, sich bei größerem Arbeitseinkommen auf legalem Wege reichlicher zu versorgen, mag sogar dazu beigetragen haben, daß in den gut verdienenden Arbeiterfamilien verhältnismäßig viel gespart wurde; aus der Not wurde eine Tugend. Etwas günstiger — abgesehen von den Naturalgewährungen der Rüstungsbetriebe — konnten solche Arbeiterfamilien ihre Ernährung gestalten, die ein Stückchen Schrebergartenland hatten und Zeit und Kraft genug erübrigen konnten, es halbwegs in Kultur zu halten.

Beschaffungsmöglichkeiten und Preise für den sonstigen Lebensbedarf

Ähnlich wie mit den Ernährungsschwierigkeiten lag es manchmal in der zweiten Kriegshälfte mit den *Heizungs- und Beleuchtungsschwierigkeiten*. Bemittelte und Unbemittelte wurden in vielen Städten gleichmäßig vom Mangel betroffen, wenn die Kohlenzufuhren überhaupt stockten und Ersatzbrenn- und Leuchtstoffe in den Städten nicht leicht zu erlangen waren. Allerdings waren die Großbezieher, die sich für längere Zeit auf einmal eindecken konnten, in bezug auf Versorgung und auf Preise doch vielfach günstiger dran als die Kleinverbraucher, zumal die Kleinhandelspreise viel schärfer stiegen als die Großhandelspreise für Brennstoffe. Auch konnten sich die Unbemittelten, die bisher Petroleumbeleuchtung hatten und in der zweiten Kriegshälfte Petroleum nur in winzigen Mengen zugeteilt erhielten, die Anlage elektrischer Lichtversorgung nicht leisten und mußten überall darauf verzichten, wo nicht aus öffentlichen Mitteln die nötigsten neuen Installationen ausgeführt wurden.

Die Wohnfrage

Die *Wohnfrage* gestaltete sich nur in den letzten Kriegszeiten, wenn auch nicht geldlich, so doch räumlich und hygienisch etwas ernster als in den ersten beiden Kriegsjahren.⁴² Bis Frühjahr 1916 hatte die Zahl der leerstehenden Wohnungen laut den Ergeb-

⁴² S. Schott: Mietausfall, Zinsrückstände usw. in Mannheim. Mannheim 1915.

nissen der Wohnungszählungen von 1914, 1915 und 1916⁴³ für 50—70 befragte Städte noch vielfach zugenommen. Schon 1916 aber deutete sich da und dort ein leiser Rückgang der Leerwohnungen an, der sich dann rascher fortsetzte, weil die Wohnbautätigkeit arg ins Stocken geraten war und weil die starke Ausdehnung der öffentlichen Verwaltungstätigkeit, namentlich auf kriegs- und gemeinwirtschaftlichem Gebiete, die Verwandlung zahlreicher Wohnungen in Bureaus erforderte. Ferner litt die Instandhaltung der Wohnungen wegen Handwerkermangels und des Mißverhältnisses zwischen Mieteingängen und Hausaufwandskosten und beschleunigte den Verfall nicht weniger Wohnräume. Daneben machte sich die Zusammenballung großer Rüstungsarbeitermassen an bestimmten Orten drückend fühlbar.

Jedoch waren diese Erscheinungen sehr ungleichmäßig über die verschiedenen Bezirke des Reiches verteilt. Verhältnismäßig am ungünstigsten scheint allenthalben die Wohnungsentwicklung für die kleinsten Einkommensbezieher oder für die Kleinwohnungen überhaupt gewesen zu sein, soweit wir aus den wenigen uns zur Verfügung stehenden Erhebungsziffern für die Jahre 1916—1918 überhaupt einen Schluß ziehen dürfen. Ein rechnerischer Vergleich der Erhebungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen über Ausgaben für Wohnungszwecke zeigt, daß die absoluten Mietausgaben je Kopf in den Einkommensgruppen unter 300 M monatlichem Familieneinkommen fast durchweg steigende Tendenz, in den Einkommensgruppen über 300 M dagegen stark fallende Tendenz hatten. Relativ freilich — im Verhältnis zu dem Wachstum der übrigen Ausgaben — ist in *allen* Einkommensgruppen mit mehr als 100 M monatlichem Familieneinkommen der Ausgabenanteil für Miete, nach merklichem Steigen von 1916 bis 1917, um so kräftiger von 1917 bis 1918 gefallen. Er stand im März 1918 mit 8,29 vH erheblich unter dem Ausgabenanteil von 10,67 vH im Jahre 1916.

Der Mietpreis ist im großen Durchschnitt derjenige Preis gewesen, der in der ganzen Kriegswirtschaft am tiefsten gehalten worden ist. Freilich für die *Kleinstwohnungen* war ein nicht unerhebliches Anziehen nicht zu vermeiden. Dieses aus den

⁴³ Vgl. Beiträge zur Wohnungsfrage während des Krieges. Berlin 1917, S. 17.

laufenden Erhebungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen abgeleitete Urteil wird auch durch bestimmte Feststellungen des »Deutschen Wohnungsausschusses« bestätigt, die durch Rundfrage über die Steigerung der Wohnungsmieten während der Kriegszeit nachträglich gewonnen worden sind. In den meisten Fällen, wo der Wohnungsausschuß Mietsteigerungen feststellen konnte, hat die Mietsteigerung bis Kriegsende nur etwa 10 vH betragen,⁴⁴ und zwar entfielen die wesentlichen Steigerungen zumeist auf das letzte Kriegsjahr seit Oktober 1917, insbesondere in Berlin und den westlichen Rüstungsindustriezentren. Immerhin machte der Durchschnitt aller ermittelten Mietsteigerungen etwa 15—25 vH aus, da dem Wohnungsausschuß auch außerordentliche Steigerungen von 30, 50 bis (vereinzelt) zu 100 vH gemeldet worden sind.⁴⁵ Die relativ größte Mietenverteuerung hat der Wohnungsausschuß bei den mittleren und kleineren Wohnungen gefunden. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit glaubte er hier Steigerungen von einem Fünftel bis zu einem Drittel der Friedensmieten behaupten zu dürfen, unter erklärendem Hinweis darauf, daß, abgesehen von Lohn- und Materialpreissteigerungen, die die Häuserbewirtschaftung belasteten, gerade die unbemittelten Mieter den Mietsteigerungen oft nicht ausweichen konnten, weil die »maßlose Verteuerung« der Umzugselegenheiten infolge Mangels an Transportleuten und Pferden sie von Umzügen abschreckte.

Die Erscheinung, daß die Preise für die jeweilig geringstwertige Gattung der verschiedenen Lebensbedarfsgüter am stärksten zum Auftrieb neigten, wiederholte sich in fast allen Zweigen der Lebenshaltung, wie hier auf dem Gebiete des Kleinwohnungswesens, so auch auf dem Gebiete der Ernährung und der Kleidung.

⁴⁴ Ähnlich lauten die Schätzungen in »Der Arbeitgeber« 1918, Nr. 21.

⁴⁵ Vgl. Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im dritten Kriegsjahr. 17. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt 1917, S. 10, 11.

Eine Gegenrechnung, wieviel nicht wenige unbemittelte Familien durch Untervermietung möblierter Zimmer an alleinstehende Rüstungsarbeiter und -arbeiterinnen verdient haben, ist wegen des Fehlens jeglicher Unterlage unmöglich. Nur aus den wenigen Angaben von weiblich geleiteten Haushaltungen, die die Erhebung des Kriegsausschusses 1917 erfaßte, kann man ableiten, daß Arbeiter- und Kriegerfrauen die durch Abwesenheit der zur Fahne einberufenen Männer und Söhne freigewordenen Räume mit Nutzen an Fremde vermieteten.

Die Bekleidungsfrage

Der Mangel an Textilstoffen traf am schwersten den Massenverbrauch an billigen Waren, da hier Nachfrage und Angebot infolge der Knappheit an Neuerzeugnissen und Ersatzerzeugnissen in ein immer schlimmeres Mißverhältnis gerieten. Die gemeinnützige Sammlung und Verwertung von gebrauchten Kleidungsstoffen konnte nur vereinzelt da und dort die Notdurft verhüllen. In den besitzlosen Arbeiterfamilien gab es keine Reserven an Kleider- und Wäschevorräten, von denen sie in den Mangeljahren hätten zehren können wie die Besitzenden. So machte sich denn im letzten Kriegsjahre eine Abgerissenheit breit, die jedem neutralen Ausländer, der Deutschland 1918 besuchte, vielleicht noch schärfer ins Auge gefallen ist als das blasse, magere Aussehen der deutschen Stadtbevölkerung. Das eigenhändige Ausbessern namentlich der Fußbekleidung durch die Besitzer, z. B. der Schuhe mit Leder-, Gummi- und Pappabfällen, Holzsohlen nahm zuweilen groteske Formen an. Ebenso überschritt der erzwungene Verzicht auf Leib- und Bettwäsche sehr oft das hygienisch Erträgliche, zumal wenn man den Mangel an Seife, die nur noch in der Form von Kriegs-(Ton-)seife öffentlich zugänglich war, berücksichtigt. Obwohl die Ausgaben für Kleidung, Schuhzeug und Reparaturen in allen Familien, die dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen berichteten, auf den Kopf noch von April 1916 bis April 1918 sich weiter verdoppelten und verdreifachten, war der Erfolg jämmerlich: Das Nötigste war kaum zu haben und wurde für die Massen trotz Bezugsscheins immer schwerer erreichbar, während die Luxuswäsche- und Kleidungsstücke, denen eine verhältnismäßig schwache Nachfrage gegenüberstand, nicht entsprechend so heftig in den Preisen gestiegen waren wie die geringerwertigen Massenbedarfswaren.

Die Preisfeststellungen, die das Wirtschaftliche Überwachungsamt des Kriegsamtes durch seine Nachrichtenabteilung nachträglich für die gesamte Kriegszeit in durchschnittlich acht deutschen Mittel- und Großstadtgemeinden hat machen lassen, ergeben ein anschauliches Bild von den Preisverschiebungen. Freilich sind die Preisangaben vielfach nur fiktive, da die betreffenden Waren zuweilen da und dort überhaupt nicht zu haben

waren oder in nur ganz beschränkten Mengen an bevorzugte Käufer abgegeben wurden. Die Schleichhandelspreise, die für entsprechende Waren gezahlt worden sind, um sie »greifbar« zu machen, liegen, soweit darüber etwas bekannt geworden ist, wesentlich höher.⁴⁶

Wir ordnen nach dem Grad der Preissteigerung

	Oktober 1915	Oktober 1918	Steigerung in
	M	M	vH
Wollstoffe für Frauenkleidung	2,13	38,60	+1720
Baumwollstoffe für Frauenkleidung ..	0,77	11,57	+1405
Baumwollstoffe für Männerkleidung	2,22	21,88	+ 886
Wollstoffe für Männerkleidung	7,46	66,67	+ 795
Baumwollstrümpfe	1,08	10,69	+ 890
Wollstrümpfe	1,51	12,42	+ 723
Frauenbeinkleider	1,90	15,60	+ 722
Frauenhemden	2,27	17,50	+ 671
Männeranzüge ⁴⁷	29,—	186,—	+ 542
Männerbeinkleider	2,37	14,85	+ 527
Männerhemden	2,61	16,14	+ 512
Schuhe	14,85	44,59	+ 203

Soweit die Bekleidungsstoffe und Fertigwaren überhaupt zu haben waren, läßt sich, abgesehen von den Schuhen, also eine Versechsz- bis Verachtzehnfachung der Vorkriegspreise feststellen gegenüber einer durchschnittlichen Gesamtverteuerung des Lebensbedarfs vielleicht auf das Zweieinhalb- bis Dreifache, wie wir noch genauer dartun werden. Würde man die Qualitätsveränderungen der Textilien gegenüber der Vorkriegszeit berücksichtigen — und zwar handelte es sich überall um Qualitätsverschlechterungen oder aber um alte »gediegene« Ladenhüter, die in der Vorkriegszeit wegen Geschmacklosigkeit oder Modewidrigkeit nicht abzusetzen gewesen waren und nun erst im Kriege ihren späten, dafür um so größeren Triumph erlebten! —, so würden die Preisspannen gewiß noch höher zu veranschlagen

⁴⁶ Vgl. *Ad. Günther*: Kriegslöhne und Preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenshaltung, Jena 1919, S. 62.

⁴⁷ In einer Eingabe des Dachdeckerverbandes vom 1. August 1918 hieß es: »Um ein Paar Arbeitshosen zu kaufen, die früher mit 4—5 M bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn.«

gewesen sein. Reine Baumwoll- und Wollwaren gab es im letzten Kriegsjahre kaum noch in Deutschland, jedenfalls nicht in einer für den allgemeinen Verbrauch zugänglichen Form. Fast überall waren Ersatzgespinste, Papierfaser, Kunstwolle — die infolge Imprägnierung oft den Träger mit einer charakteristischen »Duft« hülle umkleidete — und ähnliches dazwischen gemengt.

Die angeführten Preise weisen die höchsten Steigerungen bei den unverarbeiteten Stoffen auf, weil erklärlicherweise jeder, der mit seinen Mitteln haushalten mußte, sich zunächst nur den Stoff zu beschaffen versuchte, ohne die kostspieligen weiteren Preisaufschläge für Verarbeitung, die man in häuslicher Regie billiger ausführen zu können hoffte. Abgesehen von diesen Stoffen, die nur spärlich zum Verkauf kamen, waren es gerade die früher billigsten und wenigst entbehrlichen Gegenstände, die am schärfsten im Preise angezogen sind. Die Preise wirkten darum für weiteste Kreise geradezu als Abschreckungspreise, die die Einschränkung im Kleidungsbedarf — wie gesagt — über die hygienisch zulässige Grenze oft weit hinaus getrieben haben. Wenn der Deutsche Metallarbeiterverband in seinen schätzungsweisen Aufwandszusammenstellungen vom September 1917 schon damals den monatlichen Ausgabenbetrag für Kleidung, Schuhe und Reparaturen auf durchschnittlich 18,50 M für Berlin, Sachsen und Rheinprovinz je Kopf einer Arbeiterfamilie bezifferte — für Danzig auffälligerweise nur auf 11,80 M —, so ist er auf diesen Betrag in der Voraussetzung eines angemessenen Mindestbedarfs gekommen, den selbst die bescheidenste Arbeiterfamilie hätte befriedigen sollen. Tatsächlich ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach die wirkliche Bedarfsdeckung hinter diesem Minimum noch zurückgeblieben, sonst wären die wesentlich niedrigeren Kopfausgaben, die der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen⁴⁸ für die Monate April 1917 und April 1918 mit 6,05 M und 13,74 M bei den buchführenden Arbeiterfamilien ausgewiesen hat, nicht zu erklären. Die Verteuerung gerade der einfachsten Bekleidungsdinge war zu groß, als daß die rechnenden Arbeiterfamilien nicht hätten überlegen sollen, ob sie ihr Geld nicht für andere Dinge doch noch besser verwerten konnten.

Alle bisher betrachteten Verschiebungen in der Preisbildung

⁴⁸ Im folgenden stets abgekürzt: KAKI.

im Zusammenhange mit der steigenden Konzentration der Nachfrage auf allernotwendigste und früher billigste Bedarfsdinge sind sicherlich zum großen Teile Folgen der am empfindlichsten ins Gewicht fallenden Verteuerung der Ernährungskosten gewesen. Dadurch sind die Kaufkräfte der breiten Massen der Bevölkerung nach dem Urteil verschiedener Beobachter, jedenfalls in den ersten zwei Kriegsjahren, angesichts des Zurückbleibens der Durchschnittseinkünfte hinter den Preisen der Lebensmittel, übermäßig für das Ernährungsbudget in Anspruch genommen worden.⁴⁹ Da die Kaufkräfte sich notwendig in erster Linie der Befriedigung des elementarsten Lebensbedarfs zuwenden mußten, d. h. eben der Ernährung, und da diese stets den größten Teil des Arbeiterfamilienbudgets schon in Friedenszeiten ausmachte, so konzentrierte sich zwangsläufig die Hauptnachfrage aller einkommenschwächeren Haushaltungen auf die billigsten Waren und trieb deren Preise sowie die Preise ihrer Ersatzstoffe verhältnismäßig viel stärker in die Höhe als die Preise der höherwertigen Waren, denen nur eine viel dünnere Käuferschicht als Nachfragende gegenüberstand. Das galt nicht nur für verschiedene Warengattungen, sondern auch für die verschiedenwertigen Qualitäten derselben Ware. So sind z. B. die Preise für die besseren Fleischsorten in der ersten Kriegszeit wesentlich langsamer gestiegen als die Preise der geringeren Sorten.⁵⁰ Kalbfleisch, das im Frieden in München teurer war als gewöhnliches Rindfleisch, erreichte nach der »Münchener Post« bis Juli 1917 nur eine Preissteigerung von 112 vH gegenüber 176 vH bei Rindfleisch. Freilich sind bei allen diesen Preisverschiebungen die amtlichen Preisfestsetzungen zur Erklärung mit heranzuziehen; andererseits durften diese Höchstpreisvorschriften und Taxen von den tatsächlichen Spannkraften und Relationen, die die Marktlage und die natürliche Preisbildung beherrschten, sich nicht allzuweit entfernen, weil sie sonst ein Schlag in die Luft geblieben wären.

Als allgemeingültige Konsequenz aus der kriegswirtschaft-

⁴⁹ Vgl. *Eulenburg*: Zur Theorie der Kriegswirtschaft, Archiv f. Sozialwiss. 1917. S. 365.

Ferner *Przibram*: Zur Entwicklung der Lebensmittelpreise in der Kriegszeit, Arch. f. Soz. Wiss. Bd. 43, S. 761.

⁵⁰ Vgl. *Eulenburg*, S. 371.

lichen Einkommens- und Marktverfassung ist nach alledem die Tendenz hervorzuheben, daß die schlechter besoldeten Verbrauchermassen infolge des relativ rascheren Preissteigerungstemplos für geringwertige Waren und Qualitäten des Lebensbedarfs eine empfindlichere Kürzung ihrer Kaufkraft erfuhren als die höheren Einkommensschichten. Denn die Wirkung der Tatsache, daß die Hauptnachfrage der durch die Teuerung geschwächten Käufermassen sich auf die minderwertigen, anscheinend billigsten Waren richtete, dadurch den Preisauftrieb dort weiter verstärkte und die Kaufkräfte weiter aushöhlte, pflanzte sich mit innerer Notwendigkeit von einem Ausgabengebiete zum andern fort, solange, bis die Zwangserfassung und Rationierung diesen grausamen Zirkel im Kampfe der Viel-zu-Vielen gegenüber dem Viel-zu-Wenigen seit Sommer 1916 in der Nahrungsmittelversorgung wenigstens etwas hemmte. Die Unzulänglichkeit der gemeinwirtschaftlichen Nahrungsversorgung mit freien und rationierten Nahrungsmitteln,⁵¹ die die private wirtschaftliche Schleichhandelsversorgung herausforderte, vermochte allerdings nicht zu einer völligen Stabilisierung der Kaufkräfte auf diesem wichtigsten Lebensbedarfsgebiete zu führen. Und die außerordentlich starke Erhöhung der Löhne unter dem Einfluß des Hindenburg-Programmes und der Hilfsdienstausschüsse seit Winter 1916/17, denen doch keine Erweiterung, sondern meist nur eine sich verknappende Menge an Lebensbedarfs-gütern gegenüberstand, tat ein übriges, die erstrebte Stabilisierung wieder illusorisch zu machen.

Die fortschreitende Verschiebung der Verdieners- und der Verbrauchertypen

Nach dieser Kennzeichnung der allgemeinen Entwicklungstendenzen der Kaufkraftverteilung, der Nachfrage- und Preisverschiebungen bei den unbemittelten Verbraucherschichten soll nun ein Einblick in die konkrete Lebensgestaltung der arbeitenden Klassen an der Hand zahlenmäßiger Belege versucht werden.

⁵¹ Der Anteil der rationierten Lebensmittel an der Gesamternährung sank nach den Erhebungen des KAKI. je Kopf von 30,12 kg im April 1916 auf 27,06 kg im Juli 1916 und 24,72 kg im April 1917, gegenüber 6,09, 8,46 und 4,94 kg freien, nicht zwangsbewirtschafteten Lebensmitteln in denselben Monaten.

War es schon in den normalen Vorkriegszeiten sehr schwierig, sich ein genaueres, wohlgegliedertes Bild von der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter zu machen, so steigen diese Schwierigkeiten im Kriege ins Ungemessene. Wir wissen aus den früheren Kapiteln, welche starke Verschiebungen im Arbeiterfamilieneinkommen sich vollzogen haben. Wir können also im Kriege nicht mehr mit den gleichen Verdienertypen wie vorher rechnen, sondern müssen neue typische Gruppen auszuwählen suchen. Aber diese entgleiten uns, kaum gewonnen, rasch wieder aus den Händen, da im Kriege von einem Jahr zum andern die Zusammensetzung der Familien aus arbeitenden und nichtarbeitenden Gliedern sich vielfach wandelte und dadurch sowie durch die Kriegswirtschaftskonjunkturen die Einkommensbezüge sich entsprechend veränderten. Wie die Typen der Einkommensbezieher, so wandelten sich ebenso die Verbrauchertypen, teils infolge der Einkommensverschiebungen, teils infolge der Knappheit und Teuerung der gewohnten Bedarfsgegenstände.

Der für die Friedenswirtschaft aus den Arbeiterhaushaltsrechnungen konstruierte normale Arbeiterverbrauchshaushalt mit ziemlich fest begrenzten Ausgabenquoten für diesen und jenen Lebensbedarfsposten ist in der Kriegswirtschaft problematisch geworden. Die Konsumquantitäten und die Bedeutung der einzelnen Posten und Artikel für die Lebenshaltung sind so labil geworden, daß ein rechnerisches Haushaltsbild schon in sechs Monaten nicht mehr zutrifft. Die vom KAKI. veranstalteten Haushaltserhebungen für April und für Juni 1916 vermitteln eine ungefähre Vorstellung von der Raschheit der Verschiebungen.

Kriegsteuerungsstatistiken und ihre Problematik

Trotzdem haben, zumal auf dem Ernährungsgebiet, Sozialstatistiker aus dem Bedürfnis nach kontinuierlicher Fortsetzung der in der Friedenszeit angesponnenen vergleichbaren Wirtschaftsreihen Aufwandsberechnungen auf den hergebrachten Verbrauchsgrundlagen und mit den altgewohnten Quantitäten — z. B. für Fleisch und Fett, für Milch, Butter, Eier usw. — weitergeführt, obwohl solche Aufwandsziffern als Maßstab für den tatsächlichen Wechsel der Lebenskosten längst nicht mehr zu verwenden waren. Sie vermochten »höchstens ein in einem Ge-

samtausdruck zusammengefaßtes Bild der objektiv erfaßbaren Preisverschiebungen zu liefern« (Przibram).⁵²

Wir können jedoch die Calwerschen Aufwandsschemata, die unentwegt die Ernährungsration eines deutschen Marinesoldaten der Vorkriegszeit zur Ermittlung der Ernährungskosten der Kriegszeit verwendeten, nicht ganz übergehen, weil sie in fast allen Lebenshaltungsabhandlungen als »Reichsindexziffern«⁵³ wiederkehren und auch von den Gewerkschaften lange Zeit als Maßstab der Teuerungsfortschritte gebraucht worden sind. Vergewärtigt man sich aber den Inhalt der Calwerschen Ernährungsration, so zeigt sich, daß ein großer Teil der dafür nötigen Lebensmittel schon im zweiten Kriegsjahre so gut wie völlig von den meisten deutschen Lebensmittelmärkten verschwunden und durch andere, meist minderwertige Nahrungsmittel oder künstliche Ersatzstoffe, Konserven u. dgl. abgelöst worden war. Außerdem wurden die noch vorhandenen Nahrungsmittel in viel bescheideneren Mengen konsumiert, als sie den Marinesoldaten einst zustanden, und sie waren zum Teil wie das Brot, Weizenmehl und Kaffee »gestreckt« durch weniger edle Zutaten.

Die Calwersche Wochenration setzte sich zusammen aus: 800 g Rindfleisch, 750 g Schweinefleisch, 750 g Hammelfleisch, 150 g Reis, 300 g Speisebohnen, 300 g Erbsen, 500 g Weizenmehl, 200 g Backpflaumen, 3000 g Kartoffeln, 5200 g Brot, 455 g Butter, 340 g Zucker, 106 g Salz, 105 g Kaffee, 21 g Tee, 0,11 l Essig. Setzte man eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und 2 Kindern, gleich 3 Verbrauchereinheiten mit 3 Rationen, so würde ein solcher Ernährungsaufwand gekostet haben (in Mark):

Monat	1914 Mark	1915 Mark	1916 Mark	1917 Mark	1918 Mark
Januar	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50
April	24,96	34,41	51,78	54,81	57,13
Juli	25,12 (100)	38,16 (152)	53,47 (213)	55,26 (220)	58,11 (237)
Oktober.....	27,09	41,90	53,50	54,79	61,80

⁵² Przibram, a. a. O., S. 781.

⁵³ So bezeichnet sie Calwer selber in seinen Sammelberichten über »Deutschlands Wirtschaft im ersten Kriegsjahr«, herausgegeben vom Wirtschaftsstatistischen Büro von Richard Calwer, Berlin 1914/16. II. Heft, S. 61 ff.

Die Fortsetzung der Indexreihe über den Dezember 1915 hinaus ist freilich beinahe nur Spielerei, weil die Preisnotierungen für Bohnen, Erbsen, Reis, Backpflaumen, teilweise auch für verschiedene Fleischsorten in vielen Städten aufhörten oder nur noch illusionäre Angaben für Zufallsangebote lieferten. Aus den Calwerschen Ziffern läßt sich immerhin das Tempo der durchschnittlichen Verteuerung der früher maßgebenden Lebensmittel für die ersten beiden Kriegsjahre ablesen. Ferner können wir für das erste Kriegsjahr die Unterschiede der Teuerungsbewegung in den verschiedenen Landesteilen des Reiches erkennen, wenn wir die 200 Ortsangaben, auf die Calwer seine Reichsdurchschnittsziffern stützte, für die einzelnen Länder gegliedert zusammenfassen und vergleichen. Dann ergibt sich bis Dezember 1915 folgende Teuerungsgeographie:

Ernährungskosten	Jan./Juli 1914	Dezember 1915
Berlin und Vororte	24,36 M (100)	41,97 M (172)
Rheinland	26,19 „ (100)	40,29 „ (154)
Schleswig-Holstein	24,92 „ (100)	40,05 „ (162)
Königreich Sachsen	24,85 „ (100)	39,93 „ (160)
Posen	24,24 „ (100)	36,97 „ (152)
Mecklenburg	23,99 „ (100)	36,51 „ (152)
Württemberg	24,59 „ (100)	36,16 „ (147)
Bayern	25,30 „ (100)	36,13 „ (143)
Westpreußen	24,07 „ (100)	36,09 „ (150)

Die stark verstädterten und industrialisierten Gemeinden erhoben sich mit ihrem Kostenniveau hiernach Ende 1915 deutlich um mindestens 10 vH über das der mehr in landwirtschaftliches Gebiet eingebetteten Städte. In Wahrheit dürfte der Unterschied freilich damals noch viel größer gewesen sein, während er sich in den späteren Kriegsjahren unter dem Druck der nach Ausgleich strebenden Zwangsbewirtschaftung zwar etwas abgeschwächt, jedoch in der Hauptsache aufrechterhalten hat. Jedoch stehen uns dafür keine genauen Auskunftsquellen zu Gebote. Die Zahlen des »KAKI.« erweisen sich bei geographischer Aufteilung für viele Bezirke als zu dünn, um Maßgebliches aus-

sagen zu können. Die amtlichen Preisberichte der preußischen, der bayrischen und badischen Städte sind, zumal da die Warensorten nicht immer untereinander vergleichbar sind, bisher nicht in geographischer Aufgliederung verarbeitet worden. Schließlich würde auch das ermittelte Zahlenbild trügen, da die Ernährungsgewohnheiten in Norddeutschland und in Bayern, wo z. B. das Bier stets als lebenswichtiges Nahrungsmittel notiert wird, sehr voneinander abweichen und auch im Kriege sehr verschieden geblieben sind.

Die steigenden Kosten der rationierten Mindesternährung

Den zum Teil illusionären Indexziffern Calwers hat Adolf Günther in dem vom Verfasser herausgegebenen Sammelwerk der Gesellschaft für Soziale Reform⁵⁴ die rauhe Wirklichkeit der Ernährung mit ihren Aufwandskosten gegenüberzustellen versucht, indem er nach dem Vorbild der Statistik der Nahrungsmittelversorgung des Kriegsernährungsamts⁵⁵ die rationierten Verbrauchsmengen der Haupternährungsmittel als das gesetzlich sozusagen garantierte Ernährungsminimum mit den jeweiligen Preisen multiplizierte. Die gesetzlichen Rationen an Nahrungsmitteln haben sich freilich im Laufe der verschiedenen Kriegsjahre nicht unerheblich verändert und sie waren in den nördlichen und südlichen Bezirken, zwischen den großen und kleinen Städten auch gleichzeitig oft recht verschieden. Immerhin läßt sich seit der Verallgemeinerung der Rationierung 1916 und nachdem durch die Reichsfleischkarte die in Süddeutschland bis dahin übliche, 600—700 g betragende Wochenkopfmenge offiziell allgemein auf 250 g herabgesetzt worden war, etwa folgende Übersicht der wöchentlichen Verbrauchsmengen aufstellen:

⁵⁴ Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung. (Schriften d. Ges. f. Soz. Reform, Bd. 9, herausgegeben von Wald. Zimmermann, Jena 1919.)

⁵⁵ Vgl. Nr. 253 der Sammelmappe »Die wirtschaftliche Lage«, veröffentlicht vom Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung (25. April 1919).

Mehl (für Brotbereitung und Speisezwecke)	Kartoffeln	Fleisch ⁵⁶	Fette	Milch ⁵⁷
1916 200 g Aug. 1917 220 „ Nov. 1917 200 „ Juni 1918 160 „ Aug. 1918 200 „	3 500 g Oktober 1917 3 500 g	250 g 1918 Groß- städte 250 g Mittelstädte 200 g Kleinstädte 150—100 g	75 g 1917 68 g (Mittel- und Kleinstädte 65—63 g) 1918 62 g (58—56 g)	$\frac{7}{10}$ l (!) 1917 $\frac{7}{8}$ — $\frac{7}{12}$ l 1918 $\frac{7}{9}$ — $\frac{7}{13}$ l
Zucker (für Kinder Zulagen)	Zuckerhaltiger Aufstrich (Kunsthonig usw.)	Eier (falls vor- handen)	Fische, Räucher- waren, Heringe	Nährmittel (für Jugendliche)
1916: 188 g	270 g	1 Stück (1918: $\frac{1}{5}$)	119 g	86 g

Günther hat die allergünstigsten Rationen für die vierköpfige Familie eines Schwerstarbeiters, der außer für seine kleinen Kinder auch noch einige besondere Berufszulagen erhielt, seiner Aufwandskostenrechnung zugrunde gelegt und für die Familie einen Wochenbezug von 8 kg Brot, 1 kg Mehl, 14 kg Kartoffeln, 0,9 kg Zucker, 0,3 kg Butter, 0,975 kg Fleisch, ferner $5\frac{1}{2}$ l (!) Vollmilch und 2 (!) Eier angenommen. Dieser Verbrauch würde gekostet haben:

Oktober 1913	7,96 M	Oktober 1916	14,29 M (180)
April 1914	7,93 „ (100)	April 1917	14,90 „ (188)
Oktober 1914	8,85 „ (111)	Oktober 1917	15,97 „ (201)
April 1915	11,05 „ (139)	Februar 1918	16,67 „ (210)
Oktober 1915	11,58 „ (146)	Juli ⁵⁸ 1918	16,30 „ (206)
April 1916	14,43 „ (182)	Oktober ⁵⁸ 1918	17,60 „ (222)

Auch diese Indexziffern haben nur eine symptomatische Bedeutung für die Beobachtung des jähen Aufstiegs der Nahrungs-

⁵⁶ Tatsächlich wurde in manchen sächsischen Großstädten bisweilen nur die Hälfte dieser Ration ausgegeben (v. Tyszka, Archiv f. Soz. Wiss., Bd. 43, S. 870).

⁵⁷ Tatsächlich wurde nur an junge Mütter, Kinder und Kranke Milch ausgegeben.

⁵⁸ Die Tabelle Günthers, die nur bis Februar 1918 reicht, ist vom Verfasser auf Grund der amtlichen Preisberichte zur »Statistischen Korrespondenz« für die preußischen Städte bis Oktober 1918 ergänzt worden.

mittelteuerung bis zum Frühjahr 1916, also bis zum Zeitpunkt, wo die Zwangsbewirtschaftung und Rationierung verallgemeinert wurde, und des weiteren langsamen Anziehens der Preise für die nunmehr schärfer kontrollierten Lebensmittelgattungen. Es ergibt sich nach diesen Ziffern eine reichliche Verdopplung der Kosten für die elementaren Grundlagen der Ernährung.⁵⁹ Da aber keine Familie von den rationierten Waren allein leben konnte, sondern auf Zukauf freier Nahrungsmittel angewiesen war, so kann man sich aus obigen Aufwandsziffern kein Bild von den wirklichen Ausgabensteigerungen in absoluten Beträgen und von ihrer Bedeutung für den Gesamthaushalt der Arbeiterfamilien gegenüber ihrem Einkommen machen.

Die Haushaltsrechnungen minderbemittelter Familien (nach den Erhebungen des KAKI.) 1916, 1917, 1918

Um dieses praktisch drückendste Problem zu lösen, nämlich zu erfahren, wie die Arbeiterbevölkerung sich denn tatsächlich zwischen Scylla und Charybdis der Kriegswirtschaft, zwischen der verhängnisvollen Knappheit und Teuerung der Nahrungsmittel einerseits und dem bitteren Zwange, sich und ihre Arbeitskraft vor Erschöpfung durch den Hunger zu schützen, hindurchgewunden hat, welche Gestaltverschiebungen der Arbeiterhaushalt zu dem Zwecke angenommen hat, um Einkommen und Auskommen in ein lebenserträgliches Verhältnis zu setzen, dazu mußte eine andere Methode benutzt werden, nämlich die systematische Sammlung von Haushaltsrechnungen wenig bemittelter Familien, die zeigten, wie der Arbeiter in der Kriegszeit wirklich lebte. Das hatte der schon mehrfach genannte Kriegsausschuß für Konsumenten-Interessen (KAKI.), der die Interessen von etwa 4 Millionen in Arbeitergewerkschaften, Angestellten-, Beamten- und Hausfrauenverbänden vereinigten Män-

⁵⁹ Ein anderer Rechnungsversuch *Günthers*, die Nahrungsmittelteuerung schematisch zu ermitteln, ist zu ähnlichen Spannungen gekommen. Er verfolgt an der Hand der amtlichen preußischen Preisberichte die Preisentwicklung von 13 wichtigen, dort regelmäßig notierten Lebensmitteln vom November 1913 bis November 1918, gab aber Brot (mit 4), Kartoffeln (mit 3), Mehl und Milch (mit 2) gemäß ihrer quantitativen Rolle gegenüber den anderen Nahrungsmitteln verschiedenes statistisches Gewicht und errechnete so eine Durchschnittsverteuerung für die 13 Nahrungsmittel von 100 auf 237,5.

nern und Frauen, samt ihren Familien, also von mindestens 10 Millionen Verbrauchern, seit November 1914 in der Öffentlichkeit und gegenüber den Zivil- und Militärbehörden vertrat, früh genug erkannt. Aber erst Anfang 1916 war es dem Verfasser, der als volkswirtschaftlicher Beirat des KAKI. wirkte, gelungen, die erste Erhebung über die Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft der Arbeiter- und kleinbürgerlichen Haushaltungen im Kriege auf Grund von Haushaltsbüchern, die der KAKI. in der Zahl von 2000 durch seine Organisation verteilen ließ, in Gang zu bringen. Wegen der außerordentlichen Schwierigkeiten und Kosten, die nur durch große Zuwendungen eines sozialpolitischen Mäzens bestritten werden konnten, und wegen der raschen Veränderlichkeit der Beschaffungsmöglichkeiten für viele Bedarfsdinge wurde diese erste Erhebung auf eine einmonatige Buchführung im Monat April 1916 beschränkt, um sie dann nach einem Vierteljahr in einem Sommermonat (Juli 1916), der veränderte Ernährung ermöglichte, sowie in den Folgejahren jeweils im Monat April zu wiederholen. Die Fragebogen mußten notgedrungen, unter Verzicht auf leichte Vergleichbarkeit mit den Friedenshaushaltserhebungen von 1907/08, anders gruppiert werden, um den Veränderungen der Kriegsernährungswirtschaft besser Rechnung zu tragen und die Summe der konservierten und künstlichen Ersatzlebensmittel mitzuerfassen,⁶⁰ die zur Füllung des Magens der Minderbemittelten und der Taschen der Essenz- und Pulverfabrikanten in den letzten Kriegsjahren in ziemlichem Umfange gedient haben.

Die Erhebung konnte sich wegen der Zusammensetzung des KAKI. nicht rein auf Arbeiterhaushaltungen beschränken; man mußte angesichts der bekannten Erfahrung, wie selten die vollständige, gewissenhafte Buchung aller Haushaltsausgaben Tag für Tag zu erlangen ist, froh sein, daß sich aus den Angestellten- und Beamtenkreisen und freien Berufen bis zu den Einkommensstufen von monatlich 500 M (und vereinzelt darüber) Haushaltungen zur genauen rechnungsmäßigen Darlegung ihrer Einzel-

⁶⁰ Nach *Stadthagen* (Die Ersatzlebensmittel in der Kriegswirtschaft, Berlin 1919) gab es zeitweilig in den 37 Gruppen amtlich zugelassener Ersatzlebensmittel, die von Fleisch- und Eierersatz bis zu den künstlichen Süßwaren und Würzen einerseits, bis zum Bier- und Likörersatz andererseits reichten, 11 000 verschiedene behördlich genehmigte Präparate.

ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und für geistige und kulturliche Aufwendungen bereit fanden.

Wenn auch die Masse der Berichtenden also — beruflich-soziologisch gesehen — nicht homogen war und leider auch die berichtenden Haushaltungen von einer Erhebung zur anderen wechselten, sowohl nach örtlicher wie nach beruflicher Verteilung, so sind doch diese Erhebungen des KAKI, trotz aller ihrer notgedrungenen Mängel die einzige Quelle, aus der wir ersehen können, wie die weniger bemittelten Haushaltungen sich auf die Kriegswirtschaftsverhältnisse eingerichtet haben, wie die Arbeiterfamilien in den beiden letzten Kriegsjahren je nach dem Grade ihres Einkommens lebten. Gewiß sind die überlieferten Lebensgewohnheiten und Kulturansprüche in ihren Unterschieden zwischen Arbeiter- und Beamtenfamilien im Kriege niemals völlig verwischt worden, aber wir haben früher schon betont, daß die harten Notwendigkeiten und Mangelzustände auf den wichtigsten Versorgungsgebieten alle Gruppen der städtischen Bevölkerung mit verwandten Einkommensverhältnissen gleichmäßig schwer trafen und darum einen sozialen Ausgleich in der Lebensführung, namentlich auf dem ausschlaggebenden Gebiet der Ernährung, in ziemlich weitem Maße bewirkten. Da nun während des Krieges sich die Einkommensunterschiede zwischen Arbeiterschaft, Angestelltenschaft und Beamtschaft erheblich zugunsten der aufrückenden Arbeiterschaft nivellierten und Arbeiterfamilien mit 400—500 M Monatsverdienst 1917 und 1918 nichts Seltenes geworden sind, so kann man aus den Haushaltsberichten von Angestellten- und Beamtenfamilien, wie sie in der Erhebung des KAKI. auf den Einkommensstufen von 300 bis 500 M uns häufiger als entsprechende Berichte von Arbeiterfamilien begegnen, doch wohl einen gewissen Anhalt gewinnen, wie überhaupt Haushaltungen auf dieser Wohlhabenheitsstufe von 300 bis 500 M, gleichviel ob es Beamten- oder Arbeiterfamilien gewesen sind, in den Jahren 1916 bis 1918 wirtschaften und leben konnten, im Unterschiede zu Arbeiterfamilien auf den unteren Einkommensstufen von 100 bis 300 M. Diese Quiproquo-Unterstellung muß man vornehmen, weil die Haushaltsberichterstattung aus den »reinen« Arbeiterfamilien allein bei den verschiedenen KAKI-Erhebungen auf den einzelnen

Einkommensstufen oft zu schwach war, um einigermaßen breit fundierte Schlußfolgerungen typischer Art daraus ableiten zu können.^{60a} Die statistische Verarbeitung des Materials, die zuerst vom KAKI. selber durch einen beauftragten Statistiker (Dr. C. v. Tyszka), später aber durch das Kaiserliche Statistische Amt besorgt worden ist, hat auch wegen dieser ungleichmäßigen Besetzung der einzelnen Wohlhabenheitsstufen mit rechnergestattenden Arbeiterfamilien von einer erschöpfenden Sonderdarstellung der Arbeiterhaushaltsführung Abstand nehmen müssen.

Die tatsächliche Gestaltung des Arbeiterhaushaltes auf verschiedenen Einkommensstufen

Die vorstehenden Bemerkungen waren gegenüber naheliegenden methodologischen Einwendungen nötig, wenn wir im folgenden auf den Durchschnittsergebnissen der Erhebungen des

^{60a} Brauchbare Haushaltsrechnungen wurden abgeliefert und statistisch bearbeitet:

	April 1916		Juli 1916		April 1917		April 1918	
	Familien	mit Köpfen	Familien	mit Köpfen	Familien	mit Köpfen	Familien	mit Köpfen
Für Familien von höheren Beamten	48	nicht im einzelnen veröffentlicht	22	nicht im einzelnen veröffentlicht	9	45	4	13
mittleren Beamten ...	114		36		81	329	61	246
niederen Beamten ...	63		—		31	121	20	83
Angestellten	166		31		81	325	32	130
Arbeitern	183		48		100	426	118	467
Angehörigen freier Berufe od. Rentnern	22	nicht im einzelnen veröffentlicht	9	nicht im einzelnen veröffentlicht	29	104	14	47
Kriegerfrauen	31		—		11	38	—	—
unermittelt	231		—		—	—	—	—
Zusammen	858	4079	146	649	342	1594	249	1099
davon Erwachsene .		2261		382		917		643
Kinder von 10—16 Jahren		758		122		254		171
Kinder bis zum vollendeten 10. Jahr ...		969		128		423		285
Verbrauchereinheiten (Kinder bis 10 Jahr = 1/2 gerechnet) ...		3733		601		1388		986

Gliederung der berichtenden Haushaltungen nach sozialen Gruppen und nach Einkommensstufen

	Durchschnitts-einkommen der Familien		Arbeitsverdienst(Gehalt, Lohn) des Ehemanns allein (ohne Nebenverdienst von Frau und Kindern und ohne Zinsen usw.)			
	Apr. 1917		Apr. 1918		April 1917	
	M	M	M	vH	M	vH
Familien von höheren Beamten	622,24	468,49	470	75,6	439	93,8
mittleren Beamten	327,60	422,71	284	86,8	367	86,7
niederen Beamten	228,66	298,44	215	94,1	231,5	77,7
Angestellten	283,79	415,58	232	81,7	349	84,0
Arbeitern	237,36	339,59	186	78,3	272	80,2
Angehörigen freier Berufe oder Rentnern.....	433,50	341,99	249 ?	(?)	330	(?)
Kriegerfrauen	153,00	—	18	—	—	—

Familien mit Monats-einkommen	April 1916		Juli 1916		April 1917		April 1918	
	Zahl der Familien	mit Köpfen	Zahl der Familien	mit Köpfen	Zahl der Familien	mit Köpfen	Zahl der Familien	mit Köpfen
bis 100 M	25	65	—	—	5	10	2	7
101—200 M	319	1249	46	157	85	276	15	43
201—300 „	271	1251	50	201	120	465	64	205
301—400 „	139	685	50	241	87	415	76	304
401—500 „	37	167	—	—	29	137	55	241
über 500 „	32	184	—	—	16	85	37	189
nicht ermittelt	35	132	—	—	—	—	—	—

KAKI. unsere Schlüsse über die Haushaltsgestaltung der Arbeiterfamilien verschiedenen Einkommens und über ihre Möglichkeiten, Einkommen und Auskommen in Einklang zu bringen, aufbauen wollen.

Die Zifferntafel S. 436/7 ist auf Grund der drei Erhebungen des KAKI. (Juli 1916 ist wegen der Enge des Beobachtungsfeldes weggelassen) an der Hand der Veröffentlichungen des Kaiserl. Statistischen Amtes⁶¹ zusammengestellt. Leider ist das Material für 1916 nur so spärlich veröffentlicht, daß nicht für alle wichtigen Punkte in den »reinen« Arbeiterfamilien ein vollständiger Vergleich von 1917 und 1918 mit 1916 möglich war. Die Gegen-

⁶¹ Reichsarbeitsblatt, XV. Jahrgang, Nr. 2 und 3, S. 145 ff., S. 288 ff.: Die Erhebungen des KAKI. über die Lebenshaltung im Kriege. Ferner: Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im dritten (bzw. im vierten) Kriegsjahre. Sonderheft 17 und 21 zum Reichsarbeitsblatt, Berlin 1917 und 1919.

überstellung der absoluten (oben) und der prozentualen (unten) Ausgabenbeträge je Kopf in den Familien auf den verschiedenen Wohlhabenheitsstufen ermöglicht, die unterschiedliche Verteilung und Bedeutung der einzelnen Ausgabenposten bei den ärmeren und den besser bemittelten Familien innerhalb des Haushaltsbudgets zu erkennen und die Verschiebung, ja die teilweise Verdrängung einzelner Bedürfnisse durch wichtigere Bedürfnisse im Laufe der drei letzten Jahre festzustellen. Freilich darf bei der Beurteilung der Ziffern im Vergleich der Jahre 1916 bis 1918, wie schon betont, nie vergessen werden, daß es sich leider nur zu einem kleinen Teile um die gleichen Familien handelt, die in allen drei Jahren innerhalb einer Einkommensgruppe Haushaltsrechnungen abliefern.

Das Absinken der Durchschnittssummen der Ausgaben auf einzelnen Wohlhabenheitsstufen im Jahre 1917 ist mehrfach auf diese andersartige Zusammensetzung der Familien nach Kopfzahl und Altersschichtung, Verdienst und Nebeneinnahmen zurückzuführen. Je kleiner aber die Kopfzahl der Verbraucher in einem Haushalt war, um so höher waren die durchschnittlichen Ausgabenbeträge je Kopf im Monat auf derselben Wohlhabenheitsstufe. Im allgemeinen aber konnten auch die kopfreicheren Familien der besseren Einkommensstufen mit 5 bis 6 Verbrauchern wesentlich mehr auf den Kopf ausgeben als die kleineren Familien bei niedrigerem Einkommen. Insbesondere traf das für Bekleidungs- und Reparaturausgaben zu, dagegen nur teilweise für Miete und gar nicht für Heizung und Beleuchtung, da hier die weniger Bemittelten mindest soviel wie die Wohlhabenderen je Kopf aufwenden mußten. In der Höhe oder Kleinheit der Kopfausgaben für Nahrungs- und Genußmittel drückte sich der Einfluß der Verbraucherzahl fast ebenso stark wie die gesamte Einkommenslage der Familie aus, und ähnlich bei den »Sonstigen Ausgaben« für geistige und kulturelle Bedürfnisse aller Art, deren Befriedigung einen größeren individuellen Spielraum ließ als die des Nahrungs- und Heizungsbedürfnisses. Freilich wurde durch die Unerläßlichkeit der wachsenden großen Ausgaben für die Elementarbedürfnisse der prozentuale Betrag, der für »Sonstiges« übrig blieb, an sich im Laufe der letzten 3 Kriegsjahre immer geringer, selbst bei den besser entlohten Beamten und Arbeiterfamilien.

Allerdings nahm der April 1917 teilweise doch eine Sonderstellung ein. Unsere Statistik, die für 1917 auffällig niedrige Durchschnittsausgaben auf den einzelnen Einkommensstufen zeigt, mag diese Sonderstellung infolge der Verteilung und Zusammensetzung der berichterstattenden Familien noch etwas übertrieben haben.⁶² Die »Preis- und Lohnrevolution«, die das Hindenburg-Programm und die Handhabung des Hilfsdienstsystems auf dem Untergrund der zunehmenden Knappheit entfesselten, hatte sich im April 1917 noch nicht allgemein fühlbar ausgewirkt, und auch die Lebensmittelpreise waren durch die nun gut eingespielte Zwangsbewirtschaftungs- und Rationierungspolitik noch erfolgreich gebremst, ja zum Teil unter die Preise des April 1916 herabgedrückt, wie die amtlichen Preisberichte der preußischen Städte zeigten.⁶³ So ist es zu erklären, daß die Kopfausgaben für Nahrungs- und Genußmittel im April 1917 auf allen unteren Einkommensstufen bis hinauf zu 400 M monatlichem Familieneinkommen um 10 bis 20 vH unter denen vom April 1916 stehen konnten. Und auch bei den übrigen Ausgabenposten war die Steigerungstendenz im April 1917 recht mäßig gegenüber April 1916, ja zum Teil ebenfalls rückläufig, so bei den »Sonstigen Ausgaben« — hier allerdings hauptsächlich aus dem Grunde, weil viele Familien infolge der zunehmenden Härte der Kriegswirtschaft sich in der Sendung von Geschenken

⁶² Von den 342 Haushaltungen, die im April 1917 berichteten, lebten fast 150 in Süddeutschland, das verhältnismäßig günstigere Lebens- und Ernährungsverhältnisse hatte als Norddeutschland und die sächsischen und rheinisch-westfälischen Industriegebiete. »In Süddeutschland, wo die Siedlungsdichte eine weit geringere ist und auch ein ziemlich ertragreiches landwirtschaftliches Gebiet die Städte umgibt, machte sich zwar auch infolge des an sich bedeutenden Nahrungsmittelbedarfs der großen Städte eine erhebliche Teuerung bemerkbar, diese scheint aber dem Grade nach nicht unwesentlich gegenüber den Städten in den Industriezentren und dem Reichsdurchschnitt zurückzubleiben.« — So urteilte *Michael Horlacher*, *Kriegswirtschaft und Lebensmittelteuerung im In- und Auslande*. (Stuttgart 1917), S. 32.

⁶³ Die amtliche »Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges«, 10. Nachtrag (Reichstagsdrucksache 1214 vom 17. Dez. 1917), S. 4, behauptete noch Ende 1917: »Die Preispolitik hat ihr Ziel weiter verfolgt, die für die breiten Schichten der Bevölkerung wichtigen Nahrungsmittel so niedrig zu halten, als es unter den gegebenen Verhältnissen und ohne Beeinträchtigung der Erzeugung möglich ist. Tatsächlich ist erreicht worden, daß die Brot- und Kartoffelpreise niedriger gehalten worden sind als in allen kriegsführenden und neutralen Ländern Europas.«

an die Kriegsteilnehmer, in der Inanspruchnahme fremder entgeltlicher, auch ärztlicher Dienstleistungen, in bezug auf Vergnügungen usw. sichtlich Beschränkungen auferlegen mußten und weil Versicherungs- und Vereinsbeiträge seltener gezahlt oder, ähnlich wie die Steuern (infolge einer falschen Kriegsfinanzpolitik), nicht im Verhältnis zur Teuerung erhöht wurden. Was für die notwendigsten Elementarbedürfnisse des Lebens, mit Ausnahme der Ernährung, mehr als im April 1916 aufgewendet werden mußte, das sparten die gering verdienenden Familien an »Sonstigen Ausgaben« wieder ein.

So kam es, daß das Erhebungsbild vom April 1917 zwar mancherlei beachtliche Ausgabenverschiebungen im einzelnen gegenüber 1916 aufwies, aber im ganzen die Möglichkeit für die bescheiden gestellten Familien — es ist nicht von einzelstehenden Verdienern die Rede — zeigte, bei entsprechender Einschränkung und Anpassung mit fast demselben Aufwand je Kopf wie im Vorjahr das Leben zu bestreiten. Die Nahrungs- und Genußmittelausgaben waren mit 51 vH der Gesamtausgaben (gegenüber 52 vH 1916) oder mit 39 M je Kopf fast konstant geblieben; der Ausgabenbetrag war sogar auf den mittleren Einkommensstufen von 200 bis 400 und 400 bis 500 M auffälligerweise noch ausgeglichener als 1916. Nur die ärmsten Familien und die mit mehr als 500 M Monatseinkommen wichen erheblich — um 15 bis 25 vH — nach unten und nach oben von dem Durchschnittskopfbetrage von 39 M ab, obgleich die ärmsten bereits 54 bis 56 vH und die wohlhabendsten Familien (unserer Erhebung) dagegen nur 41 vH ihrer Gesamtausgaben auf die Ernährung verwandten. Welchen Gehalt der stabile Ernährungsaufwand hatte, wie er sich zusammensetzte und zu den hergebrachten Lebensansprüchen und Arbeitsnotwendigkeiten verhielt, ist allerdings noch kritisch zu erörtern, nachdem wir den gesamten Lebenszuschnitt und seine Wandlungen im Ausgabenspiegelbilde zu Ende betrachtet haben. Eher kann man auch kein Urteil darüber äußern, ob die Kaufkraft der Löhne von 1916 bis 1917 wirklich oder nur scheinbar eine gewisse Stabilität bewahrt hat.

Der Zustand im April 1917 ist als eine günstige Besonderheit in dem Gange der sozialwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Kriegsjahre bezeichnet worden. Die Sonderstellung ist leider rasch vorübergehender Natur gewesen. Schon die amtlichen

Preisberichte der preußischen Städte für Oktober und Dezember 1917 zeigten ein scharfes dauerndes Anziehen der Preise auch bei den zwangsbewirtschafteten Waren und bei Höchstpreisartikeln aller Art. Die Produzenten sollten durch die Anreizpreise zu größerer Produktion und vor allem zur Ablieferung ermuntert werden. Der Handel erklärte, angesichts der vielfach stark steigenden Löhne mit seinen behördlich vorgeschriebenen Unkosten- und Verdienstspannen nicht mehr auskommen zu können. Auf steigende Produktpreise wurden steigende Handelsprozente draufgeschlagen. Aber die der Zwangsbewirtschaftung zufließenden Nahrungsmittel und Warenmengen wurden immer knapper. Der Nährwert der rationierten Lebensmittel deckte, wie Dr. med. Bach in physiologischen Untersuchungen dargetan hat, 1918 nur noch knapp die Hälfte des Energiebedarfs, der für mittelschwere Arbeit nötig ist, so daß die zunehmende Verschärfung des Preiskampfes um Zusatznahrung und Ersatzstoffe begreiflich war. Nach »fachkundigen Schätzungen«, die dem Verfasser 1918 mitgeteilt worden sind,⁶⁴ sollen damals »etwa $\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{7}$ des Getreide-, Mehl- und Kartoffelabsatzes, $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ der Milch-, Butter- und Käseerzeugung, $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ der Eier-, Fleisch- und Obsterzeugung durch die Hände des Schleichhandels zu wahnwitzigen Preisen, die bis an das Zehnfache der Friedenspreise heranreichten, gegangen sein«. Nicht unerhebliche Gruppen großstädtischer Arbeiterschaften, die obendrein durch die lange Kriegsdauer und die erschöpfende Arbeit in der Rüstungsindustrie sowie vereinzelt durch staatsfeindliche Agitationen da und dort reizbar geworden waren, reagierten sauer darauf. Ja, im kohlearmen Winter 1917/1918 nahm diese Reaktion in offenen Protesten und gelegentlichen Streikdrohungen beunruhigende Formen an.

Das Zahlenbild, das die Erhebung des KAKI. vom April 1918 lieferte, spiegelte die Verknappung der Lebenslage ziemlich deutlich, wenn auch nicht in allen ihren Schärfen wider. Die Gesamtaufwandskosten je Kopf sind durchschnittlich gegenüber den Vorjahren um mehr als 40 vH gestiegen, bei den Familien der untersten Einkommensstufen sogar um mehr als die Hälfte. Es ist wohl charakteristisch, daß die statistisch ermittelten Ausgabenbeträge je Kopf 1918 auf den unteren und mittleren Ein-

⁶⁴ Vgl. W. Zimmermann: Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes. 1919, S. 5.

kommensstufen, wenn man sie mit der durchschnittlichen Kopffzahl der Familien ihrer Gruppe multiplizierte, über die obere Einnahmegrenze der betreffenden Stufe immer weiter hinausragten, d. h. aus dem Einkommen nicht mehr gedeckt werden konnten und auf Verschuldung der Familie hinwiesen (falls man nicht durchweg ungenügende Angabe aller Haupt- und Nebeneinnahmen der Familienmitglieder annehmen will). In den Jahren 1916 und 1917 war die Einkommensgrenze nur bei der ärmsten Gruppe bis zu 100 M Monatseinkommen durch die Ausgaben, und in wesentlich bescheidenerem Maße, überschritten worden. Jedenfalls deuteten diese Etatsüberschreitungen auf zunehmende Überlastung vieler Familien. Grund für die drückende Belastung war aber nicht allein die Zunahme der Ernährungsausgaben, die im allgemeinen je Kopf April 1918 auf 50 M und mehr Mark gestiegen war — nur die untersten Einkommensstufen schlugen sich mit 35 bis 41 M durch —, sondern die Hauptbelastung ging 1918, da der Erwerb von Nahrungsmitteln meist an bestimmte, schwer übersteigbare Schranken gebunden war, von der scharfen Steigerung der übrigen Ausgaben aus, die im Durchschnitt aller Haushaltsrechnungen 56 M statt 38 M (1917) je Kopf erforderten, d. h. um die Hälfte weiter gestiegen waren, während die Ernährungsausgaben doch nur um ein Drittel sich verteuert hatten. Heizung, Miete (jedoch nur bei den kleinsten Verdienerefamilien), Steuern, vor allem aber die Kleidung und das Schuhzeug waren zum Teil ruckweise teurer geworden. Für den letztgenannten Posten hatten sich die Ausgaben bei vielen Familien verdoppelt, ja verdreifacht.

In einer Eingabe, die der Zentralverband der Dachdecker Deutschlands »als das Echo von über hundert Zuschriften« an das Reichsamt des Innern am 1. August 1918 — allerdings schon etwas später als April 1918, nachdem die Verhältnisse sich inzwischen noch weiter verschärft hatten — richtete, wurde gerade die Verteuerung der Gebrauchsgegenstände am lautesten beklagt:

»Es geht so nicht weiter. Unsere Kollegen gehen körperlich zugrunde. Seit zwei Jahren steigen die Preise für Gebrauchsgegenstände in geradezu unverschämter Weise. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, sind um 3—400 vH und mehr teurer geworden. Um ein Paar Arbeitshosen zu kaufen, die

früher mit 4—5 M bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn. Wir haben in 4 Jahren 50 vH Lohnerhöhungen bekommen,⁸⁵ schnöde Gewinnsucht aber hat alles um 200 vH verteuert. Daran ist jedoch nicht der Krieg, sondern die Gier nach Kriegsgewinn schuld.«

Auch die »sonstigen« Ausgaben im Familienhaushalt haben von 1917 bis 1918 gerade bei den weniger Bemittelten besonders scharf angezogen und beanspruchten, während der prozentuale Anteil der Ernährungsausgaben von 54 bis 56 vH bei den unteren Einkommensgruppen auf 45—47 vH zurückgegangen war, im April 1918 18—20 vH statt 16—17 vH (1917) von der viel größeren Gesamtsumme der Ausgaben. In den Haushaltsrechnungen der »reinen Arbeiterfamilien«, die für 1917 und 1918 aus den Erhebungen herausgeschält und in der Zahlentafel am Schlusse gesondert dargestellt werden konnten, haben sich die »sonstigen Ausgaben« geradezu verdoppelt. Charakteristischerweise sind es alle diejenigen Posten, die von 1916 bis 1917 stark zurückgetreten waren, die nun wieder die Geldbeutel schärfer beanspruchten: so Arzt und Apotheke, Versicherungen und Vereinsbeiträge (die bis 1916 eingeschrumpfte Gewerkschaftsbewegung war seit dem Hilfsdienstgesetz wieder in Schwung gekommen) und Fahrgelder, die nun auch verspätet von der allgemeinen Teuerungswelle erfaßt waren. Doch hatte die Vermehrung der »sonstigen Ausgaben« insgesamt nicht die Bedeutung wie die sprunghafte Verteuierung von Kleidung und Schuhzeug, — was sich, wie wir in der allgemeinen Betrachtung der Lebenshaltungsentwicklung früher schon angedeutet hatten, in der äußeren traurigen Erscheinung der unbemittelten Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft ausprägte, deren Arbeitskleidung dem stärksten Verschleiß unterworfen war.

Das bedenklich verspannte Bild der Verteilung der Lebensbedarfsausgaben zeigte 1918 nur noch wenig Lichtpunkte. Immerhin war es erfreulich, daß für Geschenke durchschnittlich noch kleine Kopfbeträge von 1,75 M, also von fast 8 M im Monat erübrigt und der Posten »Bücher und Zeitungen« durchweg auf allen Einkommensstufen, besonders stark sogar auf der unter-

⁸⁵ Die Dachdecker gehörten allerdings zu den von der Kriegskonjunktur vernachlässigten Arbeitergruppen, deren Löhne am wenigsten mit der allgemeinen Teuerung Schritt gehalten hatten.

sten, mit wachsenden Ausgaben bedacht wurden. Freilich handelte es sich hier weniger um ein Symptom feinerer geistiger Kultur als um die verteuerte Befriedigung des Hungers nach Zeitungen, nach den »neuesten Nachrichten von den Kriegsschauplätzen« und um die Erlangung der amtlichen Mitteilungen über die Neuausgabe von Lebensmittelkarten, von Bezugsscheinen usw., die jedermann rechtzeitig wissen mußte, um nicht einer Ernährungsquote oder einer seltenen Chance, etwa einen Sonderbezugsschein zu erhalten, verlustig zu gehen. Deshalb mußte jedermann die Zeitung lesen, auch nachdem sie immer dünner und immer teurer geworden war.

Die einzelnen Änderungen in der Ernährung nach Art, Menge und Kosten

Trotz des empfindlichen Anwachsens aller übrigen Ausgabenposten ist aber die Ernährungsfrage und ihre Vertéuerung je Kopf doch immer das entscheidende Problem der Lebenshaltung geblieben, namentlich in den Arbeiterfamilien, wo sie nach Maßgabe der »reinen« Arbeiterhaushaltsrechnungen auch 1918 immer noch mehr als die Hälfte (53,48 vH) aller Aufwendungen erforderte und je Kopf Ausgaben von 50,97 M durchschnittlich erheischte. Bei Annahme einer Kopfzahl von 4 Personen (Verbrauchereinheiten — Mann, Frau, ein Kind über 10 Jahre und zwei Kinder unter 10 Jahren) wären also im April 1918 rund 200 M allein für Ernährung aufzubringen gewesen. Da mußte der Familienvorstand schon erheblich verdienen, um alle Esser zu befriedigen und nebenbei fast noch einmal so viel für Miete, Heizung, Steuern, Kleidung und Sonstiges zu erübrigen, oder aber — das scheint immer mehr der Normalfall in der Kriegswirtschaft geworden zu sein — Frau und schulentlassene Kinder mußten mitverdienen helfen. Durch alle Haushaltsrechnungen und zwar nicht bloß bei den Arbeiterfamilien (siehe Tabelle S. 435) zog sich als roter Faden die Feststellung, daß in den meisten Familien der Arbeitsverdienst des Ehemannes nur etwa vier Fünftel des Gesamteinkommens der Familie ausmachte. Bei den Beamtengruppen wurde er durch Besitzzinsen und sonstige Zuflüsse ergänzt, bei dem Arbeiter war es der Mitverdienst der Frau und Kinder, der das Familieneinkommen mehr oder min-

der verbessern half. Aber gerade diese Mitarbeit von Frauen und Kindern, die ebenso wie bei dem arbeitenden Familienvater mit einer stärkeren Ausgabe körperlicher Energien verbunden war, machte den Kräfteersatz durch eine ausreichende Ernährung zu der ausschlaggebenden Lebensfrage im Arbeiterhaushalt. Hier wurden je Kopf meist mehr Kalorien verbraucht als in den Haushaltungen der Kopf- und Pultarbeiter. Und dafür reichten die üblichen Lebensmittelrationen immer seltener aus, sondern es war Beschaffung teurerer unrationierter Nahrungsmittel nötig.

Wir müssen uns zum besseren Verständnis dieses kritischsten Punktes der Lebenshaltung die Zusammensetzung der Ernährung in den unbemittelten Haushaltungen auf Grund ihrer Rechnungsangaben vergegenwärtigen. Die Tafel S. 448/9 ist aus den Ergebnissen der drei Aprilerhebungen des KAKI. von 1916, 1917 und 1918 zusammengestellt, soweit das bei den teilweisen Abweichungen der Veröffentlichungen anging. Die vollständige Zergliederung der Ausgabenbeträge und der Verbrauchsmengen für alle einzelnen Einkommensstufen von weniger als 100 M bis mehr als 500 M Monatseinkommen der berichtenden Familien, wie sie für die Verteilungsübersicht bei sämtlichen Ausgaben auf S. 436/7 vorgenommen ist, mußte unterlassen werden, um die Tafel nicht allzu ungefüge zu machen. Nur die für die Beurteilung der Lebenswelt der Arbeiterschaft wichtigsten unteren und oberen Einkommensstufen von 100 bis 200 M⁸⁶ und von 300 bis 400 M sind neben dem Gesamtdurchschnitt für alle berichtenden Familien in der synoptischen Zusammenstellung der Ausgabenbeträge (je Kopf) im April 1916, 1917 und 1918 berücksichtigt. Zur Nachprüfung der Gültigkeit der Ziffern von diesen beiden Einkommensstufen für die Arbeiterernährung überhaupt sind aber noch die Ausgabenbeträge der in den amtlichen Veröffentlichungen besonders gekennzeichneten 100 bzw. 118 »reinen« Arbeiterfamilien für April 1917 und 1918 mitgeteilt worden; sie haben, wie auf den ersten Blick ersichtlich, mit den Ausgabenkopfbeträgen in den Familien der Einkommensstufe von 300 bis 400 M die größte Verwandtschaft. Zur besseren Über-

⁸⁶ Die unterste Stufe (bis 100 M), die sehr schwach besetzt war (nur 65 Köpfe), ist weggelassen, zumal ihre Zahlenangaben teilweise irrtümlich zu sein scheinen.

sichtigkeit sind die Spalten, welche die absoluten Ausgabenbeträge (je Kopf in Mark) enthalten, durch starke Umränderung hervorgehoben gegenüber den erläuternden Spalten, welche die prozentuale Verteilung der Ernährungsausgaben auf die einzelnen Nahrungsmittel enthalten.

Die Endspalte gibt aus den drei Erhebungen die *Verbrauchsmengen* der einzelnen Nahrungsmittel je Kopf für die Monate April 1916, 1917 und 1918 wieder, soweit sich derartige Mengenangaben aus dem Berichtsstoff gewinnen ließen. Eine unterschiedliche Gliederung der Mengen nach dem Verbrauch auf den einzelnen Einkommensstufen konnte wegen Raummangels nicht wiedergegeben werden.

Zur Beurteilung der Ernährungsbilanz und ihrer Verschiebungen in den minderbemittelten Familien und insbesondere in der Arbeiterschaft während des Krieges muß man schließlich den früher geschilderten Status der Vorkriegszeit zum Vergleich heranziehen. Wir ziehen auf Tafel S. 450 einige summarische Grundzahlen über die Verteilung der Ernährungsausgaben auf den unteren Einkommensstufen nach den Jahrerhebungen von 1907/08 und die für einen Monat herausgerechneten Durchschnittsausgaben in sämtlichen damals berichtenden Familien heran, um sie mit den entsprechend herausgesuchten Durchschnittszahlen vom April 1916 zu kontrastieren. Und wir stellen weiter eine Verbrauchsmengentafel für Arbeiterfamilien im Jahr 1907/08 nach den Erhebungen des KAKI., ergänzt durch Angaben aus den Haushaltserhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes von 1908 und durch volkswirtschaftliche Verbrauchsschätzungen von Zuntz und Kuczynski für 1912/13 mit den Verbrauchsmengen der Aprilerhebung von 1916, gegliedert nach Wohlhabensstufen, zusammen.⁶⁷

Da fällt nun — abgesehen von dem bereits hinlänglich erklärten Mehr in den Gesamtausgaben für Ernährung (1916: 39,04 M je Kopf gegenüber 21,89 M 1907/08) — vor allem die stoffliche Umschichtung der Ernährung und das Auftauchen ganz neuer, vor dem Kriege wenig geschätzter Nahrungsmittel auf. Infolge der frühzeitigen, scharfen Rationierung des Brotes und Mehles — nur die teuren Feinbackwaren aus angeblich ausländischem

⁶⁷ Nach C. v. Tyszka: Die Veränderungen in der Lebenshaltung städtischer Familien im Kriege. Archiv f. Sozialwissenschaft 1917, Bd. 43, S. 861.

Mehl sind teilweise die ganze Kriegszeit hindurch frei geblieben — war sehr bald die Kartoffel in die Lücke getreten; zum Teil ist sie auch unmittelbar zur Streckung des Brotes (K-Brot) an Stelle des Mehles verwandt worden. Der Verbrauch an Kartoffeln hat sich auf den Kopf gegenüber der Friedenszeit mengenmäßig verdoppelt, bei den ärmsten Familien sogar bis 1916 verzweieinhalbfacht, solange sie eben genug Kartoffeln bekommen konnten. Im April 1917 nach der schlechten Kartoffelernte zeigten die Kopfmengenangaben (S. 449) eine noterzwungene scharfe Kürzung, die damals durch entsprechende Mehrbewilligungen von Fleisch seitens der Ernährungsbehörden vorübergehend ausgeglichen werden mußte. Erst die bessere Ernte im Herbst 1917 gestattete wieder ein förmliches »Schwelgen« in Kartoffeln: im April 1918 21 800 je Kopf gegen 7660 g 1907/08!

Die relativ billig gehaltenen Kartoffeln mußten auch (mit der Ausnahme von 1917) das immer knappere und teurere frische Fleisch ersetzen, allerdings am stärksten nur auf den untersten Einkommensstufen, deren Ausgabenanteil für Frischfleisch sich notgedrungen rasch verkürzte (19 vH statt rund 24 vH), weil man für dieses teure Nahrungsmittel nicht mehr das Geld übrig hatte. Man behalf sich zum Ersatz auch mit billigeren Fleischkonserven, während die besserbemittelten Familien durch erhöhte Ausgaben die hergebrachte Frischfleischernährung möglichst aufrechtzuerhalten und sich dadurch auch für den erzwungenen Ausfall an Butter und Fetten schadlos zu halten suchten. Das wurde in den letzten Kriegsjahren allerdings immer schwieriger und kostspieliger. Aber in dem Punkte ist stets ein wesentlicher Unterschied zwischen den Einkommensklassen geblieben, der nur durch die Sonderfleisch- und Fettzulagen für die Schwerarbeiter einen gewissen Ausgleich fand. Immerhin ist auch bei den besser verdienenden Familien der Ausgabenprozentsatz für Frischfleisch und Fette (ohne Butter), der vor dem Kriege sich um 30 vH aller Ernährungsausgaben bewegte, im Jahre 1918 auf 16 vH zusammengeschrumpft. Es sind also auch bei den Familien mit mehr als 300 M Monatseinkommen an Stelle der Fleisch- und Fettnahrung zu nicht unerheblichem Teile andere Nahrungsmittel getreten.

Neben Kartoffeln, Grützen oder Graupen und Fleischkonserven sind Fische, Räucherwaren und Fischkonserven einerseits, Ge-

Die durchschnittlichen Ausgaben und Verbrauchsmengen (je Kopf) für

Nahrungsmittel	Ausgabenbeträge in Mark			Ausgabenanteile in Prozent			Ausgabenbeträge in Mark			Ausgabenanteile in Prozent		
	in Familien mit 100—200 M monatlichem Einkommen			in Familien mit 300—400 M monatlichem Einkommen								
	1916	1917	1918	1916	1917	1918	1916	1917	1918	1916	1917	1918
<i>im Hause</i>												
1. Brot, Semmel usw.	3,48	3,32	3,63	11,01	10,76	11,84	3,37	3,19	4,47	8,66	9,82	11,02
2. Sonst. Backwaren, Kuchen usw.	0,72	0,40	0,63	2,31	1,30	2,05	0,80	0,69	0,62	2,10	2,13	1,53
3. Mehl, Grütze, Teig- waren, Graupen ...	1,35	1,76	0,99	4,11	5,70	3,23	1,57	2,00	1,80	4,13	6,16	4,43
4. Kartoffeln.	2,14	1,71	2,21	6,77	5,54	7,21	2,11	1,36	3,57	5,55	4,19	8,80
5 a. Butter.	4,02	3,27	2,33	12,71	10,60	7,60	4,52	3,31	3,20	11,89	10,19	7,89
5 b. Fett, Margarine, Öl	4,97	6,85	4,15	15,72	22,20	13,53	7,70	7,48	6,57	20,25	23,03	16,19
6 a. Fleisch.	1,04	1,11	0,14	3,29	0,36	0,46	1,20	0,23	0,38	3,16	0,71	0,94
6 b. Wurst, Schinken .	1,03	0,89	0,86	3,26	2,88	2,80	1,24	1,16	1,40	3,26	3,57	3,45
7. Fleischkonserven .	0,37	0,14	0,14	1,17	0,45	0,49	0,49	0,22	1,40	1,29	0,68	0,68
8. Fische, Räucher- waren usw.	2,07	1,89	2,51	6,55	6,13	8,18	2,67	2,15	2,92	7,02	6,62	7,19
9. Fischkonserven...	2,20	2,62	3,85	6,99	8,49	12,55	2,12	1,95	3,12	5,57	6,00	7,69
10. Eier.	0,48	0,37	0,21	1,52	1,20	0,68	0,49	0,42	0,36	1,29	1,29	0,89
11. Milch.	0,88	1,15	1,07	2,78	3,73	3,49	1,08	0,85	1,07	2,84	2,62	2,64
12. Milchkonserven ..	0,98	1,49	1,52	3,10	4,83	4,96	1,65	1,75	2,35	4,34	5,39	5,79
13. Käse, Quark.	0,50	0,39	0,02	1,58	1,26	0,07	0,81	0,55	0,63	2,13	1,69	1,55
14. Gemüse, Obst, Dörrgemüse.	0,90	0,63	2,35	2,85	2,04	7,60	1,10	0,85	2,69	2,89	2,62	6,63
15. Gemüse- und Obst- konserven.	0,76	0,64	0,58	2,44	2,07	1,89	0,76	0,56	0,71	2,00	1,72	1,75
16. Obstmus, Marmel- ade, Kunsthonig..	0,54	0,21	0,61	1,70	0,68	1,99	0,78	0,50	0,46	2,05	1,54	1,13
17. Zucker.	0,50	0,79	0,79	1,60	2,56	2,58	0,62	0,93	0,85	1,63	2,86	2,09
18. Kakao, Schokolade, Süßigkeiten.	1,02	0,21	0,66	3,23	0,68	2,15	1,16	0,27	0,18	3,05	0,83	0,44
19. Gewürz, Salz, Essig, Zitronen.	0,44	0,67	0,35	1,39	2,17	1,14	0,37	0,51	0,79	0,97	1,57	1,95
20. Bohnenkaffee.	0,26	0,33	0,21	0,82	1,07	0,68	0,45	0,38	0,62	1,18	1,17	1,53
21. Malz, Kornkaffee, Zichorien.	0,35	0,22	0,09	1,11	0,71	0,29	0,28	0,23	0,30	0,74	0,71	0,74
22. Getränke (alkohol- frei), Tee, Saft.	0,62	0,80	0,91	1,99	2,59	2,97	0,69	0,94	1,52	1,81	2,89	3,74
23. Künstliche Lebens- mittel, Ersatzstoffe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
24. Sonst. Nahrungsmittel.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<i>Nahrungsmittel im Hause zusammen</i>	31,62	30,86	30,67	91,55	89,71	86,91	338,0	32,48	40,58	91,26	86,66	85,00
Alkohol, Tabak, Zigarr.	1,30	2,01	1,73	3,76	5,84	4,90	1,70	2,01	3,68	4,08	5,36	7,71
<i>zusammen</i>	32,92	32,87	32,40	95,31	95,55	91,81	39,73	34,49	44,26	95,34	92,02	92,71
Speisen und Getränke außer dem Haus	1,62	1,53	2,83	4,69	4,45	8,19	1,94	2,99	3,48	4,66	7,98	7,29
Nahrungs- und Genuß- mittel in und außer dem Haus <i>zusammen</i>	34,54	34,40	35,29	100	100	100	41,67	37,48	47,74	100	100	100

die einzelnen Nahrungsmittel in verschiedenen Familiengruppen

Ausgabenbeträge in Mark			Ausgabenanteile in Prozent			Ausgabenbe- träge in Mark		Ausgabenan- teile in Proz.		Verbrauchs- mengen in Gramm je Kopf im Durch- schnitt aller Familien		
im Durchschnitt aller berichtenden Familien von weniger als 100 M bis über 500 M monat- lichem Einkommen						in „reinen“ Arbeiterfamilien 100 bzw. 118 Familien mit 426 bzw. 467 Köpfen						
1916	1917	1918	1916	1917	1918	1917	1918	1917	1918	1916	1917	1918
3,44	3,51	4,28	9,69	10,42	9,70	3,58	4,71	11,98	10,98	8304	8407	8956
0,85	0,68	0,82	2,39	2,02	1,86	0,47	0,76	1,51	1,77	466	199	417
1,48	1,97	2,08	4,17	5,85	4,71	1,92	1,96	6,16	4,57	1445	2005	1592
2,06	1,43	3,72	5,80	4,24	8,43	1,48	3,68	4,75	8,58	16793	10934	21806
} 4,16	3,17	4,33	} 11,72	} 9,42	9,81	1,69	2,59	5,42	6,04	} 862	539	368
						1,34	1,37	4,30	3,19			
} 6,55	7,59	} 7,54	} 18,46	} 22,53	} 17,08	5,89	4,84	17,28	11,28	} 1524	1941	1030
						2,08	2,76	6,67	6,43			
1,18	0,24	0,30	3,32	0,71	0,68	0,17	0,28	0,54	0,65	377	42	244
1,14	1,18	} 1,73	3,21	3,50	} 3,92	1,10	} 1,59	3,53	} 3,71	857	404	776
0,46	0,25		1,30	0,74		0,12		0,31		—	—	—
2,36	2,05	3,07	6,65	6,08	6,95	1,77	2,89	5,67	6,74	12 St.	7 St.	8 St.
2,23	2,26	2,89	6,28	6,70	6,55	2,20	3,27	7,05	7,62	81	7,71	91
0,55	0,45	0,40	1,55	1,34	0,91	0,33	0,29	1,06	0,68	—	—	—
1,01	0,93	1,11	2,84	2,76	2,51	0,93	1,21	2,98	2,82	363	334	396
1,35	1,87	2,60	3,80	5,55	5,88	1,54	2,08	4,94	4,85	1703	2413	2860
0,73	0,65	0,64	2,06	1,93	1,45	0,49	0,63	1,57	1,47	870	440	809
1,02	0,85	2,95	2,87	2,52	6,68	0,71	2,84	2,28	6,62	890	622	1532
0,77	0,59	0,76	2,17	1,75	1,72	0,62	0,83	1,99	1,93	1184	897	843
0,70	0,45	0,45	1,97	1,34	1,02	0,18	0,37	0,58	0,86	—	—	—
0,57	0,91	0,98	1,61	2,70	2,22	0,86	0,81	2,76	1,89	—	—	—
1,06	0,33	0,27	2,99	0,98	0,61	0,24	0,26	0,77	0,61	226	90	241
0,40	0,57	0,78	1,13	1,69	1,77	0,61	0,79	1,95	1,34	345	400	429
0,42	0,38	0,49	1,18	1,13	1,11	0,21	0,48	0,67	1,12	—	—	—
0,34	0,33	0,35	0,96	0,98	0,79	0,27	0,21	0,66	0,49	—	—	—
0,67	1,05	1,60	1,88	3,12	3,64	0,89	1,40	2,85	3,26	—	—	—
			100	100	100			100	100			
35,50	33,69	44,14	90,94	87,35	85,59	31,19	42,90	87,37	84,17			
1,53	2,21	3,76	3,82	5,73	7,29	2,01	3,91	5,63	7,67			
37,03	35,90	47,90	94,86	93,08	92,88	33,20	46,81	93,00	91,84			
2,01	2,67	3,67	5,14	6,92	7,12	2,50	4,16	7,00	8,16			
39,04	38,57	51,57	100	100	100	35,70	50,97	100	100			

Zusammensetzung der Kriegsernährung gegenüber der Friedensernährung

Ausgabenverteilung	Einkommensstufen:						Insgesamt monatl.				Mehrausgaben 1916 gegen 1907/8
	unter 2000 M oder 100–200 M monatl.		2000 bis 3000 M oder 200–300 M monatl.		über 3000 M oder 300–400 M monatl.		je Verbrauchereinheit für 852 bzw. 858 Haus- haltungen mit je 3,297 bzw. 3,733 Verbraucher- einheiten (umgerechnet)				
	1907/8	1916	1907/8	1916	1907/8	1916	1907/8	1916	1907/8	1916	
	vH	vH	vH	vH	vH	vH	M	M	vH	vH	
Brot, Backwaren ...	17,3	13,3	15,9	12,4	14,7	11,0	3,56	4,29	16,4	11,1	20,5
Mehl, Grütze	3,1	4,1	2,8	4,1	2,7	4,1	0,64	1,48	3,0	3,9	131,8
Kartoffeln	3,6	6,8	3,3	6,0	2,7	5,5	0,72	2,06	3,3	5,3	186,1
Butter, Fette	12,6	12,7	12,7	11,8	12,5	11,9	2,76	4,16	12,7	10,7	50,7
Fleisch und Fleisch- waren	23,9	19,0	24,8	22,1	25,4	23,4	5,37	7,37	24,8	20,0	43,9
Fische, Räucher- waren	1,5	4,4	1,5	4,2	1,7	4,5	0,34	1,60	1,6	4,1	370,6
Eier	2,9	6,5	3,1	6,7	3,4	7,2	0,67	2,36	3,1	6,1	252,2
Milch.....	10,6	8,5	9,7	7,8	9,9	6,9	2,21	2,78	10,2	7,2	25,8
Käse, Quark	1,7	2,8	1,7	2,8	1,4	2,8	0,36	1,01	1,7	2,6	180,0
Zucker, Sirup, Honig	2,7	5,3	2,5	4,9	2,5	4,9	0,57	1,79	2,6	4,6	214,0
Gemüse, Obst.....	4,7	4,7	5,4	5,3	7,1	6,5	1,20	2,08	5,5	5,4	156,1
Gewürze.....	1,0	1,6	0,9	1,6	0,9	1,6	0,21	0,57	0,9	1,5	171,4
Schokolade, Kakao .	0,7	1,7	0,9	1,6	1,2	2,0	0,19	0,70	0,8	1,8	268,4
Kaffee, Kaffeezusatz	2,7	4,6	2,7	4,1	2,3	4,0	0,56	1,46	2,6	3,8	160,7
Sonstige Nahrungs- mittel	—	—	—	—	—	—	0,80	1,43	3,7	3,7	78,8
Nahrungsmittel im Hause	92,6	91,5	91,6	91,2	91,9	91,2	20,16	35,50	92,6	91,7	76,1
Tabak	1,8	3,8	2,0	3,8	2,4	4,1	0,43	1,53	1,9	3,6	255,8
In Gastwirtschaften	5,6	4,7	6,4	5,0	5,7	4,7	1,30	2,01	5,5	4,7	54,6
Insgesamt	100,—	100,—	100,—	100,—	100,—	100,—	21,89	39,04	100,—	100,—	78,3

müse und Marmeladen oder Ersatzaufstriche andererseits in die Bresche gerückt. Der Ausgabenanteil für Fische und Fischkonserven hatte sich 1916 (4,5 vH) gegenüber 1907/08 (1,5 vH) verdreifacht, die Geldausgabe dafür sogar vervierfacht (1,60 M gegen 0,34 M je Kopf), ist aber 1918 dann wegen Mangels an diesen Dingen wieder etwas gesunken (3,9 vH). Gemüse und Obst einschließlich des Dörrgemüses, dessen Beliebtheit sich in dem ominösen Beinamen »Drahtverhau« ausdrückte, hat seine Stellung im Ausgabenetat der minderbemittelten Familien nicht

Durchschnittliche Verbrauchsmengen je Kopf

	April 1916 Verbrauchsmengen			Vorkriegsjahre zum Vergleich (nach v. Tyszka)		
	Bei einem Familiens- einkommen von:		Insgesamt 858 Familien mit 3733 Köpfen (KAKI.)	Arbeiter- familien 1907/1908	320 Haus- haltsrech- nungen von Metall- arbeitern 1908	Durch- schnitts- versorgung im Deutschen Reich je Kopf 1912/1913
	100—200 M (1241 Köpfe)	über 500 M (184 Köpfe)				
Brot, Semmel	8575 g	7875 g	8304 g	—	13 155 g	11 010 g
Sonst. Backwaren, Kuchen, Keks usw.	405	742	466	—		
Mehl, Grütze, Teig- waren, Graupen	1460	1552	1445	—	1100	16 380
Kartoffeln	18 208	15 070	16 793	7666 g	10 590	
Butter, Fett, Marga- rine, Öl, Schmalz	863	900	862	1116	525	750
Fleisch, Wurst, Schinken	1211	2247	1524	2291	2064	4020
Fleischkonserven .	330	215	377			
Fische, Räucher- waren, Krabben	655	953	698	340 g	425 g	690
Fischkonserven ...	174	115	159			
Eier	12 St	13 St	12 St (600 g)	340 g	425 g	510 g
Milch	8 l	14 l	8 l (9870 g)	10 560 g	9580 g	13 813 g
Milchkonserven ..	223	273	270	360		
Käse, Quark	350	377	363			
Gemüse, Obst, Dörr- gemüse	1480	2630	1703			10 740
Gemüse- und Obst- konserven	600	1357	870			
Obstmus, Marme- laden, Kunstho- nig	884	1144	890			1410
Zucker	1217	1304	1184			
Kakao, Schokolade, Süßigkeiten	184	184	142			
Gewürz, Salz, Essig, Zitronen	533	—	533			
Bohnenkaffee, rein und gemischt ...	231	181	226			
Malz-, Korn-, Eichel- kaffee, Zichorien usw.	377	256	345			

nur dem Geldanteil nach, sondern vor allem den Verbrauchsmengen nach (je Kopf) ständig erweitert, und zwar nicht nur bei den ärmsten, sondern auch bei den besser verdienenden Familiengruppen, die im Frieden Gemüse oft nur als Zukost zum Fleisch geschätzt und im April 1916 sich noch nicht völlig umgestellt hatten. Im Jahre 1918 aber war der Ausgabenanteil für Gemüse, Obst und Dörrgemüse bei den Familien mit 300 bis 400 M Monatseinkommen sogar höher (5,79 vH) als bei den »reinen« Arbeiterfamilien (4,85 vH), die unter dem gesamten Erhebungsdurchschnitt blieben. Der durchschnittliche Mengenverbrauch an Gemüse, Obst und Dörrgemüse hat sich vom April 1916 bis April 1917 außerordentlich gesteigert: 1703, 2413, 2860 g je Kopf; dafür ist allerdings der Gemüse- und Obstkonservenverbrauch etwas zurückgegangen. Das andere schon genannte vegetabilische Ersatzmittel für mangelndes oder zu teures Fleisch und Fett — namentlich als Brotbelag — ist die ebenfalls zu kriegshistorischer Berühmtheit gelangte Marmelade nebst Obstmus und Kunsthonig, der zugleich zeitweise als Ersatz für den sich stark im Schleichhandel verkrümelnden Zucker diente, gewesen. Mit Ausnahme des Notjahres 1917 haben diese süßen Aufstrichsmittel ihre Stellung in der Kriegsernährungswirtschaft rasch erweitert, ja schließlich im Ausgabenetat 1918 gegenüber 1916, namentlich bei den wenigstbemittelten Familien, fast verdreifacht.

Schon aus dem bisher Gesagten ergibt sich deutlich, wie die eiweiß- und fetthaltigen Nahrungsmittel tierischer Herkunft mit zunehmender Kriegsdauer fortschreitend von vegetabilischen Nährstoffen nicht verdrängt, wohl aber abgelöst worden sind. Da Deutschland Menschen und Tiere nicht gleichzeitig ausreichend ernähren konnte, wurden letztere in den ersten Kriegsjahren scharf abgeschlachtet, so daß nach anfänglichem teilweisen Fleisch- und Fleischkonservenüberfluß (namentlich im »Schweinemord«-Jahr 1915) die fühlbare Knappheit an tierischen Erzeugnissen durch Pflanzenkost ersetzt werden mußte. Den Rückgang der tierischen Nahrungsmittel verschärfte weiter das allmähliche Verschwinden der Eier, die sich leicht »hamstern« ließen, und der Milch, die trotz Zwangsbewirtschaftung in der »edleren« Gestalt von Butter und Käse einträglichere Absatzwege suchte, als sie der Frischverkauf an die Städte bot. Bei der ersten

Lebenshaltungsuntersuchung im April 1916 spielten die Eier allerdings in allen berichtenden Familien, namentlich auch bei den ärmeren, die wohl vielfach selber Hühner hielten, trotz der Verdreifachung des Preises der Eier noch eine große Rolle. Ja im Vergleich zu den Vorkriegserhebungen wurden in den Arbeiterhaushaltungen je Kopf im Jahre 1917 und 1918 fast 50 vH mehr Eier (12 statt 7—9) verzehrt. In den letzten Jahren hielten sich die Verbrauchsangaben der berichtenden Familien in unserer Zifferntafel merkwürdigerweise immer noch auf 7—8 Stück je Kopf im Monat, während doch durch die Zwangswirtschaft in den Großstädten oft nur alle Monat 1 Ei je Kopf ausgeteilt worden ist. Hier zeigen die Erhebungsergebnisse des KAKI. einmal handgreiflich die Einflüsse der Schleichhandelsversorgung, vielleicht aber auch der Eigenversorgung, namentlich bei den Familien mit geringem Einkommen, und anderseits die allgemein günstigere Versorgungsmöglichkeit der süddeutschen Kleinstädte, in denen gerade ein großer Teil der buchführenden Familien im April 1918 lebte. Aus mitteldeutschen Großstädten berichteten nämlich 40 Familien mit mehr als 200 M Monatseinkommen über einen Eierverbrauch von nur 5 Stück je Kopf im Monat April 1918, gegenüber je 9 Stück bei 107 süddeutschen Familien. Der prozentuale Ausgabenanteil freilich, der vor dem Kriege nur knapp 3 vH für Eier ausmachte, hat sich bei allen Familien mehr als verdoppelt und belastete insbesondere die Familien von 100 bis 200 M Monatseinkommen mit 8,88 vH (1918) schwer.

Mit der Milchnahrung verhielt es sich im Durchschnitt — mit Ausnahme der Familien, die mehrere kleine Kinder, alte und kranke Personen hatten — in den Groß- und Mittelstädten beschaffungstechnisch viel schlimmer als mit den Eiern, da Milch nicht im Schleichhandel vertrieben werden konnte. Unsere Zahlen, die 7—9 Liter Milch je Kopf im Monat 1916—1918 verzeichneten, spiegeln infolge der starken Beteiligung kinderreicher und kleinstädtischer Familien, die besser bedacht waren, den traurigen Stand der Milchversorgung in den großstädtischen Arbeiterfamilien mit erwachsenen Personen nicht entfernt wider. Die Erhebungen von 1918 meldeten aus den nord- und mitteldeutschen Groß- und Mittelstädten auch bei den besser verdienenden Familien nur einen Durchschnittsverbrauch von 3 bis

4 Liter je Kopf. Trotz dieser Knappheit hat die Milch sich nicht so stark verteuert — von der Qualitätsverschlechterung abgesehen — wie die übrigen Nahrungsmittel; es hing das wohl mit ihrer schon betonten mangelnden Schleichhandelsfähigkeit zusammen, und der Ausgabenanteil für Milch, der im Frieden in allen Familien durchschnittlich 9—11 vH sämtlicher Ernährungsausgaben ausmachte, ist (mit Ausnahme der wenigstbemittelten Familien — 12½ vH) auf 6—7½ vH zurückgegangen. Die Ergänzung dieser Frischmilchabgabe durch Ausgaben für Büchsenmilch war eigentlich nur in den ersten Kriegsjahren bis 1915 nennenswert, später waren auch für Besserbemittelte ausländische Milchkonserven nur schwer erlangbar. Etwas wichtiger war schon der Verbrauch von Quark und Käse, der sich bei einer Verteuerung auf das Dreifache ungefähr auf der allerdings bescheidenen Friedensverbrauchshöhe gehalten hat.

Da mit diesen »natürlichen« Lebensmitteln der Nahrungsbedarf meist nicht befriedigt werden konnte, jedenfalls nicht in den stark industrialisierten Groß- und Mittelstädten, mußten zur Füllung der empfindlichsten Lücken in dem hungrigen Budget, das den physiologischen Mindestbedarf an Kalorien nicht deckte, neben den schon genannten »Konserven« sogenannte »Ersatzlebensmittel« und »künstliche« und sonstige Lebensmittel in wachsendem Ausmaße erhalten, wie die Zifferntafeln ausweisen. Bei der ersten Erhebung des KAKI. im April 1916 ist besonders ermittelt worden, wieviel der Ernährungsausgaben allein auf solche Ersatzstoffe (einschließlich Kaffee-Ersatz usw.) und auf Konserven entfielen. Das ergab damals folgende Staffel: auf der Einkommensstufe von

100—200 M	12,05 vH
200—300 M	13,01 vH
300—400 M	11,39 vH
400—500 M	10,94 vH
Gesamtdurchschnitt	12,20 vH.

Ein Achtel des Ernährungsbudgets mußte also mit den problematischen, künstlich präparierten Nährmitteln ausgeglichen werden. Wie wenig wertvoll diese Lückenbüßer, die nur den Magen füllen oder die Zunge täuschen sollten, waren, erhellt

daraus, daß die besserbemittelten Familien sie in geringerem Maße kauften als die ärmeren, denen unrationierte frische Nahrungsmittel schwerer zugänglich waren. Für 1917 und 1918 lassen sich die Ausgaben für Ersatzmittel und Konserven nur schätzen. Sie dürften ein Sechstel bis ein Siebtel aller Nahrungs- und Genußmittelausgaben ausgemacht haben.

Wenn wir die Ausgabenverteilung auf die verschiedenen Nahrungsmittel je nach ihrer Herkunft oder ihrem Charakter gliedern, so läßt sich für 1918 im Durchschnitt aller berichtenden Familien sagen, daß von den im Hause verzehrten Nahrungs- und Genußmitteln im Betrage von 44 M je Kopf etwa 7 M auf künstliche Ersatzmittel und Konserven entfielen, rund 20 M auf frische oder friedensmäßig verarbeitete pflanzliche Nahrungsmittel und 17 M auf Nahrungsmittel tierischer Herkunft,⁶⁸ während 1916 das Verhältnis bei 35½ M Gesamtausgaben im Hause noch 4½ : 14 : 17 M gewesen war. Das Friedensverhältnis aber hatte sich 1907/08 bei 20 M Ernährungsausgaben je Kopf im Hause etwa auf 1½ : 7½ : 11 M gestellt. Mögen diese Relationen für die Jahre 1907, 1916 und 1918 auch nicht genau sein — wie sollten sie es selbst bei viel sorgfältigerer Scheidung der Ausgabenanschreibungen für tierische, pflanzliche und künstlich präparierte und konservierte Nahrungsmittel auch sein! —, so lassen sie doch die tiefgreifende Umschichtung der Nahrungsausgabewirtschaft von den im allgemeinen wertvollsten, aufbaukräftigsten Stoffen tierischer Herkunft zu den pflanzlichen Betriebsstoffen des Körperhaushalts und zu den minderwertigen künstlichen Füllstoffen der Ersatzmittel hin deutlich ins Gesicht springen. Hält man dagegen, daß die bäuerlich-ländliche Bevölkerung des Reiches, die im Frieden sich überwiegend, mit einigen Ausnahmezeiten im Jahreslaufe, von pflanzlicher Kost genährt hatte, während des Krieges als Eigenversorgerin, die ihre wertvollsten Erzeugnisse nicht gern zu den niedrigen Taxpreisen an die Zwangsbewirtschaftungsstellen abgab, mehr und mehr dazu übergegangen war, an ihren Schinken, Würsten, Rauch- und Pökelfleischstücken, Eiern und Butter sich und ihre schwer zu beschaffenden Arbeitskräfte selbst einmal ausgiebig zu laben, also animalische Nahrung zu bevorzugen, so läßt sich eine teil-

⁶⁸ Bei den »reinen« Arbeiterfamilien war das Verhältnis nach den Berichten für April 1918 etwas günstiger: 7 : 16½ : 19½ M.

weise Umkehrung der Ernährungsweise der arbeitenden Klassen in Stadt und Land behaupten.

Ernährung und Kräfteersatz bei Leicht- und Schwerarbeitern

Für die Beurteilung des Ernährungshaushaltes der Arbeiterschaft und seiner Wandlungen während des Krieges genügt demnach keineswegs ein geldlicher Vergleich der außerordentlich gestiegenen Gesamtausgabensummen der Arbeiterfamilien für die Ernährung, sondern man muß sich vor allem darüber klar sein, daß für die doppelt so großen Ausgaben nur eine minderwertige, an Eiweiß und Fettgehalt sehr viel ärmere, weniger schmackhafte und mit zweifelhaften Zutaten präparierte Nahrung geboten wurde. Schon während des Krieges haben physiologische Analysen von Professor Dr. H. Löwy und C. Brahm auf Grund der Erhebungsergebnisse des KAKI. von 1916 und 1917 ergeben, daß die damalige Ernährung erhebliche Ausfälle an Eiweiß- und Kaloriengehalt gegenüber der wissenschaftlich bisher als notwendig erachteten Mindestnorm aufweise.⁶⁹ Besonders sorgfältige nachträgliche Untersuchungen von Dr. med. Bach über die Leistungen der behördlichen Ernährungswirtschaft für die Einfach-Versorgten (unter Ausschluß also der besser bedachten, aber auch schärfer beanspruchten Schwer- und Schwerstarbeiter) haben den Einblick in die Unzulänglichkeiten der öffentlich regulierten Ernährungsweise noch kritisch vertieft.⁷⁰

Stellt man mit Bach⁷¹ die ermittelten Gewichtsmengen der rationierten Lebensmittel mit den im Frieden für den heimischen Verbrauch je Kopf verfügbaren Lebensmittelmengen zusammen (wie sie Zuntz, Eltzbacher und Kuszynski für 1912/13 errechnet haben), so ergibt sich für die letzten drei Kriegsjahre ein tragisches Bild.

⁶⁹ W. Zimmermann, a. a. O., S. 7.

⁷⁰ Dr. W. Bach: Untersuchungen über die Lebensmittelrationierung im Kriege und ihre physiologisch-hygienische Bedeutung auf Grund der Lebensmittelversorgung in Bonn während der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 28. Dezember 1918. München, o. J.

⁷¹ A. a. O., S. 18, 19, 90 und 91.

Verhältnis von Rationierung zum Friedensverbrauch

	in der Zeit vom 1. 7. 1916 bis 30. 6. 1917	desgl. 1917/18	1. 7. 1918 bis 28. 12. 1918
Fleisch usw.	31,2 vH	19,8 vH	11,8 vH
Fisch	51 vH	—	4,7 vH
Eier	18,3 vH	12,5 vH	13,3 vH
Schmalz	13,9 vH	10,5 vH	6,7 vH
Butter	22 vH	21,3 vH	28,1 vH
Käse	2,5 vH	3,8 vH	14,8 vH
Reis	3,9 vH	—	—
Hülsenfrüchte	14,2 vH	0,9 vH	6,6 vH
Zucker	48,5 vH	55,5—66,7 vH	82,1 vH
Kartoffeln	70,8 vH	94,2 vH	94,3 vH
Pflanzliche Fette	39 vH	40,5 vH	16,6 vH
Mahlprodukte	52,5 vH	47,1 vH	48,1 vH

Beruhend die Friedensmengen ziffern Eltzbacher-Kuszynskis auch in vielen Punkten nur auf sehr unsicheren Schätzungen, so ist doch der starke verhältnismäßige, wenngleich Schwankungen unterworfenen Abfall der meisten rationierten Verbrauchsmengen von einem Jahr zum anderen, namentlich bei Fleisch, Fisch, Schmalz, Pflanzenfetten und den eiweißreichen Hülsenfrüchten, nicht wegzudiskutieren. Kartoffeln und Mehlerzeugnisse blieben das stabile Hauptgerüst der gemeinwirtschaftlichen Ernährung, halbwegs unterstützt durch Zucker, der allerdings in Bachs Berechnung für 1918 eine ausnahmsweise günstige, nur durch örtliche Zufälle zu erklärende Stellung einnimmt. Die Erhebungsdurchschnitte des KAKI. erwiesen, daß die Zuckerverbrauchsmenge je Kopf im April 1918 nur 60 vH des Friedensverbrauches ausmachte. Jedenfalls ist die Unzulänglichkeit der Kriegsernährung trotz ihrer Teuerung durch die Gegenüberstellungen nochmals handgreiflich gemacht.

Bach hat weiterhin den Nährwert der rationierten Ernährungsmengen zum Energiebedarf der Arbeiter mit verschiedener Leistungsbeanspruchung in rechnerische Beziehung gesetzt und folgendes — in seinen Proportionen, nicht in seinen absoluten Zahlen — lehrreiche Bild zusammengestellt:

Der durchschnittliche Nährwert der rationierten Nahrungsmittel verhielt sich zum Kalorienbedarf des Erwachsenen

bei leichter Arbeit				bei mittlerer Arbeit			
bei einem	1916/17	1917	1918	bei einem	1916/17	1917/18	1918
Körpergew.				Körpergew.			
von				von			
65—70 kg	59,9 vH	60,7 vH	57,8 vH	70 kg	48,8 vH	49,8 vH	47,3 vH
50—60 kg	72,2 vH	73,6 vH	70 vH	60 kg	55,5 vH	56,5 vH	53,8 vH

Bachs Berechnungen bestätigen die allgemeine Erfahrung mit physiologischer Eindringlichkeit, daß die deutschen Arbeiter von den rationierten Nahrungsmitteln allein unmöglich leben konnten. Seine weiteren Einzeluntersuchungen, wie die Bürger sich die notwendige Ergänzung beschaffen konnten, kommen zu dem Schlusse (S. 109): »Auch der Wert der durch den freien Handel ergänzten tierischen Nahrung ist, soweit legale Wege eingehalten wurden, unzulänglich.« Die Mengen waren zu gering, die Preise zu hoch. Bach glaubt aber, daß außer dem Schleichhandel und den guten persönlichen Beziehungen auch die Gastwirtschaften für die Versorgung wenigstens ihrer bekannten Stammgäste mit unrationiertem Fleisch und Fett eine bedeutende Rolle gespielt haben, etwas, was die Erhebungen des KAKI nicht haben erfassen können, — und daß die Arbeiter mit Rücksicht auf ihre Bedeutung für die Kriegswirtschaft und Kriegspolitik durch die Zuwendung höherer Rationen bzw. besonderer Schwerarbeiterzulagen »im sozialen Sinne besser gestellt waren als die übrige Bevölkerung der Städte«. ⁷² Letztere Behauptung findet eine gewisse Stütze in den mitgeteilten Untersuchungsergebnissen des KAKI. für 1918 insofern, als dort bei den reinen Arbeiterfamilien ein stärkerer Ausgabenanteil für animalische, also eiweiß- und fettreichere Lebensmittel gegenüber dem allgemeinen Familiendurchschnitt festgestellt worden ist. Doch ist diese Besserstellung nur cum grano salis zu verstehen, da die Schwer- und Schwerstarbeiter, welche meist günstige Verdienste

⁷² Die Gewährung von Nahrungszulagen an die Arbeiter erfolgte nach folgenden Grundregeln des Kriegsernährungsamtes (Heft 26/27 der Beiträge zur Kriegsernährungswirtschaft »Die Schwerarbeiterfrage«). Als täglicher Kalorienbedarf ist zugrunde zu legen: für Leichtarbeiter 2430 Kalorien, für Schwerarbeiter 2950, für Rüstungsarbeiter 3070, Schwerstarbeiter 3200, für Bergarbeiter unter Tage 3500 Kalorien.

konjunktur hatten, auch entsprechend viel körperliche Kräfte einsetzen mußten.⁷³

Welche physiologische und geldliche Bedeutung für den Ernährungshaushalt der Arbeiterfamilien die billigen und zum Teil nahrhaften, wenn auch wenig schmackhaften städtischen Massenspeisungen — »Kriegsküchen« — gespielt haben, läßt sich ebensowenig abschätzen wie die Aufbesserung der jedenfalls sehr bedeutungsvollen Fabrikverpflegung. Nach den Erhebungen des KAKI. haben einzelne Familien im Monat April 1917 für die Beteiligung an städtischen Massenspeisungen bis zu 19,50 M je Kopf (bei einem Portions- oder Literpreise für das zusammengekochte Essen von 25 bis 40 Pf) ausgegeben. Die Durchschnittsausgabe der sich beteiligenden Personen (es berichteten nur 149) machte im Monat etwas über 7 M aus.

Die Werkspeisungen und die Nahrungsmittellieferungen vieler Werke an ihre Arbeiter sind sehr ungleichmäßig gewesen.⁷⁴ In einzelnen Fällen waren die Lieferungen so reichlich, daß die Arbeiter die Lebensmittel nicht selber verzehrten, sondern sie mit Gewinn an andere veräußerten. In den meisten Fällen beschränkten sich die Werke auf Bereitstellung eines billigen warmen Mittagessens für 30—50 Pf ohne Abforderung von Fleisch- und Kartoffelmarken, während die Selbstkosten der Essensbereitung zwischen 1 M und 1,80 M betrugen. Krupp in Essen berechnete die

⁷³ Das Mißverhältnis zwischen Energiebedarf und Nahrungszufuhr bei vielen Arbeitergruppen beleuchteten schon während der Kriegszeit kritische Aussprüche wie etwa folgende: »Man braucht die Arbeiter nur anzusehen, um zu erkennen, daß sie in hohem Maße an Unterernährung leiden, daß sie verhungern und daß ihnen — trotz ihrer angeblich hohen Löhne! — das Elend aus den Augen schaut« (*Ellinger*: Warenpreise und Arbeiterlöhne. *Die Neue Zeit*, 7. Dez. 1917, Nr. 10, S. 227). »Trotz 50%iger Lohnerhöhung müssen unsere Kollegen darben. Es reicht nicht für die Schleichhandelspreise, von den rationierten Waren werden sie nicht satt . . . Unsere Kinder darben, es fehlt am Nötigsten — es geht einfach über unsere Kraft.« *Thomas*, Vorsitzender des Zentralverbandes der Dachdecker, am 1. Aug. 1918 in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern.

⁷⁴ Vgl. *A. Stegerwald, R. Lenz, Luc. Wiernik*, Drei Beiträge zum Thema: »Die Schwerarbeiterfrage« (Beiträge zur Kriegswirtschaft), Berlin 1918. Danach teilten die Industrierversorgungsstellen für die Massenspeisungen in den Rüstungsbetrieben besondere Kartoffelmengen (je 1,5 kg je Kopf und Woche) und Fettmengen (40 g) aus, die dem Arbeiter auf seine amtliche Ration nicht angerechnet wurden. Dazu kamen Sonderzulagen für die einzelnen Schwer- und Schwerstarbeiter, wie z. B. 100—180 g Brot, 250—375 g Fleisch und 40—80 g Fett.

Zuschüsse für Verpflegung und Unterkunft sämtlicher dafür in Frage kommenden Arbeiter auf 1,24 M täglich im Jahre 1915/16 und auf 2,79 M im Jahre 1916/17 (gegenüber 0,16 M 1913/14). Ein rheinländisches Stahlwerk hat in den neun Monaten vom 1. April bis 31. Dezember 1917 unter erheblichen Geldopfern der Firma an seine Arbeiter im Monatsdurchschnitt je Kopf abgegeben: 180 g Butter und Fette, rund $\frac{3}{4}$ kg Käse, 2,9 kg Marmelade und Zucker, 91 g Salzfleisch und Speck, fast 2 Eier, $\frac{1}{2}$ kg Mehl oder Hülsenfrüchte, 600 g Fischmarinade, 1,5 kg Dörrgemüse, 17 kg frisches Gemüse und 330 g Konserven und Ersatznährmittel, ferner nicht genauer angegebene Mengen von Kartoffeln usw.⁷⁵ Das würde, abgesehen von Brot und Fleisch, eine Aufbesserung der übrigen Ernährungsposten, wie sie sonst dem Durchschnitt der Arbeiterfamilien privatim zur Verfügung standen, um fast 50 vH bedeutet haben. Bei dem scharfen Wettbewerb der großen, schwer verdienenden Rüstungswerke um leistungsfähige Arbeiter, die, wie schon betont, nicht bloß auf den Geldlohn, sondern auch auf die reichliche Zuschußernährung steigenden Wert legten, ist anzunehmen, daß auch zahlreiche andere Firmen, wenngleich nicht mit ebensolcher Liberalität, so doch in erheblichem Ausmaße die Verbesserung der Arbeiterernährung über die Grenzen der behördlichen Rationierung hinaus mit Nachdruck betrieben haben.

So mag das harte Bild unzulänglicher und minderwertiger Ernährung der Arbeiterfamilien, das die Erhebungen des KAKI. besonders in dem letzten Kriegsjahr lieferten, durch solche von der Erhebung nicht erfaßte naturale Sonderunterstützungen in vielen Fällen bei den eigentlichen Rüstungsarbeitern eine nicht unwesentliche Aufbesserung erfahren haben. Aber alle von der Kriegskonjunktur nicht begünstigten Arbeitergruppen mußten gleich allen anderen minderbemittelten Volksschichten in den nord-, mittel- und westdeutschen Groß- und Industriestädten, die nicht von ländlicher Nachbarschaft gespeist wurden, den Schmachtriemen immer enger ziehen, weil die Mägen nicht mehr recht satt wurden.

⁷⁵ Akten des Kriegsamts, AZS. Nr. 1, Heft 12.

D. Die reale Kaufkraft der Arbeiterlöhne in den verschiedenen Perioden der Kriegswirtschaft

Es bleibt nun noch der Schluß aus dem rechnerischen Verhältnis der zahlenmäßigen Arbeitereinkünfte und der Ausgabenbeträge, die wir in den vorstehenden Kapiteln gewürdigt haben, zu ziehen. Wie schon früher angedeutet, handelt es sich um ein fast unlösbares Problem angesichts der ständigen Veränderungen der Löhne und der Preise und der Kaufmöglichkeiten, wenigstens während der letzten beiden Kriegsjahre, ganz abgesehen davon, daß die Verhältnisse für Löhne und für Lebensbedarfspreise bei den einzelnen Arbeitergruppen und in den einzelnen Landesteilen außerordentlich ungleichmäßig und oft widerspruchsvoll lagen. Trotzdem soll ein Versuch gemacht werden, wenigstens nach symbolisierender Methode Durchschnitte typischer Arbeitereinkommen zu gewissen Zeitpunkten des Krieges mit den durchschnittlichen Aufwandskosten typischer Arbeiterfamilienhaushaltungen, wie wir sie durch die KAKI-Erhebungen kennen gelernt haben, in Vergleich zu stellen. Da wir aber bei unseren Lohnuntersuchungen mindestens drei recht verschiedene Verdienerschichten in der städtischen Arbeiterschaft und außerdem erhebliche geographische Unterschiede in der Verdienstklassierung gefunden haben, müßte man ihnen auch entsprechende Arbeiterhaushaltungen von gleicher Höhenlage aus verwandten geographischen Bezirken mit ihren Aufwandskosten gegenüberstellen. Das ist bei der Beschränktheit unseres statistischen Materials nicht angängig. In den amtlichen Veröffentlichungen unserer KAKI-Erhebungen sind alle Arbeiterhaushaltungen aller Bezirke und aller Verdienststufen durcheinander gezählt. Wir können also die zueinander passenden Typen auf der Verdienersseite und auf der Ausgabenseite nicht in gehöriger Zahl zusammenfinden.

So bleibt nur ein Ausweg, um eine sich nähernde Antwort auf die Frage nach dem Entwicklungsgange von Einkommenshöhe und Lebensbedarfskosten zu bekommen: Die schematisierende Konstruktion eines normalen Verbrauchsmenschen, dessen Magen alle die Schwankungen der Ernährung nach Art und Menge von 1913/14 bis 1918 in sich bereits ausgeglichen und ein festes, für alle Kriegsperioden gleichmäßiges und praktisch trotz Kriegs-

knappheit ungefähr zu deckendes Bedarfsschema bei den einzelnen Nahrungsmitteln herausgebildet hat, das mit rund 2700 Kalorien seinen Mann ernährt. Desgleichen wären seine übrigen Lebensbedürfnisse an Wohnung, Heizung, Kleidung, Sonstigem auf ebenso gleichmäßige, für die ganze Kriegszeit stereotype Bedarfsformeln zu bringen. Unter Benutzung der Kriegserhebungen in den Arbeiterhaushaltungen sucht man fingierte Kriegsmengenziffern für alle elementaren Bedarfsgebiete des Arbeiterdaseins und so den normalen Verbrauchsmenschen zu gewinnen, der — zu Vieren gesellt — eine normale Arbeiterverbrauchsfamilie im Kriege entstehen läßt. Diese deckt nun ihren ein für allemal feststehenden kriegsnormalen Bedarf in den einzelnen Kriegsjahren zu den jeweils amtlich veröffentlichten Lebensmittelpreisen oder sonstwie ermittelten Wohnungs-, Kleidungs-, Brennstoffpreisen. So erhalten wir für alle Kriegsperioden Arbeiter-Familienverbrauchsindexpreise, nach demselben kriegsnormalen Bedarfsschema gewonnen, die uns die Verteuerung dieses »eisernen« Bedarfes zum Ausdruck bringen. Wir können diesen Kostenindex sogar, indem wir stets die Preisberichte mehrerer bestimmter Bezirke zugrunde legen, geographisch gliedern, um den Unterschieden der Teuerung in Ost-, West- und Süddeutschland bis zu einem gewissen Grade gerecht zu werden. Nachdem wir so zahlenmäßige Symbole für die Preisverschiebungen und Kostenerhöhungen eines normalen Arbeiterkriegshaushaltes gewonnen haben, können wir versuchen, die entsprechenden Verschiebungen des Lohn- bzw. Familieneinkommensniveaus in den Hauptbezirken zu jenen Bewegungen des Lebensbedarfsindex in Beziehung zu setzen.

Der kriegsnormale Lebenskostenindex und seine Bewegungen bis 1918

Nach den Berechnungen von Quante,⁷⁸ denen das hier entwickelte Schema und die erwähnten haushaltsstatistischen Durchschnittsangaben zugrunde gelegen haben, würde sich der Index auf folgenden Monatsposten aufbauen: Brot 10 kg, Backwaren 0,5 kg, Mehl, Grütze, Teigwaren, Graupen 1,5 kg, Kartoffeln 18 kg, Butter 0,5 kg, Fette 0,4 kg, Fleisch und Fleischwaren 2 kg, Zucker

⁷⁸ Lohnpolitik und Lohnentwicklung im Kriege. A. a. O., S. 359.

1,4 kg, Milch 8 l, Eier 8 Stück. Diese Posten machten zusammen rund 60 vH des Gesamternährungsaufwandes aus. Für die übrigen 40 vH (Gemüse, Genußmittel, Getränke, Konserven und Ersatzmittel) müßte man, da hier brauchbare, fortlaufend vergleichbare Preisnotierungen fehlten, nach dem Gesetz der zusammenhängenden Preise einen jeweils entsprechenden Teuerungsfortschritt wie für die ermittelten Nahrungsposten annehmen. Dann ergäben sich für die vier charakteristischen Kriegswirtschafts- und Ernährungszentren folgende von Quante errechnete Kosten des Nahrungshaushaltes auf den Kopf eines Arbeiters:

Die monatlichen Ausgaben für die Ernährung auf den Kopf eines Arbeiters
(in M)

Zeitpunkt	Berlin		Danzig		Prov. Sachsen		Rheinprovinz	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)
Juli 1914 ..	14,07	23,45	13,17	21,95	14,58	24,30	15,47	25,78
Jan. 1915 ..	16,68	27,80	16,26	27,10	16,34	27,23	18,01	30,00
Juli 1915 ..	23,90	39,83	19,94	33,83	23,16	38,60	24,68	41,13
April 1916.	27,40	46,17	22,22	37,03	25,25	42,08	27,17	45,28
Juli 1916 ..	28,43	47,38	26,54	44,23	28,30	47,17	31,35	52,25
April 1917.	28,64	47,73	26,44	44,07	26,42	46,03	29,02	48,37
Sept. 1917 .	29,44	49,07	25,74	42,90	27,28	45,47	31,73	52,08
April 1918.	33,96	56,60	28,86	48,10	30,46	50,77	33,82	56,37
Okt. 1918 .	39,05	65,08	32,76	54,60	35,06	58,43	37,94	63,82
Zunahme von Juli 1914 bis Okt. 1918 in M	41,63		32,65		34,13		37,54	
Zunahme in Prozent	176,9 vH		148,2 vH		139,1 vH		145,1 vH	

a) = Kosten der in den »Amtlichen Preisberichten« für 51 preußische Städte verzeichneten Lebensmittel.

b) = Durch Schätzung aus a) ermittelte Gesamtkosten für die Nahrungs-, Genuß- und Ersatzmittel.

Ein Vergleich der von Quante errechneten Gesamternährungskosten je Kopf im April 1916, 1917 und 1918 mit den entsprechenden Erhebungsergebnissen des KAKI. (S. 437) zeigt freilich, daß die Summen erheblich zu hoch gegriffen sind gegenüber den Kopffziffern für reine Arbeiterfamilien, ja sogar gegenüber den durchschnittlichen Kopffziffern für Familien der Einkommensstufen von 400 bis 500 M Monatseinkommen. Aber es kommt

uns zunächst bei dieser Betrachtung der Teuerungsbewegung nicht auf die absoluten Indexkostenbeträge, sondern auf ihre prozentualen Veränderungen im Laufe des Krieges an. Und diese machten nach den Zifferntafeln Quantes in ziemlicher Übereinstimmung mit anderen Beobachtungen für die verschiedenen Bezirke von Ost bis West vom Juli 1914 bis Oktober 1918 durchschnittlich 145 vH, in Berlin allerdings über 175 vH aus.

Die übrigen Ausgabenposten außerhalb des Ernährungsbedarfs sind von Quante in der Hauptsache nach den Ergebnissen der KAKI-Erhebungen für die Jahre 1916, 1917, 1918 und einigen sonstigen Kriegsstatistiken zusammengestellt und für Juli 1914 und Oktober 1918 entsprechend schematisch ergänzt worden. So ist er schließlich zu folgendem Zahlenschema für die Gesamtausgaben (einschließlich Ernährung) je Kopf des Arbeiterhaushalts gelangt, die allerdings, ebenso wie die Ernährungsausgaben, wieder um mindestens 10 vH zu hoch gegriffen sein dürften.

	1914	1918	Zunahme	vH
Berlin	45,52 M	125,10 M	79,58 M	+ 175
Danzig	44,27 „	110,12 „	65,85 „	+ 149
Sachsen.....	43,12 „	111,79 „	68,67 „	+ 159
Rheinprovinz ..	50,16 „	122,27 „	72,11 „	+ 144

Das Gesamtergebnis dieser Teuerungsindexberechnungen für alle Ausgabenposten des Arbeiterhaushaltes weicht also nicht wesentlich von dem für den Nahrungsbedarf allein ab. Im allgemeinen wird man eine Verzweieinhalbfachung der Kosten von Anfang bis Ende des Krieges behaupten können. Nur Berlin ragte mit 175 vH Gesamtverteuerung über die anderen Bezirke hinaus.

Von diesen Ausgabenziffern je Kopf auf den Gesamtausgabenetat einer Arbeiterfamilie zu schließen, erforderte genauere Kenntnis der Kopfzahlen dieser Familien. Aus unseren Haushaltserhebungen war ersichtlich, wie stark die durchschnittliche Kopfzahl in den Familiengruppen auf den verschiedenen Einkommensstufen schwankte: von 2,0 bis 5,7 Köpfen. Allerdings wiesen die »reinen« Arbeiterfamilien allgemein einen ebenmäßigen Durchschnitt von 4,1 bis 4,3 Köpfen in den verschiedenen Jahren auf. Hier sind aber die Arbeiterfamilien der ver-

schiedenen Einkommensstufen durcheinander gemischt und dadurch ist die erfahrungsmäßige Staffelung der Kopffzahlen der Familien im Zusammenhange mit dem höheren Einkommen verwischt. Unsere Erhebungstabellen haben sehr deutlich gezeigt, daß auf die Familien mit den niedrigsten Einkommen die niedrigsten Kopffzahlen entfielen, auf die Familien mit den höchsten Einkommen innerhalb der durch die Erhebung erfaßten Gesellschaftswelt auch die höchsten Kopffzahlen. Das war, wie wir früher schon betonten, kein Zufall, da in der größeren Kopffzahl gewöhnlich auch eine Mehrzahl bereits herangewachsener Familienmitglieder enthalten war, die erwerbsfähig waren und durch ihren Verdienst zur Erhöhung des Familieneinkommens beitragen konnten. Für die Frage nach dem Grade der Lebenshaltung einer Familie sind es aber, wie nachdrücklich wiederholt werden muß, entscheidende Punkte: Für wieviel Köpfe muß der Arbeitsverdienst des Familienvaters allein ausreichen oder wie stark wird er durch Nebeneinkünfte aus der Erwerbstätigkeit der Familienmitglieder oder durch sonstige Geld- oder Natureinkünfte aus anderen Quellen ergänzt? Je nach diesen Umständen richtet sich der an sich ja stets elastische Zuschnitt der Lebenshaltung der Familie sowohl in der Ernährung wie in der Kleidung, der Wohnung und den »sonstigen« Ausgaben, und das spiegelte sich auch in den Typen der Haushaltsrechnungen nicht nur der Vorkriegszeit, sondern auch der Kriegszeit wider, wenn gleich hier innerhalb viel engerer, zwangsläufiger Schranken.

Diese tatsächliche Differenzierung der Arbeiterlöhne und der Arbeiterfamilieneinkommen, wie sie für die Beurteilung des Auskommens der Familien im Kriege nötig wäre, ist leider mit dem vorhandenen statistischen Material nicht in genügender Breite durchzuführen. Im allgemeinen wird man nicht sehr weit fehlgreifen, wenn man durchschnittlich auf die Lohnverdienste des Familienvaters einen Aufschlag von 25 vH macht, um das Arbeiterfamilieneinkommen annähernd zu bestimmen.⁷⁷ Ferner

⁷⁷ Vgl. die Erhebungen des KAKI. für die Kriegsjahre, S. 435. Die Prüfung der 852 Haushaltsrechnungen minderbemittelter Familien der Friedenszeit hatte für 1907/08 ergeben, daß der Arbeitsverdienst des Mannes durchschnittlich 82,4 vH der Familieneinnahmen ausmachte. Bei den 320 Haushaltsrechnungen des Metallarbeiterverbandes (1910) hatten den 593 983 M Gesamteinnahmen 475 212 M Arbeitsverdienste der Familienväter gegenübergestanden, das ist 79,9 vH. Ähnliche Verhältnisse zeigte die österreichische Statistik.

wird man von der Wirklichkeit im großen und ganzen nicht zu weit abirren, wenn man bei niedrigem Familieneinkommen mit einer Kopfzahl von 3 in der Arbeiterfamilie, bei höherem Einkommen mit 4—5 Köpfen rechnet, deren Lebensunterhalt aus diesem Einkommen zu bestreiten wäre. Doch gelten diese Regeln nur für den gleichen Wirtschaftsbezirk mit eng verwandten Lohn- und Lebensbedingungen, nicht aber für die durch ganz verschiedene Kriegskonjunktoren gegensätzlich betroffenen Industriebezirke. Schon aus diesen Gründen sind diese Erfahrungsaustregeln auf unsere lohnstatistischen Unterlagen und die Ausgabenkostenschätzungen nicht mit rechtem Erfolg verwendbar; hinzu kommt, daß unsere Lohn- und Einkommensstatistiken meist summarische Durchschnittsziffern lieferten und nicht erkennen ließen, ob ein älterer verheirateter Familienvorstand oder ein jüngeres unverheiratetes Familienmitglied diese Lohnbeträge verdient hat und welcher Familienkreis also typischerweise für die Versorgung aus diesen Löhnen direkt oder indirekt in Frage gekommen ist.

Wir werden uns also bescheiden und diese Erfahrungsregeln nur als notwendige Korrekturen bei der vergleichenden Gegenüberstellung von Lohnkurven und Ausgabenkostenkurven und bei ihrer Interpretation für die Frage des Auskommens ständig im Auge behalten müssen.⁷⁸

Vergleich der Lebenskostenindexkurven und der Einkommenskurven von 1914 bis 1918

Aus den von uns oben erörterten verschiedenartigen Lohnstatistiken lassen sich etwa folgende typischen Entwicklungslinien der Löhne und der Arbeitsverdienste für die Zeit von März 1914 bis September 1918 zeichnen.

⁷⁸ Die Gleichstellung von Lohnkurve und Verdienstkurve ist allerdings nur für die gleichmäßig beschäftigten Arbeitszweige zulässig, in denen die Arbeitslosenziffern sich von Mitte 1915 an ständig unter 3 vH, ja sogar von Mitte 1916 an ständig unter 2½ vH und von Januar 1917 an ständig unter 2 vH hielten (vgl. Kommunales Jahrbuch. Kriegsband. Jena 1919, S. 129). Für die halb stillgelegten, mit Kurzarbeit schaffenden Gewerbezüge wäre ein Abschlag auf die Verdienstsummen gegenüber den Lohnsätzen zu machen.

Männerlöhne (Verhältniszahlen)

Industriezweige	Beschäftigtenziffer nach der Zählung Ende 1916 (abgerundet) (14 bis 60 Jahre)	Früh- jahr 1914	Sep- tember 1916	Sep- tember 1918	+ gegen 1914
Rüstungsindustrien, Maschi- nenbau, Metallindustrie, Elektrotechnik, Chem. Ind.	1 450 000	100	135—180	220—300	+ 165
Bergbau, Salinen, Torfgruben	650 000	100	130—140	190—225	+ 110
Baugewerbe	410 000	100	125—150	190—210	+ 100
Textil- und Bekleidungsge- werbe.....	180 000	100	120	160—200	+ 75
Übrige Gewerbe	900 000	100	110—140	160—230	+ 95
Eisenbahn	(nicht mitgezählt 1916)	100	125—140	260—300	+ 175

Frauenlöhne (Verhältniszahlen)

(14 bis 48 Jahre)

Rüstungsindustrien	593 000	100	135—200	250—300	+ 185
Bergbau usw. ⁷⁹	73 000	100	133	250—300	+ 175
Baugewerbe	26 000	100	?	?	
Textil-Bekleidungsgewerbe .	573 000	100	100—140	190—250	+ 100
Nahrungs-Genußmittel-Ind.	236 000	100	135	200	+ 100
Übrige Industrien.....	200 000	100	110—130	175—250	+ 115

Bauarbeiter, Holzarbeiter, Hüttenarbeiter, die in eigentlichen Rüstungsbe-
trieben beschäftigt waren, sind bei den Löhnen ihrer Fachindustriezweige nicht
berücksichtigt. Sie bezogen meistens in solchen Fällen die wesentlich höheren
Löhne der Rüstungsarbeiter und waren eben deshalb mit ihren Lohnverdiensten
für ihr Fachgewerbe nicht typisch. Auch sonst sind seltenere Lohnextreme,
sowohl nach oben wie nach unten, hier nicht berücksichtigt, um das typische
Bild nicht zu stören.

Nach diesen summarischen Lohnentwicklungsziffern dürfen
wir für 1½ Millionen Rüstungsarbeiter oder 43 vH unter den
3½ Millionen lohnstatistisch betrachteten Männern eine Steige-
rung der Löhne um die Hälfte bis September 1916 — also vor der
Durchführung des Hindenburgprogramms — und um insgesamt
5/3 bis Oktober 1918 annehmen. Ferner betrug für fast 2 Millionen
Bergbau- und Industriearbeiter oder 54 vH der männlichen Ar-
beiter die Lohnsteigerung 1/4 bis 1/3 in den ersten beiden Kriegs-
jahren und insgesamt das Doppelte bis Kriegsende. In den stark

⁷⁹ Nach Ch. Lorenz: Die gewerbliche Frauenarbeit im Kriege (Wirtschafts-
und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie). Stuttgart 1928, S. 134.

gedrückten Textil- und Bekleidungsgewerben sind 180 000 Mann, d. h. etwa 5 vH aller lohnstatistisch erfaßten männlichen Arbeiter, nur ganz kümmerlich um insgesamt knapp $\frac{3}{4}$ in ihren Lohnbezügen gestiegen. Bei den arbeitenden Frauen und Mädchen, die allerdings mit wesentlich niedrigeren Lohnsätzen in den Krieg eingetreten sind, waren die Lohnsteigerungen in den ersten beiden Kriegsjahren mit Ausnahme der Rüstungsindustrien (hier + 75 vH im Durchschnitt) sehr bescheiden gewesen und manchmal noch hinter denen der Männer zurückgeblieben (höchstens $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ mehr als 1914). Um so rascher haben sie in der zweiten Kriegshälfte aufgeholt und nun sogar hinsichtlich der prozentualen Gesamtsteigerung die Männerlöhne im allgemeinen bei 100 und mehr vH Zuwachs übertroffen. Von $1\frac{2}{3}$ Millionen lohnstatistisch erfaßten Arbeiterinnen haben 600 000 oder 36 vH nahezu eine Verdreifachung ihrer freilich niedrigen Kriegsanfangslöhne erzielt.

Diese beträchtliche Steigerung der Frauen- und Mädchenverdienste dürfte bei der Bestreitung der verteuerten Arbeiterhaushaltskosten in den letzten Kriegsjahren eine erhebliche Rolle gespielt und die Lebenshaltungsmöglichkeiten der Arbeiterfamilien entscheidend beeinflußt haben. Aber wir vermögen nicht im geringsten zu schätzen, wie viele von diesen Arbeiterinnen verheiratet waren oder als Töchter einem Arbeiterhaushalt angehörten, dessen Familienvorstand ebenfalls verdiente, und wie viele von diesen Arbeiterinnen Kriegerfrauen oder Witwen waren, die, abgesehen von ihren Kriegsfamilienunterstützungen, die geldliche Last des Haushalts allein auf ihren Schultern tragen mußten. In dem einen oder dem anderen Falle mußte sich die Lebenshaltung der entsprechenden Haushaltungen, zu denen die Arbeiterinnen gehörten, grundverschieden gestalten.

Die soziale Schichtung der Arbeiterschaft bei Kriegsende

Beschränken wir daher unsere Betrachtung auf das Verhältnis der Männerlohnsteigerungen zur Steigerung der Aufwandskosten in den Arbeiterhaushaltungen. Diese sind mit Ausnahme des besonders verteuerten Berliner Bezirks (+ 175 vH) im allgemeinen um 150 vH gestiegen. Eine entsprechende Steigerung der Löhne haben nur die eigentlichen Rüstungsarbeiter erfahren. Sie

waren also allein aus eigenen Verdienstmitteln ohne Neben-
erwerb der Familienmitglieder und sonstige Beihilfen aus ande-
ren Quellen imstande, die Verteuerung des Haushalts durch die
Kriegspreise zu bestreiten. Auch sofern ihr Friedenslohn nicht
hoch genug gewesen sein sollte — wie bei manchen ungelernten
Arbeitergruppen —, um den Lebensbedarf für alle Köpfe der Fa-
milie damals 1914 auskömmlich zu decken, ist infolge der starken
Angleichung der Verdienste der angelernten Akkordarbeiter an
die der gelernten Arbeiter auch ersteren die Deckung der um
150 vH gestiegenen Haushaltskosten wenigstens in der zweiten
Kriegshälfte auf demselben Niveau, wie es die früher meist gut
gestellten Facharbeiter sich im Rahmen der Kriegswirtschafts-
schränken leisten konnten, möglich gewesen. Wo trotzdem Frau
oder schulentlassene Kinder dieser Rüstungsarbeiterfamilien
durch eigene Erwerbstätigkeit das Einkommen des Familien-
vorstandes ergänzten, konnten solche Arbeiterfamilien ihre
sozialwirtschaftliche Stellung im Vergleich zu vielen Familien
der festbesoldeten Angestellten und Mittelbeamten — von Unter-
beamten ganz zu schweigen — heben. Nicht wenige solcher
Rüstungsarbeiterfamilien haben, indem sie es verschmähten, die
Überverdienste für entbehrliche Luxuswaren und Genüsse, die
ihnen neben den sündhaft teuren Schleichhandelswaren allein
zugänglich waren, auszugeben, Sparrücklagen in erheblichem
Umfange gemacht oder Kriegsanleihe gezeichnet.⁸⁰ Die Fälle, in
denen gut verdienende Facharbeiter, die mit Unternehmerinstinkt
früh die steigende Konjunktur der Rüstungsgewerbe erkannten,
sich mit ihren Ersparnissen selbständig gemacht haben, sind
allerdings auf die ersten Kriegsjahre beschränkt geblieben, da

⁸⁰ Das Einlegerguthaben hat bei sämtlichen Sparkassen im Reich

im Jahre	zugenommen	abgenommen	Stand am Jahresschluß
1913	5,745	5,351	19,689
1914	6,168	5,958	20,547
1915	7,805	8,671	20,381
1916	8,952	8,600	21,434
1917	12,837	9,637	25,358
1918	19,026	12,131	31,760

Auch bei Berücksichtigung der Geldentwertung von 1917 gegenüber den Vor-
jahren ist die sprunghafte Steigerung in den letzten Jahren bemerkenswert.

seit dem Hindenburg-Programm die Rüstungsindustrien sich betriebsmäßig immer stärker konzentrierten.

Für mehr als die Hälfte der lohnstatistisch erfaßten Arbeiterschaft hat dagegen die Lohnkurve nicht mit der Teuerungskurve vollkommen Schritt gehalten. Sehen wir von den ersten beiden Kriegsjahren ab, wo in den meisten Industrien trotz steigender Preise für ihre Erzeugnisse und trotz einer Steigerung der Lebensbedarfskosten um 75 vH die Löhne nur $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ im allgemeinen aufgebessert wurden, also eine scharfe Verknappung der Lebenshaltung eintreten mußte, die nur als ein allgemeines Kriegsverhängnis lange geduldig von den Arbeitern getragen werden konnte, — so hat auch die spätere stärkere Lohnsteigerung in den meisten Gewerben, die nicht zu den eigentlichen Rüstungsindustrien gehörten, nicht mehr genügend Ausgleich für die weiter fortschreitende Verteuerung der Haushaltskosten schaffen können. Bloß bei denjenigen Arbeitergruppen, die schon hohe Friedenslöhne als Ausgangsbasis für die prozentualen Kriegslohnsteigerungen hatten, mag ein ausreichender Lebensspielraum geblieben sein. Bei der Mehrzahl aber konnte nur sorgfältigste Einschränkung auf den allernotwendigsten Bedarf, vor allem also auf die rationierten und preisgebundenen Warenlieferungen, Benutzung der Massenspeisungen und Kriegsküchen u. a. diese Arbeiterschichten mit bloß 100prozentiger Lohnsteigerung vor Verschuldung und Verelendung bewahren, soweit nicht eben Nebeneinkünfte aus Mitarbeit von Frauen und größeren Kindern oder billige Naturalzuwendungen von bäuerlichen Verwandten, von den arbeitgebenden Fabriken oder aus eigenen Pachtgärten den unzulänglichen Lohn der Väter ergänzten.

Das riesenhafte Anschwellen der Frauenarbeit von etwa 1,4 Millionen auf 2,1 Millionen Köpfe (von 1913 bis 1918) in den der Gewerbe- und Bergaufsicht unterstehenden Betrieben mit den schon genannten relativ starken Lohnsteigerungen, das Einstürmen ganzer weiblicher Angestelltenheere außerdem in die öffentlichen und privaten Bureaus an Stelle der eingezogenen Männer hat in zahllosen Arbeiterfamilien die Lücken schließen helfen, die zwischen dem väterlichen Lohn und dem notwendigen Lebensaufwand der Familie sonst hätten klaffen müssen.

Schlimm war es in den Textil- und Bekleidungsgewerben, wo die Männer ihre schon im Frieden bescheidenen Löhne auch

nicht einmal in der zweiten Kriegshälfte um mehr als insgesamt $\frac{3}{4}$ steigern konnten, weil Rohstoff- und Beschäftigungsmangel auf ihrem Berufe lastete und auch die Abwanderung und Umstellung auf andere Tätigkeiten in Kriegsindustrien oder in die Landwirtschaft aus persönlichen Gründen nicht möglich war (in den Textil- und Bekleidungsindustrien blieben auch im letzten Kriegsjahre 1918 immer noch 217 000 Männer neben 470 000 Frauen der Gewerbeaufsicht unterstellt). Hier bedurfte es schon außerordentlicher Anstrengungen aller Familienmitglieder, um die Familie vor schlimmster Not und vor Verfall zu bewahren. Denn die zeitweiligen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützungen in Geld und die Naturalzuwendungen aus den Kriegswohlfahrtspflegestellen konnten nicht alle Löcher in dem sinkenden Schiff stopfen. Für die Arbeiterfamilien, die hier allein vom Arbeitsverdienst des Vaters den Unterhalt bestreiten sollten, galt die düstere Schilderung des Darbens, die wir früher schon zitiert hatten.⁸¹

E. Versuche zusammenfassender Beurteilung

Wir wollen diese Urteile über die unterschiedliche Gestaltung der Lebenshaltung in den verschiedenen Arbeiterschichten noch weiter zu stützen suchen durch die Schlußfolgerungen, die Quante selber aus seinen absoluten Haushaltskostenberechnungen im Vergleich mit den absoluten Lohnermittlungen für einzelne Arbeitergruppen und Bezirke gezogen hat,⁸² und durch Beobachtungen, die die Gewerbeinspektoren in ihren gesammelten Berichten über die Kriegsjahre niedergelegt haben.⁸³

⁸¹ Vgl. S. 459.

⁸² A. a. O., S. 369.

⁸³ Auch ein Schätzungsurteil, das ein sehr erfahrener deutscher Gewerkschaftsführer gegenüber dem Verfasser bereits im Jahre 1917 ausgesprochen hat (vgl. *W. Zimmermann*, a. a. O., S. 9), möge hier zur Beleuchtung der Verhältnisse, wie sie sich im dritten Kriegsjahr entwickelt hatten, noch wiedergegeben werden: »Etwa 2 Millionen Arbeiter und Angestellte einschließlich ihrer Familienangehörigen werden mit ihren Lohnbezügen und den Arbeitsverdiensten der miterwerbenden Familienglieder soviel einnehmen, daß sie trotz der Teuerung und auskömmlicher Lebenshaltung noch etwas zurücklegen können. Andere 2 Millionen werden grade ihr kriegsmäßiges Auskommen haben, die große Restmasse aber kann mit ihrem Verdienst der Teuerung auf normalem Wege nicht das Gleichgewicht halten, sondern muß sich in zunehmendem

Für das Kriegswirtschaftszentrum Groß-Berlin hat Quante einen Gesamtaufwand von 180 M (!) für die vierköpfige Arbeiterfamilie vor dem Kriege⁸⁴ unterstellt. Zu dessen Bestreitung wäre ein Mindeststundenlohn von 75 Pf bei zehnstündiger täglicher Arbeit erforderlich gewesen. Da, wie Quante meint, alle gelernten und angelernten Arbeiter Berlins damals so viel verdienten, bedurften nur die zur Zeit weniger verdienenden ungelernten Arbeiter der Mitarbeit von Familienmitgliedern, um diesen auskömmlichen Arbeiterhaushalt vor dem Kriege zu bestreiten. Für Oktober 1918 würden nach Quante 500 M Gesamtaufwand für gleiche Haushaltungen nötig gewesen sein. Ein Stundenlohn von 2,25 bis 2,50 M, der nötig war, um diesen Aufwand zu decken, ist aber nur von den gelernten und angelernten Rüstungsarbeitern und den Facharbeitern der Holzindustrie, nicht mehr dagegen von den meisten Bauarbeitern, Textilarbeitern und von ungelernten Arbeitern verdient worden. Während die erstgenannten Arbeitergruppen »vielleicht eine geringe Hebung ihres Niveaus« erfuhren, bedeutete der Stand von 1918 für die letzteren »eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung gegenüber 1914«. Die preußische Gewerbeaufsicht urteilte über die Entwicklung der Berliner Arbeiterverhältnisse:⁸⁵ Die Mehrzahl der Arbeiter habe im Kriege ihr gutes Auskommen gehabt; beim Vorhandensein kleiner Kinder hätte es allerdings schon mit Sorgen zu kämpfen gegeben. Auf der anderen Seite habe sich die Lebenshaltung bei alleinstehenden Arbeitern sowie bei hohen Familienverdiensten entschieden verbessert.

Im Danziger Bezirk, für den Quante eine Steigerung des Arbeiterfamilienaufwands von 175 M (1914) auf 440 M (1918) — wahrscheinlich zu hoch! — errechnet hat, sind die gestiegenen Ausgabensummen im Jahre 1918 nach seiner Würdigung der

Maße einschränken oder wird durch die Geld- und Naturalzuschüsse der öffentlichen Kriegerfamilien- und Erwerbslosenfürsorge zum Arbeitsverdienst über Wasser gehalten. Das Maximum der Existenz wird bei der Mehrzahl weit hinter dem sozialen Existenzminimum der Friedenszeit zurückbleiben.«

⁸⁴ Eine unnatürlich hohe Aufwandsmenge, verglichen mit dem nicht zu niedrig gegriffenen wöchentlichen Existenzminimum für ein Ehepaar mit zwei Kindern bis zu zehn Jahren, das Kuszynski auf 28,80 M für Groß-Berlin im Jahre 1913/1914 berechnet hat. Vgl. *Rob. Kuszynski: Das Existenzminimum und verwandte Fragen*, Berlin 1921.

⁸⁵ Jahresbericht der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten 1919, S. 258.

Lohnziffern nur von »sehr wenigen Arbeitern« noch auf Grund ihrer eigenen Lohnverdienste erreicht worden.

In der Provinz Sachsen (445 M Haushaltskosten im Oktober 1918 gegenüber 170 M(!) im Jahre 1914) hat Quante nur den Rüstungsarbeitern in den Metall- und chemischen Industrien die Fähigkeit zugesprochen, diesen teuren Lebensbedarf ihrer Familie aus eigenen Lohnerträgen decken zu können. Der Gewerbeinspektor für Merseburg schrieb (S. 538 ff.): »Nur durch Rationierung des Verzehrs, durch Einschränkung auf den notwendigsten Bedarf an Wäsche und Kleidung, durch Wegfall der Ausgaben für Alkohol, durch Mitverdienen von Familienmitgliedern ist es den Arbeitern möglich gewesen, ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen.« Hingegen haben die Magdeburger Rüstungsarbeiter sich nach dem Urteil der Gewerbeaufsicht, zumal bei großen Familienverdiensten, eine bessere Lebenshaltung leisten können. In der Rheinprovinz wurde der dem Stande von 1914 (200 M !) entsprechende Lebenskostenaufwand, der nach Quante im Oktober 485 M betragen sollte, »zu keiner Zeit des Krieges mehr erreicht mit Ausnahme vielleicht einiger Arbeitergruppen in der Remscheider Werkzeugindustrie und der bestbezahlten Arbeiter der Düsseldorfer Metallindustrie 1918«.

Das Gesamturteil Quantes lautete gemäß seinen von uns kritisierten rechnerischen Voraussetzungen fast allgemein ungünstig: »Es ist also für alle Arbeiter von Mitte 1915 bis Mitte 1917 ein bedeutendes Sinken des Reallohnes, für den größten Teil der Arbeiterschaft ein solches für die ganze Kriegszeit und nur für einen kleinen Teil ein Verharren auf dem alten Stand, für ganz wenige dagegen eine Besserung gegen früher festzustellen.«

Die Bedeutung des Arbeiterfamilieneinkommens für die Lebenshaltung

Unsere eigene Beurteilung legt — abgesehen von der niedrigeren Berechnung des auskömmlichen Friedensbedarfs — für die Frage der Lebenshaltung der Arbeiterklasse das entscheidende Gewicht auf das — allerdings schwer erfaßbare — Arbeiterfamilieneinkommen. Auch der normale Friedenshaushalt des deutschen Arbeiters, von dem wir alle unsere Vorstellungen und Maßstäbe für eine auskömmliche Arbeiterlebenshaltung ent-

nehmen, hat überwiegend auf dem Familieneinkommen und nicht allein auf dem reinen Lohnverdienst des Familienvaters basiert. Im Kriege ist das Nebeneinkommen der Familienglieder vielfach noch zu ungleich größerem Umfang und Einfluß auf die Haushaltsgestaltung und die Lebensgestaltung der Familie neben dem Lohne des Familienhauptes gelangt. Mit seiner Hilfe konnte oft eine Verteuerung der Lebenskosten, die prozentual über die Steigerung der Stundenlohnsätze hinausragte, bestritten werden. Wer das Familieneinkommen vernachlässigt, muß allerdings die Entwicklung der Lebenshaltung der Arbeiter in zwangsläufiger Abhängigkeit von der unbefriedigenden Inkongruenz der Lohn- und Warenpreiskurven notgedrungen noch kritischer beurteilen, als es in unseren eigenen Ausführungen geschehen ist.

Schließlich aber ist bei jedem Urteil über die Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Kriege stets im Auge zu behalten, wie sich die Gesamtlebenshaltung des ganzen Volkes in allen seinen Schichten, auch den höher gestellten und besser besoldeten Klassen, gestaltet hat. Das Absinken des materiellen Lebensniveaus ist — mit Ausnahme recht schmaler Kriegsgewinnlerschichten und der auf Eigenversorgung gestützten Kreise — in der gesamten Nation während der letzten beiden Kriegsjahre so stark gewesen, daß die Niveausenkung der Lebenshaltung in der Arbeiterschaft wahrscheinlich im Vergleich dazu ein relativ geringeres Ausmaß aufwies. Freilich: wer an sich wenig hat, den kann auch eine geringe Beschneidung dieses »Wenigen« objektiv härter treffen, als eine starke Wohlstandskürzung den Bemittelten trifft. Gleichwohl ist nicht zu bestreiten, daß eine sozialwirtschaftliche »Annäherung« in der Lebenshaltung zwischen den Arbeiterklassen und den bemittelteren Klassen der Nation durch die Kriegswirtschaft und ihre Notstände erfolgt ist, leider selten durch Hebung der schon vordem bedürftig Lebenden, sondern ganz überwiegend durch ein Abgleiten der bisher materiell begünstigten Schichten auf den Lebensstand der Bedürftigen.

Form 45

940.9

C 216d

v.11

Carnegie endowment for peace

Wirtschafts und sozialgeschi-
chte des weltkrie-
ges

245750

Jul 20 45 2147

245750

Form 47

940.9

PENNSYLVANIA STATE LIBRARY

Harrisburg

C 216d

v.11

In case of failure to return the books the borrower agrees to pay the original price of the same, or to replace them with other copies. The last borrower is held responsible for any mutilation.

Return this book on or before the last date stamped below. 245750

Jul 20 45

Apr 4 46

